

Fürst Bismarck

und

seine Zeit.

Eine Biographie für das deutsche Volk

von

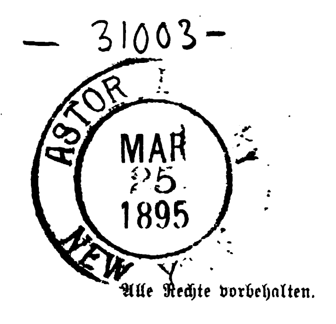
Dr. Hans Blum.

Dritter Band.

1863—1867.



München 1895
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.



C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Vorrede.

Die für den vorliegenden Band benützten Quellen findet der Leser im Text angegeben. Der geschichtliche Hintergrund und der Gang der geschichtlichen Ereignisse ist meist nach H. v. Sybels klassischer Darstellung in dessen Werke „Die Begründung des Deutschen Reiches“ (Bd. III—V) gezeichnet. Seiner trefflichen Führung wird sich auch der Biograph Bismarcks, der das Wirken des großen Staatsmannes von 1863—1867 darzustellen unternimmt, um so weniger entziehen können, als Sybels Werk zugleich die reichhaltigste Sammlung aller wichtigeren Erlasse, Noten und Depeschen darbietet, die Bismarck während jener Jahre verfaßt hat.

Leipzig, November 1894.

Der Verfasser.

Inhalt.

Fünftes Buch.

Bismarck als Befreier Schleswig-Holsteins vom Dänenjoche.

(Vom Tode Friedrichs VII. von Dänemark, 15. November 1863, bis zum Vertrag von Gastein, 14. August 1865.)

Erstes Kapitel.

Vom Tode Frederiks VII. bis zum Ausbruch des deutsch-dänischen Krieges, Jan. 1864.

Zweites Kapitel.

Der deutsch-dänische Krieg, die Londoner Konferenz und die Friedenspräliminarien. (Januar bis August 1864.)

Drittes Kapitel.

Bismarcks Politik während des gemeinsamen Besitzes der Elbherzogtümer durch Österreich und Preußen, 1864/65.

Viertes Kapitel.

Bismarcks Politik bis zum Vertrage von Gastein (14. August 1865) und nach Abschluß des Vertrages. Bismarck vor der Entscheidung (Januar 1866).

Sechstes Buch.

Bismarck löst die deutsche Frage.

Der Krieg gegen Österreich, die Gründung des Norddeutschen Bundes, 1866/67.

Erstes Kapitel.

Der letzte Konfliktslandtag. Bismarck schließt das Bündnis mit Italien. Bismarcks Bundesreform. (Januar bis Mai 1866.)

Zweites Kapitel.
Bismarcks Politik bis zum Kriegsausbruche. (April bis Mitte Juni 1866.)

Drittes Kapitel.
Bismarck im Krieg von 1866.

Sechstes Buch.

Bismarck löst die deutsche Frage.

Der Krieg gegen Österreich, die Gründung des Norddeutschen Bundes, 1866/67.

Erstes Kapitel.

Der letzte Konfliktslandtag. Bismarck schließt das Bündnis mit Italien. Bismarcks Bundesreform. (Januar bis Mai 1866.)

Zweites Kapitel.

Bismarcks Politik bis zum Kriegsausbruche. (April bis Mitte Juni 1866.)

Drittes Kapitel.

Bismarck im Krieg von 1866.

Viertes Kapitel.

Bismarck am Friedenswerke.

Fünftes Buch.

Bismarck als Befreier Schleswig-Holsteins vom Dänenjoche.

(Vom Tode Friedrichs VII. von Dänemark, 15. November 1863, bis zum Vertrag von Gastein, 14. August 1865.)

Erstes Kapitel.

Vom Tode Fredriks VII. bis zum Ausbruch des deutsch-dänischen Krieges, Jan. 1864.

Als eine uralte Wahrheit erweist sich auch in unseren Tagen das fromme Wort der Griechen: „Wen die Götter verderben wollen, den verblenden sie.“ Jedes Menschen Dasein erlebt an sich selbst oder bei Andern das düstere Verhängnis der Ἄτη, der Verblendung, an der die Helden der hellenischen Tragödie zu Grunde gehen. In den Ereignissen neuester Geschichte aber tritt die Wahrheit des alten Wortes selten deutlicher zu Tage, als in dem Gottesgerichte, mit dem die dänische Knechtung der deutschen Elbherzogtümer, der gottvergessene dänische Trotz, Frevel und Übermut blutig gestraft wurde. In dem mißachteten und zersplitterten Deutschland, dem der englische Dänenfreund Lord Palmerston noch 1849 drohend zugerufen hatte: England werde die deutsche Flagge auf dem Meere wie ein Seeräuberzeichen behandeln, war nun der Rächer unsäglicher Schmach und Leiden, das starke Werkzeug höherer Rechtsordnung und Vergeltung erstanden: Bismarck.

Wir erinnern uns in raschem Überblick nochmals der verfassungsrechtlichen Verhältnisse, in welchen die Elbherzogtümer zur Krone Dänemark seit dem Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 standen. Dieses Protokoll brachte nur zum Ausdruck den Inhalt jener vorausgehenden Erklärungen der beiden deutschen Großmächte vom 26. und 30. Dezember 1851 und der Bekanntmachung des Königs von Dänemark vom 28. Januar 1852. Nicht minder der

dem Londoner Protokolle nachfolgende Bundesbeschluß vom 29. Juli 1852. Durch alle diese rechtsverbindlichen Urkunden war festgestellt: die Errichtung einer dänischen Gesamtverfassung, welche die Herzogtümer Holstein und Lauenburg mit Schleswig und dem Königreiche Dänemark in einem gleichartigen Verband vereinigte. Doch war jedem der einzelnen Teile volle Selbständigkeit und Gleichberechtigung gewahrt; keiner sollte dem andern untergeordnet werden. Dänemark durfte auch Schleswig keinesfalls einverleiben. Die dänische und deutsche Volksart sollte unter dänischem Scepter gleiches Recht haben. In den drei Elbherzogtümern waren Provinzialstände mit beschließender Befugnis gewährleistet. Die Regierung Holsteins durfte lediglich nach den rechtlich bestehenden, nur auf verfassungsmäßigem Wege abzuändernden Gesetzen geführt werden. Alle diese Bedingungen und Versprechen hatte die dänische Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 feierlich zugesagt, und einzig auf Grund dieses Rechtsbodens hatten Preußen und Österreich, England, Rußland, Frankreich, Schweden und abermals Dänemark das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 unterschrieben. In diesem Protokoll war außerdem das Erbfolgerecht des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg („des Protokollprinzen") anerkannt, aber auch nur mit dem Vorbehalte, „daß die wechselseitigen Rechte des Königs von Dänemark und des deutschen Bundes durch gegenwärtigen Vertrag keinen Eintrag erleiden."

Dänemark hatte jedoch alle diese Bedingungen und Versprechen von Anfang an verletzt, ja treulos gebrochen. Alles deutsche Volk in Schleswig, auch in Holstein, wurde barbarisch geknechtet; alles deutsche Beamtentum, alle deutsche Geistlichkeit in Schleswig rechtlos vertrieben; die deutsche Muttersprache der Bevölkerung dänisch vergewaltigt. Schon am 31. Juli 1853 und dann wieder am 31. Juli 1854 hatte Dänemark auch mit dem Verfassungsrecht der Elbherzogtümer aufgeräumt. Am 2. Oktober 1855 erschien schon wieder eine neue, für die drei deutschen Herzogtümer noch nachteiligere Verfassung. Dieselbe schuf für den dänischen Gesamtstaat unter dem Namen eines Reichsrates ein Parlament, das über eine die deutschen

Stimmen erdrückende Mehrheit von Dänen verfügte. Dieser Reichsrat aber erhielt die Befugnis, die ganze Gesetzgebung und die Finanzen aller Gebiete der dänischen Krone als „gemeinschaftliche Angelegenheiten" von sich aus zu ordnen. Die Provinzialstände der deutschen Herzogtümer waren hierdurch beseitigt.

Früher schon ist erzählt worden, wie die zähe Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung Holsteins und Lauenburgs nach dem Ablaufe des Krimkriegs durch Verwahrung gegen diesen schnöden Verfassungsbruch beim deutschen Bunde sich Recht zu holen suchte. Bismarck wurde damals von Manteuffel aufgefordert, seine Meinung zu äußern. Er that das in einem eigenhändigen Privatschreiben an den Minister vom 2. Juli 1857. Nachdem Bismarck bereits in einem Bericht vom 27. Mai 1856 den unzweifelhaften Rechtsbruch Dänemarks seit 1852 festgestellt hatte, führte er in jener Denkschrift vom 2. Juli 1857 aus: „Bei der Wichtigkeit, welche die Disposition der fremden Mächte für eine ehrenvolle Durchführung unsrer Aufgabe hat, glaube ich, daß wir in allen zweifelhaften Stadien der Entwickelung den Ansichten der europäischen Kabinette Rechnung tragen sollten... Österreich ist ein sehr lauer Genosse in dieser Frage, den Kabinetten als solcher bekannt, und gibt ihnen zu verstehen, daß wir allein die Sache treiben, die öffentliche Meinung aufregen, und durch sie Österreich nötigen... Es ist gewiß gut, unser Verhalten so einzurichten, daß man nicht den Eindruck erhält, als entzögen wir uns klaren und bestimmten Forderungen des Berufes, Deutschland nach außen zu vertreten; aber sobald die Holsteiner unter ihrem Herzog sehr glücklich lebten, so würden sie kein Interesse mehr für Preußen haben. Dieses Interesse aber kann uns, wenn nicht in diesem Augenblicke, doch in möglichen Fällen nützlich werden." Mit Recht hebt Sybel es als einen Beweis für die Ohnmacht und Kläglichkeit der damaligen deutschen Bundesverfassung hervor, daß auch der tapferste Staatsmann unseres Jahrhunderts, der später Gelegenheit hatte, vollgenügende Beweise seines vor keiner Verantwortung und Gefahr zurückschreckenden Mutes abzulegen, in der gerechtesten Sache Deutschlands sich zu solcher

Vorsicht und Zurückhaltung verurteilt sah! Wir wissen, daß trotz jener erbärmlichen Verfassung aber der deutsche Bundestag am 11. Februar 1858 beschloß: die dänische Gesamtverfassung von 1855 besitze für Holstein und Lauenburg keinerlei rechtliche Wirksamkeit und man erwarte von Dänemark Aufklärung, wie es den Verpflichtungen von 1852 gerecht werden wolle. Wir erinnern uns auch, daß damals das stolze deutsche Ehr- und Vaterlandsgefühl des Prinzen von Preußen die schwächliche Nachgiebigkeit des Bundestages gegen Dänemark vereitelte, daß vielmehr Bismarck auf Weisung des Prinzen am 29. Juli 1858 einen Bundesbeschluß mit der Drohung bewaffneter Bundesexekution durchsetzte. Auf die dringende Mahnung der Mächte hatte Dänemark damals nachgegeben und durch das königliche Patent vom 6. November 1858 die Aufhebung der Gesamtverfassung für Holstein und Lauenburg verkündet, während dieselbe für Dänemark und Schleswig fortbestehen sollte. Damit war erstlich, nach dänischer Auffassung und Absicht, die Einverleibung Schleswigs in Dänemark mittelbar ausgesprochen. Gesetze und Budget für Holstein aber würde — so folgerte weiterhin die dänische Auffassung — nach wie vor der dänische Reichsrat, nun aber ohne Teilnahme der Holsteiner, vereinbaren und der in Holstein wieder absolut gewordene König durch königliche Verordnung in Holstein verfügen. Der holsteinische Landtag, welchen Dänemark zu berufen sich verpflichtet hatte, erklärte hierauf natürlich am 11. März 1859: es sei unzulässig, die Gesamtverfassung für einen Teil der dänischen Gebiete aufzuheben und für einen andern Teil aufrecht zu erhalten, es sei vielmehr Pflicht der Regierung, sogleich eine andere, den Zusagen von 1851 und 1852 entsprechende Gesamtverfassung herzustellen, welche den Holsteiner Ständen namentlich gleiches Recht mit dem Reichsrat einräume.

In dieser schlechthin unversöhnlichen Gegnerschaft verharrten die beiden Parteien mehrere Jahre hindurch; die Herzogtümer unter steter Wahrung ihres Rechtes, die Dänen unter fortgesetztem Bruch desselben, indem namentlich das Budget für Holstein von Jahr zu Jahr ohne Mitwirkung der holsteinischen Stände im Kopenhagener Reichsrat festgestellt und verkündet wurde. Von diesen Rechtsver-

letzungen ließ sich die dänische Regierung durch die Beschlüsse des deutschen Bundes und durch die Proteste der beiden deutschen Großmächte so wenig abhalten, als durch die mahnenden Einsprachen und Vermittelungsvorschläge Englands und Rußlands, die Bismarcks Staatskunst der deutschen Sache wesentlich günstiger gestimmt hatte als bisher. Der dänische Trotz gründete sich auf die Gewißheit, daß England und Rußland nimmermehr die Waffen ergreifen würden, um Dänemark zu einem Vergleiche mit Deutschland zu zwingen; aber auch von Deutschland erwartete man in Kopenhagen keinerlei andere Belästigung, als durch bloße Worte, nimmermehr Thaten und Waffengewalt. Denn der wachsende innerpreußische Konflikt und die gleichzeitig wachsende Entfremdung der deutschen Großmächte infolge der deutschen Bundesreform lähme Deutschlands Wehrmacht. Am wenigsten aber, meinte man, werde der neue preußische Ministerpräsident, Herr v. Bismarck, gegen Dänemark zu den Waffen greifen, da er früher selbst die Schleswig-Holsteiner als Rebellen bezeichnet habe. In allen diesen Punkten — außer im letzten und wichtigsten — erwies sich die dänische Rechnung vorerst auch bis zu Ende 1862 als richtig. Namentlich verhielten sich die Großmächte ganz still, als Dänemark ihre Vermittelungsvorschläge scharf zurückwies. So wagte man denn in Kopenhagen den entscheidenden Schritt. Am 30. März 1863 erschien ein königliches Patent, welches den Rechtsboden von 1852 offenkundig verließ. Eine neue Verfassung für Holstein wurde oktroyiert, ohne Zustimmung der Stände und ohne Rücksicht auf die Vereinbarungen von 1852. Wohl war die Gesetzgebung für das Herzogtum dem Zusammenwirken des Königs mit den Ständen zugewiesen. Aber die Entscheidung lag durchaus beim Kopenhagener Reichsrat, so oft die Holsteiner Stände und der Reichsrat bei einer gemeinsamen (gesamtdänisch-holsteinischen) Angelegenheit entgegengesetzte Beschlüsse fassen würden. Die Domänen und deren Einkünfte wurden dem Herzogtum für immer entzogen; dagegen wurde Holstein durch eine andere als 1852 versprochene Verteilung der Lasten des Kriegsbudgets und durch Zuweisung aller Einnahmen an den gemeinsamen Etat, um etwa 2 1/4 Millionen

Reichsthaler jährlich mehr belastet. Bei der Verwendung der Gelder und bei der Kontrole der Ausgaben hatten die Holsteiner nicht mitzureden. Sie waren und blieben also aus dem Reichsrat ausgeschlossen und mußten dort Schleswig seinem Schicksal überlassen. Als dieses Schicksal wurde jetzt die völlige Einverleibung ganz offen in Kopenhagen bezeichnet. Wenige Wochen später trat man in Kopenhagen, wie wir sehen werden, der Vorbereitung dieses letzten und größten Rechtsbruches noch näher.

Aber schon das Patent vom 30. März genügte, ganz Deutschland in flammende Aufregung zu versetzen. Österreich war überaus ärgerlich über die Brutalität der Dänen sowohl wie über die deutsche Erhebung gegen die dänische Vergewaltigung. Denn gern hätte der Kaiserstaat auch jetzt sich für Dänemarks Integrität verwendet, wie 1850. Aber die einmütige Empörung des deutschen Nationalgefühls zwang zu einer anderen Richtung der österreichischen Politik, wenn man in Wien nicht die Leitung und Befriedigung der deutschen Forderungen Preußen allein überlassen wollte. In Preußen aber war seit dem im September 1862 erfolgten Eintritte Bismarcks in das Ministerium ein ganz neuer Geist eingezogen. Denn wie sein König hatte auch Bismarck die übermütigen dänischen Rechtsbrüche schon lange vor dem Patent vom 30. März 1863 nur mit zorniger Ungeduld ertragen (Sybel, III, 118). Sofort nach seinem Eintritt in das Ministerium setzte sich Bismarck wie mit kurhessischen so auch mit schleswig-holsteinischen Vertrauensmännern in geheime Verbindung. Von dem Freunde Roon forderte er damals schon ein Gutachten ein über die Mittel, die erforderlich seien, um Dänemark erfolgreich zu bekriegen. Roon erklärte, daß 60000 Mann Preußen ausreichend sein würden, die 43000 Dänen im Winter bei heftigem Frost in der sehr starken Stellung des Danewerks zu umgehen; diese Truppenzahl sei bereit zu halten. Am 22. Dezember 1862 schrieb Bismarck in einem vertraulichen Briefe: „Es ist gewiß, daß die ganze dänische Angelegenheit nur durch den Krieg in einer für uns erwünschten Weise gelöst werden kann. Der Anlaß zu diesem Kriege läßt sich in jedem Augenblicke finden, welchen man für einen

günstigen zur Kriegführung hält. Alsdann aber kommt es viel mehr auf die Stellung der außerdeutschen Großmächte zur Sache, als auf die Intriguen der Würzburger Regierungen und deren Einfluß auf die Stimmung in Deutschland an. Den Nachteil, das Londoner Protokoll unterzeichnet zu haben, teilen wir mit Österreich, und können uns von dieser Unterschrift ohne kriegerischen Bruch nicht lossagen. Kommt es aber zum Kriege, so hängt von dessen Ergebnis auch die künftige Gestaltung der dänischen Territorialverhältnisse ab." Eine Bundesexekution hielt Bismarck damals für zweckwidrig, da der Bund nur in Holstein etwas zu sagen hatte, die Exekution auch Holstein nur bedrücken würde, das viel mehr bedrängte Schleswig aber nur durch einen nationalen Krieg befreit werden könne. Für diesen hielt jedoch Bismarck die damalige europäische Lage zweifelhaft und die deutschen Zustände völlig ungeeignet. Demgemäß schrieb er weiter: „Es läßt sich nicht vorhersehen, welche Entwickelung den deutschen Bundesverhältnissen in der Zukunft beschieden ist. Solange sie aber annähernd dieselben bleiben wie bisher, kann ich es nicht für ein preußisches Interesse halten, einen Krieg zu führen, um im günstigsten Falle in Schleswig-Holstein einen neuen Großherzog einzusetzen, der aus Furcht vor preußischen Annexionsgelüsten am Bunde gegen uns stimmt, und dessen Regierung ein bereitwilliges Objekt österreichischer Umtriebe sein würde, ungeachtet aller Dankbarkeit, die er Preußen für seine Erhebung schulden möchte." Bismarck hielt also damals die vorsichtigen Erwägungen seiner Denkschrift von 1857 hinsichtlich des Verfahrens und der Wahl des Zeitpunktes eines kriegerischen Vorgehens gegen Dänemark aufrecht, nicht minder die Besorgnisse gegen die Einsetzung eines selbständigen schleswig-holsteinischen Landesherrn, die ihn nie verlassen haben. Einstweilen sandte er zuverlässige Offiziere nach Dänemark, um von etwaigen militärischen Vorbereitungen des Gegners nicht überrascht zu werden.

Als aber dann das dänische Patent vom 30. März 1863 ergangen war, antwortete Bismarck auf die verlegene Anfrage Rechbergs, was nun geschehen solle: eine Beratung in Frankfurt über

die endliche Vollziehung der Bundesexekution erscheine zweckdienlich. Die feierliche Langsamkeit der Verhandlungen und Beschlußfassungen am Bundestage ließ die Möglichkeit zu, daß sich die politische Lage bis zur Vollziehung der Bundesexekution wesentlich geändert haben könne; vielleicht konnte dann der nationale Krieg zur völligen Befreiung der Herzogtümer vom Dänenjoche unternommen werden, statt der unzulänglichen Bundesexekution. Einstweilen aber beantragten die beiden deutschen Großmächte nur diese Exekution beim Bunde. Am 15. April richteten sie auch eine gemeinsame Verwahrung nach Kopenhagen, laut deren sie „dem deutschen Bunde die Beurteilung der durch die Erlasse vom 30. März getroffenen Maßregeln vorbehielten und für denselben ebenso wie für sich selbst alle auf den Vereinbarungen von 1852 oder auf irgend welchen anderen Grundlagen beruhenden Rechte und Ansprüche bundesrechtlicher oder völkerrechtlicher Natur, wie hiermit geschieht, ausdrücklich wahrten.“ Am nämlichen Tage erließ Bismarck im Namen Preußens aber noch eine besondere Note an den Gesandten v. Balan in Kopenhagen, in der es hieß: „daß wir die Bedingungen, unter welchen wir im Frühjahr 1852 in die Zurückgabe der Regierungsgewalt in die Hände des König-Herzogs willigten und im Sommer desselben Jahres die Sanktion des Bundes dafür beantragten, durch das jetzige Vorgehen der dänischen Regierung verletzt finden, und daß wir derselben weder uns noch dem Bunde gegenüber das Recht zugestehen können, von den Verpflichtungen, welche sie zuerst Preußen und Österreich und sodann dem Bunde gegenüber ausdrücklich übernommen hatte, einseitig zurückzutreten. Wir können nur aufs Tiefste bedauern, wenn durch die neuen, auf die vollständige Einverleibung Schleswigs hinarbeitenden Maßregeln das ganze Ergebnis der Verhandlungen von 1851/52 wieder in Frage gestellt erscheint. Aber wir müssen die Schuld der möglicherweise daran sich knüpfenden Verwickelungen lediglich der königlich dänischen Regierung zuschieben.“

Während Bismarck in dieser Note sich den Anschein gab, als sehe er mit „tiefstem Bedauern die Ergebnisse der Verhandlungen von 1851/52 wieder in Frage gestellt“, erhob die damalige öffent-

liche Meinung Deutschlands laut den Ruf: man möge doch Gott danken, daß man durch Dänemarks Rechtsbruch die für Deutschland ohnehin so schimpflichen Verträge von 1851/52 los geworden sei. Nicht für deren Wiederaufrichtung, sondern für die Befreiung des verlassenen Bruderstammes müsse Deutschland ohne Zaudern seine ganze Kraft einsetzen. Am lautesten erhob die Stimme der Nationalverein, in welchem von jetzt ab für mehrere Jahre eine radikal-fortschrittliche Richtung die Oberhand gewann. Heftig verurteilte er die preußische Politik Bismarcks, die rechtlos im Innern, freiheitfeindlich gegen Polen, mattherzig gegen Dänemark sich zeige und damit jeden Anspruch auf die Führung Deutschlands verwirkt habe. Nur ein deutsches Parlament werde nach dem Willen des deutschen Volkes das heilige Recht der Herzogtümer auf gemeinsame Unabhängigkeit und agnatische Erbfolge durchsetzen. Viele Regierungen, wie Hannover, Baden, Oldenburg wurden durch die tiefe Erregung des Volkes zu kräftigen Erklärungen gedrängt. Oldenburg brachte sogar den förmlichen Antrag beim Bunde ein: die von Dänemark gebrochenen Verträge von 1852 möge Deutschland nun für unverbindlich erklären und die Herstellung des vollen alten Rechtes für die Herzogtümer fordern.

Selbstverständlich war auch die große Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses von diesem Geiste erfüllt. Denn sie fühlte sich ebensowenig wie die öffentliche Meinung Deutschlands berufen, bei dem ungestümen Drange ihres Herzens darauf Rücksicht zu nehmen, wie die europäischen Mächte, einschließlich Österreichs, sich dem Versuche gegenüberstellen würden, die deutschen Forderungen in Güte oder mit Waffengewalt zu verwirklichen, während Bismarck gerade darauf die Sorgfalt seiner Staatskunst richtete, dieses Ziel ohne Einmischung, ja unter Zustimmung des Auslandes zu erreichen. Am 17. April 1863 brachte der Abgeordnete Twesten im preußischen Abgeordnetenhause die Interpellation ein: ob die königliche Staatsregierung in den dänischen Erlassen vom 30. März eine Verletzung der von Dänemark 1851 und 1852 gegebenen Zusicherungen erkenne und sich ihrerseits noch an die damals übernommenen Ver-

pflichtungen gebunden erachte. Da Bismarck sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärte, so begründete Twesten die Rechtsfrage ausführlich und schloß dann mit heftigen Angriffen gegen Bismarck: „Die Dänen würden schwerlich in diesem Augenblick den flagranten Rechtsbruch gewagt haben, wenn sie nicht glaubten, daß Preußen außer Stande sei, jetzt seine eigenen Rechte aus den Verhandlungen der Jahre 1851 und 1852 und die Rechte der Herzogtümer geltend zu machen. Sie wissen, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine preußische Regierung, welche mit dem eigenen Lande im härtesten Widerspruch steht, welche eine kaum nennenswerte Partei in der Vertretung des eigenen Volkes hinter sich hat, daß eine Regierung, welche infolge der inneren Zustände auch im übrigen Deutschland völlig ohne Einfluß und ohne jede Möglichkeit ist, eine kräftige Initiative zu ergreifen, daß eine Regierung, welche daneben Preußen auch nach außen hin gänzlich isoliert hat, welche durch ihre Politik in der polnischen Angelegenheit den preußischen Staat in die äußerste Spannung zu den Westmächten gebracht hat, daß die außer Stande ist, einen Krieg mit Dänemark zu führen; und wenn die preußische Regierung unter den jetzigen Umständen dazu geneigt sein sollte, so werden wir einer solchen Neigung entschieden entgegentreten müssen (Sehr wahr! links), weil wir die jetzigen Zustände nicht als solche betrachten können, unter denen unter irgend welchen Umständen ein glückliches Ergebnis des Krieges als eine glückliche, endgültige Lösung dieses Streites zu erwarten wäre (Sehr richtig! links)." Die Dänen dächten vielleicht auch, „daß die jetzt regierende Partei(!) nicht eben geneigt wäre, gegen Dänemark einzuschreiten", denn der Herr Ministerpräsident habe 1849 den Krieg mit Dänemark als „ein höchst ungerechtes, frivoles und verderbliches Unternehmen zur Unterstützung einer ganz unbegründeten Rebellion" bezeichnet.*)

*) In der Rede v. 3. Dezember 1850 zur Verteidigung des Abkommens von Olmütz. Damals führte Bismarck aus, daß die Chancen eines gleichzeitigen Krieges gegen Dänemark, Österreich, Deutschland und Rußland nicht den Einsatz der preußischen Existenz lohnen würden. Vgl. Bd. I S. 245 ff.

Bismarck antwortete darauf: „Der Herr Vorredner, denke ich, erwartet von mir, daß ich die Sache der deutschen Herzogtümer Dänemark gegenüber in meiner amtlichen Eigenschaft vertreten solle. Ich kann kaum glauben, daß er mir diese Antwort dadurch hat erleichtern wollen, daß er Bruchstücke einer Rede vorlas, die ich vor 14 Jahren in diesen Räumen gehalten habe. Es wird mich das aber nicht abhalten, in meiner Eigenschaft als Minister des Auswärtigen ausschließlich die Interessen dieses Landes zu vertreten, wie sie sich historisch entwickelt haben, und nicht persönliche Ansichten, die ich vor 14 Jahren etwa ausgesprochen habe (Bravo! rechts). Der Herr Vorredner hat ferner Dänemark darüber zu beruhigen gesucht, daß es einen Krieg in diesem Augenblicke von Preußen unter unseren nach innen und außen zerrütteten Verhältnissen nicht zu erwarten habe. Meine Herren, zum Glück ist man im Auslande nicht ebenso leichtgläubig, und ich kann Sie versichern und das Ausland versichern, wenn wir für nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen mit oder ohne Ihr Gutheißen (Sensation)." Auf die Interpellation selbst verlas Bismarck die namens der königlichen Regierung schriftlich aufgesetzte Antwort. Sie bejahte die erste Frage, erklärte also die Verträge von 1852 durch das dänische Patent vom 30. März für verletzt, und gab, nach Darlegung der am Bunde und in Kopenhagen seitens der deutschen Großmächte gethanen Schritte, auf die zweite Frage die Antwort: „Was infolge dieser Veränderung der Sachlage zu thun sei, darüber wird die königliche Regierung ihre Entschließungen in Gemeinschaft mit ihren deutschen Bundesgenossen fassen, bei welchen sie sicher ist, der vollsten Bereitwilligkeit zu gemeinsamer Wahrung der Rechte Deutschlands zu begegnen."

Das Haus beschloß hierauf, in eine Diskussion über die Interpellation einzutreten. Während der langen und von scharfen Ausfällen gegen den Minister strotzenden Reden des Abgeordneten Löwe verließ Bismarck den Saal, um im Nebenzimmer einige dringende Geschäfte zu erledigen. Das geringe Maß gerechten Urteils über Bismarck, über das die damalige Mehrheit verfügte,

wird in seiner ereignisvollen Unzulänglichkeit trefflich veranschaulicht durch einige Kraftstellen der Rede des immerhin noch maßvolleren Löwe: „Ich behaupte“, rief er, „daß die Pflicht dieses Hauses dahin geht, diesem Ministerium nicht bloß wegen seiner verwerflichen Grundsätze die Mittel zu versagen, sondern besonders deshalb, weil dieses Ministerium einen so außerordentlichen Mangel an staatsmännischer Geschicklichkeit und Einsicht, an Kenntnis der wirklichen Verhältnisse des Staats, besonders aber der wirklichen Machtmittel dieses Staats gezeigt hat, so daß wir die Mittel, die wir ihm in die Hände geben, als verwüstet betrachten. In diesem Sinne verwahren wir uns gegen die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, daß man einen Krieg führen wird ohne die Zustimmung der Volksvertretung. Beginnen kann man ihn, aber diese Männer werden niemals die Geschicke der Nation in Händen haben, wenn die Nation mit ihrem Blute dafür einstehen muß. Dann ist der Augenblick gekommen, wo sie diese Sitze, die sie im Rate der Nation immer freiwillig räumen, sobald große Angelegenheiten verhandelt werden, auf immer räumen werden!“ Herr Virchow beantragte hierauf würdevoll Vertagung der Verhandlung, da bei der Abwesenheit des Ministerpräsidenten gerade der Hauptgewinn der Diskussion, nämlich die Einwirkung auf das Ministerium, verloren gehe.

Eben in diesem Augenblicke trat Bismarck, unter großer Heiterkeit des Hauses, wieder in den Saal und sprach: „Ich wollte zur Beruhigung der Herren nur bemerken, daß sowohl der Herr Vorredner, als der letzte Herr Redner im Nebenzimmer vollkommen verständlich waren (Große Unruhe).“ Die Linke faßte diese Bemerkung als sträflichen Hohn auf. „Es ist bekannt, daß der Deutsche eine ungeheure Portion Geduld hat“, rief der radikale Abgeordnete Parrisius zornig. „Wenn aber der Herr Ministerpräsident in einer so wegwerfenden und ganz und gar der Würde des Hauses und den Verhandlungen unangemessenen Weise hier auftritt, so ist es Sache des Herrn Präsidenten, wenigstens festzustellen, wie wir hier behandelt werden. Wir sitzen hier nicht zu unserm Vergnügen; wir führen eine ernste Debatte und suchen das Beste des Vaterlandes

zu fördern (lebhafter Beifall)." Bismarck entgegnete scharf: „Ich muß dem Herrn Abgeordneten Parrisius jedes Urteil über das, was für mich gehörig oder ungehörig ist, absprechen. Wir sitzen hier alle nicht zu unserem Vergnügen. Ich habe noch sehr viel andere Aufgaben außer der, Ihnen zuzuhören. Wenn ich den Vorteil habe, bei der sonoren Stimme der Herren Vorredner im dortigen (Minister-)Zimmer, am Tische arbeitend, Ihre Reden hören zu können, so weiß ich nicht, wie Sie darin eine Veranlassung zu diesem Aufwande von sittlicher Entrüstung finden können." Der Abgeordnete Immermann war hierdurch keineswegs befriedigt. Dreimal verdammte er in einer ganz kurzen Rede, daß Bismarck „hinter der Thüre" mit dem Abgeordnetenhause verkehre. Der Vizepräsident Behrend aber erklärte besonnener, daß er in den Ausdrücken des Ministers etwas Beleidigendes für das Haus nicht habe finden können. Das hohe Haus belehrte dann den Ministerpräsidenten noch lange weiter über nationale Politik; er aber antwortete nicht mehr.

Anfangs Juni hatten die Ausschüsse des Bundestages ihre Anträge auf Exekution nahezu fertig gestellt, und sofort war auch Lord John Russell mit englischen Abmahnungen nach Berlin und Wien zur Hand. Da hielt Bismarck die Zeit gekommen, dem Großherzog von Oldenburg — der, wie wir sahen, in Frankfurt beantragt hatte, die Verträge von 1852 für erloschen zu erklären — in einer Denkschrift vom 7. Juni die Gründe zu erörtern, aus denen Preußen und Deutschland zur Zeit noch an diesen Verträgen festhalten müsse. England und Frankreich würden durch die Lossage Deutschlands von den Verträgen auf die dänische Seite hinübergedrängt, nicht minder Rußland, wenn der Oldenburgsche Antrag auf agnatische Thronfolge, also auf Ausschluß des Protokollprinzen Christian, angenommen würde. Deutschlands ganze Zukunft werde durch eine feindliche Haltung der Großmächte verdüstert. Österreich stehe gleichfalls durchaus auf dem Boden der Verträge von 1852; gerade in dieser Frage aber sei nichts wichtiger als die Eintracht der deutschen Großmächte, die Einstimmigkeit Aller am

Bunde. Übrigens werde wahrscheinlich Dänemark das Patent vom 30. März auch auf Erfordern des Bundestages nicht zurücknehmen. Der Bund habe dann ganz in seiner Hand, zu bestimmen, wann und unter welchen Bedingungen er die Exekution als beendigt ansehen wolle; und trotze Dänemark dieser Exekution gar mit bewaffneter Hand, so setze es sich vor ganz Europa in die Rolle des rechtlosen Empörers und Angreifers. Oldenburg schenkte zwar auch diesen Vorstellungen nicht Gehör, die Ausschüsse des Bundestages aber schlugen am 18. Juni vor, den Antrag Oldenburgs abzulehnen und Dänemark aufzufordern, binnen sechs Wochen das Patent vom 30. März zurückzunehmen und eine Gesamtstaatsverfassung gemäß den Verträgen von 1852 einzuführen, auch die für den Fall dänischer Weigerung zu ergreifenden Maßregeln in den Ausschüssen vorzuberaten.

Des dänischen Trotzes sicher, hatte Bismarck schon zuvor über diese Maßregeln eine Verhandlung mit Wien eingeleitet und vorgeschlagen: nur Truppen der Mittel- und Kleinstaaten zur Bundesexekution zu verwenden, um bei dem Argwohn Europas den bloß bundespolizeilichen Charakter der Exekution recht deutlich zu machen. Rechberg war damit vollständig einverstanden und hielt etwa fünftausend Mann, nebst einer für den Notfall von Preußen und Österreich zu stellenden Reserve für ausreichend. Auf Grund der Nachforschungen seiner Offiziere in Dänemark gelangte General Moltke in einem am 24. Juni erstatteten Gutachten etwa zu demselben Ergebnisse. Die Dänen würden nur an der Linie Friedrichstadt-Eckernförde, das Danewerk im Mittelpunkte, stand halten.

Am 9. Juli nahm der Bundestag die Ausschußanträge an und demgemäß erging nun die Aufforderung an Dänemark, das Märzpatent binnen sechs Wochen zurückzunehmen und eine neue Gesamtverfassung zu erlassen. Bismarck setzte inzwischen die Verhandlungen über die Stärke und Bestandteile des Exekutionskorps mit Österreich fort. Rechberg wollte bloß Hannover damit betrauen, Bismarck dagegen verlangte nachdrücklich, daß Sachsen und Hannover je die Hälfte der Truppen und einen Zivilkommissar stelle,

die beiden deutschen Mächte aber eine Reserve. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung Hannovers erklärte sich Graf Rechberg auch damit einverstanden. Gegen die geringe Stärke von 5000 Mann erhob Bismarck keinen Widerspruch, da der beste Kriegsfall gegeben war, wenn Dänemark die Bundestruppen aus Holstein vertrieb. Wie erwartet, entflammte der Bundesbeschluß die helle Kriegslust der Dänen, und diese entzündete sich um so wilder, als plötzlich am 23. Juli eine zornige deutschfeindliche Drohrede des englischen Schatzkanzlers Lord Palmerston der eiderdänischen Kriegspartei in Kopenhagen die Unterstützung Englands beim Kriegsausbruch vorgaukelte. So stiegen denn Trotz und Verblendung in Kopenhagen von Woche zu Woche, während in Deutschland der Fürstentag zu Frankfurt das Einvernehmen der deutschen Mächte erschütterte und die Vorbereitungen der Exekution unterbrach. Als aber am 26. August die dänische Antwort auf den Bundesbeschluß vom 9. Juli in Frankfurt einlief, und nicht bloß die Aufhebung des Märzpatentes verweigerte, sondern auch die Ausführung der Exekution ziemlich deutlich als Kriegsfall bezeichnete, da drängte Rechberg den preußischen Ministerpräsidenten und die Mittel- und Kleinstaaten zur schleunigen Weiterführung des Exekutionsverfahrens, um Österreich den Schein der Führung in den nationalen Interessen Deutschlands zu wahren, und daraus für den österreichischen Plan einer deutschen Bundesreform Gewinn zu ziehen. Aus demselben Grunde wies Rechberg auch eine erneute, von Frankreich unterstützte Mahnung Englands zur Mäßigung mit dem Bemerken zurück, es handle sich nur um eine innere Bundessache. Preußen war, wie sich bei der Gesinnung des Königs und Bismarcks von selbst ergibt, mit entschlossenem Vorgehen einverstanden, und daher einigten sich im September die Ausschüsse des Bundestages über den Antrag: die Höfe von Berlin, Wien, Hannover und Dresden zur Übernahme der Exekution zu ersuchen. Die beiden letzteren Regierungen sollten je 3000 Mann und einen Zivilkommissar nach Holstein senden, die beiden ersteren Unterstützung für den Fall dänischen Widerstandes bereit halten. In Kopenhagen sei eine letzte Frist von drei

Wochen zur Unterwerfung unter den Bundesbeschluß vom 9. Juli zu stellen.

Diese Schritte verstärkten in Kopenhagen nur den Entschluß, rasch und unaufhaltsam auf der rechtlosen Bahn der Gewalt fortzuschreiten. Am 28. September ward der dänische Reichsrat durch den König eröffnet und hier in der Thronrede mit offenem Hohn gegen Deutschland erklärt, wohin man hinaus wolle. Als komme man den deutschen Forderungen nach, wurde hier verkündet eine neue Gesamtverfassung für „Unser Reich", wie Dänemark-Schleswig im Gegensatze zu Holstein-Lauenburg genannt wurde. Schleswig sollte also endgültig und baldigst in Dänemark einverleibt werden. Dann konnte man dem verspotteten Deutschen Bunde das wertlos gewordene Märzpatent preisgeben. Gegenüber dieser unverschämten Herausforderung beschloß der Bundestag am 1. Oktober fast einstimmig die Bundesexekution gegen Dänemark.

Der Freundschaft Rußlands und der Zuneigung Frankreichs zu Preußen sicher, hielt Bismarck doch für sehr geraten, auch mit England ein gutes Verhältnis zu suchen, ehe Preußen in einen wahrscheinlichen Krieg eintrat. Denn vor allem war nun auf Österreich seit dem Frankfurter Fürstentage kein Verlaß. Nach dem Frankfurter Beschluß vom 1. Oktober war die Erneuerung englischer Vermittelungsvorschläge zu erwarten. Schwerlich fanden sie in Kopenhagen Gehör, so daß der Krieg doch unvermeidlich wurde. Aber wenn Preußen ihnen entgegenkam, so war Dänemark auch nach dem Urteil des englischen Volkes in das Unrecht des ruchlosen Friedensbrechers versetzt. So dachte Bismarck nach dem Frankfurter Bundesbeschluß zunächst zu handeln und er brauchte nicht lange auf die neuen Eröffnungen Englands zu warten. Am 7. Oktober erschien nämlich der englische Botschafter Buchanan bei ihm, um ihn namens des Lord Russell zu fragen, unter welchen Bedingungen Preußen auf die Exekution verzichten würde. Österreich lehne jede Nachgiebigkeit gereizt ab, doch vertraue England auf Preußens Mäßigung. Bismarck entgegnete: vor allem sei die Meinung des in Baden weilenden Königs einzuholen. Nach seiner eigenen per-

sönlichen Auffassung habe über die Schritte zur Wahrung der Rechte Holsteins der Bund allein zu entscheiden. Bezüglich der internationalen Frage der Rechte Schleswigs dagegen sei er bereit, die Annahme der englischen Vermittelung beim Bunde zu befürworten, wenn Dänemark zuvor diese Vermittelung gleichfalls angenommen und versprochen habe, der Exekution keinen Widerstand entgegenzusetzen. Der König gab seine Zustimmung zu Bismarcks Vorschlägen von Baden aus. Am 14. Oktober ermächtigte auch ein Ministerrat in Berlin, unter Vorsitz des Königs, Bismarck, „soweit Preußens Ehre verstatte, auf Erhaltung des Friedens bedacht zu sein", beauftragte zugleich aber auch den Kriegs- und Finanzminister, die Kostenanschläge für Preußens Anteil an der Exekution aufzustellen. Auf Grund dieser Beschlüsse schrieb Bismarck am 15. Oktober dem englischen Botschafter: „Wenn Dänemark dem Bundestage erklärt, daß es bereit sei, dem Bunde Genugthuung zu geben hinsichtlich des Anspruchs Holsteins und Lauenburgs, ihre eigene Gesetzgebung, sowie die Verwendung aller in den Herzogtümern erhobenen Gelder zu beaufsichtigen, und wenn Dänemark weiter erklärt, daß es für die Lösung der internationalen Frage" (der Rechte Schleswigs) „die englische Vermittelung angenommen hat: dann wird Preußen versuchen, die Bundesexekution zu verhindern." Jedes dieser Worte konnte England als ehrlicher Vermittler annehmen und unterschreiben. Sicherlich aber ging Dänemark auf dieses Gesamtgefüge unwillkommener Vorbedingungen nicht ein.

Indessen auch aus Dänemark hatte Bismarck schon am 3. Oktober, also noch vor der englischen Einmischung, einen Beweis versöhnlicher Gesinnung erhalten, ein Schreiben des ihm aus früherer Zeit persönlich bekannten dänischen Reichsratsabgeordneten und Magnaten, Baron Blixen-Finecke, der in Jütland und Schweden große Güter besaß und der Schwager des „Protokollprinzen" Christian von Glücksburg war. Er stand in Jütland im höchsten Ansehen und hatte dort seinen Bauern, zum großen Zorne der kriegslustigen „eiderdänischen" Partei, erklärt: sie hätten gar kein Interesse an der Knechtung Schleswigs und am Märzpatent, wohl aber an der

Erhaltung des Friedens. An Bismarck schrieb er am 3. Oktober: ob Preußen die Bundesexekution verhüten würde, wenn Dänemark das Märzpatent zurückziehe, die gerechte Behandlung der deutschen Bevölkerung Schleswigs durchführe und zur Bürgschaft dieser Zusage einen Ministerwechsel vollziehe? Bismarck antwortete am 10. Oktober, nach eingeholter Genehmigung des Königs: „Wenn die Kundmachung vom 30. März zurückgenommen wird, wenn die Einrichtungen, durch welche sie nach der Erklärung des Ministeriums entbehrlich werden soll, keine neuen Erschwerungen der Situation bringen, wenn außerdem die von Ihnen in Aussicht gestellten Erleichterungen der Lage der Deutschen in Schleswig ins Leben treten, so stimme ich gegen die Ausführung der Exekution und glaube meine Ansicht durchzusetzen, so heißblütig auch Österreich und seine Freunde die Vollziehung betreiben. Fallen die Vorbedingungen fort, so fehlt meinen gemäßigten Anschauungen die Operationsbasis, und der Bund ist schon zu weit vorgegangen, um selbst für einen englischen Vermittelungsvorschlag noch einer Aussicht auf praktischen Erfolg Raum zu lassen. Ich würde mich herzlich freuen, wenn ich in die Lage käme, unsere gegenseitigen Beziehungen amtlich mit Ihnen verhandeln zu können. Ihre jetzigen Minister haben vermöge ihrer Vergangenheit nicht die Freiheit der Bewegung, um eine Verständigung in das Leben führen zu können.“ Hier war ganz offen ausgesprochen, was sich in der Antwort an den englischen Botschafter zwischen den Zeilen und in den Bedingungen verbarg: selbst die englische Vermittelung wird die Verblendung der in Kopenhagen herrschenden eiderdänischen Partei nicht annehmen und ihre Minister sind nur willenlose Werkzeuge dieser Partei des Kopenhagener Pöbels. Bismarck durfte aber hoffen, daß sein Schreiben an Blixen dem König Fredrik wenigstens vor der letzten Entscheidung noch zu Gesicht komme und diesem die äußerste Verantwortung dieser Entscheidung klar mache. Er sollte sich nicht täuschen.

Jetzt galt es, auch den preußischen Gesandten am Bundestage, Herrn v. Sydow, von der preußischen Gesamtauffassung der Zeitlage zu unterrichten. Bismarck that das in einem Erlasse vom

16. Oktober, in welchem er ausführte: auf die dänische Herausforderung vom 30. März wäre der Bundeskrieg die einzig richtige Antwort gewesen. Auch der oldenburgische Antrag, die Verträge von 1852 außer Kraft zu setzen, hätte sich nur mit Waffengewalt durchführen lassen. Indessen die Gesamtlage Europas widerrate einen Bundeskrieg und dränge zur Wiederaufnahme des 1858 begonnenen Exekutionsverfahrens. Die Halbheit dieser Maßregel und die Mißlichkeit ihres Erfolges habe sich Preußen nicht verhehlt, aber infolge des lebhaften Fürwortes der Mehrzahl der deutschen Regierungen ihr zugestimmt. Durch die österreichischen Reformbestrebungen habe jedoch inzwischen die vertrauensvolle Sicherheit der Beziehungen der deutschen Bundesstaaten untereinander eine Erschütterung erlitten, die zur Zeit gemeinsame Unternehmungen, welche zu europäischen Verwickelungen führen können, wenig geeignet erscheinen lassen. „In dieser Lage ist es nicht unsere Aufgabe, die Exekution um ihrer selbst willen zu fordern, wenn sich zu ihrer Verhütung ehrenvolle Auskunftsmittel darbieten, oder wenn sich ihr, ohne unser Verschulden, im Schoße der Bundesversammlung Hindernisse entgegenstellen."

Aber die dänische Ἄτη, die von Gott verlassene Verblendung, beseitigte jedes „ehrenvolle Auskunftsmittel" zu friedlicher Verständigung, jedes „Hindernis" und Bedenken gegen den Krieg. Tiefen Eindruck machte zwar vorübergehend Bismarcks Brief vom 10. Oktober an Blixen auf König Fredrik, dem Blixen den Brief am 18. vorlegte. Fredrik umarmte Blixen, nannte ihn seinen Retter und gelobte, die eiderdänische Verfassung nimmermehr zu unterzeichnen. Aber die ruhmredige Kriegslust der Eiderdänen verwischte im Könige rasch das Gefühl verantwortlicher Besorgnis vor der Bundesexekution. Am nämlichen Tage noch wurde in seiner Gegenwart eine ablehnende Antwort nach Frankfurt erlassen. Am 13. November fiel dann auch, allen Warnungen Schwedens, Englands und Frankreichs zum Trotze, die Entscheidung im Reichsrate. Mit knapper verfassungsmäßiger Zweidrittelmehrheit wurde die neue Verfassung, und damit die Einverleibung Schleswigs in Dänemark, beschlossen.

Der dänische Ministerpräsident Hall eilte zum Könige nach Glücksburg, um dessen Unterschrift zu dem Verfassungswerke einzuholen. Aber er traf einen Sterbenden. Auch in den wenigen noch übrigen lichten Augenblicken weigerte der König die Unterschrift, wie er Blixen gelobt hatte, wohl weniger aus scheuem Rechtsgefühl, als aus Bosheit gegen den ihm widerwärtigen Thronerben. „Christian mag zeichnen," rief er. Am 15. November starb er an Blutvergiftung. Mit ihm erlosch der dänische Mannsstamm, und sein Tod fügte zu der ungelösten brennenden Verfassungsfrage der deutschen Elbherzogtümer plötzlich noch eine zweite ebenso schwierige und dringende hinzu: die Frage der rechtmäßigen Thronfolge.

Den Ereignissen, welche der Beschluß des dänischen Reichstags vom 13. November und der Tod König Fredriks VII. heraufbeschwor, ging Preußen im Innern scheinbar nicht gefestigter entgegen, als dem Beginne der dänischen Wirren. Am 2. September 1863 war das preußische Abgeordnetenhaus aufgelöst worden, wie schon früher berichtet wurde. Die Regierung glaubte aus mancherlei Anzeichen schließen zu können, daß sich ein Gesinnungswechsel vollziehe, welcher der Hoffnung einer Verständigung über den inneren Verfassungsstreit Raum gebe. Aber die Neuwahlen vom 28. Oktober vernichteten diese Hoffnungen. Nur geringe Verstärkung erfuhren die Anhänger der Regierung. Die alten Gegner und die alte feindliche Mehrheit zogen fast unvermindert in das Abgeordnetenhaus von neuem ein. Mit einer solchen Volksvertretung hatte Bismarck sich abzufinden in den drei kampf- und verwickelungsreichsten Jahren seines amtlichen Wirkens. Die Thronrede vom 9. November, die als Bismarcks Werk bezeichnet werden kann, betonte im Eingange den „dringenden Wunsch" des Königs, den „zwischen der Regierung und einem Teil der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnissen ein Ende" zu machen; freilich mit der Verwahrung: „Meine Königliche Pflicht gebietet Mir, die Macht und die Rechte Meiner Krone nicht minder wie die verfassungsmäßigen Befugnisse der Landesvertretung hochzuhalten und zu schützen. Ich habe aber nicht allein für die innere Wohlfahrt, sondern auch für die äußere Sicherheit

des Staates Sorge zu tragen und muß in beiden Beziehungen auf Ihre Mitwirkung rechnen können." Nach eingehender Darlegung der bewährten Vorzüge der preußischen Heeresreform und ihrer Verträglichkeit mit dem ausgezeichneten Stande der preußischen Finanzen, erinnerte die Thronrede an die vom Bunde beschlossene Exekution gegen Dänemark und versprach, „die erforderlichen Vorlagen an den Landtag", falls außerordentliche Mittel erheischt würden, um einen „den Exekutionstruppen überlegenen Widerstand" durch die Mitwirkung preußischer (und österreichischer) Streitkräfte zu brechen. Die Thronrede schloß: „Wir stehen in einer bewegten Zeit, vielleicht an der Schwelle einer bewegteren Zukunft. Gemeinsam haben wir für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes zu wirken. Dieser Aufgabe sind Meine Bestrebungen unwandelbar und ausschließlich gewidmet, und in unerschüttertem Vertrauen auf die Treue Meines Volkes hoffe Ich, dieselbe so zu lösen, wie Ich es vor Gott verantworten kann." Wir werden sehen, wie wenig das Abgeordnetenhaus diesen königlichen Erwartungen und Mahnungen entsprach.

Das Ausland, namentlich Frankreich, eröffnete gerade jetzt der Unterstützung der Politik Bismarcks bessere Aussichten als die feindselige heimische Volksvertretung. Am 5. November hielt nämlich auch Kaiser Napoleon in Paris eine Thronrede, in der er sagte: „Die Verträge von 1815 haben aufgehört zu bestehen. Was ist vernünftiger, als die Mächte Europas zu einem Kongresse und damit zu einem höchsten Schiedsgericht über alle streitigen Fragen zu berufen?" Am nämlichen Tage noch ergingen die Einladungen zu diesem Kongreß an alle europäischen Höfe. Die polnischen Wirren hatten, wie wir sahen, den Kaiser mit Österreich und England gründlich verzürnt, ihn dagegen näher zu den Staaten hingezogen, die er damals bekämpft hatte, zu Preußen und Rußland, deren feste ehrliche Haltung ihm Achtung abnötigte. Alle Welt war daher sicher, daß Napoleon diesen Kongreß, zu dem die Fürsten persönlich behufs Begleichung aller europäischen Streitpunkte zusammentreten sollten, zu einer Demütigung Österreichs und Englands würde benützen wollen. Die Königin Viktoria von Großbritannien nannte

daher die Rede „unverschämt“. Aber auch Zar Alexander fand den „Streich doch zu stark“ und wäre nicht übel geneigt gewesen, gegen den französischen Emporkömmling, dessen Umtriebe während des polnischen Aufstandes der Zar nicht vergessen hatte, einen Bund zu vieren, mit Preußen, Österreich und England zu schließen, zu dem England jetzt lebhaft anfeuerte. Österreich suchte wenigstens mit Preußen ein möglichst gutes Einvernehmen zu erringen, indem der Kaiserstaat die leidige Bundesreform, die er bis dahin als das alleinige Heil Deutschlands ausgegeben hatte, plötzlich vollkommen preis gab und fallen ließ, um die einzig zuverlässige Stütze Preußen in dieser Notlage nicht zu verlieren. Äußerst geschickt beantwortete Bismarck die französische Einladung zum Kongreß. Er erklärte schon am 8. November dem Gesandten Talleyrand, er persönlich sei mit dem Kongreß ganz einverstanden, Preußen habe gar keinen Grund, gegen dessen Zustandekommen sich zu sträuben. Auch der König, dem Talleyrand am 14. November die Einladung des Kaisers persönlich überreichte, erteilte ihm die Antwort: er habe gegen den Kongreß keine grundsätzliche Einwendung, gebe indes anheim, zunächst die Minister der fünf Großmächte zu einer Vorverständigung zusammentreten zu lassen. Einstweilen betrachte der König die Verträge von 1815 noch als rechtsverbindlich. Der deutsche Gesandte in Paris, Graf Goltz, erläuterte diese Worte dem Kaiser Napoleon persönlich noch dahin: die Fürsten könnten ja nach ihren Ministern, sobald ein Einverständnis zu erhoffen sei, noch selbst zum Kongreß erscheinen. Napoleon schätzte diese preußischen Erklärungen, die er als Zustimmung zum Kongreß auffaßte, um so höher, da hier die erste europäische Großmacht zusagte. Er verdoppelte daher seine Freundlichkeit gegen Preußen. Gerade jetzt, vor der entscheidenden Wendung der dänischen Frage, war diese scheinbar wundersame Umgestaltung der europäischen Verhältnisse doppelt wertvoll. Denn während des Kampfes gegen die österreichische Bundesreform stand Preußen scheinbar ganz vereinzelt. Jetzt plötzlich sah es sich gleichzeitig von der Liebe Rußlands, Englands, Frankreichs und Österreichs umworben. In Wahrheit aber war dieser gleichzeitige Wett-

bewerb der vier europäischen Großmächte um Preußens Gunst die natürliche Folge der Politik Bismarcks während der polnischen Wirren, die durch ihre Entschlossenheit und Vorsicht, ihre Klarheit und Furchtlosigkeit alle Mächte mit Achtung und Zutrauen erfüllt hatte. Unter so günstigen und beruhigenden Verhältnissen vernahm Preußen die alle Welt aufregende Kunde vom Tode König Fredriks VII.

Am Tage nach seinem Ableben folgte eine neue Überraschung: eine Erklärung des Herzogs Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, daß er zu Gunsten seines Sohnes Friedrich auf alle Erbansprüche an die Thronfolge in den deutschen Elbherzogtümern Verzicht leiste. Gleichzeitig erschien eine sentimentale Bekanntmachung eben dieses Erbprinzen Friedrich, in welcher er „kraft der alten Erbfolgeordnung unseres Landes und des oldenburgischen Hauses, und kraft der von dem Vater ausgestellten Verzichtsurkunde, die Regierung der Herzogtümer Schleswig-Holstein antrete. Ich weiß, daß zur Durchführung meines und Eures Rechtes mir zunächst keine andere Macht zu Gebote steht, als die Gerechtigkeit unserer Sache, die Heiligkeit alter und neuer Eide und Eure Überzeugung von der Festigkeit des Bandes, welches mein Geschick und das Eure vereint. Von jetzt an wäre die Herrschaft eines Königs von Dänemark über Euch eine Usurpation und rechtlose Gewaltthat. Und unsere gemeinsame Aufgabe ist es, dieser Herrschaft ein Ende zu machen. Ich kann Euch (freilich) jetzt nicht aufrufen, Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Euer Land ist von fremden Truppen besetzt und Ihr habt keine Waffen. Mir liegt deshalb vor allem ob, die Regierungen des Bundes um Schutz meines Regierungsrechtes und Eurer nationalen Rechte anzugehen. Der deutsche Bund ist niemals der legitimen Erbfolge entgegengetreten." Die Proklamation schloß mit dem Schwur, die Verfassung und die Rechte des Volkes von Schleswig-Holstein aufrecht zu erhalten, „so wahr Gott mir helfe und sein heiliges Wort."

Wundersame Vorstellungen und Fiktionen mischten sich in diesem Erlaß. Zunächst die, als nehme sich allein der Erbprinz

oder „Herzog Friedrich VIII.“, wie er sich seit seinem „Regierungsantritte“ in partibus infidelium nannte — der Berliner nannte ihn nie anders als „Friedrich den Sachten“ — der Rechte der Elbherzogtümer an, als stünden und fielen diese Rechte mit dem „Regierungsrecht“ des Augustenburgers. Er ist auch nie über diesen engen Gesichtskreis hinausgekommen, weil er wirklich glaubte, mit seinem Regierungsrecht werde das Heiligste der Schleswig-Holsteiner zu Füßen getreten und das Übrige sei von geringer Bedeutung. Aber noch wunderlicher fast ist die Vorstellung oder Einbildung des Prinzen bezüglich dieses seines „Regierungsrechtes“. Zweifellos hatte sein Vater in den uns bekannten Verhandlungen mit Bismarck (s. o. Bd. I. S. 401 ff.) auf die Erbfolge in den Elbherzogtümern für sich und seine Nachkommen verzichtet und versprochen, nichts zu unternehmen, um die in Dänemark einzurichtende Thronfolge (des damaligen „Protokollprinzen“, jetzigen Königs Christian IX. von Dänemark) und die neue Ordnung des Königreichs zu stören. Er hatte für dieses Versprechen sich von Dänemark auch mit einigen Millionen abfinden lassen. Seine Agnaten hatten bei dem Handel zwar geschwiegen — wir wissen, daß Preußen ihre Zustimmung 1852 nicht für erforderlich hielt, weil es damals ihre fürstlichen Geburtsrechte bezweifelte (s. o. Bd. I S. 405). Der Erbprinz Friedrich, der 1852 geschwiegen hatte, sandte allerdings einige Jahre später eine Wahrung seiner Erbrechte nach Berlin und Kopenhagen. Aber dort wie hier war der Protest einfach zu den Akten gelegt worden. Denn solange sein Vater lebte, hatte der Sohn überhaupt keine „Erbrechte“, und der Vater hatte darauf verzichtet. Nun, am 16. November 1863 übertrug dieser noch lebende Vater dieselben Rechte, auf die er selbst verzichtet hatte, plötzlich dem Sohne. Diese Abtretung stand in unleugbarem Widerspruche mit Treu und Glauben und belegte die Ansprüche ihres Erwerbers — trotz aller „alten und neuen Eide“, auf die er sich berief, — mit unheilbarer Nichtigkeit.

Mochten diese Erwägungen indes noch so begründet sein, die Volksstimme in Schleswig-Holstein beachtete sie damals in keiner

Weise. In Schleswig waren die Augustenburger freilich nie beliebt gewesen. Dort vertraute man mehr auf den ehrlichen deutschen Sinn des Protokollprinzen Christian. In Holstein dagegen hatten die Augustenburger seit 1856, trotz der Versprechen des Herzogs Christian von 1852, und obendrein unter seiner persönlichen Anwesenheit, eine lebhafte Agitation begonnen. Als König Fredrik VII. gestorben war, beriefen ihre Anhänger eine große Versammlung von Vertrauensmännern aus beiden Herzogtümern nach Kiel. Mit sehr verschiedenen Absichten trafen die Sendboten der beiden Herzogtümer hier ein. Aber während die Versammlung noch tagte, meldete der Telegraph aus Kopenhagen, daß König Christian, wenn auch nur durch den Pöbel der Hauptstadt gezwungen, doch die Novemberverfassung unterschrieben, also Schleswig in Dänemark einverleibt habe: „Los von Dänemark!", Anerkennung des Augustenburgers, war nun auch die einmütige Losung Schleswigs. Von der Elbe bis zur Königsau tönte sie fort. Alle deutschen Beamten in beiden Herzogtümern verweigerten den Huldigungseid an Christian IX. Wo keine dänischen Truppen standen, hatte die dänische Verwaltung aufgehört. Das sonst so ruhige Volk blickte in fieberhafter Erregung nach Deutschland um Hilfe aus.

Die damalige Stimmung Deutschlands läßt sich am besten kennzeichnen an den amtlichen Schritten der Regierungen. Aus ihrer hastig-freudigen Anerkennung des Augustenburgers kann man sicher zurückschließen auf die heftige Bewegung der Volksmassen nach demselben Ziele. Am Bundestage erklärte Baden schon am 16. November — am Tage der Augustenburgischen Proklamation selbst —, daß der badische Bundestagsgesandte v. Mohl hinfort auch die Stimme Herzogs Friedrich VIII. führen werde und in dessen Namen gegen jede Verletzung der Regierungsrechte desselben Verwahrung einlege. Am folgenden Tage erhob Oldenburg Einspruch gegen die Thronfolge Christians IX. in den Elbherzogtümern und am 18. beantragte Frankfurt die Anerkennung des Augustenburgers, die der Herzog v. Coburg seinerseits schon am 19. aussprach. Nulla dies sine linea. Unmöglich lassen sich die unzähligen gleichartigen Kund-

gebungen in den Kammern der Einzelstaaten — selbst im österreichischen Reichsrat — die entgegenkommenden Erklärungen der Minister Beust, Dalwigk, Hügel (Württemberg) u. s. w. und vollends die endlosen Beschlüsse der patriotischen Vereine und Volksversammlungen hier anführen. Eine Überzeugung einte diesmal alle Parteien und Stämme Deutschlands: die deutsche Ehre erfordert die Befreiung der Elbherzogtümer vom dänischen Joche und der Prinz von Augustenburg ist ihr rechtmäßiger Herrscher, da 1848 in Dänemark die agnatische Erbfolge galt und die ohnehin für Deutschland schmachvollen Verträge von 1852, welche diese Erbfolge zu Gunsten des Protokollprinzen abänderten, durch die dänischen Rechtsbrüche und Gewaltthaten zerrissen sind. Im preußischen Abgeordnetenhause brachten die Fraktionen der Abgeordneten Stavenhagen und Virchow bereits am 23. November den durch vier „Erwägungen" gestützten Antrag ein, das Haus der Abgeordneten wolle erklären: „die Ehre und das Interesse Deutschlands verlangen, daß sämtliche deutsche Staaten die Rechte der Herzogtümer schützen, den Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten." Da wurde Herrn v. Bismarck ja Gelegenheit geboten, seinen eigenen Standpunkt zu entwickeln, und dem hohen Hause die Gelegenheit, ihm voraussichtlich von neuem das Ungeschick und mangelnde deutsche Ehrgefühl seiner Politik eindringlich vorzuhalten.

Bismarcks Standpunkt war im Grunde genau der seines Königs und der des Abgeordnetenhauses: die Elbherzogtümer müssen unbedingt vom dänischen Joche befreit werden. Aber König und Minister durften sich das zur Zeit nur erst unter vier Augen sagen, das Abgeordnetenhaus aber durfte davon noch gar nichts erfahren, wenn Preußen nicht im gefährlichsten Widerstreite mit Österreich und den europäischen Mächten, allein im Bunde mit dem Abgeordnetenhause und mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, in einen Krieg gegen Dänemark sich stürzen wollte, der sich dann unfehlbar bald zu einem Kriege gegen Österreich und England, vielleicht auch

gegen Frankreich, erweitert hätte. Das Ziel deutscher Ehre und deutschen Rechtes stand Bismarck also ebenso klar vor Augen und lag ihm nicht minder warm am Herzen als irgend einem seiner Gegner im Abgeordnetenhause oder draußen im sogenannten „dritten Deutschland" der Mittel- und Kleinstaaten. Aber auf völlig anderen Wegen als alle die lärmenden Wortführer der öffentlichen Meinung gedachte er dieses hohe Ziel zu erreichen: vor allem im sicheren Einvernehmen mit Österreich und den europäischen Mächten, ohne die Gefahr eines europäischen Krieges, daher ohne den Einsatz der Existenz Preußens und Deutschlands, den die Politik der Mittelstaaten und des Abgeordnetenhauses herausforderte, endlich auch mit wesentlich geringeren Opfern an deutschem Gut und Blut, als jene tolldreiste Politik erfordert hätte.

Die seltsame Fiktion, welche schon den roten Faden in dem Erlaß des Augustenburgers gebildet hatte: daß die Anerkennung und Durchführung seiner Herrschaftsrechte das Hauptgebot deutscher Ehre sei, daß mit ihm das deutsche Recht der Elbherzogtümer siege oder erliege, beherrschte alle Kundgebungen des „dritten Deutschland" wie die des preußischen Abgeordnetenhauses. Bismarck hegte hierüber seine eigenen, besonders bitteren Gedanken. Denn er persönlich hatte 1851/52 mit unendlicher Mühe den Verzicht des Vaters Christian v. Augustenburg auf die Erbfolge in den Elbherzogtümern, im Namen des Herzogs selbst und im Namen seiner Agnaten, herbeigeführt und abgeschlossen. Die Lossage des Vaters Christian von den damals besiegelten Versprechen durfte daher Bismarck mit Recht als eine ihm selbst vor ganz Europa angethane Beleidigung und Verleugnung empfinden. Sein König stand dem jungen Augustenburger wesentlich sympatischer gegenüber. Der Prinz hatte 1848 für sein Land gefochten. Die Verträge, durch die der Prinz sein Erbrecht verlor, hielt König Wilhelm durch die dänischen Rechtsbrüche und Gewaltthaten überhaupt für beseitigt. Jeden eigenen Vorteil und Landerwerb in den Elbherzogtümern wies der König weit von sich ab. Frei von Dänemark sollten die Herzogtümer werden. Warum also nicht unter der Herrschaft Friedrichs VIII.?

Bismarck dagegen war zwar ebenso weit davon entfernt, wie der König, die Erbfolgefrage nach persönlichen Gesichtspunkten zu behandeln. Gerade er aber wußte aus eigenen jahrelangen Mühen und Studien im Dienste der Augustenburger in Frankfurt besser als irgend ein mittelstaatlicher Minister und Volksredner, besser als irgend ein preußischer Kronjurist oder Abgeordneter, auf wie schwachen Füßen das Herzogsrecht des Augustenburgers stand. Es erschien ihm undenkbar und unmöglich, auf dieser Grundlage die Befreiung der Herzogtümer einzuleiten. Alle Mächte, welche die Verträge von 1852 unterzeichnet hatten, vor allem auch Österreich, mußten sich dagegen erheben. Außerdem aber war ein neuer deutscher Großherzog in den Elbherzogtümern ohne den vorausgehenden Abschluß der deutschen Bundesreform keinesfalls zuzulassen. Wir wissen aus Bismarcks Bericht vom 2. Juli 1857, wie ungern Bismarck überhaupt diesen neuen saturierten Großherzog in die Elbherzogtümer hätte einziehen sehen.

Aus anderen Gründen hielt auch Österreich die ungestüme deutsche Bewegung zu Gunsten des Augustenburgers für höchst gefährlich und war daher entschlossen, ihr allen Widerstand zu leisten. Denn diese „Kandidatur" machte der dänischen Integrität, für die Österreich immer eingetreten war, den Garaus. Mit Mißmut sah man in Wien jetzt dieselben Staaten, die kurz zuvor auf dem Frankfurter Fürstentage dem österreichischen Kaiser zugejubelt hatten, für die Elbherzogtümer sich begeistern, deren Befreiung Österreich um so gleichgültiger war, als eine Ahnung den Herren in Wien sagte, daß Preußen, und nur Preußen allein, aus dieser ganzen Bewegung Vorteil haben werde. In unerwartet korrekter Weise hatte dieses nun aber schon am 16. November den neuen König von Dänemark, Christian IX. anerkannt, freilich indem es ihm den Rat erteilte, die Verfassung vom 13. November nicht anzuerkennen. Er hatte sie am 18. November bestätigt, und Bismark dadurch freie Hand für die Zukunft gewonnen. Die völlige Befreiung der Herzogtümer von Dänemark konnte man nun erst, infolge dieses dänischen Gewaltstreiches, durchsetzen. Darüber waren der König und Bismarck auch

jetzt einer Meinung. Aber auf welchem Wege? Österreich drängte lebhafter als je auf ein gleichmäßiges Vorgehen mit Preußen, und Bismarck war durchaus gewillt, diesem Drängen zu willfahren. Denn er sagte: „Wir haben im Jahre 1849 erlebt, daß es übel ist, Einer gegen Vier zu stehen, Zwei gegen Drei ist ein besseres Verhältnis." Deshalb also kein Rütteln an der Thronfolge der Elbherzogtümer aus den Verträgen von 1852, da man sonst Österreich sowohl als die europäischen Mächte zu Gegnern haben würde. Dagegen hatte Christian IX. durch die Annahme der dänischen Verfassung vom 13. November, die Schleswig in Dänemark einverleibte, einen Kriegsfall „bester Qualität" — wie Bismarck früher einmal schrieb — geliefert, einen Kriegsfall, der ganz außerhalb des Bereiches der Erbfolgefrage stand, und gegen dessen Rechtmäßigkeit jeder Einwand unmöglich war. Österreich wollte die dänische Integrität und die Thronfolge Christians IX. erhalten. Preußen verlangte nichts dem Widersprechendes, indem es Österreich vorschlug, von Dänemark die Zurücknahme der Novemberverfassung, wenn nötig, mit Waffengewalt zu fordern. Dazu ließ sich Österreichs Bündnis sicherlich gewinnen und diese Verbindung beider deutscher Mächte war für jetzt das Notwendige. Brach dann der Krieg aus, so waren damit ohnehin alle Verträge mit Dänemark gelöst, und dann hoffte Bismarck dem verbündeten Österreich die Notwendigkeit der völligen Loslösung der Herzogtümer von Dänemark schon klar zu machen. Auf diesem ganzen Wege bot jedenfalls nicht ein einziger Schritt dem Ausland auch nur einen Vorwand zur Einmischung; und nur auf diesem Wege vermied Preußen, sich für irgend welches Thronfolgerecht im Voraus zu verpflichten. In voller Übereinstimmung mit seinem Könige beschloß Bismarck daher, nur mit der Verfassungsfrage gegen Dänemark einzusetzen.

Die erste Wirkung dieses Beschlusses erfuhr der Augustenburger. Er war am 18. November in Berlin erschienen, erhielt aber von Bismarck nur die kurze Antwort: Er könne ihm keine Ratschläge erteilen, da Preußen an das Londoner Protokoll gebunden sei. In Wien war man mit Preußens Standpunkt und Haltung in

hohem Grade zufrieden und hätte nur, dem armen Christian von Dänemark zu liebe, ein etwas langsameres Tempo der Bundesexekution gewünscht, auch Preußen den österreichischen Anteil an dieser am liebsten allein überlassen. Preußen umgekehrt drängte auf thunlichste Beschleunigung der Exekution, da mit dieser König Christian indirekt als Herzog von Holstein anerkannt wurde. Das hatte inzwischen aber auch der bayerische Bundestagsgesandte v. d. Pfordten entdeckt. Als daher die Vertreter der beiden deutschen Großmächte in Frankfurt einen Protest der Bundesversammlung gegen die dänische Novemberverfassung und den Fortgang der Exekution gegen Dänemark beantragten, da erklärte v. d. Pfordten, unter dem Beitritt vieler Stimmen: jetzt dürfe weder von Exekution mehr die Rede sein noch von Protest. Denn durch erstere erkenne man Christian IX. als Bundesfürsten, als rechtmäßigen Herzog von Holstein an; durch den Protest aber als rechtmäßigen Herzog von Schleswig. Man müsse also, um der Erbfolgefrage nicht vorzugreifen, die Okkupation Holsteins mit Waffengewalt beschließen, dann den rechtmäßigen Herzog ermitteln und anerkennen und ihm, wenn nötig abermals mit Waffengewalt, den Besitz Schleswigs verschaffen. Der Gegensatz des „dritten Deutschland" zu Preußens und Österreichs Standpunkt war hier aufs schärfste ausgedrückt. Preußen wollte nur bei der Verfassungsfrage, Bayern nur bei der Thronfolgefrage einsetzen. Daß aber der Bund mit großer Mehrheit der bayerischen Erklärung beitreten würde, war zweifellos, und deshalb für Österreich ohne weiteres Zaudern inniges und kräftiges Zusammenwirken mit Preußen geboten. Wie Bismarck, hatte dabei natürlich auch Graf Rechberg seine Hintergedanken. Plante Jener, im Laufe der kriegerischen Ereignisse auch Österreich dahin zu bringen, daß es sich die völlige Losreißung der Herzogtümer von Dänemark als Ziel setzen würde, so war dagegen Graf Rechberg entschlossen, überall zurückhaltend und mäßigend auf Preußen, d. h. also zunächst auf Bismarck einzuwirken. Der Erfolg sollte bald lehren, welcher der beiden Magnete stärker war, der vorwärts- oder der rückwärtsziehende. Einstweilen beschleunigte Pfordtens Schachzug außerordentlich Öster-

reichs Zustimmung zu rascher Exekution, da nach der Ansicht beider Großmächte damit die Anerkennung Christians IX. vollzogen war. So ward denn am 24. November zwischen Bismarck und dem österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, eine Übereinkunft geschlossen: beim Bundestage die Exekution, so schnell als die Bundesgesetze nur irgend gestatteten, zur Vollziehung zu bringen. Natürlich würde sich auch Österreich daran beteiligen. Damit war Österreich zu dem ersten Schritte thätigen Anteiles an der Lösung der dänischen Frage herangezogen, und Preußen übernahm von nun an unbestritten die Führung der beiden vereinten Großmächte. Graf Rechberg hatte sich selbst ja nur die bescheidene Rolle des Zügelns und Mäßigens vorbehalten — soweit nicht die treibende Kraft Bismarcks auch hier die stärkere war.

In ganz Europa machte die plötzliche Vereinigung der beiden deutschen Großmächte gegen die Mittelstaaten das größte Aufsehen. Aber keine auswärtige Macht nahm daraus Anlaß, ihre wohlwollende Haltung gegen Preußen zu ändern. England hatte kurz vor der preußischen Übereinkunft mit Österreich auf Beschleunigung der Bundesexekution gedrängt, weil dadurch Christian IX. anerkannt wurde. Jetzt bot es wieder plötzlich seine Vermittelung an, um die Exekution abzuwenden. Bismarck erläuterte fest und klar die deutsche Forderung der Rücknahme der Novemberverfassung und erklärte sich bereit, unter dieser Vorbedingung die englische Vermittlung anzunehmen. Zwei Tage später schlug England dagegen wieder einen Kongreß aller Unterzeichner des Londoner Protokolls vor, den es acht Tage zuvor aufs entschiedenste abgelehnt hatte. Daß Bismarck das also hin- und herschwankende Albion nicht fürchtete und, bei besonnenem Vorgehen Preußens, England auch jedes kriegerischen Entschlusses für Dänemark unfähig halten durfte, das war ein neuer Gewinn für die deutsche Sache. Frankreich ging zu Gunsten Preußens viel weiter als England. Es schlug geradezu vor, Preußen solle Schleswig-Holstein anektieren. Die Gegenleistung an Frankreich brauche Preußen nicht in Landbesitz zu leisten, sondern in guten Diensten an befreundete Mächte bei anderen Fragen. Da der von

Napoleon gewünschte europäische Fürstenkongreß offenbar nicht zu stande kommen werde, müsse Frankreich Bündnisse suchen, und als natürlichstes erscheine das mit Preußen. Diese Eröffnungen des Kaisers und seines Ministers an den preußischen Gesandten, Grafen Goltz, in Paris waren vorläufig noch so allgemein gehalten, daß Bismarck keine eingehende Antwort darauf zu geben brauchte. Zweifellos aber war Frankreichs Wohlwollen für Preußen im Wachsen. Und das ohnehin befreundete Rußland mußte jeden bisherigen Schritt der Politik Bismarcks gegen Dänemark vollständig billigen.

Unter diesen Verhältnissen berief der König den Ministerrat auf den 26. November in das Palais und erläuterte hier in längerer Rede die gesamte politische Lage, um schließlich zu erklären, daß er drei Divisionen, Brandenburger, Westfalen und Garde mobil machen werde, um den Bundestruppen als Reserve zu dienen, baldigst zur Eider vorzubringen und eine achtunggebietende Macht für den Fall europäischer Verwickelungen bereit zu stellen. Diese drei Divisionen ergaben eine Stärke von 60 000 Mann, also dieselbe Zahl, die Roon und Moltke im Frühjahr für ausausreichend erklärt hatten, den Kampf gegen Dänemark allein aufzunehmen. Auf Roons Frage gab Bismarck noch die beruhigende Zusicherung, daß Österreichs Mitwirkung gesichert sei. Dann beschloß das Ministerium nach den Anträgen des Königs. Insbesondere sollte dem Landtag auch eine Vorlage über die Kosten gemacht werden. Bismarck hatte die Erklärung, welche diese Vorlage beim Landtag einführen sollte, bereits entworfen. König und Minister genehmigten auch sie am Schlusse der Sitzung. Daß man dem Krieg und damit gefahrvollen Entscheidungen entgegenging, war allen Teilnehmern dieser Sitzung klar und unzweifelhaft. Aber niemals hatte Preußen mit größerer eigener Kraft, in besserem Einvernehmen mit Österreich und den auswärtigen Mächten, und niemals unter einer festeren, vorsichtigeren und doch kühneren Leitung seiner auswärtigen Politik, ein kriegerisches Wagnis begonnen, als diesmal. Das Hauptverdienst an dieser günstigen Lage gebührt aber zweifellos dem preußischen Ministerpräsidenten von Bismarck.

Und dieser Meister leitete von jetzt an in der dänischen Frage nicht bloß die Politik Preußens, sondern auch die Österreichs. Die nächsten Tage schon boten dafür neue handgreifliche Beweise. Auch diesmal waren die Mittelstaaten unfreiwillig die Geschäftsführer Bismarcks bei Österreich, indem sie beim Bunde den Antrag betrieben, den dänischen Gesandten wegen mangelnder Erbberechtigung Christians IX. nicht zuzulassen. Bismarck stellte darauf dem Grafen Rechberg vor, daß man dieser volkstümlichen Anschauung, um einen so aufreizenden Bundesbeschluß zu verhindern, wenigstens insoweit Rechnung tragen müsse, daß die deutsche Verpflichtung zum Londoner Protokoll mit Dänemarks Vertragstreue in der Verfassungsfrage stehe und falle. Graf Rechberg gab sofort seine Zustimmung. In Bezug auf Schleswig gelangte Bismarck zu einem, nach österreichischer Auffassung und auf diese berechneten, ebenso maßvollen Vorschlag aus ganz den nämlichen Vordersätzen. Er sagte: ich will alle bisherigen Sünden Dänemarks gegen Schleswig gar nicht berühren; sie mögen als frühere Verfehlungen gegen die Verträge von 1852 vergessen sein. Aber die Novemberverfassung geht weiter, denn sie vernichtet jedes selbständige Dasein Schleswigs. Diese Verfassung tritt am 1. Januar 1864 in Kraft. Ist sie bis dahin nicht aufgehoben, so müssen wir mit allem Nachdruck gegen die Vergewaltigung Schleswigs einschreiten. Rechberg war entzückt über die Milde und Mäßigung des lodernden Feuergeistes Bismarcks, den er aus der Zeit des Frankfurter Zusammenwirkens so genau kennen gelernt hatte. Und sofort erteilte er auch diesem preußischen Vorschlage seine Zustimmung — was konnte nicht bis zum 1. Januar 1864 noch alles geschehen! Doch nur das eine, erwog Bismarck dagegen, daß Dänemark seinerseits nicht einen Schritt thun würde, um die Novemberverfassung aus eigenem Antriebe aufzuheben. Kam der 1. Januar 1864 aber heran ohne die Aufhebung, dann wäre nur der Reichsrat der neuen Verfassung zur Aufhebung zuständig gewesen, und dessen Zusammentritt schon mußte Österreich mit Preußen, nach der eben getroffenen Abrede, als Kriegsfall behandeln. Ein Staatsstreich Christians IX. aber, der in dieser

Notlage die Verfassung der allmächtigen Eiderdänen außer Kraft gesetzt hätte, lag bei der Natur des Königs außer jeder Berechnung der Wahrscheinlichkeit. Damit also hatte sich Bismarck auch über den kritischen Wendepunkt des Jahreswechsels hinaus zum ferneren Leiter der österreichischen Politik gegen Dänemark fest eingesetzt, und die dann zu erwartenden kriegerischen Ereignisse mußten die Führung naturgemäß in noch höherem Grade ihm zuweisen.

In völligem Einvernehmen, wie ein einziges Staatsganzes, thatsächlich aber unter Bismarcks Führung und Leitung, traten also die beiden deutschen Großmächte in die ferneren Verwickelungen und Entscheidungen ein, Österreich immer mit dem angenehmen Bewußtsein, daß Bismarck eigentlich genau auf dem Boden Rechbergs stehe, so daß dessen Beruf zur Zügelung Preußens in keiner Weise sich zu bethätigen brauche. Den ersten gemeinsamen Strauß hatten die deutschen Mächte am 28. November beim Bundestag zu bestehen, wo sie unter den zwischen ihnen vereinbarten Vorbehalten, daß Dänemark die Verfassungsrechte der Herzogtümer nach den Verträgen von 1852 anerkenne und ausführe, ihrerseits am Londoner Protokoll festhielten und den dänischen Gesandten am Bundestag zuließen. Der Beschluß der Versammlung fiel aber gegen sie aus. Denn mit 12 gegen 4 Stimmen wurde beschlossen, die holstein-lauenburgische Vertretung bis auf weiteres zu suspendieren.

Bismarck grämte sich über diesen scheinbaren Mißerfolg so wenig wie über den ungeheuren Entrüstungsschrei, der nun in Deutschland über die „Infamie" losbrach, daß die deutschen Vormächte noch am Londoner Protokoll festhielten. Denn diese ganze gewaltige Bewegung, die sich in den Volksmassen, Kammern und Ministerreden kundgab, diente doch nur Bismarcks Politik, da sie Österreich bei Preußen festhielt, Europa von der Mäßigung der deutschen Vormächte überzeugte und es zugleich belehrte, daß mit der nationalen Erregung von 45 Millionen Deutschen immerhin gerechnet werden müsse. Auch daß die englischen Gesandten in Berlin und Kopenhagen — gegen die Meinung ihres Chefs Lord

John Russell und viel mehr nach Palmerstons Sinn — laut drohten: England werde keine deutsche Einmischung in Dänemarks innere Angelegenheiten und noch weniger eine Lossage vom Londoner Protokolle dulden, auch das war Bismarck nur angenehm. Denn dadurch wurde die dänische Verblendung und Kriegslust an neuen Wahngebilden nur noch mehr erhitzt.

Unter solchen Verhältnissen gab Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause am 1. Dezember die Erklärung auf den bereits erwähnten Antrag Stavenhagen-Virchow ab, welcher nicht bloß den Schutz der Herzogtümer, sondern auch die Anerkennung und Einsetzung des Augustenburgers als ein „Verlangen der Ehre und des Interesses Deutschlands" bezeichnete. Bismarcks Antwort war im Ministerrate festgestellt und wurde daher namens der Regierung abgegeben. Der Verlesung der Erklärung schickte er nur wenige Worte voraus, aus denen die eine von der Rechten mit Beifall begrüßte Stelle hier stehen muß: Der Referent (Twesten) habe die Frage aufgeworfen, ob die Regierung das hinreichende Vertrauen des Hauses besitze, so daß dieses auf dem Wege, den jene geht, folgen könne. „Meine Herren! Das Mißtrauen, welches gegen die königliche Regierung bestehen mag, ist in dieser Frage nicht gegenseitig; wir haben das Vertrauen, daß in einer so großen und ernsten Frage, die der Herr Referent mit Recht als Ausgangspunkt noch größerer Verwickelungen bezeichnet hat, überall die Gefühle für das gemeinsame Vaterland stärker sein werden, als für die Partei." Die schriftliche Erklärung Bismarcks sprach aus: „Unsere Stellung zu der dänischen Frage ist durch eine Vergangenheit bedingt, von der wir uns nicht willkürlich lösen können, und welche uns Pflichten gegen die Herzogtümer, gegen Deutschland und gegen die europäischen Mächte auferlegt. Die Aufgabe unserer Politik wird sein, diesen Verbindlichkeiten so zu entsprechen, wie es unsere oberste Pflicht, die Sorge für die Ehre und die Sicherheit unseres eigenen Vaterlandes gebietet. Für Preußens Stellung ist zunächst der Londoner Vertrag von 1852 maßgebend. Die Unterzeichnung desselben mag beklagt werden, aber

sie ist erfolgt, und es ist ein Gebot der Ehre und der Klugheit an unserer Vertragstreue keinen Zweifel haften zu lassen. Indem wir aber dieses Gebot für uns selbst anerkennen, bestehen wir ebenso auf seiner Geltung für Dänemark." Die preußisch-europäischen Verträge von 1851/52 und die Gegenversprechen Dänemarks „bedingen sich gegenseitig, so daß sie miteinander stehen und fallen. Die Aufrechterhaltung dieser Stipulationen ist einstweilen insbesondere für Schleswig von wesentlicher Bedeutung. Sie gibt uns das Recht, in diesem Herzogtum die Erfüllung vertragsmäßiger Zusagen von Dänemark zu fordern. Fallen aber mit dem Londoner Vertrage die Verabredungen von 1851/52, so fehlen uns in Betreff Schleswigs solche vertragsmäßigen Rechte, welchen die Anerkennung der europäischen Großmächte zur Seite stünde. Die Entscheidung der Frage, ob und wann wir durch Nichterfüllung der dänischen Verpflichtungen in den Fall gesetzt sind, uns von dem Londoner Vertrage loszusagen, muß die königliche Regierung sich vorbehalten. Sie kann dieselbe weder dem deutschen Bunde überlassen, noch sie hier zum Gegenstande von Erklärungen machen. Wir haben mit der österreichischen Regierung Verabredungen getroffen, welche eine übereinstimmende Haltung beider Mächte in Betreff des Londoner Vertrages und seiner Konsequenzen einstweilen sicherstellen. Wir sehen, so lange wir den Londoner Vertrag nicht als hinfällig betrachten, in König Christian den Erben des Rechts und des Unrechts seiner Vorgänger. Zu diesem Behufe haben wir in Gemeinschaft mit Österreich die erforderlichen Anträge zur sofortigen Vollziehung der Exekution gestellt. Wie auch die Entscheidung hierüber in Frankfurt fallen möge, unter allen Umständen wird Preußen nach Maßgabe seiner Stellung als europäische Macht und als Bundesglied für das deutsche Recht in den Herzogtümern und für sein eigenes Ansehen im Rate der Großmächte mit besonnener Festigkeit einstehen. In Erfüllung dieser Aufgabe rechnet die Regierung auf die bereitwillige Unterstützung des Landes und seiner Vertreter." Schließlich wird die Vorlage „wegen Beschaffung der zur Exekution nötigen Geldmittel" in Aussicht gestellt.

Hier war Bismarcks ganze Politik so klar und offen dargelegt, daß wir Heutigen kaum begreifen würden, warum das Abgeordnetenhaus ihr nicht einmütig beitrat. Freilich fehlte aber der damaligen preußischen Volksvertretung die Hauptsache: das Ziel der Politik Bismarcks war nur in der Versicherung angedeutet, daß sie ihre „oberste Pflicht in der Sorge für die Ehre und die Sicherheit unseres eigenen Vaterlandes“ erkenne und dafür „mit besonnener Festigkeit einstehen“ werde. Aber was Bismarck hierunter verstehe, ob die Losreißung der Herzogtümer von Dänemark, oder ihre Personalunion mit dem Inselreich, darüber verriet die Erklärung nichts, und konnte, wie wir sehen, auch nichts verraten, ohne Bismarcks wirkliches Ziel aufs äußerste zu gefährden. Die Erklärung hätte also nur dann die Zustimmung des Hauses erwarten dürfen, wenn dieses den nationalen Versicherungen des Ministers Glauben und Vertrauen geschenkt hätte. Von dem Gegenteil war Bismarck im voraus überzeugt, und sah das durch die lebhaften, ihm feindseligen Debatten vom 1. und 2. Dezember bestätigt, die schließlich die Annahme des Antrages Stavenhagen-Virchow mit 261 gegen 63 Stimmen ergaben. Wenn die Volksvertretung ihrerseits aber vielleicht glaubte, durch diesen Beschluß den König geneigter für den Augustenburger zu machen, so war gerade das Gegenteil der Fall. Denn die volkstümliche Bewegung für den „Herzog“ Friedrich nahm nicht bloß in Berlin einen gegen den König wenig ehrerbietigen, beinahe revolutionären Charakter an. Der leidende König Max von Bayern wurde durch die Münchener Stadtbehörden beinahe gezwungen, aus Italien nach München heimzukehren, um sich hier der Sache Augustenburgs anzunehmen. Auch der Prätendent selbst that in diesen Tagen einen Schritt, den ihm König Wilhelm nie vergessen hat: er bat am 2. Dezember den Kaiser Napoleon um dessen mächtigen Schutz! Der Kaiser antwortete ebenso kühl als von seinem Standpunkt korrekt: „Ich muß wünschen, daß Ihre Rechte von dem deutschen Bunde geprüft und die Entscheidung sodann den Unterzeichnern des Londoner Protokolls vorgelegt werde.“ Freilich hatte der Bund mit Prüfung dieser (Erb-)Rechte gar nichts zu thun, nachdem er

1852 den Vertrag der deutschen Großmächte mit Dänemark anerkannt hatte. Aber alle diese Vorgänge förderten lediglich das Ansehen der Politik Bismarcks beim Könige, bei Österreich, im Ausland, und andererseits den verblendeten Trotz der Dänen. So erließen denn am 4. Dezember die deutschen Großmächte identische Noten an die deutschen Regierungen, behufs schleuniger thatsächlicher Ausführung der am 1. Oktober beschlossenen Exekutionsmaßregeln. Dabei wurde versichert: „daß Österreich und Preußen, nachdem sie sich über diese Frage vollständig geeinigt haben, in derselben die Rechte und Interessen Deutschlands mit dem Nachdruck wahren werden, welcher nach der Gesamtlage Europas anwendbar ist.“ Zugleich wurden die deutschen Regierungen aber auch gewarnt, „zu erwägen, welche Gefahren für den Bund selbst sich an ein übereiltes und einer einseitigen Tendenz folgendes Verfahren knüpfen können“. Die Bundesversammlung kam schon am 7. Dezember diesem Antrag nach, indem sie mit 8 gegen 7 Stimmen beschloß, die vier Bundesregierungen zum schleunigen Vollzug der am 1. Oktober beschlossenen Exekutionsmaßregeln aufzufordern. Die Entschließungen in der holsteinischen Erbfolgefrage behielt der Bund sich vor. Eine in Frankfurt tagende Militärkommission hatte schon vorher die wesentliche Verstärkung der deutschen Vollstreckungsarmee beschlossen, was die vier beteiligten Staaten sofort genehmigten. Österreich erbot sich, seine Truppen unter preußischen Oberbefehl zu stellen, in der Hoffnung, Sachsen und Hannover würden dem Beispiel folgen, damit aber würde den Augustenburger Umtrieben während des Krieges der Riegel vorgeschoben. In der That gaben die beiden Königreiche für den Fall gemeinsamer Aktion die gewünschte Erklärung. Solange aber die bloße Exekution dauerte, übernahm der sächsische General von Hake die Führung der Sachsen und Hannoveraner.

Dieser Bundesbeschluß war doch abermals ein fast wunderbarer Erfolg der Politik Bismarcks. Denn mitten im gegnerischen Lager, am Bundestage, war er erstritten. Aber auch der Eindruck dieses Beschlusses auf Europa war ein glänzendes Zeugnis

für die Weisheit jener Politik, die im preußischen Abgeordnetenhause in immer stärkeren Worten für unfähig und undeutsch erklärt wurde. Noch vor einem Jahre hätte ein solcher Beschluß die zornigste und drohendste Einmischung Europas herausgefordert. Jetzt hörte man von allen Seiten nur freundliche Stimmen. Kaiser Napoleon, im höchsten Grade erbittert darüber, daß England am 25. November, und gleich darauf auch Österreich, seinen großen Kongreßplan rundweg abgelehnt hatten, verdoppelte seine Freundlichkeit gegen Preußen, und machte den Regierungen des Festlandes, mit Übergehung Englands, nun den Vorschlag, die leitenden Minister zu einer Verständigung über alle schwebenden Streitfragen zusammentreten zu lassen. Bismarck, der aus Napoleons Eröffnung erkannte, daß Frankreich der preußischen Politik gegen Dänemark seine fortgesetzte Unterstützung leihe, setzte beim König und im preußischen Ministerrate eine wohlwollende Antwort durch: Preußen genehmige den französischen Vorschlag einer Ministerkonferenz. Die anderen Mächte würden dort freilich keine Erörterung der polnischen, rumänischen und venetianischen Frage zulassen; über die dänische aber werde auch England zugezogen werden müssen. Diese Antwort wurde dann wieder in Paris dankbar entgegengenommen, obwohl sie einige der französischen Haupteffekte ausstrich. Aber auch von Österreich, England und Rußland empfing Bismarck lebhaften Dank dafür, daß er den neuen Plan Napoleons unschädlich gemacht habe. Einmütigen Beifall spendeten ihm diese Mächte für seinen Vorschlag, die dänische Frage einer europäischen Konferenz zu überlassen. Lächelnd mochte Bismarck diese Dankesbezeigungen hinnehmen. Denn er wußte wohl, daß noch ein langer Weg bis zur Verwirklichung dieser Konferenz sei, und daß unter den Waffen nicht bloß die Gesetze, auch die Friedensvermittler schweigen müssen.

Eine sehr erfreuliche Kundgebung erhielt Bismarck in diesen Tagen auch aus Rußland. Gortschakoff schlug nämlich vor, daß sämtliche Großmächte die Absendung ihrer Vertreter zur üblichen Beglückwünschung des neuen dänischen Königs zu dessen Thronbesteigung benützen möchten, um Dänemark sein Unrecht nachdrück-

lich vorzuhalten. England ging bereitwillig darauf ein und schlug vor, daß zunächst die drei neutralen Mächte in Kopenhagen vorstellig werden und ihre Gesandten vorher zu Bismarck senden sollten, was Gortschakoff gern bewilligte. So verständigte sich Bismarck leicht und ganz im Sinne seiner Politik in den ersten Dezembertagen mit dem russischen Spezialgesandten, Baron Ewers. Dann folgten am 12. Dezember die Verhandlungen mit dem englischen, Lord Wodehouse, diese in genauem Einvernehmen mit dem österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi. Lord Wodehouse war ein eifriger Dänenfreund und suchte in Berlin vor allem durchzusetzen, daß Preußen auf die Rücknahme der Novemberverfassung verzichte. Aber Bismarck erwiderte sofort: in diesem Punkte kann von Nachgiebigkeit nicht die Rede sein. Ist die Verfassung nicht vor dem 1. Januar außer Kraft gesetzt, so erachten sich die deutschen Mächte aller gegen Dänemark eingegangenen Verbindlichkeiten, einschließlich des Londoner Protokolls, überhoben. Der Lord besorgte hierauf die Unmöglichkeit der Rücknahme bis zum 1. Januar, da hierzu ein Beschluß des dänischen Reichsrats gehöre, das Mandat des alten aber abgelaufen sei und der neue erst nach dem 1. Januar zusammentrete. Bismarck entgegnete gelassen: das sei Sache der Dänen, Deutschland bleibe bei der Frist des 1. Januar. Der König von Dänemark könne ja einen Staatsstreich machen. Der englische Minister erkannte die Richtigkeit dieser Ausführungen an und befahl dem Gesandten, in Kopenhagen mit allem Nachdruck auf Beseitigung der Novemberverfassung zu wirken. Indessen weder Lord Wodehouse noch Ewers vermochten dieses Zugeständnis in Kopenhagen zu erreichen, das der König selbst gern gebracht hätte. Aber er vermochte nichts gegen den allmächtigen Willen der Eiderdänen, die an dieser Verfassung unerschütterlich festhielten. Nur den ihm tiefverhaßten Minister Hall, der den König in diese ganze Verwickelung hineingeführt, wurde Christian am 21. Dezember los. Doch mußte er sich nach wenigen Tagen schon dazu bequemen, als Halls Nachfolger den Bischof Monrad zu ernennen, einen Eiderdänen wie Hall, einen nur noch rücksichtsloseren Draufgänger. Dieses

Weihnachtsministerium von 1863 bedeutete für Dänemark klar und bestimmt die Botschaft des Krieges!

Im „dritten Deutschland“ hatte natürlich der Bundesbeschluß vom 7. Dezember die tiefste Erregung hervorgerufen. Denn darüber waren damals Millionen Deutscher einig, daß die deutschen Vormächte die unglücklichen Herzogtümer, wie 1850, doch nur dem fremden Joche wieder überliefern wollten. So erklärten sich die Kammern von Oldenburg, Baden, Braunschweig, Württemberg, — und Preußen, wie wir sogleich sehen werden. In Baden und Weimar wurden schon Kredite von mehreren Millionen Mark zur Ausrüstung eines schleswig-holsteinischen Heeres von den Regierungen gefordert und bewilligt. Der Herzog von Coburg gestattete auf seinem Gebiete dem Augustenburger, die Werbetrommel zur Begründung einer militärischen Hausmacht zu rühren. Darmstadt kündigte beim Bunde den Antrag an, auch Schleswig durch Bundestruppen in Pfandbesitz nehmen zu lassen. Bayern aber stellte sich an die Spitze dieser Bewegung durch die öffentliche Erklärung des Königs: er habe sich von dem guten Rechte Augustenburgs überzeugt und werde bei dem Bunde und durch den Bund mit allen Mitteln für die Verwirklichung seiner Anträge eintreten. Herr v. Beust verkehrte in diesen Tagen eifrig persönlich mit dem bayerischen Minister v. Schrenk und dem württembergischen v. Hügel in München und Augsburg und verkündete dann seinen Kammern in Dresden die vollständige Übereinstimmung der drei Regierungen. Den Feldzugsplan hatte Beust dahin entworfen: Bayern würde in Frankfurt die Prüfung des Erbrechts des Augustenburgers beantragen, und da Herr v. d. Pfordten mit dieser Prüfung bereits ziemlich im Reinen war, der Bund binnen acht Tagen den Herzog anerkennen. Dann würden die Mittelstaaten die Herzogtümer „okkupieren“ und die dortigen Stände den Herzog als Landesherrn anerkennen. Zu diesen Plänen der Regierungen gesellte sich eine großartig gedachte Demonstration der deutschen Volksvertretungen. Nationalverein und Reformverein hatten nämlich gemeinsam auf den 21. Dezember einen Abgeordnetentag nach Frankfurt berufen, der

von allen Kammern Deutschlands und dem österreichischen Reichsrat beschickt werden sollte. Das gemeinsame Zusammenwirken dieser beiden, in der deutschen Frage von Haus aus unversöhnlichen Vereine, zeigte klar, wie weit die dänische Frage, das Mißtrauen gegen Bismarck und die Schwärmerei für Augustenburg, die natürlichsten Begriffe bereits verwirrt hatte. In Frankfurt kamen dann am 21. Dezember wohl 491 Abgeordnete zusammen, aber nur 47 Preußen und gar nur 7 Österreicher. Die Versammlung beschloß natürlich einstimmig, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Einsetzung des Augustenburgers zu wirken und setzte dann zur Durchführung des Beschlusses einen permanenten Sechsunddreißigerausschuß ein. Da dieser Beschluß sich genau auf dem Boden der Politik der Mittelstaaten hielt, so glaubten die Teilnehmer des Abgeordnetentages in der That ohne jede revolutionäre Bewegung an das Ziel ihrer Wünsche zu gelangen. Sie und die mittelstaatlichen Minister dachten sich den Verlauf der Dinge so, daß Bayern nach Anerkennung des Herzogs durch den Bund das bayerische Heer nach Schleswig-Holstein aufbrechen lasse, verstärkt durch die Truppen Badens, Württembergs, Hessens, Sachsens, der norddeutschen Kleinstaaten. Das gesinnungsverwandte preußische Volk würde dann keinen Widerstand leisten.

Alle diese Kundgebungen beirrten Bismarck keinen Augenblick in seiner Politik. Denn nur um so fester mußten sie Österreich mit Preußen verketten. In der That folgte Graf Rechberg mit größter Besorgnis diesen Vorgängen. Der mittelstaatliche Plan namentlich, auch Schleswig zu okkupieren, drängte ihn zu dem Entschlusse, auch in diesem Punkte sich Bismarck zu fügen, und den Mittelstaaten in Schleswig zuvorzukommen. Aber noch andere Ereignisse begünstigten diesen Entschluß. Am 12. Dezember hatten nämlich die vier deutschen Exekutionsregierungen an Dänemark die Aufforderung erlassen, binnen einer Woche seine Truppen aus Holstein zurückzuziehen. Die den beiden Bundeszivilkommissaren am 14. Dezember erteilte Instruktion machte ihnen namentlich zur Pflicht, das Land während der Exekution nach den bestehenden Gesetzen zu

verwalten. Am 24. Dezember überschritten die Sachsen und Hannoveraner, unter dem Oberbefehl des Generals Hake, die Grenze. Die österreichische Reserve stand in Hamburg, die preußische in Lübeck. Da die Dänen sich überall beim Anmarsch der Bundestruppen zurückzogen, so war ganz Holstein vor Jahresschluß von diesen besetzt. Überall aber, wo die Bundestruppen einzogen, rief die Bevölkerung Friedrich VIII als Herzog aus und verjagte die dänischen Beamten und Geistlichen, welche Christian IX. gehuldigt hatten. Anfangs verboten die Zivilkommissare diese Kundgebungen uud Handlungen. Aber als vor Ende Dezember der Augustenburger in Kiel eintraf und hier Hofhalt und Ministerien einrichtete, duldete der sächsische Kommissar mit Behagen, der hannöversche stillschweigend dieses Treiben. Die beiden Bundesbeamten waren fortan thatsächlich nur die Vollstrecker der „herzoglichen" Ratschläge, die das Gewicht von Befehlen hatten. In die neuerrichtete „Landesregierung", in sämtliche erledigten Stellen wurden nur sichere Anhänger Augustenburgs berufen. Im Volke erstickten die zahlreichen augustenburgischen Vereine jede gegnerische Meinung rücksichtslos. Nur die Presse mußte sich einige Schranken auferlegen. Aber alles was bekannt wurde, genügte vollkommen, um das „dritte Deutschland" über diese ganz neue Art von „Exekution" in Holstein zu Jubel und Bewunderung fortzureißen, England, Rußland und Österreich aber mit tiefem Groll zu erfüllen.

Angesichts aller dieser Vorgänge erklärte also Graf Rechberg nun in Berlin seine Bereitwilligkeit, auch in Schleswig nach Bismarcks Plan vorzugehen, d. h. das Land zu besetzen, wenn der 1. Januar ohne Rücknahme der Novemberverfassung verstrichen wäre. Dem Könige war der österreichische Vorschlag hochwillkommen, denn die augustenburgischen Umtriebe hatten ihm die Sache des Prinzen stark verleidet, und dessen Begehren, auch auf preußischem Gebiete Truppen für sich werben zu dürfen, hatte König Wilhelm bestimmt abgelehnt. Bismarck aber erwog vor der letzten Entscheidung in einer dem König eingereichten Denkschrift noch einmal alle Wege, die Preußen zum Ziel beschreiten könne. Es waren drei: Vorgehen im

Sinne der öffentlichen Meinung, also Lossagung vom Londoner Protokoll und Besetzung Schleswigs von Bundeswegen. Das war offener Krieg und forderte die Feindseligkeit der Mächte, namentlich Englands, heraus. Zweiter Weg: Lossage vom Londoner Protokoll, ohne kriegerisches Vorgehen, Entscheidung des Bundes über das Erbrecht des Augustenburgers, Einsetzung desselben als Herzog von Holstein. Aber der Bund ist zu einer solchen Entscheidung nicht zuständig und vor allem würde Schleswig damit Dänemark preisgegeben. Denn hier hat der Bund überhaupt kein Recht zur Einmischung und Preußen nur auf Grund der Verträge von 1852. Dem Ersuchen, die schleswigsche Frage auf einem Kongreß zu lösen, würde England nie beitreten. Es bleibt also nur der dritte Weg: von Dänemark die Erfüllung der Verträge von 1852 zu verlangen, und wenn das bis zum 1. Januar 1864 nicht geschieht, Schleswig zu besetzen. Das wäre allerdings Krieg mit Dänemark, der rasch und kräftig zu führen wäre; die Mächte aber hätten keinerlei Recht zur Einmischung.

Der König hätte sich allerdings am liebsten gleich jetzt von den früheren Verträgen und der dänischen Integrität losgesagt, aber er schenkte den gründlichen und klaren Erwägungen seines Ministers auch diesmal Beifall, und so erging am 26. Dezember die Weisung an Sydow nach Frankfurt, gemeinsam mit dem österreichischen Präsidialgesandten Kübeck den dringlichen Antrag zu stellen: der Bund möge zur Erfüllung der dänischen Verpflichtungen von 1851/52 Schleswig in Pfandbesitz nehmen. Der Antrag wurde am 28. Dezember beim Bunde eingebracht. Am 31. Dezember ließen die beiden deutschen Mächte, auf Wunsch Rechbergs, noch den Antrag folgen: der Bund möge den Prinzen Friedrich auffordern, Holstein zu verlassen. Man kann sich denken, daß diese Anträge in Frankfurt wenig Geneigtheit fanden. Denn hier hatte Bayern schon am 23. Dezember schleunige Prüfung der Erbfolgefrage und Entscheidung darüber innerhalb acht Tagen beantragt; hier hatte auch Darmstadt am 28. Dezember seinen Antrag auf Besetzung Schleswigs zum Schutze aller Rechte eingebracht. Die Abstimmung er=

folgte am 2. Januar 1864. Der preußisch-österreichische Antrag auf Ausweisung des Augustenburgers wurde mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dagegen war von der Pfordten inzwischen bei seinen Studien über die Erbfolgefrage zur ausführlichen Begründung der beiden Sätze gelangt, daß der Bund durch den Londoner Vertrag nicht gebunden und die Ausführung dieses Vertrages überhaupt unmöglich geworden sei. Damit war auch die Ablehnung des Hauptantrages der deutschen Mächte vom 28. Dezember, welcher das Fortbestehen jener Verträge zur stillschweigenden Voraussetzung hatte, in sichere Aussicht gestellt. Österreich überreichte darauf in München am 10. Januar eine ebenso ausführliche Verwahrung gegen die Stellung der Mittelstaaten in der Frage der Herzogtümer, mit dem Schlußsatz: „Die Verwerfung des Antrages vom 28. Dezember würde eine Sprengung der deutschen Solidarität bedeuten.“ Bismarck aber schrieb an Sydow: „Pfordtens Arbeit erscheint mir parteiisch und oberflächlich. Wir können eine solche Behandlung völkerrechtlicher Verträge, an denen wir teilgenommen, nicht dulden. Wir sind ebensowenig wie Österreich gesonnen, uns in dieser wichtigen Frage der Führung des k. bayerischen Bundesgesandten zu überlassen; ich wünsche, daß Sie dies zu der Richtschnur Ihrer Äußerungen in den Ausschüssen machen, und den Standpunkt der Großmächte mit der Energie vertreten, mit welcher wir ihn nötigenfalls durchzuführen entschlossen sind.“ Sydow und Kübeck redeten allerdings ganz in diesem Sinne; aber beide berichteten auch, daß durchaus keine Hoffnung sei, „den Standpunkt der Großmächte“ in Frankfurt bei der Mehrheit durchzusetzen.

Inzwischen war auch das preußische Abgeordnetenhaus bemüht, Herrn von Bismarck nach Kräften am Fortschreiten auf dieser Bahn zu hindern. Am 8. Dezember schon hatte die preußische Regierung eine Anleihe von 12 Millionen Thalern zur Bestreitung der außerordentlichen militärischen Maßregeln gegen Dänemark gefordert. Am folgenden Tage schrieb die Provinzial-Korrespondenz am Schlusse eines Artikels „das Vorgehen mit der Bundesexekution“: „Niemand kann wissen, wie weit der ernste Gang führt, den die braven preu-

ßischen Truppen soeben beginnen sollen; das aber weiß jeder, daß unserem Könige als einem echten Hohenzollern Preußens und Deutschlands Ruhm und Größe wahrhaft am Herzen liegen.“ Das Abgeordnetenhaus schenkte diesen Worten durchaus keine Beachtung. Es handelte, als wolle es einen neuen Beleg zu der Schilderung Deutschlands geben, die Machiavelli einst 1508 als florentinischer Gesandter vom Hoflager des Kaisers Maximilian an seine Signoria zu Florenz geschrieben hatte: „Wenn der Kaiser Truppen und Geld fordert, so bezahlen ihn die Deutschen mit Reichstagen — kurz Deutschlands Macht ist groß, aber so, daß man sie nicht gebrauchen kann.“ Die Kommission des Abgeordnetenhauses beantragte nämlich in der Sitzung vom 15. Dezember, das Haus wolle nicht über die Anleihe selbst sich entscheiden, sondern „zu weiterer Aufklärung der Sache eine Adresse an den König erlassen.“ Am 18. Dezember kam dieser Antrag im Hause zur Verhandlung. Berichterstatter (an Stelle des erkrankten v. Sybel) war der Abgeordnete Dr. Virchow, welcher der Regierung vorwarf, daß sie die schleswig-holsteinische Frage aus einer deutschen zu einer europäischen gemacht habe, russische Interessen dabei fördere und im Begriff sei, Kiel an Rußland auszuliefern. Der König sei in diese unglückliche Politik seiner Ratgeber nur hineingepreßt und alle nationalen Regungen seien ihm unbekannt geblieben. Nur die Stimme des Abgeordnetenhauses dringe noch an sein Ohr, deshalb müsse dieses in einer Adresse dem Könige „die Gefahren dieser Politik darlegen, die in fremdem Interesse und gegen preußische und deutsche Interessen geführt“ werde. Die Adresse, welche diese Stimme erhob, enthielt u. a. die Stelle: „Nach dem System des Ministeriums müssen wir fürchten, daß in seinen Händen die begehrten Mittel nicht im Interesse der Herzogtümer und Deutschlands, nicht zum Nutzen der Krone und des Landes verwendet werden dürften.“

Bismarck stellte dem gelehrten Berichterstatter zunächst die Frage, ob er es nicht für möglich halte, daß „jemand, der die Anatomie nur als Nebenbeschäftigung betreibe, vor einer nicht in die Tiefen dieser Wissenschaft eingedrungenen Zuhörerschaft anatomische

Sätze überzeugend darthun könnte, von deren Unrichtigkeit der Herr Referent als Sachkundiger vollständig überzeugt wäre, deren Widerlegung ihm aber nur vor einem mit allen Details des Gegenstandes ebenso wie er selbst vertrauten Auditorium möglich wäre." An der Unruhe und dem Murren des Hauses mußte sich jedoch Bismarck überzeugen, daß dieses den Mann, der die Entdeckung von der undeutschen und unpreußischen Politik Bismarcks und von der bevorstehenden Auslieferung Kiels an Rußland gemacht hatte, auch für einen weit bedeutenderen Politiker hielt, als den Minister. Bismarck ließ sich jedoch dadurch nicht abhalten, die Bewunderer des Staatsmannes Virchow daran zu erinnern, wie sie Bismarck abwechselnd vorgeworfen hätten, er treibe eine russische, französische, englische Politik, lasse sich von Österreich oder dem Bunde ins Schlepptau nehmen. „Heute wird mir sogar der europäische Standpunkt vorgeworfen. Meine Herren, so lange wir in Europa wohnen, und nicht etwa mit Dänemark auf einer wüsten Insel, so lange müssen wir uns auf den europäischen Standpunkt stellen, und ich lasse mir diesen Vorwurf ebenso bereitwillig gefallen, als den, daß ich eine zu preußische Politik triebe. Diese Vorwürfe heben sich in ihrer Mannigfaltigkeit gegenseitig auf und haben deshalb kein Gewicht für mich. Ich glaube, meine Herren, daß Sie die Fiktion, daß der König keine Kenntnis von der politischen Lage habe und durch Sie besser unterrichtet werden müsse, im Herzen ebensogut wie ich als eine Fiktion ansehen, und daß wir daher in der Adresse die Vorbereitung zur Ablehnung unserer Anleihevorlage und die Begründung dieser Ablehnung vor den Wählern und dem Volke zu sehen haben. Um zur Ablehnung zu gelangen, schieben Sie uns eine Politik unter, die wir nicht treiben. Wenn wir diese Politik trieben, so könnte es uns ja nur willkommen sein, wenn Sie die Anleihe ablehnten und wir daraus die Folgerung zögen, daß wegen Mangels an Mitteln die eingezogenen Soldaten wieder nach Hause zu schicken seien, daß also nichts geschehen könne, und wir dem Bunde anzeigen müßten, Preußen ist nicht in der Lage, seine Bundespflichten zu erfüllen. Unsere Politik ist (aber) eine andere, sie

ruht auf dem von Ihnen im Adreßentwurfe zitierten Ausspruch Sr. Majestät, daß kein Fuß breit deutscher Erde verloren gehen und daß ebenso kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden solle. Der Weg, den wir zu diesem Behufe gehen, scheint Ihnen nicht der richtige zu sein. Diesen Weg richtig zu wählen, und ihn überhaupt zu wählen, ist aber Sache der Exekutive. Eine Versammlung von 350 Köpfen kann heutzutage die Politik einer Großmacht nicht in letzter Instanz leiten wollen — das ist nicht möglich! Aber durch die Bewilligung der verlangten Anleihe schließen Sie den Übergang zu dem Programme, welches Sie in dem Petitum der Adresse schließlich als Ihr eigenes aufstellen (zum Kriege), in keiner Weise ab. Die Dinge liegen so, daß wir jeden Tag, wenn wir den Krieg wollen oder wollen zu müssen glauben, den Krieg haben können. Diese Chance geht uns in keiner Weise verloren. Wir brauchen nur die Saiten etwas straffer anzuziehen, so können wir in jeder Minute zum Krieg gelangen. Wollen Sie es (aber) dahin bringen, daß wir bei ausbrechendem Kriege dem kleinen Dänemark gegenüber in der Rolle des Minderstarken erscheinen, und der dänischen Landarmee eine numerische Übermacht verschaffen, indem Sie uns die Mittel verweigern, unsere Armee rechtzeitig zu stärken, dann laden Sie eine schwere Verantwortung vor dem Lande, wie auch vor Ihren eigenen Wählern auf sich."

An der weiteren Debatte des Tages beteiligte sich Bismarck nicht. Nur eine persönliche Schlußbemerkung Virchows veranlaßte ihn noch zu einigen denkwürdigen Worten. Virchow wünschte nämlich bescheiden Herrn v. Bismarck: diesem möchte doch gelingen, unter den Diplomaten Europas eine ähnlich anerkannte Stellung zu gewinnen, als Virchow selbst sie unter seinen Spezialkollegen gefunden habe. Die Mannigfaltigkeit von wechselnden Standpunkten in der Politik Bismarcks sei so groß, „daß, wie ich glaube, niemand seine eigentliche Politik definieren kann (Heiterkeit). Man kann ihn also auch nicht an einem Punkte angreifen. Man kann nur das angreifen, daß er eigentlich keine Politik hat (Heiterkeit), daß er ohne Kompaß in das Meer der äußeren Verwickelungen

hinausstürmt (Sehr gut!), daß ihm jedes leitende Prinzip fehlt. Der Herr Ministerpräsident hat auch keine Ahnung von einer nationalen Politik (Heiterkeit)." Bismarck erwiderte auf diese gröblichen Angriffe: „Diese Auffassung erklärt sich dadurch, daß dem Auge des unzünftigen Politikers jeder einzelne Schachzug im Spiel wie das Ende der Partie erscheint und daraus die Täuschung hervorgeht, daß das Ziel wechsle. Die Politik ist keine exakte Wissenschaft; mit der Position, die man vor sich hat, wechselt auch die Benutzungsart der Positionen. Der Herr Vorredner hat gesagt, er wünsche, daß ich dereinst in meinem Fache mich derselben Anerkennung erfreuen möge, wie er in dem seinigen. Ich unterschreibe diesen Wunsch in voller Aufrichtigkeit. Ich erkenne die hohe Bedeutung des Herrn Vorredners in seinem Fache vollkommen an und gebe zu, daß er in dieser Beziehung einen Vorsprung vor mir hat. Wenn aber der Herr Vorredner sich aus seinem Gebiete entfernt und auf mein Feld unzünftig übergeht, so muß ich ihm sagen, daß über Politik sein Urteil ziemlich leicht für mich wiegt. Ich glaube wirklich, meine Herren, ohne Überhebung, die Dinge verstehe ich besser." Das Haus nahm diese Worte mit „großer Heiterkeit", zum Hohn des Ministers, auf. Bismarck aber fuhr fort: „Der Herr Vorredner hat gesagt, mir fehle das Verständnis für die nationale Politik; ich kann ihm den Vorwurf nur mit Unterdrückung des Epithetons zurückgeben. Ich finde bei dem Herrn Vorredner Verständnis für Politik überhaupt nicht. Dieses Verständnis ist gewiß auch in anderen Ländern nicht weiter verbreitet als bei uns (Unruhe), aber es findet sich in anderen Parlamenten doch selten dieser Grad von Entschlossenheit im Bilden und Aussprechen von Ansichten, gepaart mit demselben Maße von Unkenntnis der Dinge, wie bei uns. (Große Heiterkeit)."

Die Adresse aber fand am nämlichen Tage noch, mit 207 gegen 107 Stimmen Annahme. Am 31. Dezember wurde die von sämtlichen Ministern gegengezeichnete Antwort des Königs verlesen. Wir erkennen darin unschwer Bismarcks Geist und Feder. Der König wahrte nachdrücklich sein Recht, die auswärtige Politik Preußens nach seinem Sinne zu leiten und seinerseits die Zeit zu be-

stimmen, wann er „dieses Volk zum Kampfe aufzurufen und Gut und Blut von seiner Opferbereitschaft zu fordern habe.“ Auch möge das Abgeordnetenhaus — so heißt es dann weiter — „überzeugt sein, daß die Richtung, in welcher Meine Regierung die auswärtige Politik geführt hat, das Ergebnis Meiner reiflich erwogenen Entschließungen ist. Ich habe die letztere gefaßt mit dem festen Willen, das deutsche Recht der Herzogtümer zu wahren und für die berechtigten Ziele, welche Preußen zu erstreben hat, erforderlichenfalls mit den Waffen in der Hand einzustehen.“ Das Abgeordnetenhaus wurde daher nochmals „zu beschleunigter Bewilligung der für die Erfüllung der Bundespflichten und für die Sicherung der Landesverteidigung unabweislich notwendigen Anleihe“ aufgefordert.

Ganz im Sinne der Regierung dagegen hatten inzwischen die Mitglieder des Herrenhauses Graf v. Arnim-Boitzenburg, Dr. Brüggemann und von Kleist-Retzow eine Adresse beantragt, welche dem Könige die Bereitwilligkeit aussprach, die erforderlichen Geldmittel zu gewähren, und die Politik der Regierung durchaus billigte. Die Verhandlung fand am 21. Dezember statt und auch hier hatte Bismarck Gelegenheit, einem „unzünftigen“ Politiker entgegenzutreten, dem Professor Tellkampf, der gegen die Adresse und das Festhalten am Londoner Protokoll sprach. Bismarck erklärte: „Die Auffassungen des Herrn Vorredners von der europäischen Politik erinnern mich an diejenigen eines Bewohners der Ebene, welcher zum erstenmal eine Bergreise macht. Wenn er einen Gipfel vor sich sieht, so scheint ihm nichts leichter, als ihn zu ersteigen. Er glaubt nicht einmal eines Führers zu bedürfen, denn der Berg liegt unmittelbar vor ihm, und der Weg dorthin ist anscheinend ohne Hindernis. Macht er sich nun auf den Weg, so stößt er bald auf Schluchten und Abhänge, über welche die beste Rede nicht hinweghilft. (Bravo! Sehr gut!) Der Herr Vorredner beruhigte uns über solche Hindernisse auf politischem Gebiete mit Worten wie: Es ist bekannt, daß Rußland augenblicklich nichts leisten kann; es ist nicht ersichtlich, wie England hindernd auftreten sollte, England weiß wohl, daß sein Interesse ihm Frieden empfiehlt, Frankreich endlich wird

nicht gegen sein Prinzip der Nationalitäten handeln." Aber „wenn wir Preußen in eine isolierte und vielleicht demütigende Lage brächten, könnten wir uns dann damit entschuldigen, daß wir sagten: Ja, wir haben die Gefahr wohl vorausgesehen; aber im Vertrauen auf den Herrn Redner haben wir gehandelt, indem wir dachten, er würde es besser wissen? (Heiterkeit. Sehr gut!) Wir verlangen bei uns für jede amtliche Funktion, z. B. für die Justiz, ja für den Dienst des Unteroffiziers und jeden anderen, Prüfungen, praktische Vorbildung, schwere Examina, aber die hohe Politik — die kann Jeder treiben, zu der fühlt sich jeder berufen, und es ist nichts leichter, als auf diesem jeder Konjunktur offenen Felde mit einiger Sicherheit im Auftreten alles mögliche mit großer Scheinbarkeit zu behaupten; um einen falschen Gedanken zu widerlegen, muß man bekanntlich ein ganzes Buch schreiben, und den, der den Ausspruch gethan hat, überzeugt man doch nicht. (Heiterkeit.) Es ist ein gefährlicher Irrtum, aber heute weit verbreitet, daß in der Politik dasjenige, was kein Verstand der Verständigen sieht, dem politischen Dilettanten durch naive Induktion offenbar wird. (Lebhaftes Bravo!)." — Professor Tellkampf berief sich dem gegenüber gereizt auf seine langjährige Wirksamkeit als Professor der Staatswissenschaft. Bismarck aber erkannte ihm darum nur „Vertrautheit mit politischen Theorien" zu. „Er hat sich (aber) aus dem Gebiete der Theorien in das der Praxis begeben. Das sind eben Dinge, von denen ich glaube, daß ich sie besser kennen muß. Wenn der Herr Redner nur ein einziges Jahr in der praktischen Politik, etwa als vortragender Rat im auswärtigen Ministerium gearbeitet hätte, so würde er solche Dinge nicht ausgesprochen haben, und sein Rat würde nach diesem einen Jahre praktischer Thätigkeit für mich allerdings von mehr Wert sein, als wenn er noch viel länger auf dem Katheder als Professor thätig gewesen wäre. (Bravo! Sehr gut!)." Die vom Herrenhause fast einstimmig angenommene Adresse beantwortete der König am 13. Januar 1864 in huldvollster Weise.

Durch den königlichen Bescheid auf die Adresse des Abge-

ordnetenhauses war dieses, wie wir sahen, zu schleuniger Bewilligung der Anleihe aufgefordert. Aber noch einmal dachte es, den König mit Worten zu bezahlen, ehe es sich zum Gedächtnis der Nachwelt auf den Beschluß festnageln lassen wollte, daß es dem Vaterlande die Mittel zu einem Kriege versagte, den das Haus selbst forderte. Am 11. Januar 1864 brachte daher der Abgeordnete Virchow im Abgeordnetenhause die Interpellation ein: „1. Ist Preußen nunmehr von dem Londoner Vertrage zurückgetreten oder steht dieser Rücktritt in nächster Zeit zu erwarten? — 2. Im Falle der Verneinung dieser Frage: Hält die Königl. Regierung die Aufrechterhaltung der dänischen Gesamtmonarchie noch jetzt für ein preußisches Interesse?" Bismarck antwortete kühl: „Die Kgl. Regierung ist bereit, auf die gestellte Interpellation zu antworten, sobald das Haus der Abgeordneten über die Bewilligung oder Versagung der geforderten Anleihe beschlossen haben wird (Heiterkeit)." Der Präsident fand in diesen Worten die Ablehnung einer Antwort auf die Interpellation. Bismarck widersprach dieser Auffassung, da er den Tag der Beantwortung der Interpellation „in den Bereich der Beschlüsse des Hauses gestellt habe. Der Herr Präsident sagt, die Beschlüsse über die Anleihe können bedingt werden durch die Beantwortung dieser Interpellation; es läßt sich dies auch umkehren: Die Beantwortung dieser Interpellation kann wesentlich beeinflußt werden durch die Beschlußnahme über die Anleihe."

Die tiefsten Gründe dafür, warum Bismarck gerade jetzt diese Fragen nicht beantworten konnte, ließen sich freilich nicht einmal andeuten. Die wichtigsten Verhandlungen wären dadurch verdorben worden. An England zwar, d. h. an Sir Andrew Buchanan, hatte Bismarck am 5. Januar auf die drohende englische Zumutung, den preußischen Antrag beim Bunde auf Besetzung Schleswigs zurückzuziehen, bestimmt erklärt: Hindere England Preußen daran, Zwangsmittel für die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen anzuwenden, so müsse sich Preußen vom Londoner Vertrag lossagen, einen Ministerwechsel vollziehen und sich, nach dem Verlangen des Abgeordnetenhauses, der Partei des Augustenburgers

anschließen. Da war Sir Andrew verstummt. Am nämlichen Tage aber hatte Bismarck in einem Erlaß an den preußischen Gesandten Herrn von Werther in Wien folgenden Vorschlag an Österreich gerichtet: Zweifellos seien die deutschen Mächte jetzt berechtigt, sich vom Londoner Vertrag loszusagen; Europa gegenüber erscheine jedoch zweckmäßiger, einstweilen noch keinen Gebrauch davon zu machen, sondern Dänemark zur Erfüllung der alten Vertragspflichten aufzufordern, und ihm bewaffnetes Einschreiten anzudrohen. Der Bund werde wahrscheinlich den hessischen Antrag annehmen, Schleswig wegen Nichtigkeit des Londoner Vertrags zu besetzen. Trotzdem wolle Preußen selbständig vorgehen, aber ohne sich vom Londoner Vertrage förmlich loszusagen, und nur im völligen Einverständnis mit Österreich. Die nötigen Truppen halte Preußen vollständig marschbereit. Politisch wie militärisch sei größte Beschleunigung geboten. Nach der langen Zögerung genüge es, wenn Dänemark binnen 48 Stunden zur Aufhebung der Novemberverfassung aufgefordert, und dann sofort in Schleswig eingerückt werde. Österreich möge daher sogleich einen höheren Offizier für die militärischen Abreden nach Berlin senden. Bei der großen Wichtigkeit und den unabsehbaren Folgen der Sache müsse aber Preußen auf festen schriftlichen Abmachungen mit Österreich bestehen. In Schleswig würde man weder dänische noch augustenburgische Umtriebe dulden und das Land während der Okkupationszeit nur militärisch regieren.

Man kann sich denken — schon nach den mittelstaatlich-augustenburgischen Kundgebungen im Dezember und nach dem Bundesbeschlusse vom 2. Januar —, welch begeisterten Widerhall diese Eröffnung Bismarcks in Rechbergs Seele erweckte. Inzwischen aber hatte man in Wien sogar weiter auch erfahren, daß selbst Kaiser Napoleon lebhaft für die Politik der Mittelstaaten Partei nehme, und daß sein Wiener Gesandter, Herzog Gramont, sie in jeder Weise ermuntere. Offenbar suchte der Imperator bei ihnen Bundesgenossen gegen Österreich. In dieser Notlage wurde Bismarcks Vorschlag freudigst begrüßt, zumal da er am Londoner Protokoll und an-

scheinend auch an der dänischen Integrität festhielt. Graf Rechberg ließ daher schon am 10. Januar unter Vorsitz des Kaisers einen Ministerrat zusammentreten und erhielt hier die Genehmigung zu dem Entwurf eines Vertrages mit Preußen, den er am nämlichen Tage noch an den Grafen Karolyi nach Berlin sandte. Dieser Entwurf folgte Punkt für Punkt den Vorschlägen Bismarcks, machte den Vertragschließenden zur Pflicht, auf eine europäische Konferenz nur unter der Bedingung der Zurücknahme der Novemberverfassung oder der Besetzung Schleswigs einzugehen, und schlug dann vor: falls durch den Ausbruch von Feindseligkeiten in Schleswig die Verträge von 1851/52 hinfällig werden, sollen Preußen und Österreich nur gemeinsam neue Vertragsbedingungen feststellen. „Sie werden sich jedenfalls nicht anders," hieß es wörtlich, „als im gemeinsamen Einverständnis von dem Prinzip der Erhaltung der dänischen Monarchie in ihrem seitherigen Bestande, und von der durch den Londoner Vertrag eingegangenen Verbindlichkeit, die Erbfolge des Königs Christian anzuerkennen, lossagen." Nach diesem Entwurfe hätte Preußen also als höchsten Siegespreis nur die Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark erstreiten können, eine Befreiung derselben von Dänemark, d. h. eine Schmälerung der dänischen „Integrität", nur mit Österreichs Zustimmung, d. h. niemals! Dafür waren aber weder der König noch Bismarck zu haben. Denn wenn sie auch jetzt noch, mit Rücksicht auf Europa, an den Verträgen von 1852 festhielten, so waren sie doch durchaus entschlossen, die Verträge mit Ausbruch des wirklichen Krieges als hinfällig zu betrachten und die Herzogtümer von Dänemark völlig zu befreien. Bismarck setzte also an die Stelle des österreichischen Entwurfes folgende Fassung: „Für den Fall, daß es zu Feindseligkeiten in Schleswig käme, und also die zwischen den deutschen Mächten und Dänemark bestehenden Vertragsverhältnisse hinfällig würden, behalten die Höfe von Österreich und Preußen sich vor, die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur in gegenseitigem Einverständnisse festzustellen. Sie werden jedenfalls die Frage über die künftige Erbfolge nicht anders als in gemeinsamem Einverständnis

entscheiden.“ Damit war die Personalunion, der dänische Gesamtstaat und die Landesherrlichkeit Christians IX. der Politik Preußens nicht mehr als unüberschreitbare Grenze gesteckt.

Karolyi empfahl den Vorschlag in Wien mit Bismarcks Begründung, daß man sich im Kriegsfall alle Wege offen halten müsse. Und wenn vielleicht Rechberg noch hätte schwanken mögen, so drängte Österreichs Schoßkind, der Bundestag, jetzt unfreiwillig die Hofburg zur schleunigen Annahme der preußischen Bedingungen. Den Mittel- und Kleinstaaten war nämlich inzwischen bedeutend der Kopf gewachsen durch ein französisches Rundschreiben vom 8. Januar, welches nur diese Mittleren und Kleinen, nicht die deutschen Großmächte, aufforderte, die von England zu Ende Dezember ausgeschriebene Konferenz zu beschicken, und zugleich das Londoner Protokoll ein „ohnmächtiges Werk“ nannte. Diese Staaten hatten also an dem mächtigen Frankreich gegen alle Wechselfälle festen Rückhalt. So wagten sie denn etwas. Am 14. Januar, in denselben Stunden, da in Wien die Entscheidung über Bismarcks Änderungen am Vertragsentwurfe zu treffen war, wurde vom Bundestage der Antrag der deutschen Vormächte vom 28. Dezember mit großer Mehrheit verworfen. Sofort erklärten die Gesandten Preußens und Österreichs, daß ihre Staaten nun die Inpfandnahme Schleswigs auch ohne den Bund, als europäische Großmächte, vollziehen würden. Die Schilderung der Entrüstung, die nun im Bundestage, im Volke, in den Kammern, im 36er-Ausschuß folgte, können wir übergehen. Immerhin waren alle diese Kundgebungen auch für Österreichs letzte Entscheidung wichtig. Am 16. Januar genehmigte der Kaiser auf Rechbergs Vortrag die Unterzeichnung des Vertrages mit Preußen in der von Bismarck vorgeschlagenen Fassung. Am nämlichen Tage noch wurden die Gesandten Preußens und Österreichs in Kopenhagen, Balan und Brenner, angewiesen, von Dänemark die Aufhebung der Novemberverfassung binnen 48 Stunden zu fordern. Vergebens forderte Monrad Zeit zu weiterer Unterhandlung. Am 18. Januar erteilte er die ablehnende Antwort. Damit war der Krieg entschieden.

Mit ungeahnter Schnelligkeit vollzog sich der Anmarsch der österreichischen und preußischen Truppen nach Schleswig. Die Österreicher wurden, Sachsen und Bayern vermeidend, durch Schlesien befördert; die Westfalen durch Hannover. Am 20. Januar schon waren sie unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Wrangel vereinigt. Zornig wies der sächsische General v. Hake die Anfrage Roons zurück, ob er nicht, der früheren Abrede entsprechend, die Bundestruppen gleichfalls unter den preußischen Oberbefehl stellen wolle. Als auch Sachsen deshalb amtlich aufbrauste, erwiderte Bismarck freundlich: „Wir hätten den wackeren Bundestruppen einen Anteil an dem patriotischen und ruhmverheißenden Werke so gerne gegönnt.“ In Frankfurt aber ließen die Großmächte am 19. Januar erklären: ihre Schritte in Schleswig sollten die Bundesexekution in Holstein durchaus nicht stören, sie erwarteten aber auch das bereitwillige Entgegenkommen des Bundes und der benachbarten Bundesgebiete Holsteins. Sofort gab der Bund freundliche Gegenversicherungen. Denn das rasche Auftreten der beiden Großmächte mit imposanter Heeresmacht hatte alle mittelstaatlich-kleinstaatlichen Zukunfts-Kartenhäuser über den Haufen geworfen. Über Nacht sah man sich nun plötzlich zum bloßen Zuschauer verurteilt, wo man die erste Rolle hatte spielen wollen. So ging es Bayern. Beust dagegen hatte seinem Bundesgesandten aufgetragen, den Durchmarsch der großmächtlichen Truppen durch Holstein zu hindern. Jetzt erklärte er Herrn v. Savigny in Dresden, man werde ihn (Beust) doch nicht für einen solchen Don Quixote halten, daß er an Widerstand gegen die deutschen Mächte in Holstein dächte.

Ungemein rasch und gut wirkten hier also die Thaten, welche den Erwägungen der besonnenen Politik Bismarcks folgten. Aber auch das Ausland erfuhr jetzt, wie unanfechtbar sicher und fest die Stellung dieser Politik sei. Vor allen England, das soeben in Frankreich, Rußland, Schweden, Dänemark alles in Bewegung setzte, um dem geliebten Dänemark, dem Mutterlande der Prinzessin v. Wales, Krieg und Demütigung zu ersparen. Rußland wies jede drohende Einwirkung auf Preußen, seinen mutigen Bundesgenossen

gegen die Polen, scharf zurück. Napoleon aber erklärte, nachdem ihm Graf Goltz in Bismarcks Auftrag versichert hatte, daß Preußen gegen Österreich keinerlei Gewähr für dessen außerdeutsche Besitzungen übernommen habe: er werde sich nie auf einen Krieg mit Deutschland einlassen und sich in den dänischen Wirren volle Freiheit seines Handelns offen halten. In Dänemark endlich wurden Englands Mahnungen zur Mäßigung vom Minister Monrad geradezu verhöhnt. Die mildere Verwendung Englands für Dänemark, die einen Aufschub der militärischen Operationen verlangte, erhielt zwar auch das Fürwort Frankreichs, Rußlands und Schwedens. Aber König Wilhelm befahl sofort die Ablehnung des englischen Vorschlages. Nur der großen Besorgnis Rechbergs, der bei diesem Dreinreden der Mächte schon den ganzen politischen Horizont bedrohlich verfinstert sah, mußte Bismarck ein kleines, in Wahrheit ganz unbedenkliches Opfer bringen. Rechberg drang nämlich in Berlin darauf, daß die deutschen Mächte sich das Wohlwollen Europas doch durch die Zusage der dänischen Integrität und ihre Bereitwilligkeit zu einem europäischen Kongreß erkaufen möchten. Nach zahlreichen Unterredungen und Telegrammen genehmigte Bismarck am 31. Januar eine gemeinsame Note der deutschen Mächte, welche besagte: die beiden Regierungen gründen die Rechte, die sie geltend machen, auf die Verträge von 1851/52 und haben dadurch den Grundsatz der Integrität Dänemarks anerkannt. Sie verlassen dieses Prinzip auch nicht, indem sie zur Besetzung Schleswigs schreiten. Die Verwickelungen, welche Dänemark durch sein vertragswidriges Verhalten herbeiführt, oder die bewaffnete Einmischung anderer Mächte kann sie jedoch nötigen, Kombinationen zu entsagen, deren Ergebnisse nicht mehr im Verhältnisse zu den von den deutschen Mächten gebrachten Opfern stehen würden. Solchenfalls jedoch sollten keine endgültigen Bestimmungen getroffen werden, ohne die Mitwirkung der Mächte, welche den Londoner Vertrag unterzeichnet hatten. Es war etwa derselbe Inhalt wie der des preußisch-österreichischen Abkommens vom 16. Januar. Jeder der beiden hohen Vertragschließenden fand darin seine Lieblingsgedanken, über welche

der andere ungesehen die Achseln zuckte. Hier war nur etwas neues aus Bismarcks wie aus Rechbergs Feder. Aus Bismarcks Feder die kräftige Warnung vornehmlich an die englische Adresse, daß jede fremde Einmischung das Schicksal Dänemarks nur verschlechtern werde. Aus Rechbergs Feder das Versprechen, daß die deutschen Mächte ohne die Mitwirkung — nicht etwa die Zustimmung — der Londoner Vertragschließenden von 1852 endgültige Ordnungen in Schleswig-Holstein nicht treffen würden. Bismarck zuckte auch darüber die Achseln. Er wußte wohl — wir werden ihn gleich selbst es sagen hören —, daß auf einem Kongresse nur einstimmige Beschlüsse verbindlich sind. Und vor diesen war Deutschland in der dänischen Frage überhaupt sicher, vor allem durch die dänische Hybris und Atä — durch den dänischen Übermut und durch die dänische Verblendung!

In dieselben Januar-Wochen dieser Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten fällt auch der letzte Kampf, den Bismarck mit den häuslichen Feinden im Abgeordnetenhause zu bestehen hatte, ehe unter dem ehernen Klang der Waffen diese Gesetzgeber für geraume Zeit schwiegen. Es handelte sich dabei, wie wir wissen, um die noch unerledigte Frage der Bewilligung der preußischen Anleihe für den Krieg mit Dänemark. Es handelte sich also, sozusagen, um die letzte Probe und Erfahrung, wie weit preußische Männer und Abgeordnete ihre vaterländische preußische und deutsche Pflicht verdunkeln und betäuben lassen könnten durch Parteileidenschaft. Zweimal schon war „das Haus der Phrasen", wie Bismarck es früher einmal nannte, mit einer Adresse und einer Interpellation dieser Pflicht und Entscheidung ausgewichen. Nachdem aber der König in seiner uns bekannten Antwort auf jene Adresse die Politik seiner Minister ausdrücklich gebilligt und der „Fiktion" den Boden entzogen hatte, daß die Krone durch ihre Ratgeber über die wirkliche Volksstimmung im Dunkel gehalten werde, mußte der Anleiheausschuß des Abgeordnetenhauses nun doch zur Arbeit und Entscheidung übergehen. Bismarck nahm an den Sitzungen teil und erklärte hier um Mitte Januar (nach dem Kommissionsbericht):

„Bis jetzt sei es nicht die Absicht der Staatsregierung auf einer anderen Grundlage als der des Bundes vorzugehen; selbständig vorgehen werde man möglicherweise dann, wenn die Anträge Preußens die Mehrheit beim Bunde nicht finden sollten. Seine Pflicht als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sei, in erster Reihe preußische Interessen, nicht die Interessen seiner anderen Dynastie oder irgend welcher Nationalität wahrzunehmen. Es sei nicht zuzugeben, daß über die Gesamtkraft Preußens und Österreichs, also derjenigen Mächte, welche das Glashaus des deutschen Staatswesens vor europäischer Zugluft schützten, durch eine Mehrheit verfügt werde, die möglicherweise noch keine 2 1/2 Millionen Einwohner darstellte. Solange die Trennung der Territorien in Deutschland bleibe, könne wohl von deutschen Handelsinteressen und dergleichen, nicht aber von deutschen Interessen in der Politik, sondern nur von österreichischen, preußischen, bayerischen u. s. w. die Rede sein. — Die Frage wegen völliger Lossagung Preußens vom Londoner Vertrage erachte er mehr als eine Frage der Opportunität als des Rechtes. Nur diejenigen Rechtsdeduktionen, welche man die Macht besitze, durchzusetzen, hätten Kraft. Man verfalle oft in den Irrtum, zu meinen, daß das Recht der Staaten durch Juristen gefunden, nicht durch Verträge gemacht werde. An Verträge den bloßen Maßstab der Gerechtigkeit zu legen, sei eine mißliche Sache. Wenn, wie dies in der Kommission geschehen, die deutschen Rechtsausführungen von Männern, wie Pernice, mit Bezeichnungen wie „fadenscheinige Sophistik“ und „Winkelargumentationen“ belegt seien, so wolle er statt jeder Kritik sagen, daß Winkelargumentationen, wenn sie die Mehrheit der europäischen Bayonette erhalten, die Oberhand zu gewinnen pflegen. Bei der Frage der Opportunität aber spielten unsere Beziehungen zum Herzogtum Schleswig eine gewichtige Rolle.“ Dieser uns bekannte Standpunkt Bismarcks wird nun eingehend entwickelt. Auf verschiedene Einwendungen von Kommissionsmitgliedern erklärte er noch: „Die Zuständigkeit des Bundes, über die Thronerbfolge zu entscheiden, sei durchaus bestritten. Bis jetzt liege ein Präzedenzfall dieser Art nicht vor. Es liege in der Stellung Preußens als Großmacht, jeden

Beschluß des Bundes selbständig zu prüfen, nicht jeder Entscheidung desselben sich zu unterwerfen, eine Ansicht, welche unter anderen Umständen die Billigung der meisten Anwesenden gefunden haben würde. Übrigens wolle er, wie schon bei einer früheren Angelegenheit versichern, daß das Mißtrauen in einer solchen Frage zwischen ihm und dem Hause der Abgeordneten kein gegenseitiges sein solle. Es sei sein Wunsch, mit den von dem Hause legal bewilligten Mitteln in die Sache einzutreten. Würden diese aber verweigert, so werde er sie nehmen, wo er sie finde.“ Es mag gleich hier bemerkt werden, daß Bismarck vor dem Plenum des Hauses am 21. Januar erklärte: „Ich habe den Gedanken in dieser Schroffheit nicht ausgesprochen, ich habe gesagt: wir haben zu Ihnen nach wie vor das Vertrauen, daß Sie uns diese Mittel, die wir so notwendig bedürfen, daß wir sie nehmen müssen, wo wir sie bekommen, auf verfassungsmäßigem Wege gänzlich zustellen werden.“

Einleuchtend ist, daß auch die mildeste Fassung von Erklärungen solchen Inhaltes, die im Ausschusse von Bismarck abgegeben wurden, im ganzen Hause der Abgeordneten unter allen Umständen einen Sturm der Entrüstung erregen mußten. Am 21. Januar erlebte man das, als der Bericht des Anleiheausschusses im Plenum zur Verhandlung kam. Die Versagung der Anleihe wäre diesem Hause bei weitem nicht einfach und deutlich genug gewesen. Es trug das unausrottbare Bedürfnis in sich, mit „Resolutionen“ Geschichte zu machen, statt mit Thaten. Wenn das auch naturgemäß mißlang, so erinnert sich doch die von Andern gemachte Geschichte mit besonderer Heiterkeit jener Resolutionen, welche diesem Hause ein so eigentümlich zutreffendes Zeugnis für das Maß der hier vorhandenen politischen Einsicht ausstellen. Auch jetzt war wieder eine „Resolution“ zur Hand, verfaßt von Schulze-Delitzsch und v. Carlowitz. Sie besagte: nachdem Preußen und Österreich, trotz des Bundesbeschlusses vom 14. d. M. erklärt haben, Schleswig besetzen zu wollen, „durch einen solchen Schritt aber Preußen sich von dem Bunde gerade in einem Augenblicke thatsächlich trennt, wo die Mehrzahl der deutschen Regierungen das Recht und das

Interesse Deutschlands zu wahren bestrebt ist, ferner die Einmischung des Auslandes herbeizieht und durch die angedrohte Vergewaltigung den berechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg herausfordert, legt das Abgeordnetenhaus dagegen feierlichst Verwahrung ein und erklärt, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln diesem Vorgehen entgegentreten wird." Also auch dieses tugendhafte Abgeordnetenhaus nahm die „Mittel", wo es sie fand. Gewählt wenigstens konnte man die Kampfmittel des Berichterstatters der Kommission, des Abgeordneten Aßmann, nicht nennen, der behauptete, die preußische Politik in der schleswig-holsteinischen Sache werde allein durch die persönlichen Abneigungen und Parteiinteressen des Herrn v. Bismarck bestimmt. „Mag der ganze Plan desselben tief und höchst genial angelegt sein, mag das letzte Ziel desselben ein gewaltiges sein, für uns steht vorläufig fest, daß Herr v. Bismarck dem deutsch-patriotischen Streben der Mittelstaaten entgegenarbeitet, und unsere Ansicht von seiner Gesinnung wie von seiner Befähigung gibt uns keinen Anhalt, der weiteren Entwickelung seiner Aktion mit Befriedigung entgegenzusehen. Mag Deutschland wissen, daß wir in dieser Frage zu ihm und nicht zu unserem Ministerium stehen, daß das preußische Volk mit der Politik dieses Ministeriums nichts gemein hat, und daß wir alle uns zuständigen Mittel anwenden werden, um dieser Politik, dieser verwerflichen Politik entgegenzutreten, sie zu vereiteln. Geben wir dieser Verwahrung und Lossagung die erste praktische Folge durch Verwerfung der Anleihevorlage!"

Bismarck erwiderte, er dürfe wohl annehmen, daß die Überzeugungen des Hauses hinsichtlich des Anleihegesetzes und der Resolution (Schulze- v. Carlowitz) hinreichend feststünden, und daß er „kein Bedürfnis habe, mehr oder weniger spitze Reden über die Begriffe von Recht und Ehre und das seit einem Jahre nunmehr durch alle Tonarten variierte Thema ‚fort mit diesem Ministerium' zu wechseln". Er beschränke sich „auf einige Vervollständigungen und Berichtigungen des Ihnen vorliegenden Materials". Aber nur „Widerspruch", „hört, hört!" und „Heiterkeit" verzeichnet der steno-

graphische Bericht bei diesen streng sachlichen Ausführungen. Der Mut des Abgeordneten v. Gottberg von der Rechten, die „verfehlte" Politik Bismarcks zu verteidigen, entfesselte wahre Stürme der Heiterkeit. Dagegen fand natürlich Virchows Rede den ungestümen Beifall der Mehrheit. Er sagte: „die von dem Ministerpräsidenten vertretene Politik schädigt in gewaltthätiger und verderblicher Weise die heiligsten Interessen Preußens und Deutschlands. Als er in sein Amt eintrat, da hatte er noch gewisse Vorstellungen von persönlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Er ist (aber) nicht mehr der Mann, wie er hier eingetreten ist mit dem Gefühle, er werde durch eine energische äußere Politik etwas ausrichten. Nein, meine Herren, er ist jetzt dem Bösen verfallen (Heiterkeit) und er wird von ihm nicht wieder loskommen! (Große andauernde Heiterkeit.)" Bismarck erwiderte darauf: „Der Herr Vorredner kam sodann auf den Umstand, daß ich meine politische Stellung seit meinem Eintritt in das Ministerium wesentlich geändert, daß ich sie, um mich trivial auszudrücken, nach rechts hinübergerückt habe. Wenn das in dem Sinne zuträfe, und wenn ich bei seiner Auffassung des „Bösen", dem ich verfallen wäre, stehen bleibe, so glaube ich, ihm meine Gedanken von seinem Standpunkt aus mundrecht zu machen, wenn ich sage, ich habe nach dem Satze gehandelt: Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo!*) Ich habe, als ich herkam, allerdings die Hoffnung gehegt, daß ich noch bei Anderen als bei mir die Neigung finden könnte, den Parteistandpunkt unter Umständen dem allgemeinen vaterländischen Interesse zu opfern. Ich will nicht näher hervorheben, um niemand zu verletzen, inwieweit und bei wem ich mich darin getäuscht habe; getäuscht aber habe ich mich, und natürlich wirkt das auf meine politische Stellung und Beziehungen ein."

Am folgenden Tage, am 22. Januar, erhob auch der Abgeordnete Schulze-Delitzsch den Vorwurf, daß die Regierung deutsche Interessen nicht kenne. Bismarck entgegnete: „Es muß ein eigen-

*) Virgil, Aeneis III, 312. „Kann ich die Götter nicht beugen, so will ich die Hölle bewegen."

tümlicher Zauber in diesem Worte »Deutsch« liegen. Man sieht, daß jeder das Wort für sich zu gewinnen sucht, und jeder das »Deutsch« nennt, was ihm nützt, was seinem Parteistandpunkt Vorteil bringt, und damit nach Bedürfnis wechselt. So kommt es, daß man in manchen Zeiten es »Deutsch« nennt, gegen den Bund sich aufzulehnen, in anderen Zeiten das für »Deutsch« gilt, für den fortschrittlich gewordenen Bund Partei zu nehmen. So kann es leicht geschehen, daß uns vorgeworfen wird, wir wollten von Deutschland nichts wissen aus Privatinteressen. Ich kann diesen Vorwurf Ihnen mit vollem Rechte zurückgeben. Sie wollen von Preußen nichts wissen, weil es Ihrem Parteistandpunkte, Ihrem Parteiinteresse nicht konveniert, weil es Ihnen konveniert, Preußen entweder nicht oder als Domäne des Nationalvereins bestehen zu lassen (Bewegung). Der Hauptgrund, weshalb Sie die Anleihe ablehnen werden, ist der Mangel an Vertrauen zu dem jetzigen Ministerium, das ist der Brennpunkt Ihrer ganzen Beweisführung. Ich habe mich deshalb gefragt: was müßten wir — was müßte ein preußisches Ministerium thun, um Ihr Vertrauen zu erwerben? Es müßte sich von der preußischen Verfassung lossagen (Unruhe und Widerspruch links); es müßte sich von Preußens Überlieferungen, von Preußens Geschichte, von preußischem Volksgefühl vollständig lossagen, indem es die Hand dazu böte, die Alleinherrschaft dieses Hauses in Preußen herzustellen. Mit einem Worte, m. H., wenn man Ihr Vertrauen erwerben soll, so muß man sich Ihnen in einer Weise hingeben, wie es für die Minister des Königs von Preußen nicht möglich ist. Wir würden dann nicht königliche Minister, wir würden Parlamentsminister, wir würden Ihre Minister sein und dazu, das hoffe ich zu Gott, werden wir nicht kommen! (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Volksgeist Preußens ist durch und durch monarchisch, Gott sei Dank! und dabei wird es auch trotz Ihrer Aufklärung, die ich Verwirrung der Begriffe nenne, bleiben. Indem Sie dahin streben, Preußen unter eine Bundesmehrheit zu mediatisieren, thun Sie was Sie uns toto die vorwerfen. Sie setzen den Parteistandpunkt über die Interessen des Landes; Sie sagen:

‚Preußen mag bestehen, wie wir es wollen, oder wenn nicht, so mag es zu Grunde gehen.‘ Sie fühlen und denken nicht wie das preußische Volk. Sie kommen mir vor, wie Archimedes mit seinem Zirkel, der nicht merkte, daß die Stadt erobert war! Fühlte das preußische Volk wie Sie, so müßte man einfach sagen, der preußische Staat habe sich überlebt, und die Zeit sei gekommen, wo er anderen historischen Gebilden Platz zu machen habe. So weit sind wir aber noch nicht! Ich erinnere Sie an das Schreiben König Friedrich Wilhelms I. an ein Mitglied der ostpreußischen Stände bei Einführung der Grundsteuer; er sagt darin: ‚Was ich ruiniere, das ist das nie pozwalam der Junker;*) ich etabliere die souverainité comme un rocher de bronze.‘ Meine Herren, der rocher de bronze steht noch heute fest; er bildet das Fundament der preußischen Geschichte, des preußischen Ruhmes, der preußischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königtums! Diesen ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen durch Ihren Nationalverein, durch Ihre Resolution und Ihr liberum Veto! (Bravo! rechts. Zischen links.)“

Graf Schwerin-Putzar war besonders über Bismarcks Wort entrüstet, daß niemand mehr recht wage, sich als Preuße zu bezeichnen. „Ich handle als Preuße,“ rief er nachdrücklich, „und habe bisher mich immer so gezeigt, daß man mich stets für einen Preußen hat halten können!“ Aber wenn „der Herr Ministerpräsident nur dasjenige Staatsrecht will, welches die Mehrzahl der Bajonette auf seiner Seite hat,“ so stehe dem der altpreußische Grundsatz: die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche entgegen, „und der muß es bleiben, wenn die Interessen des preußischen Staates gesichert sein sollen gegenüber der Mehrzahl der Bajonette!“ Als den eigentlichen Beweggrund des Standpunktes des Regierung glaubte der Redner die Furcht vor der Demokratie und die Besorgnis vor dem Auslande zu erkennen. Bismarck entgegnete: „Wenn der Herr

*) Das liberum Veto (willkürliche Einspruchsrecht) des polnischen Adels.

Vorredner zuvörderst davon ausging, daß er ein guter Preuße sei und ihm dies Zeugnis von niemand verweigert werden würde, so stimme ich damit vollständig überein; ich gehe noch weiter, ich halte ihn in seinem Herzen sogar für einen monarchischen Preußen (Bewegung und Heiterkeit), aber man kann doch von ihm seinem Könige gegenüber sagen, was Goethe vom Dr. Faust dem Könige der Könige gesagt werden läßt: ‚Fürwahr er dient Euch auf besondere Weise.‘ Ich muß dem Herrn Vorredner ferner darin widersprechen, als hätte ich behauptet, daß das Recht allein bei den Bajonetten liege. Ich habe nur behauptet, das Recht ließe sich in europäischen Streitigkeiten, wo ein zuständiger Gerichtshof nicht besteht, nur durch die Bajonette geltend machen. Der Herr Redner hat ferner als Motiv unserer Handlungsweise die Furcht vor der Demokratie und Furcht vor dem Auslande der Regierung unterschoben. Ich glaube der Herr Vorredner kennt mich lange genug, um zu wissen, daß ich Furcht vor der Demokratie nicht kenne. Hätte ich diese, so stünde ich nicht an diesem Platze oder würde das Spiel verloren geben. (Große Bewegung. Rufe: „Ein Spiel! Ein Spiel!“) Ich lasse mich auf Worte nicht ein; rechten Sie nicht über Ausdrücke, rechten Sie über die Sache! — Ich fürchte diesen Gegner nicht, ich hoffe sicher, ihn zu besiegen (Ruf: ‚Oho!‘); ich glaube, das Gefühl, daß es so kommen werde, ist Ihnen nicht mehr ganz fern (Heiterkeit). Was dagegen die Furcht vor dem Auslande betrifft, so bestreite ich die Richtigkeit des Ausdruckes. Man kann Vorsicht Furcht, man kann Mut Leichtfertigkeit nennen. Der Mut nimmt meines Erachtens diesen Charakter an, wenn man einer Regierung, die für das Schicksal eines großen Landes verantwortlich ist, zumutet, auch gegen die erdrückendste Übermacht zu den Waffen greifen zu lassen. Das kann der einzelne, der entschlossen ist, seine Person daran zu setzen. Eine Regierung (aber) hat nicht das Recht, das Land, dessen Schicksal ihr anvertraut ist, gegen eine von Hause aus erdrückende Übermacht ohne Not ins Feld zu führen, womit ich keineswegs gesagt haben will, daß in dem jetzt vorliegenden Fall uns eine solche gegenüberstände. Ich halte überhaupt noch

heute die Politik der freien Hand, des Gewohntseins jedes Standpunktes, Ihnen gegenüber aufrecht."

Weitere heftige Angriffe der Abgeordneten Waldeck und Loewe (Calbe) veranlaßten Bismarck dann noch zu folgendem Schlußwort: „Wir wurden verantwortlich gemacht für irgend etwas, was in der offiziösen Presse gestanden hätte. Meine Herren: Es gibt keine offiziöse Presse; es ist mein erstes Gewerbe gewesen, als ich das Ministerium übernahm, dieselbe abzuschaffen. Wenn die Regierung öffentlich unter Verantwortlichkeit sprechen will, so hat sie zu dem Zweck den Staatsanzeiger, wobei keineswegs ausgeschlossen ist, daß sie sich durch andere Blätter vertreten läßt, wenn diese die Güte haben, der Regierung zu diesem Zwecke ein Quantum weißes Papier zur Verfügung zu stellen, ohne daß deshalb die Regierung eine Verantwortlichkeit für die Artikel übernimmt, die neben den inspirierten stehen. Der Herr Vorredner hat uns mit der gleichen Entschiedenheit, wie der Herr Abgeordnete Waldeck, junkerhafte Gelüste vorgeworfen, und der Herr Abgeordnete Waldeck hat als die erste und wichtigste Aufgabe des preußischen Königtums den Kampf gegen das Junkertum bezeichnet. Meine Herren, was verstehen Sie eigentlich unter Junkertum? Ich will den Begriff nicht erschöpfen, aber ich glaube, unzertrennbar davon ist die Idee von der Überhebung in Ansprüchen auf Einfluß und Herrschaft, welche gesetzlich nicht begründet sind, oder der Mißbrauch der Privilegien, die einem gesetzlich zukommen (Zustimmung), in diesem Sinne gibt es aber auch ein parlamentarisches Junkertum; — die Kasten sind wandelbar, sie gehen unter und es bilden sich neue — und wenn ein solches parlamentarisches Junkertum, wie ich behaupte, sich gebildet hat, so sehe ich auch dessen Bekämpfung als eine der wesentlichsten Pflichten der preußischen Krone an. (Bravo! rechts. Zischen links.)"

Nur 51 Stimmen wurden am nämlichen Tage im preußischen Abgeordnetenhause für die Bewilligung der Anleihe abgegeben, die Preußen zur Bekriegung Dänemarks bedurfte; 275 Abgeordnete verwarfen sie. Eine große Mehrheit nahm die Resolution Schulze-

v. Carlowitz an, welche „den Bürgerkrieg in Deutschland herausgefordert" erklärte. Damit hatte das Haus jeden Weg der Verständigung mit der Regierung versperrt. Das Herrenhaus dagegen nahm am 23. Januar den vom Abgeordnetenhause verworfenen Etat für 1864 an, worauf das Abgeordnetenhaus seinerseits wieder diesen Beschluß der „Herren" für null und nichtig erklärte. Am nämlichen Tage wurde durch eine königliche Botschaft der Schluß des Landtags verfügt. Am Nachmittag verlas Bismarck im Auftrag des Königs im Weißen Saale die Schlußrede, in welcher die Verwerfung der Anleihe mit folgenden Worten gestraft wurde: „Der feindselige Charakter dieser Beschlüsse, in welcher sich das Streben ausdrückt, die auswärtige Politik der Regierung einem verfassungswidrigen Zwange zu unterwerfen, ist durch Resolutionen erhöht worden, durch welche die Mehrheit des Hauses der Abgeordneten in der von ihr willkürlich aufgestellten Voraussetzung kriegerischer Verwickelungen zwischen Preußen und anderen deutschen Staaten im Voraus gegen das preußische Vaterland Partei nimmt. Die Regierung Sr. Majestät wird sich aber unter allen Umständen für verpflichtet halten müssen, mit ganzer Kraft und in voller Ausübung der königlichen Rechte für die Erhaltung des Staates und für das Wohl und die Ehre Preußens einzustehen."

Fast ein Jahr ging vorüber, ehe der preußische Landtag am 14. Januar 1865 wieder zusammentrat — und welch ein Jahr lag dazwischen! Als Bismarck wenige Tage vor dem Landtagsschlusse dem „parlamentarischen Junkertum" auf der Linken zugerufen hatte: „Ich fürchte diesen Gegner nicht, ich hoffe sicher, ihn zu besiegen; ich glaube, das Gefühl, daß es so kommen werde, ist Ihnen nicht mehr ganz fern," da hatten ihm die „Oho!" und die höhnische „Heiterkeit" der feindlichen Mehrheit dröhnende Antwort gegeben. Aber während diese Rufe der Entrüstung und des Hohnes im preußischen Abgeordnetenhause erbrausten und kundgaben, daß die preußische Volksvertretung mit diesem Minister nimmermehr sich versöhnen könne und werde, da war in den deutschen Elbherzogtümern schon der eiserne Würfel gefallen. Nur an den dortigen

Ereignissen haftete fortan die atemlose Spannung aller Volkskreise, auch in Preußen. Als dann vollends edles deutsches Blut in Strömen geflossen war, und der verschrieene Minister, der ohne Ziel, ohne Fähigkeit und ohne Kraft eine verwerflich undeutsche Politik betreiben sollte, sich allen, allen, die ihm in den sauren Weg traten, überlegen gezeigt hatte, da war dieses schwere Jahr der Erkenntnis nicht vergebens abgelaufen! Wir folgen seinen reichen Ergebnissen.

Zweites Kapitel.

Der deutsch-dänische Krieg, die Londoner Konferenz und die Friedenspräliminarien. (Januar bis August 1864.)

Bismarck hatte seit der ersten Stunde der Mobilmachung der deutschen Mächte gegen Dänemark nur die Sorge, daß Preußen mit einer allen anderen Mitstreitern überlegenen Heeresmacht auf dem Plan erschiene. Von besonderer Wichtigkeit war jetzt namentlich seine herzliche Freundschaft mit Roon. Ein minder gutes Verhältnis zwischen dem Leiter der preußischen Politik und dem Leiter des preußischen Heerwesens hätte die Reibungen, die Bismarck alsbald auch mit dem preußischen Oberbefehlshaber, nicht bloß mit dem Bundesgeneral und den Bundeszivilkommissaren zu bestehen hatte, bedenklich gestalten können. Nach Bismarcks freundschaftlicher Vorstellung ebnete aber Roons kräftige Hand alle diese Hemmnisse. In seinem Drange, Preußen in größter Stärke auf dem Schauplatz der Thaten zu wissen, schrieb Bismarck schon am 12. Januar 1864 an Roon: „Ich habe plötzlich Angst, daß das Eis zu früh schmilzt, und daß die Österreicher, wenn ihre Truppen wirklich, wie sie behaupten, jeden Tag aufbrechen können, und ihnen vielleicht mehr Eisenbahnmaterial zu Gebote steht als uns, früher als wir an der Eider eintreffen könnten. Das würde Seiner Majestät unangenehm sein. Oder sind vielleicht die Anordnungen schon getroffen? Dann habe ich nichts gesagt und revoziere diese Tinte.“ Am 1. Februar schrieb Bismarck wieder an Roon: „Wrangel muß meines Erachtens

schleunig angewiesen werden, die zwischen Holstein und Schleswig streitigen Theile, welche die Sachsen nicht besetzt haben, für uns festzuhalten, insbesondere Kronwerk und Bahnhof bei Rendsburg. Von Frankfurt aus ist der Bund schon darüber her, und Sydow sehr dafür (!), das den Bundestruppen einzuräumen, was sie einzunehmen nicht wagten und wollten, weil sie fürchteten, dann auf Widerstand zu stoßen und unsere Reserven heranziehen zu müssen. Die Örtlichkeiten sind für uns auch militärisch wichtig, und wir wissen nicht, ob wir mit den Sachsen auf dem Fuß bleiben, daß wir unsere Verbindungen in ihren Händen lassen können. Geht es nicht, daß wir in Besitz der anderen holsteinschen Bahnhöfe, und namentlich in dem von Kiel bleiben? Ist es denn wahr, daß Wrangel seine Truppen ‚Armee von Schleswig-Holstein' amtlich tituliert? Das wäre politisch ganz unzulässig und eine nutzlose Herausforderung der fremden Mächte." Roon konnte dem Freunde in der Hauptsache beruhigende Antwort geben, indem er namentlich einen Bericht des Prinzen Friedrich Karl an den König vom 31. Januar beifügte. Im übrigen aber hieß es: „Ich werde sogleich an Wrangel schreiben." Denn dieser alte Herr begann schon jetzt nach allen Seiten hin unbequem zu werden. Namentlich auch dem genialen Strategen, der in diesem Kriege zum ersten male die Adlerschwingen und das Adlerauge frei regen konnte, General Moltke. Zum ersten male finden wir in diesem Kriege die drei Paladine des künftigen deutschen Reiches in leitender Stellung, jeden von ihnen an der rechten Stelle thätig, alle drei zusammenwirken in guter Eintracht: Bismarck, Roon, Moltke.

Moltke hatte den Kriegsplan mit jener wunderbaren Sicherheit entworfen, die alle örtlichen, sachlichen und persönlichen Kräfte und Mittel der Verteidigung des Feindes ebenso gründlich einschätzt, wie die eigenen, und danach das rasche siegreiche Ende des Krieges mit möglichst geringem eigenem Blutverlust ins Auge faßt. Wir werden derselben meisterhaften Leistung des Feldherrn auch 1866 und 1870 begegnen. Moltke hatte also im Kriege gegen Dänemark als Richtschnur ausgegeben: dem Feinde alle erreichbaren Hilfsmittel

abzuschneiden und so weite Landstriche als möglich zu besetzen. Denn Dänemark hatte insgesamt nur ein Heer von etwa 55 000 Mann im Felde, davon in Schleswig nur etwa 38 000, während die Verbündeten hier allein schon 60 000 Mann gegenüberstellten. Ihre Verteidigung gedachten die Dänen an der in Kopenhagen für uneinnehmbar erachteten Stellung des Danewerks zu führen, einer gewaltigen, durch tiefe Sümpfe gedeckten Schanzenreihe zwischen der Stadt Schleswig und den Quellen des Rheideflusses; im Osten als Schutzwehr der Meerbusen der Schlei, im Osten der Rheide- und Treenefluß, abermals mit ausgedehnten Sumpfmooren. Moltke sah auch seinerseits diese dänische Stellung als eine sehr starke an, ließ selbst die Wahrscheinlichkeit des Zufrierens der Gewässer in dieser Jahreszeit außer Berechnung, und empfahl eine Umgehung der östlichen Flanke des Gegners durch die Überschreitung der unteren Schlei. Ebenso widerriet er einen Angriff auf den stark befestigten, anderthalb Meilen von Schleswig entfernten Übergangspunkt Missunde. Doch sollte dieses Ausfallthor versperrt und die dänische Hauptmacht im Danewerk durch eine scheinbar bedrohliche deutsche Kraftentwickelung festgehalten werden. Die Verbündeten hatten drei Armeekorps unter dem Oberbefehl Wrangels an der Eider versammelt, davon zwei preußische Divisionen, die 6. und 13. unter Prinz Friedrich Karl, die Gardedivision unter General v. Mülbe, die österreichische unter Feldmarschallleutnant v. Gablenz. Nach Moltkes Plan sollte nun Prinz Friedrich Karl einige Meilen unterhalb Missunde seine Truppen über die Schlei bringen, rasch Flensburg besetzen und damit dem dänischen Heer den Rückzug nach Norden und Osten verlegen. Würden die Dänen nach Westen gedrängt, so könne man sie hier vernichten. Aber würden sie nicht schon am Danewerk erreicht, so solle man dann weiter auch nicht an die Eroberung der Düppeler Schanzen Zeit und Blut vergeuden, sondern abermals nur eine zur Abwehr dänischer Ausfälle genügend starke Abteilung hier stehen lassen, die Hauptmacht aber zur Besetzung ganz Jütlands verwenden, auch hier vor Fridericia nur ein Beobachtungskorps zurücklassen und eine starke Macht nach

der Insel Fünen werfen. Dann müsse Dänemark um Frieden bitten.

Leider wurde dieser Plan dem alten Wrangel nicht als bindende Vorschrift mitgeteilt, so daß sein knorriger Eigenwille sich darüber hinwegsetzen durfte. Das war von diesem General auch bestimmt zu erwarten, der sich nun seit den achtzig Jahren seines Lebens für ein Feldherrngenie ansah, ohne doch für diese Begabung einen einzigen geschichtlichen Beweis beizubringen. Schon bei Beginn der Feindseligkeiten, am 29. Januar, nachdem der dänische Oberbefehlshaber General de Meza die Aufforderung zur Räumung Schleswigs zurückgewiesen hatte, durchbrach Wrangel Moltkes Plan an einem Hauptpunkte, indem er dem Prinzen Friedrich Karl befahl, unter Umgehung des Danewerks, die Schanzen von Missunde zu stürmen — deren Ausfallsthor Moltke ohne Sturm nur hatte verstopfen wollen —; dann sollte der Prinz von Missunde nach Glücksburg und von da nach Düppel marschieren, wahrscheinlich über den Flensburger Meerbusen, an dessen Dasein Wrangel zufällig nicht dachte.

So wurde gleich zu Anfang des Feldzuges Moltkes einfach-großer Plan durch eitle Unfähigkeit verdorben. Wie die besten preußischen Heerführer, namentlich Prinz Friedrich Karl, darüber dachten, verrät des Prinzen Schreiben an den König vom 31. Januar, das Roon am 1. Februar Bismarck mitteilte. Da heißt es: „Die Befehle, welche gestern der Feldmarschall (Wrangel) gab und die vielen Kleinigkeiten, die er vortrug, waren eigentlich unverständlich.“ Unser Werk kann natürlich keine erschöpfende Darstellung der kriegerischen Ereignisse dieses Feldzuges oder der späteren Feldzüge bieten. Vielmehr kommt es nur darauf an, die für Bismarcks Politik wichtigsten Thatsachen, sowohl Erfolge als Hemmnisse aufzuzählen, und zu den letzteren gehörte zweifellos die Kriegführung und politische Haltung des Feldmarschalls Wrangel.

Seinen Befehlen entsprechend, überschritten die Preußen unter Friedrich Karl und die Österreicher am 1. Februar die Eider, der Prinz nahm kämpfend Eckernförde und bombardierte und stürmte

am 2. Februar vergeblich und mit beträchtlichem Verlust die Missunder Schanzen. Ärgerlich brach der Prinz das Gefecht ab, nutzlos verhandelte er mit Wrangel am 3. Februar, am 4. endlich erwirkte der von Berlin eingetroffene General Erwin von Manteuffel die Erlaubnis, daß der Prinz die Schlei weiter unterhalb überschreiten dürfe. Das geschah am 5. und 6. Februar. Von den Dänen war drüben nichts mehr zu sehen. Inzwischen waren die Österreicher und die preußische Garde am 2. Februar bis Nordby jenseits des Sorgeflusses vorgedrungen. Am 3. Februar gerieten beide Korps auf ihrem nördlichen Marsche ins Gefecht mit den Dänen beim Hahnenkrug und beim Dorfe Jagel und warfen den Feind. Die Österreicher stürmten mit großen Verlusten (430 Mann) auch die weiteren Stützpunkte des Feindes, das Dorf Overselk und den Königshügel, der schon im Feuerbereich des Danewerks lag, und auf dem sofort zwölf preußische Geschütze auffuhren. Am 4. Februar wurde ein weiter Kranz neuer Batterien gegen das Danewerk sichtbar und das Feuer überall eröffnet. Überall wurden die dänischen Vorposten vertrieben. Ein preußischer Generalstabsoffizier drang mit zwei Mann bis an den Wall des überschwemmten, fest zugefrorenen Morastes vor und fand die dänischen Dammschanzen schwach. Binnen weniger Tage wäre das Danewerk also dem Feuer und dem Sturm der verbündeten Belagerer erlegen, während Kaiser Napoleon sich dahin ausgesprochen hatte: die Deutschen würden zwei Jahre brauchen, um nur das Danewerk zu nehmen. Diese Blutopfer sollten aber an dieser Stelle nicht nötig sein. Denn die von Moltke nicht vorgesehenen Kämpfe der deutschen und österreichischen Truppen in den ersten Februartagen hatten wenigstens das Gute gehabt, die Dänen von der Überlegenheit der Gegner nachdrücklich zu überzeugen, nicht minder von der Überlegenheit der feindlichen Artillerie. Außerdem waren alle sperrenden Wasserflächen hart beeist und daher dem Feind so zugänglich wie Landstraßen, und Dänemark hatte nur dieses eine, im Danewerk versammelte Heer. Wenn es hier zu Grunde ging, so war der Krieg zu Ende. Deshalb räumten die Dänen in der Nacht vom 5. Februar das Dane-

werk, Missunde und Friedrichstadt und erreichten glücklich Flensburg. Die Nachhut bestand am 6. Februar gegen die verfolgenden Österreicher ein äußerst blutiges Gefecht bei Översee, das den Dänen beinahe 900 Mann, den Österreichern 430 kostete. Dann rückte der größte Teil des dänischen Fußvolks in die sichere Stellung bei Düppel. Zwei Brigaden aber und die gesamte Reiterei gingen zum Schutze Jütlands ab.

So gewaltig dieser Erfolg war, er hatte das dänische Heer doch keineswegs vernichtet, wie Moltke plante, sondern im Gegenteil aus schwerer Bedrängnis gerettet. Es mußte in festerer Stellung von neuem erst überwunden werden. Gleichwohl war die Wirkung dieses Ereignisses im Auslande wie im Inlande die tiefste. Von England, Frankreich und Rußland kamen die tugendhaftesten Vorstellungen zur Mäßigung Preußens an Bismarck. Schweden hätte mit hoher europäischer Erlaubnis am liebsten gleich gegen Deutschland losgeschlagen. In Deutschland war die Begeisterung über den großen Erfolg vorherrschend. Die Volkstümlichkeit des Augustenburgers, der unversöhnlichen Parteiführer und mittelstaatlichen Regierungen erblaßte, und diejenigen, welche ihnen am lautesten zugejubelt hatten, fanden schon jetzt die Entschuldigung: „Wer hätte diesem Bismarck denn im voraus trauen können?“ Zum erstenmale auch wurde jetzt in ganz Deutschland von vielen die Annexion der Elbherzogtümer an Preußen als die einfachste Lösung der dänischen Frage öffentlich verhandelt. „Woher entspringen denn alle diese Gerüchte?“ fragte der König von Bayern den preußischen Gesandten von Arnim, als dieser dem Könige erklärt hatte, daß er nichts thatsächliches darüber wisse. „Majestät“, erwiederte Arnim, „aus der Anschauung des unbefangenen Beobachters, daß sie der Natur der Dinge entspringen.“ Auf die deutschen Mittelstaaten jedoch übten die ersten Erfolge dieses Krieges nur die Wirkung, ihren Verdruß zu steigern. Bayern berief die gleichgesinnten Höfe zu einer Beratung nach Würzburg, um dort gemeinsames weiteres Vorgehen zu beschließen.

Inzwischen sollte sich noch viel neuer Stoff zu erheblichen Be-

schwerden gegen die deutschen Großmächte ansammeln. Wrangel und die preußischen Offiziere sandten Bericht über Bericht nach Berlin, wie sehr die Bundeskommissare und deren Beamte — unter dem unrühmlichen Einflusse der sogenannten herzoglichen Regierung — in Holstein der kriegführenden Armee Schwierigkeiten bereiteten, durch Versagung der Einquartierung der nachrückenden Truppen, durch Erschwerung der Lebensmittelzufuhr, durch Einräumung nur eines Telegraphendrahtes an die Armee, während falsche und böswillige Zeitungstelegramme immer Annahme und Beförderung fänden. Der nach Schleswig entsendete preußische Zivilkommissar Herr v. Zedlitz meldete gleichzeitig, daß auch in Schleswig unmittelbar nach dem Abzug der Dänen überall, in Friedrichstadt, Husum, Tonning, Goding u. s. w. das Volk auf Betreiben herzoglicher Agenten aus Altona, den Augustenburger als Landesherrn ausgerufen habe. Der französische Botschafter in Berlin aber benützte diese Vorgänge zu ernsten Vorstellungen an den preußischen Minister.

Bismarck dagegen war fest entschlossen, die Kriegführung durch den Bund und Augustenburg nicht hemmen zu lassen und in Schleswig keinerlei Agitationen für den Prätendenten zu dulden und befand sich in beiden Beziehungen durchaus im Einklang mit Österreich. Er erließ deshalb am 8. Februar an Sydow die Weisung: gemeinsam mit dem Präsidialgesandten v. Kübeck die schleunige Abstellung aller dieser Beschwerden zu fordern, und brachte nun auch die am 1. Februar bei Roon vertraulich angeregte Frage der Besetzung der wichtigsten Etappenpunkte durch Preußen zur Erledigung, indem er Sydow anwies, gemeinsam mit Kübeck die Belegung von Rendsburg, Neumünster, Kiel, Altona mit preußischen Truppen beim Bunde zu beantragen. Zwar erließen nun, auf Betreiben der beiden Gesandten, die Bundesausschüsse am 9. Februar ein Schreiben an den sächsischen Bundesgeneral Hake, welches den preußischen Forderungen in Bezug auf Einquartierung, Verpflegung und Telegraph zur Not entsprach. Aber ehe noch der weitere Antrag Bismarcks wegen preußischer Besetzung der Etappenplätze beim Bunde eingebracht war, ließ Wrangel von der zur Besetzung der Etappen-

punkte nach Hamburg nachgerückten preußischen Brigade, trotz Hakes Widerspruch, am 12. Februar eigenmächtig ein Bataillon in Altona einrücken und einquartieren und besetzte in den folgenden Tagen auch Neumünster, Kiel und Rendsburg. Darüber erhob sich nun in den Mittelstaaten ein gewaltiger Sturm der Entrüstung. Beust wollte der Gewalt mit Gewalt begegnen. In Hannover erklärte Graf Platen das preußische Benehmen für unentschuldbar. In München drohte Schrenk mit extremen Entschlüssen, wenn Preußen nicht rasche Genugthuung gebe. In Frankfurt war man einig darüber, daß der Bund seine Truppen in Holstein wesentlich verstärken müsse. Bismarck ließ überall ruhig erklären: die vom Bunde am 22. Januar versprochene Erleichterung der militärischen Bewegungen der preußischen und österreichischen Truppen umfasse doch wohl auch die Sicherung der kriegerischen Operationsbasis, der Etappen, wenigstens habe Preußen das bisher im guten Glauben annehmen müssen. Zur Dämpfung der Schlaglust des Herrn v. Beust ließ er indes zugleich einen Teil des schlesischen Armeekorps an der sächsischen Grenze zusammenziehen. König Wilhelm aber sandte seinen Vertrauten, den General von Manteuffel, mit eigenhändigen Briefen nach Dresden und Hannover, um hier im Sinne der Versöhnung zu wirken.

Der Erfolg dieser Sendung kann als ein wohlgelungener bezeichnet werden. An beiden Höfen redete Manteuffel mit der ihm eigentümlichen soldatischen Offenheit. Den König Johann von Sachsen traf der General am 16. Februar wohl bereit zur Versöhnung, aber auch fest auf dem Standpunkte, daß dem Bunde Genugthung werden müsse, und daß die Herzogtümer dem Augustenburger zukämen. Herr v. Beust dagegen, der eben im Begriffe stand, zur Würzburger Konferenz abzureisen, nahm mit tiefem Eindruck Manteuffels offenes Wort entgegen: „Wenn in Holstein ein Schuß auf einen preußischen Soldaten fiele, müßte König Wilhelm Sachsen besetzen.“ In Würzburg fand Beust dann keinerlei Neigung vor, auf seine kriegerischen Gelüste einzugehen, und nach seiner Rückkehr am 24. Februar schrieb daher König Johann an König Wil-

helm: er müsse zwar an der Überzeugung festhalten, daß Augustenburg der einzige Erbberechtigte sei und der Bund ihm somit zu seinem Rechte zu verhelfen, die Pflicht habe; indessen werde Sachsen, unter Wahrung seines Rechtsstandpunktes, die Aktion der Großmächte nach Kräften erleichtern, da diese jedenfalls den gemeinsamen Feind schwächen müsse. General Hake würde den Befehl erhalten, jeden Konflikt zu vermeiden. — Ganz ähnlich waren die Ergebnisse, die Manteuffel in Hannover am 19. Februar erzielte, obwohl hier der König gereizter sprach, als König Johann, und der Minister Platen die Befürchtung äußerte, ganz in Abhängigkeit von Preußen zu geraten. Dennoch versprach er, alles zur Erhaltung der Eintracht zu thun, und in diesem Sinne antwortete auch König Georg dem Könige Wilhelm. Die preußischen Bataillone blieben also in den holsteinischen Städten und der Bund hatte eine neue bittere Erfahrung darüber hinnehmen müssen, daß er der Bedeutung der beiden Großmächte in keiner Weise gewachsen sei.

In Dänemark hatte man sich inzwischen von dem betäubenden Schlage der Räumung des Danewerks erholt, den wackeren General de Meza, als Sühnopfer der kopenhagener Straßendemokratie, vom Oberbefehl abberufen und an seine Stelle den General Lüttichau gesetzt, der in Mezas Kriegsrat allein der Räumung des Danewerks widersprochen hatte. Man war zum äußersten Widerstand entschlossen und benützte zunächst, nach dem Vorbild barbarischer Völker, seine Überlegenheit zur See, um die Beschlagnahme aller österreichischen, preußischen und deutschen Schiffe, die sich in dänischen Häfen befänden, anzuordnen, ferner die ganze schleswig-holsteinische Küste und eine Anzahl deutscher Ostseehäfen in Blokadezustand zu erklären.

Im preußischen Hauptquartier dagegen wurde nach der Besetzung Schleswigs am 7. Februar der weitere Feldzugsplan lebhaft erörtert. Der Chef des großen Generalstabs, von Moltke, war selbst zur Stelle geeilt, um seine Ansicht durchzusetzen, daß die Belagerung Düppels die Opfer an Zeit und Blut nicht wert sei, dagegen die Besetzung Jütlands den dänischen Widerstand brechen

werde. Seiner Meinung trat der Kriegsrat bei, und ihr entsprechend blieb nur Prinz Friedrich Karl vor Düppel zurück, während General Gablenz und die Gardedivision gegen Jütland vorgingen. Am 17. Februar hatten sie die jütische Grenze erreicht. Doch hatte der österreichische Civilkommissar, Baron Revertera, den Chef des preußischen Generalstabes, General Vogel von Falckenstein, schon am 14. auf die diplomatischen Bedenken, welche gegen die Überschreitung der jütischen Grenze beständen, aufmerksam gemacht. In der That hatte Österreich sich ja mit Preußen nur zur Besetzung Holsteins verbunden. Falckenstein verbat sich zwar, mit Genehmigung Wrangels, jede diplomatische Einmischung, ließ aber doch den Zwischenfall an Bismarck telegraphieren. Sofort entschied sich sich dieser dahin, daß die jütische Grenze ohne Österreichs Zustimmung keinesfalls überschritten werden dürfe. Denn alle Erfolge in Jütland hätten den Nachteil nicht aufgewogen, den die etwaige Rückberufung der Österreicher aus Schleswig der preußischen Politik im In- und Auslande bereiten mußte. So schrieb er denn am 15. Februar an Roon: „Unter obwaltenden Umständen billigt der König meinen Antrag, daß Wrangel Befehl erhalte, die Grenze von Jütland nicht zu überschreiten, ehe das Einverständnis mit Österreich herbeigeführt ist. Um es herbeizuführen, schreibe ich nach Wien. Der König erwartet Ihren Vortrag wegen telegraphisch an Wrangel zu gebenden, aber streng zu sekretierenden Befehls." Roon erstattete den Vortrag sogleich und empfahl, „da unsere Truppen heute schon in Hadersleben sind, somit Gefahr im Verzuge ist, das Telegramm an Wrangel noch heute abzusenden."

Es traf in der That noch am 15. Februar im Hauptquartier Apenrade ein und erregte hier, wo man die politische Lage nicht übersah, lebhafte Mißstimmung.*) Am meisten wurmte es den alten Wrangel, der in einer der nächsten Nächte heimlich, d. h. ohne

*) Das Folgende, Sybels Erzählung in einigen Einzelheiten ergänzend, nach den eigenen Erlebnissen des Sohnes Roons, der damals dem Stabe des Oberkommandos angehörte. (Denkwürdigkeiten des Feldmarsch. Roon, II, 164/65.)

seiner Umgebung irgend etwas mitzuteilen, ein Entrüstungstelegramm an den König direkt aufsetzte und die sofortige Absendung befahl. Da hieß es, in Anlehnung an das berühmte Muster des „Marschall Vorwärts“: „Diese Diplomaten, welche die schönsten Operationen stören, verdienen den Galgen.“ Natürlich verbarg der König seinem Minister die Depesche nicht, sondern dieser erhielt amtliche Kenntnis von derselben. Bismarck war natürlich nur wenig erbaut von der Offenherzigkeit, mit welcher der alte Haudegen seine innersten Gedanken über ihn aussprach. So oft Bismarck in der Folge den Marschall Wrangel wiedersah, übersah er ihn und behandelte ihn als Luft. Wrangel konnte das nicht lang ertragen. Als Beide einmal an der königlichen Tafel nebeneinander saßen, fragte Vater Wrangel den Minister: „Mein Sohn, kannst Du nicht vergessen?“ — „Nein.“ — Nach einer kurzen Pause: „Mein Sohn, kannst Du nicht vergeben?“ — „Von ganzem Herzen“, rief Bismarck. Erst von da an waren sie wieder gute Freunde.

Natürlich mußte indes der alte Herr Mitte Februar 1864 zunächst doch Ordre parieren und that es auch. Aber am 18. waren die Gardehusaren mit den Dänen handgemein geworden, hatten diese über die Grenze verfolgt und die nächste jütische Stadt, Kolding, besetzt. Wrangel ließ diese behaupten, aber sonst nicht weiter vorgehen. Moltke eilte nach Berlin zurück, um seinen Plan aufrecht zu erhalten, für den der König und Roon einstanden und auch Bismarck geneigt war, sofern Österreich beistimmte. Wie er Roon schon am 15. angezeigt, schrieb er am 16. Februar ganz im Sinne Moltkes an den preußischen Gesandten von Werther nach Wien: „Der Sturm auf Düppel, der Übergang nach Alsen kann schwere Opfer kosten; weshalb sie bringen, wenn wir das Ergebnis durch einen Druck auf Jütland erreichen können?“ In Wien aber war die Stimmung dem Vorrücken nach Jütland immer noch gleich abgeneigt, und zwar widerstrebte namentlich der Kaiser aus Ängstlichkeit. Um diesen zu beruhigen, beschloß nun König Wilhelm, einer Anregung Rechbergs folgend, den soeben in Dresden und Hannover als diplomatischen Unterhändler bewährten

General Manteuffel auch nach Wien zu entsenden. Das persönliche Handschreiben des Königs, welches Manteuffel dem Kaiser überbrachte, enthielt die männlichen Worte: „Unsere Politik wäre eine verfehlte, wenn wir sie nicht zu befriedigendem Abschluß führten“, widerlegte dann die lebhaften österreichischen Besorgnisse vor englischer Einmischung und schloß: „Aber auch wenn die Gefahr näher läge, als meiner Meinung nach der Fall ist, so gibt es doch Umstände, unter welchen ich es nicht für möglich halte, davor zurückzuschrecken, und so glaube ich, daß nichts geeigneter ist, sie herbeizuführen, als ein Verhalten, welches irgend eine Besorgnis vor derselben verraten würde.“ Die Instruktion aber, welche Bismarck dem General erteilte, rückte die zwischen den Großmächten entstandene verhältnismäßig geringfügige militärische Streitfrage in einen größeren und bedeutenderen Zusammenhang. Das ganze Bündnis mit Österreich sollte nach Bismarck Intention auf eine neue Grundlage gestellt werden. Daher schrieb er in jener Instruktion: Es handelt sich um zwei Fragen, Vorwärtsgehen der Armeen in Jütland und um die Entscheidung der Machtfrage in Deutschland zwischen den Mittelstaaten und den Großmächten; beides hängt eng zusammen. Die Besetzung Jütlands ist unerläßlich, als Repressalie für die Wegnahme deutscher Schiffe und die bald zu erwartende Blokade unserer Häfen; es liegt auf der Hand, daß wir diese Repressalie nicht in Schleswig nehmen können. Auch der Stimmung der Armeen und der öffentlichen Meinung sind wir schuldig, fest und vollständig unser Programm durchzuführen, unsere Machtstellung in Deutschland zur Geltung zu bringen. Die Mittelstaaten müssen erfahren, daß wenn sie Österreichs und Preußens Politik der Herrschaft der Bundesmehrheit zu unterwerfen streben, sie den beiden Mächten die Fortsetzung eines solchen Bundesverhältnisses unmöglich machen. Die Frage ist von den Mittelstaaten auf die Spitze getrieben worden, und der Augenblick günstig, sie zur Entscheidung zu bringen, da die Politik Englands und Rußlands zur Zeit gerade gegen die von den Mittelstaaten eingenommene Stellung gerichtet ist. Einen etwaigen Einspruch Frankreichs aber

haben Österreich und Preußen, so lange sie einig bleiben, nicht zu fürchten.

Hier wurde aufs klarste erwiesen, wie eng die schleswig-holsteinische Frage mit der größeren deutschen Frage zusammenhing, mit einer Begründung, die Österreich jetzt wortwörtlich unterschreiben konnte. Aber wie, wenn die gemeinschaftliche Verbindung der deutschen Großmächte zu dem gemeinsamen Ziele in Zukunft nicht mehr bestünde? Dann traten Bismarcks unumstößliche Sätze auch für Preußen allein in ihr volles Recht. Der Zusammenbruch des Bundes, die Begründung eines deutschen Nationalstaates, des deutschen Reiches, blieb auch dann unabweislich als einzige Lösung der Wirrnisse bestehen. Es war mit einem Worte das Programm der deutschen Zukunft, das hier verkündet wurde, erläutert durch die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart! Der Erfolg der Sendung Manteuffels nach Wien war, trotz aller anfänglichen Schwierigkeiten, ein vollständiger. Nach fünftägigen Verhandlungen und nachdem Bismarck am 29. Februar telegraphisch den Zweck des gemeinsamen Einmarsches in Jütland dahin erläutert hatte: „Repressalien für die Wegnahme deutscher Schiffe, Teilung der dänischen Streitkräfte, Überwindung des dänischen Widerstandes gegen Waffenstillstand und europäische Konferenz“ (die von England angeregt waren), wurde am 1. März zwischen Manteuffel, Werther und Rechberg der neue Vertrag vereinbart. Danach sollte die Einnahme von Düppel und Alsen hinfort den Hauptgegenstand der kriegerischen Unternehmungen bilden. Zu deren Deckung gegen dänische Angriffe von Friedericia her durfte Wrangel die jütische Grenze überschreiten. Den europäischen Mächten sei anzuzeigen, daß damit keine Änderung an den von Preußen und Österreich früher abgegebenen Erklärungen eintrete. Zu europäischer Konferenz und Waffenstillstand sei man bereit, wenn Dänemark zuvor die Kaperei einstelle. Am Schlusse hieß es: „Da der im Art. 5 des Protokolls vom 16. Januar vorgesehene Fall des Ausbruchs der Feindseligkeiten sich verwirklicht hat, die zwischen den deutschen Mächten und Dänemark früher bestandenen Vertragsverhältnisse sonach hinfällig geworden sind, so ist

es der gemeinsame Entschluß der Kabinette von Wien und Berlin, die künftigen Friedensbedingungen unabhängig von den Stipulationen von 1851/52, welche ihre bindende Kraft verloren haben, aufzustellen und sowohl in Bezug auf die Zusammengehörigkeit der Herzogtümer, als in Bezug auf deren verfassungsmäßige, durch die nötigen Garantien zu sichernde Stellung in der dänischen Gesamtmonarchie anderweite, die Rechte und Interessen Deutschlands gewährleistende Grundlagen auf den Konferenzen in Vorschlag zu bringen."

Dieser Vertrag schien bedenkliche Zugeständnisse an Österreich zu enthalten. Preußen hatte zwar den Einmarsch in Jütland durchgesetzt, aber dafür, trotz Moltkes Einwendungen, die Belagerung und Einnahme Düppels bewilligt, um den Mächten Schleswig immer noch als Hauptangriffsobjekt aufweisen zu können. Doch hatte Bismarck in diesem Punkte auch aus einem anderen Grunde nachgegeben, um nämlich bei den Mächten und bei Dänemark durch eine glänzende preußische Waffenthat den Siegespreis zu steigern. Ferner hatte Österreich in dem Vertrage vom 1. März zwar die Hinfälligkeit der Verträge von 1852 anerkannt, Preußen dagegen sich verbindlich gemacht, von der Konferenz die Personalunion der beiden Herzogtümer mit Dänemark unter Christian IX. zu fordern. Damit waren wohl die Ansprüche Augustenburgs beseitigt, aber keineswegs das nationale Verlangen nach Losreißung Schleswig-Holsteins von Dänemark erfüllt. Indessen auch dieses Zugeständnis gab Bismarck nur in der stillen Überzeugung, daß der dänische Trotz nimmermehr in eine bloße Personalunion der Herzogtümer willigen, und Preußen daher nie gehalten sein werde, dieses Versprechen zu erfüllen. Jedenfalls war durch den Vertrag aber das zur Zeit Wichtigste gewonnen: die Einigkeit mit Österreich gegenüber Dänemark und den Mächten. Bei diesen Verhandlungen hatte sich übrigens Manteuffel überzeugen können, wie hoch Bismarck in Wien geschätzt wurde. Man könne ihn nicht lieben, aber Achtung vor seiner Thatkraft und Königstreue müsse man haben, sagten die österreichischen Staatsmänner. Ja, Manteuffel gewann den Ein-

druck, daß das feste Vertrauen auf Bismarck Österreich hauptsächlich veranlaßt habe, sich seit dem November 1863 plötzlich von den Mittelstaaten hinweg- und Preußen zuzuwenden.

Der Vertrag wurde in Berlin am 6. März unterzeichnet. Inzwischen harrte Feldmarschall Wrangel mit größter Ungeduld auf die Erlaubnis zur Überschreitung der jütischen Grenze. Am 5. sah sich Bismarck veranlaßt, an Roon folgendes Briefchen zu senden: „Noch nicht fertig, nicht loslassen! kein Feldjäger heut. Der schriftliche Text" (des Vertrags vom 1. März) „ist unterwegs, kommt voraussichtlich heut abend oder morgen früh hier an, wird von Karolyi und mir vollzogen, und dann kann das alte Kind morgen, wenn alles gut geht, telegraphisch ermächtigt werden, mit neuen Stiefeln ins Wasser zu patschen. Ihr v. B." In der That, noch am 6. traf die ersehnte Genehmigung zum Vormarsch nach Jütland bei Wrangel ein, und bis zum 20. März war schon die größere Hälfte des Landes südlich des Lijmfjordes in der Hand der Verbündeten, war Friedericia umschlossen, und dabei nur ein scharfes Gefecht (der Österreicher gegen die Dänen) am 8. März bei Veile zu bestehen gewesen. Wrangel wollte auch in Jütland eine deutsche Verwaltung einsetzen und zur Entschädigung der deutschen Seefahrer eine starke Kriegsschatzung erheben, erhielt jedoch sofort die Weisung, daß dies politische Maßregeln seien, in die er sich nicht zu mischen habe. Nur die Verpflegung der Truppen nach Kriegsbrauch könne er von den Einwohnern verlangen. Ärgerlich fragte er darauf bei Roon an, ob zur Verpflegung auch die Requisition von Schuhen für die Soldaten gehöre, was Roon gelassen bejahte. Der alte Herr wurde den Offizieren und Zivilbeamten immer unbequemer, während der Kronprinz, der seit Anfang des Feldzuges im Hauptquartier weilte, alle Reibungen liebenswürdig auszugleichen suchte. So erging denn am 30. März der Befehl des Königs: Wrangel solle fortan keine Verfügung mehr ohne Einvernehmen mit dem Kronprinzen erlassen. Damit war dem letzteren thatsächlich die oberste Heeresleitung übertragen.

Schon am 7. März hatten Österreich und Preußen den Ver-

tragsmächten von 1852 den Einmarsch in Jütland kundgethan und im Sinne des Vertrages vom 1./6. März begründet mit der trotzigen Haltung des Kopenhagener Hofes und aus der strategischen Notwendigkeit, für die dänische Kaperei Repressalien zu ergreifen. Nicht minder erklärten sie sich bereit, auf einer Konferenz über einen Waffenstillstand auf der Grundlage des Wiener Vertrages und „über die Mittel, die geeignet wären, den Frieden wiederherzustellen", zu verhandeln.

Mit Abschluß des Wiener Vertrages war die Belagerung Düppels zur Notwendigkeit geworden, und auch Moltke gab nun seinen Widerspruch auf, aus denselben Erwägungen, die Bismarck zu diesem Zugeständnisse veranlaßt hatten. Am 15. März war soviel schweres Geschütz zur Stelle, daß die Beschießung der Düppeler Schanzen, der Stadt Sonderburg auf Alsen, die den Dänen zum Stützpunkt diente, und deren Brücken nach Düppel, begonnen werden konnte. Schon jetzt wurden diese Brücken unter Feuer genommen, einige Häuser Sonderburgs in Brand geschossen und die Baracken der Soldaten in den Schanzen zerstört. Da sich indessen die Schanzen selbst viel fester zeigten, als man ursprünglich angenommen, schlug der Chef des Generalstabes des Prinzen Friedrich Karl, Oberst Blumenthal, vor, den Feldzugsplan umzukehren, und durch einen überraschenden nächtlichen Handstreich die Insel Alsen zuerst zu nehmen, worauf dann Düppel von selbst fallen werde. Der kühne Plan fand nach langen Erörterungen am 25. März die Billigung des Kronprinzen, Wrangels, Moltkes und des Prinzen Friedrich Karl, und alles war für dessen Ausführung in der Nacht vom 2. zum 3. April vorbereitet. Da wurde plötzlich das Wetter so stürmisch, daß der Übergang nach Alsen aufgegeben werden mußte. Um so entschlossener und nachdrücklicher sollte nun die Belagerung von Düppel durchgeführt werden. Einige glückliche kleinere Erfolge hatten die Stimmung der deutschen Truppen inzwischen mit frohem Siegesmute erfüllt. Am 16. März hatte ein Bataillon der Brigade Schlegell von Holstein aus die Insel Fehmarn überfallen und die gesamte dänische Besatzung gefangen

genommen. Und am 17. März hatte Kapitän Jachmann mit nur zwei Schraubenkorvetten und einem Raddampfer, zusammen mit 43 Kanonen, sechs dänischen Kriegsschiffen mit 182 Kanonen ein siegreiches Seegefecht zwischen Rügen und Arcona geliefert, eine dänische Fregatte fast kampfunfähig gemacht und seine leichten Fahrzeuge wohlbehalten nach Swinemünde zurückgeführt.

Der baldige Fall von Düppel war jetzt auch zum mächtigsten Hebel der deutschen Politik geworden, seitdem England am 25. März die förmliche Einladung zur Londoner Konferenz in Paris, Berlin, Wien und beim Bunde in Frankfurt eingereicht hatte. Schweden und Rußland hatten schon längst zugestimmt. Der dänische Trotz war durch die Besetzung Halbjütlands wesentlich herabgestimmt, so daß auch die Kopenhagener Machthaber zusagten. Napoleon nahm an in der sicheren Voraussetzung, daß in London gar nichts herauskommen werde. Der deutsche Bund aber wurde eingeladen, weil seine Nichtmitwirkung beim Londoner Protokoll von 1852 jetzt für England unerfreuliche Folgen gezeigt hatte. Auch die beiden deutschen Mächte waren diesmal ganz für die Teilnahme des Bundes an der Konferenz. Denn in London konnten sich die Mittelstaaten am besten von der Unausführbarkeit ihrer Augustenburgischen Liebhabereien überzeugen und andererseits an der lebhaften Erregung des deutschen Volkes den fremden Staaten unfreiwillig die Mäßigung der deutschen Vormächte deutlich machen. Außerdem bot die Mitwirkung des Bundes Bismarck einen trefflichen Vorwand, die von England auf den 12. April angesetzte Eröffnung der Konferenz zu verschieben, bis Düppel gefallen wäre. Denn bis zum 12. April war der Bund, bei der feierlichen Langsamkeit seiner Geschäftsformen, keinesfalls schon bis zur Wahl seines Vertreters für die Londoner Konferenz gediehen. Bismarck antwortete daher am 26. März nach London: der 12. April passe an sich Preußen so gut wie ein anderer Tag, aber es könne die Beschickung der Konferenz erst dann amtlich versprechen, wenn der deutsche Bund angenommen habe. Denn für Holstein sei der Bund rechtlich an der Konferenz mitbeteiligt, und die deutschen Mächte könnten sich keinesfalls zu Voll-

streckern der Konferenzbeschlüsse gegen den Bund und diesen nicht zum Märtyrer einer in Deutschland volkstümlichen Idee machen. Mit Rücksicht auf Bismarcks geheimen Grund der Verschiebung — Düppel vor dem Zusammentritt der Konferenz zum Fall zu bringen — schloß sich auch Österreich der preußischen Erklärung an. Gleichfalls im Einverständnis mit Österreich entwarf Bismarck die nächste Instruktion an die Gesandten der beiden Mächte in London: fürerst sollten sie der Konferenz die bloße Personalunion der ungeteilten Herzogtümer mit Dänemark vorschlagen. Beide Herzogtümer sollten in den deutschen Bund aufgenommen und ihre Wohlfahrt durch einen großen Schiffahrtskanal zwischen Ost- und Nordsee gefördert werden. Österreich gab bei den Verhandlungen über diese gemeinsame Instruktion besonders lebhaft seinen Widerwillen nach zwei Richtungen in Berlin zu erkennen. Einmal gegen den Vorschlag Napoleons vom 20. März, die Bevölkerung Nordschleswigs in freier Volksabstimmung nach Nationalitäten zu teilen. Denn das Nationalitätsprinzip und Plebiszit lief damals noch allen österreichischen Überlieferungen zuwider. Nach dem Prager Frieden von 1866 dagegen trug Österreich, wie wir sehen werden, kein Bedenken, auf Napoleons Einmischung und zur Verlegenheit Preußens, den berühmten Artikel V wiederholt aufzurühren, welcher die Rückgabe nordschleswigscher Gebietsteile an Dänemark im Falle der Volksabstimmung vorsah. Eine noch raschere Wandlung österreichischer Anschauungen und Grundsätze sollte sich vollziehen in Bezug auf den anderen Gegenstand des österreichischen Widerwillens vom März 1864. Denn Graf Rechberg schrieb damals am 30. nach Berlin und Frankfurt: „Wir sind heute noch ebenso fest wie zur Zeit des Londoner Vertrages überzeugt, daß kein wirklich unparteiisches Gericht dem Prinzen von Augustenburg die Erbfolge in Schleswig-Holstein zusprechen könnte, und daß, falls ihm ein Erbrecht auf einen Teil von Holstein zugesprochen würde, die Macht der Verhältnisse ihn zu einer Verzichtleistung bewegen müßte." Bismarck hob sich diese Denkschrift des österreichischen Kollegen sorgfältig auf und brachte sie später mehr als einmal in wohlthuende Erinnerung.

Als der Bundestag am 26. März die englische Einladung zur Konferenz empfing, hatte sich in Bayern ein Thronwechsel vollzogen. Am 10. März war König Max nach nur dreitägiger Krankheit gestorben und sein ganz jugendlicher Sohn Ludwig II. ihm auf dem Throne gefolgt. Der neue Herrscher mußte natürlich, namentlich in den ihm unbekannten Angelegenheiten des Bundes, vorläufig seine Minister für sich regieren lassen. Schrenk hoffte zuversichtlich, daß der Bundestag den Elaborator der augustenburgischen Rechtmäßigkeit, v. d. Pfordten, zum Bundesbevollmächtigten nach London senden werde. Aber Beust traute, nachdem die Würzburger Konferenzgenossen seine Waffengelüste schroff abgewiesen hatten, den mittelstaatlichen Göttern überhaupt nicht mehr, huldigte vielmehr jenem von Börne entdeckten Gesetze, daß die Butterbrote und Minister immer auf die gute Seite fallen, und sprach sich demgemäß am Bunde lebhaft gegen die Meinung Bayerns, Badens u. a. aus, daß man vor der Beschickung der Londoner Konferenz den Augustenburger anerkennen müsse. Beust wandte sehr richtig ein, dadurch werde der offene Bruch mit den deutschen Großmächten herbeigeführt. Infolge dieser Erklärung und der veränderten Haltung des Herrn v. Beust, erschien dieser Bismarck jetzt vorzugsweise geeignet, als Vertreter des Bundestages nach London zu gehen, und auch Österreich stimmte seiner Wahl auf Bismarcks Vorstellung sofort zu. Damit war Pfordten beseitigt, und als dann die Meinungen über die Instruktionen des Bundesvertreters in London wieder weit auseinander gingen, schrieb Bismarck am 3. April an Sydow nach Frankfurt in kurzen Worten die leitenden und alle versöhnenden Gesichtspunkte nieder, die nachher auch die Bundesversammlung ihrem Vertreter nach London zur Richtschnur mitgab: „Wir alle sind einig in dem Wunsche, das Recht der Herzogtümer im möglichst weiten Umfange zu wahren, wir gehen nur auseinander in der Ansicht über den Weg zu diesem Ziel. Hiernach wäre also in dem Sinne, in dem wir einig sind, zu verfahren, und mithin als wesentlicher Kern der Instruktion dem Gesandten der Auftrag zu geben, für die Selbständigkeit der Herzogtümer zu wirken, die Rechte

und Interessen derselben nach allen Seiten zu vertreten und jede erreichbare Garantie dafür zu sichern." So stellte auch der Ausschuß der Bundesversammlung am 6. April seinen Antrag. Bismarck konnte aber nun endgültig nach England melden, daß bis zum 12. April die Instruktion, die Wahl des Gesandten und dessen Ankunft in England keinesfalls zu ermöglichen sei, und beantragte daher die Vertagung der ersten Konferenzsitzung um eine Woche.

Gerade diese Frist fehlte den Belagerern von Düppel noch, um zum Ziel zu gelangen. Die neutralen Mächte hatten keine Ahnung davon, daß dieses Verhängnis so nahe bevorstände. Denn selbst der im deutschen Hauptquartier anwesende französische Militärbevollmächtigte, Graf Clermont-Tonnerre, berichtete nach Hause: vor dem Ablauf von Monaten könnten die Preußen nicht daran denken, diese überaus starken Schanzen zu stürmen. Militärische wie politische Gründe drängten also die Belagerer zu größter Eile. Um so rührender ist die Sorge, die Bismarck auch für die Sicherheit der kämpfenden Brüder allezeit bethätigt. So schreibt er an Roon Ende März folgendes Billet: „Ist nicht 2 Kompagnien in Fehmarn sehr viel zu wenig? Ole Bull wird Succurs von Alsen holen, den Fehmarn-Sund dänisch okkupieren, und unsere beiden Kompagnien sind in der Mausefalle, wenn unsere Artillerie nicht besagten Sund beherrscht. Wir haben ja Truppen in Holstein übrig, warum sollten wir die Insel nicht stärker besetzen? Verzeihen Sie mir diese Majors-Betrachtungen. Ihr v. B." Bismarck hatte ganz recht „betrachtet". Die Besetzung der Insel wurde wesentlich verstärkt, auch durch Artillerie. Übrigens erhöhte Bismarck auch den Eindruck der Berichte Clermont-Tonnerres in Paris, indem er am 31. März, so als denke er noch gar nicht an Düppel, den Botschafter Grafen v. d. Goltz anwies: „die Auffassungen des Kaisers Napoleon bezüglich der Anlegung eines Kanals zur Verbindung der Nord- und Ostsee auf vertraulichem Wege zu ermitteln". Die deutsche Heerführung aber that nun ihr Bestes, um die französische Meinung von dem Zeitpunkt der Einnahme Düppels ebenso rasch zu widerlegen als die früher bezüglich des Danewerks aus-

gesprochene. Insbesondere seitdem General v. Hindersin am 8. April die oberste Leitung der Belagerungsarbeiten übernahm, machten diese rasche Fortschritte.

Da Sonderburg, wie bemerkt, den Dänen zum Stützpunkt diente, namentlich Kasernen und Militärmagazine dort lagen, so war den Dänen am 2. April angezeigt worden, daß am 3. April das Bombardement auf die Stadt beginnen werde, so daß die Bewohner Zeit hatten, sich in Sicherheit zu bringen. Gleichwohl blieben eine Anzahl Einwohner, auch Frauen und Kinder, zurück, und einige von ihnen wurden durch die deutschen Geschosse getötet. Sofort tobte durch England giftiger Deutschenhaß, unter der edeln Verhüllung christlicher Menschenliebe, in lauter Entrüstung. In Berlin wagte Sir. Andrew Buchanan am 6. April ein Billet des Inhalts an Bismarck zu richten: ob es wahr sei, daß Preußen Sonderburg ohne vorherige Anzeige bombardiert habe? ob Weiber und Kinder umgekommen seien? ob die preußische Regierung solch' ein Verfahren billige? Bismarck erwiderte stolz: er werde nur auf eine amtliche Anfrage Antwort geben. Diese amtliche Anfrage ist jedoch nie gestellt worden. Am folgenden Tage, 7. April, gaben die edeln Lords Shaftesbury und Palmerston in beiden Häusern des Parlaments ihrem christlichen Schmerz über dieses Preußen Ausdruck, welches nun zu den zivilisierten Staaten nicht mehr gerechnet werden könne. Bismarck ließ darauf in den Berliner Zeitungen einfach die lange Reihe offener russischer Küstenstädtchen und harmloser Fischerdörfer veröffentlichen, welche die englische Flotte während des Krimkrieges aus Menschenliebe und Barmherzigkeit bombardiert, ausgeplündert und verbrannt hatte.

Übrigens bewies gerade jetzt Dänemarck selbst, wie notwendig das Bombardement Sonderburgs gewesen sei. Denn am 9. April meldete der dänische Oberbefehlshaber, General Gerlach, der an Lüttichaus Stelle getreten war, nach Kopenhagen, daß gerade die Beschießung von Sonderburg die Behauptung Düppels fast unmöglich mache. Bereits waren drei preußische Parallelen vor den Schanzen ausgehoben, die nächste nur noch etwa 600 Schritte ent-

fernt, und 88 schwere Geschütze überschütteten alle dänischen Stellungen bei Tag und Nacht mit übermächtigem vernichtenden Eisenhagel. Die Schanzen waren demontiert und konnten auch bei Nacht nicht mehr ausgebessert werden. Gleichwohl erlaubten die Kopenhagener Demokraten dem unglücklichen General nicht Räumung und Rückzug, bezeichneten die Behauptung der Stellung vielmehr mit Rücksicht auf die bevorstehende Konferenz für wünschenswert, vergönnten aber dem General zugleich volle „Handlungsfreiheit", d. h. das Schicksal, in jedem Falle, außer dem sehr unwahrscheinlichen eines Sieges, dem Zorn des Kopenhagener Pöbels zu verfallen. Gerlach versuchte darauf noch alles, um das Verhängnis abzuwenden. Zunächst persönliche Vorstellungen seines Adjutanten in Kopenhagen; darauf kam jedoch der telegraphische Befehl der Regierung, auch auf die Gefahr großer Verluste festzuhalten. Endlich dachte Gerlach auch an das verzweifelte Mittel eines allgemeinen Ausfalls unter Mitwirkung der dänischen Kriegsflotte; aber deren Befehlshaber weigerte sich, seine Schiffe den preußischen Granaten auszusetzen. So sah denn der General mit seinem auf 4200 Mann zusammengeschmolzenen Häuflein Schanzenverteidiger, denen in der ganzen Düppelstellung noch knapp 6000 und in Sonderburg 2000 hinzugerechnet werden konnten, dem von 118 Belagerungsgeschützen unterstützten Sturmangriff der 16000 Preußen mit banger Hoffnungslosigkeit entgegen. Am 17. und 18. April war das preußische Geschützfeuer fürchterlicher als je. Plötzlich um zehn Uhr vormittags am 18. April schwieg es. Dafür brachen nun die Sturmkolonnen blitzschnell aus der vierten Parallele, 400 Schritt von den Schanzen hervor, und nach einer halben Stunde waren alle sechs Schanzen erobert. Gegen nachmittags drei Uhr hatten die Sieger die ganze Düppelstellung und damit das ganze Festland von Schleswig in ihrer Hand. General Gerlach führte die Trümmer seines Heeres nach Alsen und warf die Brücken ab. Beide Teile zählten etwa 1100 Tote und Verwundete, die Dänen büßten aber außerdem 3600 unverwundete Gefangene, 118 Geschütze und 4000 Gewehre ein.

In Berlin rief die Kunde von dem herrlichen Siege begeisterte Freude hervor. Der deutsche Sinn der Bewohner entrang sich doch allmählich den Banden der Fortschrittspartei. Schon am 11. Februar — nach der Räumung des Danewerks — hatten viele Berliner aus allen Bezirken der Stadt Herrn v. Bismarck in einer Adresse ihren Dank für sein thatkräftiges Eingreifen in der schleswig-holsteinischen Sache ausgesprochen. Jetzt sammelten sich unter dem Denkmal des großen Friedrich Tausende vor dem schlichten Arbeitszimmer des Königs, um diesem zuzujubeln. König Wilhelm hatte den tapferen Truppen durch den Prinzen seinen gnädigen Dank sofort telegraphisch ausgesprochen. Dann eilte er selbst nach Schleswig, um am 21. April die Düppelstürmer im Anzuge des Kampftages an sich vorüberziehen zu lassen, und an seiner Seite befand sich bei der denkwürdigen Revue auch Bismarck. Überall in Schleswig aber wurde der König von der Bevölkerung begeistert begrüßt, und er gab ihr sein Wort, daß sie für immer gegen Dänemarks rechtswidrigen Übermut geschützt werden solle. Damals war es auch, daß in einzelnen Zeitungen die Nachricht auftauchte, Bismarck habe in Privatkreisen geäußert: „Sie werden sehen, in ganz kurzer Zeit bin ich der populärste Mann in ganz Preußen". Die Kreuzzeitung erklärte dagegen schon am 22. April: Nach Erkundigung an bester Quelle sei sie in der Lage zu versichern, daß der Ministerpräsident bestreite, jemals diese oder eine ähnliche Äußerung gethan zu haben. Im Gegenteile habe er geäußert, wie jeder Anflug von Popularität ihn unsicher mache und ihn zu ernster Selbstprüfung darüber veranlasse, ob er nicht im Begriff stehe, eine politische Thorheit zu begehen.

Unverzüglich betrieb die deutsche Heerführung die Ausnützung des großen Erfolges von Düppel. Die Einnahme Alsens wurde einem späteren Angriffe vorbehalten, dagegen Jütland, unter Führung General Vogel v. Falckensteins, des bisherigen Stabschefs bei Wrangel, an dessen Stelle Moltke nun selbst die Leitung des Generalstabes übernahm, alsbald widerstandslos bis zum Lijmfjord besetzt, hinter den der dänische General Hagermann-Lindencrone seine Minderzahl zu-

rückzog. In Kopenhagen hatte man nach dem furchtbaren Schlage bei Düppel die Behauptung des Festlandes bis auf Nordjütland überhaupt aufgegeben und beschlossen, die noch übrigen Streitkräfte zur Deckung der Inseln, zunächst Fünens und Alsens, zu verwenden. Deshalb wurde in der Nacht vom 28. April Friedericia geräumt und dessen Besatzung nach Fünen geschafft. Moltke drängte die Österreicher, die einzige zur Hand befindliche Truppe, sofort auf dem schwach besetzten Fünen zu landen und dadurch dem dänischen Widerstand ein Ende zu machen. Aber die lebhafte Bereitwilligkeit des General Gablenz zu diesem Handstreiche wurde auch diesmal, wie seiner Zeit der erste Vormarsch nach Jütland, gelähmt durch ernste Zweifel, ob dieser Zug nicht den politischen Ansichten seiner Regierung durchaus widerspräche. Deshalb mußte leider der Angriff unterbleiben.

Es kann nicht behauptet werden, daß die Siege über Dänemark die hadernden deutschen Parteien mit Bismarcks Politik versöhnt hätten. Trotz des bei Düppel geflossenen Blutes und trotz des in Schleswig verpfändeten Königswortes, blickten die liberalen Parteien Preußens und Deutschlands immer noch mit tiefem Mißtrauen auf die preußische Politik und waren sicher, daß ein von Bismarck geleitetes Deutschland der Untergang aller Freiheit sei. Selbst in Preußen erweckten die Siege bei den gesinnungstreuen Parteimännern der Opposition den begründeten Argwohn, daß durch die glänzende Bewährung der Heeresreform und der längeren deutschen Dienstzeit in diesen Kämpfen gegen das minder geschulte dänische Heer die Aussicht auf eine Aenderung des preußischen Heerwesens sich wesentlich verringere. Das war ärgerlich und die Besorgnisse vor einer nun dreist hereinbrechenden Reaktion schienen nicht unbegründet, da die Kreuzzeitungspartei jetzt geräuschvoll von einem Sturm auf das „innere Düppel" redete. Im Auslande dagegen zeigte sich auch diesmal der kriegerische Erfolg als bester und wirksamster Anwalt der deutschen Sache. Der französische Militärbevollmächtigte und der engliche Korrespondent der Times im deutschen Lager, bald darauf auch König Leopold von Belgien

bei einem Besuche in London, sprachen sich übereinstimmend dahin aus: daß es unmöglich sei, die Herzogtümer bei Dänemark zu erhalten, nicht einmal in einer bloßen Personalunion. In weiten Kreisen des englischen Volkes und Unterhauses brach sich die Überzeugung Bahn, daß es unenglisch, unklug und ungerecht sei, die Partei der dänischen Unterdrücker zu ergreifen und den Herzogtümern die Thronfolge des Londoner Vertrags aufzuzwingen. Ebendahin führte den Kaiser Napoleon sein Grundsatz von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. So war auch im Ausland der Boden der Konferenz in einem für Deutschland vorteilhaften Sinne vorbereitet.

Des französischen Wohlwollens hatte sich aber Bismarck noch durch besondere geheime Verhandlungen versichert. Rechberg hatte nämlich den Antrag Napoleons vom 20. März, eine Volksabstimmung in Schleswig über die Zugehörigkeit zu Dänemark oder Deutschland entscheiden zu lassen, schroff zurückgewiesen. Bismarck dagegen sprach am 7. April seine Freude über diese Anregung aus, welche die Völker nicht mehr, wie auf früheren Kongressen, zu Tauschobjekten mache, wies aber darauf hin, daß auch das bestehende Staatsrecht, die völkerrechtlichen Verträge und die Ansichten der beteiligten Mächte Berücksichtigung erforderten. Darauf schlug der französische Minister Drouyn de l'Huys dem preußischen Botschafter am 9. April in vertraulicher Besprechung vor, Preußen möge die Herzogtümer — Schleswig bis zur Linie Schlei-Husum, nach dort veranstalteter Volksabstimmung — annektieren. Frankreich werde dem Anspruch, ohne jede Landabtretung, auf der Konferenz Beistand leisten. Am 14. April antwortete Bismarck, nach eingehenden Beratungen mit dem Könige, in einem Erlaß an Goltz im Ganzen zustimmend. Notwendig sei eine weitere Verschiebung des Kanals oder der Grenze nach Norden. Preußen würde sich auch den Augustenburger gefallen lassen, aber zu seinen Gunsten keinen europäischen Krieg führen. Jedenfalls werde Preußen an der Befragung der Bevölkerung und am Kanal festhalten. Doch sei nicht ratsam, die Bevölkerung schon jetzt zur Abstimmung zu rufen. Denn jetzt werde sie für Augustenburg und gegen jede Teilung, also nicht

im Sinne Napoleons stimmen. Deshalb werde Preußen auf der Konferenz zunächst die bisherige Forderung der Personalunion mit der Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung und Kiels zum Bundeshafen beantragen. Das werde Dänemark ablehnen und lieber Holstein und einen Teil Schleswigs abtreten. Dann müsse sich die Bevölkerung in eine Teilung schicken. Der Annexion an Preußen werde die Bevölkerung erst dann zustimmen, wenn ihr nur preußisch oder dänisch zur Wahl stehe. Die preußischen Aussichten würden aber durch einen Aufschub dieser Entscheidung, bei fortdauernder Besetzung des Landes, nur besser werden. Diese Eröffnungen nahm der französische Minister ungnädig auf, zumal da, auf ausdrücklichen Befehl des Königs, Bismarck nachträglich noch an Goltz meldete, kein einziger deutscher Bezirk dürfe wieder an Dänemark herausgegeben werden, alles Land mindestens bis Apenrade sei für Deutschland zu behaupten. Erheblich freundlicher als sein Minister zeigte sich dagegen der Kaiser selbst. Schon zu dem Siege von Düppel hatte er den König herzlich beglückwünscht. Jetzt erklärte er dem Botschafter: ihm sei das Nationalitätsprinzip und die Abstimmung der Bevölkerung die Hauptsache; er werde auch die weiteren preußischen Wünsche unterstützen, wenn Preußen die Linie Schlei-Husum für den schlimmsten Fall annehme. Auch mit Bismarcks taktischem Vorgehen auf der Konferenz erklärte er sich einverstanden, da er sicher war, daß die Personalunion, „dieses mittelalterliche Bastardprojekt", sofort allseitig abgelehnt werden würde. Mit Mühe erwirkte Bismarck die Zustimmung des Königs zu diesem Vorschlage, sich im Notfall mit der Schleilinie zu begnügen. Aber Goltz mußte dem Kaiser die verzweifelte Stimmung der Nordschleswiger im Falle ihrer Unterwerfung unter Dänemark nochmals ans Herz legen und unbedingt verlangen, daß sie ihr Schicksal durch eigene freie Abstimmung entscheiden dürften. „Dadurch wird allerdings die Kandidatur Augustenburg mehr in den Vordergrund gerückt", schrieb Bismarck; „wir sind ihr aber nicht entgegen, wenn sich damit für die deutsche Sache annehmbare Bedingungen erreichen lassen." Mit diesen streng geheimen

Abreden traten Preußen und Frankreich in stillem gemeinsamem Einverständnis in die Londoner Konferenz ein.

Diese wurde am 25. April eröffnet, nachdem Bismarck zuvor noch dem österreichischen Abgesandten v. Biegeleben auf seiner Reise nach London in Berlin eine Menge wichtiger Forderungen bezüglich der Rechtsgarantien zu Gunsten der Herzogtümer für den Fall mitgegeben hatte, daß die Personalunion angenommen würde. Die Stimmung und Zusammensetzung dieser Konferenz war im allgemeinen den deutschen Ansprüchen wenig günstig, und daher das für den Notfall gesicherte Wohlwollen Frankreichs von doppeltem Werte. Keiner der Neutralen hätte natürlich etwa für die schönen Augen Dänemarks mit Deutschland Krieg anfangen wollen. Aber sie alle gedachten doch, Dänemark wenigst möglich zu nehmen und Deutschland möglichst wenig zu geben. Selbst der französische Vertreter, Latour d'Auvergne, zeigte sich viel weniger Preußen geneigt als sein Gebieter. Rußland hatte den Baron Brunnow gesandt, der 1852 mit Lord Palmerston das unselige Londoner Protokoll erzeugt hatte. England war außer durch den ewig beweglichen und daher selten zuverlässigen Lord Russell durch den Deutschenfeind Lord Clarendon vertreten. Der Schwede Graf Wachtmeister war natürlich als treuester Wortführer Dänemarks hier erschienen. Dänemark selbst hatte dem maßvolleren Quaade zwei heißblütige Eiderdänen, Baron Bille und Konferenzrat Krieger, als Beobachter beigegeben. Die Österreicher Graf Apponyi und v. Biegeleben waren immer bereit, sich vor dem dänenfreundlichen England zu fürchten. Von den Preußen endlich war Graf Bernstorff — wir kennen ihn aus der Zeit der neuen Ära — nur mäßig begabt, Herr v. Balan dagegen der sachverständigste Diplomat unter allen. Was wäre bei solchen Verhältnissen unter anderer Leitung für Preußen herausgekommen, etwa 1854 oder — 1894 unter Caprivi? Und wie endete diese Konferenz, da Bismarck die preußische Politik in der Hand hielt!

Gleich am ersten Tage, am 25. April, beantragten die Neutralen Waffenstillstand. Die Deutschen erklärten sich bereit, hierüber Instruktionen einzuholen, stellten aber die Bedingung, daß selbst-

verständlich dann die Feindseligkeiten auch zu Wasser, einschließlich der dänischen Blokade, aufhören müßten. Der Widerspruch der Dänen gegen diese Forderung fand seltsamerweise auch bei dem „neutralen“ Lord Clarendon Unterstützung, welcher die Blokade einer anderen als der englischen Küste nicht für eine „aktive Feindseligkeit“ erklärte. England seinerseits dagegen hielt in eben diesen Tagen schon das Vorbeisegeln von drei österreichischen Kriegsschiffen an der englischen Küste, die unter Kapitän Tegethoff der bedrängten deutschen Ostseeschiffahrt beistehen wollten, für eine tötliche Beleidigung der großen englischen Nation, und Lord Palmerston drohte sogar laut mit Krieg, so daß Rechberg angsterfüllt das Versprechen gab, die drei Schiffe, 2 Fregatten und 1 Kanonenboot, nur in die Nordsee einlaufen zu lassen. Aber tiefer wagte er sich doch nicht zu demütigen. Namentlich bequemte er sich Bismarcks Ausspruch an: die Fortdauer der Blokade während des Waffenstillstandes sei für Deutschland unerträglich und ehrenrührig; auf jede Gefahr hin weise Preußen sie zurück. Dagegen sei Preußen bereit, als Gegenleistung für Aufhebung der Blokade die Unterlassung weiterer Kriegskontributionen in Jütland, bare Bezahlung für die Verpflegung der dort stehenden deutschen Truppen und freie Wirksamkeit der dortigen dänischen Civilverwaltung zu bieten. Diese Erklärung wurde von den deutschen Mächten in der nächsten Sitzung der Konferenz am 4. Mai abgegeben und nach mannigfachen Zwischenvorschlägen in der Sitzung vom 9. Mai von Dänemark angenommen. Alsdann stellte man durch einstimmigen Beschluß fest, daß die Waffenruhe, unter Aufhebung der Blokade, am 12. Mai beginnen und einen Monat lang dauern solle. Keine der kriegführenden Mächte durfte unterdessen ihre militärische Stellung verstärken.

Ehe aber diese Waffenruhe eintrat, fand in den Stunden, da sie zu London beschlossen wurde, am 9. Mai ein rühmliches Seegefecht der zwei österreichischen Fregatten gegen drei dänische Kriegsschiffe östlich von Helgoland statt. Tegethoff schlug sich so wacker, daß sein Kaiser ihn sofort zum Kontreadmiral ernannte, und mächtiger Jubel durchbrauste Deutschland. Überall regten sich auch

Massenversammlungen und Beschlüsse für das heilige Recht der Herzogtümer und des Augustenburgers. In denselben Tagen aber fand in Schleswig-Holstein auch eine Adresse an den König von Preußen zahlreiche Unterschriften, welche um Einverleibung der Herzogtümer in Preußen bat. Am 11. Mai setzte auch Graf Arnim-Boitzenburg, der frühere Minister und in Aachen einst Bismarcks Vorgesetzter, eine Adresse an den König in Umlauf, welche nach wenigen Tagen schon 30 000 Unterschriften zählte und die vollständige Trennung der Herzogtümer von Dänemark verlangte, entweder als selbständigen Staat unter Preußens Schutz, oder als Teil des preußischen Staates selbst.*) Der König beantwortete die Adresse am 23. Mai huldvoll,**) Bismarck äußerte in einem an einen ungenannten Gegner dieser Adresse gerichteten Briefe unterm 16. Mai über dieselbe, daß sie mit nützlichem Drucke in die diplomatische Lage eingreife. Er schrieb dann weiter: „Ich kann mich darin allerdings täuschen; denn je länger ich in der Politik arbeite, desto geringer wird mein Glaube an menschliches Rechnen. Die augenblickliche Lage ist aber so geartet, daß es mir zweckdienlich erscheint, gegen das Dänentum auf der Konferenz alle Hunde loszulassen, welche bellen wollen; das gesamte Geläut der Meute wirkt dahin zusammen, daß die Unterwerfung der Herzogtümer unter Dänemark den Ausländern unmöglich erscheint, und daß letztere genötigt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen kann. Ich rechne in der letzteren Beziehung zu diesen Ausländern auch die Holsteiner nebst dem Augustenburger und allen ewig Ungedeelten bis zur Königsau. Die Herzogtümer haben sich bisher an die Rolle des Geburtstagskindes in der deutschen Familie und an den Gedanken gewöhnt, daß wir uns auf dem Altar ihrer Partikularinteressen willig zu opfern und für jeden einzelnen Deutschen im Norden von Schleswig die Existenz Preußens einzusetzen haben. Diesem Schwindel namentlich wird die Adresse

*) Wortlaut bei Hahn, I. S. 229,30.
**) Wortlaut ebenda, S. 230,31.

entgegenwirken. Sie sehen daraus, wie ich nach Menschenwitz die Sache auffasse; im übrigen steigert sich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem Vertrauen, daß der Herr auch unsere Irrtümer zu unserem Besten zu wenden weiß; das erfahre ich täglich zu heilsamer Demütigung. Zur Beleuchtung der Lage erwähne ich noch schließlich, daß mir die preußische Annexion nicht der oberste und notwendigste Zweck ist, wohl aber das angenehmste Ergebnis."

Jene Stelle dieses Briefes: „Das Ausland werde genötigt, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihm nicht bieten könne", bezog sich auf die neuesten Vorgänge in der Londoner Konferenz. Hier hatte in der Sitzung vom 12. Mai Graf Bernstorff namens aller deutschen Mächte erklärt: nachdem die Verträge von 1852 hinfällig geworden, sei Deutschland zur Erwägung jeder neuen Kombination bereit, welche zu einem festen und dauernden Frieden führen könne, ohne wohlerworbene Rechte zu verletzen. Darauf beschloß die Konferenz, in der nächsten Sitzung am 17. Mai zu vernehmen, welches neue System die deutschen Mächte nun vorschlagen würden. Dieses „neue System" oder Programm zu erfinden, nachdem das Experiment von 1852 so kläglich ausgefallen, habe Deutschland nicht nötig, meinte Bismarck. Aber am 13. Mai berichtete Bernstorff, der englische Minister habe ihm vertraulich erklärt: nun habe er (Russell) selbst die volle Überzeugung erlangt, daß die Deutschen und Dänen unmöglich in einem Staatswesen zusammengehalten werden könnten; er werde daher ihre vollständige Trennung und die Teilung Schleswigs nach der Abkunft der Bewohner im englischen Ministerrate beantragen. Damit war der dänischen Personalunion von ihrem mächtigsten Verteidiger, von England selbst, das Todesurteil gesprochen. Darauf erklärte Bismarck in einem Erlaß an Bernstorff vom 15. Mai: „Nach allen diesen Vorgängen kann die Regierung sich in keiner Weise mehr an die Verpflichtungen gebunden erachten, welche sie am 8. Mai 1852 unter anderen Voraussetzungen eingegangen war; sie erachtet sich danach als vollkommen berechtigt, jede anderweite Kombination,

ganz unabhängig von diesem Vertrag, zu erörtern." Und noch am nämlichen Tage telegraphierte er an Bernstorff: „Der König befiehlt mir, Ihnen mitzuteilen, daß die gänzliche Trennung der beiden Nationalitäten in der That unser Ziel ist, unter Vorbehalt der dynastischen Frage, die für uns nur sekundäre Bedeutung hat; um jedoch dieses Ziel zu erreichen, ohne gegen Österreich wortbrüchig zu werden, müssen wir zuerst den Plan der Personalunion durchmachen, so zwar, daß derselbe nicht zur Annahme gelangt, aber auch nicht offenbar an unserer Opposition scheitert. Sobald er als unausführbar erkannt ist, werden wir Österreichs Zustimmung zu der in Ihrem Gespräche mit Lord John entwickelten Kombination zu erlangen suchen. Zunächst werden wir Österreich einladen, in der Sitzung vom 17. mit uns die politische Autonomie und Unabhängigkeit der Herzogtümer bis zur Königsau zu begehren." Graf Rechberg erklärte sich mit diesem Verfahren sofort vollständig einverstanden. Unter „Autonomie und Unabhängigkeit der Herzogtümer" verstand er natürlich die Personalunion mit Dänemarck.

Am 17. Mai verlas Bernstorff, unter großer Spannung der Gesandten, die deutsche Erklärung: ein Friede könne nur Dauer haben, wenn er den Herzogtümern feste Garantien gegen fremde Unterdrückung und Deutschland feste Garantien gegen zeitweilige Wiederkehr der jetzigen Konflikte gebe. Diese Garantien seien nur zu finden in der vollständigen politischen Unabhängigkeit der durch gemeinsame Institutionen verbundenen Herzogtümer. Nach dieser Erklärung fragten alle erstaunt: „Soll damit die Personalunion oder die Abtretung der Herzogtümer beantragt werden?" „Welcher Art soll die Union der Herzogtümer sein?" — „In welcher Weise sollen sie mit der dänischen Krone verbunden bleiben?" fragte insbesondere Quaade. — „Ihre Union soll eine vollständige sein," erwiderte Bernstorff; „zunächst wäre dann ihr rechtmäßiger Souverän zu ermitteln." Die Antwort machte die Sache fast noch rätselhafter. Warum sagte Deutschland nicht, was es wollte, wie es sich das „neue System" oder „Programm" denke. Hörte etwa an diesem Punkte die Eintracht der deutschen Mächte auf? Als

ein Strahl lichter Erkenntnis flog diese Mutmaßung durch die Neutralen, und sofort verfielen sie wieder auf die ungebührlichsten Zumutungen an Deutschland, indem sie die bindende Kraft der Verträge von 1852 behaupteten. Dabei wuchs natürlich den Dänen wieder Mut und Verblendung, und plötzlich erklärte Quaade: „Bernstorffs Antrag entfernt sich so weit von dem dänischen Standpunkt, daß wir denselben nicht einmal zum Bericht an unsere Regierung nehmen können. Wir müssen den Antrag zurückweisen, auch wenn die Thronfolge in den Herzogtümern dem König Christian zugedacht würde.“ Damit war die Personalunion für immer verworfen, noch ehe sie genannt und vorgeschlagen war. Darauf vertagte sich die Konferenz bis zum 28. Mai. Am 18. schon teilte Lord Russell dem preußischen Botschafter mit: Der Ministerrat habe einstimmig die Teilung Schleswigs nach den Nationalitäten als einzigen noch möglichen Ausweg erkannt und werde das in der nächsten Sitzung beantragen.

Nach der endgültigen Ablehnung der Personalunion durch Dänemark selbst war Bismarck genötigt, auch für das Zusammengehen mit Österreich nach einem neuen „System“, einer neuen Grundlage zu suchen. Diese wurde in eingehender Beratung mit dem Könige festgestellt und darauf in einem Erlasse Bismarcks an Werther nach Wien vom 21. Mai also dargelegt: Die deutschen Mächte dürften ehrenhalber und mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht zurückweichen, nachdem Dänemark die Personalunion schroff verworfen habe. Nun könne man bloß die gänzliche Lostrennung beider Herzogtümer bis zur Königsau von Dänemark fordern. Würden die neutralen Mächte einen Teil von Nordschleswig abhandeln wollen, so könne man darauf eingehen, wenn dadurch Klagen über gegenseitige Bedrückungen für immer ausgeschlossen würden. Die Frage, wer künftig die Herzogtümer beherrschen solle, könne auf der Konferenz einstweilen unausgetragen bleiben. Mit Wien aber sei Preußen bereit, sich schon jetzt zu verständigen. Als obersten Grundsatz werde auch Graf Rechberg anerkennen: „daß für beide Mächte ein Erfolg Bedürfnis ist, der

beweist, daß die deutschen Interessen in vollem Umfang bewahrt werden, sobald die auswärtige Politik des Bundes von den geeinigten beiden Großmächten geleitet wird." Dann wandte sich Bismarck der dynastischen Frage zu, indem er ausführte: „Nach Beseitigung Christians IX. ist die Erbfolge Augustenburgs ohne Zweifel diejenige, die sich nach Lage der Dinge am leichtesten und ohne Gefahr europäischer Verwickelungen verwirklichen läßt. Es würde dabei kein Widerspruch von Seiten der Herzogtümer zu befürchten sein, und jede Annäherung an die allgemeine Volksabstimmung vermieden werden können. Wir sind deshalb nicht abgeneigt, uns für dieselbe zu erklären, wenn wir dabei auf Zustimmung der kaiserl. Regierung hoffen dürfen." Dabei müßte der Prinz freilich „Bürgschaften für ein wirklich konservatives Regiment" geben, „sich völlig von seiner bisherigen Umgebung trennen und seine Sache ganz in Österreichs und Preußens Hände legen, sich von der Verfassung von 1848 losmachen und die alte landständische Verfassung unter angemessenen Änderungen zur Grundlage seiner Stellung nehmen . . ." „Wir beabsichtigen aber auch nicht," hieß es weiter, „andere Kombinationen, falls das Wiener Kabinett ihnen zuneigen sollte, auszuschließen." Der Großherzog von Oldenburg erhebe eigene Ansprüche, die er jedoch erst nach Zustimmung Österreichs geltend machen werde. Auch könne in Wien nicht verborgen sein, daß weite Kreise in den Herzogtümern und in Preußen selbst die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen für die einfachste und sicherste Lösung erklären. „Der König würde aber die Verwirklichung solcher Gedanken immer nur in vollem Einverständnisse mit seinem kaiserlichen Bundesgenossen anstreben."

Bei jedem Worte, das hier geschrieben wurde, war es Bismarck völlig ernst. In den Vordergrund stellte er das nationale Bedürfnis, die Herzogtümer von Dänemark zu befreien, aber im Zusammenwirken mit Österreich; nicht minder wollte er die „dynastische Frage" nur im Einverständnis mit Österreich lösen. Auch mit diesem Bündnis war es ihm völliger Ernst. So oft er auch Österreich als Gesandter und Minister scharf bekämpft hatte, immer

geschah es doch nur deshalb, weil die österreichische Politik Preußen als Untergebenen statt als brüderlichen Genossen zu behandeln versuchte und damit sich der Einsicht verschloß, die Bismarck zeit seines Lebens unentwegt festhielt, daß die beiden deutschen Großmächte die natürlichsten Bundesgenossen der Welt seien. Deshalb wurde auch jetzt in vollem Ernste in Wien angeboten, die dynastische Frage nur gemeinsam mit Österreich zu entscheiden. Augustenburg, Oldenburg, die preußische Annexion, wurden als mögliche Lösungen der österreichischen Regierung zur Wahl gestellt, die Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg sogar als das bequemste und einfachste bezeichnet. Freilich sollte der Prinz „seine Sache ganz in Österreichs und Preußens Hände legen." Keine Frage aber, daß letzteres bei der Regelung der Zukunft der Herzogtümer in seinen Interessen viel unmittelbarer berührt war, als ersteres. Der beste Freund des Erbprinzen, der preußische Kronprinz, sogar hatte und zwar schon am 26. Februar, erklärt, der Augustenburger müsse unbedingt eine Militär- und Marinekonvention mit Preußen schließen, Rendsburg zur Bundesfestung und Kiel zur preußischen Marinestation machen. Zwei Tage vor Absendung der Depesche an Werther, am 19. Mai, hatte dann Bismarck auch mit dem Vertrauten des Kronprinzen, Max Duncker, die Ziele der preußischen Politik in den Herzogtümern und die preußischen Bedingungen für die Einsetzung des Augustenburgers an der Hand der Denkschrift des Kronprinzen erörtert, und auf Grund der letzteren, wenn auch noch etwas über sie hinausgehend, die Überlassung gewisser Hafengebiete für die preußische Marine und die Vermittelung des Kronprinzen bei dem Augustenburger, um diesen zur Bewilligung konservativer Garantien zu veranlassen, für unumgänglich erklärt. „Schleswig-Holstein darf kein zweites Gotha werden," meinte Bismarck gegen Duncker und fügte hinzu: „Wir können die Annexion machen, wenn wir sie machen wollen." Er bewies dies alsdann im einzelnen an der Stimmung Österreichs, Bayerns und Württembergs, Sachsens, Frankreichs, Englands, Rußlands. „Wir können annektieren", hatte Bismarck seine Erörterungen mit dem Vertrauten des Kronprinzen ge-

schlossen, „wir wollen es aber nicht, sobald der Herzog uns Bürgschaften für eine konservative Regierung gibt.“

Namentlich Österreichs Abneigung gegen den Augustenburger und Österreichs scharfe Bestreitung jedes Thronfolgerechtes des Prinzen war bisher so klar und schroff zum Ausdruck gekommen, daß Bismarck gegen Max Duncker am 19. Mai gewiß seine volle Überzeugung aussprach, als er sagte: „Österreich sieht die Herzogtümer lieber in unseren Händen, als in denen des Herzogs Friedrich.“ Aber der Erlaß Bismarcks vom 21. Mai sollte in diesen Annahmen eine gründliche Wandlung schaffen. Am Schlusse derselben hatte Bismarck, wie mitgeteilt, zum erstenmal gegen Österreich selbst diese Möglichkeit einer Einverleibung der Herzogtümer in Preußen, allerdings ganz platonisch, ganz bundestreu, nur im Einverständnis mit Österreich, gestreift. Aber sofort war man in Wien entschlossen, ihm dieses Einverständnis zu versagen, sofort ward klar, daß man dort hundertmal lieber den Augustenburger als Herrn der Herzogtümer haben wollte, denn Preußen. Mit solcher Schwenkung zu Gunsten des Augustenburgers gewann Österreich außerdem die Herzen des ganzen „dritten“ und „liberalen“ Deutschlands. Bismarck selbst hatte ja, so sagte man sich in Wien, in seiner Denkschrift vom 21. Mai den Augustenburger als den bequemsten Kandidaten bei der Londoner Konferenz empfohlen. Unverzüglich also erklärte sich Rechberg am 24. Mai damit einverstanden. Am 24. schrieb er an die österreichischen Gesandten nach Berlin und London: „Die deutschen Mächte sollten durch das Recht des Siegers ergänzen, was etwa den Rechtsansprüchen des Herzogs von Augustenburg fehlen möchte. Damit beginnt ein neuer Zeitabschnitt unserer Politik.“

In der That ein neuer, für Österreich verhängnisvoller Abschnitt! Denn damit war mit Herz und Sinn der preußischen Bundesgenossenschaft der Rücken gekehrt und der Weg angetreten, der nach — Königgrätz führte. Man hatte dem fremden Dänemark gegenüber den Erbprinzen für unberechtigt erklärt, dachte ihm aber nun auf den Thron zu helfen — gegen das verbündete Preußen und mit dem durch preußisches Blut erkauften Rechtstitel des Siegers.

Man hatte bisher mit Preußen gegen die Mittelstaaten Front gemacht; jetzt wollte man umgekehrt mit dem „dritten Deutschland" gegen Preußen gehen. Den Umschwung der Wiener Politik sprach der alte Preußenfeind Schmerling, der Leiter des österreichischen Preßbureaus, in triumphierenden offiziösen Artikeln aus. Die Erhebung des Augustenburgers durch Preußens Mitwirkung wurde dabei frischweg als bereits feststehend gedacht, zugleich aber auch versichert, daß Österreich dem neuen Herzog kein Titelchen seiner Souveränität werde verkümmern lassen, und dann werde Österreich sofort auf das herrliche Vorhaben der deutschen Bundesreform zurückkommen, dem Preußen sich diesmal ungestraft nicht würde entziehen können.

Bismarck war über diese feindselige Behandlung seiner Denkschrift in Wien mit Recht erzürnt. Aber Österreich gegenüber beschloß er vorerst von der Zukunft zu schweigen. Mit vollem Nachdruck griff er dagegen ein, als Herr v. Beust die neue Wendung in Wien gleich dazu benutzen wollte, um die Anerkennung Augustenburgs beim Bunde binnen einer Woche durchzusetzen. Bismarck erklärte ihm sowohl als dem Grafen Apponyi, daß Preußen einen solchen Antrag auf das entschiedenste bekämpfen werde, da man die Vertreter der Konferenz schwer beleidige, wenn man den Bund eine der Hauptfragen vorweg entscheiden lasse. Rechberg mußte dem zustimmen. Gleichzeitig gab Bismarck dem Grafen Bernstorff in einem Telegramm vorsichtig Aufklärung über die verschiedene Haltung Preußens und Österreichs bezüglich der Einsetzung des Augustenburgers: Österreich suche die Kandidatur Augustenburg unwiderruflich feststellen zu lassen, um dadurch die besonderen preußischen Forderungen zu erschweren. Preußen sei nicht in der Lage, sich das gefallen zu lassen; die dynastische Frage sei mit Rücksicht auf die preußischen Interessen zu behandeln, daher seien auch andere Möglichkeiten nicht eher auszuschließen, als bis man aus den Verhandlungen mit Augustenburg wisse, welche Stellung er sich und seinem Lande künftig zu Preußen geben wolle. Nehme die Konferenz an der Person des Erbprinzen größeren Anstoß als an dem

Grundsatz der Teilung Schleswigs, so solle Bernstorff die Person fallen lassen. Dieser Weisung entsprechend, faßten die beiden preußischen Vertreter ihren Antrag sehr vorsichtig ab, so daß aus demselben nicht etwa eine preußische Anerkennung des Augustenburgers gefolgert, sondern seine Einsetzung nur wegen ihrer leichteren Ausführbarkeit und mit Rücksicht auf die Volksstimmung der Herzogtümer und die Ansicht des Bundestages vorgeschlagen wurde. Denn auch die Österreicher und Beust mußten dieser Fassung unbedenklich beitreten können. Die sehr geschickte Fassung des Antrages lautete: „Die deutschen Mächte begehren die Konstituierung Schleswig-Holsteins als eines selbständigen Staates unter der Souveränität des Erbprinzen von Augustenburg, da dieser nicht bloß in den Augen Deutschlands die meisten Rechtsansprüche auf die dortige Thronfolge besitzt, so daß seine Anerkennung durch den Bundestag gesichert ist, sondern auch die Stimmen der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung ohne Zweifel für sich hat."

Diesen Antrag verlas Bernstorff als Forderung aller deutschen Vertreter. Die sittliche Entrüstung, die nun die Vertreter Rußlands, Schwedens und Dänemarks hören ließen, können wir uns schenken. Kurz, für den Antrag stimmten überhaupt nur die deutschen Vertreter, und damit war die Erhebung Augustenburgs gegen alle übrigen Stimmen abgelehnt. Dagegen traten alle neutralen Mächte, auch Frankreich, dem Vorschlage Englands bei: Schleswig zu teilen, und zwar so, daß das Land nördlich der Schlei und des Danewerks bei Dänemark bleibe. Auf dem deutschen Anteil sollten weder Festungen noch befestigte Häfen angelegt und über das künftige Schicksal desselben (also über die dynastische Frage) nicht ohne Zustimmung der Bevölkerung verfügt werden. Deutschland sollte auf jede weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten Dänemarks verzichten, also die deutschen Bewohner Nordschleswigs ihrem Unterdrücker erbarmungslos überlassen. Endlich sollten alle Großmächte dem Dänenkönig auch noch seinen neuen Besitzstand gewährleisten. Das war der Vorschlag des „neutralen" England, dem alle anderen Neutralen mit lautem Beifall zustimmten. Bernstorff ver-

wahrte sich einstweilen gegen die ungünstige Teilungslinie und die ehrenrührige Zumutung des Verbotes deutscher Festungsanlagen in Südschleswig. Die Dänen äußerten sich gar nicht. Dann wurde die Sitzung auf den 2. Juni vertagt, damit die streitenden Parteien inzwischen Instruktionen über den Vorschlag der Neutralen einholen könnten.

Die vertraulichen Zwischenverhandlungen der Gesandten bis zum 2. Juni können wir übergehen. Ein Ereignis dieser Tage verdient jedoch Erwähnung: Rußland machte nämlich plötzlich die Anzeige, daß es seine Ansprüche auf die Herzogtümer an den Großherzog von Oldenburg abgetreten habe. In der Sitzung vom 2. Juni forderten die Dänen fünf Sechstel von Schleswig für sich, nämlich das ganze Land nördlich der Linie Eckernförde-Friedrichstadt. Die Deutschen zeigten sich auch hier wieder nachgiebig, indem sie statt der in den Zwischenverhandlungen zu Ende Mai geforderten Linie Apenrade-Tondern sich bereit erklärten, ihrer Regierung die Linie Flensburg-Tondern zu empfehlen. Sogleich aber bezeichneten die Dänen das als völlig unannehmbar. Nur eine Verlängerung der Waffenruhe bis zum 26. Juni bewilligten sie in Gnaden dem siegreichen Gegner. Länger wollten sie aber die für Kaperei und Blokade günstige Sommerzeit sich nicht nehmen lassen. Das war alles, was in den Konferenzsitzungen vom 2. und 6. Juni herauskam. Für Roons heißen Eifer und stolzen vaterländischen Sinn war schon die Verlängerung der Waffenruhe widerwärtig und die Aussicht auf einen „faulen Frieden" unerträglich. In einer Denkschrift an Bismarck, welche als ein treuer Ausdruck der damaligen Stimmung des preußischen Heeres gelten kann, machte er seinem gepreßten Herzen vom 29. Mai Luft.*) Bismarck antwortete nicht. Im Herzen war er ja eines Sinnes mit dem Freunde und weder willens noch fähig, einen „faulen Frieden" zu schließen. Aber über die Mittel und Wege zum Ziele durfte er sich von keiner Ungeduld eines heißblütigen Patrioten Vorschriften machen lassen. Schritt für Schritt mußte in vollster Ruhe und Sicherheit gethan werden.

*) Roons Denkwürdigkeiten, II, 186/88.

Da begann Bismarck denn zunächst am 1. Juni die persönliche Verhandlung mit dem in Berlin anwesenden Augustenburger. In der Hauptsache wurden die Punkte besprochen, welche die Denkschrift des Kronprinzen aufgestellt hatte. Schon die Antwort, die Prinz Friedrich hierauf gab, überzeugte den preußischen Minister, daß der junge Herr bereits von der österreichischen Parteinahme für ihn Kenntnis habe und sich im Vertrauen auf den Antrag seiner Einsetzung, den die deutschen Mächte am 28. Mai in London gestellt hatten, schon als souveräner Herzog von Schleswig-Holstein betrachte. Der Prinz erklärte kurzweg: ohne Zustimmung seiner Landstände könne er sich zu keiner Landabtretung und zu keiner Beschränkung seiner Souveränität bequemen. Eine Militärkonvention nach dem Muster derjenigen von Koburg-Gotha, die das Landesheer einfach Preußen unterstelle, werde er nicht schließen. Man möge, statt ihn in Paragraphen einzuschnüren, sein Herz zu gewinnen suchen. „Wir hofften, durch die Vertreibung der Dänen Ihr Herz bereits gewonnen zu haben", entgegnete Bismarck. „O, die Herzogtümer haben Preußen nicht berufen", rief der Prinz lebhaft, um Bismarck diese gute Meinung zu benehmen und die Dankespflicht des Hauses Augustenburg herab zu mindern, „ohne Preußen würde der Bund ihre Befreiung leichter und ohne lästige Bedingungen bewirkt haben." Darauf konnte Bismarck kurz erwidern, daß die hannoverschen Bundestruppen vor Aufstellung der preußischen Reserven, aus Furcht vor der dänischen Übermacht, überhaupt nicht über die Elbe zu bringen waren. Dann aber folgte die Andeutung: Preußens Eifer für die Sache des Prinzen könne sich wohl auch nach dem Maße des Entgegenkommens Sr. Durchlaucht richten. Darauf entgegnete der Prinz sicher: „In dieser Beziehung hege ich keine Besorgnisse; die Sache ist schon zu weit gediehen, um noch rückgängig gemacht werden zu können." Da auch die Verhandlungen des Kronprinzen in den nächsten Tagen den Prinzen nicht gefügiger machten, schrieb Bismarck an Goltz nach Paris: „Nachdem ich mit dem Erbprinzen verhandelt, kann ich im preußischen Interesse nur wünschen, daß unter annehmbarer Regelung

der Grenze die dynastische Frage einstweilen offen bleibt." Bernstorff erhielt die Weisung: „Nach eingehender Verhandlung mit dem Erbprinzen scheint mir im preußischen Interesse geboten, die Kandidatur desselben für jetzt nicht weiter zu fördern, und wenn Einwendungen laut werden, zu erklären, daß der dynastische Teil unseres Programms nicht die Hauptsache desselben ist."

In Petersburg und Wien aber erklärte sich Bismarck gleichzeitig in Erlassen an die dortigen preußischen Vertreter lebhaft für die neue Oldenburger Kandidatur. In Wien namentlich stellte er vor, daß dieser Bewerber den Beistand Rußlands für sich habe, die Westmächte ihm schwerlich abgeneigt seien, er also den Erfolg der deutschen Mächte verbürge; außerdem aber auch eine günstige Grenzlinie. Denn da er beide Herzogtümer ganz beanspruche, so würde nicht Dänemark an ihn, sondern er an Dänemark Land abtreten. Übrigens habe Preußen die Ansprüche des Augustenburgers nur neben denen Oldenburgs und der preußischen Annexion erwähnt und erachte diesen Vorschlag durch dessen Zurückweisung auf der Konferenz für abgethan. Ärgerlich erwiderte darauf Rechberg kurz: Die deutschen Mächte würden ihre Lage in London nicht verbessern, wenn sie gleich wieder ihre Stellung wechseln wollten. Als ob diese Lage dort je übel gewesen wäre. Wie das dänenfreundlich-„neutrale" England hierüber dachte, werden wir alsbald hören.

Recht erfreulich für Bismarck war dagegen die eingehende Unterredung, die er am 10. Juni mit dem Zaren Alexander in Berlin bei dessen Durchreise nach Kissingen hatte, da sie fast überall Übereinstimmung der Ansichten ergab. Der Kaiser war sehr befriedigt über die rasche und warme Anerkennung der Ansprüche Oldenburgs durch Bismarck. Er warnte dringend vor jeder Gefährdung des europäischen Friedens, also vor Reizung Englands durch die Besitzergreifung der Insel Fünen, vor allem vor einem Bruch mit Österreich und einem Sondervertrag mit Frankreich, nicht minder aber auch vor dem aussichtslosen Ehrgeiz einer preußischen Annexion der Herzogtümer. „Wir würden deßhalb keinen euro-

päischen Krieg heraufbeschwören," entgegnete Bismarck, „aber wenn die Annexion uns angeboten würde, schwerlich in der Lage sein, sie abzulehnen." „Nun, dahin wird es schwerlich kommen," sagte der Zar, „ich wüßte nicht, wer Euch ein solches Anerbieten stellen sollte." Bismarck gewann aus der langen und vom Zaren in huldvollster Weise geführten Unterredung die Gewißheit, daß Rußland gegen eine Abtrennung der Herzogtümer von Dänemark nicht einschreiten werde. Zweifelhafter war die Frage, wie es sich zu einer preußischen Annexion stellen würde. Doch das lag noch im Schooße der Zukunft.

Einstweilen erlebte man in Kopenhagen, infolge russischer und englischer Einwirkung auf den unglücklichen König Christian, wieder einmal eine jener dänischen Ministerkrisen mit dem üblichen schließlichen Triumph der Eiderdänen, deren verderbliche Politik der König klar erkannte, deren Führer er aber von neuem als Minister annehmen mußte, da man ihn mit Aufruhr und Republik bedrohte und kein Andersgesinnter zu seinem Dienst bereit war. Das Ergebnis dieser Ministerkrisis war also auch jetzt die Bestätigung der vorherigen Minister und eine Instruktion an Quaade in London, daß Dänemark den englischen Vorschlag vom 28. Mai als Ganzes, mit allen seinen für Deutschland unmöglichen und ehrenrührigen Klauseln annehmen wolle, alles weitere ablehne.

Bismarck dagegen war jetzt entschlossen, auf die mit Napoleon verabredete Volksabstimmung in Schleswig zurückzugreifen, aber in einer Form und Absicht, die auch Österreich annehmen konnte, und die zugleich Dänemark und dessen neutrale Freunde in die größte Verlegenheit versetzen mußte. Bismarck wollte nämlich die Volksabstimmung in Schleswig nur vornehmen lassen, um der Konferenz zu beweisen, wie weit im Norden Schleswigs die rein- oder doch überwiegend deutsche Bevölkerung wohne. Nach diesem Ergebnis sollte dann die Konferenz ihre Entscheidung treffen. Trotz des prinzipiellen Widerspruchs Österreichs gegen eine Volksabstimmung, verlas Graf Bernstorff in der nächsten Kongreßsitzung vom 18. Juni den von Bismarck selbst verfaßten Antrag auf Befragung der

Bevölkerung in Schleswig. Die Folge war aber genau die, welche Bismarck erwartet hatte. Die Dänen und ihre Freunde, die Neutralen, mit einziger Ausnahme Frankreichs, erhoben lauten Widerspruch und bekundeten, wie Sybel treffend bemerkt, damit nur, daß die dänische Herrschaft in Holstein unverträglich sei mit irgend einer amtlichen Feststellung und Berücksichtigung des Volkswillens. England, das den peinlichen moralischen Eindruck der am 18. Juni vollzogenen Ablehnung des preußischen Antrags wohl ermaß, hatte aber ein neues Hilfsmittel für das geliebte Dänemark zur Hand. Es schlug nämlich auf Grund einer Bestimmung des Pariser Friedens von 1856, welche den Wunsch aussprach, daß künftighin bei Streitfällen die Waffen erst sprechen sollten, wenn von den streitenden Parteien die guten Dienste einer neutralen Macht angerufen worden seien, vor, daß auch jetzt eine solche mit dem Amt der Vermittelung, und zwar insbesondere mit der Festsetzung der Grenze in Schleswig betraut werde. Lord Clarendon erläuterte seinen Vorschlag näher dahin, daß der Spruch, den im vorliegenden Fall die neutrale Macht fälle, die Kraft eines Schiedsspruches haben solle, wogegen Bernstorff nach Maßgabe der Absicht jener Bestimmung des Pariser Friedens sofort Einspruch erhob. Die Dänen schwiegen. In der nächsten Sitzung am 22. Juni erklärten dann die deutschen Vertreter, die Vermittelung nur im Sinne des Pariser Friedens, also als bloße Vermittelung, nicht aber als bindenden Schiedsspruch annehmen zu wollen. Die Dänen widersprachen aber auch sogar der bloßen Vermittelung. Selbst eine Verlängerung der am 26. ablaufenden Waffenruhe kam nicht zu stande. So ging denn am 25. Juni der hohe europäische Areopag scheinbar ohne jedes Ergebnis auseinander. In Wahrheit war jedoch das Ergebnis ein für Bismarcks Politik hochbedeutsames. Die Abschiedsworte, die der deutschfeindliche Lord Clarendon am 26. Juni zu Bernstorff sprach, stellen dieses am besten ins Licht. „Ihr habt bis jetzt Euer Spiel gewonnen," sagte er, „Ihr seid als Herren der Lage in die Konferenz eingetreten und habt sie als Herren der Lage verlassen — seht zu, wie lange das dauert."

Bismarck aber erklärte in eben jenen Tagen dem in Karlsbad anwesenden französischen Wiener Botschafter, Herzog v. Gramont: „Jetzt, da dank der Weisheit der französischen Regierung der Krieg lokalisiert ist, wollen wir ihn fest und scharf führen und sobald als möglich beendigen; wir wollen die Herzogtümer; man muß den König von Dänemark zwingen, sie herzugeben; nachher wollen wir ihn in Frieden lassen." In einer gemeinsamen Depesche an die neutralen Mächte vom 23. Juni 1864 schoben Preußen und Österreich mit Recht „die Verantwortlichkeit für das Mißlingen der Konferenz ganz und gar Dänemark" zu.

Diese Depesche hatte Bismarck gemeinsam mit Graf Rechberg in Karlsbad aufgesetzt, wohin er am 18. Juni den König begleitete. „Gott sei Dank, daß Ihr wohl seid, ich auch, aber zeitlos mehr als je," schreibt er von dort an die Seinen. „In Zwickau auf dem Perron traf ich mit Rechberg zusammen; wir fuhren in einem Coupee und Wagen bis hierher, also 6 Stunden Politik gesprochen und hier erst! Viel Diplomaten und viel Arbeit mit Rechberg." Auch Kaiser Franz Joseph traf hier ein, nachdem er den Zaren in Kissingen besucht hatte. Abermals war Bismarck hier bemüht, das volle Einvernehmen mit Österreich für die weitere Politik gegen Dänemark zu gewinnen. Die Verhandlungen wurden anfangs, am 20. und 21. Juni, also noch vor dem Scheitern der Konferenz, durch die große Ängstlichkeit der Österreicher vor einer bewaffneten Einmischung Englands unerquicklich beeinflußt. Rechberg wollte sich anfänglich auch dem englischen Antrag fügen, daß die streitenden Parteien sich dem Schiedsspruch des Vermittlers zu unterwerfen hätten. Da erklärte ihm Bismarck: Preußen sei fest entschlossen, keinesfalls zu weichen. „Möge dann Österreich uns allein die Fortführung des Kriegs überlassen, sich selbst aber aus der Sache herausziehen, unter Aufrechthaltung der freundlichen Beziehungen zwischen uns und der Gewißheit kräftiger Unterstützung, falls Deutschland zu Lande angegriffen werden sollte." Dieses Wort verschaffte auf der Stelle Rechbergs Beitritt zu jener Erklärung, welche die deutschen Mächte in der Sitzung der Londoner Konferenz vom 22.

Juni abgaben, daß sie ein bindendes Schiedsgericht ablehnten. Denn hätte Preußen den Krieg allein fortgeführt, so wäre Österreichs Einfluß in Deutschland völlig vernichtet, Preußen der alleinige Führer der nationalen deutschen Bewegung geworden. Minder schlimm als diese Aussicht wäre in Rechbergs Augen selbst der Krieg mit England gewesen. Nach dem Scheitern der Konferenz aber mußte der Krieg gegen Dänemark in wenig Tagen wieder beginnen, und da beharrte nun Graf Rechberg fest auf seinem Standpunkt, daß zur Vermeidung der Reizung Englands Fünen nicht angegriffen werden solle, auch später nur mit Österreichs Genehmigung. Die Einigung gelang endlich über folgenden Kriegsplan: es solle Alsen genommen und Jütland bis über den Lijmfjord besetzt, das Land auch unter deutsche Zivilverwaltung und Besteuerung gestellt werden. Den europäischen Mächten aber beschloß man zu erklären, daß man jetzt die Lostrennung beider Herzogtümer von Dänemark anstrebe, eine Teilung Schleswigs nicht mehr zugestehe. Diese Punkte wurden am 24. Juni in einem förmlichen Vertrag der beiden Mächte festgestellt. Für die kriegerische Aktion war also volle Eintracht vorhanden, die dynastische Frage aber wurde der Zukunft überlassen.

Mit heißer Kampfbegier sehnte unterdessen das deutsche Heer den Ablauf der Waffenruhe herbei. Die Stimmung unserer Truppen kennen wir schon aus Roons Denkschrift an Bismarck vom 29. Mai. Alles war auf deutscher Seite rastlos und umsichtig vorbereitet worden, um am 26. Juni den Krieg mit aller Wucht wieder aufzunehmen. Der greise Feldmarschall Wrangel hatte indessen schon beim Abschluß der ersten Waffenruhe mißmutig die Entlassung vom Oberbefehl nachgesucht und auch in ehrenden Worten und unter Erhebung in den Grafenstand am 18. Mai vom König erhalten. An seine Stelle trat Prinz Friedrich Karl. Mit edlem Feuer betrieb der Prinz rastlos aber umsichtig, unter Moltkes Beistand, alle Anstalten, um sofort nach Ablauf der Waffenruhe die Landung auf Alsen ins Werk zu setzen. Die Dänen hielten die Insel mit über 10,000 Mann besetzt, unter General Stein-

mann. Sie waren aber weit auseinandergezogen und vereinzelt über die ganze Westküste zerstreut, da man nicht wußte, von woher die Preußen angreifen würden. Diese hatten ihrerseits 25 Bataillone, meist Brandenburger, unter General Herwarth für die Landung bestimmt, die bei Arnekiel erfolgen sollte, wo der Alsensund nur 800 Schritte breit ist und in einer halben Stunde hin und her durchrudert werden kann. In den zur Landung bereitgehaltenen Schiffen konnten je 2500 Mann übergesetzt, ebensoviel also nach jeder halben Stunde abermals nach der Insel geschafft werden. Die Truppen wurden am Spätabend des 28. Juni im Satruper Wald unsichtbar bereit gehalten, dann die Schiffe und Pontons herangeholt. Nachts halb zwei Uhr war die erste Mannschaft, zur Brigade Röder gehörig, in den Schiffen auf dem Wasser. Mittenwegs wurde sie von den Dänen entdeckt und mit Kartätschen beschossen; gleichwohl erreichte sie nach zehn Minuten den Strand Alsens. Nach wenigen Minuten war die dänische Batterie genommen, ein feindliches Regiment zersprengt, ein Wald den Dänen entrissen. Dann folgte die zweite und dritte Schiffsladung, immer den kleinen herbeieilenden dänischen Scharen überlegen. Nach den Brandenburgern setzten die Westfalen unter Göben und darnach die beiden Brigaden Wintzingerodes über. Um neun Uhr morgens schon war der Kampf auf allen Punkten der Halbinsel, von Kjär und Ulkebüll bis Sonderburg hin, entschieden, und was von den Dänen nicht tot oder gefangen war, in eiligem Rückzug nach der Halbinsel Kekenäs zu den dort wartenden Transportschiffen begriffen, durch starke Schanzen gedeckt. Am 1. Juli war kein Däne mehr auf der Insel. Sie hatten die Hälfte ihrer Streitmacht an Toten, Verwundeten und Gefangenen, 108 Geschütze und 2000 Gewehre eingebüßt.

Die Wirkung des Ereignisses war ungeheuer, zunächst in Kopenhagen. Eine Woche nachdem man in London, im Gefühl, Herr der Ostsee zu sein, den edelmütigen Waffenstillstandsvorschlag der deutschen Sieger verächtlich zurückgewiesen hatte, lag das für uneinnehmbar gehaltene Eiland Alsen überwunden zu den Füßen

der Deutschen. Die Eroberung Fünens war auch nicht schwieriger. Und wenn der kleine Belt keinen Schirm mehr gewährte, würde der große Belt die Hauptstadt Kopenhagen vor der vereinigten österreichisch-preußischen Flotte schützen? Natürlich war an dem Verlust Alsens, nach eiderdänischen Begriffen, nur das „schandbare" Verhalten der tapferen dänischen Truppen schuld. Aber wo wollte man bessere finden? Und nun verließ auch England das wurmstichige dänische Orlogschiff. In beiden Häusern des englischen Parlaments enthüllten nämlich jetzt die englischen Staatsmänner, die bisher am wärmsten die dänische Sache vertreten hatten, das ganze Sündenregister des eiderdänischen Trotzes und Übermutes seit dem Beginn der kriegerischen Verwickelung. Es gab keinen andern Ausweg mehr: man mußte bei den verhaßten Deutschen um Frieden bitten. Diesen bitteren Lohn ihrer Thaten auf sich zu nehmen, waren die eiderdänischen Minister nicht Manns genug. Sie traten zurück und überließen die Bezahlung der von ihnen verschuldeten Rechnung dem neuen Minister Bluhme, dem Schöpfer der Verträge von 1852, der schon am 12. Juli in Berlin und Wien Waffenstillstand und Friedensverhandlung beantragte.

Da dieser Antrag indes nur ein Erzeugnis der Furcht war, so ließ Bismarck die deutschen Heere und Flotten unablässig fortschreiten. Am 14. Juli schon wehten die preußischen und österreichischen Banner vereint auf der äußersten Nordspitze Jütlands bei Skagen, am 13. nahmen die Österreicher die Insel Mörs, in denselben Tagen mußte sich Kapitän Hammer, der dänische Bedrücker der friesischen Inseln Sylt, Föhr, Amrum, Pellworm, mit seinem Schiffe dem preußischen Kanonenboot Blitz ergeben. Da Österreich aber auch jetzt einen Angriff auf Fünen untersagte, ließ Bismarck, um die Dänen zu schrecken, mit großem Geräusch schwere Geschütze, Pontons und sonstige Fahrzeuge zur Bedrohung Fünens nach Fridericia schaffen.

Noch ehe aber in Kopenhagen die reife Friedensfrucht vom Baum der Erkenntnis fiel, am 11. Juli schon, hatte Bismarck in einem Schreiben an Rechberg die Grundlagen der Friedensbedin-

gungen in den Worten festgestellt: „Meines Erachtens muß König Christian zu Gunsten der verbündeten Mächte auf alle Rechte verzichten, welche er südlich der Königsau besessen oder beansprucht hat, und diejenigen endgültigen Bestimmungen anerkennen, welche von den beiden verbündeten Mächten bezüglich der drei Herzogtümer und der jütischen Enklaven in Schleswig werden getroffen werden.“ Die übrigen Vorschläge bezogen sich auf die Verteilung der Kriegsschuld zwischen Dänemark und den Herzogtümern. Das Wiener Kabinet war mit dem allem einverstanden, und auch Fürst Gortschakoff, der auf Bismarcks Wunsch zu kurzem Besuch nach Karlsbad kam, hatte an diesen, von ganz Europa im voraus erwarteten, Friedensbedingungen nichts auszusetzen. So konnte Bismarck denn, nach den umfassenden Vorkehrungen, die er getroffen, den Dänen vom 20. bis zum 31. Juli einen neuen Waffenstillstand bewilligen, der natürlich auch die dänische Blockade und Kaperei beseitigte.

Am nämlichen Tage reiste der König nach Gastein, Bismarck aber am 21. Juli nach Wien, um hier mit Rechberg und Quaade die Präliminarien des dänischen Friedens zu verhandeln. An die Gattin schrieb Bismarck aus Wien am 22.: „Ich bin gestern früh aus Karlsbad gefahren, zu Wagen bis Prag, von dort heut den dir bekannten Eisenstrang hierher, leider diesmal nicht, um nach Linz zu schiffen, sondern um mich und andere zu quälen. Ich habe einstweilen niemand als Rechberg gesehen; zwei Stunden im Volksgarten eingeregnet und Musik gehört, von den Leuten betrachtet wie ein neues Nilpferd für den zoologischen Garten, wofür ich Trost in sehr gutem Bier suchte. Wie lange ich hier bleibe, sehe ich noch nicht vorher; morgen viel Besuche machen, bei Rechberg auf dem Lande essen, dann womöglich Frieden mit Dänemark schließen und schleunigst nach Gastein in die Berge fliehen. Ich wollte, das alles wäre erst vorüber. Die zwei Reisetage haben mich geistig etwas geruht, aber leiblich bin ich sehr müde und sage dir gute Nacht!“

Ehe indes die Verhandlungen mit den Dänen in Wien begannen, gab es noch einige Anstände mit Herrn v. Beust, dem belobten Bunde und seiner „Exekution“. Herr v. Beust hatte näm-

lich sofort nach dem Schlusse der Londoner Konferenz am 27. und 29. Juni zwei Berichte an den Bundestag gesandt, in denen er seine großen Verdienste um das große Vaterland gebührend würdigte und die schleunige Anerkennung des Augustenburgers, sowie die sofortige Kriegserklärung des Bundes gegen Dänemark verlangte, und endlich nachwies, wie viel leichter er in London hätte wirken können, wenn die deutschen Forderungen in einem deutschen Parlament ihren Resonanzboden gefunden hätten. Natürlich fand Bismarck bei Rechberg volle Bereitwilligkeit zu starkem Einschreiten gegen die Thorheit, an Dänemark nach Beendigung des Krieges den Bundeskrieg zu erklären, nur damit die Mittelstaaten an den Friedensverhandlungen teilnehmen könnten. Der Appell Beusts an das deutsche Parlament genügte schon, den österreichischen Minister mit lebhaftem Unmut zu erfüllen. So gingen denn scharfe preußische und österreichische Entgegnungen nach Dresden ab, und am Bundestag wurde Herr v. Beust, der dort eine Rede halten wollte, nicht einmal zugelassen, wie er sich selbst hätte sagen können. Inzwischen hatte sich aber noch ein zweiter Anlaß geboten, um den Übermut der Bundesexekutoren zu dämpfen. In Rendsburg wurden nämlich am 17. Juli die preußischen Militärposten von sächsischen Soldaten beleidigt und angegriffen. Daraus entspann sich eine ausgedehnte Prügelei zwischen sächsischem und preußischem Militär, bei welcher die Bundesbehörde nach Bismarcks Auffassung so handelte, als sei sie der Meinung, es sei schade für jeden Hieb, der an einem Preußen vorbeigehe. Sofort erhielt Prinz Friedrich Karl Befehl, Rendsburg zu besetzen. Da General v. Hake nur ein Zehntel der preußischen Macht zur Verfügung hatte, so räumte er die Stadt unter Protest. In Wien schüttelten die Österreicher die Köpfe über die Wucht von Bismarcks Einschreiten aus diesem Anlaß. Bismarck aber erklärte ihnen: im politischen wie im geselligen Verkehre sei vorteilhaft, wenn man nicht im Rufe äußerster Langmut stehe. Am 25. Juli schrieb Bismarck darüber an Roon: „Der Hannoveraner schlug mir eben vor, durch Räumung Rendsburgs und Einrücken von hannöverschen Truppen ihnen militärische Genugthuung zu geben, dann

wollten sie nachher aus Holstein ganz abziehen. Ich sagte, das ginge nicht, der König glaube seinerseits Genugthuung durch Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen, die unsere Posten angegriffen haben, zu fordern zu haben. Ich kann in der Sache ohne Auftrag Seiner Majestät nicht verhandeln, und müßte erst selbst beim Könige sein, ehe ich mich damit befaßte." In der That blieben die Preußen in Rendsburg, wenn auch den Bundestruppen freigestellt wurde, dorthin zurückzukehren; das lehnten sie jedoch ab.

Kaum war diese Lektion in Rendsburg erteilt, so kam ein neuer und noch stärkerer Beweis für die Überhebung der Bundesvollstrecker in Holstein zu Tage. Am 22. Juli hatte nämlich der sächsische Civilkommissar in Holstein, Herr v. Könneritz, im Namen des Herzogtums Holstein einen Vertrag mit Hamburg und Lübeck über die Einrichtung und Verwaltung neuer Telegraphenlinien und zwar gleich für zehn Jahre abgeschlossen, obendrein in der klaren Erkenntnis, daß dieser Vertrag den Interessen Preußens durchaus zuwiderlaufe. Bismarck erklärte unverzüglich in Dresden, am Bunde, in Hamburg und Lübeck, daß die Vollstreckungsbeamten durchaus keine Befugnis hätten, derartige Verträge und vollends über die Zeit ihres Wirkens hinaus abzuschließen. Preußen sehe also den Vertrag als null und nichtig an und verwahre sich gegen dessen Ausführung. Rechberg hätte vorgezogen, dem Bund die Erledigung der Sache zu überweisen. Bismarck aber blieb bei seinem Spruch, und zwar mit vollem Recht, denn wenn Dänemark im Frieden alle seine Rechte und Ansprüche auf die Herzogtümer an die beiden deutschen Großmächte abtreten sollte, so hatte der Bundestag jedenfalls in die jetzigen und künftigen Staatsverträge Holsteins mit anderen deutschen Staaten nicht das mindeste dreinzureden. Bismarck und Rechberg verständigten sich vor dem Beginn der Verhandlungen mit den Dänen endlich noch dahin, daß Preußen allein Fünen besetzen solle, wenn sich der Gegner hartnäckig zeige. Auch regte Bismarck an, ob Österreich zur Entschädigung für einen Teil der preußischen Kriegsaufwendungen das Herzogtum Lauen=

burg an Preußen überlassen würde. Rechberg erklärte, ohne die Befehle des Kaisers könne er über diese Angelegenheit sich nicht entscheiden.

Am 25. August begannen dann die Verhandlungen mit den Dänen über die Friedenspräliminarien, die Bismarck noch viel Mühe brachten. „Ich führe ein arbeitsames Leben," schreibt er am 27. der Gattin, „täglich 4 Stunden mit zähen Dänen, und noch nicht zum Schluß. Bis Sonntag muß es entschieden sein, ob Krieg oder Frieden." Eine wahre Herzensfreude aber war ihm in diesen mühseligen Tagen der Verkehr mit dem alten Freunde Motley. Dieser war 1861 vom Präsidenten Lincoln zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Wien ernannt worden und blieb hier bis 1867. Am 23. Mai hatte ihm Bismarck aus Berlin in englischer Sprache geschrieben: „Mein teurer Jack —, wo Teufels magst Du sein, und was treibst Du, daß Du mir nie eine Zeile schreibst? Ich schaffe von morgens bis nachts wie ein Neger, und Du hast gar nichts zu thun — und könntest mir eben so gut eine Zeile antippen, als Deine Füße zu betrachten, die gegen die Wand von Gott weiß welch trauriger Farbe ausgestreckt sind. Ich kann keinen regelmäßigen Briefwechsel unterhalten; ich finde oft in 5 Tagen nicht eine Viertelstunde Zeit zu einem Spaziergang; aber Du, träger alter Kerl, was hindert Dich, an alte Freunde zu denken? Warum kommst Du nie nach Berlin? Es nimmt nicht ein Viertel von einer amerikanischen Ferienreise nach Wien, und meine Frau und ich würden so glücklich sein, Dich noch einmal in diesem trüben Leben zu sehen. Wann kannst und willst Du kommen? Ich schwöre Dir, daß ich mir die Zeit schaffen will, um mit Dir zu unseren alten Studentenwohnungen hinaufzusehen und mit Dir eine Flasche bei Gerolt zu trinken, wo sie Dir einst nicht erlauben wollten, Deine schlanken Beine auf einen Stuhl zu legen. Laß die Politik hängen und komme zu mir. Ich verspreche Dir, daß das Sternenbanner über unserm Hause und unsern Reden schweben, und der beste alte Hochheimer Verdammung schütten soll über die Rebellen.*)

*) Im amerikanischen Kriege der Süd- gegen die Nordstaaten.

Vergiß nicht alte Freunde, auch nicht ihre Frauen, da die meine sich fast so heiß wie ich danach sehnt, Dich wiederzusehen, wenigstens so schnell als möglich ein Wort Deiner Handschrift zu sehen." Der Brief schließt mit den deutschen Worten: „Sei gut! Komm oder schreibe! Dein v. Bismarck." Motley antwortete am 28. Mai aus Wien: „Mein lieber, alter Bismarck, ich habe nur aus Bescheidenheit noch nicht geschrieben, da ich fürchten muß, Du seiest ganz mit Schleswig-Holstein und anderen Kleinigkeiten beschäftigt. Ich finde es nicht besonders schön, daß Du mich für einen so trägen Burschen hältst." Mit allerlei mutwilligen Scherzen und humoristischen Seitenhieben bittet er den Freund um zwei oder drei Bilder Bismarcks für das Album seiner Kinder. In Wien sahen sich nun die Freunde wieder einmal von Angesicht zu Angesicht. Am 27. Juli schreibt Bismarck der Gattin: „Gestern aß ich bei Motley, sehr angenehme Frau, nette Töchter. Wir tranken viel, waren sehr lustig, was ihm bei dem Kummer, den Du kennst, nicht oft passiert. Er ist grau geworden*) und hat sich die Haare kurz geschnitten."

Die „Zähigkeit" der Dänen bei den Friedensverhandlungen war übrigens nur von kurzer Dauer. Als Quaade die Abtretung der drei Herzogtümer für zu hart erklärte, entgegnete ihm Bismarck: Der Londoner Vertrag sei hinfällig und damit auch das Thronfolgerecht Christians IX. in den Herzogtümern, und zwar ohne alle Rücksicht auf den Krieg und die deutschen Siege. Die Dänen wollten nun das Thronfolgerecht ihres Königs beweisen. Bismarck wies aber alle juristischen Erörterungen von der Hand, da die Herzogtümer auch nach dem Rechte der Eroberung jetzt für Deutschland verlangt würden, und bei der Kürze des Waffenstillstandes müsse er auf rasche Entscheidung dringen. Da fügten sich die Dänen endlich in die harte Notwendigkeit der Abtretung der drei Herzogtümer und gabeu dem Paragraphen der Präliminarien ihre Zustimmung, der den Wortlaut hatte: „Der König von

*) Motley war ein Jahr älter als Bismarck.

Dänemark entsagt allen seinen Rechten auf dieselben zu gunsten des Kaisers von Österreich und des Königs von Preußen, und verpflichtet sich, die Verfügungen anzuerkennen, welche genannte Majestäten bezüglich dieser Herzogtümer treffen werden." Die nähere Grenzfestsetzung wurde dem endgültigen Friedensvertrage vorbehalten, schon jetzt aber ausgemacht, daß die Dänen den nordschleswigschen Bezirk von Ripen behalten und, gegen die Abtretung der in Schleswig belegenen jütischen Enklaven an die Sieger, die Insel Arrö und einen kleinen Landstrich südlich von Kolding empfangen sollten. Auch die näheren Bestimmungen über die Ordnung der Geldfragen wurden dem Friedensvertrag vorbehalten und einstweilen nur die Grundzüge festgestellt. Danach sollte jedes Herzogtum für die seinethalben besonders kontrahierten Schulden auch fernerhin haftbar bleiben. Die Gesamtschulden des Königreichs Dänemark sollten die Herzogtümer nach Maßgabe ihrer Bevölkerungsziffer im Vergleich zu der Bevölkerung der bei Dänemark verbleibenden Landesteile übernehmen; die Kriegskosten aber ganz. In Deutschland wurde diese Bestimmung als weichherzige Milde und Schwäche gegen die Dänen gebrandmarkt. Dänemark, dem zwei Fünftel seines gesamten Besitzes genommen wurden, wäre aber wirklich nicht im Stande gewesen, die Kriegsschuld zu bezahlen. Nach hartem Streit willigten die Dänen — nachdem ihnen selbst Graf Rechberg angedroht hatte, daß andernfalls am 1. August der Krieg wieder beginne — endlich auch in die letzte deutsche Bedingung: daß Jütland unter deutscher Zivilverwaltung bis zum endgültigen Abschluß des Friedens von den Siegern besetzt bleibe. Auf diesen Grundlagen wurde der Präliminarfriede am 1. August unterzeichnet. Die Forderung „Los von Dänemark!", welche die Volksstimme in Deutschland und den Herzogtümern laut und ungestüm erhoben hatte, war also nun erfüllt; frei und sicher vor dänischer Knechtung war alles deutsche Wesen bis zur Königsau; getilgt das schmerzlichste Weh, das seit einem halben Menschenalter auf Deutschland lastete!

Wer hatte dieses Ziel erreicht, dies herrliche Werk vollbracht?

Etwa die gesinnungstüchtige Kammeropposition in Preußen oder der Reform- oder Nationalverein, der Sechsunddreißiger-Ausschuß oder der Augustenburger, der Bund, die Mittelstaaten oder die Bundesexekution? Keiner von ihnen allen. Vielmehr einzig und allein der preußische Minister, der unter dem Fluch und der Verachtung der überwiegenden Mehrheit des preußischen und deutschen Volkes „diese gänzlich verfehlte Politik“ begann — sogar „jede Ahnung einer nationalen Politik“ sprachen ihm ja die parlamentarischen Gegner ab! —, einzig und allein Bismarck und sein König Wilhelm, der, freilich oftmals widerstrebend, sich den Ratschlägen und Forderungen, dem mäßigenden Tempo seines Ministers dennoch fügte, da er dessen Einsicht, Thatkraft und deutscher Gesinnung volles Vertrauen schenkte. Das Ausland und seine Presse, die bis dahin den Dänen das Wort geredet, waren schon damals, als die Kunde vom Abschluß der Präliminarien in die Welt ging, unbefangener und gerechter als die deutschen Landsleute bei Würdigung der Verdienste Bismarcks um diesen großartigen Erfolg. Bei uns Heutigen ist in allen Parteien — etwa mit Ausnahme der Vaterlandslosen im sozialdemokratischen Lager — kein Zweifel mehr, daß Bismarck dieses unvergängliche Verdienst „up ewig ungedeelt“ für sich zu beanspruchen hat. Aber noch höher fast als dies Verdienst selbst ist die Kunst zu schätzen, mit welcher er das von allen ersehnte Ziel zu erringen verstand. Wir durchmessen noch einmal in raschem Rückblick die sichere und kühne Bahn, die er einschlug.

Des deutschen Volkes war er sicher; zwar nicht auf seinem Wege, aber am Ziele mußte er es wieder finden, und alle deutschen Kräfte waren zur Erringung dieses Zieles bereit. Das machte also keine Sorge, wohl aber die Haltung der Großmächte. Ohne ihre Gunst war das Ziel nur in gefahrvollem europäischem Krieg zu erreichen. Diese Gunst zu gewinnen, zu erhalten, war also Bismarcks vornehmstes Streben. Schon vor dem Ausbruch des dänischen Krieges hatte er, wie wir sahen, die Freundschaft Rußlands, das Wohlwollen Frankreichs für Preußen gesichert. Napoleons gute

Gesinnung wurde durch Bismarcks lebhaftes Eingehen auf des Kaisers Kongreßgedanken wesentlich gesteigert, gleichzeitig aber auch dem österreichischen Bedürfnis einer engen Verbindung mit Preußen rückhaltlos und herzlich entsprochen. Für die Befestigung dieser wichtigen Verbindung sowohl als für die Gewinnung des Wohlwollens Englands und Rußlands war sodann von entscheidender Bedeutung, daß Bismarck bei Ausbruch der dänischen Verwickelung erklärte, er halte fest am Londoner Protokoll von 1852, und an der Thronfolge Christians IX. Das genügte allein schon, die große Mehrzahl der Deutschen mit Zorn und Verachtung gegen diese „elende" Politik zu erfüllen. Aber keinen Augenblick setzte Bismarck das letzte Ziel, die Befreiung der Herzogtümer von der dänischen Fremdherrschaft, außer Augen, auch nicht als er an den Verträgen von 1852 festhielt. Denn diese Verträge legten auch Dänemark Verpflichtungen auf, die es nie erfüllt hatte, die es mit der Novemberverfassung unheilbar brach und verletzte. Keine europäische Macht konnte Preußen den Schatten eines Unrechtes vorwerfen, als dieses Dänemark nach langer Geduld endlich zur Wahl stellte: die Rücknahme der Novemberverfassung oder den Krieg. Und als das Ausland zu seiner hohen Verwunderung nun die beiden deutschen Mächte, kurz zuvor noch so tief verfeindet, durch Bismarcks Staatskunst plötzlich eng verbunden, Schulter an Schulter in diesen Krieg eintreten sah, verlor es auch jede Neigung zu bewaffneter Einmischung. Was die deutschen Mächte nach dem Ausbruche des Krieges von den damit hinfällig gewordenen Londoner Verträgen noch gelten lassen wollten, das stand nun bloß noch bei ihnen — Europa hatte nach allem Völkerrecht da nicht mehr hineinzureden. Gleichwohl sehen wir Bismarck auch dann noch, auch nach der Räumung des Danewerks, nach der Erstürmung Düppels und der Besetzung halb Jütlands, auf der Londoner Konferenz bis zum Mai Österreich zu Liebe und mit Rücksicht auf die Mächte, festhalten an der dänischen Integrität — der Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark — und dem Thronfolgerecht Christians IX. Die durch Englands deutschfeindliche Heißsporne in ihrem Trotz und Übermut bestärkten Dänen

waren es, die jene milden preußischen Vorschläge schroff von der Hand wiesen und dadurch den Krieg bis zur völligen Vernichtung der dänischen Widerstandskraft fortsetzen ließen. Gewiß mit vollem Rechte durfte Bismarck später selbst sagen: unter allen seinen Unternehmungen halte er die diplomatische Leistung von 1864 für die schwierigste und glücklichste.

Drittes Kapitel.

Bismarcks Politik während des gemeinsamen Besitzes der Elbherzogtümer durch Österreich und Preußen, 1864/65.

„Es mag Friede sein oder nicht, Sonnabend hoffe ich nach Gastein zu fahren," hatte Bismarck am 27. Juli an die Gattin geschrieben. In der That verließ er Wien, wo es ihm „zu heiß war, besonders bei Nacht", unmittelbar nach Unterzeichnung der Präliminarien und begab sich zum Könige nach Gastein. Hier traf er Roon, Moritz v. Blankenburg und Thadden und lustwandelte am Nachmittage des 3. August ein wenig in deren Begleitung mit seinem „zerknüllten Hut", wie Roon getreulich nach Hause berichtete. Aber schon am 6. August klagt Bismarck der Gemahlin: „Es wird immer schlimmer mit dem Arbeiten. Seit meiner Ankunft am 2. in einem Gewitter mit Hagel wie Flintenkugeln, bin ich bei herrlichem Wetter eben zum erstenmal dazu gekommen, eine Stunde regelrecht zu gehen. Ich hoffe immer einige Tage für mein stilles Pommern los zu machen; aber was sind alle Pläne, es kommt immer etwas dazwischen. Es ist ein Leben wie Leporello, keine Ruh bei Tag und Nacht, nichts was mir Vergnügen macht." In der That hatte der Leiter der preußischen Politik mit dem vorläufigen Friedensschlusse seine Arbeit kaum zur Hälfte gethan. Denn nun mußte dieser Friede endgültig abgeschlossen, das Verhältnis zum österreichischen Mitbesitzer geregelt, die gemeinsame Stellung zum Bunde gewonnen, England vom Wiener Vertrage freundschaftlich unterrichtet werden; mit

Frankreich und Rußland hatte sich Bismarck ja schon zuvor verständigt.

Wir beginnen die Darstellung seiner auf den Wiener Vertrag vom 1. August folgenden Thätigkeit mit der Depesche, die er am 9. August an den preußischen Botschafter in London, d. h. an die Adresse Englands richtete. Darin war die Mäßigung der Dänemark auferlegten Friedensbedingungen aufs überzeugendste dargethan.*) „Wir haben keinen Teil des Königreichs Dänemark selbst gefordert, obwohl wir eine große Provinz völlig in unserer Hand hatten.“ Die Antwort Lord Russells vom 20. August an den englischen Geschäftsträger in Berlin ist ein unvergängliches Denkmal englischer Anmaßung und Überhebung. Da war zu lesen: „Die Regierung Ihrer Majestät würde ein gänzliches Stillschweigen lieber gesehen haben, als den Versuch, die Friedensbedingungen zu rechtfertigen. Die englische Regierung hat den Angriff Österreichs und Preußens gegen Dänemark von vorne herein für ungerecht gehalten, und beklagt tief, daß der Erfolg der Kriegführung dazu benutzt werden solle, eine Teilung Dänemarks herbeizuführen, welche der Vertrag von 1852 verhüten sollte. Von Billigkeit und Mäßigung kann nach Lage der Sache (d. h. in den deutschen Fiedensbedingungen) nicht die Rede sein. Die Regierung Ihrer Majestät blickt mit Sorge auf das Geschick der Herzogtümer. Sie wünscht die Forderungen der Bevölkerung bei der Wahl des künftigen Herrschers berücksichtigt und freikonstitutionelle Einrichtungen für die Herzogtümer bewilligt zu sehen.“ Bismarck wies am 25. August diese anmaßliche Einmischung Englands in Dinge, die Albion gar nichts angingen, kräftig zurück, indem er auf den von England ermutigten Starrsinn Dänemarks hinwies, der allmählich die letzte Geduld und Rücksicht erschöpft habe. Dann schloß Bismarck ironisch: „Übrigens ersehen wir aus der Depesche nicht ohne Genugthuung, daß die königlich großbritannische Regierung jetzt die Wünsche der Bevölkerung der Herzogtümer selbst mehr zu beachten geneigt ist, als sie

*) Wortlaut bei Hahn, I, S. 239/40.

dies auf der Konferenz zu sein schien, und daß wenigstens in diesem Punkte eine Annäherung der beiden Kabinette konstatiert werden kann."

Sodann hatte Bismarck auch ausgiebig dafür gesorgt, daß der Wiener Präliminarfriede baldigst in einen endgültigen verwandelt werden konnte. Die preußischen Bevollmächtigten Werther, Balan, Oberst Stiehle und Baron Scheel-Plessen waren in Wien versammelt; von österreichischer Seite Graf Rechberg, Brenner, Oberst Schönfeld. Auch waren Preußen und Österreich einverstanden darüber, daß der Bund in den Frieden nicht dreinzureden habe. Rechberg hätte aber gern gesehen, wenn man dem Bundestage wenigstens die Präliminarien amtlich mitgeteilt hätte. Bismarck widersprach dem entschieden, weil man dadurch in Frankfurt nur Kundgebungen hervorrufen würde, die den Friedensabschluß verzögern müßten. „Können wir das Einbringen der Anfragen dort nicht verhindern," schrieb er, „so müssen wir die Verantwortung für die Ermutigung, welche Dänemark vor dem Friedensschlusse aus solchen Zänkereien am Bunde schöpfen wird, den Fragern vor der Öffentlichkeit überlassen." In der That kündigte Beust Mitte August den Antrag am Bunde an: die beiden Mächte um „beruhigende Auskunft" zu ersuchen. „Unter der Abtretung der Rechte Dänemarks würden doch wohl nur dessen Ansprüche zu verstehen sein, und daher die Beteiligung des Bundes an der Erbfolgeregelung nicht in Frage gestellt werden." Bismarck erklärte dem Grafen Rechberg sehr bestimmt, daß vor dem endgültigen Friedensschluß jede dortige Verhandlung zurückgestellt werden müsse, und Rechberg sandte deshalb ein abweisendes Telegramm an Beust, der seinen Antrag zurückzog. Ungeachtet dessen gab Rechberg gleichzeitig mehreren mittelstaatlichen Gesandten die feste Zusicherung, der deutsche Bund werde bei der letzten Ordnung der schleswig-holsteinischen Verhältnisse nicht unberücksichtigt bleiben. Das wäre ein offener Bruch des Vertrages vom 16. Januar von seiten Österreichs gewesen, und Bismarck wollte daher vorerst an diese Zusagen noch nicht glauben.

Bei der persönlichen Zusammenkunft, die zwischen den Herrschern von Österreich und Preußen, unter Zuziehung ihrer Minister,

verabredet war, und die vom 22. bis 25. August in Schönbrunn stattfand, erörterte Bismarck mündlich alle Meinungsverschiedenheiten. Er mußte sich aber überzeugen, daß diese doch sehr tiefgreifend waren. In der wichtigsten Frage, der Zukunft der Erbherzogtümer, gelangte man in Schönbrunn zu keiner Einigung. Rechberg dachte, die einstweilige Verwaltung der Länder einem Triumvirat zu übertragen, das Preußen, Österreich und der Bund mit je einem Kommissar besetzen sollten. Bismarck aber sah in aller Welt keinen Grund, die Mittelstaaten zu Mitregenten der Herzogtümer einzusetzen und lehnte ab. Ferner suchte Rechberg die Entscheidung der Thronfolgefrage und die Einsetzung des künftigen Herrschers von Schleswig-Holstein eiligst zu betreiben. Bismarck dagegen war der Ansicht, daß vor allem eine gründliche Erörterung aller Erbansprüche stattfinden müsse, wozu bisher kaum der erste Schritt geschehen sei. Die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen erklärte Rechberg schon mit Rücksicht auf Europa für bedenklich. Der Kaiser dagegen eröffnete dem Könige: die Annexion könne Österreich nur dann zulassen, wenn Preußen ein entsprechendes Gebiet an Österreich abtrete oder den österreichischen Gesamtbesitz gewährleiste. Über die Möglichkeit der Annexion äußerte sich König Wilhelm zurückhaltend. Die österreichischen Gegenforderungen aber wies er bestimmt zurück.

Kaum minder wichtig waren die Verhandlungen der beiden Minister über die schwebenden handelspolitischen Fragen. Infolge des Abschlusses des preußisch-französischen Handelsvertrages im Jahre 1861 hatte sich nämlich, wie früher schon berichtet wurde, die Zollvereinskrisis des Jahres 1852 wiederholt. Österreich erstrebte, im Bunde mit den süddeutschen Staaten (außer Baden), ferner im Bunde mit Kurhessen, Hannover, Braunschweig, Frankfurt u. s. w., den Eintritt in den Zollverein mit allen seinen Ländern. Erfolgreich brach Preußen auch diesmal durch Vereinzelung den Bund der Gegner, während Österreich seit dem Zusammengehen mit Preußen gegen Dänemark die zollpolitischen Feindseligkeiten eingestellt hatte. Am 28. Juni 1864 wurde in Berlin der neue Zollvereinsvertrag

abgeschlossen mit Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Frankfurt, Kurhessen, Baden, bald nachher auch mit Hannover und Braunschweig. Den übrigen Staaten wurde der Beitritt bis zum 1. Oktober offen gehalten. Daraufhin beschlossen denn auch Bayern, Württemberg, Darmstadt und Nassau am 12. Juli in München im Stillen ihre Unterwerfung, gaben dabei aber den Wunsch zu erkennen, daß auf der Grundlage von 1853 auch der Abschluß von Verträgen des Zollvereins mit Österreich zu stande kommen möge, d. h. daß alsbald die thunlichsten Verkehrserleichterungen, als erster Schritt zur förmlichen Zolleinigung in der Zukunft, vorgesehen würden. Diesen Beschluß hatte Rechberg schon am 28. Juli der preußischen Regierung schriftlich mitgeteilt. Jetzt trat er in Schönbrunn auch persönlich lebhaft für das Verlangen ein, daß Preußen Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich beginne und, wie im Art. 25 des Vertrages von 1853, die Zusage gebe, innerhalb zwölf Jahren auch über die völlige Zolleinigung mit Österreich zu verhandeln. Bismarck fand eine Zusage dieser Art, welche nur künftige Verhandlungen in Aussicht stellte, an sich unbedenklich, äußerte aber sein Erstaunen über die Wertschätzung, die Österreich „einer inhaltleeren Phrase" beizumessen scheine. Darauf entgegnete jedoch Rechberg: ohne eine derartige Zusage Preußens werde die Bevölkerung Österreichs sich deutscherseits als Ausland behandelt sehen und damit dem von Rechberg vertretenen Bündnis mit Preußen überhaupt den Rücken kehren, Rechberg als leitenden Minister aber beseitigen. König Wilhelm hätte am liebsten von der gesamten handelspolitischen Verhandlung mit Österreich nichts bewilligt. Nach jener Eröffnung Rechbergs aber setzte Bismarck beim Könige durch, daß Konferenzen zur Erörterung eines Handelsvertrags beginnen sollten, und dem Grafen Rechberg sagte er zu, daß er alles aufbieten werde, um den preußischen Fachbeamten die Beachtung der Wünsche Österreichs zu empfehlen. So schied man am 25. August in Schönbrunn.

Daß in Schönbrunn neben der Arbeit auch für Vergnügungen reichlich gesorgt war, versteht sich von selbst. Schon die Bismarck hier angewiesenen Zimmer hatten besonderen Reiz für ihn. Er

schreibt darüber der Gattin am 20.: „Es ist zu wunderlich, daß ich gerade in den Zimmern zu ebner Erde wohne, die auf den heimlichen reservierten Garten stoßen, in den wir vor 17 Jahren" (auf der Hochzeitsreise) „beim Mondschein hier eindrangen. Wenn ich über die rechte Schulter blicke, so gehe ich durch eine Glasthür gerade den dunkeln Buchheckengang entlang, in welchem wir mit dem geheimen Behagen am Verbotenen bis an die Glasfenster wanderten, hinter denen ich jetzt wohne. Er war damals eine Wohnung der Kaiserin, und jetzt wiederhole ich unsere damalige Wanderung mit mehr Bequemlichkeit." Im Theater von Schönbrunn und im Opernhause zu Wien gab es Festvorstellungen, am 24. August Hirschjagd, bei der Bismarck „8 Hirsche und 2 Moufflons" erlegte, am 25. August wieder Jagd, worüber Bismarcks Brief meldete: „Habe heut 53 Hühner, 15 Hasen und 1 Karnickel geschossen, bin ganz lahm in Hand und Backe vom Schießen". An demselben 25. August fand zu Ehren Bismarcks — der König war früh morgens nach Salzburg gereist — beim Grafen Rechberg in dessen Villa Kettenhof bei Wien ein Diner statt. Hier müßte Bismarck die langen Reden geführt haben, die der Duc de Gramont damals aus seinem Munde gehört haben will,*) und die sich schon durch ihre kolossale Taktlosigkeit als völlig unbismarckisch erweisen. Man denke, daß Bismarck, als Gast eines ihm mindestens nicht unliebsamen österreichischen Ministers, in dessen Hause gesagt haben soll: „Wir Berliner sehen Wien jetzt nicht als deutsche Stadt an. Es ist nicht schwieriger, Wien von Berlin aus zu regieren, als Pest von Wien aus", und was solcher Tiraden mehr sind, die Bismarck ganz unähnlich sehen.

Am nächsten Tage folgte Bismarck seinem Könige über Salzburg, München und Stuttgart nach Baden-Baden. In München hatte er eine Unterredung mit dem bayerischen Minister Schrenk, dem alten sympathischen Kollegen vom Bundestage, über die Haltung des sächsischen Bundeskommissars in Holstein. Aber noch wichtiger, selbst

*) Mémor, S. 146—148.

wichtiger als der rasche Abschluß des Dänischen Friedens, erschien ihm vorerst die Erhaltung Rechbergs im Amte; in dem Rücktritt dieses Staatsmannes sah Bismarck mit Recht eine Gefahr für das preußisch-österreichische Bündnis und Einvernehmen überhaupt. Denn einflußreiche Kreise und Richtungen Österreichs waren unversöhnliche Gegner dieses Bündnisses. Es habe, sagten sie, bis dahin nur Preußen Ehre, Erfolg und Machtzuwachs eingebracht, dem Kaiserstaate dagegen die Zuneigung der geliebten Mittelstaaten entzogen. So dachten namentlich die aus Deutschland nach Wien gekommenen, allmächtigen Beamten der Staatskanzlei, v. Biegeleben, Gagern, Meysenbug. Der preußenfeindliche und liberal-schillernde österreichische Minister Schmerling erblickte in dem preußischen Bündnisse außerdem das sichere Anzeichen heranziehender Reaktion. Alle diese Gegner Rechbergs aber einigten sich diesem gegenüber in der Losung: die preußische Ablehnung der Zolleinigung mit Österreich sei das Signal zur völligen Ausschließung Österreichs aus dem Bunde. Schon von München aus richtete daher Bismarck am 27. August das Ersuchen an die Minister des Handels und der Finanzen, Itzenplitz und Bodelschwingh, bei den Verhandlungen mit Österreich über die Zoll- und Handelsfrage die vorstehend angedeuteten politischen Rücksichten zu beachten. Die beiden Minister überließen die Entscheidung in allen Zoll- und Handelsfragen durchaus dem Ministerialdirektor Delbrück, den wir schon 1852 als sehr sachkundigen und tüchtigen, auch von Bismarck hochgeschätzten Arbeiter auf diesem Gebiete kennen lernten (Bd. I S. 352 flg.). Delbrück aber sah in dem österreichischen Begehren einer in aller Zukunft doch unausführbaren Zolleinigung eine Falle und jedenfalls eine Unklarheit, die seiner Natur widerstrebte, da sie nur künftige Zerwürfnisse hervorrufen müßte. Der Handelsminister, Delbrücks Chef, hatte Bismarck zugesagt, daß der neue Handelsvertrag mit Österreich in der Einleitung die völlige Zolleinigung als wünschenswert bezeichnen solle. Mehr aber wollte Delbrück durchaus nicht einräumen, namentlich nicht die von Österreich begehrte Erneuerung des Art. 25 des früheren Vertrages. Denn gerade hieraus, sagte er, hätten die Mittelstaaten den Vorwand zu ihrem feindseligen

Verhalten in der letzten Zollvereinskrisis hergenommen. Man setze den Zollverein, bei Wiederholung des Artikels 25, gleichen Gefahren in Zukunft aus. Bismarck entgegnete, das heiße Mißtrauen in die eigene Festigkeit setzen, und beharrte, zur Erhaltung des guten Einvernehmens mit Österreich, auf seinem Standpunkt. Da erklärte aber Delbrück, wenn der Artikel 25 erneuert werde, lege er sein Amt nieder. Damit trat die Entscheidung der Streitfrage an den König selbst heran, und er, dessen von Bismarck in diesem Punkte abweichende Meinung wir schon in Schönbrunn kennen lernten, lehnte den Artikel ab.

Nach Bismarcks Ansicht — die er bald näher begründen wird — war das ein schwerer politischer Fehler Preußens. Aber selbstverständlich mußte er sich der Entscheidung des Königs fügen, und wenige Tage später erfuhr Graf Rechberg, daß an den Artikel 25 nicht zu denken sei. Unausbleiblich sah Rechberg nun seinen Sturz herankommen, wenn Preußen bei diesem Worte blieb. Nur Bismarck konnte daran noch etwas ändern. So wandte er sich denn an diesen in einem vertraulichen Schreiben. Das Verhältnis der beiden Staatsmänner in Frankfurt kennen wir aus Bismarcks amtlichen Berichten und Privatbriefen seiner Bundestagszeit. Einige in jenen Schriften nicht erwähnte recht bezeichnende persönliche Begegnungen der beiden Staatsmänner, die zu ihrem späteren freundlichen Verhältnis den Grund legten, erzählt Sybel.*) Einst sei der Streit zwischen beiden in Rechbergs Zimmer in Frankfurt so heftig geworden, daß der Graf ausrief: „Ich werde Ihnen meine Sekundanten schicken." „Wozu die Umstände," erwiderte Bismarck, „Sie haben hier ja wohl Pistolen, dann machen wir die Sache sogleich in Ihrem Garten ab. Während Sie das Schießgerät zurecht machen, schreibe ich einen Bericht über diesen Handel, den ich eintretendenfalls nach Berlin zu schicken bitte." Bismarck schrieb und als er zu Ende war, ersuchte er Rechberg, die Richtigkeit der Darstellung zu prüfen. „Alles richtig," sagte Rechberg, nachdem er gelesen, „aber uns deshalb die Hälse zu brechen, wäre

*) A. a. O., III, 394. Auch die nachstehende Korrespondenz mit Rechberg ist Sybel entnommen (S. 393—404), aber wesentlich gekürzt.

doch über die Maßen thöricht.“ „Ganz einverstanden,“ schloß Bismarck. So unterblieb denn das Duell. Einige Zeit später überreichte Graf Rechberg dem preußischen Kollegen eine Wiener Depesche zur Durchsicht, aus der Bismarck sich überzeugen sollte, daß Rechberg den Auftrag habe, bei einer wichtigen Frage in der nächsten Sitzung ebenso wie Preußen zu stimmen. Die Depesche dieses Inhaltes hatte jedoch Rechberg mit einem vertraulichen Begleitbrief verwechselt, der die Weisung enthielt, zwar selbst für Preußen zu stimmen, aber bei den andern Gesandten dahin zu wirken, daß die beiden deutschen Vormächte überstimmt würden. Bismarck las und gab das Schreiben mit den ruhigen Worten zurück: „Hier ist wohl ein Irrtum vorgefallen.“ Bestürzt und erblassend gewahrte Rechberg jetzt die Verwechslung. „Beruhigen Sie sich,“ sagte Bismarck. „Sie haben mir den Brief nicht geben wollen, also haben Sie mir ihn nicht gegeben, also ist sein Inhalt mir gänzlich unbekannt.“ In der That schwieg Bismarck über den Vorfall in seinen Berichten vollständig und gewann damit Rechbergs festes Vertrauen für alle Zeiten.

Zu Anfang September war Bismarck in Baden-Baden mit amtlichen Geschäften wieder so sehr überhäuft, daß er der Gattin schrieb: „Ich fuhr hierher in der Hoffnung, 2 Tage in träger Ruhe zu verbringen, konnte aber doch nur gestern früh zwei Stunden im Walde dämmern; Feldjäger, Tintenfaß, Audienzen und Besuche umschwirren mich ohne Unterlaß; auf der Promenade mag ich mich gar nicht zeigen, kein Mensch läßt mich in Ruhe.“ Das hinderte ihn aber nicht, in jenen Tagen in den Briefwechsel mit Rechberg eifrig einzutreten. In einem Privatbriefe vom 6. September hatte Rechberg geschrieben, er verfolge gemeinsam mit Bismarck die Aufgabe, die Erinnerung an die früheren Kämpfe und Feindseligkeiten der beiden deutschen Mächte der Vergessenheit zu übergeben und im Volke das Bewußtsein für die beiderseitigen Vorteile des österreichisch-preußischen Bündnisses zu wecken. Deshalb dürfe die Handelsfrage keine störende Wirkung nehmen und möge die Streitfrage bezüglich der Holsteiner Telegraphenverträge in einem Sinne gelöst werden, wel-

cher die Souveränität der Hansestädte anerkenne. Bismarck dankte am 8. September lebhaft für die von Rechberg ergriffene Anregung zu vertrauensvoller Erörterung der schwebenden Fragen und tadelte die Ängstlichkeit seiner Kollegen in den technischen Ressorts bei der Zoll- und Handelsfrage. „Mir ist der Zauber nicht klar, der in dem Worte Zolleinigung liegt," schrieb er, „daß die bloße Nennung unsere Fachmänner empfindlich, die Ihrigen wohlthuend berührt, — während wir doch alle darüber einverstanden sind, daß die Sache weder möglich noch nützlich wäre." Bei weitem wichtiger erscheine ihm die günstige Gestaltung der beiderseitigen Handelsbeziehungen, solange die beiden Mächte sich noch nicht in Zolleinigung befinden. „Versäumen wir nicht," — so rät er — „über dem Irrlicht der Zolleinigung die praktische Wohlthat des Handelsvertrags." Freilich begründeten seine Kollegen den Widerstand gegen das von ihm empfohlene Entgegenkommen bezüglich des Art. 25 mit der Unwillfährigkeit Österreichs in den sonstigen Fragen: der provisorischen Regierung der Herzogtümer, der Besetzung Rendsburgs, den Telegraphenverträgen. Die Unterstützung, welche Österreich diesem letzten schreienden Mißbrauch des formalen Bundesrechtes habe zu teil werden lassen, habe ihn selbst überrascht. „Gestatten Sie mir, verehrter Freund, meine Ansicht offen auszusprechen. In allen diesen Fragen ist die Haltung des kaiserlichen Kabinets durch eine leise, aber wie ich besorge, wachsende Hinneigung zu der Tendenz bedingt, die kleinen Staaten in Österreich einen Schutz gegen Preußen erblicken zu lassen. Ich halte es für unmöglich, daß die ausgezeichneten Beamten der Staatskanzlei" (Biegeleben, Meysenbug, Gagern), „die aus mittelstaatlichen Verhältnissen nach Wien gekommen sind, mit den Traditionen ihrer jüngern Jahre schon ganz gebrochen haben; ich halte es für natürlich, daß Staatsmänner, die sich als gute Schwimmer im Strome des Parlamentarismus fühlen" (Schmerling), „die Quellen offen zu halten suchen, welche denselben aus den parlamentarisch regierten Mittelstaaten und deren öffentlicher Meinung zufließen. Aber je mehr die angedeuteten Elemente auf den Gang der österreichischen

Politik einwirken, um so mehr nähern wir uns dem alten Geleise, in welchem Österreich und Preußen zum Schaden beider länger als zehn Jahre hindurch festgefahren waren. Die Erfüllung unserer von Ihnen bezeichneten Aufgabe wird uns nur gelingen, wenn wir unserer Gemeinschaft das frische Leben einer aktiven gemeinsamen Politik erhalten, wie wir sie im Laufe dieses Jahres bisher betrieben haben, und wie sie, konsequent fortgesetzt, zweifellos zum Ziele führen wird, zur Einigkeit Deutschlands gegen innere und äußere Feinde, zur Wiederherstellung der Grundlagen monarchischen Regiments, zur Unschädlichmachung der Revolution." Bleibe man auf halbem Wege stehen und wende sich jeder wieder dem alten Pfade zu, so werde man sagen, dem Wiener Hofe sei die Sympathie des Hamburger Senates wichtiger, als die Freundschaft Preußens.

Die Antwort Rechbergs vom 17. September erhielt Bismarck in Reinfeld in Pommern, wohin er an die Seite der erkrankten Gattin geeilt war, die mit den Kindern schon seit dem 1. Juli dort weilte. Den König hatte Bismarck von Baden-Baden über Frankfurt bis Berlin begleitet, und war von hier „nach den notdürftigsten Zänkereien" gen Pommern aufgebrochen. Rechberg schrieb dahin, er widme sich der Aufgabe, die wieder gewonnene Einigkeit Österreich-Preußens auch für die Zukunft festzuhalten, „mit ganzer Seele." „Sie werden mir zugeben, verehrtester Freund, daß eine ehrliche und bundestreue Anerkennung der Zusammengehörigkeit Österreichs und Deutschlands eine jener Grundbedingungen ist, ohne welche Österreich sich im preußischen Bündnis nicht heimisch fühlen kann. In dieser Wahrheit ist auch die Antwort auf die Frage enthalten, welch unerklärlicher Zauber für uns in dem bloßen Worte Zolleinigung liegt. Der Wert dieses Wortes, ich gebe es zu, gehört zu den unwägbaren Dingen, aber auch der Wert unserer Eigenschaft als deutsche Macht ist unwägbar. (Randnote Bismarcks: mehr Macht, als Deutsch) . . . Wir bestehen auf unserem Anspruche auf Zolleinigung nicht, weil Preußen den Art. 25 des Handelsvertrags unterzeichnet hat, sondern weil Österreich eine deutsche Macht ist, und nicht zugeben kann, daß eine gemeinsame

deutsche Einrichtung ihm grundsätzlich verschlossen bleibe, und daß es von seinen Bundesgenossen als Ausland behandelt werde . . . Wenn Ihre technischen Kollegen nach den Gegenleistungen für Ihre Zugeständnisse in der Handelssache fragen, so kann ich daraus nur schließen, daß dieselben sich nicht auf der politischen Höhe befinden, auf welcher Sie stehen. Hätte ich Ihnen zu antworten, so würde ich Sie bitten, sich zu erinnern, wie Preußen, ehe es die von uns dargebotene Hand ergriff, in Deutschland und Europa dastand, und wie es jetzt, dank der von Ihnen eingehaltenen Politik, dasteht. Ich würde Ihnen bemerken, daß um großer europäischer Notwendigkeiten willen die vereinte Aktion der beiden Mächte sich nur in konservativer Richtung bewegen kann, also mit strenger Achtung des Bundesrechtes und der Selbständigkeit der verbündeten Staaten." (Bismarck am Rande: bis zu welchem Grade?). Auf der „Schonung des Selbstgefühls ihrer Bundesgenossen" habe die einträchtige Vorherrschaft beider Mächte im Bunde bis 1848 beruht. „Thun Sie also, dies ist meine inständige Bitte, das Ihrige, daß Ihre Nachbarn sich nicht in schutzbedürftigen Zustand versetzt glauben. Ich werde dann nicht mehr in den Verdacht kommen, daß ich trachte, den kleineren Staaten Österreich als Schutz gegen Preußen erscheinen zu lassen; und die deutschen Regierungen werden auch aufhören, mit den Elementen der Volksbewegung zu kokettieren." In diesem Sinne seien auch die Holsteiner Telegraphenverträge zu behandeln.

Mannigfache Gründe verzögerten Bismarcks Antwort bis zum 29. September. Zunächst ernste Sorge um das Befinden seiner Gemahlin. Am 18. September schrieb er darüber an Roon, der inzwischen Bismarck im Ministerpräsidium vertreten mußte: „Bitten Sie Gott mit mir, daß es hier bald besser wird. Ist es nötig, daß ich komme, gleich komme, so lassen Sie es mich ohne Weichlichkeit wissen. Geht es aber ohne, so wäre es mir eine große Wohlthat. Für die Zollverhandlungen mit Österreich ist es ganz günstig, wenn man im Ministerium sich eine zeitlang auf meine Abwesenheit berufen kann." Denn inzwischen hoffte Bismarck immer noch auf

die Nachgiebigkeit seiner „technischen Kollegen", war namentlich auch für die von Österreich und Bayern erbetene Verlängerung der Erklärungsfrist für die Süddeutschen vom 1. auf den 15. Oktober. Aber auch darin blieb Delbrück hart und unerbittlich. Da schrieb Bismarck am 22. September an Roon: „Mit meiner Frau geht es unter Gottes Beistand täglich etwas besser, aber langsam. Ich würde jetzt abreisen, wenn ich nicht selbst unwohl wäre. Mein alter nervös-rheumatischer Schmerz sitzt mir unter dem linken Schulterblatt quer durch den Leib und ich wage ihn nicht hart zu behandeln, weil ich vor fünf Jahren so schlimme Erfolge damit gehabt habe. Mich zieht es sonst nach Berlin; es sitzt dort nahe an unserem politischen Herzen ein geheimrätlicher Rheumatismus im Handels- und Finanzministerium, für den uns bisher das richtige Senfpflaster fehlt. Die Herren sind sich darüber ganz klar, daß sie der jetzigen Regierung Verlegenheiten bereiten, wenn sie unsere Beziehungen zu Österreich und Bayern durch unnötige Schroffheiten erschweren, von denen wir nicht den mindesten realen Vorteil haben, höchstens den augenblicklichen Kitzel triumphierender Zeitungsartikel, die praktisch keinen Pfifferling wert sind, und die wir auf dem Felde der wirklichen Politik teuer zu bezahlen haben werden. Ich kann von hier aus gegen diesen politischen Fehler nicht mit Erfolg ankämpfen, weil ich die Gefühlsseite des Königs gegen mich habe, die durch eine gewisse systematische persönliche Einwirkung sowie durch dienstbare Geister auf diesem Punkte so wundgerieben ist, daß jeder auf Bestellung geschriebene Zeitungsartikel hinreicht, unsern Herrn schmerzlich zu berühren und Ihm den Eindruck einer Niederlage zu machen. Ich würde, wenn ich in Berlin gewesen wäre, mich für Bewilligung des 14tägigen Aufschubs, den Österreich wünschte, eingesetzt haben; von hier aus kann ich das nicht, wenn der König nicht von Hause aus mit mir einverstanden ist."

Am 27. September kehrte nun Bismarck, über das Befinden der Gemahlin beruhigter, und selbst gesundet, nach Berlin zurück und schrieb von hier am 29. an Rechberg: Er halte den Fortschritt auf der gemeinsamen Bahn für sicherer, wenn beide Teile sich auf

den praktischen Boden der Kabinetspolitik stellten, „ohne sich die Lage durch die Nebel trüben zu lassen, welche aus der Doktrin deutscher Gefühlspolitiker aufsteigen. Dann würde sich zeigen, daß, wenn der deutsche Charakter Österreichs der Machtstellung desselben frommen solle, dies nicht durch einen Zollvertrag mit problematischen Wortstellungen, sondern nur durch ein intimes Bündnis mit Preußen erreicht werden könnte.“ Mit diesem Briefe kreuzte sich einer Rechbergs vom nämlichen Tage; darin erklärte der Graf seine Stellung für unhaltbar, „wenn nur die Phrase in der Einleitung bliebe und Artikel 25 wegfiele.“ Bismarck schloß diese Korrespondenz am 4. Oktober in einem Schreiben aus Baden-Baden mit der Ermahnung: Rechberg möge doch auf Zollsachen, die erst in zwölf Jahren so oder so, wahrscheinlich aber niemals entschieden werden würden, nicht solchen Wert legen. „Mir scheint doch, daß die europäische Zukunft ernstere Krisen in ihrem Schooße bergen kann. Ich würde Ihnen persönlich gerne auch den Artikel 25 hingeben, wenn ich es ohne eine Art von Staatsstreich oder doch Kabinetskrisis bei uns durchsetzen könnte. Die Entschiedenheit, mit welcher man bei Ihnen darauf besteht, läßt bei uns vermuten, daß es um ernstliche und praktische Durchführung der Zolleinigung zu thun ist, und für diese bin ich, wie oft gesagt, durchaus nicht bereit, die Hand zu bieten, so lange sie nicht das natürliche Ergebnis der Übereinstimmung der wirklichen Interessen ist.“ Dann aber kommt Bismarcks Brief noch einmal auf die Äußerungen Rechbergs über die allgemeine deutsche Politik zu sprechen: „Wir haben keinen deutschen Staat in die Lage gebracht, Schutz gegen uns zu bedürfen; wir sind in der Defensive gegen Übergriffe und Überhebungen der Bundesmehrheit und ihrer einzelnen Glieder. War die Stellung, welche Herr v. Beust und Andere, im Bunde mit der Revolution gegen uns Beide einnahmen, nicht eine durchaus aggressive? Zum thatsächlichen Angriffe fehlte nur die Macht; sonst hätte man ihn versucht. Wenn ich die Wahl zwischen der Unterwerfung unter solche Ansprüche und der offenen Feindschaft der Mittelstaaten haben soll, so ziehe ich die letztere vor. Über das Bedürfnis der Selbsterhal-

tung ging die Beustsche Politik weit hinaus; sie war die der Herrschsucht. Die bundesmäßige Unabhängigkeit unserer Nachbarn gefährden wir nicht: aber unsere eigene können wir dem mittelstaatlichen Ehrgeiz nicht preisgeben. Wenn wir Vorgänge wie die Eskamotage, deren Opfer Preußen und Österreich in der Exekutionssache in Holstein wurden, öfter geschehen lassen, so gewöhnen wir die Mittelstaaten an Allüren, mit denen wir auf die Dauer nicht auskommen; soll plötzlich der Zügel straffer gezogen werden, so heißt es, daß wir sie vergewaltigen, und sie drohen darauf mit dem Rheinbund; fürchten wir diese Drohung, so wird sie gefährlich und schließlich auch ausgeführt; fürchten wir sie nicht und lassen sie das fühlen, so wird sie nicht einmal ausgesprochen werden. Wir hatten uns in Schönbrunn die Aufgabe gestellt, gemeinsam die deutsche Politik zu leiten. Das können wir nur, wenn wir die übrigen Bundesglieder jeder Zeit daran gewöhnen, daß Preußen und Österreich gegen Ausschreitungen, wie die gesamte Exekutionspolitik in Holstein bis zum Telegraphenvertrage eine war, vereint und mit aktiver Entschiedenheit auftreten. Die Thorheit der bisher leitend gewesenen Bundesglieder zeigt sich meines Erachtens am deutlichsten darin, daß ihnen die Einigkeit zwischen Wien und Berlin unwillkommen ist, daß sie dieselbe zu lösen hofften. Gelänge ihnen letzteres, so wäre überhaupt von Deutschland als politischer Einheit und vom Bunde nur solange die Rede, als Friede ist; mit dem ersten Kriege, an dem ein deutscher Staat beteiligt wäre, würde dann das Gebäude einstürzen und die Schwächeren jedenfalls sicherer als die Stärkeren unter seinen Trümmern begraben. Deshalb sollten die kleineren Staaten Gott für unsere Einigkeit danken, unter deren Schutz sie bestehen — wogegen ich nicht glaube, daß unsere Sicherheit in den drei gemischten Bundeskorps beruht. Schonen wir daher unsere gegenseitigen Beziehungen um jeden Preis; durch ihre Pflege und Stärkung dienen wir Deutschland, indem wir es gemeinsam beherrschen, nicht gewaltthätig wie der Protektor den Rheinbund, sondern bundesfreundlich, wie die Ersten unter unseres Gleichen. Zu diesem Zwecke sehe ich uns als verbündet an. Verlieren wir

aber den Zweck aus dem Auge, hören wir auf, ihn aktiv zu bethätigen, so vermindern wir die Lebenskraft unseres Bündnisses; die bloße Besorgnis vor Angriffen des Auslandes ist auf die Dauer weder bei Ihnen noch bei uns stark genug, um die innige Gemeinschaft der Politik zu erhalten, in welche uns die gemeinsame Aktion in der dänischen Sache so glücklich versetzt hat."

Für jetzt bewirkte dieses ebenso offenherzige und freundschaftliche als erleuchtete Schreiben keine Änderung der österreichischen Politik. Im Gegenteil entfernte sich die letztere, wie wir bald sehen werden, mit Riesenschritten von den hier vorgezeichneten heilsamen Bahnen. Wenn aber irgend ein österreichischer Staatsmann auch nur zwei Jahre später, am 4. Oktober 1866, diesen Sätzen Bismarcks noch einmal folgte, so mußte er sich erstaunt sagen, daß hier Schritt für Schritt die unseligen Folgen voraus verkündet waren, die ein Verlassen der von Bismarck vorgezeichneten Bahn nach sich ziehen mußte. Alle Ereignisse der Folgejahre sind hier schon mit untrüglicher Sicherheit aneinandergereiht.

Zu Ende September war, da Delbrück daran festhielt, daß die bedingungslose Erneuerung der Zollvereinsverträge bis zum 1. Oktober ausgesprochen werden müsse, die Zollvereinskrisis zu Ende gegangen. Dalwigk hatte sich schon zuvor unterworfen und sah in der Welt keinen Grund, sein Amt im Stiche zu lassen. Feinfühliger als er waren jedoch die Minister Schrenk in München und Hügel in Stuttgart. Sie erbaten und erhielten ihre Entlassung. An Hügels Stelle trat der Freiherr von Varnbüler, an Schrenks Stelle v. d. Pfordten, der mit seinem Triebe zu unruhiger großer Politik in Beusts Art, Herrn v. Bismarck wesentlich unangenehmer war, als Schrenk. Das war die Folge des „technischen" Eigensinns, welcher Bayern den kurzen Aufschub von 14 Tagen nicht hatte verwilligen wollen.

Dem Ärger über diese Fehler der preußischen Politik, für die Bismarck äußerlich verantwortlich war, ohne sie verschuldet zu haben, und der aufreibenden Geschäftslast dachte Bismarck nach Frankreich zu entfliehen. Am 5. Oktober reiste er von Baden-Baden

nach Paris. Von hier gelangte er am Spätabend des 6. Oktober nach Bordeaux. Da schrieb er noch in der Nacht an die Gattin: „Ich bin eigentlich schon jetzt sehr wohl und wäre ganz munter, wenn ich gewiß wäre, daß es mit Dir gut geht. In Paris bekam ich stark Lust, dort wieder zu wohnen, es ist doch ein Sträflingsleben, was ich in Berlin führe, wenn ich an die unabhängige Zeit im Auslande denke." Am 7. Oktober fuhr er alsdann über Bayonne nach Biarritz, um hier zu baden. Sein Wohlbehagen in der warmen Luft und Salzflut Südfrankreichs schildert er am nämlichen Tage dem Freunde Roon lebhaft und schließt „Ich glaube nicht, daß ich hier jemals wieder fortgehe, wenn ich meine Frau nur erst hier hätte." Wir werden sogleich sehen, daß hinter diesen Worten viel Ernst lag, und darum gehören sie auch mitten in die Darstellung der politischen Krisen, die sich in weiter Ferne von Biarritz abspielen. Am 9. Oktober schrieb Bismarck der Gattin weiter: „Wenn ich bedenke, wie emsig wir in Baden und selbst in Paris geheizt haben, und wie mir hier die Sonne den Überzieher und die Tuchhosen abkomplimentierte, wie wir gestern bis nach 10 im Mondschein an der See saßen, heut im Freien frühstücken und ich Dir am offenen Fenster schreibe, den Blick auf die blaue sonnige See und auf badende Leute, die ziemlich unbekleidet am Strande wandeln mit den bloßen Füßen im Wasser, so muß ich doch sagen, daß im Klima eine wunderbare Gnade Gottes gegen den Südländer liegt. Mir fehlt zum Behagen nur Nachricht von Dir. Wenn wir freie Leute wären, so würde ich Dir vorschlagen, mit Kind und Kegel herzukommen und den ganzen Winter hier zu bleiben, wie es viele Engländer der Wohlfeilheit wegen thun, die im Winter hier herrscht."

Aber am nämlichen Tage, da Bismarck diesen angenehmen Gedanken Ausdruck gab, erhielt er aus Baden-Baden folgende Drahtmeldung: „Werther telegraphiert gestern, der österreichische Ministerrat habe beschlossen, wegen Verweigerung des Artikels 25 die Unterhandlung abzubrechen. Rechberg kann dies rückgängig machen, wenn ihm der Artikel bewilligt wird. Sonst will er seine Ent-

lassung einreichen, weil er jenem Beschlusse keine Folge geben will, bittet um Nachricht an Herrn v. Bismarck und um rasche Entscheidung. Der König fordert schleunigen Bericht von Berlin, ob eine Form zu finden, welche ohne Nachgeben in der Sache Fortsetzung der Verhandlungen ermöglicht. Er würde Rechbergs Abgang als großes Übel betrachten, und hofft, daß der Kaiser wegen einer Bestimmung über ungewisse Zukunft nicht das politische Einverständnis gefährden werde." Bismarck antwortete noch am nämlichen Tage telegraphisch: „Auf das von Österreich gestellte Verlangen einer Zolleinigung ist einzugehen, soweit keine Änderung des französischen Vertrages dadurch bedingt wird." Am folgenden Tage erstattete er einen Immediatbericht an den König in der nämlichen Sache, mit dem wiederholten dringenden Antrag, Alles zu bewilligen, was mit dem französischen Handelsvertrage irgend vereinbar sei. Die Zusage eines Termins für eine künftige Verhandlung, deren Ergebnis ganz in Preußens Ermessen gestellt bleibe, sei unbedenklich, die praktische Bedeutung des Art. 25 zu gering, um Rechbergs Rücktritt zu veranlassen. Die ganze Sache erscheine als eine Schmerlingsche Intrigue oder als ein Probierstein, ob Preußen noch Wert auf das österreichische Bündnis lege.

Am 12. Oktober, zwei Tage später, scheint es, als ob Bismarck vorübergehend alle Arbeit und Sorgen, welche diese Angelegenheit ihm bereitete, vergessen habe; vielleicht zweifelte er auch nicht mehr daran, daß nun endlich die „technischen" Minister nachgeben würden. An dem genannten Tage schreibt er an die Schwester nach Pommern: Ich bin so glücklich unbeschäftigt, daß ich einige Zeilen in der Richtung meiner Gedanken senden kann. In so behaglichen Zuständen habe ich mich klimatisch und geschäftlich lange nicht befunden, und doch hat die üble Gewohnheit des Arbeitens schon so tiefe Wurzeln bei mir geschlagen, daß ich einige Gewissensunruhe über mein Nichtsthun fühle, fast Heimweh nach der Wilhelmsstraße, wenigstens wenn die Meinen dort wären." Einige noch welt- und geschäftsfernere Tage benützte Bismarck alsdann zu einem Ausflug über die spanische

Grenze nach Fuentarabia und St. Jean du Luz. Die Reize dieser Landschaft hat er uns schon 1862 geschildert mit den Worten: „Das Wetter ist himmlisch, das Meer still und blau, zum Gehen fast zu warm in der Sonne.“ Doch das „Heimweh nach der Wilhelmstraße“ sollte rascher besänftigt werden als er wünschte. Die Wilhelmstraße mit ihrer Aktenluft war so gefällig, sich nach Biarritz aufzumachen. Am 15. Oktober schon vernahm Bismarck, daß die „technischen“ Räte auf ihrem Kopfe beharrten. Er telegraphierte daher nach Baden-Baden: „Ich widerrate dringend die Ablehnung des Verlangens (Österreichs) und kann die Verantwortung für eine auswärtige Politik dieser Art nicht übernehmen.“ Da zeigt sich schon der volle Ernst der Worte, die er am 7. an Roon geschrieben hatte: „Ich glaube nicht, daß ich hier jemals wieder fortgehe“, und an diesem Ernst macht uns auch nicht irre der leichte Ton in seinem Briefe an die Gattin vom 9.: „Wenn wir freie Leute wären, so würde ich Dir den Vorschlag machen, mit Kind und Kegel herzukommen.“ Denn sie war von ihrer Krankheit noch nicht völlig erholt, und Bismarcks rücksichtsvolle Liebe zu ihr erwahrt sich in rührender Weise auch darin, daß er ihr nicht in einem einzigen Worte die Sorgen und Kümmernisse verrät, die damals seine Seele bedrängten. Als ein sehr ernster Konflikt erschien ihm in der That dieser Widerstand der technischen Minister und Räte gegen seine Anträge, da zum erstenmale der König nicht auf seiner Seite stand; viel ernster als die ganze „Konfliktszeit“ mit dem „inneren Düppel“ Preußens.

Am 16. Oktober stellte er dem Könige, der nach Berlin zurückgekehrt war, in einem Immediatbericht noch einmal mit gesammelter, durch die Erholung erfrischter Kraft vor, um wie viel und um wie wenig es sich jetzt handle, wenn man Österreich nachgebe. Die Bewilligung unserer Zolleinigung mit Österreich könne jetzt nicht mehr als ein für die Fortsetzung des Zollvereins gezahlter Preis gelten, sondern nur als völlig freiwilliger Beweis unserer bundesfreundlichen Gesinnung. Irgend ein Nachteil des Zugeständnisses sei nicht zu begründen. Aus der Ablehnung dagegen werde Öster-

reich zu erkennen glauben, wie leicht wir bereit seien, das Bündnis mit ihm fallen zu lassen. Eine solche Wendung der österreichischen Politik gegen Preußen sei besonders unbequem vor Erledigung des dänischen Friedens und der schleswig-holsteinischen Frage. Denn in dem Streben, Preußen um alle, selbst um die mittelbaren Früchte seiner Siege zu bringen, würde Österreich an fast allen Höfen Europas bereite Helfer finden. Verliere der Kaiser das Vertrauen auf Preußen ganz, so gewinne Schmerling die Oberhand. In dessen System liege die Verbindung Österreichs mit den Westmächten, wie sie 1863 vorübergehend bestanden. Dann werde die Anerkennung des Königreichs Italien folgen, um dieses zu gewinnen. Dann der möglichst vollständige Ausschluß Preußens von jedem Vorteil der schleswig-holsteinischen Sache, unter dem Beistande der Mittelstaaten und der Bundesmehrheit. Die Größe aller dieser Gefahren stehe in durchaus keinem Verhältnis zu der Geringfügigkeit des von Österreich verlangten Zugeständnisses.

Da der König bei Absendung dieses Berichtes schon in Berlin weilte, so schrieb Bismarck in derselben Angelegenheit am nämlichen 16. Oktober auch an Roon, da er wußte, daß der König dessen Stimme unter allen Ministern die größte Beachtung schenke: „Lieber Roon! Sie kennen wahrscheinlich die Frage, die zwischen uns und Wien schwebt.“ Die uns bekannte Streitfrage wird erläutert. Rechberg erkläre, sein Verbleiben im Amte hänge von dieser „für uns unschädlichen Zusage“ ab, und die preußischen technischen Minister und Räte sagen dagegen, „es sei gleichgültig, ob Rechberg und das österreichisch-preußische Bündnis mit ihm falle oder nicht, und wollen Wien abschlägig bescheiden. Geschieht das, so sieht man dort soviel wenigstens klar, daß bei uns auf das Bündnis so gut wie kein Wert mehr gelegt wird, und man nimmt seine Maßnahmen danach. Zunächst in der dänischen Sache, wo man sich, mit Schmerling an der Spitze, auf die Beust-Pfordten'sche Seite wirft. Aber in allen anderen Richtungen ist der Bruch mit Österreich ein unzeitiger, und ich sage mich von aller Verantwortung für die Rückwirkung dieses Fehlers auf

unsere auswärtige Politik los. Wollen Bodelschwingh und Itzenplitz Delbrücks Politik gegen mich durchführen, so mögen sie auch Delbrück zu ihrem Kollegen für das Auswärtige machen, und mir nicht zumuten, daß ich den Fehler ausbade, der damit gemacht wird, wenn man Österreich jetzt, vor dem Friedensschlusse, so behandelt, daß Rechberg und der Kaiser überzeugt sein müssen, wir hätten uns schon anderweit engagiert, und der Bruch sei nur noch eine Zeitfrage.“

Wer Bismarck zur Last legt, daß er — womöglich schon seit dem Beginne der Waffengemeinschaft mit Österreich im dänischen Kriege, spätestens aber seit dem Abschlusse der Friedenspräliminarien in Wien, — heimtückisch nach dem Bruche mit Österreich getrachtet habe, um die Früchte des Sieges Preußen allein zuzuwenden, der kennt die zahlreichen überzeugenden Beweise seiner Bemühungen zur Aufrechterhaltung eines guten Verhältnisses mit Österreich nicht, die eben mitgeteilt wurden. Noch einmal mochte Bismarck an den guten Erfolg seiner Bemühungen vom 16. Oktober glauben, gab er sich doch am 17. von neuem ganz dem Naturgenuß hin auf einem Ausflug nach Izazu und in das sagenhafte Thal **Le pas de Roland**. Da saß er an einem rauschenden Strom — schreibt er an die Gemahlin —, „dessen Namen man nicht erfährt, weil niemand französisch spricht; alles baskisch; hohe enge Felsen vor und hinter sich, mit allerhand Haidekraut, Farren und Kastanienbäumen“. Erst „mit Sonnenuntergang und Mondenschein“ kehrte er von dort nach Biarritz zurück. „Es scheint, daß ich diesen warmen Strand verlassen muß,“ heißt es am Schlusse dieses Briefes. „Noch kämpfe ich zwischen Pflicht und Neigung, aber ich fürchte, die erstere siegt.“ Wir Deutsche können uns nur unendlich Glück wünschen, daß sein Pflichtgefühl gesiegt hat, und daß Bismarck nicht, mitten in der Lösung der ersten großen nationalen Angelegenheit, sich durch eine von ihm selbst als geringfügig bezeichnete Streitfrage hat bestimmen lassen, seinem ferneren amtlichen Wirken zu entsagen.

Bis zuletzt stellte sich König Wilhelm, trotz Bismarcks Vor-

stellungen, in dieser Frage auf den Standpunkt der technischen Räte, die auch jetzt bei ihrem Widerspruch zähe beharrten. Alles was geschah, war die amtliche Anzeige in Wien, daß vor Bismarcks Rückkehr eine Entscheidung nicht möglich sei. Bismarck, hiervon unterrichtet, verließ darauf alsbald am Mittag des 24. Oktober „das geliebte Biarritz“. Am folgenden Tag ist er in Paris und schreibt von da nach Hause: „Man heuete die Wiesen, als ich in heißer Sonne abfuhr; die Freundschaft geleitete mich bis Bayonne. Früh um 6 kam ich in Paris an, viel Politik, Audienz in St. Cloud, Visiten-Diner bei Drouyn de l'Huys, und jetzt gehe ich müde zu Bett.“ Wegen der Dringlichkeit seiner Anwesenheit in Berlin, verweilte er in Paris nur noch den folgenden Tag und traf am 29. Oktober in Berlin ein.

Unterdessen war aber die Ministerkrisis in Wien bereits eingetreten. Je wahrscheinlicher es war, daß Bismarck nach seiner Rückkehr das völlig unbedenkliche Zugeständnis an Österreich beim König doch noch durchsetzen und damit den Grafen Rechberg im Amte erhalten würde, um so ungestümer setzte der preßgewaltige Herr von Schmerling seine ganze Meute gegen den verhaßten Gegner Rechberg in Bewegung, um diesen zu Fall zu bringen. Wie ein Echo der Schmerling'schen Presse warfen jenem auch die Kollegen im Ministerrate die völlige Unfruchtbarkeit und Ergebnislosigkeit seiner bisherigen Politik vor, während Bismarcks harmloser Reiseaufenthalt in Biarritz und Paris von ihnen dahin gedeutet wurde, der preußische Minister unterhandle dort über ein Bündnis mit Frankreich. Daran war nur das eine wahr, daß Herrn v. Bismarck in Paris Hoffnung auf die französische Unterstützung der preußischen Ansprüche auf die Elbherzogtümer gemacht wurde, äußersten Falles gegen eine kleine Grenzberichtigung. Bismarck aber schnitt alle diese Verhandlungen durch die Bemerkung ab: von König Wilhelm werde auch nicht die Abtretung eines einzigen deutschen Dorfes zu erlangen sein.*) Die österreichische Presse warf dem Grafen Rech-

*) Vitzthum v. Eckstädt, London-Gastein u. s. w. S. 55.

berg außerdem vor, er verhandle mit Bismarck insgeheim über den Umsturz aller konstitutionellen Einrichtungen. Diesen Zeitungssturm entfesselte Schmerling mit voller Wucht, da er meinte, nach Rechbergs Sturz dessen Amt mit einem gefügigen Anhänger besetzen zu können. Und sobald Rechberg, seiner Vereinsamung im Ministerrate sich bewußt, dem Kaiser erklärte, er könne neben Schmerling nicht mehr weiter dienen, der Kaiser möge die Wahl zwischen ihnen treffen, da that auch Schmerling den gleichen Schritt. So wenig nun auch Schmerlings Liberalismus und Preußenhaß dem Kaiser sympathisch waren, so erschien dieser Mann doch zur Leitung der parlamentarischen Geschäfte gegenwärtig unentbehrlich. Rechberg mußte ihm daher geopfert werden. Am 27. Oktober erhielt er die Entlassung. Aber auf seinen Rat wählte der Kaiser zu seinem Nachfolger einen Mann, dessen streng konservative Gesinnung Gewähr für die Fortführung der österreichischen Politik im Sinne Rechbergs bot, auch für Erhaltung des guten Einvernehmens mit Preußen. Es war der bisherige Statthalter von Galizien, Graf Mensdorff-Pouilly, ein auch von König Wilhelm hochgeschätzter Offizier.

Am nämlichen Tage, da Rechberg fiel, am 27. Oktober, ward der Wiener Friede mit Dänemark abgeschlossen und am 30. unterzeichnet. Hier waren nur die im Präliminarvertrag noch offen gelassenen Punkte endgültig zu ordnen gewesen. Gleichwohl hatte sich die Verhandlung infolge der durch Rechbergs sanfte Nachgiebigkeit vielfach ermunterten Hartnäckigkeit der Dänen fast drei Monate lang hingezogen. Die Herzogtümer hatten von der dänischen Gesamtschuld endgültig 29 Millionen Reichsthaler übernommen, deren Verzinsung jährlich eine Million erforderte; Dänemark die übrige Staatsschuld. Die Grenzlinie war in der Weise gezogen, daß Dänemark für die abgetretenen jütischen Enclaven außer dem Amte Ripen noch ungefähr 6½ Quadratmeilen im Süden von Kolding erhielt. Von welchen Gefühlen ein großer Teil der damaligen Bevölkerung Deutschlands beim Abschlusse dieses bedeutsamen Friedenswerkes erfüllt war, lehren zwei Kundgebungen aus jenen Tagen. Am

31. Oktober faßte die Generalversammlung des Nationalvereins zu Eisenach folgende Beschlüsse: „Über die Träger der deutschen Zentralgewalt hat die im Parlament vertretene gesamte Nation zu entscheiden. So lange die freiheitsfeindliche und undeutsche Richtung der Regierungen in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen, fortdauert, ist die Durchführung der Reichsverfassung unmöglich. Es ist die Aufgabe der Vereinsgenossen, den Herzogtümern Schleswig-Holstein in dem Kampfe gegen jede Vergewaltigung zur Seite zu stehen, damit endlich ihnen das bisher mißachtete Recht zurückgegeben werde. Der Nationalverein verwirft auf das entschiedenste die Annexion der Herzogtümer an Preußen als eine schwere Gefährdung der bundesstaatlichen Einigung der Nation." Der 36er-Ausschuß aber offenbarte der am 13. November in einem Rundschreiben an sämtliche schleswig-holsteinischen Vereine seine Auffassung vom Wiener Frieden in folgenden Sätzen: „Ein solches Verfahren der beiden deutschen Großmächte, welches die Willkür und Vergewaltigung Dänemarks nur beseitigt zu haben scheint, um die Gewalt und Willkür unserer Großmächte an die Stelle zu setzen, darf ein ehrliebendes Volk nimmermehr mit Stillschweigen hinnehmen. Da der König von Dänemark ein Recht auf die Herzogtümer nicht besessen hat, so konnte er ein solches auch nicht auf Österreich und Preußen übertragen." Der Friede sei also für das „Volk" von Schleswig-Holstein „ungültig und unverbindlich. Die Nation" habe vielmehr jetzt „das nationale Programm zur sofortigen und unverkürzten Durchführung zu bringen, ohne jede Einmischung Dritter und lediglich nach Maßgabe des Rechts und der Selbstbestimmung des schleswig-holsteinischen Volkes." Den Dank, welchen hier die Männer, die im Namen des deutschen Volkes das Wort führten, dem preußischen Ministerpräsidenten beim Abschluß des Wiener Friedens in harten Worten versagten, bezeigte dagegen der König seinem treuen Ratgeber am 11. November durch Verleihung des Schwarzen Adlerordens.

Inzwischen hatten auch die Herrscher von Österreich und Preußen in eigenhändigen Briefen sich gelobt, daß das Bündnis der beiden

Staaten durch den österreichischen Ministerwechsel unberührt bleiben solle. Mit den besten Vorsätzen trat man also beiderseits an die Ausübung des gemeinsamen Besitzes der im Wiener Frieden erworbenen Länder heran. Aber sofort sollte ich zeigen, daß der durch Jahrhunderte begründete und entwickelte geschichtlich-politische Gegensatz beider Mächte stärker war als die friedlichsten Absichten. Auch auf österreichischer Seite waren diese friedlichen Absichten, die Erkenntnis von der Notwendigkeit, das Bündnis mit Preußen zu erhalten, durchaus vorhanden, und der neue Ministerpräsident Österreichs glaubte wirklich — wie man heute sagen würde — ganz im alten Kurse fortzusteuern. Aber er selbst war ein neuer Mann, ohne alle Erfahrung in der Diplomatie, im Staats-, Völker- und Bundesrecht, in allen diesen Dingen also auf die Feder und Anschauung der schon oben genannten preußenfeindlichen Räte der Staatskanzlei, v. Biegeleben und Genossen, angewiesen. Er war auch nicht, wie Rechberg, mit Bismarck durch ein großes, in einem Jahrzehnt nie getäuschtes Vertrauen verbunden. Im Gegenteil erschienen ihm die Erbstücke, die er von der Verbindung Rechbergs mit Bismarck in dem von ihm angetretenen politischen Inventar vorfand, überall beengend und unbequem. Seiner Meinung nach hatte Graf Rechberg in der dänischen und deutschen Frage alles „gründlich verfahren", indem er die Freiheit der österreichischen Politik Herrn v. Bismarck in die Hand gegeben, sie von dessen Zustimmung abhängig gemacht habe. Diese Meinung hörte Graf Mensdorff tagtäglich von jenen Räten bestätigt, die seine Orakel in all dem fremden Wissen waren, das ihm selbst abging. So schien ihm nichts nötiger, als Österreich wieder den Vollbesitz seiner großmächtigen Freiheit zu verschaffen. Zu diesem Zwecke galt es vor allem, die Verhältnisse der Elbherzogtümer dauernd zu ordnen, und damit das alte gute Verhältnis Österreichs zum „dritten Deutschland" herzustellen. Das mußte ihm leichter fallen als seinem Vorgänger. Denn Mensdorff selbst hatte weder jemals gegen das Erbrecht des Augustenburgers sich ausgesprochen, wie Rechberg, noch auch selbst den Vertrag vom 16. Januar 1864 mit Preußen geschlossen, der die Verfügung über

die Erbfolgefrage in den Elbherzogtümern von der Zustimmung beider deutschen Großmächte abhängig machte. So erhielt denn Herr v. Biegeleben Auftrag, den politischen Standpunkt des neuen Wiener Kabinets nach allen Seiten hin der preußischen Regierung kund zu thun.

Die letzte amtliche Depesche Rechbergs nach Berlin vom 17. Oktober hatte das Verlangen gestellt, Preußen möge, obwohl die Bundesexekution durch die Abtretung der Herzogtümer an die deutschen Mächte im Wiener Präliminarfrieden erloschen und hinfällig geworden sei, doch aus bundesfreundlicher Gesinnung etwa 2000 Mann sächsischer und hannöverischer Truppen im Lande stehen lassen. Da Bismarck erst am 29. Oktober nach Berlin zurückgekehrt war und inzwischen der österreichische Ministerwechsel sich vollzogen hatte, so war Bismarcks Antwort auf diesen seltsamen Antrag noch nicht erlassen. Aber Herr v. Biegeleben hielt sich dabei nicht auf, denn er meinte im Namen des neuen österreichischen Kurses viel weitergehende Forderungen an Preußen stellen zu müssen. Am 12. November hatte er drei Denkschriften für Berlin fertig gestellt, die Mensdorff unterzeichnete, und die Sybel wegen ihrer Umfänglichkeit ironisch „Biegelebens Werke" nennt.

Die erste dieser Denkschriften predigte Preußen „die Tugend der Entsagung". Die preußische Annexion der Herzogtümer sei aus Rücksicht auf Deutschland und Europa, nach dem moralischen und politischen Interesse der beiden Mächte unmöglich. Nachdrücklich wurde hier „auf das persönliche erleuchtete Urteil und die weise Selbstüberwindung des Königs Wilhelm" vertraut. Noch mehr fast als die Annexion widerspreche aber die Gründung eines nur halbsouveränen Staates in den Herzogtümern der heiligen Rechtsordnung des Bundes. Zur See und im Heer könne sich Preußen besondere Vorteile bedingen. Aber wesentlicher Hoheitsrechte dürfe der neue Staat nicht entkleidet werden, sonst beschwöre man die deutsche Frage an Stelle der schleswig-holsteinischen. Österreich würde sonst „die Bundesakte dem preußischen Bündnis opfern." Man müsse also ein selbständiges Schleswig-Holstein gründen. —

Die zweite Denkschrift erörterte die Thronfolgefrage und die Zuständigkeit des Bundestages zu deren Lösung. Diese Befugnis sprach sie dem Bundestage ab. Er habe nur darauf zu achten, daß die Entscheidung nicht gewaltsam, sondern im Rechtsweg erfolge. Der rechtliche Gesichtspunkt sei aber allein auch nicht maßgebend. Denn die Herzogtümer müßten unzerstückelt bleiben. Wenn also keiner der Prätendenten unzweifelhafte Ansprüche auf das Ganze habe, so empfehle sich die Übertragung der Rechte Österreichs und Preußens auf den Bestberechtigten. — Die dritte Denkschrift endlich machte sich die Aufgabe leicht, diesen „Bestberechtigten" zu ermitteln, indem sie die Ansprüche Oldenburgs, wie Sybel sich treffend ausdrückt, „pulverisierte", dagegen „wo es sich um ein ungeteiltes Schleswig-Holstein handelt, Augustenburgs Anrecht als das bessere" bezeichnete. Hierfür rief sie ohne Scheu sogar die Erklärung der beiden Mächte auf der Londoner Konferenz vom 28. Mai an, in welcher von Rechtsansprüchen des Augustenburgers gar nicht die Rede war, sondern nur von dem letzten Grunde der Denkschrift, daß die Einsetzung dieses Prinzen Frieden und Einigkeit im deutschen Bunde wieder herstellen würde.

Neben diesen Predigten über die Tugend der Entsagung und großer sittlicher Entrüstung über die eigennützige und bundeswidrige Politik Preußens betraute man von Wien aus aber auch den Gesandten in Berlin, Karolyi, mit dem geheimen Anerbieten, Preußen die Annexion der Herzogtümer, d. h. nach Biegeleben „das Opfer der Bundesakte für das preußische Bündnis" anzubieten, gegen eine Abtretung preußischen Landes an Österreich. König Wilhelm wies den Vorschlag natürlich unwillig zurück. Ehe „Biegelebens Werke" in Berlin anlangten, hatte Bismarck auch auf das noch unerledigte Ansinnen Rechbergs vom 17. Oktober — die Bundestruppen in Holstein zu belassen — am 14. November Antwort gegeben. Er sagte, dieser Vorschlag ließe sich gar nicht begründen. Beide Mächte seien ja bisher allezeit darüber einverstanden gewesen, daß der Bund kein Recht zur Okkupation, sondern nur zur Exekution gehabt. Jetzt, nach Wegfall der Exekution, könne um so weniger

von Okkupation die Rede sein. Solange die innere Ordnung nicht gestört sei, habe der Bund kein Recht, ein Bundesland militärisch zu besetzen. Österreich und Preußen seien durch den Frieden in denselben Besitzstand eingetreten, der vor Beginn der Exekution vorhanden gewesen sei, den auch der Bund durch Verhängung der Exekution gegen Christian IX. anerkannt habe. Freilich habe der Bund die Prüfung der Erbrechte vorbehalten. Aber dadurch trete die Anerkennung des damaligen Besitzstandes Christians IX. nur um so deutlicher hervor. Die Besitz- und Herrscherrechte Christians IX. seien in vollem Umfange auf die deutschen Großmächte übergegangen. Sie hätten daher das ausschließliche Recht auf die Verwaltung und Besetzung der Herzogtümer, bis es ihnen gefallen werde, agnatische Erbansprüche als ein besseres Recht anzuerkennen wie ihr eigenes. Die Teilnahme des Bundes an der Okkupation dagegen würde eine verfassungswidrige Erweiterung der Bundesrechte gegenüber den Einzelstaaten darstellen.

So peinlich dem Grafen Mensdorff diese Eröffnung und die gleichzeitige telegraphische Meldung Karolyis war, daß Biegelebens inzwischen angekommene Denkschriften in Berlin wenig Beifall fänden, so mußte er doch, nach genaueren Studien der ihm fremden Dinge, am 19. November, zugeben, daß Bismarcks rechtliche Ausführung unangreifbar und die Bundesexekution vollständig erledigt sei. Wir sind daher berechtigt, die Bundestruppen aus Holstein zu entfernen, sagte er. Aber welchen Grund hätten wir dazu? Ihre Anwesenheit läßt doch den nationalen Charakter der ganzen Angelegenheit erfreulich hervortreten. Er hoffe also in diesem Punkte auf Preußens bundesfreundliche Gesinnung.

Bismarck war vor dem Eintreffen dieser Antwort der Gemahlin, deren Gesundheitszustand ihr wieder das Reisen gestattete, nach Stettin entgegengefahren und hatte sie am 17. nach Berlin zurückgeführt, so daß er von nun an wieder mit den Seinigen glücklich vereinigt war. Damit war seinem Herzen große Freude bereitet und sein durch keine häusliche Sorge mehr verdüsterter Sinn konnte sich nun wieder ganz auf das gemeine Wohl und den öffentlichen Dienst

richten. Auf Mensdorffs verwunderte Frage: „Welchen Grund hätten wir dazu, die Bundestruppen aus Holstein zu entfernen?" gab sich Bismarck die einfache Antwort: ihre Anwesenheit ist eine ganz wesentliche Stütze für augustenburgische Umtriebe und für die Einsetzung des vom Bunde begünstigten Erbprinzen. Deshalb handelte der preußische Minister auch genau so, wie Werther es als mutmaßliche Folge der Depesche vom 19. dem österreichischen Minister schon angekündigt hatte. Sofort ließ er nach Dresden und Hannover die Aufforderung richten, die Bundestruppen aus Holstein zurückzurufen. Hannover, dem der Erbprinz äußerst widerwärtig war, gab sogleich seine Zustimmung. Sachsen aber wies das Begehren unbedingt zurück. Herr v. Beust hatte schon am 23. Oktober dem General v. Hake den Befehl erteilt, nur der preußischen Waffengewalt zu weichen und beschönigte seine rechtlose Weigerung mit der Erklärung: von einer Beendigung der Bundesexekution kann deshalb gar keine Rede sein, weil diese von Anfang an in Wahrheit eine Okkupation gewesen ist. Damit gestand er freilich zugleich ein, mit wie gutem Grunde Bismarck dieser gesetzwidrigen Handhabung der Bundesexekution durch Sachsen entgegengetreten war, welche den König Christian IX. als Souverän voraussetzte und fortdauernd für den Augustenburger gewirkt hatte.

Der König und Bismarck waren vollkommen einig, daß diesem Rechtsbruch mit allen Mitteln, selbst mit Waffengewalt, zu begegnen sei. König Wilhelm war entrüstet darüber, daß in einem in seinen rechtmäßigen Besitz übergegangenen Lande eine bundeswidrige Exekutionstruppe sich behaupten wolle. Bismarck schritt sofort zur That. Am 23. schrieb er an Roon: „Lieber Roon, ich lese mit einiger Beunruhigung von unseren Truppen-(rück-)märschen durch Lübeck und Mecklenburg, während die Österreicher zum Teil noch Kolding umschweben. Es wäre sehr bedenklich, irgend einen Moment eintreten zu lassen, in welchem unsere Streitkräfte nicht den vereinigten Bundesgenossen (Österreichern, Sachsen und Hannover) zweifellos überlegen wären. In 8 Tagen kann es auf Kraftentwickelung ankommen, und ich möchte lieber, daß wir uns

lange und zahlreich in Holstein umhertrieben, den Exekutionsser- geanten aus seinen Quartieren aufstören und sie für uns verlangen.“ Roon ordnete darauf unverzüglich an, daß General Vogel von Falckenstein mit seinen Truppen solange in den Herzogtümern stehen bleibe, bis die ablösenden Truppen in gleicher Stärke dort eingetroffen seien. „Für den Fall politischer Notwendigkeit“ könnten auch die kriegsgedienten Mannschaften dort stehen bleiben. Das wurde zwischen den Freunden am 24. vereinbart. Außerdem aber ließ Bismarck eine starke, bei Torgau angesammelte Abteilung gegen das sächsische Gebiet vorrücken. Beust berief darauf die Urlauber zu den Fahnen und ließ die Staatskassen auf dem Königstein bergen; offenbar glaubte er noch nicht, das Preußen Ernst machen werde, oder hoffte, daß Österreich dagegen sein Veto einlegen würde. Aber in Wien hatte Bismarck am 26. November die verfügten militärischen Maßregeln mitgeteilt, sie mit dem preußischen Hausrecht in Holstein einfach und ausreichend begründet, und Österreich aufgefordert, das seit einem ganzen Jahre rechtswidrige Treiben Beusts ernstlich zur Ruhe zu verweisen. In Wien machten diese Ereignisse um so tieferen Eindruck, als auch Karolyi meldete, daß ihm der König selbst den unwiderruflichen Entschluß erklärt habe, sein Hausrecht mit allen Mitteln zu wahren, und dazu besaß Preußen die volle Macht. In dieser großen Sorge machte Graf Mensdorff schon am 26. November den Vermittelungsvorschlag: dem Bundestage mit der amtlichen Mitteilung des Wiener Friedens die Erklärung zugehen zu lassen, dieser Vertrag erledige die Exekution, der Bund sei daher aufzufordern, die Exekutionstruppen zurückzurufen. Bei den Mittelstaaten werde Österreich auf eine günstige Abstimmung einwirken. Bismarck verschmähte nie ein milderes Mittel, wenn ein schneidig-verletzendes nicht eingesetzt werden mußte. Er genehmigte also am 27. Mensdorffs Vorschlag und erließ am 29. an Herrn v. Savigny in Frankfurt die Weisung, sich dem österreichischen Antrag anzuschließen und vertraulich zu verbreiten: wenn der entsprechende Bundesbeschluß binnen drei Tagen nicht fertig sei, so werde Preußen durch seine eigenen Streit-

kräfte die Entfernung der Bundestruppen aus Holstein erzwingen. Am 1. Dezember wurde der Antrag der beiden Mächte eingebracht und schon am 5. Dezember kam er am Bundestage zur Abstimmung. Bayern, sämtliche Sachsen, Thüringer, Braunschweig, Württemberg, Darmstadt und Nassau stimmten dagegen; Luxemberg enthielt sich. Mit neun gegen sechs Stimmen wurde der Antrag also angenommen, und damit der Rückzug der Sachsen aus Holstein verfügt. Preußen hatte so dem Bundestage jede unmittelbare Einwirkung auf die Herzogtümer zu gunsten des Augustenburgers entzogen. Der preußische und österreichische Zivilkommissar, die bisher Schleswig verwaltet hatten, übernahmen nun auch die Regierung Holsteins. Für Bismarcks vorsichtige Zurückhaltung während der Zeit dieses Konfliktes aber ist folgender Vorgang bezeichnend. Roon fragte den Freund am 27. November an, ob das 37. preußische Regiment, das von Mainz nach Posen befördert wurde, den kürzeren und wohlfeileren Weg über Dresden einschlagen solle oder nicht? Bismarck antwortete: „Wir könnten den Durchzug durch Sachsen immer nur in der Form und unter Rubrik einer Gefälligkeit nachsuchen, und die Tonart dazu ist im Register unserer Beziehungen augenblicklich nicht zu finden. Eine andere würde einfach auf Ablehnung stoßen. Ich stimme deshalb nicht für den Durchzug.“ Nach der Bundesabstimmung vom 5. Dezember aber richtete Bismarck am 13. nach Bayern und Sachsen eine sehr ernste Warnung vor der Erneuerung ähnlicher „Tendenzen zur Ausdehnung der Zuständigkeit der Bundesversammlung,“ da diese für das Bestehen des Bundes gefährlich seien, ja mit dem Bruch des Bundes zusammenfallen würden. „Wir sind nicht gewillt, unsere politische Selbständigkeit über das Maß unserer nachweisbaren Bundespflichten hinaus beeinträchtigen zu lassen“, schließt die Depesche, „und würden, wenn den 6 Stimmen der Minderheit vom 5. d. M. noch 2 andere hinzugetreten wären, in den Fall gekommen sein, dem zu Unrecht gefaßten Beschlusse gegenüber, von der uns aus der Verletzung der Verträge erwachsenden Freiheit des Handelns zur Wahrung unserer Rechte vollen Gebrauch zu machen.“

Am 7. Dezember hielt ein Teil der preußischen Truppen, die in Schleswig-Holstein gekämpft, den Siegeseinzug in Berlin. Vor dem Standbild Friedrichs des Großen begrüßte der König die durch Orden Ausgezeichneten mit erhebender Ansprache. Der König gab der Vorsehung die Ehre der Siege, wiederholte den schon vor Düppel ausgesprochenen königlichen Dank und schloß mit den Worten: Wenn der König Euch wieder ruft, so erinnert Euch des Spruchs, den Ihr Alle tragt, und vererbt ihn auf Kind und Kindeskinder: „Mit Gott für König und Vaterland!" Bismarck benützte die festlich-freudige Stimmung des Königs, um aus eigenem edlen Antriebe die Begnadigung eines politischen Gegners, des Redakteurs des Kladderadatsch, Dohm, zu beantragen. Wir wissen, daß das geistreiche Witzblatt, unter der Leitung desselben Mannes, Herrn v. Bismarck schon seit 1849 zur Zielscheibe seiner Angriffe gemacht, daß aber Dohm sich persönlich, bei jeder berichtigenden Vorstellung Bismarcks, als Ehrenmann gezeigt hatte. Nun hatte Dohm wegen Beleidigung der Regentin Karoline von Reuß, einer sehr preußenfeindlichen Dame, fünf Wochen Gefängnis zugesprochen erhalten. Dieses Urteil wurde gegen Ende Oktober rechtskräftig und in der Kladderadatsch-Nummer vom 23. Oktober nahm Dohm in einem Gedichte von der Freiheit Abschied, indem er sagte:

„Denn wenn ich schon fünf lange Wochen brumme,
Dafür hätt' ich — kaum wag ich's mir zu gönnen —
Den schönsten Staatsminister ärgern können."

Am 4. Dezember hatte Dohm etwa vier Wochen seiner Strafe verbüßt, als der Kladderadatsch ein reizendes Bild von Wilhelm Scholz brachte, welches Dohm unter dem riesigen Eisengeflecht einer „Krino-caroline" sitzend darstellte, während ihn die freien Mitarbeiter teilnehmend umstehen. Bismarck erwirkte darauf am 8. beim Könige die sofortige Entlassung Dohms, die er diesem in folgenden eigenhändigen Zeilen anzeigte: „Euer Wohlgeboren benachrichtige ich, daß Se. Majestät der König soeben den Nachlaß der noch nicht abgelaufenen fünf Wochen vollzogen hat; das Amtliche erfolgt auf amtlichem Wege. Abgesehen von der gestrigen

Feier, ist das hübsche Bild der letzten Nummer auf die Entschließung nicht ohne Einfluß geblieben. Darf ich eine persönliche Bitte an diese Mitteilung knüpfen, so ist es die, die arme Karoline nun ruhen zu lassen. Mit vorzüglicher Hochachtung Euer Wohlgeboren ergebenster v. Bismarck."

Die Fortschrittspartei aber, der Dohm angehörte, hatte ihrerseits in der ruhmreichen Zeit des Krieges und der Siege gegen Dänemark, und trotz des Wiener Friedens, der doch alle ihre nationalen Forderungen bezüglich Schleswig-Holsteins über alles Erwarten befriedigte, nichts gelernt und nichts vergessen. Die Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause im Herbst 1864 ergaben wieder eine ungeheure Mehrheit von unversöhnlichen Gegnern der Politik Bismarcks, und wir werden bald erfahren, welchen Gebrauch diese Mehrheit von ihrer numerischen Überlegenheit machte. Einstweilen verfolgen wir die Verhältnisse, die sich aus der österreichisch-preußischen Besitzgemeinschaft der Herzogtümer ergaben. Sie sollten einen neuen Beleg zu der alten sprichwörtlichen Lebenserfahrung der Römer liefern, daß die Gemeinschaft die Mutter des Streites sei.

Um über Preußens Auffassung des Mitbesitzes keinen Zweifel zu lassen, richtete Bismarck am 13. Dezember (außer der früher erwähnten Warnung nach Dresden und München) auch nach Wien zwei Denkschriften, welche zugleich die Antwort auf Biegelebens „Werke" enthielten. In deren einer lehnte Bismarck wiederum jede Erweiterung der Bundesbefugnisse rundweg ab und erklärte Preußens festen Willen, jedem rechtswidrigen Beschlusse des Bundes gewaltsamen Widerstand entgegenzusetzen. „Wir verstehen nicht, wie Österreich es ablehnen kann, die Mittelstaaten als unsere gemeinsamen Gegner, und das Bundesrecht als einen höchst mißlichen Boden für unsere beiderseitigen Interessen zu erkennen. Unsere europäische Stellung und unsere monarchischen Grundsätze verbieten uns, unsere Politik von einer Mehrheit kleinstaatlicher Regierungen abhängig zu machen, welche ihrerseits wieder von ihren kleinstaatlichen Parlamenten geleitet werden." Die zweite Denkschrift betonte:

Österreich habe bisher nie verkannt, daß der rechtliche Besitz der Herzogtümer nur den beiden Mächten gemeinsam zustehe. Preußen sei nun trotzdem nicht abgeneigt, die behaupteten Ansprüche Oldenburgs, Augustenburgs, Brandenburgs zuzulassen und bekenne rückhaltlos, daß es auch die vielfach gewünschte und für die Sicherheit Norddeutschlands vorteilhafte Annexion der Herzogtümer an Preußen nur mit Zustimmung Österreichs vollziehen könne und würde. Ebenso bestimmt aber lehne Preußen seinerseits jede Neuordnung und fürstliche Einsetzung in den Herzogtümern ab, die Preußens Interessen nicht entspräche oder sie gar gefährde. Augustenburgs Einsetzung namentlich würde uns Oldenburg, Hannover und Rußland entfremden. Jedem neuen Landesherrn werde Preußen seinen eigenen Besitzstand in den Herzogtümern nur abtreten, wenn dieser Preußen für die großen Opfer, die es zur Erringung dieses Besitzes gebracht, im gesamtdeutschen Interesse entschädige. Dazu gehöre, daß die Wehrkraft der Herzogtümer, namentlich zur See, für Deutschland nutzbar gemacht, und Handel und Verkehr in die engsten Beziehungen zu Preußen gebracht würden. Die hiefür erforderlichen Bürgschaften seien vor der Einsetzung irgend eines künftigen Landesherrn zu leisten, und gemäß seinen vertrauten Beziehungen zu Preußen werde Österreich die befreundete Macht sicherlich bei der Erlangung dieser Garantien unterstützen, welche die preußischen Fachminister genauer zu formulieren im Begriffe ständen. Österreich solle darüber nach Abschluß dieser Vorarbeiten Mitteilung erhalten.

Am folgenden Tage, dem 14. Dezember, erwirkte Bismarck einen Befehl des Königs, welcher von den Kronjuristen ein Gutachten über die Rechtsansprüche sämtlicher Thronbewerber von Schleswig-Holstein einforderte. Natürlich war das Ergebnis dieser Prüfung ebensowenig bald zu erwarten, als der Abschluß der Vorarbeiten der preußischen Fachminister. In Österreich aber drängte die Ungeduld der Bevölkerung, die Finanznot des Landes, der Ärger der Staatskanzleiräte, kurz alles, auf baldigste Ordnung der Thronfolge in den Elbherzogtümern, d. h. auf die Einsetzung

Augustenburgs. Denn aus einer Fortdauer des jetzigen Zustandes erwartete man unabsehbare Verwickelungen. Deshalb verstimmten Bismarcks Eröffnungen vom 13. Dezember und des Königs Befehl vom 14. in Wien erheblich, und die Antwort Biegelebens vom 21. Dezember verhehlte diesen Unmut nicht. Sie erklärte den Bruch des Bündnisses für unvermeidlich, wenn Preußen auf die österreichischen Forderungen nicht eingehe. Bismarck erkannte, daß eine Fortsetzung dieses Schriftwechsels den Bruch in der That alsbald herbeiführen werde, und da er die Zeit dafür noch nicht gekommen hielt, so brach er den Notenwechsel ab und ließ die Arbeit der Fachminister und Kronjuristen möglichst beschleunigen. Gleichwohl verging darüber und in der gemeinsamen Durchberatung der von den einzelnen Fachministerien aufgestellten Forderungen der Januar und selbst der größte Teil des Februar 1865.

In ganz Deutschland, namentlich aber in Österreich, auch auf Seiten des Kaisers, gab sich über diese lange Verzögerung der Entscheidung die äußerste Ungeduld zu erkennen. Um Preußen anzutreiben und mit der österreichischen Anschauung völlig vertraut zu machen, wurde Karolyi zu Anfang Februar 1865 nach Wien berufen und suchte, nach Berlin zurückgekehrt, eine Audienz bei Bismarck nach, die ihm am 8. Februar gewährt wurde.*) Der österreichische Botschafter begann mit Verlesung seiner Instruktion. Als er zu der Stelle kam: Preußens Absicht scheine auf Verschleppung der Angelegenheit zu gehen, unterbrach ihn Bismarck sofort mit dem Einwand: „Das zeigt, wie falsch man in Wien die Lage auffaßt. Österreich macht uns Vorwürfe, während wir Konzessionen machen.“ — „Konzessionen. Wie so?“ fragte Karolyi erstaunt. — „Es ist ja schon eine Konzession, daß wir überhaupt über eine Veränderung des status quo unterhandeln, der für uns besser ist als Alles, was Österreich uns bis jetzt angeboten hat“, erklärte Bismarck. „Wir könnten erwarten, daß Österreich uns annehmbare Vorschläge machte über das, was an Stelle dieses status

*) Der Inhalt des Gesprächs zum erstenmal mitgeteilt bei Sybel a. a. O. IV, S. 57 bis 61.

quo zu setzen sei. Die Annexion ist etwas Annehmbares, aber Österreich schließt sie ja aus." —

„Aber dieses Provisorium kann doch nicht ewig dauern", warf Karolyi ein; „endlich muß doch einmal ein Definitivum eintreten." — „Warum denn?" fragte Bismarck. „Weshalb könnte unser gemeinsamer Besitz nicht selbst dieses Definitivum sein?" Karolyi fuhr auf. „Übrigens beruhigen Sie sich, wir halten unser Wort, wir werden unsere Bedingungen vorlegen", bemerkte Bismarck weiter. „Aber wir bleiben dabei: Das ist eine Konzession, und wir lassen uns keine Vorwürfe machen, wenn wir es nicht augenblicklich thun. Sehen Sie, wir stehen da vor der Frage der Herzogtümer wie zwei Gäste, die ein treffliches Gericht vor sich haben; der Eine aber, welcher keinen Appetit hat und es nicht verzehren will, verbietet energisch dem Andern, welchen der Leckerbissen reizt, zuzulangen und zu schmausen. So warten wir denn, bis der Augenblick kommt; einstweilen befinden wir uns leidlich wohl in unsrer Lage und werden sie erst ändern, wenn man uns befriedigende Bedingungen bietet."

Karolyi bemerkte darauf, Österreich und Preußen ständen in Deutschland nicht allein. Bayern werde höchstens bis Ende Februar sich abhalten lassen, seine Anträge auf Regelung der Erbfolgefrage der Herzogtümer beim Bunde einzubringen. Österreich werde dann gezwungen sein, sich auszusprechen und sogar seine Korrespondenz mit Berlin vorzulegen, um zu beweisen, daß es nichts verzögert habe. Bismarck entgegnete lächelnd: „Wir werden Euch gerne das Zeugnis geben, fleißige Mahner gewesen zu sein. Die Vorlage der Korrespondenz fürchten wir nicht, denn sie wird dem preußischen Volke zeigen, wer uns an der Wahrung der preußischen Interessen zu hindern sucht. Es ist dagegen sehr die Frage, ob ein Antrag Bayerns, selbst wenn Österreich ihn unterstützt, die Mehrheit erlangen wird. Wenn Ihr aber Bayern nicht zurückhaltet", fuhr er mit erhobener Stimme fort, „so wird daraus Folgendes entstehen: in jedem Falle eine wirkliche Verschleppung der Lösung; denn beim Bunde kann nichts schleunig erledigt werden, und dann würden

wir auch mit unseren Brandenburger Erbansprüchen hervortreten; falls aber Bayern in der That die Mehrheit gewänne, so würde ein Konflikt zwischen Preußen und dem Bunde gegeben sein, den wir nicht scheuen, den Ihr selbst aber so dringend zu vermeiden wünscht. Wir würden dabei unser ganzes Volk in Waffen hinter uns haben; möge man sich hüten, die Sache auf diese Spitze zu treiben!" — „Aber mein Gott, der König von Bayern ist ein souveräner Herr", rief Karolyi, „wir haben kein Mittel, es zurückzuhalten." — „Nun, so laßt es gehen", versetzte Bismarck, „aber bedenkt wohl, welche Stellung Ihr selbst bei der Sache einnehmen wollt. Uns erweckt Bayerns Vorgehen keine Besorgnisse; es könnte höchstens unsere Forderungen steigern. Wir legen in Deutschland nur auf das Bündnis mit Österreich Wert, mit dem starken, wohlbewehrten und konservativen Österreich; nur müssen wir wissen, ob wir ein Österreich Mensdorffs oder Schmerlings vor uns haben. Ein Obsiegen der Tendenzen Schmerlings würde den Bruch zwischen den beiden Mächten notwendig herbeiführen!"

Karolyi fragte nun, ob Bismarck glaube, die preußischen Bedingungen bis Mitte Februar vorlegen zu können? „Vielleicht", erwiderte Bismarck, „aber einen Termin lassen wir uns nicht setzen. Das wichtigste für uns ist die Militärfrage. Die Erfolge des letzten Krieges haben die Sicherheit unserer Nordgrenze nicht verbessert, sondern unsere dortigen Aufgaben vermehrt. In früheren Zeiten gab uns unsere Freundschaft zu dem in europäischen Kriegen stets neutralen Dänemark eine wesentliche Deckung. Jetzt haben wir die durch ihre Lage nach allen Seiten ausgesetzten Herzogtümer zu decken. Bei jedem Angriff von Norden her würden wir zuerst kämpfen müssen." Bei allen künftigen europäischen Krisen werde Dänemark sich zum Angriff aufgefordert fühlen, Österreich sei dann anderwärts beschäftigt, für Preußen werde es also von höchster Wichtigkeit sein, daß Schleswig nicht, wie 1849, im ersten Anlauf genommen würde und mit schweren Opfern wieder erobert werden müsse. „Unter einem selbständigen und deshalb ohnmächtigen Augustenburger Herzog würde das ganz sicher geschehen; wir können dagegen nur durch starke

territoriale Befestigungen und militärische Einrichtungen gesichert werden, welche, in unserer Hand befindlich und organisch mit den unsrigen verbunden, es möglich machen, dem ersten Anprall zu widerstehen. Wenn Österreich so eilig ist, möge es selbst annehmbare Vorschläge zur Abänderung des Status quo machen."

Karolyi erklärte, Österreich dränge, weil der europäische Friede bedroht sei, so lange diese Frage offen bleibe. „Ein großer Irrtum!" rief Bismarck dagegen. „So lange wir einig bleiben, rührt sich keine der Großmächte gegen den Status quo. Nur die Mittelstaaten sind unzufrieden, und möchten sich einmischen, so lange sie auf Österreichs Beistand hoffen. Die übereilte Entscheidung bringt größere Gefahr als die offene Frage. Erfreut Euch doch der Vorteile, welche der gemeinsame Besitz auch für Österreich hat." „Das können wir nicht", schloß Karolyi, „denn die Fortdauer des Status quo wäre gleichbedeutend mit der Annexion". Er knüpfte daran die wiederholte Mahnung: Preußen möge seine Bedingungen bis Mitte Februar vorlegen, sonst müsse Bayern vorschreiten und Österreich zu den Mittelstaaten und zur Bundesmehrheit übergehen. Bismarck hatte schon zuvor erklärt, was dann geschehen werde: „wenn die Mehrheit Partei gegen Preußen nimmt und Österreich sich ihr zugesellt, so ist der Konflikt vorhanden." So endete denn dieses Gespräch — welches wir nach Bismarcks sofortiger Niederschrift und Karolyis Bericht in übereinstimmender Fassung besitzen — statt mit einer Versöhnung, vielmehr mit deutlichster Ankündigung der Fälle, in welchen jeder der zur Zeit noch verbündeten Staaten den Anlaß zum Bruch, zur Anrufung der Waffengewalt finden werde.

Bismarcks Thätigkeit richtete sich nun sofort nach zwei Seiten: den dem Staate Preußen gestellten Konfliktsfall zu vermeiden und alles vorzubereiten, um den Gegnern mit überwiegender Kraft die Spitze bieten zu können, falls diese den Konflikt heraufbeschwören sollten. In der ersteren Absicht betrieb er die Aufstellung der preußischen Forderungen. Am 22. Februar konnte die Botschaft endlich nach Wien abgehen. Preußen forderte darin den Anschluß der Herzogtümer an den Zollverein und das preußische Zollsystem im

11*

Falle der Auflösung des Zollvereins; die Überlieferung des Post- und Telegraphenwesens an Preußen; die Oberaufsicht über den zu bauenden Nord-Ostsee-Kanal und die Abtretung von Friedrichsort, Sonderburg-Düppel, sowie der Kanalmündungen zum Zwecke ihrer Befestigung. Rendsburg müsse Bundesfestung werden mit preußischer Besatzung. Was aber die Hauptsache war, Heer und Flotte der Herzogtümer sollten künftighin einen Teil der preußischen Kriegsmacht bilden, die ganze preußische Militärgesetzgebung in den Herzogtümern zur Einführung gelangen, die Aushebung der Rekruten und Matrosen durch preußische Beamte erfolgen, der Fahneneid an den König von Preußen geleistet werden, diesem in Krieg und Frieden das Recht des Kriegsherren und namentlich auch die Befugnis zustehen, die Truppen der Herzogtümer in preußische Garnisonen zu legen. Begründet waren die Forderungen mit den Erwägungen, die Bismarck am 8. Februar dem Grafen Karolyi mündlich entwickelt hatte, und zum Schlusse wurde bestimmt erklärt, daß Preußen seine Herrschaftsrechte keinem Landesherrn in den Herzogtümer übertragen werde, ehe diese Einrichtungen gesichert seien.

In ganz Deutschland und Österreich riefen diese preußischen „Februarbedingungen" einen Sturm des Unwillens hervor. Österreich lehnte sie in einer gereizten Note vom 5. März rundweg ab. „Alles was Preußen über die Förderung holsteiner und deutscher Interessen vorbringt, müssen wir als unbegründet zurückweisen", hieß es da. „Wir sind bereit, Preußen die Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung, den Kieler Hafen für Preußens Flotten, den Nord-Ostsee-Kanal, den Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein zuzugestehen". Aber mehr nicht. „So lange Preußen die Souveranitätsfrage in der Schwebe läßt, fehlen die Vorbedingungen für die Erörterung spezieller Fragen. Wir schließen daher diese Verhandlungen." So blieb es denn vorläufig beim gemeinsamen Besitz, zum schweren Verdrusse Österreichs, zur vollen Zufriedenheit Bismarcks, der nun auch ohne gewaltsame Mittel den Besitz in endgültiges Eigentum zu verwandeln hoffte. Aber um für alle Fälle gerüstet zu sein, veranlaßte er Roon, von Moltke ein Gutachten

über die Stärke der im Kriegsfall gegen Preußen verfügbaren österreichischen Truppen zu fordern. Mitten in dieser schweren Spannung der beiden Mächte gelang noch ein Friedenswerk. Am 27. Februar kam der Handelsvertrag des Zollvereins mit Österreich zum Abschluß.

Auch Frankreichs Wohlwollen suchte sich Bismarck für alle Fälle zu sichern. Die Berichte des Botschafters Graf Goltz aus Paris lauteten günstig. Bismarck that das Seine, um auch dem preußischen Botschafter in Berlin, dem Grafen Benedetti, der seit dem November 1864 in Berlin beglaubigt war, die Gerechtigkeit und Mäßigung der preußischen Forderungen zu beweisen. Benedetti wird in Deutschland — namentlich infolge der Szenen in Ems vom 13. Juli 1870 — vielfach bei weitem ungünstiger beurteilt, als er verdient. Er gehörte zu jenen französischen Staatsmännern, die, wie Rouher, Thouvenel u. A., ein Zusammengehen Frankreichs mit Preußen und Italien gegen Österreich für die natürlichste französische Politik hielten, ganz im Gegensatze zu dem ultramontanen und österreich-freundlichen Minister Drouyn de l'Huys, der die vom Kaiser selbst ausgehende Berufung Benedettis auf den Berliner Botschafterposten deshalb auch mit offenem Ärger betrachtet hatte. Benedetti zeigte sich auch Bismarcks Eröffnungen über die preußischen Ansprüche an die Herzogtümer sehr zugänglich. Er schien nur überrascht darüber, daß Preußen in Wien so viel zu erlangen hoffe. Er fürchtete, daß Preußen, um dies zu erreichen, bereits eine Gegenkonzession gemacht oder zugesagt habe; dabei dachte er natürlich an die Garantie des österreichischen Besitzes von Venetien durch Preußen. Bismarck konnte ihn darüber vollständig beruhigen. „Ich erklärte ihm, daß sich die Sache gerade entgegengesetzt verhalte," berichtet Bismarck an Goltz nach Paris am 17. Februar. „Wir forderten so wenig, um keine Verpflichtung gegen Österreich übernehmen zu müssen. Diese Forderungen blieben hinter dem zurück, was das eigene Land wünsche und erwarte. Wenn Österreich uns nur diese Forderungen gewähre, so seien wir ihm dafür keinen Dank schuldig. Eine entschiedenere Annäherung an Österreich könne uns nur durch Frankreich selbst zur Notwendigkeit gemacht werden, wenn dieses in

der Frage der Elbherzogtümer und in seiner Haltung zu den Mittelstaaten eine uns feindselige, ja drohende Haltung annehmen sollte. Dann würden wir uns in den Herzogtümern lieber mit wenigerem begnügen, um den guten Willen Österreichs zu gewinnen und unsere Verhältnisse zu den Mittelstaaten leicht wieder herzustellen. Diese Möglichkeit läge aber zu unserer Befriedigung bei Lebzeiten der jetzigen Souveräne Preußens und Frankreichs außerhalb aller Wahrscheinlichkeit." Dem stimmte auch Benedetti eifrig und entschieden bei.

In einem seiner Berichte hatte Goltz ausgeführt, Kaiser Napoleon sei jederzeit bereit, ein Bündnis mit Preußen zu schließen. Darauf stellte Bismarck am 20. Februar dem Botschafter vor, daß die Lage zum Abschlusse eines solchen Bündnisses wohl nicht vorhanden sei, und daß es überhaupt sehr schwer falle, dafür eine Form zu finden. Denn „ein solches Abkommen müßte auf Jahrzehnte hinaus von Einfluß auf unsere und die europäische Geschichte werden." Auch würde sich der König nur im äußersten Notfall dazu entschließen. Außerdem würde der Abschluß eines solchen Vertrages Frankreich befähigen, Preußen jederzeit nach Belieben bei Österreich und Deutschland unheilbar zu kompromittieren und von der französischen Politik abhängig zu machen. Er halte auch „das österreichische Bündnis nicht für ausgenutzt", und glaube, „daß wir, indem wir Wien zwischen der Hoffnung auf unsern Beistand und der Furcht vor dem Übertritt auf Seite der Gegner Österreichs erhalten, bessere Geschäfte machen, als wenn wir Österreich ohne Not zwingen, sich auf unwiderruflichen Bruch mit uns einzurichten. Es scheint mir zweckmäßiger, die einmal bestehende Ehe trotz kleiner Hauskriege einstweilen fortzusetzen, und wenn die Scheidung notwendig ist, die Verhältnisse zu nehmen, wie sie dann sind, als schon jetzt das Band unter allen Nachteilen zweifelloser Perfidie zu zerreißen, ohne die Sicherheit, jetzt bessere Bedingungen in einer neuen Verbindung zu finden als später." Bismarck führte dann zum Schlusse aus: „Die Politik Sr. Majestät hat eine starke Stütze in der Thatsache, daß wir, dank den Umständen, in einem höheren Grade als Österreich in den Herzogtümern Besitzer sind, und aus

dem Besitze selbst immer wachsende Bürgschaften für die Fortdauer desselben gewinnen, und zweitens in dem Entschlusse, das Land nicht zu verlassen, es sei denn, daß wir befriedigt oder mit Gewalt daraus vertrieben werden. Ein Angriffskrieg, zu dem Zwecke, uns zu vertreiben, würde jeder Macht einen schweren Entschluß kosten. Wir wissen bestimmt, was wir wollen: Die Annexion, wenn sie ohne Krieg zu erreichen ist, oder wenn vor der Entscheidung andere Ursachen den Krieg herbeiführen; jedenfalls aber ein Verhältnis, welches die Festungen und Kriegshäfen sowie die Verfügung über die Streitkräfte und andere Rechte in den Herzogtümern in unsere Hand gibt. Für die Differenz dieser beiden Lösungen den Krieg mit europäischen Großmächten aufzunehmen, scheint mir mit dem Werte des Gegenstandes nicht im Verhältnis zu stehen. Gegen die Herabdrückung unserer Ansprüche unter die zweite aber würden wir den Degen ziehen und der vollen Sympathie des Landes sicher sein." Da Napoleon selbst keineswegs zum Abschlusse eines Bündnisses mit Preußen drängte und erklärte, daß er die Annexion der Herzogtümer an Preußen gern sehen würde, so nahm er diese Eröffnungen, soviel ihm daraus Goltz mitzuteilen für gut fand, mit Wohlwollen entgegen. Von dieser Seite drohte also der Politik Bismarcks keine Gefahr. Zunächst stand dagegen nun zur Entscheidung, welche Folgen und Erfahrungen der gemeinsame Besitz der Herzogtümer für Preußen herbeiführen würde.

Als die Zivilkommissare der beiden Mitbesitzer zu Ende 1864 die Regierungsgeschäfte in Schleswig-Holstein antraten, fanden sie hier einen dritten Mitbesitzer vor, den Herzog von Augustenburg. Seine Beseitigung wäre, bei vorhandener Einigkeit der beiden Mächte, sehr einfach gewesen. Bei der vorhandenen Uneinigkeit aber bot seine Anwesenheit der Saat der Zwietracht reichlichste Nahrung. Gerade die Anwesenheit des Prinzen in Kiel, sein staatlicher Hofstaat, der Schwarm von „Ministern", Würdenträgern und Beamten aller Art, die der „Herzog" um sich versammelt hielt, hätte in ruhiger Zeit vor allem die Frage entstehen lassen: wie wird sich das Gedeihen der Herzogtümer unter einem neuen selbständigen Herzog,

wie dagegen unter dem preußischen Szepter gestalten? Preußen besaß die genauesten und unwiderleglichsten Zahlen zur Beantwortung dieser Frage, die Zahlen über die Einkünfte und über die Bedürfnisse des Landes, und säumte nicht, sie bekannt zu geben. Aber die Parteileidenschaften waren viel zu erhitzt, um auf solche Kleinigkeiten zu achten. Hörten wir doch eben noch die österreichische Staatsschrift vom 5. März 1865, welche die preußischen Februarbedingungen ablehnte, erklären: „Alles, was Preußen über die Förderung holsteiner und deutscher Interessen vorbringt, müssen wir als unbegründet zurückweisen.“ So tauben Ohren war schwer Vernunft predigen. In Wahrheit aber stellte sich die Bilanz der Herzogtümer so, daß schon bei den Ausgaben für die Zivilliste des neuen Herzogs, für die Kosten der neuen Zentralbehörden und des Bundeskontingentes von 6000 Mann, für die Verzinsung der Staatsschulden und Kriegskosten (von denen die Preußens 22, die Österreichs 12 Millionen betrugen), endlich für Anschaffung von Heeresvorräten sich ein jährliches Defizit von 4½ Millionen herausstellte. Diese ungeheure Last hätte sich auf eine Seelenzahl von nur einer Million verteilen müssen. Und dabei war für Flotte, Küstenschutz, Hafen-, Kanal- und sonstige öffentliche Bauten noch kein Groschen vorgesehen. Mit einem Truppenbestand von nur 6000 Mann aber war das Land jedem dänischen Einbruch wehrlos preisgegeben. Bei der Annexion an Preußen dagegen hätte dieses die neuen Schulden von 44 Millionen übernommen; die Zivilliste und der größte Teil der Zentralbehörden wären weggefallen, und statt der 6000 Mann hätte das preußische Heergesetz 10,000 Mann im Frieden und 30,000 Kämpfer im Kriegsfall aus den Herzogtümern gestellt, bei einer Belastung von nur 2 Thalern für den Kopf der Bevölkerung. Außerdem war die preußische Kriegsflotte in kräftigster Entwickelung begriffen. Das war sicherlich etwas der Art, was wie „Förderung der holsteiner und deutschen Interessen“ aussah, wenn man es zur Zeit auch in Wien nicht dafür anzuerkennen vermochte.

Von dieser Notlage des Landes bei eigenem selbständigem

Dasein hatte nun die Bevölkerung der Herzogtümer am wenigsten eine Ahnung, da es ihr seit dem Ausbruche des Krieges überaus wohl ging. Denn alle Einnahmen waren, statt nach Kopenhagen zu wandern, dem Lande verblieben und außerdem war alles, was die deutschen Befreier für sich brauchten, bar bezahlt worden, so daß man in der Hamburger Bank 700,000 Thaler hatte zinsbar anlegen können. An den Augustenburger fühlte man sich für immer mit heiligen Eiden gebunden, nachdem er als die irdische Verkörperung der himmlischen Botschaft „Los von Dänemark!" ins Land eingezogen war. Außerdem mißtraute das Volk allen Fremden, es lebte meist in behaglichem Wohlstand und war als deutsches Schmerzenskind seit 1848 wehleidig verwöhnt, so daß ihm z. B. der Gedanke, in preußischen Garnisonen bei grobem Kommißbrot dienen zu müssen, unerträglich erschien. Zu diesen, wenn man so sagen kann, mehr idealen Gründen der Abneigung gegen die preußische Annexion, traten aber auch sehr eigennützig-reale. Preußen würde die Gewerbefreiheit und weitere Handelskonkurrenz einführen, gleichmäßige und gerechte Verteilung der Steuer- und Militärlast, sorgfältigere Ausbildung der Beamten, Verminderung ihrer Zahl und Einkünfte bei größeren Anforderungen an ihrer Leistung. In ganz Deutschland standen solche Dinge sonst obenan im liberalen Programm. Jetzt dagegen jauchzte fast der gesamte deutsche Liberalismus den Freunden Augustenburgs zu, die in Schleswig-Holstein unter seinem Szepter diese auf Kosten des Gemeinwohls seit Jahrhunderten vererbten Mißbräuche zum Nachteil der Armen und Schwachen nun zu verewigen trachteten. Es genügte ja, daß der Großgrundbesitz der Herzogtümer unter Führung von Scheel-Plessen sich im Dezember 1864 für die Annexion an Preußen erklärt hatte, und daß dagegen das an diesen mittelalterlichen Sonderrechten vorzugsweise beteiligte städtische Bürgertum für Augustenburg auftrat, — das genügte, um auch jetzt den „Junker" Bismarck feudaler Tendenzen für überführt zu erachten. Von dem eigensüchtigen Feudalismus des gefeierten holsteinischen Bürgertums hatten diese Freisinnigen keine Ahnung.

Dazu kam nun die überaus rührige augustenburgische Agitation, die alles ächtete, was nicht mit ihr ging, und die sofort nach dem Frieden ihre Umtriebe auch nach Schleswig verpflanzte. Außerdem waren alle Beamten der „Landesregierung“ mit Augustenburgern besetzt, und der preußische Zivilkommissar Zedlitz ließ sich arglos einige Herren dieser Farbe auch für sein Regierungsbureau empfehlen. Österreich hatte bei Beginn des Mitbesitzes der Herzogtümer den stolzen und schneidigen, d. h. entschieden preußenfeindlichen Baron von Halbhuber zum Zivilkommissar erkoren, der sich schon in Jütland der preußischen Heerführung unbequem gezeigt hatte. Jetzt wurde er noch viel ungefügiger. Denn sowie Preußen sich über gröbliche Agitationen der Augustenburger, über freche, selbst den König Wilhelm beleidigende Preßartikel beklagte und Bestrafung forderte, verweigerte Halbhuber rundweg jedes Einschreiten mit der Begründung, daß in Österreich Presse und Vereinsrecht frei seien, und Graf Mensdorff gab jedesmal Herrn v. Halbhuber recht. Bei jeder Gelegenheit zum Einschreiten versagte also der österreichische Mitbesitzer die Zustimmung. Vor den Augen des Volkes bestand in ungetrübtem Glanze nur der dritte Mitbesitzer, der Herzog von Augustenburg und seine landesherrliche Regierung.

Ganz trostlos für Preußen verliefen freilich auch diese sehr ungünstigen Monate des Mitbesitzes nicht. In Flensburg bildete sich schon am 12. Februar eine „nationale Partei“, welche den Anschluß an Preußen in Bezug auf Heerwesen und Diplomatie noch vor Einsetzung eines souveränen Herzogs forderte. Bald darauf wurde selbst in den augustenburgischen Kreisen die Erkenntnis wach, daß es ohne Preußens Hilfe mit dem Schutz der Herzogtümer schlecht bestellt sei, und deshalb ward ein großer Teil der preußischen Februarbedingungen auch hier, nach Einsetzung des Herzogs, zugesagt. Bismarck glaubte diese Stimmungen dahin deuten zu können, daß ein entscheidender Umschwung zu Gunsten Preußens sich hier vollziehen werde, sobald das Land über den Ernst der Lage gründlich aufgeklärt sei. Deshalb wollte er den Versuch wagen, die Landesvertretung der Herzogtümer zu berufen und von ihr die preußischen

Forderungen genehmigen zu lassen. Damit wäre im Lande selbst wie draußen den Umtrieben der Gegner ein Ende gemacht worden. Das waren die bis jetzt gewonnenen Ergebnisse des Mitbesitzes der Herzogtümer. Sicherlich hatte Preußen seinerseits hier das äußerste gethan, um einen Konflikt und Bundesbruch zu verhüten.

Aber die Erhaltung des Friedens hing nicht von Preußen ab. Wir erinnern uns, daß Bismarck am 8. Februar dem österreichischen Botschafter in Berlin erklärt hatte, daß der Bundesbruch und damit die Entscheidung durch Waffengewalt auch gegeben sei, falls Österreich sich einem preußenfeindlichen Mehrheitsbeschlusse des Bundestages in der Frage der Herzogtümer anschließe. Dieser Fall nahte nun heran. Seit Monaten wußte man in Berlin, daß Beust und v. d. Pfordten im tiefen Geheimnis einen Antrag bezüglich der Herzogtümer am Bunde vorbereiteten. Österreich hatte zwar in Berlin treuherzig angezeigt, der Antrag bezwecke weiter nichts, als Auskunft über die Absichten der beiden deutschen Mächte zu erlangen. Statt dessen erfuhr Bismarck jetzt bestimmt, daß der Antrag Bayerns, Sachsens und Darmstadts geradezu die Einsetzung Augustenburgs verlangen werde, und daß Österreich diesem Vorhaben schon im Januar zugestimmt habe, ohne Preußen ein Wort davon zu sagen. Erst am 19. März, kurz vor Einbringung des Antrages beim Bundestage, ließ sich Graf Mensdorff dazu herbei, den Sinn desselben in Berlin mitzuteilen. Derselbe spreche „die vertrauensvolle Erwartung aus, daß Preußen und Österreich den Erbprinzen nunmehr als Herzog einsetzen würden,“ Mensdorff suchte diesen Antrag als gänzlich bedeutungslos, als eine „bloße Ansicht“ darzustellen, und schlug deshalb vor, die beiden Mächte könnten sich der Abstimmung enthalten und die Mittelstaaten ihr Stück allein aufführen lassen. Daß er am nämlichen Tage, da er solches nach Berlin schrieb, auch dem Antrag der Mittelstaaten ausdrücklich zugestimmt hatte, vergaß er zu sagen. An diesem ganzen treulosen Spiel genügte Bismarck schon die eine Thatsache, daß Österreich, unter Verletzung des Vertrages vom 16. Januar 1864, hinter Preußens Rücken mit dessen Gegnern sich verständigt, und trotz der Teilnahme am Wiener Frieden sich an der Anerkennung

der Rechtsansprüche Augustenburgs beteiligt habe. Denn indem der mittelstaatliche Antrag aussprach, daß er der Einsetzung des Erbprinzen „nunmehr“ vertrauensvoll entgegen sehe, setzte er die unbestrittene Anerkennung dieser Ansprüche sogar schon als selbstverständlich voraus. Bismarck war daher sofort entschlossen, am Bunde von alledem, was Österreich wünschte, das Gegenteil zu thun, ferner aber auch die preußenfeindliche Agitation am Bunde mit einer entschlossenen That in den Herzogtümern zu beantworten. König Wilhelm unterzeichnete unterm 24. März eine Ordre an den Marineminister, welche die preußische Kriegsflottenstation von Danzig nach Kiel verlegte, um zu zeigen, daß Preußen sich durch keinerlei Umtriebe sein Verfügungsrecht über die Herzogtümer nehmen lasse. Zugleich wurden Werther in Wien und Savigny in Frankfurt davon unterrichtet, daß Preußen der von Österreich befürworteten Abstimmung über den mittelstaatlichen Antrag im Plenum widersprechen, dessen Verweisung an die Ausschüsse beantragen, und wenn diese Geschäftsbehandlung abgelehnt werden sollte, gegen den Antrag stimmen werde. Als dann Graf Karolyi einige Tage später Bismarck meldete, Österreich habe schon am 19. März den Mittelstaaten zugesagt, für die sofortige Beratung im Plenum zu stimmen, sprach dieser kühl sein Bedauern aus, daß Österreich sich schon gebunden habe, und fügte warnend hinzu: „Wir gelangen damit an einen Scheideweg, von dem ich wünsche, daß er uns nicht zu weit auseinander führen möge; aber so wie die Sachen stehen, lauten unsere Fahrbillets auf divergierende Linien, und wir können für diese Reise nicht in das Coupé steigen, welches Sie bereits mit anderen teilen.“

Wir verfolgen nun in aller Kürze, zunächst den Verlauf der Angelegenheit am Bunde. Hier wurde der Antrag der Mittelstaaten am 27. März eingebracht, und unter Zustimmung Österreichs der Antrag Preußens abgelehnt: jenen Antrag und die Prüfung der gleichzeitig angemeldeten Brandenburger Ansprüche an den Ausschuß zu verweisen. Vielmehr wurde beschlossen, in 8 Tagen im Plenum abzustimmen. Diese Entscheidung fand dann am 6. April mit der-

selben Mehrheit von 9 Stimmen, einschließlich der Österreichs, gegen Preußens Widerspruch statt. Nach Annahme des Antrags erwartete der Bund also „nunmehr vertrauensvoll die Einsetzung Augustenburgs“, während der preußische Gesandte von Savigny in Bismarcks Auftrag erklärte, daß Preußen dieses Vertrauen in keiner Weise erfüllen werde. Auf die Mittelstaaten und deren Anhänger wirkte diese Erklärung sehr niederschlagend. Die augustenburgische Partei aber schöpfte aus der Thatsache, daß Österreich und der Bundestag das Thronrecht des Prinzen anerkannt habe, neue Kräfte zu einer beispiellos gehässigen Agitation gegen Preußen in der Presse und in den Vereinen, und der österreichische Kommissar in Holstein Baron Halbhuber ließ es ruhig geschehen, daß man hier nun unumwunden von „preußischer Usurpation“ und von der „Unverschämtheit“ der preußischen Februarforderungen redete. Letztere lehnte auch der Erbprinz selbst in einer Note vom 31. März jetzt einzeln ab. Zugleich bestärkte Halbhuber die Mitglieder der „herzoglichen“ Regierung ausdrücklich in ihrer feindseligen Haltung, indem er ihnen die Versicherung gab: „Niemand als Herzog Friedrich wird die Herzogtümer regieren, und wenn Preußen Widerstand wagt, so schlagen wir es tot; ganz Deutschland steht auf unserer Seite, und im Augenblick unserer Kriegserklärung überschreitet auch eine französische Armee den Rhein.“ Das Verhängnis der Verblendung, das Dänemark gestürzt hatte, begann auch in Österreich und am „herzoglichen“ Hofe einzuziehen.

Man kann sich denken, wie unter solchen Verhältnissen die Nachricht in Wien wirkte, Preußen habe dem Landtage am 4. April eine Vorlage über Flottenbedürfnisse, darunter auch über die Kosten der Kieler Station gemacht, und Roon habe bei Einbringung der Vorlage im Abgeordnetenhause erklärt: Preußen werde den Besitz des Kieler Hafens niemals aufgeben. Sofort erging am 11. der telegraphische Befehl an Halbhuber, die von diesem und Zedlitz am 3. und 10. ausdrücklich genehmigten und mit Kontreadmiral Jachmann durchberatenen Vorarbeiten zur Aufnahme der preußischen Flotte im Kieler Hafen zu verhindern. Halbhuber sandte diesen Erlaß, ohne

Zedlitz zu fragen, sofort an die Landesregierung und ließ ihn in den Zeitungen veröffentlichen. Zugleich protestierte Mensdorff in Berlin nachdrücklich gegen die ganze Maßregel und gegen jede einseitige Verfügung Preußens vor dem Einverständnis beider Mächte über den künftigen Herrscher. Bismarck antwortete am 17. April kurz und klar: Jeder der beiden Miteigentümer habe das Recht, die Buchten und Häfen des Landes für seine Schiffahrt zu benützen, soweit dadurch das Recht des Genossen nicht verkümmert werde. Durch die preußische Flottenstation in Kiel geschehe das nicht. Roons Erklärung im Abgeordnetenhause besage nur das Österreich längst Bekannte: Preußen werde nie eine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage genehmigen, wobei es nicht im Besitze des Kieler Hafens bleibe. Der König habe den österreichischen Protest daher nur mit hohem Befremden entgegen nehmen können. Noch mehrere stachlige Schriftstücke gingen dann zwischen Wien und Berlin hin und her. Aber dazwischen führte Preußen die Arbeiten in der Kieler Bucht ruhig weiter, und Österreich wagte nicht, thätlich dagegen einzuschreiten.

Die täglich wachsende Unerquicklichkeit dieses Mitbesitzes gebot indes doch dringend mit der Möglichkeit eines Bruches zu rechnen und deshalb Preußens europäische Verhältnisse nach allen Seiten zu sichern. Aus diesen Erwägungen legte Bismarck am 20. April, mit ausdrücklicher Genehmigung des Königs, dem Grafen Goltz in Paris die gesamten Verhältnisse umfassend dar, und ersuchte ihn, genau zu erkunden, ob etwa zwischen Paris und Wien eine Annäherung stattgefunden habe. Ferner sollte Goltz dem Kaiser Napoleon eindringlich vorstellen: Preußen werde alles aufbieten, den Frieden zu erhalten; wenn andere aber das unmöglich machten, so brauche Preußen, bei der Gefährdung Österreichs durch Ungarn und Italien, und bei der unzureichenden Wehrmacht der Mittelstaaten, den Bruch und den Krieg nicht zu fürchten. Am 21. April erhielt auch der preußische Gesandte in Florenz,*) Graf Usedom, Mitteilung von

*) König Viktor Emmanuel hatte infolge eines Vertrages mit Frankreich vom 15. September 1864, gegen das Versprechen Frankreichs, die fran-

dieser Depesche an Goltz und den Auftrag, zu berichten, ob Italien im Kriegsfalle für Preußen gegen Österreich mit eingreifen, ob es zuvor Frankreichs Zustimmung einholen und diese erhalten werde. Der Krieg sei nicht etwa unvermeidlich; im Gegenteil hoffe Preußen den Frieden zu erhalten. Preußen wolle also „nicht etwa schon jetzt Erklärungen der italienischen Regierung provozieren oder in ihre Entschließungen einen Zündstoff werfen, welcher den Frieden vorzeitig gefährden könnte, vielmehr alles vermeiden, was Preußen wider Willen, oder früher als unbedingt nötig, in das Fahrwasser französisch-italienischer Politik hineinziehen“ könne. Usedom solle daher jede aufregende Frage vermeiden und den erteilten Auftrag nur auf Grund seiner Beobachtungen erledigen. Er antwortete schon am 26.: er könne mit voller Sicherheit erklären, daß Italien bei einem ernsthaften Kriege Preußens gegen Österreich sofort mit 250 000 Mann Venetien angreifen werde. Napoleon werde das nicht hindern können noch wollen.*) Goltz berichtete damit übereinstimmend: Napoleon werde Italien freie Hand lassen. Von einer Annäherung desselben an Österreich lasse sich nichts entdecken.

Noch vor Eingang dieser günstigen Berichte hatte Bismarck sein Wort bethätigt, daß die Politik Preußens noch jetzt die Erhaltung des Friedens anstrebe. Er meinte nämlich in der Berufung des schleswig-holsteinischen Landtags ein Mittel zu friedlicher Lösung zu finden, zugleich aber auch ein Organ, das aus dem Bedürfnis des Landes selbst, wenn nicht die Annexion, doch die Zustimmung zu den preußischen Februarforderungen beschließen werde. Die sachkundigsten Leute, Zedlitz in Schleswig, Baron Scheel-Plessen in Holstein, der Gesandte v. Richthofen in Hamburg, selbst der Großherzog von Oldenburg, erklärten freilich diese Annahme für durchaus trügerisch. Der Landtag werde nichts thun, als den Prinzen von

---

zösische Besatzung binnen zwei Jahren aus Rom zurückzuziehen, seine Residenz von Turin nach Florenz verlegt, zum „materiellen Pfande“ dafür, daß nicht Rom die Hauptstadt Italiens werden solle.

*) Das war bei Beratung des Vertrages vom 15. September 1864 in der That ausgemacht worden.

Augustenburg zum Herzog ausrufen, dann bis zu dessen Einsetzung jeden weiteren Beschluß verweigern. Gleichwohl blieb Bismarck bei seinem Sinne und machte am 17. April in Wien den förmlichen Vorschlag, den Landtag der Herzogtümer auf Grund von Neuwahlen nach dem Gesetze von 1848 zu berufen, um diesem die für Preußen unerläßlichen Punkte zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen. An diesen Antrag knüpfte sich ein umfänglicher Schriftwechsel zwischen den beiden Kabinetten, der deutlich zeigte, wie überaschend und unbequem der Vorschlag dem Wiener Hofe war, zumal da ihn Österreich, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des In- und Auslandes, unmöglich ablehnen konnte. Anfangs, in der ersten Antwort vom 27. April, wollte Österreich auf die Berufung des Landtags nur unter der doppelten Bedingung eingehen, daß Preußen allein ohne Österreichs Zustimmung, ihm gar keine Vorlage machen dürfe, und daß weiter alle Beschlüsse des Landtags ohne die Genehmigung des künftigen Herzogs, und des deutschen Bundes mit Bezug auf Holstein, unverbindlich seien. Diese Bedingungen waren für Preußen natürlich schlechthin unannehmbar, da Österreich ja die preußischen Februarbedingungen schon am 5. März unbedingt abgelehnt hatte und demnach seine Zustimmung zur Vorlegung derselben an den Landtag zweifellos versagt hätte. Bismarck stellte das am 7. Mai eingehend dar und erlangte darauf auch das Zugeständnis von Österreich, daß jeder der beiden Zivilkommissare mit den Ständen besonders verhandeln dürfe. Dagegen wies Österreich die andere Forderung schroff zurück, die Bismarck in der Note vom 7. Mai gestellt hatte: gemäß dem von Preußen und Österreich am 31. Dezember 1863 gemeinsam beim Bundestage gestellten Antrag, den Prinzen von Augustenburg aus dem Lande zu entfernen, um die unbeeinflußte Freiheit der Landtagswahlen zu sichern. Am 11. Mai wies Mensdorff jedes Einschreiten gegen Österreichs Schützling entschieden ab. Denn seit dem 31. Dezember 1863 hätten sich die Verhältnisse gänzlich geändert. In Bezug auf Österreichs Stellung zu Augustenburg war das auch vollkommen richtig. Nur konnte Preußen nichts dafür, daß Österreich sich seither drei- oder viermal umgedacht hatte.

Ein Gutes hatte Bismarcks Plan der Berufung jener Landstände: Napoleon spendete ihm begeisterten Beifall, auch v. d. Pfordten. Aber in Schleswig-Holstein selbst erfüllten sich die Weissagungen der dortigen Sachverständigen in bedenklichster Weise. Die augustenburgische Agitation und Presse erklärte nun vollends die Politik Bismarcks für durchaus abgewirtschaftet. Das Organ seiner eigenen Partei, die Kreuzzeitung, klagte täglich, keinesfalls dürfe mit Österreich gebrochen werden. Österreich aber stehe zu Augustenburg, rief die „herzogliche“ Presse jubelnd. Die preußische Volksvertretung versage diesem Minister alles. Das Volk Preußens stehe also auch zu Augustenburg. Bismarcks Berufung des Landtags der Herzogtümer solle seine schiffbrüchige Politik nur noch anständig in den Hafen bringen, dann werde er selbst erklären, dem einmütigen Willen des schleswig-holsteinischen Volkes nicht länger widerstehen zu wollen. Bismarck ließ sich auch durch dieses geräuschvolle Treiben und durch die unvaterländische Haltung der preußischen Opposition — von der bald die Rede sein soll — in keiner Weise irre machen. Noch einmal faßte er am 12. Mai sämtliche Beschwerden gegen Österreich zusammen und ersuchte Werther, zugleich mit ihrem Vortrag zu erklären, daß ein bewaffneter Konflikt bei Fortsetzung des bisherigen Verfahrens unausbleiblich sei. Werther konnte darauf nur berichten, daß Österreich eine Proklamation Friedrichs VIII. durch den Landtag nicht dulden werde und Herrn v. Halbhuber freundlicheres Verhalten in Einzelheiten anbefohlen habe. Aber in den Hauptsachen hielt Mensdorff fest an der alten Stellung.

Nun wußte man damals in Berlin ganz genau, daß Österreich infolge seiner heillosen Finanznot in keineswegs schlagfertigem Zustande sich befand. Ungarn und andere Kronländer standen im heftigsten Widerstreit gegen die rein deutsche Reichsregierung und den deutschen Reichsrat, Schmerlings Schöpfung. Dieser Reichsrat aber besaß die Untugend auch älterer Parlamente, der Regierung die Budgetforderungen zu versagen, in hohem Maße. Freilich war das angesichts des stets wachsenden Defizits des Staatshaushaltes

nicht ungerechtfertigt. Aber andererseits befanden sich Österreichs Heer und Flotte dabei weit unter dem Friedensstand und fast alle militärischen Bauten waren eingestellt. In kurzer Zeit mußte die Finanzkrisis also auch zu einer Minister= und Verfassungskrisis führen, und der gegenwärtige Zeitpunkt war günstig, in Wien ein Ultimatum zu stellen. Bismarck hatte dieses am 19. Mai schon ausgearbeitet und zur Überreichung desselben in Wien den General Manteuffel ausersehen, den der Kaiser Franz Joseph bei dessen früherer Sendung, falls eine Trübung des Verhältnisses eintreten sollte, abermals als Unterhändler gewünscht hatte. Manteuffel hätte der Sendung den denkbar versöhnlichsten Ausdruck gegeben.

Aber der König widerstrebte dem Bruche mit dem geliebten Neffen von Österreich so lang, als es irgend anging. Er berief daher am 29. Mai das gesamte Staatsministerium, den Kronprinzen und Moltke zu einer Beratung unter seinem eigenen Vorsitz. Hier stellte Bismarck die Februarforderungen als das Mindeste, die Annexion als das Wünschenswerte auf. Diese aber könne nur durch Krieg erreicht werden. Indessen sei dieser Krieg (gegen Österreich) früher oder später doch nicht zu vermeiden. „Den Rat dazu können wir jedoch Sr. Majestät nicht erteilen; der Entschluß dazu kann nur aus der freien königlichen Überzeugung selbst hervorgehen. Würde ein solcher gefaßt, so würde das gesamte preußische Volk ihm freudig folgen.“*) Die meisten Minister erklärten sich mit Bismarck einverstanden. In entschiedenen Gegensatz dazu stellte sich nur der Kronprinz, welcher meinte, der Krieg mit Österreich werde Deutschland zerfleischen und die Einmischung der Fremden herbeiführen, und außerdem versicherte, der Erbprinz von Augustenburg sei „durchaus preußisch“ gesinnt. Das widerlegte ihm Graf Eulenburg gründlich, und Bismark erwiderte, ein österreichischer Krieg könne nicht als Bruderkrieg gelten, denn Österreich habe immer das französische Bündnis gesucht und werde es in derselben Stunde annehmen, in welcher Frankreich es bewillige. Ehe der König die

*) Die ganze Beratung eingehend bei Sybel, IV, 121/124.

denkwürdige Sitzung schloß, fragte er noch Moltke: „Was ist die Meinung der Armee?“ „Nach meiner persönlichen Ansicht,“ entgegnete Moltke, „ist die Annexion die einzige heilsame Lösung für Preußen und Schleswig-Holstein. Der Gewinn ist so groß, daß er einen Krieg verlohnt. Auch die Meinung des Heeres geht auf Annexion. Ich halte eine siegreiche Durchführung des Kriegs für möglich; auch die numerische Übermacht am entscheidenden Punkte kann erreicht werden.“ Der König aber behielt sich die Entschließung vor. So blieb es denn vorläufig bei den Februarforderungen und bei dem bisherigen Gange der Verhandlungen.

Bismarck hatte nach den bis dahin gesammelten Erfahrungen nur noch geringen Glauben an die Möglichkeit jener Zweiherrschaft in den Herzogtümern und in Deutschland, die er Österreich immer so warm empfohlen hatte. Er sah den Bruch als unvermeidlich an, sein König aber noch nicht. So fügte er sich und nahm die friedliche Verhandlung wieder auf. Zunächst über die Berufung der Landstände, über die Entfernung Augustenburgs aus Holstein. Aber ohne allen Erfolg. Wie die augustenburgische Agitation in den Herzogtümern, schöpfte eben auch Österreich einen guten Teil seines Widerstandes gegen alle preußischen Forderungen und Vorstellungen aus der Thatsache, daß das preußische Abgeordnetenhaus sich in unversöhnlichen Gegensatz zur Politik Bismarcks stellte und darin behauptete. In Österreich hatte schon die Versagung eines Teils der Reichsbedürfnisse durch das Parlament fast zu einem Zustande der Wehrlosigkeit geführt. Wie mußte also vollends — so erwog man in Wien — die Losung der großen Mehrheit der Volksvertretung auf Preußen wirken: „Diesem Ministerium keinen Groschen!“ Zur Beantwortung dieser Frage haben wir füverst dem Gange der Verhandlungen des preußischen Landtags während der schweren Spannung jener Monate zu folgen.

Der preußische Landtag war schon am 14. Januar 1865 eröffnet worden, also zu der Zeit, da Preußen die Formulierung seiner Forderungen bezüglich der Elbherzogtümer vorbereitete. Die

Thronrede hob hervor, daß es in dem „ereignisreichen Jahre, das hinter uns liegt, gelungen sei, eine Ehrenschuld Deutschlands durch die siegreiche Tapferkeit der vereinten Heere vermittelst eines ehrenvollen Friedens einzulösen". Dabei habe sich „die Ausbildung und Mannszucht des preußischen Heeres, die Zweckmäßigkeit seiner Verfassung und seiner Ausrüstung in dem vorjährigen, durch Ungunst der Witterung und durch den tapferen Widerstand des Feindes denkwürdigen Kriege glänzend bewährt. Es ist der jetzigen Organisation des Heeres zu verdanken, daß der Krieg geführt werden konnte, ohne die Erwerbs- und Familienverhältnisse der Bevölkerung durch Aufbietung der Landwehr zu beeinträchtigen. Nach solchen Erfahrungen ist es um so mehr Meine landesherrliche Pflicht, die bestehenden Einrichtungen aufrecht zu erhalten und auf der gegebenen Grundlage zu höherer Vollkommenheit auszubilden. Ich darf erwarten, daß beide Häuser des Landtages Mich in Erfüllung dieser Pflicht durch ihre verfassungsmäßige Mitwirkung unterstützen werden. Daß die günstige Finanzlage des Staates gestattet hat, den dänischen Krieg ohne Anleihe durchzuführen, muß eine große Genugthuung gewähren." Zum Schlusse sprach der König seinen „dringenden Wunsch aus, daß der Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause obgewaltet hat, seine Ausgleichung finde" und zum dritten Mal in dieser Rede gab der König der Erwartung Ausdruck: „die bedeutungsvollen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit werden dazu beigetragen haben, die Meinungen über das Bedürfnis der verbesserten Organisation des Heeres, die sich in einem siegreichen Kriege bewährt hat, aufzuklären." Die verfassungsmäßigen Rechte des Landtags sei der König zu wahren und zu achten entschlossen. „Soll aber Preußen seine Selbständigkeit und die ihm unter den europäischen Staaten gebührende Machtstellung behaupten, so muß seine Regierung eine feste und starke sein, und kann sie das Einverständnis mit der Landesvertretung nicht anders als unter Aufrechterhaltung der Heereseinrichtungen erstreben, welche die Wehrhaftigkeit und damit die Sicherheit des Vaterlandes verbürgen."

Mit Grund nahmen die Landboten an, daß Bismarck dieser königlichen Rede nicht fremd sei, und das genügte allein schon, um ihnen die Ohren gegen diese dringenden Mahnungen zu verschließen. Aber sie mußten den Minister dennoch hören, wenn sie auch nicht wollten. Am 24. Januar, bei der Adreßdebatte im Herrenhause, sprach Bismarck „in Übereinstimmung mit derjenigen Auffassung, welche die Mehrheit des Hauses von dem inneren Konflikte hat", die bedeutsamen Worte: „Die Grundlage des konstitutionellen Lebensprozesses ist überall der Kompromiß. Auf diese Grundlage weist die preußische Verfassung um so notwendiger hin, als sie, von vielen anderen abweichend, auch in Bezug auf das Budget, die Übereinstimmung der drei Faktoren der Gesetzgebung verlangt. Dieselben sind in betreff des Budgets zwar nicht absolut gleich, aber gleich absolute Gewalten, die neben einander gestellt sind. Keiner von ihnen legt die Verfassung die Verpflichtung auf, sich den beiden anderen oder einer der beiden anderen unterzuordnen. Ebensowenig legt die Verfassung einer der drei Gewalten das Recht bei, ein Sic volo, sic jubeo (‚so will ich, so befehle ich') zu sprechen, bei dem die anderen sich zu beugen hätten." Mit Nachdruck und unter lebhaftem Beifall erklärte er weiter: „Die Herren wollen sich versichert halten, daß in den schwebenden Verhandlungen die diesseitigen Interessen mit Festigkeit vertreten werden, und darf ich die Gewißheit aussprechen, daß das preußische Blut nicht umsonst geflossen sein wird." Nur „die Beobachtung der notwendigen Rücksicht, welche die Öffentlichkeit ihm auferlege", verhindere ihn, mehr zu sagen.

Ganz anders aber als im Herrenhause war die Stimmung im Abgeordnetenhause. Nachdem die preußischen Februarbedingungen bekannt geworden, hielten die Abgeordneten der preußischen Opposition für erlaubt, am 26. März in einer öffentlichen Erklärung, zugleich mit dem engeren Ausschusse der schleswig-holsteinischen (augustenburgischen) Vereine, die volle Verständigung und Übereinstimmung mit dieser augustenburgischen Streitmacht auszusprechen, indem sie das Recht des Augustenburgers und der Herzogtümer,

„alle inneren Angelegenheiten unabhängig zu ordnen, gleich jedem anderen deutschen Bundesstaate“ für „unantastbar“ erklärten, und demgemäß „durchaus unverträglich mit der Selbständigkeit der Herzogtümer“ die von Preußen geforderte Ableistung des Fahneneides an den König von Preußen, die preußische Aushebung, Armeeorganisation, Militärgerichtsbarkeit und -Gesetzgebung in Schleswig-Holstein, die Verwaltung des Zoll-, Post- und Telegraphenwesens durch andere als die eigenen Landesbehörden. Schließlich wurde erklärt: „daß die Bevölkerung Schleswig-Holsteins jeder Vergewaltigung den zähesten Widerstand entgegensetzen wird und im Kampfe gegen solche von dem Rechts- und Ehrgefühl der gesamten deutschen Nation Schutz und Beihilfe erwartet.“

Im Abgeordnetenhause selbst traten diese starken Meinungsverschiedenheiten zwischen der Mehrheit der Volksvertreter und dem Minister erst nach Einbringung der früher erwähnten Flottenvorlage hervor, welche die Mittel zur Einrichtung und Befestigung des Kieler Hafens und des Jahdebusens als preußische Flottenstationen forderte. Bismarck erklärte in der Kommission, welche diese Vorlage beriet: die Regierung habe die feste Absicht, den Kieler Hafen zu erwerben und allein zu besitzen. Sie betrachte den Besitz der Kieler Bucht als Bedingung für jede Verständigung und müsse einen großen Wert darauf legen, daß auch der Landtag sich einstimmig in diesem Sinne ausspreche. Möge man daher den Feldherrnstab über die Mauer werfen. Die Regierung müsse wissen, ehe sie mit aller Entschlossenheit, welche keine Umkehr kenne, auf Kiel losgehe, ob der Landtag hinter der Regierung stehe. Die Kommission verwarf dagegen einstimmig alle Paragraphen der Vorlage und beantragte beim Hause, dem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Genehmigung zu versagen. Für diesen Beschluß traten in der Sitzung vom 1. Juni die Abg. Michaelis und Dr. Löwe als Redner auf. Darauf ergriff Bismarck das Wort. „Nach dem Gesamteindruck der gehörten Reden“, sagte er, „kann ich nur bedauern, daß bei so vielen vorhandenen Punkten des Einverständnisses doch eine Verständigung über die auswärtige Politik zwischen uns stets mißlingt.

Ich bin fast dazu gedrängt, einen ziemlich äußerlichen Grund dafür aufzustellen: es ist die unbefriedigte Neugierde (Heiterkeit auf allen Seiten). Könnten wir uns rechtzeitig klar im voraus über alle Pläne der Zukunft Ihnen gegenüber aussprechen, ich glaube, Sie würden mehr davon billigen, als Sie bisher zu thun sich getrauen. Hätten wir Ihnen vor ein und einem halben Jahre hier offen darlegen können, welchen Zielen wir zustreben, ich glaube, meine Herren Sie würden so viel nicht dagegen eingewendet haben. Der Herr Vorredner hat unserer Politik den Vorwurf gemacht, sie rede zu viel, sie ziele zu lange, sie handle zu wenig und schieße zu spät. Ich bin durch diesen Vorwurf in der That überrascht worden, ich glaubte, er würde uns den Vorwurf machen, wir redeten zu wenig über das, was wir thun wollten. Es hat wohl keine Frage, die öffentliche Meinung in Deutschland in den letzten 20 Jahren so einstimmig interessiert, wie gerade die Flottenfrage. Es waren besonders die liberalen Parteien, die dabei thätig waren. Wir glaubten deshalb, Ihnen mit dieser Vorlage eine rechte Freude zu machen (Heiterkeit)." Dagegen sei der Vorredner nun der Meinung, „daß Preußen zu schwach sei, um diese Last zu tragen, daß sie nur ertragen werden könne, wenn man andere deutsche Staaten in Mitleidenschaft zieht", und zwar „nur durch gutmütige Überredung. Es steht dem (aber) entgegen, daß im allgemeinen in Deutschland partikulare Interessen stärker sind, als der Gemeinsinn. Es steht dem entgegen, daß im allgemeinen das Dasein auf der Basis der Phäaken bequemer ist, als auf der Basis der Spartaner. Man läßt sich gern schützen, aber man zahlt nicht gern, und am allerwenigsten gibt man das geringfügigste Hoheitsrecht zum Besten der allgemeinen Interessen auf. Der Herr Vorredner stellte uns da eine Zumutung, die selbst das geschickteste und gescheiteste Ministerium, wie es in seinem Ideale vorschwebt, und wie er es selbst ohne Zweifel leiten würde (Heiterkeit), nicht zu verwirklichen im stande sein würde, ohne Gewalt anzuwenden."

Michaelis hatte gesagt: „Der Staat Holstein ist noch nicht da, er soll erst konstituiert werden." Man könne also auch kein

Geld dafür bewilligen. Bismarck entgegnete: „Herzog von Schleswig=Holstein und Lauenburg sind Se. Majestät der König und Se. Majestät der Kaiser von Österreich. Die Landesherren beabsichtigen, die Stände ihrer Herzogtümer demnächst zu berufen, um mit ihnen zu unterhandeln. Gelingt es nicht, so werden keine Beschlüsse, keine Proklamationen der Stände, kein einseitiges Vorgehen im stande sein, Preußen aus den Herzogtümern herauszumaßregeln (Bravo! rechts). Zweifeln Sie dennoch an der Möglichkeit unsere Absichten zu verwirklichen, so limitieren Sie die Anleihe dahin, daß die erforderlichen Beträge nur dann zahlbar sind, wenn wir wirklich Kiel besitzen, und sagen Sie: ‚Kein Kiel, kein Geld!‘ Ich glaube, daß Sie anderen Ministern eine solche Bedingung nicht abschlagen würden . . . Sie sind der Meinung: ‚auch in der schleswigschen Frage habe die Regierung, was sie erreicht, nur der Richtung des öffentlichen Geistes und der Zustimmung des Landtags für die Loslösung der Herzogtümer zu danken.‘ Ich konstatiere, daß Sie uns damit die Tendenz, die Herzogtümer loszulösen, zuerkennen; von Ihrer Zustimmung zu etwas, was die Regierung gethan hätte, ist mir (dagegen) nichts erinnerlich. Haben Sie mit der Verweigerung der Anleihe, die wir damals von Ihnen verlangten, Düppel erobert und Alsen (Heiterkeit rechts), dann, meine Herren, habe ich auch die Hoffnung, daß aus Ihrer Verweigerung der jetzigen Anleihe auch eine preußische Flotte hervorgehen werde (Bravo! und erneute Heiterkeit rechts, Unruhe links).

„Die Motive, warum Sie glauben, diese Anleihe ablehnen zu müssen, haben für mich insofern etwas Tröstliches, als ich ersehe, daß Sie Scheu tragen, sie offen auszusprechen. Ich ziehe daraus den Schluß, daß Ihr Vertrauen zur Macht dieser Gründe doch nicht so stark ist, wie es vielleicht sonst war. An einer Stelle des Berichtes ist gesagt: ‚Brächten wir die Frage der Herzogtümer wieder in Verbindung mit unserem Budgetstreit, so würde es aussehen, als wollten wir jene Frage nur als einen Haken zur Wiedergewinnung unseres Budgetrechts benutzen.‘ Ja, meine Herren, es

würde nicht nur so aussehen, sondern es sieht wirklich so aus (Heiterkeit). Was verstehen Sie unter Ihrem Budgetrecht? Die Frage müssen wir uns klar machen. Ich will dazu beitragen, soviel ich kann, indem ich Ihnen meine Auffassung davon entwickele. Sie verlangen eine Änderung mehrerer Artikel der Verfassung (Widerspruch). Wenn das Budgetrecht so verwirklicht werden soll, wie Sie es verstehen, müßte der Art. 62 der Verfassung geändert werden und lauten: ‚Die Entscheidung über das Budgetgesetz steht allein bei dem Hause der Abgeordneten. Seine Entscheidung ist maßgebend. Die beiden anderen Faktoren müssen sich ihm fügen, sobald die Entscheidung feststeht' (Große Unruhe). Nach dem sonstigen Ausdruck der Beschwerden, welche Sie gegen die Regierung haben, würde aber auch, glaube ich, Art. 45 des Zusatzes bedürfen: ‚Die vollziehende Gewalt steht dem Könige zu. Er darf sie aber nicht im Widerspruch mit den Wünschen und Ansichten des Hauses der Abgeordneten ausüben. Er darf auch nur solche Minister halten, die das Vertrauen des Abgeordnetenhauses haben (Unruhe). Besitzen sie dies nicht, so kann ihnen das Vertrauen des Königs nichts nützen. Er muß sie entlassen.' Ich glaube, Sie würden auch mit dieser Verfassungsänderung nicht auskommen. Um Ihnen zu genügen, müßte auch zu Art. 84 eine Vervollständigung hinzugesetzt werden: ‚Die richterlichen Behörden unterliegen der Censur und der Kritik des Hauses der Abgeordneten' (Unruhe). Meine Herren! Es sind vielleicht noch mehrere Änderungen in der Verfassung, die Sie erstreben. Sie können Ihre Ziele mit der preußischen Verfassung nicht erreichen. Sie versuchen diese Änderungen dadurch zu erzwingen, daß Sie in Sachen der auswärtigen Politik das Gemeinwesen schädigen, soweit Sie innerhalb Ihrer Befugnisse vermögen, durch Verweigerung Ihrer Mitwirkung (Widerspruch). Wie Sie sich mit Ihren Wählern darüber abfinden, das ist Ihre Sache; ich glaube, daß das so schwer nicht ist, das Gewähltwerden. Wenn man versprechen kann, so kann man auch gewählt werden (Unruhe).

„In allen Schichten unserer Bevölkerung liegt eine gewisse

Trägheit zur Erfüllung der Pflichten, ohne deren Erfüllung ein großer Staat eben nicht bestehen kann; in allen Schichten dient man nicht gern so lang, als man muß. Geschmuggelt wird fast in allen Ständen, besonders vom weiblichen Teil der Bevölkerung, ich schließe daraus, daß Steuern nicht aus Patriotismus, sondern aus Zwang bezahlt werden. — Ich kann doch nicht leugnen, daß es mir einen peinlichen Eindruck macht, wenn ich sehe, daß Angesichts einer großen nationalen Frage diejenige Versammlung, die in Europa für die Konzentration der Intelligenz und des Patriotismus in Preußen gilt, zu keiner anderen Haltung, als zu der einer impotenten Verneinung sich erheben kann. Es ist dies, meine Herren, nicht die Waffe, mit der Sie dem Königtum das Scepter aus der Hand winden werden, es ist auch nicht das Mittel, durch das Ihnen gelingen wird, unseren konstitutionellen Einrichtungen diejenige Festigkeit und weitere Ausbildung zu geben, deren sie bedürfen (Bravo! rechts. Zischen links)."

Am folgenden Tage, dem 2. Juni, nannte der Abg. Dr. v. Bunsen die Politik Bismarcks in einer herben Kritik „in wesentlichen Punkten erfolglos, leidlich inkonsequent und springend, unleidlich schroff und im Dunkeln tappend." Zum Beweise dafür bezog sich der Redner auf dänisches und augustenburgisches Preßgeschwätz, das Bismarck in seiner Antwort als „erfunden und erlogen" erklärte. „Namentlich ist vollständig erlogen, daß ich jemals gesagt hätte, Flensburg sei eine dänische Stadt. Ich halte Flensburg für eine deutsche Stadt, und selbst wenn es eine dänische Stadt wäre, so würde ich es nicht herausgeben (Heiterkeit). Der Herr Vorredner klagt über das Bangen und Hangen in Erledigung des letzten Zehntels der holsteinischen Frage. Ich kann Ihnen versichern, daß das Bangen wenigstens nicht auf unserer Seite ist. Aber das letzte Zehntel steht für Preußen ungefähr in dem Verhältnisse, wie die Ernte zu der Zeit, die das Getreide braucht von der Saat bis zur Reife."

Der Abg. Dr. Gneist sagte hierauf, der verstorbene Führer der Kreuzzeitungspartei Dr. Stahl habe einmal ausgesprochen, die

Theorie Bismarcks bei Auslegung des Budgetstreit-Artikels 99 der Verfassung sei eine „unverständige Reaktion", ein Urteil, mit dem der Redner übereinstimme. „Ich will darüber nicht weiter mit ihm (dem Abg. Dr. Gneist) rechten", entgegnete Bismarck in persönlicher Bemerkung, „ich will nur sagen, daß die Reaktion immer eine Folge der Aktion ist: wie die Aktion ist, so wird auch die Reaktion sein; wie man in den Wald hineinschreit, so schreit es wieder heraus (Heiterkeit); gegen eine verständige Aktion wird auch nur eine verständige Reaktion erfolgen können. (Große andauernde Heiterkeit)."

Der Abg. Virchow benutzte das Schlußwort als Berichterstatter der Kommission zu den schwersten Angriffen gegen Bismarck und dessen „Unfähigkeit". Insbesondere sagte er: er wisse in der That nicht, was er von Bismarcks Wahrhaftigkeit denken solle. Dieses Wort bewog Bismarck hauptsächlich zur Erwidederung. Er sagte: „Die Kritik des Herrn Vorredners über den Wechsel unseres Verfahrens kritisiere ich lediglich mit einer einzigen Phrase, die er selbst gebraucht hat. Er hat uns vorgeworfen, wir hätten, je nachdem der Wind gewechselt, auch das Steuerruder gedreht. Nun frage ich, was soll man denn, wenn man zu Schiffe fährt, anderes thun, als das Ruder nach dem Winde drehen, wenn man nicht etwa selbst Wind machen will. Das überlassen wir Anderen. Ich habe das Wort aber nicht deshalb ergriffen, sondern um einen Ausfall gegen meine Person von ganz spezifischem Charakter zu beantworten. Der Herr Referent hat lange genug in der Welt gelebt, um zu wissen, daß er denjenigen, gegen den man den Zweifel an seiner Wahrheitsliebe gerichtet hat, zwingt, daß er sich persönliche Genugthuung fordert. Ich frage Sie, meine Herren, wohin soll man mit diesem Tone kommen? Wollen Sie den politischen Streit zwischen uns auf dem Wege der Horatier und Curiatier erledigen? (Heiterkeit. Widerspruch links.) Es ließe sich davon reden, wenn es Ihnen erwünscht ist (Heiterkeit)." Und wie begründet Virchow seine Anklage? „Um zu beweisen", daß Bismarck etwas Unrichtiges gesagt, „liest er alle die schönen Worte

vor, die die Kommission in dem Berichte für die Flotte gemacht hat, während doch der Schluß lautet, Geld geben Sie nicht. Ja, meine Herren, wenn Worte Geld wären, dann hätten wir der Freigebigkeit, mit der Sie die Regierung behandeln, nur unsere dankbare Bewunderung zu zollen (Heiterkeit)."

Die „Heiterkeit", welche diese Worte begleitete, war schlecht am Platze, denn Bismarck sah die Sache sehr ernst an. Nach einer ausweichenden Antwort Virchows schloß er eine kurze persönliche Bemerkung mit der scharfbetonten Warnung: „Es wird mir lieb sein, wenn ich diese Beleidigung im stenographischen Bericht nicht wiederfinde!" Als aber Virchow darauf entgegnete: „Davon kann ich nichts zurücknehmen", sandte ihm Bismarck am folgenden Tage durch den Hauptmann v. Puttkamer eine Forderung auf Pistolen. Georg v. Vincke hatte sich, wie früher erzählt wurde, nach keiner so schweren Beleidigung der Forderung Bismarcks gestellt. Herr Virchow dagegen hielt dies nicht für nötig. Im Jahr 1848 war das geflügelte Wort entstanden: „Ein Volksmann braucht nichts zu zu beweisen." Bei dem gegenwärtigen Ehrenhandel sollte ein neues demokratisches Grundrecht errungen werden: „Ein Volksmann braucht für von ihm verübte Ehrverletzungen nicht mit seiner Person einzustehen." Das war der kurze Sinn des Antrags, den Virchows Freund Forckenbeck am 8. Juni 1865 im Abgeordnetenhause einbrachte: „In Wahrung der Rechte und Freiheiten des Hauses einen Beschluß herbeizuführen, der dem Abg. Virchow die Annahme der Forderung des Ministerpräsidenten v. Bismarck verbiete." Selbst der fortschrittlichen großen Mehrheit des Hauses erschien ein solcher Beschluß aber doch zu bedenklich. Er unterblieb also. Doch sprach der Präsident seinerseits „die dringende Erwartung aus, daß der Abg. Virchow in dem vorliegenden Falle nur dem nachgehe, was er als parlamentarischer Mann nach der Geschäftsordnung und nach der Verfassung dem Hause selbst schuldig sei." Diese dreifache Richtschnur führte natürlich überall möglichst weit ab von Bismarcks Pistole. Das Duell unterblieb. Roon vermittelte, nachdem Bismarck auf eine schriftliche oder mündliche Genugthuung von

seiten dieses Gegners gern verzichtet hatte, wie Herr Virchow am 17. Juni im Abgeordnetenhause noch öffentlich zu erklären sich gedrungen fühlte.

Wir kehren nach Darstellung dieses Zwischenfalles zur Hauptsache zurück. Das Abgeordnetenhaus verwarf die Flottenforderung der Regierung mit den höhnischen Worten: Es „befinde sich nicht in der Lage, dem gegenwärtigen Staatsministerium, welches das verfassungsmäßige Budgetrecht des Abgeordnetenhauses thatsächlich mißachtet, Anleihen zu bewilligen.“

Die Losung: „Diesem Ministerium keinen Groschen!“ wurde in jedem Worte bethätigt. Auch die ganz selbstverständliche, und wie man hätte meinen sollen von keinem urteilsfähigen Manne irgendwie zu beanstandende Forderung der Regierung auf Genehmigung der für den siegreichen Krieg gegen Dänemark bestrittenen baren Kosten und Auslagen wurde vom Abgeordnetenhause am 13. Juni abgelehnt. Aber diese Verhandlung zeigte zum erstenmal einen Bruch in dem Ringe der Fortschrittspartei. Berichterstatter der Kommission war diesmal Twesten. Trotz allen persönlichen Mißtrauens gegen Bismarck hatte der wackere Mann schon bei dem Heereskonflikt, wie wir sahen, eine Versöhnung versucht. Jetzt war er als Berichterstatter der Kommission eigentlich verpflichtet, deren die Regierungsvorlage rundweg ablehnenden Beschluß zu vertreten. Aber nach Beendigung der Kommissionsberatungen ging noch ein Antrag seines Freundes Michaelis ein, welcher „eine unlösliche Verbindung der Elbherzogtümer mit Preußen, den Schutz der Nordgrenzen Deutschlands, die Entwickelung einer Achtung gebietenden Marine in Preußens Hand und die zu diesem Zwecke nötigen territorialen, finanziellen, maritimen und militärischen Vorbedingungen“ verlangte. Dieser Antrag unterstützte also durchaus nicht die Absicht des Ausschusses, wohl aber die allgemein bekannten Absichten und Pläne Bismarcks. Und zum größten Erstaunen, ja Entsetzen aller Unversöhnlichen der eigenen Partei, erklärte sich deren erwählter Berichterstatter Twesten plötzlich für den Antrag Michaelis. Wir können die entrüsteten Reden, die nun gegen ihn und Bismarck

gehalten wurden, übergehen. Die Bresche, der Zwiespalt in dem bröckelnden Gemäuer der Fortschrittsfeste, war eben doch einmal vorhanden und klaffte bei jedem weiteren Vordringen Bismarcks immer weiter auseinander. Wir greifen die Hauptsätze aus der Rede, die Bismarck am 13. Juni 1865 hielt, in Entgegnung auf die leidenschaftlichen Angriffe Waldecks, der sich streng auf den unbedingt verneinenden Standpunkt des Ausschusses gestellt hatte. Bismarck beleuchtete die Einsicht seiner Gegner zunächst durch eine behagliche wörtliche Anführung ihrer früheren Beschlüsse in der dänischen Frage, und durch den Nachweis, daß von diesen Weissagungen und Befürchtungen, Dank seiner eigenen Politik, überall das Gegenteil eingetroffen sei. Aber er war weit entfernt davon, sich selbst die erreichten großen Erfolge beizumessen. Vielmehr sagte er: „Ich glaube, Sie würden das (Ihnen mangelnde) Vertrauen zu den Personen, welche die preußische Politik leiten, gehabt haben, wenn Sie sich deutlich vergegenwärtigt hätten, daß die Person, welche die auswärtige Politik des preußischen Staates leitet, Se. Majestät der König ist, sowohl verfassungsmäßig als auch thatsächlich (Sensation). Hätten Sie sich das klar gemacht, so, sage ich, würden Sie das Vertrauen gehabt, und dieses Vertrauen würde Sie nicht getäuscht haben. Denn die Resultate, die Sie wünschten, sind erreicht, nur nicht auf den Wegen, die Sie eingeschlagen zu sehen wünschten. Doch halte ich es für unfruchtbar, über die Vergangenheit weiter zu konjekturieren und zu kritisieren. Die Frage, über die ich hier einen Ausspruch des Hauses noch mehr als über die finanzielle erwartet hätte, ist die politische, die Frage der Gegenwart und Zukunft. Diese Frage nun, die seit zwanzig Jahren in dem Vordergrunde des deutschen politischen Interesses gestanden hat, harrt gegenwärtig der Lösung. Sie, meine Herren, sind durch die Vorlage der Regierung in die Lage gesetzt, sich zu äußern. Das Land hat ein Recht zu erfahren, was die Meinung seiner Landesvertretung über die Sache sei. Sie haben Gelegenheit zu sprechen; diplomatische Bedenken stehen Ihnen nicht im Wege. Es gibt thatsächlich keine andere Politik als diejenige, welche die vom König eingesetzte

Regierung betreibt. Bekämpfen Sie diese Politik, so bekämpfen Sie die Politik Ihres eigenen Vaterlandes im Bunde mit dem dem Vaterlande gegenüberstehenden Auslande." (Widerspruch und Unruhe, besonders links).

Der Abg. Loewe faßte diese Worte so auf, als wolle der Ministerpräsident die Fehler seiner Politik auf die Krone abwälzen. Bismarck entgegnete, er begreife nicht, „welche seiner Äußerungen zu diesem Mißverständnis Anlaß gegeben haben könnte." Der König betreibe nach seinem verfassungsmäßigen Recht die Politik selbst. „Würde etwas befohlen, was ich nach meiner Überzeugung mit dem Wohl des Landes unverträglich fände, so würde ich meinen Abschied nehmen. Aber nicht für unsere Fehler habe ich die Verantwortung ablehnen wollen, sondern ich habe das Verdienst einer tapferen und konsequenten Politik — ich würde nicht so ruhmredig davon sprechen, wenn es meine eigene Politik wäre — dieses Verdienst und Ihr Vertrauen habe ich Sr. Majestät dem Könige vindicieren wollen. Sollte es aber einmal dazu kommen, die Folgen solcher Fehler zu tragen, so kann ich dem Herrn Abg. Loewe versichern, daß er mich auch im schlimmsten Falle vor dem Throne finden wird; ob ich dann ihn davor finden werde, ist mir zweifelhaft. (Bravo! rechts. Zischen links.)"

Natürlich wurde der Antrag der Regierung und der vermittelnde Antrag Michaelis abgelehnt, wie bereits berichtet wurde. Damit war alles versagt, was die Regierung gefordert hatte: die Kosten für den ruhmreichsten Krieg, den Preußen seit der Erhebung gegen Napoleon geführt hatte, die Mittel zur Sicherung der bedeutsamen materiellen Erfolge, die diesmal über jene der Freiheitskriege weit hinausgingen. So war denn das herbe Urteil vollkommen begründet, welches die von Bismarck im Auftrag des Königs bei dem Schlusse des Landtags am 17. Juni verlesene Rede über die Haltung des Abg.-Hauses fällte: „Zu vollen und durchgreifenden Ergebnissen hätte das Zusammenwirken der Volksvertretung mit der Regierung nur dann führen können, wenn das Wohl des Vaterlandes oberstes Gesetz und höchste Richtschnur für alle Parteien ge-

blieben wäre. So ist es nicht gewesen. Das Abg.-Haus hat Forderungen verweigert, welche die Staatsregierung stellen mußte; es hat Beschlüsse gefaßt, welche die Regierung nicht ausführen kann. Statt mit der ersehnten Verständigung schließt die Sitzung abermals unter dem Eindruck gegenseitiger Entfremdung der zum Zusammenwirken berufenen Kräfte."

In grimmigem Zorn mußten die vor dem verhüllten Throne versammelten Volksboten diese herbe Verurteilung ihrer Thaten schweigend hinnehmen. Wir werden später erfahren, in welch ungehöriger Weise der fortschrittliche Präsident Grabow bei Eröffnung der ersten Landtagssitzung von 1866 sich dafür rächte. Für jetzt aber dienen uns die soeben wort- und aktentreu geschilderten Scenen des preußischen Landtags von 1865 zur gerechteren Würdigung Bismarcks. Das leidvolle Schicksal, welches jedem Menschen in höherem Alter beschieden ist, mit dem Besten, was er in sich trägt, zu vereinsamen unter den jüngeren Geschlechtern, dieses Schicksal ist dem genialen Menschen schon in der Vollkraft seines Schaffens zugemessen. Einsam wandelt er seine Bahn schon in jungen Jahren. Denn ihn drängt es, schon vor dem Frührot aufzusteigen, da die Massen noch schlafen, einsam emporzuklimmen dahin, wo Erde und Himmel sich berühren, und droben an dem Firngrat menschlicher Gesichtsweite aus der reinsten und ersten Quelle zu schöpfen, kalt und klar, in der fühlbaren Nähe des Gottes, der ihn beseelt und antreibt. Keinen Lorbeer kann er da oben pflücken, wohl aber Edelweiß. Doch selten versagt das dankbare Volk dem einsamen Pfadfinder seiner Bahn den Lorbeer der Niederung, wenn der kühne und begeisterte Bahnbrecher dem Volke eine Fülle köstlicher Früchte und Gaben seines Wagnisses in den Schoß wirft. Bismarck hatte das mit seiner Politik gegen Dänemark gethan und vollbracht. Über alles Erwarten hinaus hatte er die heißen Wünsche Deutschlands befriedigt. Nicht bloß im steten Kampfe mit dem Ausland und mit Österreich, sondern auch mit Deutschland und der preußischen Volksvertretung. Gleichwohl versagten ihm auch diese jede Anerkennung, jede Bürgerkrone, selbst jeden Siegespreis. In die Herzen der besten Menschen

pflegt sich nach solchen Erfahrungen ein grausamer Stachel einzugraben, dessen Schmerz zur Menschenverachtung und zur Rache an den Peinigern reizt. In Bismarcks großer Seele vermochte dieser Stachel nicht zu haften. Vielmehr war das erste Wort, das er, von dem hohen Gipfel seiner Siege und Erfolge aus sprach, das Wort der Versöhnung, der Indemnität!

Viertes Kapitel.

Bismarcks Politik bis zum Vertrage von Gastein (14. August 1865) und nach Abschluß des Vertrages. Bismarck vor der Entscheidung (Januar 1866).

Wir verließen die Unterhandlungen der beiden Mitbesitzer der Herzogtümer an dem Punkte, da ihre Einigung über die Berufung eines schleswig-holsteinischen Landtags nicht gelingen wollte. Am 5. Juni 1865 schrieb Graf Mensdorff endlich an Karolyi, die Berufung dieses Landtags sei völlig überflüssig, ja gefährlich, wenn die deutschen Großmächte einig seien. Dazu sei nur nötig die baldige Wahl eines Souveräns — Augustenburg sei Österreich der liebste, es wolle aber auch die Oldenburger Kandidatur erwägen — und die Entscheidung über die preußischen Februarforderungen. Dieses Schreiben ließ Karolyi in Bismarcks Händen. Letzterer war höchst erstaunt, daß Österreich auf die preußischen Februarforderungen zurückkam, über die es am 5. März die Verhandlungen schroff und trotzig geschlossen hatte. Aber der deutsche Staatsmann vergaß jene schroffe Abweisung gern über der neuen entgegenkommenden Regung Österreichs, und antwortete am 16. Juni freundlich. Nach weiteren Annäherungen in einer Depesche Mensdorffs vom 24. Juni und in Bismarcks Erwiderung vom 3. Juli standen sich beide Mächte freundlicher gegenüber, als in irgend einem früheren Zeitpunkt seit dem Wiener Frieden. Österreich hatte sich nämlich willig erklärt, die preußischen Forderungen durch den Bund

und den künftigen Landesherrn genehmigen zu lassen. Preußen aber war jetzt bereit, die von ihm bisher stets abgelehnte Mitwirkung des Bundestages selbst anzurufen. Freilich nur für den Großherzog von Oldenburg als Landesherrn. Den Augustenburger schloß es jetzt unbedingt aus. Auch König Wilhelm hatte sein geduldiges Wohlwollen dem Prinzen völlig entzogen. Denn unerträglich war ihm, daß der Erbprinz, der als preußischer Offizier und schlesischer Grundbesitzer des Königs Unterthan war, in den Herzogtümern gegen das Recht seines Königs dreister als je den Landesherren spielte. Auch noch in den letzten versöhnlichen Stadien der Verhandlung mit Wien hatte Bismarck die Entfernung des Erbprinzen aus Holstein als erste Voraussetzung der Verständigung gefordert. Darauf erging fast gleichzeitig an den Prinzen ein hierauf bezüglicher wohlgemeinter Rat aus Wien und ein eigenhändiges gnädiges Privatschreiben des Königs Wilhelm. Aber der Prinz lehnte die Aufforderung gemessen ab und ließ gleichzeitig in der Kieler Zeitung veröffentlichen: Der „Herzog Friedrich“ sei entschlossen, das Land nicht zu verlassen, auch wenn Österreich und Preußen das wünschen sollten. Noch heftiger geberdete sich das augustenburgische Hoforgan, die „Schleswig-holsteinische Zeitung“ in Altona, die sich, wie spätere Beschlagnahmen ergaben, auch der stillen Mitarbeiterschaft des österreichischen Zivilkommissars Halbhuber erfreute. General Herwarth sandte Artikel dieser Zeitung ein, die den König selbst beleidigten, und meldete gleichzeitig, daß das ganze Land am Geburtstag des Prinzen, dem 6. Juli, dem „Herzog“ große Feierlichkeiten in Nienstädten bei Hamburg bereiten werde, wo er Sommeraufenthalt genommen hatte.

König Wilhelm empfing diese ärgerlichen Nachrichten in Karlsbad, wohin er sich am 21. Juni zur Kur begeben hatte. Bismarck folgte ihm dahin am 25. Juni. Für den strengen Rechtssinn des Königs ward aber von besonderer Bedeutung, daß eben in diesen Tagen, da der Prinz mit verwegenen und verwerflichen Mitteln seine Landeshoheit gegen Preußen ausspielte, vom preußischen Justizminister das Gutachten der preußischen Kronjuristen eingesandt wurde,

welches dem „Erbprinzen" jeden Anspruch auf die Thronfolge in den Herzogtümern aberkannte.*) Die Männer, die dieses Gutachten verfaßt hatten, waren nach ihrer bürgerlich-richterlichen Stellung jedem sie befangenden Einfluß mindestens ebenso unzugänglich, wie irgend ein Professor der 16 Juristenfakultäten Deutschlands, die sich in wunderbarer Einmütigkeit seit dem November 1863 für das Erbrecht des Augustenburgers ausgesprochen hatten. Auch an wissenschaftlicher Bedeutung standen die vier im Kronsyndikat mitwirkenden Professoren und Referenten Heffter, Homeyer, Daniels und Bauerband keinem der für Augustenburg gutachtenden Kollegen nach. Und auch die Gründlichkeit ihrer Arbeit gab rühmliches Zeugnis von ihrer gewissenhaften Pflichttreue. Denn Heffters Bericht allein, der nur das Thronfolgerecht in Schleswig-Holstein untersuchte, überschritt 400 Folioseiten und gelangte zu dem Ergebnis, daß nach dem Tode des noch lebenden Vaters des Erbprinzen, der im Jahre 1852 auf jede Thronfolge in den Herzogtümern verzichtet hatte, die Ansprüche seines Sohnes allerdings zu berücksichtigen seien. Allein die weit überwiegende Mehrheit der Kronjuristen, 17 gegen 1, gelangte zu völlig anderem Ergebnis. Sie erklärte durch das Thronfolgegesetz von 1853, das auf Grund jenes augustenburgischen Verzichtes erlassen war, alle augustenburgischen Ansprüche für erledigt, da der Vater am 30. Dezember 1852 hinter König Christian und dessen männliche Nachkommenschaft zurückgetreten sei, und König Christian sein Land an Preußen und Österreich abgetreten habe. Noch niemals sei im Völkerrecht zum Friedensschluß und zur Landabtretung eines Herrschers die Züstimmung der lebenden Regierungsanwärter erfordert worden. Hier sei außerdem der alte, noch lebende Herzog von Augustenburg nur durch die Vermittelung des Königs Friedrich Wilhelm IV. und Bismarcks dem Schicksal entgangen, als Hochverräter gegen Dänemark seine ganze Habe einzubüßen. Seine Söhne hätten um das Abkommen gewußt, das ihm die große Geldentschädigung gegen den Verzicht auf jede Thronfolge zusprach.

*) Das Gutachten ist ausführlich behandelt bei Sybel, IV, S. 138—144, hier dagegen nur in dem Hauptergebnis mitgeteilt.

Mit elf gegen sieben Stimmen wurde also entschieden, daß der Erbprinz auch nach dem Tode seines Vaters keinen Anspruch auf die Thronfolge der Herzogtümer habe. Dieses Gutachten, dem auch Bismarck beistimmte, stellte sich entschlossen auf den Boden des modernen Staats- und Völkerrechtes, gegenüber dem mittelalterlich-feudalen Privatfürstenrecht. Wie in den inneren Angelegenheiten der Herzogtümer nahm der „Junker“ Bismarck auch hier gegen die feudalen Überlieferungen und für die liberale Gegenwart Partei. Hier wie dort aber jauchzte die gesamte liberale Masse Deutschlands dem feudalen Streben des meerumschlungenen Innungsmonopols und Privatfürstenrechtes zu. Die Rechtsüberzeugung des Königs ward durch dieses Gutachten unerschütterlich befestigt. Wo er im Rechte des unbestrittenen Herrschers war, wollte er nicht mehr mit sich handeln lassen. Für ihn und für Preußen waren damit die Februarforderungen ein abgethaner Standpunkt. Und sofort wurde dementsprechend gehandelt.

In Wien ließ Bismarck dem Grafen Mensdorff durch Werther eröffnen, Preußen werde gegen die Massendemonstrationen am 6. Juli militärisch einschreiten. Zedlitz ward von Bismarck angewiesen, jeder Sitzung der Landesregierung beizuwohnen und jede bedenkliche Verfügung derselben zu verbieten. König Wilhelm ersuchte den Kaiser Franz Joseph in einem eigenhändigen ernsten Schreiben vom 30. Juni, die Ausweisung des Erbprinzen gemeinschaftlich mit dem Könige vorzunehmen, da dieser „die Beeinträchtigung seiner Würde als Souverän und als Kriegsherr durch die Stellung des Prinzen ihm gegenüber auf die Dauer nicht hinzunehmen“ vermöge. Die Antwort des Kaisers sollte die Entscheidung über Krieg und Frieden bringen. Denn die übeln Nachrichten, die vor und nach dem 6. Juli aus den Herzogtümern und Wien über die Feindseligkeit Halbhubers, die gelassene Unthätigkeit Mensdorffs und die Taktlosigkeiten der holsteiner Behörden und der Kieler Universität einliefen, befestigten durchaus den Entschluß des Königs, sich in Holstein selbst zu helfen, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Österreich. Umsichtig und rasch wie immer, ließ er die Bereitschaft Preußens auch für diesen

äußersten Fall feststellen. Am 7. Juli fragte Bismarck bei dem Generalinspektor der Artillerie, von Hindersin, an, ob der Zustand der Artillerie erlaube, falls nötig, innerhalb vierzehn Tagen an Österreich den Krieg zu erklären. Die Antworten Hindersins und Roons lauteten befriedigend. Nicht minder Roons Antwort vom 10. Juli auf Bismarcks Anfrage über das Stärkeverhältnis des preußischen Heeres gegenüber dem österreichischen: Den höchstens 180 000 Mann, die Österreich an den preußischen Grenzen aufstellen könnte, würden in Böhmen allein 250 000 Mann Preußen entgegentreten, 46 000 in Westdeutschland und 200 000 Ersatz- und Besatzungstruppen noch in den Festungen stehen. Endlich hatte Bismarck an den Handelsminister Grafen Itzenplitz die Weisung erlassen, durch Unterhandlungen mit der Köln-Mindener Bahn etwa 20 Millionen Thaler für die Kriegführung flüssig zu machen. Auch darüber gab Itzenplitz am 13. günstige Nachrichten.

In Wien hatte man offenbar keine rechte Vorstellung von dem ganzen Ernst der Lage. Denn sowohl die endliche Antwort des Kaisers an den König vom 9. Juli als eine Note Mensdorffs vom 10. ersuchten nur, der König möge doch von seiner Ungnade gegen Augustenburg ablassen und diesen als Landesherrn der Herzogtümer anerkennen. Bismarck hatte schon vor dem Eintreffen dieser Schreiben in Carlsbad am 11. Juli nach Wien erklärt, Preußen werde nun durch den General Herwarth bei der obersten Zivilbehörde Abhilfe verlangen, und wenn diese versagt werde, auf jede Gefahr hin einseitig militärisch vorgehen. Als dann Mensdorffs Schreiben vom 10. anfrug, ob zur Verhandlung der Streitpunkte die Sendung einer Vertrauensperson nach Carlsbad oder Gastein genehm sei, antwortete Bismarck am 14. bejahend, beharrte aber dabei, daß vor Beseitigung des Augustenburgers aus Holstein und seiner Agitation in den Herzogtümern die Verhandlung mit Österreich nicht zum Ziele führen könne. Bei dieser gespannten Lage, die Bismarck überdies noch durch die geräuschvolle Überführung der schweren Geschütze aus den rheinischen Festungen nach den schlesischen bemerklich machen ließ, beschloß der König, die letzte Ent-

scheidung einem Ministerrate vorzulegen. Dieser sollte am 21. Juli in Regensburg stattfinden, da der König am 20. seine Kur in Carlsbad beendete und zur Nachkur nach Gastein reisen wollte. Auch die Botschafter Werther und Goltz sollten aus Wien und Paris zur Teilnahme berufen werden. Eine ausweichende Antwort Mensdorffs auf Bismarcks Erklärungen vom 11. Juni vermochte die bedrohliche Spannung durchaus nicht zu mindern. „Keine Ruh bei Tag und Nacht. Mit dem Frieden sieht es faul aus; in Gastein muß es sich entscheiden," schrieb Bismarck am 13. abends spät an die Schwester. Und an den alten Jugendfreund Moritz v. Blanckenburg richtete Bismarck am 18. Juli die Briefzeilen: „Ich habe in der Hitze übermächtig zu thun, und die Sachen gehen faul, vom Standpunkte des friedliebenden Diplomaten gesehen. Die Firma Halbhuber-Augustenburg treibt es in den Herzogtümern so, daß wir werden nächstens einseitig Gewalt anwenden müssen, um die Basis des Wiener Friedens und die Anwendung der geltenden Landesgesetze herzustellen. Das wird in Wien böses Blut machen, und dann hängt sich Gewicht an Gewicht bis zum völligen Bruch. Es ist nicht, was ich wünsche, aber Österreich läßt uns nur die Wahl, in Holstein zum Kinderspott zu werden. Dann schon lieber Krieg, der bei einer solchen österreichischen Politik doch nur eine Zeitfrage bleibt."

Mit Frankreich hatte Bismarck schon in Berlin sich verständigt. Benedetti hatte amtlich erklärt: bei einem Kriege mit Österreich sei Frankreichs wohlwollende Neutralität ohne irgend eine Gegenleistung gesichert. An den Grafen Usedom nach Florenz erging nun der Befehl, der italienischen Regierung amtlich die Frage vorzulegen, wie dieselbe bei einem Kriege Preußens mit Österreich sich zu verhalten gedenke.

Unter solchen Verhältnissen fand der Ministerrat am 21. Juli, unter Vorsitz des Königs, in Regensburg statt. Hier wurde beschlossen, an Österreich ein Ultimatum folgenden Inhalts ergehen zu lassen: Jede Verhandlung über die Zukunft der Herzogtümer wird abgelehnt, bis dort die Autorität hergestellt und die Agitation beseitigt ist. Alsdann ist Preußen bereit, über die Einsetzung

des Großherzogs von Oldenburg zu unterhandeln. Augustenburg ist für Preußen vollständig ausgeschlossen. Weigert Österreich die Herstellung der Ordnung in den Herzogtümern, so befindet sich Preußen im Stande der Notwehr; General Herwarth wird alsdann das Erforderliche einseitig durchführen. Ob Herwarth diesen Auftrag erhält, hängt von dem Ausgang der Verhandlung in Gastein und von der Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser ab. Sofort aber solle Herwarth mit der Verhaftung oder Ausweisung einiger preußischer Unterthanen vorgehen, welche sich an der Augustenburger Agitation hervorragend beteiligt hatten. Gemeint war namentlich ein gewisser Moses May aus Breslau, der demokratische Leibredakteur des Augustenburger Hofblattes. Außerdem sollte, nach besonderer abzuwartender Ordre des Königs, auch der Prinz selbst verhaftet und auf ein preußisches Kriegsschiff gebracht werden.

Während der Reise nach Gastein traf Bismarck auf Pfordtens dringenden Wunsch mit diesem am 23. Juli in Salzburg zusammen. Denn der bayrische Minister hatte in Bismarcks Plan, den Landtag der Herzogtümer zu berufen und die Militärkonvention Preußens mit den Herzogtümern dem Bund vorzulegen, wieder einige große Züge des preußischen Kollegen erkannt, die ihm eine Verständigung wünschenswert machten. Herr v. Beust dagegen verharrte in starrer Feindseligkeit, wie sich v. d. Pfordten bei einer Zusammenkunft mit Beust soeben selbst überzeugt hatte. In Salzburg sprach sich Bismarck über die ganze Lage und die Streitpunkte mit Österreich ganz offen aus, und Pfordten konnte das preußische Ultimatum von Regensburg nur als begründet anerkennen und richtete sowohl an den Erbprinzen als nach Wien die dringende Mahnung zu versöhnlichem Entgegenkommen. Der Prinz, der auf König und Kaiser nicht hörte, beachtete natürlich auch die Warnung seines Gönners an der Isar nicht. In Österreich aber waren die inneren Wirren und Schwierigkeiten eben bei Eintreffen des preußischen Ultimatums und der Vorstellungen Pfordtens zu einer Höhe gestiegen, daß ihre Beseitigung dringender schien als alles andere.

Das System Schmerling, das seit vier Jahren, auf der Grundlage einer parlamentarischen Verfassung und des österreichischen Einheitsstaates unter ausschließlich deutscher Leitung, den Frieden, das Glück und die Macht der Völker Österreichs und des Kaiserhauses hatte begründen wollen, hatte jetzt vollständig abgewirtschaftet und befand sich am Zusammenbrechen. Denn die Ungarn und Slaven waren unversöhnter denn je, das Defizit in stetem Wachsen, die Staatskassen leer und die Finanzen in völliger Zerüttung, das Heer kaum auf dem Friedensfuße, die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses nur zu Ersparnissen geneigt. Als dieses Haus am 21. Juni statt der 117 Millionen Anleihe, welche die Regierung zur Ausgleichung des Budgets für 1866 forderte, nur 13 Millionen bewilligte, kam die Krisis zum Ausbruch. Schon zuvor hatte der Kaiser, auf Anraten des Ministers Grafen Moritz v. Esterhazy, bei einem persönlichen Besuch in Pest Anknüpfung mit dem Führer der ungarischen Opposition Franz Deák gewonnen und durch das Versprechen, die Völker der ungarischen Krone möglichst zu befriedigen, einen begeisterten Umschwung in Ungarn herbeigeführt. Jetzt, nach dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses vom 21. Juni, reichten am 27. Juni sämtliche Minister, außer Mensdorff und dem Kriegsminister Franck, ihre Entlassung ein, die der Kaiser in ungnädigen Worten genehmigte. Aber erst am 27. Juli, nach dem Schlusse der Reichsratssession, wurde das neue Ministerium eingesetzt, an seiner Spitze Graf Belcredi, bisher Statthalter in Böhmen, ein streng konservativer Mann, feudal-kirchlicher Richtung, mit vormärzlichen Anschauungen und Tendenzen, die namentlich auf vorläufige „Sistierung“ der Verfassung und Begünstigung aller nichtdeutschen Völker Österreichs abzielten. Mensdorff, Frank und Esterhazy blieben neben ihm im Amte.

So war die Lage in Österreich, als das preußische Ultimatum aus Regensburg eintraf. Esterhazy hatte nun weit größeren Einfluß im Ministerrate als zuvor und benützte ihn, um wenn irgend möglich den Krieg zu vermeiden, da er Bismarck, in dem er nach Sybels treffendem Ausdruck „den starken Bändiger der widerspen-

stigen preußischen Volksvertretung" sah, als wohlwollenden Freund Österreichs zu erhalten wünschte. Eben damals hatte der österreichische Gesandte in München, Graf Blome, ein geborener Holsteiner und, wie die meisten dortigen Edelleute, Gegner Augustenburgs, einen achtbaren Weg zum Frieden gezeigt, indem er in Wien vorschlug, die Mächte sollten sich doch in den streitigen Gegenstand teilen, also Österreich etwa Holstein, Preußen dagegen Schleswig annektieren. Esterhazy gestaltete den Plan dahin um, daß Preußen, wenn eine angemessene Gegenleistung für Österreich gefunden sei, beide Herzogtümer annektieren möge. Bis dahin solle der Mitbesitz beider Mächte fortdauern, aber die Verwaltung der beiden Länder in Blomes Sinn einstweilen geteilt werden. Der Kaiser billigte diesen Vorschlag, und so erhielt Blome den Auftrag, sich nach Gastein zu begeben, zunächst bestmöglich für die Einsetzung Augustenburgs zu wirken, falls dies aber erfolglos sei, die Meinung Preußens über den Teilungsplan zu erkunden. Am 26. Juli trat er die Reise von Wien aus an.

Inzwischen hatte General Herwarth am 25. Juli den Moses May in Altona verhaften und nach Preußen zur gerichtlichen Verfolgung abführen lassen. Unter seinen Papieren fanden sich die Beweise für die Mitarbeiterschaft Halbhubers an seinem Blatte und deshalb war Halbhubers zornige Verwahrung gegen diese That wohl begreiflich, auch gegen die am 26. Juli folgende Ausweisung des augustenburgisch-halbhuberschen Hofdemokraten und preußischen Abgeordneten Freese. Auf Mensdorffs Proteste gegen diese Maßregeln entgegnete Bismarck schlagfertig und etwas boshaft: Graf Mensdorff habe doch als österreichischer Zivilkommissar 1851 ganz unbedenklich mehrere österreichische Flüchtlinge in Holstein ohne weiteres verhaften lassen, namentlich ohne seinem damaligen preußischen Kollegen auch nur Anzeige zu machen.

Mit seinem Fürwort für Augustenburg kam denn auch Graf Blome in Gastein bis Ende Juli keinen Schritt vorwärts. Gegen die Landesherrlichkeit dieses Prinzen zeigte sich jetzt der milde König ebenso völlig abgeneigt wie Bismarck. Pfordten hatte in Salzburg

dieselbe Wahrnehmung gemacht. Diejenigen, welche darauf bauten, der König werde sich von der Politik seines Ministers trennen lassen, oder mißbillige sie gar schon jetzt im Stillen, gingen also fehl. Hiernach rückte Graf Blome Ende Juli mit seinem Teilungsplan der Herzogtümer heraus, und Bismarck erwiderte sofort, darüber ließe sich reden, wenn Preußens Interessen in gewissem Maße auch in Holstein gewahrt würden. Die weitere Behandlung der Sache sollte der Zusammenkunft der Monarchen selbst vorbehalten werden. Am 31. Juli reiste Blome, mit dem Versprechen, den Plan bis zur Begegnung der Herrscher streng geheim zu halten, zum Kaiser Franz Josef nach Ischl, wohin dieser sofort auch den Grafen Mensdorff beschied.

Bismarck war mit sehr geringen Hoffnungen nach Gastein gefahren. Eine Verständigung in seinem Sinne, d. h. mit Gewährung der preußischen Forderungen durch Österreich, erschien kaum denkbar. Und eine Verständigung auf Kosten Preußens wollte er nicht unterzeichnen. Deshalb hatte er Pfordten schon auf dem Hinweg nach Salzburg bestellt, mit der bezeichnenden Begründung: „da ich nicht weiß, was nach Gastein aus mir wird." Denn auch des Königs Liebling, General Manteuffel, war mit nach Gastein gefahren, und ihn wie Roon rechnete Bismarck damals mit Recht zu den Gegnern eines Bruches mit Österreich. Aus gepreßtem Herzen schrieb er daher am 26. Juli aus Gastein an Moritz v. Blanckenburg: „Die Politik wird krauser; die Unverschämtheit der Augustenburger wächst, und Zedlitz' Unbeholfenheit läßt sich überflügeln." Aber anders lauteten schon seine Zeilen an den alten Freund vom 1. August. Denn inzwischen hatte Blome, wie einst Bismarck 1852 bei seiner Sendung nach Wien schrieb, „seinen Sack ausgeschüttet" und der König seine ganze Festigkeit bewährt. Da schrieb Bismarck aus Gastein: „Politisch dauert die Schwebe zwischen Krieg und Frieden fort, Neigung für letzteren tritt aber in Wien doch mehr in den Vordergrund. Auf der Rückreise des Königs wahrscheinlich Begegnung mit dem Kaiser in Salzburg. Bis dahin muß ich lavieren; denn von hier aus" (d. h. solange der König auf österreichischem

Boden weilt) „können wir nicht grob werden." Jetzt stand seiner Ansicht nach die Neigung Österreichs zum Frieden also doch schon „im Vordergrund", wenn auch immer noch die Möglichkeit vorlag, nach der Monarchenzusammenkunft noch „grob" werden zu müssen. Bei allen diesen Arbeiten und Verhandlungen war das Wetter in Gastein entsetzlich. „Ich fange an die Tage zu zählen, die ich in dieser Nebelkammer abzusitzen habe," schrieb Bismarck am 4. August an die Gattin. „Wie die Sonne aussieht, davon haben wir nur noch dunkle Erinnerungen aus einer besseren Vergangenheit. Mir bleibt mit Baden, Arbeiten, Diner, Vortrag und Thee bei Sr. Majestät kaum Zeit, mir die Scheußlichkeiten der Lage klar zu machen. Sonst läßt sich nichts Merkwürdiges aus dieser Dampfwaschküche melden, wenn ich nicht in Politik verfallen will."

Auch die österreichischen Staatsmänner, die nun über die endgültigen Vorschläge an Preußen im Ministerrate, unter Vorsitz des Kaisers, berieten, saßen in einer geistigen „Dampfwaschküche". Noch dichter fast als in Gastein brodelten hier die Nebel auf und nieder. Aber die Neigung des Kaisers war hier, wie dort die des Königs, entscheidend. Schließlich beschloß man doch, nach Blomes und Esterhazys Antrag, eine vorläufige Teilung der Verwaltung, unter ausdrücklichem Vorbehalt der gemeinsamen Souveränität in beiden Herzogtümern, vorzuschlagen. Der Kaiser fügte am 7. August ein warmes Handschreiben an den König hinzu, und am 8. August eilte Graf Blome mit diesem Schreiben und den Beschlüssen des Ministerrates nach Gastein zurück.

Er fand hier den Boden für sein Anerbieten günstig. Denn inzwischen waren hier Antworten aus Florenz und Paris eingegangen, die mehr zur Versöhnung als zum Kriege stimmten. Der italienische Minister La Marmora nämlich, mit dem wir uns noch weiter beschäftigen werden, gab auf Usedoms amtliche Anfrage nur die Antwort, er müsse erst bei Napoleon erkunden, wie sich Italien in einem Kriege Preußens mit Österreich verhalten dürfe. Er glaubte nämlich in seiner Thatenschonung zweierlei: Frankreich könne vielleicht inzwischen mit Österreich Abrede getroffen haben, Venetien

ohne Schwertstreich Italien in den Schoß zu werfen, und zweitens Preußen werde den Krieg gegen Österreich nicht „im Ernste“ führen. Bismarcks nachdrückliche Vorstellungen an Usedom vermochten bei dem zaghaften und mißtrauischen Piemontesen keinen veränderten Entschluß hervorzurufen. Aus Frankreich aber berichtete Graf Goltz als letztes Ergebnis seiner Ermittelungen: Kaiser Napolean halte in der Frage der Herzogtümer am Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten fest und werde bei einem Kriege von dem einen oder anderen Teile Gegenleistungen fordern oder beiden den Frieden diktieren. Das alles ließ die Haltung dieser Staaten als mindestens zweifelhaft erscheinen.

Unter diesen Umständen hielt sich Bismarck an ein Wort, das er zuvor an Usedom nach Florenz zur Warnung La Marmoras geschrieben hatte: „Die Frage entsteht, ob wir nicht lieber unsere Forderungen an Österreich mäßigen und uns mit den immer nicht unbedeutenden Vorteilen begnügen, die wir auf friedlichem Wege erlangen können.“ In der That war das, was Österreich in Gastein friedlich bot, nicht unverächtlich. Denn nach dem Wiederbeginn der dortigen Verhandlungen mit Blome am 11. August, hatte Bismarck bis zum 14. August folgende Zugeständnisse und Vertragsabreden erlangt: die Rechte, welche die beiden Mächte im Wiener Frieden erworben haben, sollen in Bezug auf Holstein an Österreich, in Bezug auf Schleswig an Preußen übergehen, doch „unbeschadet der Fortdauer dieser Rechte beider Mächte an der Gesamtheit der beiden Herzogtümer.“ Dadurch wurde Preußen die Sicherheit geboten, daß Österreich nicht etwa Holstein an einen unbequemen Dritten abträte. Preußen erhielt in Holstein zwei Etappenstraßen und zwei Telegraphendrähte, desgleichen preußischen Postverkehr auf der Eisenbahn daselbst, auch sollten Holstein wie Schleswig mit dem Zollverein völlig verbunden werden. Kiel solle preußisches Kommando und preußische Besatzung des Hafens bekommen, auch behielt sich Preußen das Recht vor, Friedrichsort zu befestigen. Rendsburg dagegen sollte gemeinsam besetzt werden, und das Kommando jährlich wechseln. Lauenburg endlich wurde an Preußen gegen 2½ Millionen dänischer Reichsthaler zu Eigentum abgetreten.

Das waren die realen Zugeständnisse Österreichs. Nicht minder wichtig aber erschienen die in jenen gleichsam verborgenen sittlichen und politischen. Denn indem Österreich die Ausbildung der vollen Souveränität in Schleswig einstweilen und in Lauenburg für immer an Preußen abtrat, erkannte sich Österreich doch zweifellos nunmehr als rechtmäßigen Mitbesitzer dieser Länder an, d. h. als den Rechtsnachfolger des legitimen König-Herzogs Christian IX., erklärte also damit die Rechtsansprüche des Augustenburgers für hinfällig und gab den Standpunkt auf, den Pfordten treffend in dem Bilde bezeichnet hatte: Österreich behandle seinen Mitbesitz an Schleswig-Holstein wie ein Gendarm, der eine gestohlene Gans dem Dieb abgejagt habe. War aber durch die grundsätzliche Entscheidung über die Teilung der Herzogtümer das Souveränitätsrecht Österreichs feierlich betont und anerkannt und dasjenige des Augustenburgers verleugnet, so durfte Preußen auch hoffen, daß Österreich nunmehr auch in Holstein die Agitation dieses beseitigten Thronanwärters unterdrücken werde. Denn gerade die österreichische Duldung dieser Giftsaat hatte bis dicht an die Schwelle des Krieges geführt, und in Gastein sollte ja eben die Friedensformel gefunden und ihre Handhabung feierlich angelobt werden. Freilich war der Verlaß auf derartige Gelöbnisse Österreichs nach den bisherigen Erfahrungen trügerisch. Und General Manteuffel schrieb später: „Bei der Gasteiner Konvention war die Ansicht, in drei Monaten müsse man klar sehen, ob Österreich es ehrlich mit Preußen meine; wenn es nicht geschähe, so würde Krieg erfolgen, unter Abschluß sonst unliebsamer Bündnisse.“ Und Bismarck schreibt am 14. August an die Gattin das berühmte Wort: „Graf Blome ist wieder hier, und wir arbeiten eifrig an der Erhaltung des Friedens und Verklebung der Risse im Bau.“ Mehr erwartete also auch Bismarck nicht von diesem Abkommen. Aber da gerade in jenen Tagen der Entscheidung die Nachrichten aus Paris und Florenz ebenso unbestimmt lauteten wie früher, und Prinz Reuß aus München am 11. August bestimmt meldete, Bayern und sämtliche Mittelstaaten würden bei ausbrechendem Kriege Partei für Österreich nehmen, so

vollzog Bismarck mit Blome am 14. August den Vertrag von Gastein auf den eben dargelegten Grundlagen. Die boshafte Erzählung Vitzthums v. Eckstädt,*) Bismarck habe nach der Vollziehung des Vertrags dem Grafen Blome erklärt: „Nun, das hätte ich auch nicht geglaubt, daß ich einen österreichischen Diplomaten finden würde, der mir das unterzeichnete," erscheint sehr unglaubhaft, da Bismarck auch bei viel größeren diplomatischen Erfolgen gegen die Überwundenen nie mit diesen Erfolgen geprahlt hat; und namentlich, weil Bismarck, wie sein König später in Salzburg, nur mit gepreßtem Herzen diesen Vertrag unterschrieb. Denn in ihren Augen war es ein Stückwerk, ein Notbehelf zur Wahrung des Friedens — wahrscheinlich doch nur auf kurze Zeit — eine notdürftige und kurzlebige „Verklebung der Risse im Bau." Bei der Unterzeichnung war noch vereinbart worden, daß der Vertrag bis zum 15. September in Ausführung komme, die gemeinsame Landesregierung und das Oberkommando beseitigt werde, und Preußen seine Truppen, außer den Besatzungen von Rendsburg und Kiel, nach Schleswig, Österreich die seinigen nach Holstein verlege.

Darauf trafen sich die beiden Herrscher selbst am 19. August in Salzburg und setzten am 20. ihre Unterschrift unter den Vertrag, mit dem Gelöbnis treuen und redlichen Einvernehmens. Augustenburg sollte von beiden hinfort nur als Privatmann behandelt werden. Dieselben Erklärungen tauschten hier Bismarck und Esterhazy aus. Gleichsam zum Pfande des hier besiegelten Friedens, wurde der in Wien hochgeschätzte General Manteuffel vom König als Gouverneur in Schleswig, der Kriegskamerad der Preußen im dänischen Kriege, Feldmarschallieutenant v. Gablenz dagegen vom Kaiser zum Statthalter Holsteins ernannt, und ihm statt des unleidigen Baron Halbhuber ein Herr v. Hofmann als Zivilkommissar beigegeben. Freudigen Herzens trug König Wilhelm den wieder befestigten Frieden von seiner schweren österreichischen Reise heimwärts, und dem Jubel seines Innern gab er bedeutsamen Ausdruck

---

*) London, Gastein und Sadowa S. 101.

dadurch, daß er am 15. September, da der Gasteiner Vertrag in Kraft trat, Bismarck und seine Nachkommenschaft in den erblichen Grafenstand erhob. Diese Huld haftete freilich nicht bloß an dem Vertrage von Gastein. Sie war vielmehr gleichsam der Inbegriff von Dank und Anerkennung, die der hochsinnige König dem Leiter seiner Politik für die ungeheuren Wandlungen zu schulden glaubte, die dieser in den drei Jahren seines leitenden Wirkens zu Gunsten Preußens herbeigeführt hatte.

Die Welt aber gönnte Bismarck keinen ruhigen Genuß seiner neuen Würde. Über die Urteile und Wirkungen, die der Vertragsschluß in Österreich und Deutschland hervorrief, konnte er sich freilich nur freuen. Denn die österreichische Presse, außer der offiziösen, bezeichnete das Ereignis als einen großen Sieg Preußens, als eine schmähliche Demütigung Österreichs. Auch für die Augustenburger war die Nachricht niederschmetternd. Im dritten Deutschland regnete es entrüstete Zeitungsartikel und Beschlüsse. Der 36er-Ausschuß beschloß, auf einem großen Abg.-Tag in Frankfurt am 1. Oktober den Gasteiner Vertrag für einen „Rechtsbruch" erklären zu lassen, der von allen Landtagen aufs äußerste bekämpft werden müsse. Aber trotz der dringenden Einladungen, die nach Preußen und Österreich ergangen waren, erschienen in Frankfurt unter den 272 Teilnehmern nur ein Österreicher und acht Preußen, von welchen sechs noch obendrein erklärten, daß sie den Anträgen nicht beistimmen könnten. Namhafte Mitglieder der preußischen Fortschrittspartei, wie Twesten, Mommsen u. a. waren von Frankfurt überhaupt fern geblieben, weil „die Mehrheit der preußischen Volksvertretung niemals Beschlüssen zustimmen werde, die gegen die Macht und die Zukunft des preußischen Staates gerichtet seien". Die Kurhessen und ein Teil der Bayern hatten ihr Erscheinen abgesagt, weil in Frankfurt doch nur „nutzlose Worte" herauskommen würden. Ganz ähnliche Stimmungen machten sich bei den Ultramontanen und Großdeutschen geltend. Tiefe Mutlosigkeit und Entrüstung herrschte hier infolge der neuen Schwenkung Österreichs. Überhaupt konnte Bismarck an der Haltung des Volkes wie der

Regierungen jetzt auf die Erfüllung der Prophezeihung hinweisen, die er schon von Frankfurt aus immer wieder nach Berlin gerichtet hatte: sobald die deutschen Mächte einig und thatkräftig vorgingen, werde kein deutscher Staat Widerstand leisten, auch nicht der Bundestag. Alle die schönen Anträge, welche Beust und Pfordten namens der Mittelstaaten vorbereitet hatten, erwiesen sich jetzt durch Gastein als völlig überholt und unbrauchbar. Und der Bundestag beschloß daher am 31. August weiter gar nichts, als bis Ende Oktober Ferien zu machen. Roggenbach aber nahm seine Entlassung.

Das alles war in Bismarcks Augen erfreulich. Schwere Sorgen erregte ihm dagegen die Haltung der französischen Presse und Regierung. Die gesamte französische Presse ohne Unterschied der Partei, voran die ministeriellen Zeitungen, brandmarkten den Gasteiner Vertrag als die widerlichste Heuchelei, da er die Herzogtümer, für deren Unteilbarkeit Bismarck angeblich den Krieg begonnen habe, auseinanderreiße. Alle Grundsätze des 19. Jahrhunderts seien hier mit Füßen getreten, Völker verhandle man wie Viehherden. Dem ultramontanen französischen Minister Drouyn de L'Huys, dem Freunde Österreichs und Gegner der nationalen Bestrebungen Preußens und Italiens, war das aus der Seele geschrieben, und er faßte sofort den Entschluß, den Gasteiner Vertrag zu benützen, um den Kaiser Napoleon von seinen Neigungen für Preußen abzuziehen. Daran hinderte den französischen Minister auch die wichtige Aufklärung nicht im geringsten, die Graf Goltz im ausdrücklichen Auftrage Bismarcks am 19. August ihm gegeben hatte: der Vertrag schaffe gar keinen endgültigen Zustand, sondern nur ein neues Provisorium; nicht Teilung der Länder und Völker oder der Souveränität der Besitzer, sondern nur Teilung der Verwaltung. Die Verhandlung über das endgültige Schicksal der Herzogtümer werde und solle nun erst recht beginnen. Von diesen Aufklärungen sagte der Minister einstweilen seinem Kaiser nicht ein Wort. Er wußte, daß Napoleon an dem Gasteiner Vertrage schon die erneute Annäherung Preußens an Österreich sehr widerwärtig fand. Jetzt stellte er dem Kaiser vor, daß der Vertrag auch die großen Grund-

und Hauptsätze der französischen Politik, das Nationalitätsprinzip und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dreist mißachte und damit die Regierung Frankreichs bloßstelle, die doch Preußen gegen Dänemark nur unterstützt habe, weil jenes sich den Anschein gab, diese Grundsätze beachten zu wollen. So erhielt denn Drouyn de l'Huys die Erlaubnis, ein den Vertrag tadelndes Rundschreiben an die Vertreter Frankreichs im Ausland zu erlassen. Der Minister machte von dieser Erlaubnis den unziemlichsten Gebrauch. Nach dem Willen des Kaisers sollte das Rundschreiben den französischen Gesandten nur zur Orientierung dienen, nicht einmal den fremden Kabinetten überreicht werden, noch weniger also in die Presse gelangen. Aber zuerst aus der Presse erhielt Bismarck Kenntnis von diesem Schriftstück vom 29. August. Die massive Grobheit des Schreibens übertraf Alles, was man von dem französischen Minister auf diesem von ihm besonders gepflegten Gebiete bisher hatte erwarten dürfen. Da ward nichts geringeres gesagt, als daß der Gasteiner Vertrag nur die Gewalt als Grundlage, nur die Willkür der Teilungsmächte zur Berechtigung habe; an solche Praxis sei das heutige Europa nicht mehr gewöhnt, deren Vorbilder finde man nur in den traurigsten Epochen der Geschichte. Bismarck hielt das unverschämte Schriftstück anfangs für eine Fälschung, aber es ging durch alle Zeitungen ohne Widerspruch, und aus Hannover und Dresden berichteten die preußischen Vertreter, daß die dortigen französischen Gesandten es amtlich vorgelesen hätten.

In Berlin war man über diese in alle Welt verkündeten plumpen Beleidigungen Preußens durch Drouyn de l'Huys um so entrüsteter, als der Kaiser selbst am 28. August, als er von dem Grafen Goltz die Aufklärung über den bloß provisorischen Charakter des Vertrags erhielt, sich gegen diesen wesentlich wohlwollender ausgesprochen hatte. Bismarck hielt für nötig, selbst Klarheit zu gewinnen über die innersten Ansichten und Absichten Napoleons und die Stimmungen seiner einflußreichsten Berater. Graf Goltz erschien ihm im Ganzen etwas zu sanguinisch. Er sprach daher gegen König Wilhelm den Wunsch aus, im Spätherbst wieder nach Biarritz zu

gehen, wohin der Kaiser am 7. September mit Gemahlin und Sohn sich begeben hatte. König Wilhelm war anfangs zweifelhaft, ob Bismarcks Reise dorthin nach der eben erlittenen Beleidigung passend sei. Aber Napoleon gab auch jetzt noch fortgesetzt Beweise seiner freundlichen Gesinnung. Er hatte den Grafen Goltz und den jungen Diplomaten Herrn v. Radowitz, den Sohn des Generals, eingeladen, den kaiserlichen Hof nach Biarritz zu begleiten und würdigte dort die beiden preußischen Diplomaten täglich des intimsten Verkehrs. Ihnen sprach er auch sein lebhaftes Bedauern über das Rundschreiben aus, versicherte, dessen Wortlaut nicht gekannt zu haben und versprach, es widerrufen zu lassen. In der That sandte Drouyn de l'Huys am 23. September nach Berlin wenigstens eine Depesche, in welcher er sagte, mit Genugthuung ersehe er den provisorischen Charakter des Gasteiner Vertrags, er hoffe also bei der endgültigen Lösung der Frage Gelegenheit zu haben, den preußischen Wünschen rückhaltlos zuzustimmen und dadurch die Verbindung der beiden Mächte noch enger zu ziehen. Das wesentliche an diesem Vorgang war, daß der Kaiser seinen Minister verleugnet und zurechtgewiesen hatte. So genehmigte denn König Wilhelm Bismarcks Reise nach Biarritz. Am 30. September machte sich dieser über Paris auf den Weg, verweilte mit dem Kaiser zusammen in Biarritz bis zu dessen Abreise am 12. Oktober und verblieb dann dort noch den Rest des Monats. Seinen ersten umfassenden Immediatbericht aus Biarritz erstattete Bismarck dem Könige am 11. Oktober, also am Tage vor der Abreise des Kaisers. Daraus entnehmen wir folgendes*):

In Paris hatte Bismarck zunächst den Staatsminister Rouher besucht, und bei diesem eine den preußischen Interessen durchaus günstige Stimmung vorgefunden, auf welche er deshalb besonderen Wert legen zu dürfen glaubt, „weil Rouher das persönliche Vertrauen des Kaisers in höherem Grade zu besitzen scheint, als Drouyn

*) Zum erstenmal gedruckt bei Sybel, IV S. 213/222; hier sind nur die Hauptstellen wiedergegeben.

de l'Huys und jedenfalls aufrichtiger ist als der letztere." Von Rouher erfuhr Bismarck mit Bestimmtheit, daß der Kaiser selbst das Rundschreiben vom 29. August vor dem Abgang im Wortlaute gesehen und gebilligt habe. Dann besuchte der preußische Ministerpräsident den französischen und wurde auch hier mit Zuvorkommenheit aufgenommen, die „darauf berechnet war, jede Empfindlichkeit über das Zirkular zu beseitigen. Der kaiserliche Minister erklärte den Ursprung dieser feindseligen Kundgebung aus der Befürchtung, daß Preußen sich, ohne Frankreich Dank dafür zu schulden, der Herzogtümer bemächtigen und, verstärkt durch die Mittel dieser neuen Erwerbung, sich demnächst einer antifranzösischen Politik wieder zuwenden werde. Preußen zöge aus der wohlwollenden Haltung Frankreichs baren Gewinn, während die Vorteile, welche Frankreich aus guten Beziehungen zu Preußen erwachsen könnten, von einer ungewissen Zukunft abhingen." Auf Bismarcks Wunsch deutete Drouyn die Vorteile, welche Frankreich erhoffe, näher an; es sollten verschiedene Gebiete französischer Zunge sein. Ebenso hatte sich kurz vor Bismarcks Abreise der französische Geschäftsträger Lefebvre in Berlin ausgesprochen, und nicht etwa Bismarck selbst, wie später der Herzog v. Gramont wahrheitswidrig behauptete. Jedenfalls erwähnte Drouyn mit keinem Worte deutsches Gebiet, Bismarck aber berichtet, er habe ihm erwidert: „daß wir der Geschichte der Zukunft ihren Lauf nicht vorzeichnen und sie nicht nach Willkür erfinden, sondern nur ihre Entwickelung abwarten und benützen könnten; wir unsererseits hofften, daß dies in einer Weise geschehen würde, vermöge deren die natürlichen guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich erhalten und gefördert werden könnten." Trotz der übertriebenen Freundlichkeit des Ministers gewann Bismarck „doch keine volle Überzeugung von der Aufrichtigkeit seines Wohlwollens für uns", und in der That berichtete Goltz am 23. Oktober aus Paris, Drouyn de l'Huys lasse durch vertraute Personen verbreiten, Bismarck habe ihm die Notwendigkeit großer Gebietserweiterung für Preußen vorgestellt und ihm Kompensationen angeboten, Drouyn aber alles abgelehnt. Das habe der französische

Minister nur erfunden, um die österreichische Botschaft und Österreich gegen Preußen aufzuhetzen.

In Biarritz wurde Bismarck schon am Tage nach seiner Ankunft in besonderer Audienz vom Kaiser empfangen. Napoleon that so, als habe er keine Kenntnis von dem Rundschreiben vom 29. August gehabt, und tadelte und beklagte die Übereilung seiner Abfassung und die Veröffentlichung. Man habe in Paris die Tragweite des Gasteiner Vertrages überschätzt und auf Grund geheimer österreichischer Mitteilungen, (welche die Kaiserin vermittelte) annehmen müssen, daß ein für Preußen so günstiges Ergebnis durch geheime Zugeständnisse an Österreich erkauft sei. Er legte dann Bismarck mit einiger Feierlichkeit nochmals die Gewissensfrage vor, ob Preußen Österreich nicht etwa Venetien garantiert habe. „Ich verneinte mit der Versicherung", berichtet Bismarck, „daß der Kaiser meiner Aufrechtigkeit um so gewisser sein könne, als solche Verabredungen, wenn sie getroffen würden, doch nicht lange geheime blieben, und ich das Bedürfnis hätte, bei ihm den Gedanken an meine Zuverlässigkeit zu erhalten; außerdem hielte ich auch für die Zukunft ein Abkommen für unmöglich, vermöge dessen wir Österreich in die Lage setzten, nach Belieben einen Krieg herbeizuführen, welchen Preußen ohne eigenen Vorteil zu dem seinigen zu machen gezwungen sein würde." Der Kaiser versicherte darauf seine Friedensliebe, lehnte namentlich alle Absichten auf belgischen Gebietserwerb bestimmt ab und erklärte, Lefebvre habe bei Andeutungen dieser Art seine Instruktionen überschritten. Im Besitze von Drouyns Bericht über dessen Pariser Unterredung mit Bismarck, sprach Napoleon sich dann genau so aus, wie Bismarck selbst dort gegen den Minister, und fragte, wie Preußen sich mit Österreich über Holstein auseinanderzusetzen gedenke. „Ich erwiderte offen", schreibt Bismarck, „daß wir hofften, Holstein durch Geldentschädigung zu erwerben und zu behalten." Der Kaiser machte hierzu keine Einwendung und sprach sein volles Einverständnis aus, als Bismarck entwickelte: Der Erwerb der Elbherzogtümer sei noch keine Machtverstärkung Preußens, da er Preußens Kräfte zu deren Verteidigung

zu Lande und zu Wasser festlege, während der Zuwachs an Einwohnern nur eine Million betrage. „Der Erwerb der Herzogtümer sei nur ein Angeld für die Erfüllung der Aufgabe, welche die Geschichte dem preußischen Staate gestellt habe, und bei deren weiterer Verfolgung wir freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich bedürften. Es scheine mir im Interesse der französischen Politik zu liegen, den Ehrgeiz Preußens in Erfüllung nationaler Aufgaben zu ermutigen: denn ein strebsames Preußen werde stets hohen Wert auf Frankreichs Freundschaft zu legen haben, während ein entmutigtes seinen Schutz in defensiven Bündnissen gegen Frankreich suchen würde. Diese Darlegung bezeichnete der Kaiser als eine ihm vollständig einleuchtende und sympathische."

Spätere Gespräche zwischen Bismarck und Napoleon berührten dann die Frage, ob Preußen etwa geneigt sein würde, die Donaufürstentümer zur Entschädigung für Venetien an Österreich zu überlassen, was Bismarck mit dem Vorbehalt bejahte, daß dadurch keine Trübung des guten preußischen Verhältnisses zu Rußland eintreten dürfe. Der Kaiser stimmte auch dieser Bemerkung zu. „Nach meinen allgemeinen Wahrnehmungen darf ich die gegenwärtige Stimmung des hiesigen Hofes als eine uns äußerst günstige bezeichnen", sagte Bismarck am Schlusse dieses zusammenfassenden Berichtes. „Graf Goltz und Herr v. Radowitz erfreuen sich der besonderen Gnade der Kaiserin, und sind die einzigen Fremden, welche täglich zu den engeren Kreisen des kaiserlichen Hofes zugezogen werden." Ganz dieselben günstigen Wahrnehmungen machte Bismarck dann bei seinem kurzen Aufenthalte in Paris und St. Cloud, Anfangs November. Napoleon bestätigte seine Biarritzer Aussprachen, war mit Bismarck (nach den Weisungen des Königs und nach Bismarcks eigener Ansicht) vollkommen einverstanden, daß der Abschluß eines Bündnisses zwischen Frankreich und Preußen jetzt verfrüht sei, bat aber, der König möge Napoleon vertraulich schreiben, sobald ihm die Umstände ein engeres und spezielleres Einverständnis der beiden Regierungen zu erfordern schienen; man werde dann leicht zur Einigung gelangen. Aus eigenem Antrieb

fügte der Kaiser noch hinzu: ein Bündnis mit Österreich im Falle eines Konfliktes in Deutschland sei für ihn unmöglich, einen Versuch dieser Art, den Fürst Metternich vor Gastein bei ihm gemacht, habe er abgelehnt. Diese Enthüllung zeigte Bismarck von neuem, mit wie großem Widerstreben Österreich zu dem Vertrage von Gastein sich herbeigelassen hatte, und daß die „Verklebung der Risse im Bau" nicht von Bestand sein werde. Er suchte daher noch den italienischen Botschafter Ritter Nigra auf und legte ihm dar, wie notwendig ein festes Einvernehmen zwischen Preußen und Italien für den Fall künftiger Verwickelungen sei. Zunächst möge Italien die Verhandlungen über einen deutsch-italienischen Handelsvertrag wieder aufnehmen.

Gehobenen Herzens kehrte Bismarck am 7. November nach Berlin zurück. Von seiten des Kaisers Napoleon fürchtete er nichts Ernsthaftes in Hinsicht auf seine Politik mehr, sofern es etwa nötig scheinen sollte, neue Feindseligkeiten Österreichs kräftig zu bekämpfen.

Einstweilen war nun freilich, in den Herzogtümern wenigstens, von Feindseligkeiten Österreichs nichts zu bemerken. Die Abfindungssumme von 2½ Millionen für Lauenburg wurde aus der königlichen Schatulle bezahlt, um die Bewilligung beim Abgeordnetenhause zu umgehen. Am 13. September ergriff der König mittels Patentes Besitz von dem Ländchen und ernannte Bismarck zum Minister für Lauenburg. Am 26. September nahm Bismarck im Gefolge und Auftrag des Königs die Erbhuldigung der lauenburgischen Stände in der St. Petrikirche zu Ratzeburg entgegen. Diese Scene hatte ein Vorspiel, das die Legende von dem „Junkertum" Bismarcks abermals zerstört. Lauenburg war bis dahin ein Staat gewesen, dessen öffentliches Recht seit dem siebzehnten Jahrhundert gleichsam versteinert war. Das Junkertum besaß hier aus dem in alten Pergamenten verbrieften „Rezeß" Vorrechte der Alleinherrschaft und der Ausbeutung aller, die selbst über mecklenburgische Junkerherrlichkeit weit hinausgingen. Daß dieser „Rezeß" den Lauenburger Rittern auch von Preußen unverkümmert werde erhalten werden, hatten sie

zu Lande und zu Wasser festlege, während der Zuwachs an Einwohnern nur eine Million betrage. „Der Erwerb der Herzogtümer sei nur ein Angeld für die Erfüllung der Aufgabe, welche die Geschichte dem preußischen Staate gestellt habe, und bei deren weiterer Verfolgung wir freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich bedürften. Es scheine mir im Interesse der französischen Politik zu liegen, den Ehrgeiz Preußens in Erfüllung nationaler Aufgaben zu ermutigen: denn ein strebsames Preußen werde stets hohen Wert auf Frankreichs Freundschaft zu legen haben, während ein entmutigtes seinen Schutz in defensiven Bündnissen gegen Frankreich suchen würde. Diese Darlegung bezeichnete der Kaiser als eine ihm vollständig einleuchtende und sympathische."

Spätere Gespräche zwischen Bismarck und Napoleon berührten dann die Frage, ob Preußen etwa geneigt sein würde, die Donaufürstentümer zur Entschädigung für Venetien an Österreich zu überlassen, was Bismarck mit dem Vorbehalt bejahte, daß dadurch keine Trübung des guten preußischen Verhältnisses zu Rußland eintreten dürfe. Der Kaiser stimmte auch dieser Bemerkung zu. „Nach meinen allgemeinen Wahrnehmungen darf ich die gegenwärtige Stimmung des hiesigen Hofes als eine uns äußerst günstige bezeichnen", sagte Bismarck am Schlusse dieses zusammenfassenden Berichtes. „Graf Goltz und Herr v. Radowitz erfreuen sich der besonderen Gnade der Kaiserin, und sind die einzigen Fremden, welche täglich zu den engeren Kreisen des kaiserlichen Hofes zugezogen werden." Ganz dieselben günstigen Wahrnehmungen machte Bismarck dann bei seinem kurzen Aufenthalte in Paris und St. Cloud, Anfangs November. Napoleon bestätigte seine Biarritzer Aussprachen, war mit Bismarck (nach den Weisungen des Königs und nach Bismarcks eigener Ansicht) vollkommen einverstanden, daß der Abschluß eines Bündnisses zwischen Frankreich und Preußen jetzt verfrüht sei, bat aber, der König möge Napoleon vertraulich schreiben, sobald ihm die Umstände ein engeres und spezielleres Einverständnis der beiden Regierungen zu erfordern schienen; man werde dann leicht zur Einigung gelangen. Aus eigenem Antrieb

fügte der Kaiser noch hinzu: ein Bündnis mit Österreich im Falle eines Konfliktes in Deutschland sei für ihn unmöglich, einen Versuch dieser Art, den Fürst Metternich vor Gastein bei ihm gemacht, habe er abgelehnt. Diese Enthüllung zeigte Bismarck von neuem, mit wie großem Widerstreben Österreich zu dem Vertrage von Gastein sich herbeigelassen hatte, und daß die „Verklebung der Risse im Bau“ nicht von Bestand sein werde. Er suchte daher noch den italienischen Botschafter Ritter Nigra auf und legte ihm dar, wie notwendig ein festes Einvernehmen zwischen Preußen und Italien für den Fall künftiger Verwickelungen sei. Zunächst möge Italien die Verhandlungen über einen deutsch-italienischen Handelsvertrag wieder aufnehmen.

Gehobenen Herzens kehrte Bismarck am 7. November nach Berlin zurück. Von seiten des Kaisers Napoleon fürchtete er nichts Ernsthaftes in Hinsicht auf seine Politik mehr, sofern es etwa nötig scheinen sollte, neue Feindseligkeiten Österreichs kräftig zu bekämpfen.

Einstweilen war nun freilich, in den Herzogtümern wenigstens, von Feindseligkeiten Österreichs nichts zu bemerken. Die Abfindungssumme von 2½ Millionen für Lauenburg wurde aus der königlichen Schatulle bezahlt, um die Bewilligung beim Abgeordnetenhause zu umgehen. Am 13. September ergriff der König mittels Patentes Besitz von dem Ländchen und ernannte Bismarck zum Minister für Lauenburg. Am 26. September nahm Bismarck im Gefolge und Auftrag des Königs die Erbhuldigung der lauenburgischen Stände in der St. Petrikirche zu Ratzeburg entgegen. Diese Scene hatte ein Vorspiel, das die Legende von dem „Junkertum“ Bismarcks abermals zerstört. Lauenburg war bis dahin ein Staat gewesen, dessen öffentliches Recht seit dem siebzehnten Jahrhundert gleichsam versteinert war. Das Junkertum besaß hier aus dem in alten Pergamenten verbrieften „Rezeß“ Vorrechte der Alleinherrschaft und der Ausbeutung aller, die selbst über mecklenburgische Junkerherrlichkeit weit hinausgingen. Daß dieser „Rezeß“ den Lauenburger Rittern auch von Preußen unverkümmert werde erhalten werden, hatten sie

bis dahin nicht bezweifelt; schon Bismarcks Gesinnung und Ruf schien für die Unversehrtheit des Heiligtums zu bürgen. Während einer Kahnfahrt auf dem schönen Landsee bei Ratzeburg am Nachmittage des 25. September meinte ein hervorragendes Mitglied der Lauenburger Ständeversammlung an Bismarcks Seite, diese noch schwebende Herzensfrage der Ritterschaft bereinigen zu müssen, und fragte leicht: „Apropos, Exzellenz, wie steht es mit unserm Rezeß? Ich hoffe, daß Se. Majestät ihn bewilligen werden, ehe sie unsere Huldigung verlangen.“ — „Ich vermute, daß der König dies nicht thun wird“, versetzte Bismarck. — „Dann werden wir uns morgen mitten in der Kirche weigern, zu schwören“, entgegnete sein Kahnnachbar. — „Je nun“, erwidert Bismarck kühl, „da werden die Herren morgen mitten in der Kirche zu hören bekommen, daß sie der nächsten preußischen Provinz einverleibt sind.“ Fortan war im Kahn nur von den Reizen der Landschaft noch die Rede. Nach Ratzeburg zurückgekehrt, entwarf Bismarck aber sofort ein Dekret, welches die Einverleibung Lauenburgs in die Provinz Brandenburg verkündigte, und das verlesen werden sollte, falls die Stände die „rechte Erbhuldigung“ weigern würden. Diesem Dekrete gab der König seine Zustimmung, und Bismarck steckte es in die Tasche, ehe er am nächsten Morgen die Kirche betrat. Nach der Predigt forderte er die Ritter- und Landschaft zum Schwur auf, und siehe da, sie schwuren alle ohne Anstand. Vom „Rezeß“ und den Vorrechten der Junker war in Lauenburg fortan keine Rede mehr.

Auch in Schleswig-Holstein gestaltete sich das neue Verhältnis nach dem Gasteiner Vertrag anfänglich angenehm. Mitte September hatten die beiden Statthalter, General von Manteuffel in Schleswig und Feldmarschallleutnant Baron Gablenz in Holstein ihr Amt angetreten. Selbstverständlich war das Regiment des Preußen schneidiger und schärfer als das des Österreichers. Gablenz ließ alles so, wie die Holsteiner es wünschten, stellte alle Beamten endgültig an und immer nur Augustenburger, da nur solche ihm empfohlen und alle andern als preußische „Annexionisten“ verschrieen wurden; nicht selten sogar Beamte, die Manteuffel entlassen hatte. Alle

Einkünfte des Landes wurden, trotz der Finanznot Österreichs, nur zu Landesausgaben verwendet. Dabei war Holstein an sich viel reicher und viel dichter bevölkert als Schleswig. Die österreichische Besatzung des Landes war geringfügig. Der Herzog Friedrich wurde im Lande geduldet, wenn auch nur als Privatmann; die Zeitungen durften den Augustenburger nur nicht mehr als „Friedrich VIII.“ oder als „Herzog von Schleswig-Holstein“ bezeichnen; auch im Übrigen war ihnen Mäßigung empfohlen. Aber mit weicher, milder Hand wurde alle Polizei und alle Regierung in Holstein geübt. Wie mit der Bevölkerung, verstand sich Gablenz' liebenswürdige Höflichkeit und Offenheit auch mit Manteuffel gut zu stellen. Ernstere Beschwerden des preußischen Statthalters, wie z. B. über eine Huldigungsreise des Augustenburgers auf schleswigsches Gebiet vor Eckernförde (Mitte Oktober), beachtete Gablenz bereitwillig, wenn er auch bei weitem nicht so schroff verfuhr wie Manteuffel, der dem Prinzen bei abermaliger Betretung schleswigschen Bodens Verhaftung androhte. In diesem Falle griff übrigens auch Graf Mensdorff mit der Weisung an Gablenz ein, dem Prinzen die bedenklichen Folgen klar zu machen, welche erneute Ausschreitungen seiner selbst oder seiner Anhänger herbeiführen würden. Auch jene Verordnung an die Zeitungen aber hatte Gablenz erst auf preußische Anregung erlassen. Da im übrigen kein österreichischer Minister sich um seine Regierung kümmerte, er keine Rechnung zu legen und keinen höheren Einspruch zu erwarten hatte, so waren die von ihm in der Landesregierung angestellten Beamten thatsächlich selbstherrlich, und die Zufriedenheit mit dem österreichischen Regiment in Holstein allgemein. Namentlich fühlte man sich vor der Annexion, die man als baldiges Nachspiel des Gasteiner Vertrags erwartet hatte, nun ganz sicher.

Sehr viel schwierigere Verhältnisse boten sich dem General Manteuffel in Schleswig dar. Der preußische Statthalter war nach seinem ganzen Naturell von einem viel größeren Drange beseelt, tiefe Spuren seiner Regierung zu hinterlassen, in der Gesinnung der Bewohner sowohl als in allerlei Verbesserungen zum gemeinen Besten.

Dabei war er aber in allen politischen, rechtlichen und finanziellen Hauptfragen durchaus abhängig von den Ministern in Berlin. Und seine löbliche Begierde, alles selbst zu sehen, zu beschließen und zu ordnen, gab allen seinen Untergebenen ebensowenig Sicherheit und Ruhe in ihrem Wirken, als er selbst sie, bei dem Dreinreden von Berlin, zu besitzen meinte. Im Guten und Bösen zeigt Manteuffels dreivierteljährige Verwaltung in Schleswig schon etwa dieselben Züge, wie seine Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen von 1879 bis 1885. Namentlich begünstigte er auch in Schleswig anfänglich in geradezu unbegreiflicher Weise die Hauptfeinde, die Dänen. Da Zedlitz ihm gesagt hatte, daß alle bis dahin in Schleswig angestellten Beamten Augustenburger, die Anhänger der preußenfreundlichen „National-partei" Schleswigs aber gleichfalls „Demagogen" seien, so begann er ganz arglos damit, die während der Okkupationszeit angestellten deutschen Beamten zu entlassen und an ihre Stelle die alten dänischen zu setzen. Und das dauerte auch noch an, als die Dänen Nordschleswigs, die sich jetzt wieder offen mit Hoffnungen der Rückkehr unter dänisches Scepter trugen, ihre Wünsche bei einer Huldigungsmassenfahrt nach Kopenhagen dort in die Hände der Regierung niedergelegt hatten. Es waren dieselben Erscheinungen, die später Manteuffels „Courmacherei" bei den Französlingen der Reichslande unter diesen hervorrief. Bismarck erhielt durch Richthofen in Hamburg, durch Scheel-Plessen und durch preußische Agenten, die er schon im Sommer nach Schleswig gesandt hatte, Kenntnis von diesen Mißgriffen Manteuffels, mit dem Bemerken: wenn hier nicht Abhilfe geschehe, erhebe sich in Schleswig-Holstein keine Stimme mehr für Preußen. Bismarck sah sich daher veranlaßt, durch eine Verfügung vom 11. September einzugreifen. Er eröffnete dem General, daß Preußen entschlossen als Freund seiner Freunde auftreten und Beamte dieser Richtung anstellen müsse, nachdem die Dänen durch die Massenfahrt nach Kopenhagen offene Feindseligkeit bekundet hätten, und lehnte, auch nach wiederholter Vorstellung Manteuffels, zu dessen Ärger die Anstellung von Dänen auf das Bestimmteste ab. Noch mehr war Manteuffel darüber verdrossen, daß Bismarck ihm

schrieb, die 100 000 Thaler „Vorschuß“, die der Statthalter wünschte, wolle der König zwar gern bewilligen, aber dazu gehöre auch die Zustimmung des Finanzministers. Und vollends empört fühlte sich der General, als Bismarck den Minister Grafen Eulenburg nach Schleswig sandte, um die Beamtenfrage zu regeln, und als auf dessen Bericht der König verfügte, daß die Anstellung aller höheren Beamten im Herzogtum nicht durch den Statthalter, sondern durch den Minister erfolgen solle. Darauf bat Manteuffel den König, ihn von der Zivilverwaltung überhaupt zu entbinden. Wir wissen schon aus Bismarcks Berichten und Briefen der Bundestagszeit und der Gesandtenepoche von 1859 bis 1862, daß Bismarck den General Manteuffel nicht zu seinen Freunden zählte. Gleichwohl hatte er schon in Salzburg Manteuffels Ernennung zum Statthalter mit Freuden begrüßt und diese Freude Manteuffel auch offen ausgesprochen. Er veranlaßte die soeben aufgezählten Schritte zweifellos auch nur aus politischen und sachlichen Gründen, nicht entfernt aus persönlichen. Der General aber erblickte darin nur persönliche Feindseligkeit Bismarcks und schrieb an Roon am 6. Oktober in großer Bitterkeit: „Ich habe Briefe und Vorwürfe von dem Könige bekommen, bereits am 18. September, zwei Tage nach (dem förmlichen) Antritt meines Amtes: ‚Den Lord erkenn' ich, meinen Feind‘ — nicht meinen gütigen König in diesen ungütigen Worten. Wie aber der Lord mein Gegner geworden — ich begreif' es nicht. Noch nie habe ich in solchem Einverständnisse mich mit einem Minister geglaubt als in dieser schleswig-holsteinischen Sache mit Minister Bismarck . . . Minister Graf Bismarck kann (freilich) nur Maschinen oder politische Gegner erzeugen, ich will weder das eine noch das andere werden, ich gehe.“ Bismarck war bei Eingang dieses Schreibens, wie wir wissen, bereits in Biarritz. Zum Glücke gelang dem vermittelnden Freunde Roon die Ausgleichung zwischen den beiden ihm nahestehenden Männern. Manteuffel genoß ja auch im höchsten Grade das Vertrauen des Königs. Sein Entlassungsgesuch wurde daher nicht genehmigt, dagegen ihm die Befugnis erteilt, in dringenden Eilfällen auch höhere Beamte selbständig anzustellen.

Die zahlreichen Anstände, die Manteuffels übertriebene Geldforderungen zwischen dem General und dem Finanzminister herbeiführten, können wir hier übergehen. Bismarck, dem es nicht einfiel, diesen willensstarken und bedeutenden Mann zu bevormunden, hatte nur noch Ein mal Anlaß, in höflicher Weise dem Statthalter seine verschiedene Meinung erkennen zu lassen. Das geschah nach jener berühmten Rede, die Manteuffel am 25. September, bei einer Inspektion der Truppen und Vorstellung der Beamten in Flensburg hielt. Da trat Manteuffel den geheimen dänischen Ausstreuungen von bevorstehenden Landabtretungen mit dem kräftigen Worte entgegen: „Jedes sieben Fuß lange Stück Erde decke ich, bevor es abgetreten wird, mit meinem Leibe.“ Bismarck mußte dem tapferen Redner vorstellen, daß die Entschiedenheit des Ausdrucks nicht völlig zu den Erklärungen passe, die Preußen stets dem Kaiser Napoleon über die Möglichkeit künftiger Maßregeln gegeben habe. Durch seine Redlichkeit, Gerechtigkeit und Einsicht erwarb sich Manteuffel übrigens bei der gesamten Bevölkerung Schleswigs Achtung, auch bei den Gegnern. Aber Liebe und Zufriedenheit, die dem General Gablenz aus Holstein in so reichem Maße zuflossen, blieben ihm versagt. Denn notgedrungen trug alles, was Preußen durch Manteuffel in Schleswig verrichten ließ, nur einen vorübergehenden Anstrich. Die meisten Beamten wurden nur widerruflich angestellt. Der Statthalter sah sich auf die äußerste Sparsamkeit angewiesen. Die preußische, vom Lande zu erhaltende Truppenmacht in Schleswig war bedeutend stärker als die österreichische in Holstein. Die Dänen grollten eingeschüchtert. Die Augustenburgische Partei schalt über Manteuffels Härte, der ihre Vereine aufgelöst hatte und den Zeitungen kein Wort über den „Angestammten“ erlaubte. Mehr vermochte zur Zeit keine ernste preußische Verwaltung, die sich ehrlich auf den Boden des Wiener Friedens und des Gasteiner Vertrags stellte, zu erreichen.

Auch das in Gastein zwischen den deutschen Mächten ausgetauschte Gelöbnis, in Gesamtdeutschland die Angelegenheiten in konservativem Sinne zu leiten, hatte jetzt seine ersten Proben zu

bestehen. Nachdem nämlich der Abgeordnetentag von Frankfurt aus seine Schmähungen über den Gasteiner Vertrag ausgegossen hatte, vermochte Bismarck das Wiener Kabinett dazu, gemeinsam mit Preußen eine scharfe Note an den Frankfurter Senat zu richten, in welcher diesem bei Erneuerung solcher Vorgänge unmittelbares Einschreiten der Mächte angedroht wurde. Als aber der Senat, wahrscheinlich von Wien still ermuntert, fest blieb, verlangte Bismarck die Ausführung von Zwangsmaßregeln, die Mensdorff jedoch verweigerte. Vielmehr schlug letzterer vor, derartige Versammlungen in ganz Deutschland durch den Bund verbieten zu lassen. Dabei wußte er genau, daß nur etwa Kurhessen und Hannover für eine derartige Ächtung der mittelstaatlichen Phrasenmänner stimmen würden. Bismarck lehnte daher ab und unterließ weitere Schritte, zumal da Österreich wenigstens am Bunde noch einmal das in Gastein gegebene Versprechen bethätigte. Als sich nämlich Bayern, Darmstadt und Sachsen am 4. November darüber beklagten, daß ihr schon am 27. Juli eingebrachter Antrag auf Berufung der Stände der Elbherzogtümer in den Ausschüssen begraben liege, erklärten die beiden deutschen Mächte in der Bundestagssitzung vom 18. November, daß sie die Berufung der Landtage der Herzogtümer selbst beabsichtigten, aber auch den hierfür geeignet erscheinenden Zeitpunkt selbst wählen würden. Von der Aufnahme Schleswigs in den Bund aber könne zur Zeit keine Rede sein. Die Mehrheit von acht Stimmen entschied sich für diesen Standpunkt der Großmächte, den die Antragsteller dann in einem feierlichen Protest als das Gegenteil des „Rechts“ brandmarkten. Von besonderer geschichtlicher Bedeutung aber war diese Sitzung nicht durch diese Verwahrung, sondern durch das Zusammenhalten Preußens und Österreichs am Bunde. Es sollte nämlich das letztemal sein, daß die beiden deutschen Mächte hier einträchtig waren! „Saluez ce milliard, vous ne le reverrez plus!“*) rief Thiers bald nachher in der französischen Kammer, als die stets wachsende fran=

*) Grüßen Sie diese Milliarde, Sie werden Sie nie wiedersehen.

zösische Staatsschuld zum erstenmal den Betrag einer Milliarde überschritten hatte. Auch die letzte Eintracht der beiden deutschen Mächte im Bundestage verdient solche Beachtung, denn ihre Zwietracht sollte „das Glashaus des Bundes“ schon innerhalb der nächsten sieben Monate für immer zertrümmern.

Wir untersuchen den Zündstoff, der in wuchernder Üppigkeit und mit unheimlicher Schnelligkeit sich zwischen den beiden Mächten anhäuft und ihrem Bündnis innerhalb Deutschlands für immer ein Ende macht. Zunächst hatte in Wien Bismarcks Reise nach Biarritz sehr verdrossen. Denn selbstverständlich hatte er dort dasselbe gethan, so mutmaßte man, was Fürst Metternich in Paris vor dem Tage von Gastein gethan: sicherlich hatte er dem Kaiser Napoleon das Bündnis Preußens angetragen. Als dann Metternich im November nach den Mitteilungen seines Freundes Drouyn berichtete, Bismarck habe durchaus nichts fest abgeschlossen, da hegte man in Wien nicht den mindesten Zweifel, daß er den Abschluß eines Bündnisses wenigstens versucht habe. Man freute sich nur ungemein, daß ihn Napoleon vermutlich noch kräftiger habe abfallen lassen, als den österreichischen Botschafter kurz vor Gastein. Die vermeintliche Ruchlosigkeit Bismarcks wurde dadurch natürlich nicht vermindert, ihm vielmehr in Wien auf die große Rechnung geschrieben. Es kamen noch mehr bedeutende Posten hinzu. Denn gerade während Bismarck bei Napoleon in Paris weilte, versuchte ein hoher Beamter des österreichischen Finanzministers in Paris das für die österreichischen Staatskassen so notwendige Bargeld, wenn auch zu wucherischen Zinsen, aufzutreiben. Rothschild hatte schon rundweg abgelehnt. Nun kam die Nachricht aus Paris, daß auch Kaiser Napoleon dem Abschluß widerstrebe, und zwar infolge von Bismarcks Einflüsterungen, um Österreich matt zu setzen.*) Die Erbitterung in Wien gegen den vermeintlich so heimtückischen Feind in der Freundesmaske wurde nicht geringer, als dann die Anleihe doch gelang, da Kaiser Napoleon, der ja auch selbst an der Börse

*) Sybel versichert (IV, 250), daß auch die geheimsten Berliner Akten hierfür nicht die Spur einer Begründung bieten.

bedeutend spielte und gewann, einigen seiner Vertrauten den reinlichen Gewinn ihrer Beteiligung an der österreichischen Anleihe nicht verkümmern wollte. Man kann sich daher denken, mit welcher Entrüstung das gerade damals in Wien einlaufende Anerbieten Bismarcks abgelehnt wurde, Schleswig nnd Holstein gegen Geld an Preußen abzutreten. Jedenfalls erachtete man in Wien nun die ganze Verwerflichkeit des Planes Bismarcks für erwiesen: er hatte in Paris dem Abschluß der österreichischen Anleihe entgegengearbeitet, um Österreich nur die Wahl des Bankerotts oder der Verschacherung der Herzogtümer zu lassen.

An einer dritten, für Österreich überaus ärgerlichen Thatsache hatte Bismarck endlich unleugbar den hervorragendsten Anteil. Den Abschluß des deutsch-italienischen Handelsvertrages, den er in Paris dem italienischen Botschafter warm empfohlen hatte, nahm er sofort nach seiner Rückkehr nach Berlin eifrig in die Hand. Sachsen und Bayern waren nach dem „Verrat“, den Österreich in Gastein und gegen ihre Anträge am Bunde verbrochen hatte, jetzt sofort bereit, das Königreich Italien anzuerkennen und mit letzterem den von der deutschen Industrie längst ersehnten Handelsvertrag abzuschließen. Im Laufe eines Monats schlossen sich alle deutschen Staaten außer Hannover und Nassau an, und damit war Preußen in ganz Italien plötzlich die volkstümlichste Macht Europas geworden. Österreich seinerseits konnte nicht von Ferne daran denken, hier Preußen ein Paroli zu bieten. Ja, nicht einmal das revolutionäre Königreich anzuerkennen und mit dem vom päpstlichen Bannfluch getroffenen Kirchenräuber Viktor Emanuel sich zu versöhnen, durfte es wagen; seit 1859 waren sogar alle diplomatischen Beziehungen zwischen Wien einer- und Turin und Florenz andererseits unterbrochen. Etwa die Amnestie venetianischer Flüchtlinge und einige Erleichterungen des Grenzverkehrs — im Vergleich zu dem unermeßlich folgenschweren und volkstümlichen Zuge Bismarcks wenig genug — war alles, was es seinerseits der populären Strömung zu gewähren vermochte. Volkstümlich im höchsten Grade war nun aber der preußisch-italienische Handelsvertrag nicht bloß in Italien, sondern

namentlich auch in Deutschland. Kein Wunder, daß er in Wien gar als der Anfang zur preußischen Alleinherrschaft über Deutschland und zur Verdrängung Österreichs aus dem Bunde erschien. Gegen dieses Streben war man in Wien entschlossen, gerade mittels des Gasteiner Vertrags energisch Front zu machen.

Sofort ergingen die entsprechenden Weisungen an General Gablenz, und sofort wurden ihre Wirkungen fühlbar. Gablenz zeigte sich jetzt wesentlich schroffer, die Zahl der Anstände zwischen beiden Statthaltern wuchs, die augustenburger Vereine rührten sich in Holstein nach Herzenslust und versuchten ihr Treiben auch nach Schleswig zu verpflanzen, die Sprache der Presse wurde immer zügelloser und feindseliger gegen Preußen, immer herzogstreuer. Als Manteuffel die in Schleswig noch bestehenden Vereine aufhob und die Verbreitung der Holsteiner Zeitungen in Schleswig bei schwerer Strafe verbot, sagte Gablenz in einer amtlichen Rede: bei seinem Abgang solle dereinst niemand klagen dürfen, er habe rechtlos wie ein türkischer Pascha regiert. Auf Manteuffels Vorstellungen gegen die Zügellosigkeit der holsteinischen Presse und Vereinsagitation erwiderten die Österreicher jetzt plötzlich: „man habe in Holstein gar kein Mittel, gegen die Presse und Vereine einzuschreiten, da die Verfassung von 1854 durch die Bundeskommissare 1864 aufgehoben worden sei; hiernach habe Mensdorff den Statthalter zu verfahren angewiesen.“ Das war nun freilich sehr merkwürdig. Denn in Wahrheit hatten die Bundeskommissare die bestehenden Gesetze keineswegs aufheben, vielmehr nach ihnen regieren sollen. Graf Mensdorff mußte denn auf Bismarcks Vorstellungen über die völlige Unbegründetheit jener Ausflucht später auch erklären, daß er die Frage noch nicht gründlicher studiert habe. Wohl konnte Bismarck aber in seiner Rechtsbelehrung nach Wien feststellen, daß, wenn die Verfassung von 1854 in Holstein wirklich aufgehoben wäre, die Sache sogar noch einfacher liege, denn dann könne Österreich ja ohne irgendwelche Rücksicht und Schranke gegen jede Ausschreitung der Presse und Vereine mit aller Macht einschreiten.

Auf alles das vermochte das Wiener Kabinet nichts Sachliches

zu entgegnen. Gleichwohl stieg die preußenfeindliche Agitation, die es in den Herzogtümern duldete, von Stufe zu Stufe. Bald unternahmen die Augustenburger Holsteins den schmählichen und natürlich auch mißlungenen Versuch, die Sympathien der in Schleswig wohnhaften Dänen für den „Herzog" dadurch zu gewinnen, daß sie unter jenen Bittschriften an den König Wilhelm in Umlauf setzten, in denen um Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark, mindestens aber um Selbständigkeit Schleswig-Holsteins unter dem Herzog Friedrich gebeten wurde. Allerdings wurde die herzogliche Sache dadurch den Dänen und Deutschen Schleswigs von selbst verächtlich, und Manteuffel brauchte zur Verhinderung dieser Art von Agitation kaum an das Verbot von Kollektiv-Petitionen nach der Verfassung von 1854 zu erinnern. Dann aber folgte ein flagranter Fall der Vertragsverletzung seitens der österreichischen Regierungsbehörden in Holstein. Als die Gattin des Erbprinzen eine Reise von Altona nach Kiel machte, wurde sie überall mit dem amtlichen Gepränge der Landesherrin gefeiert und ihr überall die unerschütterliche Treue für das angestammte Herrscherhaus angelobt, ohne daß die berufenen Organe Einspruch erhoben. Auch die vielen Geistlichen Holsteins, die allsonntäglich das öffentliche Kirchengebet für den Herzog Friedrich von Holstein sprachen, blieben von Gablenz unangefochten.

Schlimmer waren die Verhältnisse unter Halbhuber auch nicht gewesen, und damals als Kriegsfall angesehen worden. Fern von der nervenerregenden und empörenden Wirklichkeit der Dinge, hatte Manteuffel, wie wir wissen, zu den entschiedensten Gegnern eines Bruches mit Österreich gehört. Aber jetzt war auch sein Geduldmaß voll. Am 16. Dezember berichtete er an Bismarck: am 14. habe er bei Gablenz gespeist und mit diesem und Hofmann lange gesprochen. Die Herren hätten ihm erklärt, Österreich werde gegen das Augustenburgertum nicht einschreiten und den Herzog anerkennen, falls Preußen auf seinen für Österreich unannehmbaren Plänen in den Herzogtümern und in Deutschland bestehe. Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage sei nur möglich, wenn Preußen eine Österreich gefällige deutsche Politik annehme. In

Wien sei man jetzt über Preußen erbitterter als vor Gastein und fürchte den Krieg nicht mehr, auch der Kaiser sei ihm nicht länger abhold, da man sehe, wohin die preußische Politik in Deutschland ziele. Als Manteuffel daraufhin gegen die Verletzung des preußischen Besitz- und Hoheitsrechtes in Holstein bei Gelegenheit der Reise der Erbprinzessin förmliche Verwahrung bei Gablenz einlegte und ihn fragte, was Gablenz nun zu thun gedenke, da erhielt er von diesem die lakonische Antwort: er habe Herrn v. Hofmann bereits nach Wien gesandt, um Instruktion einzuholen, ob ihm erlaubt sei, über Maßregeln der holsteinischen Verwaltung an Preußen Auskunft zu erteilen. Manteuffel berichtete auch diesen Fall sofort an Bismarck und hielt den Konflikt für soweit gediehen, um in Wien zur Wahl zu stellen, entweder mit Preußen oder mit Augustenburg zu brechen. Ganz in diesem Sinne forderte Bismarck am 29. Dezember den Baron Werther auf, dem Grafen Mensdorff ernste Vorstellungen über die schwere Verletzung der preußischen Souveränität in Holstein zu machen und das Verlangen zu stellen, daß Österreich den Erbprinzen nach zwei vergeblichen Verwarnungen nun durch die That fühlen lasse, wie es am Vertragsrecht mit Preußen festhalten wolle.

Diese Anweisung war noch unterwegs, als am 31. Dezember Herr v. Hofmann auf der Rückreise nach Holstein in Berlin anlangte und um eine Audienz bei Bismarck nachsuchte. Er sprach hier ganz so, wie am 14. Dezember zu Manteuffel, und am Schlusse rückte er mit dem offenen Geständnis heraus: Österreich denke gar nicht daran, mit dem Augustenburger zu brechen, da es sonst jede moralische Stütze in Holstein verliere. Nur auf dem Gebiete der allgemeinen Politik lasse sich zwischen beiden Mächten auch über Holstein Verständigung gewinnen. Freundlicher hatte sich Graf Mensdorff, wie Werther am 3. Januar 1866 berichtete, auf Bismarcks Vorstellungen vom 29. Dezember ausgesprochen. Namentlich hatte er versichert, daß Österreich den Prinzen bei Erneuerung einer derartigen Demonstration in Kiel nicht länger dulden werde. Daran schlossen sich noch andere gute Worte, die aber alle in Berlin keines-

wegs beruhigen konnten, und welche Werther nur mit dem Wunsche begleitete, daß sie zu Thaten werden möchten. Nichts derart geschah. Auch im neuen Jahre wuchs nur die Ungeniertheit der preußenfeindlichen Wühlerei, so daß Manteuffel mit dem ganzen Feuer seiner Seele zur Entscheidung drängte. Fast täglich wiederholte er, an der Hand neuer peinlicher Erfahrungen, das Ersuchen an Bismarck: Kein Gedanke an Teilung der Herzogtümer oder ihrer Übertragung an einen Dritten, Entfernung des Erbprinzen, sonst Krieg! Und am preußischen Königstage, am 18. Januar, schrieb er: „Die drei Monate, welche wir damals in Gastein als Versuchszeit für Österreichs wahre Gesinnung in Betracht nahmen, sind herum; die letzte Probe dieser Gesinnung steht jetzt zur Entscheidung, die Ausweisung des Erbprinzen. Vollzieht Österreich dieselbe, so ist die moralische Wirkung derart, daß Preußen sich beruhigen kann. Wenn nicht, dann ist die Klarheit vorhanden, welche man“ (der König) „haben wollte, ehe unliebsame Bündnisse“ (mit Italien und Frankreich) „geschlossen würden, und dann schließe man sie.“

Die Frage stand genau so, wie Manteuffel schrieb, und Bismarck hatte das schon lange erkannt, ehe das Jahr, welches „die Risse im Bau“ mühsam verklebt hatte, zur Neige ging. Gerade an der Wende des alten Jahres war die Entscheidung heraufgezogen, war der Entschluß zu fassen gewesen, der das Schicksal der preußischen und deutschen Zukunft in sich schloß. Da hatte Bismarck am 29. Dezember seine Depesche an Werther geschrieben. Noch enthielt sie kein Ultimatum. Aber die Versagung ihrer gerechten Verlangen mußte den Krieg unaufhaltsam herbeiführen. Und als die Neujahrsglocken in Bismarcks schlichte Amtswohnung an der Wilhelmstraße hineintönten, da mochte er sich des eisernen General York erinnern, der am 31. Dezember 1812 in Tauroggen zweifelnden Herzens nach der vom Nordlicht erhellten Mühle von Poscherun blickte, wo die Russen ihn erwarteten, um den Vertrag zu schließen, der den deutschen Befreiungskrieg einleitete, noch ehe der König ihn genehmigte. Da mochte er mit York sagen:

Die Glocken künden, daß das Jahr sich neigt.
Die ehrne Zunge grüßt ein neues Jahr,
Vielleicht das schlachtenreichste des Jahrhunderts.
O möge, wenn es ausklingt, Preußen, Deutschland
Die schwerste Stunde, die ich lebte, segnen!

Da zog noch einmal alles an seinem stillprüfenden Blick vorüber: vergangene und künftige, persönliche und allgemeine Dinge. Eine gewöhnliche Menschenkraft wäre unter den ungeheuren Anstrengungen, die Bismarck seit seinem Amtsantritte zu Ende September 1862 im inneren Kampfe wie nach Außen leisten mußte, längst zusammengebrochen. Auch er fühlte sich manchmal sterbensmüde. Einige Äußerungen, die er in einem Brief aus Karlsbad vom 12. Juli 1865 an die Schwester that, bekunden das deutlich: „Ich schäme mich, daß ich Dir zu Deinem Geburtstage (28. Juni) nicht geschrieben habe; aber es ist so viel Müssen in meinem Leben, daß ich selten zum Wollen komme. Das Tretrad geht Tag für Tag seinen Weg, und ich komme mir vor, wie der müde Gaul darauf, der es unter sich fortschiebt, ohne von der Stelle zu gelangen." Und am Abend des 13. fügte er noch hinzu: „Den ganzen Tag über habe ich geschrieben, diktiert, gelesen, den Berg hinunter und wieder erstiegen wegen Vortrag beim König. Nun schließt der Kuriersack und ich den Brief. Über den Tisch sehe ich aufs Erzgebirge, die Tepl entlang ins Abendrot, recht schön, aber ich fühle mich ledern und alt." Auch die unerschöpfliche Herzens- und Kraftstärkung, die Bismark sonst im eigenen Heim, im Verkehr mit den Seinen fand, war ihm in diesen Jahren, da er den König im Sommer auf dessen Reisen begleitete, monatelang versagt. Selbst auf den beiden längeren Erholungsreisen, die er im Spätherbst 1864 wie 1865 mit königlichem Urlaub nach Biarritz unternahm, begleitete ihn, wie wir sahen, unausgesetzt das schwerste Gepäck der politischen Geschäfte und Sorgen. Es war in der That nur ein flüchtiger Augenblick behaglichen Lebensgenusses, der ihm zu teil ward, als er auf dem Rückwege von Biarritz über Paris anfangs November 1865 mit Gemahlin und Tochter in Paris zu-

sammentraf und während einiger Tage ihnen die Reize und Sehenswürdigkeiten der französischen Hauptstadt zeigen konnte, sie in die große Oper führte u. s. w. Ein solch schöner Tag, dessen Genuß Bismarck in Gemeinschaft mit seinen Lieben beschieden war, war auch die Feier der Konfirmation der Tochter Marie und des Sohnes Herbert am 31. März 1865 gewesen. Aber immer seltener und flüchtiger wurden solche Stunden, da er sich gleich anderen Sterblichen der Süßigkeit der Familienfreuden hingeben konnte. Am Ende dieser wenigen Stunden erneute sich ununterbrochen die ungeheure nervenverzehrende Arbeit.

Während all dieser Monate und Jahre heißester Sorge und Mühe ums Vaterland hatte Bismarck die festeste Stütze und den nie versagenden Halt an dem herrlichen König, für dessen gutes Recht und weise Heeresreform er zuerst in den Kampf gegen die Volksvertretung gezogen war. Wohl hielt der König während der dänischen und österreichischen Verwickelung lange zäh fest an gewissen von seinem Minister abweichenden Ansichten in Einzelfragen. Bismarcks vorsichtige Politik gegen Dänemark, die nacheinander, mit Rücksicht auf die Großmächte, sich bereit erklärte zur Anerkennung der Souveränität Christians IX., Aufrechterhaltung des Londoner Protokolls, Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark, Abtretung nordschleswig'scher Gebiete, billigte König Wilhelm unter dem Zwange der Notwendigkeit immer nur widerstrebend. Am liebsten wäre der tapfere Hohenzoller für die Elbherzogtümer gleich von Anfang an mit der Losung vor Deutschland getreten: „Los von Dänemark". Auf der anderen Seite hielt König Wilhelm an seiner ritterlichen Unterstützung des Erbprinzen von Augustenburg viel länger fest, als Bismarck dies gerechtfertigt erachtete. In Bismarcks Augen war eben, nach dem von ihm selbst vermittelten Verzicht des Prinzen von Augustenburg (Vater) im Jahre 1852, das Erbrecht des Prinzen überhaupt beseitigt, und er war daher zu dessen Einsetzung nur bereit, soweit der Prinz die wichtigsten Interessen Preußens in den Herzogtümern anerkennen und sicherstellen würde. Da dies nicht geschah, so war der Prinz für Bismarck nicht mehr „Erbprinz"

und noch weniger „Herzog". König Wilhelm dagegen fand in seinem edeln Sinn den Vorwurf unerträglich, der ihm täglich tausendstimmig aus der gesamtdeutschen augustenburgischen Presse, aus Kammerreden und Volksbeschlüssen entgegenschallte: daß ein König von Preußen die Macht des Stärkeren mißbrauche, um einem kleinen deutschen Fürsten sein Vatererbe zu entreißen. Erst nach dem Gutachten der preußischen Kronjuristen überzeugte sich König Wilhelm von der Unrechtmäßigkeit der Ansprüche des Prinzen, und erst jene gehässige Agitation gegen Preußen, die der Prinz in den Herzogtümern ermunterte oder doch geschehen ließ, und die sowohl vor als nach Gastein recht eigentlich den Kriegsfall heraufbeschwor, erweckte in dem Herzen des gütigen Königs eine Empörung und Würdekränkung, welche den Prinzen völlig unmöglich machten und die schärfsten Abwehrmaßregeln herausforderten. So fanden sich der Herrscher und sein Minister endlich immer wieder auf demselben Boden treu und fest vereinigt, einer des anderen Stab und Stütze in einem unvergleichlich großartigen Leben und Wirken. Auch in der Frage der Politik und des Verhaltens Preußens gegen Österreich. Nur waren hier die Rollen der beiden großen Männer gerade die umgekehrten wie in der dänischen Verwickelung. Mit fast jugendlichem Eifer hatte der achtzehn Jahre ältere König gegen Dänemark die letzten und teuersten Forderungen Deutschlands auf sein Panier geschrieben, so daß Bismarck den ehrwürdigen teuren Herrn gleichsam so lange zügeln mußte, bis endlich auch Bismarck die letzten deutschen Forderungen aufstellen und durchsetzen konnte. Ein Bruch mit Österreich dagegen war dem Herzen und der Politik des Königs unendlich peinlich. Er liebte den Kaiser Franz Joseph, den Neffen seines verstorbenen Bruders, herzlich. In der Vereinigung der beiden Staaten sah er das sicherste Bollwerk gegen die Revolution im Innern und gegen Angriffe des Auslandes. Mächtige persönliche Einflüsse, der Kronprinz und die Königin Augusta, wirkten täglich in diesem Sinne auf das Herz des Monarchen ein. Mit äußerstem Widerstreben hatte der König kurz vor Gastein notgedrungen eingewilligt, Österreich den Kriegsfall zu stellen, wenn

es das preußische Mitbesitzrecht in den Herzogtümern nicht achte. Die letzte Entscheidung für diesen Entschluß gab jedoch zweifellos Bismarcks Erklärung — die dieser, wie wir sahen, sogar Herrn v. d. Pfordten andeutete, — daß er sein Amt niederlegen werde, wenn in Gastein nicht ein für Preußen erträglicher Zustand geschaffen werde. Nun klafften die dort notdürftig verklebten Risse wieder weiter und unheilvoller auseinander, als je zuvor. Bismarck sah kein Mittel mehr, sie anders zu schließen, als durch Blut und Eisen. Der Zeitpunkt, der die Uhr des Jahrhunderts auf die richtige Stunde stellen sollte, war gekommen, unausweichlich gekommen, wie Bismarck das seit einem Jahrzehnt vorausgesagt hatte. Der Krieg nahte unerbittlich, unvermeidbar heran. Wie würde nun der König sich entscheiden? Im vollsten Vertrauen auf seinen hohen Herrn sah Bismarck auch dieser Entscheidung entgegen. Der Kampf, der nun in der Seele des Königs beginnt, ist schwer, andauernd, unendlich rührend. Aber er wird in Bismarcks Sinn bestanden. Der größte Zug in diesem hehren Hohenzollern ist eben das schlichte eiserne Pflichtgefühl, die Selbstüberwindung im Interesse des Staatswohls, und eben deshalb die Fügsamkeit gegen die verantwortlichen Berater, welche ihrerseits mit Amt und Dasein, mit Herz, Willen und Vollbringen für König und Vaterland einstanden. Diese innige und bis zum Tod unlösliche Verbindung des Königs mit seinem ersten Minister ist fast beispiellos in der Geschichte, ebenso beispiellos wie die Erfolge, die daraus für Preußen und Deutschland erwuchsen. Als ein schönes Sinnbild dieser Verbindung und der festen Stütze, welche jeder der beiden Männer dem anderen lieh, hatte der König seinem Minister zu Weihnachten 1864 mit Worten warmer Anerkennung für dessen Staatsleitung einen Spazierstock geschenkt, auf welchem sich, sehr kunstreich in Elfenbein geschnitzt, das Bildnis des Königs mit einem Lorbeerkranz befand. In dem Begleitschreiben sagte der König: er sende dem Minister gerade diesen Stock, damit er beim Anblick jenes Kranzes sich stets erinnere, daß er es gewesen, welcher jene Lorbeeren gepflanzt habe. Nach Gastein hatte dann König Wilhelm dem Minister durch Er-

hebung desselben und seiner Nachkommenschaft in den Grafenstand abermals einen Beweis höchster Huld gegeben. Bald trat ein neuer hinzu. Bismarck wohnte im Gefolge des Königs am 17. September 1865 in Merseburg der Feier der 50jährigen Vereinigung der Provinz Sachsen mit Preußen bei. Bei der Vorstellung der Provinzialstände sprach der König, als die Reihe an Graf Bismarck kam, der als Besitzer von Schönhausen den Ständen der Provinz angehörte: „Diesem Manne verdanke ich und das Vaterland sehr viel."

In seinen schweren Kämpfen und Mühen hatte Bismarck weiter einen festen Rückhalt an den Kollegen des preußischen Ministeriums, außer etwa an Herrn v. Bodelschwingh, der sich je länger je mehr seinem Amte als Finanzminister nicht gewachsen zeigte. Besonders befestigte sich aber in diesen Jahren des gemeinsamen Ringens die Freundschaft zu Roon. Die wenigen Erholungen, bei Jagden u. dergl., genießen die beiden Freunde im Laufe dieser Jahre meist gemeinsam. Für ihr nahes, von aller Etikette freies Verhältnis spricht es auch, wenn Roon z. B. am 12. September 1865 von Berlin an die Gattin schreibt: „Hier im wesentlichen alles in Ordnung. Bismarck nicht zu Hause; daher im Hotel Royal meinen Hunger gestillt." — Wie der König und Manteuffel war nun auch Roon dafür, mit Österreich solange als nur möglich Frieden zu halten. Aber andrerseits traute er Bismarcks Vorsicht und Umsicht unbedingt, so daß er seinen großen Einfluß beim Könige keinen Augenblick dazu benützte, um des Freundes Politik zu durchkreuzen. So zeigt sich denn das preußische Ministerium jener Tage gerade in den Sitzungen, welche die folgenschwersten Entscheidungen herbeiführten, wie bei dem Konseil in Regensburg vor Gastein und in der jetzt wieder vorhandenen, noch gefahrvolleren Krisis, durchaus einmütig, so viel auch die fortschrittliche Presse, auf die allerdings in jener Zeit vielfach abweichenden Voten des Kronprinzen gestützt, von dem Gegenteil berichten mochte. Und doch wußten und ermaßen alle preußischen Minister, wieviel es bei dieser Entscheidung galt, und wieviel auf dem Spiele stand!

Österreich hatte in seinen verschiedenen Depeschen, welche die preußischen Beschwerden über die österreichische Mißwirtschaft nach Gastein ablehnten, in einem Punkte ganz recht. Es handelte sich jetzt in der That nicht mehr bloß um die Herzogtümer, sondern um die große deutsche Frage. Nur auf dem Boden einer gemeinsamen deutschen Politik der beiden Mächte könne der Streit um Holstein geschlichtet werden, hatte Österreich nach Gastein wiederholt geschrieben oder in Berlin sagen lassen. Daran war soviel richtig, daß nach den bisherigen Erfahrungen das Schicksal Schleswig-Holsteins weder durch Mitbesitz, noch durch Teilung der Verwaltung, noch durch eine von Österreich schroff zurückgewiesene Geldabfindung für Holstein befriedigend zu gestalten war. Alle diese Maßregeln hatte Bismarck schon längst nur für erträglich und möglich gehalten in der weiteren Voraussetzung, daß Preußen und Österreich in Deutschland wie gegenüber den auswärtigen Mächten eng verbündet aufträten, und dann auch gemeinsam das schwierige Werk einer Reform der Bundesverfassung in die Hand nähmen. Aber auch diese Voraussetzung und Möglichkeit hatte sich nun durch die Erfahrungen der letzten Jahre als trügerisch erwiesen. Mit dem Verlangen einer „gemeinsamen" deutschen Politik der beiden Mächte, ohne jede vorherige Berücksichtigung der preußischen Beschwerden und Interessen, forderte Österreich rundweg die Unterwerfung und Abdankung Preußens als Großmacht, eine Demütigung, die schimpflicher war, als die von Olmütz, da sie ohne mitwirkenden Druck fremder Mächte, dem siegreichen Bundesgenossen gegen die Dänen, einem König Wilhelm und Bismarck angesonnen wurde. Es blieb also nur übrig der eine Weg, den Bismarck seit einem Jahrzehnt als letzten und gefahrvollsten, aber auch als ruhmreichsten und befriedigendsten erkannt hatte: die Verdrängung Österreichs aus Deutschland, die Einigung des gesamten nichtösterreichischen Deutschland, oder doch der norddeutschen Staaten, unter Preußens Vormacht, in jedem Falle auch die enge Verbindung mit dem Süden in Krieg und Frieden, die Berufung eines deutschen Parlamentes, kurz die Erneuerung der Hauptgedanken der deutschen Reichsverfassung von

1849. Diesmal aber waren diese Ziele nicht ohne Krieg zu erreichen, nicht ohne Krieg gegen Österreich, möglicherweise gegen andere deutsche Staaten, und bei steter Gefahr ausländischer Einmischung. Preußen wagte alles in diesem Kampfe, selbst sein Dasein. Daß Bismarck eine Niederlage nicht überlebt haben würde, hat er oft ausgesprochen. Fast wörtlich deckt sich auch hier sein Gelöbnis mit dem des eisernen York, als er 1813 die Berliner Freiwilligen vor dem Ausmarsch anredete:

> Von dieser Stunde an gehört das Leben
> Nicht Einem mehr von uns; es rechne Keiner
> Auf seine Wiederkehr aus diesem Krieg.
> Ihr werdet mich an Eurer Spitze sehen.
> Thut Eure Pflicht. Ich schwöre Euch, mich sieht
> Ein unglückliches Vaterland nicht wieder.

Damals rief eine Stimme: „Das soll ein Wort sein!“ Und einmütig erbrauste von den Lippen Tausender der Todesschwur: „Ja, das soll ein Wort sein!“ Aber wo war jetzt etwas von jener Volksbegeisterung der Freiheitskriege zu spüren, bei dem schwersten Wagnis Preußens seit 1813, an der Schwelle eines Krieges, der zum Heile ganz Deutschlands geführt werden sollte?

Wohl hatte sich nach Gastein in erleuchteten Männern und in einem Teile der Presse ein erfreulicher Umschwung vollzogen. Wir hörten, daß Twesten, Mommsen und andere Führer der preußischen Opposition ihr Erscheinen auf dem unnützen und preußenfeindlichen Frankfurter Abgeordnetentage im Oktober 1865 verweigerten. Die demokratische Elberfelder Zeitung schrieb damals: „Wir sind der feierlichen Proteste nun nachgerade satt geworden“, und sie fragte, wer denn „die Inhaber negativer Tapferkeit und Weisheit“ seien, die jene Beschlüsse in Frankfurt faßten? Die noch radikalere Rheinische Zeitung, das Organ des „roten Becker“, erklärte: „Die öffentliche Meinung, die in sich so zerfahren ist, daß sie kaum noch den Namen verdient, ist allerdings kaum der Beachtung wert.“ Die Weser-Zeitung schrieb: „Der Mangel an Führern (der preußischen Opposition) hat seinen Grund doch recht eigentlich

in dem Mangel an politischen Talenten. Die vollständige Plan- und Kopflosigkeit, welche die Partei in der schleswig-holsteinischen Sache an den Tag gelegt hat, hat sie dahin geführt, wo sie steht. Ohne eigenen Willen, ohne eigene Ansichten steht sie da.“ Ein demokratisches Blatt Schlesiens, die Breslauer Zeitung, sagte in einem Leitartikel über den Frankfurter Abgeordnetentag: „Die Rederei und Resolutionsfasserei bewegt in ganz Deutschland auch nicht ein dürres Blättchen.“ Auch die Elberfelder Zeitung nahm noch einmal das Wort und beklagte, daß die preußische liberale Partei „keine Führer im wahren Sinne des Wortes“ habe. Aber freilich: „Wem man vertrauensvoll folgen soll, von dem muß man doch vor allem wissen, wohin er eigentlich marschiert.“ Bismarck ließ diese fortschrittlichen Selbstbekenntnisse in der offiziösen Provinzialkorrespondenz sammeln und bald darauf einen Artikel desselben Blattes mit den Worten schließen: „Das preußische Volk in allen seinen Schichten hat immer mehr das Vertrauen gewonnen, daß die Regierung den Willen und die Kraft besitzt, das Schwergewicht Preußens für seine eigene und für Deutschlands Machtentfaltung erfolgreich geltend zu machen.“

Am wenigsten vermochten Bismarck zu entmutigten jene „Todesurteile“ und Schmähbriefe, die in allen Sprachen und aus allen Ländern, am zahlreichsten aber in dem geliebten Deutsch und aus dem dankbaren deutschen Vaterlande seit dem Ende des Jahres 1863 sich auf seinem Schreibtisch häuften. Diesen Reigen eröffnete im November 1863 ein biederer Altenburger, dem Stil nach offenbar ein Kaufmannslehrling, der sich aber mit einem gewaltigen Anlauf unfreiwilliger Komik unterschrieb: „Ein vertriebener Schleswiger, der Hab und Gut und beinahe auch sein Leben 1849 eingebüßt hätte“(!). Die angeborene sächsische Höflichkeit und der Kommisstil kam schon in den Anfangszeilen zum Ausdruck: „Hiermit erlaube ich mir, Ihnen die ergebene Anzeige zu machen, daß, wenn Preußen am Londoner Kontrakt hält und nicht mit gegen Dänemark Krieg führt, Ihnen dieser scheußliche Akt zugeschrieben wird, und Ihr Leben am längsten gedauert. Jeder Vernünftige

weiß, daß Dänemark seinen Verpflichtungen gegen die Herzogtümer nicht nachgekommen ist, und es daher Preußen auch nicht nötig hat(!). Ist Ihnen Ihr Leben lieb, so bewirken Sie, daß die preußische Armee binnen spätestens drei Wochen die Dänen mit bekriegt. Erfüllen Sie dieses von ganz Deutschland gewünschte Vorhaben nicht bis zu angegebener Zeit, so soll es mir nicht darauf ankommen, Sie um einen Kopf kürzer zu machen, Ort und Datum des Poststempels.“ An seiner eigenen zwischen Eckel und Lachlust geteilten Empfindung wird der Leser ermessen können, wie solche Zuschriften auf Bismarck wirken mußten! Als nächstes Kuriosum dieser Sammlung erwähnen wir den Schmähbrief eines „englischen Geistlichen“ aus Paris vom 5. Juli 1864, der in die größte Entrüstung dadurch versetzt war, daß Bismarck der englischen Zeitung Morning-Post eine Anzahl kläglicher Fälschungen nachgewiesen hatte. Vielleicht stand der fromme Engländer diesen Fälschungen selbst nicht fern. Haben doch auch die Times später die gröblichsten und boshaftesten Lügen über Bismarck aus Paris von Herrn Blowitz bezogen. Dann folgte am 29. Juli 1864, an dem Tage, da Bismarck bei seinem Freunde Motley in Wien zu Mittag speiste, wieder ein „Todesurteil“, diesmal aus Hannover: „Ew. Exzellenz erhalten hiermit die Nachricht, daß Sie das Jahr 1865 nicht mehr erleben werden; obgleich Sie der Mann „von Eisen und Blut“ sind, so sind Sie aber doch nicht wert, daß ein Tropfen Ihres teuflischen Blutes durchs Eisen verspritzt werde, sondern einliegendes Blättchen möge Ihnen (!) eines Besseren belehren. Sie brauchen keine Vorsicht anzuwenden, um sich zu schützen, Sie sind schon lange nicht mehr wert, daß Sie Gottes Sonne noch bescheint. Ihr ergebener Freund X.“ Das beigefügte Blättchen enthielt die Wappen der Herzogtümer, mit der Überschrift „Up ewig ungedeelt“ und die Worte: „Was unser Wille, sagt unser Wappen, dem handelst Du entgegen! Also hast Du hiermit Dein Urteil gesprochen. Du stirbst durch Gift.“ Nur noch Ein weiteres „Todesurteil“ mag hier stehen, das aus London mit dem Poststempel des 15. September 1865 eintraf, also bald nach dem groben Rundschreiben Drouyns

über den Vertrag von Gastein und einer ebenso entrüsteten Depesche Lord John Russells. Dieser Scharfrichter nannte sich A. Briton und schrieb: „Mein Herr, nehmen Sie sich in Acht, sonst wird Ihnen das Hirn ausgeblasen, sobald Sie Ihr Gesicht wieder in England zeigen. Ich verbleibe, Sie schwarzer Schuft, A. Briton. Veröffentlichen Sie's, wenn Sie's wagen!" Bismarck „wagte" es schon in der Kreuzzeitung vom 21. September.

Daß die jahrelange Verhetzung der Massen gegen Bismarck, das Gift der Presse und Versammlungen, in dem Hirn eines Wahnwitzigen oder Fanatikers sich wohl einmal auch zu einer mörderischen That umsetzen könne, sollte der Minister bald erfahren und hat es gelassenen Mutes vorausgesehen. Ebenso wenig focht ihn an, daß jetzt aus dem feindlichen Lager die Anerkennung seiner Politik nur erst wie vereinzelte Stimmen aus der Wüste zu ihm hinübertönte. Er trug die unerschütterliche Überzeugung im Herzen, daß er das Beste, das Größte für Deutschland erstrebe und war der Anerkennung der Zukunft sicher. Jetzt aber fühlte er sich stark und gehoben durch die Größe seiner Ziele, durch das Vertrauen seines Königs und seiner Kollegen, durch die unvergleichliche Tüchtigkeit des preußischen Heeres. Und mit jener wunderbaren Vereinigung von Kühnheit und Vorsicht, von Thatkraft und Mäßigung, die ihm verliehen war, bahnte er alle Wege zu dem großen neuen Ziele. An Bismarck hat unzweifelhaft Konrad Ferdinand Meyer gedacht, als er seiner Dichtung „Huttens letzte Tage" jene erhabene Vision „der Schmied" einflocht:

„Als ein vom Weg Verirrter macht' ich Halt:
Es war um Mitternacht im schwarzen Wald,
Ein riesenhafter Schmied am Amboß stand
Und hob den Hammer mit berußter Hand.
Zum ersten schlug er nieder, daß es scholl
Ringsum im finstern Forst geheimnisvoll,
Und rief: „Mach', erster Streich, den Teufel fest,
Daß ihn die Hölle nicht entfahren läßt!"
Den Hammer er zum andern Male hob,
Den Amboß schlug er, daß es Funken stob,

Und schrie: „Triff du den Reichsfeind, zweiter Schlag,
Daß ihn der Fuß nicht fürder tragen mag!“
Den Hammer hob er noch zum dritten Mal,
Der niederfuhr wie blanker Wetterstrahl,
Und lachte: „Schmiede, dritter, du die Treu
Und unsre alte Kaiserkrone neu!“

Sechstes Buch.

Bismarck löst die deutsche Frage.

Der Krieg gegen Österreich, die Gründung des Norddeutschen Bundes, 1866/67.

Erstes Kapitel.

Der letzte Konfliktslandtag. Bismarck schließt das Bündnis mit Italien. Bismarcks Bundesreform. (Januar bis Mai 1866.)

König Wilhelms landesväterliches Herz hatte in den Jahren des inneren Konfliktes schwer gelitten. Nun rüttelte das Schicksal die ehernen Würfel über Preußen, Deutschland und Österreich, über Sein und Nichtsein, über Ruhm und Verderben mächtiger Reiche, über Leben und Tod von Tausenden. Wer — auch unter den Höchsten — vermochte zu sagen, wie das enden, ob er selbst dieses Ende erleben werde? Durch keine der schweren Entscheidungen seines Daseins war König Wilhelm geschritten, ohne in heißem Gebet Gottes Frieden, Gnade und Segen zu erflehen. So drängte ihn denn jetzt, vor der letzten und schwersten Entscheidung, seine treue Liebe für sein Volk noch einmal auch zu dem Versuche, die Versöhnung mit seinen Landeskindern zu gewinnen.

Am 15. Januar 1866 eröffnete Graf Bismarck den preußischen Landtag mit einer Rede, welche dieses edle Herzensbedürfnis des Königs deutlich zum Ausdruck brachte. Denn nach Aufzählung aller Erfolge der königlichen Regierung im Innern wie nach außen, namentlich durch den Vertrag von Gastein, verweilte die Rede mit besonderer Freude bei den Feierlichkeiten, die 1865 stattgefunden hatten „in vier Provinzen bei der erneuten Huldigung der Bewohner solcher Landesteile, welche vor einem halben Jahrhundert mit der preußischen Monarchie vereinigt oder ihr wiedergewonnen wurden.

Der Geist, in welchem überall diese Jubelfeier begangen worden ist, hat Zeugnis gegeben von dem erhebenden Bewußtsein unseres Volkes, wie Großes Gott an dem preußischen Staate gethan, wie viel fortschreitende Entwickelung, wie viel Segen und Gedeihen auf allen Gebieten der öffentlichen Wohlfahrt unserem Vaterlande in jenem Zeitraum beschieden war. In Dank gegen Gott und mit dem Gelöbnis, die glücklichen Zustände aller Landesteile auch fernerhin fördern zu wollen, haben Se. Majestät die erneute volle Zuversicht ausgesprochen, daß ein Band des Vertrauens Fürst und Volk für jetzt und für alle Zukunft umschließen, und daß über Preußen Gottes segnende Hand auch ferner walten werde. Die Regierung Sr. Majestät trägt das Bewußtsein in sich, daß ihr der Wille nicht fehlt, ihrem Königlichen Herrn nach diesem Seinem Sinne zu dienen. Sie lebt der Überzeugung, daß bei einer unbefangenen, leidenschaftslosen und rein sachlichen Prüfung dessen, was ihr zu erreichen vergönnt gewesen, wie dessen, was sie mit Hilfe der Landesvertretung noch erstrebt, genug der Zwecke und Ziele gefunden werden müßten, in denen alle Parteien sich eins wissen. Werden Sie, m. H., von dem Wunsche getragen, diese Einigungspunkte zu suchen und festzuhalten, so wird Ihren Beratungen Segen und Erfolg nicht fehlen."

Selten ist eine gerechte Erwartung schwerer getäuscht worden, als diese. Gleich die Rede, mit welcher der Abg. Grabow am 17. Januar sein Präsidentenamt antrat, sollte beweisen, daß die fortschrittliche Mehrheit des Abg.-Hauses nicht die geringste Neigung zur Versöhnung besaß. Diese Rede, welche der Regierung die schwersten Verletzungen der Verfassung vorwarf, war selbst eine von der Verfassung nicht geschützte Ausbeutung der Präsidialmacht, indem sie den Präsidentensitz zum Richterstuhl über den Thron erhob und Rache nahm für den „schweren Anklageakt", den Bismarck am Schlusse des letzten Landtags vor den Stufen des Thrones gegen das Abgeordnetenhaus erhoben hatte. Dieses Haus bekundete keinerlei Widerwillen gegen jenen Mißbrauch des Präsidentenamtes, begleitete vielmehr die Rede des Präsidenten mit jubelndem „Hört, hört!" und frenetischem Beifall. Der Redner und

seine Partei, fortgerissen von ihrer blinden Leidenschaft, schienen keine Ahnung davon zu haben, daß Herr Grabow selbst bewies, mit wie gutem vollem Recht Bismarck in jener Schlußrede dem Abg.=Hause die verfassungswidrige Aneignung königlicher Kronrechte vorgeworfen hatte. Denn ungescheut that jetzt Herr Grabow noch einmal dasselbe, als er der königlichen Regierung vorschrieb, wie sie ihre Politik einzurichten habe: „Nur eine auf diese Wahrheit (des Rechtes) gegründete Freiheit wird unter Achtung des allein durch die höheren deutschen Interessen beschränkten Selbstbestimmungsrechtes der Bruderstämme in Deutschland zu moralischen Eroberungen, zu einer befriedigenden Lösung der trotz der glorreichen Waffenerfolge durch die Gasteiner Übereinkunft immer verwickelter und schwieriger gewordenen schleswig=holsteinischen Frage (Sehr gut!) und mit ihr zur bundesstaatlichen Einigung führen (Sehr gut! links). Möge Preußen in Erfüllung seines deutschen Berufes einen solchen freisinnigen Entwickelungsgang unverweilt einschlagen, ehe es durch einen möglicherweise der Freiheit günstigen Verlauf der gegenwärtig schwebenden österreichischen Verfassungskrisis überholt, und ehe es überhaupt zu spät wird.“ Die fortschrittliche Einsicht, die hier das große Wort führte, hatte leider kein Gefühl für die überwältigende Komik dieser Beredsamkeit, welche der preußischen Regierung das Kaisertum Österreich als gefährlichen Nebenbuhler auf dem Felde freisinniger „Verfassungskrisen“ vorführte in dem Augenblicke, da der österreichische Minister Belcredi durch einfache „Sistierung“ der Verfassung mit allem parlamentarischen Wesen an der Donau gründlich Kehraus gemacht hatte. Namens der Rechten legte v. d. Heydt, der damals noch Abgeordneter war, gegen diese Antrittsrede mannhaft Verwahrung ein.

Auch die Anträge und Beschlüsse des Abg.=Hauses — ihm sollte nicht die Zeit gegönnt werden, ihrer viele zu fassen — sind ganz von diesem Geiste erfüllt. Nur die bedeutenden Reden Bismarcks, welche sich gegen diese Anträge richteten, ehe sie zum Beschluß erhoben wurden, rechtfertigen das Verweilen bei diesen letzten traurigen Kundgebungen der Konfliktszeit. Den ersten Anlaß, den

Geist, der stets verneint, zu offenbaren, nahm sich das Haus, nach dem Beispiel der Antrittsrede seines Präsidenten, aus der Rede, mit der Bismarck im Namen des Königs die Tagung eröffnet hatte. Wir wissen, daß die Vereinigung des Herzogtums Lauenburg mit Preußen infolge des Gasteiner Vertrages, ohne Befragung der Kammern, durch Patent vom 13. September 1865 erfolgt und der vertragsmäßige Preis an Österreich aus der Schatulle des Königs bezahlt war. Bismarcks Eröffnungsrede hatte einfach die Thatsache der Vereinigung mitgeteilt. Das genügte dem Abg. Virchow, um am 18. Januar 1866 den Antrag zu stellen: diese Vereinigung „widerspreche deutlichen Bestimmungen der preußischen Verfassung" und sei „so lange rechtsungültig, als die Zustimmung des preußischen Landtags nicht erfolgt ist." Das Haus wählte auf Antrag desselben Abgeordneten „bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Frage, wo zum ersten Mal die äußere Politik in das innere Staatsleben eingreift und der Versuch gewagt worden ist, die verfassungsmäßigen Rechte des Landtags durch Verhandlungen nach außen zu beeinträchtigen", eine besondere Kommission, die denn auch nach zwei Sitzungen den Antrag Virchow einstimmig annahm. Diesen Beschluß stützte die Kommission auf den Art. 2 der Verf.-Urkunde: „Die Grenzen dieses Staatsgebietes können nur durch ein Gesetz verändert werden"; ferner auf Art. 55: „Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein"; endlich auf Art. 48, welcher die Zustimmung der Kammern schon zu Verträgen mit fremden Staaten erfordere, wenn dadurch dem Staate Lasten auferlegt würden. Die weitere Begründung dieses Beschlusses erhellt aus der Widerlegung, die Bismarck ihr in seiner Rede im Abg.-Hause am 3. Februar angedeihen ließ. Mit vollem Recht und mit vernichtender Ironie fragte Bismarck gleich zu Beginn seiner Worte: „warum eigentlich die Antragsteller denselben Antrag nicht im vorigen Jahre schon und mit Rücksicht auf den Wiener Friedensvertrag gestellt haben, der ganz andere Lasten auf den preußischen Staat legt, als die Erwerbung des österreichischen Anteils an Lauenburg? Wir haben mit den Rechten des Königs

Christian in Schleswig zugleich die landesherrlichen Pflichten in Bezug auf Schleswig übernommen. Wenn es Ihnen gelänge, die Erwerbung Lauenburgs rückgängig zu machen (Murren links), so würden Sie dadurch den preußischen Staat von keiner einzigen Last befreien. Die Pflicht, Lauenburg zu schützen, bliebe uns als Bundespflicht ebenso obliegend, wie es vor diesem Vertrage der Fall gewesen ist. Dagegen würde sich Ihnen in dem Bestreben, den preußischen Staat von Lasten zu befreien, ein viel weiteres und fruchtbareres Feld eröffnen, wenn der Wiener Friede von Ihnen in Frage gestellt würde. Dann würden Sie in der That unsere Diplomatie von erheblichen Leistungen befreien, Sie würden eine ernste und schwierige Frage einer leichten Lösung entgegenführen. Sobald Dänemarck sich wieder im Besitz des preußischen Anteils der Herzogtümer befände, würde es sich wohl ohne Schwierigkeit mit Österreich verständigen, und uns blieben ja noch die Lorbeeren der Armee, vielleicht auch die Kriegskosten, aber aller Lasten wären wir ledig." Indessen nicht einmal der Wiener Friede habe Preußen „Lasten" im Sinne des Art. 48 aufgebürdet und die Regierung genötigt, diesen Vertrag den Kammern vorzulegen. Denn der Art. 48 sage: „wenn dadurch dem Staate Lasten auferlegt würden", d. h. durch ausdrückliche Worte und Abmachungen des Vertrages, nicht dann, wenn „die Lasten vielleicht einmal mittelbar aus den durch einen Vertrag geschaffenen Verhältnissen entstehen könnten, deren Übernahme aber stets noch von der freien Entschließung der Regierung abhängen würde. Ich erkläre hiermit, daß dem preußischen Staate durch diesen Vertrag (über Lauenburg) Lasten nicht auferlegt worden sind.

„Einen zweiten Einwand entnehmen Sie aus dem Art. 55 der Verfassung, indem Sie behaupten, Lauenburg sei ein fremdes Reich. Sie werden selbst fühlen, meine Herren, daß um diese Behauptung aufzustellen, Sie sich gegen den allgemeinen und gegen Ihren Sprachgebrauch auflehnen müssen." Dies wird im einzelnen nachgewiesen, namentlich aus der deutschen Reichsverfassung von 1849, wo zwischen Reich und Staat, zwischen Reich und Land

sehr genau unterschieden sei. Außerdem falle aber auch die Entstehung der preußischen Verfassung in dieselbe Epoche: „Es war die Zeit, wo die lebendigste Bewegung hier wie in allen deutschen Ländern herrschte, wo ein gemeinsames deutsches Parlament in Frankfurt tagte, wo alles, was deutsch war, so wenig fremd erschien, daß preußische Militärpflichtige ihre Dienstpflicht auf der deutschen Flotte absolvieren konnten. In dieser Zeit der allgemeinen Begeisterung für das in der Bildung begriffene deutsche Reich wollen Sie nun behaupten, daß die preußischen Gesetzgeber das Wort „fremd“ als identisch mit „deutsch“ behandelt hätten, das Wort „Reich“ als identisch mit einem Ländchen wie Lauenburg. Meine Herren! Einem anderen Ministerium gegenüber würden Sie das selbst nicht glauben! (Heiterkeit). Noch jetzt in dem amtlichen Kirchengebete wird für unser deutsches Vaterland gebetet. Solchen Thatsachen gegenüber können Sie mir ein deutsches Land nicht als ein fremdes hinstellen. Mit dieser Auslegung versündigen Sie sich an der deutschen Sprache, an unserer eigenen deutschen Nationalität, und die Regierung will sich der Mitschuld an dieser Sünde nicht teilhaftig machen (Bravo! und Heiterkeit).“

Die Kommission verwerfe nun weiter die Vereinigung Lauenburgs mit Preußen im Wege der Personalunion und scheine die Realunion (Einverleibung) lieber gesehen zu haben. Des Königs Recht, das so oder so zu ordnen, sei aber jedenfalls ganz unbestreitbar, denn: „Zu diesen Rechten gehört zweifellos dasjenige, über Eroberungen der königlichen Kriegsmacht zu verfügen (Bewegung).“ Die Personalunion sei aber von den Lauenburgern selbst erbeten, der Einverleibung dagegen hätten alle dortigen Einwohner mit größter Besorgnis entgegengesehen. Habe Preußen nun sie vergewaltigen sollen? „Das kann Ihren eigenen Grundsätzen nicht entsprechen. Vielleicht besinnen sich die Lauenburger später einmal eines Anderen — vielleicht wenn einmal in Preußen ein sehr gutes Ministerium am Ruder ist (Sehr richtig! und Heiterkeit). Wenn Ihnen aber, meine Herrn, das System der Personalunion nicht gefällt, warum haben Sie es nicht früher gesagt? Ich habe ja im vorigen

Jahre von dieser Stelle die dringendste Frage, ich kann wohl sagen, die Bitte an Sie gerichtet:*) Äußern Sie doch Ihre Ansicht über die Zukunft der Herzogtümer! Meine Herrn! Ich wiederhole dieselbe Frage heut und in diesem Jahre an Sie. Noch ist es Zeit, zwar nicht über Lauenburg, da ist es zu spät (Heiterkeit), wohl aber in Betreff Schleswig-Holsteins, da sind Sie noch heut in der Lage, Ihrer Meinung und der des Volkes, welches Sie vertreten, Geltung zu verschaffen: so sprechen Sie im Namen des Volkes, was Ihre Ansicht über Schleswig-Holsteins Zukunft ist! Interessiert Sie diese Frage gar nicht? Sie interpellieren uns darüber, Sie legen bei jeder Gelegenheit, bei jedem Schritte, den wir thun, Schwierigkeiten in den Weg: aber Sie verheimlichen Ihre eigene Meinung über die Frage sorgfältig. Nun, meine Herren, wenn Sie auch in diesem Jahre darüber schweigen, dann beklagen Sie sich auch nachher nicht, wenn wir auf die von Ihnen verschwiegene Meinung keine Rücksicht nehmen können. Im Drange der Verhandlungen, im Drange der Ereignisse ist nicht immer Zeit, den Landtag zu berufen: und wenn der preußische Monarch, auf den Sie sich berufen, der Große Kurfürst, bei den Verträgen von Wehlau, Labiau**) und anderen, jedesmal vorher, ehe er eine Klausel unterschrieb, seine Stände hätte berufen wollen, dann weiß ich nicht, unter welcher Herrschaft vielleicht heute die Provinz stände, von der unser Vaterland den Namen trägt. (Bravo! rechts)."

In der erregten Debatte, die dieser Rede folgte, ergriff Bismarck noch mehrmals das Wort, namentlich gegen Gneist und Twesten. Dem ersteren erwiderte er: „Wir haben nicht um Lauenburg Krieg geführt, und es ist Entstellung der Thatsachen, wenn es hier so dargelegt wird, als sei für Lauenburg das Blut des preußischen Volkes geflossen. Das ist einfach unwahr." Die Entrüstung des Abg. Dr. Gneist darüber, daß der Kaufpreis für Lauenburg aus der königlichen Schatulle gezahlt sei, begreife er nicht. Denn wo

*) Am 13. Juni 1865, s. o. Bd. III, S. 190 flg.

**) Die Verträge von Wehlau, 19. Sept. 1657, u. Labiau, 10. Nov. 1656 machten die Provinz Preußen von der polnischen Krone unabhängig.

liege denn darin irgend welches Unrecht? „Der Herr Redner hat die Verpflichtung der Regierung, Ihnen nach den Art. 55 und 48 der Verfassung diesen Vertrag vorzulegen, nicht nachgewiesen. Er hat gespöttelt über Schatullezahlungen, über kleine Fürsten; er hat gesagt, wir wären am Wendepunkte der deutschen Sache. Wie weit wir damit sind, weiß ich besser, als der Herr Vorredner (Heiterkeit), aber was die Schatullezahlung damit zu thun hat, ist mir vollständig unklar". Was aber den Vorwurf des Berichterstatters der Kommission, Twesten, beträfe, so glaube er — fuhr Bismarck fort — daß der Vorredner selbst aus seinem früheren persönlichen Verkehre mit ihm wissen werde, daß er ein ungerechter sei. „Er hat die Vermutung ausgesprochen, daß ich in meinem politischen Verhalten die äußere Politik nur als Mittel für die innere und für die Förderung des Kampfes der Regierung gegen parlamentarische Ansprüche benutzte. Ich muß diesen Vorwurf als einen vollständig unverdienten und ungerechtfertigten zurückweisen. Mir sind die auswärtigen Dinge an sich Zweck und stehen mir höher, als die übrigen."

Zu lebhaften Debatten im Abgeordnetenhause führte dann am 9. und 10. Februar ein Vorgang, der damals mit Grund in ganz Deutschland das allgemeinste Aufsehen erregte. Am 29. Januar hatte nämlich der höchste preußische Gerichtshof, das Obertribunal, im Gegensatze zu seiner gesamten bisherigen Rechtsprechung, der Anklage der Berliner Staatsanwaltschaft stattgegeben, welche die Abg. Twesten und Frentzel wegen Mißbrauchs der Redefreiheit im Abgeordnetenhause strafrechtlich verfolgte, und zwar obwohl Art. 84 der preußischen Verfassung anordnet: „Die Mitglieder beider Kammern können für ihre Abstimmungen in der Kammer niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf Grund der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden." Der Obertribunalsbeschluß vom 29. Januar war nur mit den Stimmen zweier „Hilfsrichter", die der Justizminister Graf zu Lippe in den höchsten Gerichtshof abkommandiert hatte, zu stande gekommen. Die Empörung und Erbitterung über diese Handlung und Aus-

legung des Rechtes war deshalb in ganz Deutschland, auch weit in konservative Kreise hinein, verbreitet. Das Abgeordneten-Haus hätte daher auch den Beifall vieler Konservativen gefunden, wenn es zum Schutze der bedrohten Redefreiheit der Kammern eine authentische Auslegung des Art. 84 der Verfassung, und zur Verhinderung der Mitwirkung von plötzlich in Straffenate eingeschalteten Hilfsrichtern, gesetzliche Normativbestimmungen beantragt hätte, wie sie jetzt das deutsche Gerichtsverfassungsgesetz enthält. Für so ruhige Arbeit war aber die damalige Mehrheit viel zu aufgeregt. Sie beantragte vielmehr, den nach ihrer Meinung vollzogenen Bruch des Art. 84 der Verfassung durch einen neuen, von ihr selbst verübten Verfassungsbruch zu heilen, indem sie auf v. Hoverbecks Antrag den Obertribunalsbeschluß vom 29. Januar und das gesamte Strafverfahren gegen Twesten und Frentzel für rechtsungültig, weil verfassungswidrig, erklärte. Das Abgeordnetenhaus mischte sich damit verfassungswidriger Weise in die Rechtspflege selbst ein und gab somit Bismarck das Recht, in der Sitzung vom 10. Februar auszusprechen: „Sie würden auf diese Weise faktisch das Haus der Abgeordneten als ein Gericht vierter Instanz einsetzen, und wir hätten zwar keine Kabinets- aber eine Kammerjustiz (Unruhe).“ Zugleich erklärte sich Bismarck aufs schärfste gegen die schrankenlose „Redefreiheit“ der Abgeordneten, welche die Mehrheit aus Art. 84 der Verfassung ableitete. Bismarck hielt diese Auslegung unvereinbar mit dem Art. 2 und 27 der Verfassung, welche alle Preußen vor dem Gesetz gleich stellten und jedem Preußen das Recht gewährleisteten, seine Meinung frei zu äußern. Nach der Entstehungsgeschichte des Art. 84 sei die Freiheit der Abgeordneten in der That auf ihre in der Kammer geäußerten „Meinungen“ beschränkt, Beleidigungen aber sind keine Meinungen, sondern Handlungen. Wir kommen noch in anderem Zusammenhang auf die Frage zurück und führen hier nur folgende Worte Bismarcks vom 10. Februar 1866 an: „Wenn Ihr Antrag eine rechtliche Begründung hätte, so wären die Mitglieder beider Häuser des Landtages im Besitz eines Vorrechts vor ihren Mitbürgern, wie es die

junkerhafteste Phantasie eines anmaßenden Patriziers in keinem zivilisierten Lande jemals sich hat träumen lassen (Widerspruch und Unruhe). Es müßte dann der Art. 2 der Verfassung einfach lauten: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, doch haben Mitglieder beider Häuser des Landtags das Recht, ihre Mitbürger zu beleidigen und zu verleumden, auch diejenigen Verbrechen zu begehen, die mit Worten begangen werden können, ohne daß sie dafür anders, als im Wege der Kammerdisziplin zur Verantwortung gezogen werden können (Unruhe). Im Wege der Disziplin wird die roheste Beleidigung hier öffentlich ausgesprochen, höchstens für einen unparlamentarischen Ausdruck erklärt (Unruhe)." Der Antrag Hoverbecks wurde gleichwohl am 10. Februar mit 263 gegen 35 Stimmen angenommen.

Am 16. Februar kam eine dritte Verfassungswidrigkeit des Abgeordnetenhauses hinzu. In Köln war 1865 ein Fest, das die regierungsfeindlichen Abgeordneten der Rheinlande ehren wollte, durch die Regierung verhindert worden, und einer der Veranstalter dieses Festes, Herr Classen-Kappelmann in Köln, reichte beim Abgeordnetenhause eine Petition ein, welche die Bestrafung mehrerer Beamten wegen Amtsmißbrauchs forderte. Das Abgeordnetenhaus entschied am 16. Februar 1866 ohne Weiteres im Sinne des Petenten, — verfassungswidriger Weise, da dem Hause irgend eine Befugnis zur Ausübung der Disziplinar- oder Strafrechtspflege nicht gegeben war. Völlig erschöpft war die Geduld der Regierung mit diesen drei Beschlüssen: vom 3. Februar über Lauenburg, vom 10. Februar über den Art. 84 mit der Einmischung in die Rechtspflege, und vom 16. Februar über das Kölner Abgeordnetenfest mit abermaliger Einmischung in die Rechtspflege. Bismarck lehnte daher am 18. Februar Namens des gesamten Staatsministeriums den Empfang dieser Beschlüsse ab, da „die Regierung über rechtswidrig gefaßte Beschlüsse keine amtliche Mitteilung vom Präsidium des Hauses entgegenzunehmen vermöge." Diese Beschlüsse wurden daher dem Präsidenten Grabow wieder zugestellt. Herr Virchow, der sich darauf verlassen konnte, daß ihm am besten gelang, die staatsmännische Bildung und Einsicht des Urwählers zum Ausdruck zu

bringen, schloß sich am 22. Februar dem Antrag seines Freundes Hoverbeck an, über dieses Schreiben zur einfachen Tagesordnung überzugehen, da „dieser Gegenstand überhaupt nicht würdig ist, von dem Hause behandelt zu werden.“ Der Abgeordnete Reichensperger dagegen wollte eine vermittelnde Adresse an den König angenommen wissen. Sobald dieser Antrag abgelehnt war, erhob sich Graf Bismarck zur Verlesung einer Königlichen Botschaft, welche, Allen unerwartet, plötzlich die Sitzungen beider Kammern am 22. Februar schloß. Große Bewegung, Überraschung und Niedergeschlagenheit rief diese Botschaft in den Reihen der siegesfrohen Fortschrittsmehrheit hervor, während die kleine konservative Partei laut ihren Beifall äußerte.

Am folgenden Tage, dem 23. Februar, verlas Bismarck im Weißen Saale des Königsschlosses die Schlußrede. Sie hielt gründliche Abrechnung mit der letzten unfruchtbaren Thätigkeit des Abgeordnetenhauses der Konfliktszeit, beginnend mit jener Antrittsrede des Präsidenten Grabow, „in welcher derselbe der feindseligen Stimmung der Mehrheit des Hauses durch grundlose und herausfordernde Vorwürfe gegen die Regierung Sr. Majestät Ausdruck gab. Diesem Vorgang entsprach die weitere Thätigkeit des Hauses; sie war nicht dem Frieden, sondern dem Streite zugewandt, nicht den Gesetzesvorlagen, sondern dem Streben gewidmet, zu Angriffen auf die Regierung den Anlaß auf solchen Gebieten zu suchen, welche die Landesverfassung dem Wirkungskreise der Volksvertretung nicht überwiesen hat und auf welchen die Thätigkeit der Abgeordneten deshalb eine unfruchtbare bleiben mußte.“ Dann folgt die Aufzählung der drei verfassungswidrigen Beschlüsse und die Erklärung, daß trotzdem die Regierung den Schluß des Landtags erst ausgesprochen habe, nachdem auch „die vermittelnden Bestrebungen einer Minderheit“ — nämlich der Antrag Reichensperger — von der Mehrheit verworfen worden seien. Da habe sich bei der Regierung „Angesichts dieser Übergriffe und Beratungen die Besorgnis nicht zu heben vermocht, daß auf dem vom Hause der Abgeordneten eingeschlagenen Wege das Land ernsteren Zerwürfnissen entgegengeführt und die

Ausgleichung der bestehenden auch in Zukunft erschwert werden würde."

Die letzten Gründe, welche zweifellos diese überraschende vorzeitige Schließung des preußischen Landtags veranlaßten, durften gerade damals öffentlich nicht ausgesprochen werden, lassen sich aber leicht erraten. Wir haben an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses zur Zeit der polnischen Wirren 1863 und dann wieder zur Zeit der Verwickelungen mit Dänemark von Ende 1863 an und im Laufe des Jahres 1864 festgestellt, daß die regierungsfeindliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses ihren Beruf, der Politik Bismarcks Schwierigkeiten aller Art zu bereiten, auch dadurch bethätigte, daß sie in offenbare Fühlung mit den in Berlin beglaubigten fremden Botschaftern trat und — wie Bismarck später im Deutschen Reichstage sagte — am Vormittag etwa dieselben Einwände gegen dessen Politik erhob, welche diese Botschafter ihm am Nachmittage vortrugen. Oder dieselbe gesinnungstüchtige Opposition stellte Anfragen und Anträge, die ohne unzeitgemäße und gefährliche Enthüllung der verborgenen Ziele der preußischen Politik nicht abgethan und bekämpft werden konnten. Die Erneuerung solcher Erfahrungen und Verlegenheiten mußte die preußische Regierung gerade jetzt auf das sorgfältigste vermeiden. Denn wenn auch die Regierung in der Eröffnungsrede am 15. Januar — nach den damals vorhandenen amtlichen Kundgebungen — mit gutem Gewissen versichern konnte: „Die Beziehungen Preußens zu allen auswärtigen Staaten sind befriedigender und freundschaftlicher Natur", so war doch dieses Verhältnis schon innerhalb des einen Monats der Landtagssitzung vom 15. Januar bis 23. Februar gewaltig verändert, und Bismarcks Politik konnte in diesen kritischen Tagen, wenn sie an ihr großes Ziel gelangen wollte, am wenigsten die Einmischung und die taktlose, von Fremden mehr oder minder beeinflußte Neugierde der feindseligen preußischen Volksvertretung hinnehmen. Wir verfolgen nun, um das zu beweisen, die preußisch-österreichische Verwickelung seit dem Beginne des Jahres.

Nach allen Seiten hin galt es zu Anfang des Jahres 1866

für Preußen Klarheit zu gewinnen und zu erkennen, wer in der Stunde der Entscheidung Freund oder Feind sein werde. Diesen Zweck verfolgte schon der erste diplomatische Erlaß Bismarcks aus dem Jahre 1866, ein Schreiben vom 13. Januar an Usedom in Florenz. Es suchte zunächst über die Gesinnung und Haltung der italienischen Regierung Klarheit zu gewinnen, legte aber zugleich auch mit vollster Klarheit und Offenheit die preußische Politik dar. Dieser Erlaß begann mit der Erörterung, daß die preußenfeindlichen Umtriebe, die Österreich in den Herzogtümern dulde uud begünstige, in der von Bismarck „vorausgesehenen Weise den natürlichen Beziehungen Preußens zu Italien wieder freieren Raum geben. Sie werden dort aussprechen, daß der Zeitpunkt der Krisis voraussichtlich näher gerückt sei; daß der Grad der Sicherheit und der Umfang dessen, was wir von Italien zu erwarten haben, von wesentlichem Einfluß auf unsere Entschließungen sein wird, ob wir es zur Krisis kommen lassen oder uns mit geringeren Vorteilen begnügen.“ Nach einer kurzen Untersuchung der günstigen Haltung der übrigen Großmächte fuhr Bismarck fort: „Die deutsche Frage ruht einstweilen. Bei weiterer Entwickelung der Beziehungen Österreichs zu den Mittelstaaten mit aggressiver Tendenz gegen Preußen könnte leicht eine Wendung eintreten, welche den Bestand des Bundes in Frage stellte. In diesem Falle ist eine durchgreifende Initiative in der deutschen Frage nicht von den möglichen Eventualitäten auszuschließen. Wir würden alsdann die Grundlagen wieder betreten, die wir s. Z. dem Frankfurter Fürstentag entgegensetzten. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß bei einer Regelung der deutschen Angelegenheiten die Haltung Frankreichs uns feindselig sein würde. Sollte sie aber auch eine bedenkliche sein, so wäre dies nur ein Anlaß mehr, uns auf die tiefere nationale Basis zurückzuziehen und die dort vorhandenen Kräfte uns zu verbinden.“ Wir werden später darzustellen haben, wie diese Eröffnungen in Florenz wirkten.

Inzwischen beeilte sich Bismarck, zumal da die augustenburgischen Umtriebe mit österreichischer Beihilfe in den Herzogtümern dreister als je fortgesetzt wurden, auch in Wien vollständige Klar-

heit zu schaffen. Dies geschah in einem Erlasse an Werther vom 20. Januar, in welchem es hieß: Nach Gastein seien wir darauf gefaßt und einverstanden damit gewesen, daß Österreich in der Frage der Herzogtümer sein eigenes Recht geltend mache und verwerte. Aber nicht darauf hätten wir gefaßt sein können, daß es sein und unser gemeinsames Recht verletzen lasse. Eine solche Verletzung liege in dem Aufenthalt und Benehmen des Erbprinzen; der König sei berechtigt, Abhilfe zu fordern durch Verhinderung der Demonstrationen und Entfernung des Prinzen selbst, und lasse dem Gesandten sein vollkommenes Einverständnis mit dem Inhalte dieses Erlasses mitteilen. Trotz des großen Ernstes dieser Worte, erhielt Werther von Mensdorff die Antwort, der Prinz sei nur als Privatmann in Holstein und deshalb liege kein Grund zu seiner Ausweisung vor. Österreich werde sich wegen des Prinzen allerdings mit Preußen nicht überwerfen, aber Preußen dürfe auch nicht Alles so auf die Spitze treiben. Jedenfalls sei eine preußische Kontrolle der österreichischen Verwaltung unter allen Umständen unstatthaft. In allen Punkten also wurden die preußischen Vorstellungen schroff zurückgewiesen.

Bismarck besaß diese Antwort Mensdorffs noch nicht, als eine augustenburgische Demonstration in Scene ging, welche alle bisherigen an Feindseligkeit und Aufsehen übertraf. Die Augustenburger hatten nämlich eine große Massenversammlung aus beiden Herzogtümern für den 23. Januar nach Altona berufen, um hier dem sogenannten einmütigen Willen der ganzen schleswig-holsteinischen Nation auf schleunigste Berufung der Landstände Ausdruck zu geben. Gablenz hatte die Versammlung Anfangs verboten, dann aber gegen das Versprechen erlaubt, daß Beschlüsse nicht gefaßt werden würden. Ungefähr 4000 Menschen nahmen daran teil und erhitzten sich an den Reden einheimischer und süddeutscher gewerbsmäßiger Unruhestifter, die an der preußischen Regierung kein gutes Haar ließen und schließlich dem Herzog aller Unzufriedenen, „dem rechtmäßigen, geliebten Fürsten, Herzog Friedrich“, ein dreimaliges donnerndes Hoch ausbrachten. Im ausdrücklichen Einverständnisse

mit dem König zog Bismarck sofort die nötigen Schlüsse aus diesem Vorgang, indem er am 26. Januar seine letzte warnende Note nach Wien richtete. In Gastein habe man sich versprochen, hieß es da, gegen die revolutionären Strömungen mit vereinten Kräften aufzutreten. Statt dessen sei die kaiserliche Regierung jetzt aus ihrer früheren Unthätigkeit, unter offener Begünstigung jener aufrührerischen Strömungen, zu aggressivem Verhalten gegen Preußen übergegangen. Unter dem Schutze des kaiserlichen Doppeladlers habe die Altonaer Versammlung tagen und genau dieselben Angriffe gegen Preußen erheben dürfen, welche früher der Frankfurter Abgeordnetentag sich erlaubt, und wegen deren Österreich mit Preußen gemeinsam damals den Frankfurter Senat verwarnt habe. Preußen könne nicht dulden, daß auf solche Weise Holstein zum Herde revolutionärer Umtriebe gemacht, daß das durch den Gasteiner Vertrag Österreich anvertraute Pfand verschlechtert werde. „Solche Eindrücke müssen dahin führen", hieß es in diesem Erlasse an Werther wörtlich weiter, „das von Sr. Majestät lange und liebevoll gehegte Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Mächte zu erschüttern und zu schwächen. Auf ausdrücklichen Befehl Sr. Majestät fordere ich Sie auf, dies offen dem Grafen Mensdorff auszusprechen, und ihn zu ersuchen, es zur Kenntnis seines kaiserlichen Herrn zu bringen. Die Regierung Sr. Majestät bittet das kaiserliche Kabinet im Namen der beiderseitigen Interessen, den Schädigungen, welche das monarchische Prinzip, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte System leiden, ein Ziel zu setzen. Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf unsere Bitte würde uns die Überzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Tendenzen, daß ein, wie wir hofften, überwundener althergebrachter Antagonismus gegen Preußen in ihr mächtiger ist, als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinschaftlichen Interessen... Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesamtpolitik beider Mächte sich nicht

verwirklichen läßt, für unsere gesamte Politik volle Freiheit gewinnen, und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir den Interessen Preußens entsprechend halten."*)

Dieser Erlaß verlangte Klarheit als „unabweisbares Bedürfnis" und schaffte Klarheit. Denn zum erstenmal war hier scharf und im Namen des Königs zur Wahl gestellt: entweder Verzicht auf die Begünstigung Augustenburgs oder auf die preußische Freundschaft. Graf Mensdorff war durch diese unholde Klarheit und Entschiedenheit anfangs sichtlich betroffen und gab sich den Anschein, als sei ihm die Versammlung von Altona sehr peinlich gewesen, als werde er ihre Duldung mißbilligen u. s. w. Aber die amtliche Antwort Österreichs vom 7. Februar fiel ganz anders aus. Sie war im hochfahrenden Stile Biegelebens oder der schwarzenbergischen Erbschaft gehalten — einem Ministerium Bismarck gegenüber schon an sich ein unbegreiflicher Anachronismus, ein unverzeihlicher politischer Fehler. Ohne jede Begründung wurde hier die sonnenklare Thatsache geleugnet, daß die Umtriebe in Holstein revolutionärer Art seien. Preußens Klagen über die Altonaer Versammlung seien schon deshalb grundlos, weil Preußen den Vorschlag Österreichs abgelehnt habe, ein Verbot solcher Versammlungen in ganz Deutschland beim Bunde zu beantragen. Österreich habe das ihm anvertraute Pfand nur im Ganzen, in der Substanz unversehrt zu bewahren. Das Verfahren der österreichischen Regierung in Holstein aber hänge durchaus von ihrem Ermessen allein ab und sei jeder anderen Einwirkung entzogen. Mensdorff, der dieses denkwürdige Aktenstück zeichnete, versicherte zum Schlusse noch: „indem ich den Anspruch Preußens, Rechenschaft über einen Akt der Verwaltung Holsteins zu erhalten, entschieden zurückweise, befolge ich nur die Befehle meines Kaiserlichen Herrn." Wenn man auf diese seltsamen Rechtsausführungen, die man in Wien für besonders schlagend hielt, dort etwa eine Entgegnung erwartete, so täuschte man sich. Bismarck hatte durch diese Antwort vom 7. Februar

*) Wortlaut des ganzen Erlasses bei Hahn a. a. O. I, 354/57.

alle Klarheit erlangt, die er für nötig erachtete. Er war sich auch völlig klar darüber, was Preußen nun zu thun habe. Den Schriftwechsel mit Wien aber hielt er nunmehr ebenso vollständig für abgeschlossen und abgethan wie das bisherige preußisch-österreichische Bündnis, und diese Überzeugung faßte er bei der ersten Unterredung, die er nach dem Empfange der österreichischen Depesche vom 7. Februar mit dem Grafen Karolyi am 9. Februar hatte, in die kühlen Worte: nun seien also Preußens bisher so intime Beziehungen zu Österreich wieder auf den Standpunkt zurückgeführt, den sie vor dem dänischen Kriege gehabt hätten, nicht schlechter, aber auch nicht besser, als zu jeder fremden Macht.

Inmitten dieser immer bedrohlicheren Anzeichen hatte Bismarck auch eine erfreuliche Unterstützung seiner Politik aus den Herzogtümern erhalten. An demselben 23. Januar nämlich, da in Altona die Augustenburger tagten, richteten 19 Mitglieder der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, unter Führung des Grafen Reventlow, an den Grafen Bismarck eine Annexionsadresse mit dem Kernsatze: „Wir sprechen unumwunden aus, daß wir das Wohl und das Heil unseres Vaterlandes nur in dessen Vereinigung mit der preußischen Monarchie erblicken können.“ In seiner Antwort vom 2. März sprach auch Bismarck von neuem die Überzeugung aus, „daß unter den verschiedenen Formen, in welchen die Rechte Preußens und die Interessen Deutschlands in den Herzogtümern gewahrt werden können, die Vereinigung mit der preußischen Monarchie die für Schleswig-Holstein selbst vorteilhafteste sei.“

Zu der Zeit, als diese Antwort erging, war die schwebende Krisis abermals um ein gutes Stück weiter gerückt. Inzwischen waren nämlich im Laufe des Monat Februar sowohl von Goltz aus Paris als von Usedom aus Florenz Nachrichten über die Stimmung der dortigen Höfe eingegangen. Goltz berichtete die persönlichen Äußerungen des Kaisers Napoleon: König Wilhelm könne stets auf seine Freundschaft rechnen. Bei einem Kriege zwischen Preußen und Österreich werde er unbedingte Neutralität bewahren, seine Sympathien aber seien auf Seiten Preußens. Er

wünsche die Vereinigung der Herzogtümer mit Preußen. Auch wenn der Kampf größere, noch unberechenbare Dimensionen annehme, werde er sich bei der vielfachen Übereinstimmung der beiderseitigen Interessen, mit Preußen leichter verständigen können. Da Bismarck durch Aufnahme der Bundesreform in das Programm der preußischen Politik dem drohenden Kriege schon jetzt weitere Dimensionen gesteckt hatte, so schien der zwischen ihm und Napoleon 1865 in Paris verabredete Zeitpunkt gekommen, das Einvernehmen mit Frankreich wirklich herzustellen. Bismarck lud deshalb den Botschafter v. d. Goltz zu mündlicher Beratung nach Berlin.

Aus Florenz hatte Usedom anfangs am 7. Februar ganz unbestimmte Nachrichten gegeben. Lamarmora meinte, Österreich werde Italien bald Venetien selbst anbieten. Er hatte also keine Eile zu einem Bündnis mit Preußen. Besser klangen zwei Telegramme Usedoms vom 22. und 24. Februar. Danach begehrte der italienische Minister bestimmte Vorschläge von Preußen, und der König Viktor Emanuel war zum Kriege gegen Österreich bereit; doch müsse eine Verständigung gewonnen werden über diejenigen Ziele des Krieges, vor deren Erreichung weder Preußen noch Italien einen Sonderfrieden schließen dürfe.

Da sonach zur Zeit nur Österreichs feindselige Ablehnung aller preußischen Wünsche feststand, Preußen auf seiner Bahn weder stehen bleiben, noch umkehren konnte, jeder Schritt nach vorwärts aber wohl erwogen sein wollte, so berief der König zum 28. Februar einen großen Ministerrat unter seinem eigenen Vorsitz. Zugezogen wurden außerdem der Kronprinz, der Pariser Botschafter Graf Goltz, der Statthalter von Schleswig, General Manteuffel, und da es sich auch um mögliche militärische Entschlüsse handelte, der Chef des Generalstabes General v. Moltke und General Alvensleben.*) Der König eröffnete die Sitzung mit einer kurzen

*) Die wichtige Sitzung ist am ausführlichsten behandelt bei Sybel, a. a. O. IV, 280/284. Kürzer im Werke des preußischen Generalstabs über den Krieg von 1866. Zu vgl. auch Hahn a. a. O. I S. 369/70. Andere Quellen sind im Text nachgewiesen.

Darlegung der Sachlage. Er sagte: Die Gehässigkeit Österreichs, die in den Herzogtümern selbst mit aufrührerischen Preßorganen gegen den bisherigen Verbündeten wirke, sei nur ein einzelnes Symptom des österreichischen Bestrebens, Preußen niederzuhalten. Dieses Verfahren müsse, auch auf die Gefahr eines Krieges, endlich beseitigt werden. Die Hoffnung ehrlicher Einigung, die man auf den Vertrag von Gastein gesetzt, sei schon nach wenigen Wochen untergraben und jetzt völlig vernichtet worden. Der Besitz der Herzogtümer sei in ganz Preußen nationaler Wunsch; ein Zurückgehen von dieser Forderung würde das Ansehen der Regierung im In- und Auslande schwächen und Österreichs Übergriffe gegen Preußen in Deutschland steigern. Der König schloß: „Wir wollen keinen Krieg provozieren, aber wir müssen vorwärts gehen, ohne vor einem Kriege zurückzuschrecken.“ Dann folgte Bismarck mit einem eingehenden geschichtlichen Rückblick, der Österreichs Verhalten seit der polnischen Verwickelung und dem Frankfurter Fürstentage aufrollte und die wiederholten Bemühungen Österreichs um ein französisches Bündnis gegen Preußen enthüllte. Der Krieg mit Österreich sei unvermeidbar, also erscheine es klüger, ihn in der jetzigen günstigen Lage zu unternehmen, als Österreich die Wahl der Stunde zu überlassen. Auch sei der Bruch seit der österreichischen Depesche vom 7. Februar vorhanden.

Die Minister Roon, Itzenplitz, Selchow und Mühler schlossen sich Bismarck an. Bodelschwingh aber wollte immer noch an der Hoffnung eines rettenden Ausgleiches festhalten. Als auch Graf Eulenburg Bismarcks Meinung mit der Bemerkung beitrat, der Krieg gegen Österreich werde es möglich machen, einen anderen Landtag zu schaffen, wenn der jetzige die Mittel zur Kriegführung verweigern sollte, erwiderte Bismarck kühl, die inneren Zustände machten einen Krieg nicht nötig, ließen ihn aber günstig erscheinen. Hierauf trug Graf Goltz die uns bekannten Erklärungen Napoleons vor, und dann lauschte die Versammlung Moltkes Entwickelung der militärischen Machtverhältnisse. Sein Ergebnis war: Das aktive Vorgehen Italiens ist die unerläßliche Voraussetzung für einen

sicheren Erfolg. Denn dann kann Österreich höchstens 240,000 Mann in Böhmen aufstellen, denen Preußen, ohne die Landwehr, dieselbe Truppenzahl entgegenführen kann, außerdem noch 50,000 Mann gegen Bayern und die übrigen Süddeutschen. Mit besonderer Wärme redete Manteuffel für den Krieg. Eigentlich, sagte er, befinden wir uns schon darin. Bismarck sprach hierauf gegen Moltke die Ansicht aus, daß Bayern noch nicht sicher als Feind zu betrachten sei. Dagegen sah er das italienische Eingreifen für ebenso wichtig an als Moltke gethan und schlug deshalb vor, Moltke selbst zum Abschluß eines Bündnisses nach Florenz zu senden. Danach müsse Italien sich verpflichten, Österreich anzugreifen, sobald Preußen losschlage, beide Teile aber würden bis zur Erlangung der zu vereinbarenden Kriegsziele auf jeden Sonderfrieden verzichten. Schon das Bestehen eines solchen Bündnisses werde Österreich zu bedenken geben, ob es nicht besser sei, neue Verhandlungen über die deutsche Frage aufzunehmen. Im Gegensatze zu allen diesen Aussprachen beharrte der zuletzt abstimmende Kronprinz, unbelehrt durch alle Ereignisse, bei seinem schon im Mai 1865 kundgegebenen Standpunkt: Er erklärte einen Krieg gegen Österreich für einen Bruderkrieg und hielt die Einmischung des Auslandes in denselben für sicher.

Nun entschied der König dahin: der Besitz der Herzogtümer sei eines Krieges wert, jedoch solle der Ausbruch desselben nicht übereilt werden, da eine friedliche Erlangung des Objektes immer wünschenswerter sei. Die Entscheidung werde von Österreichs fernerem Verhalten abhängen. Preußischerseits seien zur Zeit nur diplomatische Einleitungen zu treffen — Erkundigungen in Paris und Florenz einzuziehen, wie sich die beiden Mächte im Falle eines Krieges verhalten würden. Der König schloß mit den Worten: Er wünsche den Frieden, sei aber, wenn es sein müsse zum Kriege entschlossen, den er, nachdem er Gott gebeten, ihm den rechten Weg zu zeigen, für einen gerechten halte. So berichteten Moltkes Aufzeichnungen. Wir werden später darstellen, mit welch rührender Innigkeit der ehrwürdige fromme König in der Stunde der Entscheidung Gottes Beistand und Leitung erflehte!

Höchst interessant sind Bismarcks und Roons Urteile über jene denkwürdige Sitzung. Bismarcks Aussprache enthält ein Privatschreiben Benedettis an den Minister Drouyn de l'Huys vom 1. März. Graf Goltz hatte dem französischen Botschafter erklärt, nichts über die Konseilsitzung sagen zu dürfen. Bismarck aber war — so schreibt Benedetti — „ohne in Details einzugehen, weniger zurückhaltend. Er hat mir mitgeteilt, daß keine Maßregel zu sofortiger praktischer Ausführung beschlossen worden sei, aber daß seine Politik zur Geltung gelangt und vom General Manteuffel energisch verteidigt worden sei. Was Herr v. Bismarck mir selbst versichert hat, und was nach meiner Ansicht eine Thatsache von großer Bedeutung ist, das ist, daß General v. Manteuffel, früher die festeste Stütze des unbedingten Bündnisses zwischen den beiden großen deutschen Höfen, und der Einzige, welcher im stande gewesen wäre, den Einfluß des Ministerpräsidenten auf den König aufzuwiegen, laut versichert, daß die Ehre, wie das entschiedenste Interesse Preußens gebieterisch fordere, Österreich zur Abtretung der Herzogtümer zu drängen. Der Kriegsminister v. Roon und die übrigen Generale sind derselben Meinung und führen dieselbe Sprache." — Roon aber schrieb am 7. März an den Neffen Moritz v. Blankenburg: „Die, wie Du schreibst, unter den wilden Pommern umlaufenden Gerüchte über das Konseil vom 28. v. M. sind natürlich von dem übeln Willen gegen Bismarck erfunden. Wenn einer der Anwesenden, seinen Amtseid aus den Augen setzend, darüber geschwatzt hätte, so hätte er zugleich unverschämt lügen müssen, wenn er Bismarcks Überstimmung behauptet hätte. Ich kann Dir natürlich nichts Näheres mitteilen, das aber glaube ich aussprechen zu dürfen, daß in dem Konseil die allervollständigste Einmütigkeit der Ansichten und der Ziele zu Tage getreten ist; keine Spur eines Gegensatzes. Wir sind sehr einig, aber wir sind nicht immer zu schnellen Entschlüssen und Handlungen geneigt. Dieser Gegensatz, wenn es einer ist, hat indes bei dem beregten Konseil auch nicht die kleinste Rolle gespielt. Eure Gerüchte sind eitel Wind."

Der König selbst machte den Anfang mit den von ihm am

28. Februar beschlossenen diplomatischen Einleitungen. Auch er war der Meinung Bismarcks, daß die Herzogtümer sich nun nicht mehr ohne eine Reform des Bundes erwerben ließen. Damit war aber der Streitgegenstand wesentlich erweitert und der Fall eingetreten, für welchen Napoleon gegen Bismarck den Wunsch geäußert hatte, in persönliche Korrespondenz mit dem Könige zu treten. Unter Bezugnahme auf diese Worte sandte König Wilhelm am 3. März durch den Botschafter Grafen Goltz ein eigenhändiges Schreiben an Napoleon, welches aussprach: Der gegen Bismarck bezeichnete Augenblick eines spezielleren Einvernehmens sei gekommen und Goltz beauftragt, dem Kaiser die preußische Beurteilung der Lage und die dadurch für Preußen gebotene Haltung mit rückhaltloser Offenheit darzulegen.

Goltz kehrte am 5. März nach Paris zurück, besuchte hier zunächst Drouyn de l'Huys, doch ohne diesem von dem Privatschreiben des Königs etwas zu sagen, was der Kaiser billigte, und wurde von Napoleon noch am Abend des 5. empfangen. Er überreichte hier den königlichen Brief und gab sofort auch die darin angekündigten Aufklärungen. Österreich wolle zweifellos den Krieg und nur den Krieg. Preußen müsse demnach den für sich günstigen Augenblick zu erfassen suchen. Dazu seien aber zwei Voraussetzungen nötig: Die Verständigung mit Italien über die Zielpunkte gemeinsamen Wirkens und Napoleons Einverständnis mit diesen Zielen. Es handle sich jetzt nicht mehr um Schleswig-Holstein allein. Denn außer der Erwerbung der Herzogtümer müsse Preußen auch eine engere Vereinigung der norddeutschen Staaten unter preußischer Leitung anstreben. Dabei würden die Befugnisse des Parlamentes beschränkter, diejenigen der einzelnen Staaten größer sein, als in der Reichsverfassung von 1849. Einzelnen, Preußen besonders feindseligen Staaten würde vielleicht eine erheblichere Beschränkung ihrer Selbständigkeit auferlegt werden müssen. Auf Norddeutschland werde Preußen übrigens sein Ziel nur in der Voraussetzung begrenzen können, daß Bayern sich Preußen anschließe und ihm dann der Oberbefehl in Süddeutschland übertragen werden könne.

Schließlich bat Goltz den Kaiser, auszusprechen, welche Schritte er für notwendig halte, um das französische Nationalgefühl mit dieser Erweiterung der preußischen Machtstellung zu versöhnen. Napoleon hatte mit lebhaftem Interesse zugehört und billigte nun diese Politik, die sich auf einen höheren nationalen Standpunkt stelle. Aber in großer Verlegenheit versetzte ihn die Auffindung eines „Kompensationsobjektes“ zur Befriedigung des französischen Nationalstolzes. Von deutschen Landen wollt Ihr ja nichts hergeben, bemerkte er wiederholt vorwurfsvoll. Die gesamten Grenzlande französischer Zunge wurden mit der Annexionslaterne beleuchtet, Belgien, Luxemburg, die französische Schweiz. Aber überall that sich da „eine schwere Frage“ auf, bei welcher Frankreich die Eifersucht der Mächte erregen und etwas anderes erleben konnte als Sieg und Beute. Schließlich ließ der Imperator noch einmal die kleinen matten Augen begehrlich nach den Grenzen von 1814 (Landau und Saarbrücken), hinüberschweifen, die ihm sein militärischer Hausarzt, der Marschall Niel, als das für die französische Konstitution dienlichste Rezept verschrieben habe, und stieß dabei den Seufzer aus: „Aber die Abneigung des Königs, preußisches oder deutsches Gebiet abzutreten, erschwert die Wahl des Objekts ungemein.“ So versicherte denn Napoleon am Ende dieses Gespräches die preußische Regierung wiederholt seiner wohlwollenden Neutralität und den König seiner sympathischen Freundschaft. Den Ausgleichsgegenstand könne er jetzt noch nicht nennen, hoffe sich aber darüber später mit dem Könige zu verständigen. So wie er hier zu Goltz sprach, schrieb er auch am 7. März an den König.

Bismarck mochte es, wie Graf Goltz in dem Berichte über diese Unterredung, für einen Gewinn halten, daß der Kaiser die Verhandlung über die Entschädigung verschob und dadurch Preußen der Notwendigkeit entrückte, ihn durch Versagung zu verletzen. Aber auf des Grafen Goltz weitere Bemerkung: für die Annexion der Herzogtümer werde der Kaiser keine Kompensation, bei weiterem Machtzuwachs Preußens aber höchst wahrscheinlich die Grenzen von 1814 fordern, zeigte Bismarck abermals, daß er „keinem französischen

sondern allenfalls nur einem teutonischen Teufel verschrieben" sei. Denn umgehend antwortete er: Niemals könne von Überlassung deutschen Landes die Rede sein. Und wenn Napoleon die Aufstellung des nationalen Programms durch Preußen als richtig bezeichne, so könne er doch Preußen nicht zumuten, dieses Programm mit Abtretung deutscher Gebiete und Landsleute zu beginnen? Goltz möge die weitere Berührung der Frage vermeiden, doch auf die tötliche Verletzung des deutschen National- und Ehrgefühls hinweisen, wenn die Franzosen darauf zurückkommen sollten. Es war der Beginn jener „dilatorischen Behandlung" französischer Beutegelüste, in welcher Bismarck so Ausgezeichnetes leistete.

Eine sehr wichtige und erfreuliche Meldung hatte Graf Goltz weiter gemacht: der italienische Botschafter in Paris, Nigra, habe ihm den Auftrag Napoleons mitgeteilt, er solle den König Viktor Emanuel zu möglichst raschem Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen ermahnen. Diese Nachricht diente dazu, in Berlin die Vorbereitungen zu der im Konseil vom 28. Februar auf Bismarcks Vorschlag beschlossenen Sendung Moltkes nach Florenz zu beschleunigen. Bismarck hielt dabei an der bereits im Ministerrate betonten Auffassung fest, Preußen könne das Bündnis mit Italien nur in dem Sinne schließen, daß Preußen die Entscheidung darüber, ob und wann es losschlagen wolle, ganz ausschließlich in der eigenen Hand behalte, Italien dagegen sich verpflichte, im Augenblicke der preußischen Kriegserklärung Österreich anzugreifen. Bismarck mußte diesen Standpunkt festhalten, da die jetzt von Preußen aufzustellende deutsche Bundesreform sorgfältige Erwägung und Vorbereitung erforderte, und Preußen, bei Frankreichs Haltung, auch die bei weitem gefährlichste Rolle in dem künftigen Bündnis übernahm. Zugleich stellte es aber auch der gemeinsamen Sache bei weitem stärkere Kräfte zur Verfügung. Nur war sehr die Frage, ob Italien auf ein solches Bündnis eingehen würde, das ihm bis zum Kriegsbeginn nur Pflichten und ein bei seiner Finanznot und dem ungestümen Kriegsdrang der Bevölkerung fast unerträgliches, ungeduldiges Zuwarten auferlegte. Moltke hegte erhebliche Zweifel, ließ sich

aber die am 12. März von Bismarck und dem Könige endgültig festgestellte Instruktion auf der eben dargelegten Grundlage gefallen. Doch ehe Moltkes Abreise erfolgen konnte, kam die Nachricht aus Florenz, daß La Marmora soeben einen italienischen General zur Erörterung eines Bündnisvertrages nach Berlin sende. Da Bismarck so alle Fäden der wichtigen Sache unmittelbar in der eigenen Hand behalten konnte, wurde beschlossen, die Entsendung Moltkes einstweilen zu verschieben.

Es war der General Govone, ein ebenso entschlossener als vorsichtiger Mann, den La Mormora als italienischen Unterhändler nach Berlin sandte. Der dortige italienische Botschafter, Graf Barral, sollte ihm beistehen. Der mißtrauische und thatenscheue Piemontese, der in jenen großen Tagen die Geschicke Italiens in seiner unfähigen Hand hielt, hatte den beiden Vertrauten für die Berliner Verhandlungen Instruktionen erteilt, die freilich so weit als möglich von Bismarcks Anschauungen entfernt lagen. Am 24. Februar 1866 war nämlich Fürst Cusa von Rumänien gestürzt worden, und sofort meinte La Marmora, Venetien ohne Schwertstreich erwerben zu können, wenn dagegen Österreich durch Napoleon die herrenlosen Donaufürstentümer zum Tausch angeboten würden. Napoleon erklärte sich zu dem Vorschlag an Österreich bereit, meinte aber, er werde ohne einen fühlbaren Druck damit wenig Erfolg haben. Diesen Druck aber könne Italien selbst schaffen, wenn es ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen schließe; dann werde Österreich jedenfalls auf den Tauschplan rasch eingehen. Lediglich zur Erreichung dieses schönen Planes ward General Govone ursprünglich nach Berlin gesendet und Graf Barral zu seinem Beistand entboten. Also nicht etwa, um im Bunde mit Preußen Krieg zu führen, sondern um in Wien diesen Bund als Schreck- und Druckmittel zur Vollziehung des rumänisch-venetianischen Tauschplanes zu verwerten. Deshalb sollte auch Govone nicht etwa einen Italien verpflichtenden Vertrag mit Preußen schließen, sondern alle politischen und militärischen Pläne Preußens genau erkunden, und wenn diese einen Krieg im großen Stile verbürgten, von Preußen das Aner-

bieten eines Schutz- und Trutzbündnisses zu sofortiger Kriegserklärung gegen Österreich erlangen. Mit diesem Anerbieten in der Tasche, hätte dann La Marmora in Wien Krieg oder den rumänischen Tausch zur Wahl gestellt, und wenn der letztere angenommen wurde, den Krieg dem guten Freunde Preußen allein überlassen. Man sieht, das Vorhaben war so treulos als möglich angelegt, so weit als möglich von Bismarcks Ansichten über die Grundlagen eines Bündnisses mit Italien entfernt.

Man kann sich daher das Erstaunen der italienischen Unterhändler denken, als Bismarck ihnen schon in der ersten Unterredung am 14. März ganz offen entwickelte, daß Preußen, dem Wunsche Italiens entsprechend, das weiteste Programm, das es überhaupt besitze, die deutsche Frage, als Kriegsfall stellen wolle, keineswegs also die Freundschaft Italiens nur als Druckmittel zur Erwerbung Holsteins benutzen werde. Zur Vorbereitung und Einführung des Bundesreformplanes bedürfe Preußen aber noch einiger Monate Zeit und zu ihrer Verwirklichung des italienischen Beistandes. Deshalb schlage Bismarck einen Vertrag vor, der Italien zur Kriegserklärung an Österreich verpflichte, sobald Preußen zur Durchführung der Bundesreform die Waffen ergreife. Barral, ein ebenso argwöhnischer Piemontese wie La Marmora, war sofort überzeugt, Bismarck wolle mit italienischer Hülfe nur einen neuen Gasteiner Vertrag erzielen. Govone aber, der die Welt hier durch bedeutendere Augen als diejenigen La Marmoras beurteilen lernte, erklärte, daß er für einen derartigen Vorschlag keine Instruktion besitze, nach Florenz darüber berichten werde, aber an der Bereitwilligkeit seiner Regierung zweifle. Bismarck setzte nun noch einmal die Vorteile seines Vorschlages auseinander und ersuchte, falls Italien diesen wider Erwarten ablehne, wenigstens einen allgemeinen Freundschafts- und Bündnisvertrag des Inhalts zu schließen, daß man bereit sei, bei Ausbruch eines Krieges einen eingehenderen Vertrag über die beiderseitigen Leistungen zu zeichnen. Govone berichtete auch hierüber am folgenden Tage an La Marmora. Er meinte, er werde nur noch wenige Tage in Berlin verweilen, um die Preußen zu

beobachten und allenfalls den harmlosen Freundschaftsvertrag mit Bismarck zu zeichnen.

Aber es sollte ganz anders kommen. Denn in den nächsten Tagen überzeugte Bismarck durch rückhaltlose Offenheit und Klarheit die beiden Italiener doch mehr von den Vorteilen, ja von der Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen Preußen und Italien. Er gestattete ihnen die tiefsten Einblicke in die Schwierigkeiten seines Spiels: in die Unsicherheit der Haltung Süddeutschlands und Frankreichs, die Abneigung Englands gegen die Annexion der Herzogtümer, das Widerstreben des Königs gegen Bismarcks kriegerische Politik. Preußen habe also immer noch die Wahl zwischen Krieg und Frieden, und werde sich, bei Ablehnung seiner Vorschläge durch Italien, lieber mit einem kleinen Gewinn begnügen, bei dem Italien das Nachsehen habe, als sich in einen Kampf auf Tod und Leben ohne Bundesgenossen einlassen.

Dieser beredten Erörterung kamen auch die äußeren Ereignisse zu Hilfe. Denn zunächst lehnte Österreich den rumänischen Tauschplan rundweg ab, nicht minder England und Rußland. Der Zar drohte sogar mit Krieg, wenn Österreich die Donaufürstentümer begehren würde. Bald darauf, am 20. April, wählten sich obendrein die Rumänen selbst den Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen zum Fürsten. Venetien mußte also erobert werden. Damit stieg der preußische Bündnisvorschlag sehr im Werte. Aber auch die österreichische Politik sorgte dafür, die Dinge ins Rollen zu bringen. Denn seit Bismarcks Schweigen auf die Wiener Depesche vom 7. Februar war man in der Hofburg sicher, daß er nach seiner eigenen Erklärung vom 26. Januar Bündnisse gegen Österreich zu schmieden suche. Dieser Verstrickung wollte man sich entziehen, ehe es zu spät war, zumal da die österreichische Heeresverfassung nur eine viel langsamere Mobilmachung gestattete als die preußische. Sobald man daher in Wien hörte, daß Preußen die jährliche Kontrolversammlung der Landwehr in Berlin angeordnet habe, stempelte Österreich diesen harmlosen Vorgang zu einer preußischen Rüstung und machte am 2. März sechs Batterien

und Reiterregimenter mobil. Vom 7. bis 13. März folgten dann Marschallratssitzungen unter Leitung des Kaisers, und unter der Teilnahme aller Minister und befehlenden Generale. Hier wurde die Mobilmachung, die Aufstellung einer Nordarmee gegen Preußen, einer Südarmee gegen Italien bereits im Grundsatz gebilligt. Mensdorffs Warnungen gegen voreilige Rüstungen machten auf die Generale keinen Eindruck. Und nun schien ein von Beust eiligst nach Wien gemeldetes Ereignis ihnen auch vollständig Recht zu geben.

Bismarck hatte nämlich bei einem Diner des sächsischen Gesandten in Berlin, Grafen Hohenthal, neben der Frau des Hauses gesessen und war von dieser mit der Frage überrascht worden, ob es wahr sei, daß er Österreich bekriegen und Sachsen erobern wolle. Innerlich äußerst erstaunt über die ebenso naive als unpassende Frage, hatte Bismarck heiter erwidert: „Gewiß ist das wahr, theuerste Gräfin; vom ersten Tage meines Ministeriums an habe ich keinen anderen Gedanken gehabt; unsere Kanonen sind heute gegossen, und Sie sollen bald sehen, wie sie der österreichischen Artillerie überlegen sind.“ Darauf hatte er der entsetzten Dame auf ihre Frage, ob sie sicherer auf ihr Gut in Böhmen oder auf ihr Schloß bei Leipzig flüchten könne, empfohlen, lieber nach Knauthayn bei Leipzig sich zu begeben, „da wir, wenn ich nicht irre, gerade in der Nähe Ihres böhmischen Gutes die Österreicher schlagen werden.“ Die scherzhafte Verspottung der taktlosen Fragen der Gräfin lag so zweifellos in dieser Antwort ausgedrückt, daß niemand sie für ernst nehmen konnte. Herr v. Beust aber brachte das fertig, sandte die wichtige Enthüllung nach Wien, stellte sich unter Österreichs mächtigen Schutz und versprach Österreich den Beistand aller Mittelstaaten. Sofort beschloß der Wiener Marschallrat, wesentliche Truppenverstärkungen nach den an Preußen grenzenden Provinzen zu senden. Binnen kurzem konnten hier 80000 Mann zum Einbruch in Schlesien bereit sein, während Preußen dort nur 25000 Mann auf Friedensfuß stehen hatte. Gleichzeitig erfuhr man in Berlin auch von großen Flottenrüstungen Österreichs in Triest und

von sächsischen Rekruteneinziehungen vor der üblichen Zeit und Pferdeankäufen für das sächsische Armeekorps. Auf die Vorstellungen des preußischen Militärbevollmächtigten in Wien, Grafen Gröben, bezüglich dieser Rüstungen, mußte Mensdorff zugestehen, daß sie ihre Spitze gegen Preußen richteten. Es seien jedoch nur Abwehrmaßregeln. „Ich kann Ihnen natürlich nicht sagen, wann wir rüsten, aber man muß auf der Hut sein. Schließlich treibt in solchen Dingen immer Einer den Andern.“ An dieses böse Wort sollte Österreich in den folgenden Wochen durch die unaufhaltsame Wucht der Ereignisse noch oft erinnert werden.

Aber Graf Mensdorff fühlte sich auch zu einer diplomatischen Rüstung gedrungen. Denn der König hatte in Schleswig am 11. März eine für Wien und dessen Augustenburger Schützlinge höchst ärgerliche Verordnung erlassen, durch welche alle Umtriebe gegen die preußisch-österreichische Souveränität in den Herzogtümern mit Zuchthausstrafe von 5 bis 10 Jahren bedroht wurden. Gegen diese Verordnung ließ sich nun freilich nichts erinnern, da sie das Hoheitsrecht des Kaisers ebenso wahrte, wie das des Königs. Auch das Mittagessen bei Hohenthals konnte jetzt nicht mehr gut zum europäischen Kriegsfall benutzt werden. Dagegen schien jene Frage der Gräfin Hohenthal, die einer aufgeregten und erschreckten Dame allenfalls noch zu verzeihen war, dem Leiter der österreichischen Politik, Grafen Mensdorff, geeignet, amtlich und ernsthaft der preußischen Regierung vorgelegt zu werden. Am 16. März mußte Karolyi bei Bismarck amtlich anfragen: ob Preußen beabsichtige, den Gasteiner Vertrag gewaltsam zu brechen und den Bundesfrieden in Deutschland zu stören? Bismarck erwiderte gelassen: „Wenn Sie auf eine solche Frage eine eingehendere Antwort wünschen, so muß ich bitten, dieselbe schriftlich an mich zu richten; in mündlicher Antwort muß ich mich mit dem einfachen Worte „Nein“ begnügen, das ich aussprechen kann, ohne vorher die Befehle Sr. Majestät einzuholen; wir wünschen im Gegenteil, daß Österreich seinerseits die Verträge von Wien und Gastein genauer beobachte.“ In Berlin wurde damals allgemein erzählt, Bismarck habe dem einfachen Nein noch

hinzugefügt: „Glauben Sie denn, lieber Graf, daß ich anders geantwortet hätte, wenn ich von kriegerischen Absichten erfüllt wäre?“ Da die österreichische Anzapfung noch unendlich viel taktloser und thörichter war, als die Frage der Gräfin Hohenthal, so könnte niemand dem preußischen Minister diese scherzhafte Abfertigung verargen. Als aber Graf Karolyi dann entgegnete, die etwaigen österreichischen Rüstungen fänden nur zum Zwecke der Verteidigung statt, da erklärte Bismarck ernsthaft: „Solche defensive Vorbereitungen sind für Preußen stets eine Gefahr; hat Österreich einmal 150000 Mann an den Grenzen, so ist ein Grund zum Bruche leicht gefunden; das hat Preußen 1850 erlebt.“

Bei der einen Thorheit, eine solche Anfrage in Berlin zu stellen, hatte es aber Graf Mensdorff nicht bewenden lassen. Vielmehr hatte er, in der Voraussetzung, daß Bismarck eine ungenügende oder ausweichende Antwort geben werde, ohne nur diese Antwort abzuwarten, am nämlichen 16. März auch noch ein Rundschreiben an alle deutschen Regierungen gerichtet, in welchem der Antrag angekündigt wurde, daß der Bundestag über Schleswig-Holstein entscheiden, und falls Preußen sich diesem Beschlusse widersetze, die Mobilmachung des ganzen Bundesheeres mit Ausnahme der preußischen Armeekorps erfolgen solle. Auch mit diesem zweiten Mißgriff sollte Österreich wenig Freude erleben. Denn zunächst zeigten sich die deutschen Regierungen bei Empfang dieses Rundschreibens von ganz anderen Gefühlen beseelt, als Herr v. Beust bei ihnen vorausgesetzt oder ihnen angedichtet hatte. Dringend mahnten sie von jedem Schritte ab, der zur Störung des Bundesfriedens führen könne. Sodann aber konnte das Rundschreiben selbstverständlich Preußen nicht verborgen bleiben, und enthüllte diesem auf einem Blatte den ganzen diplomatischen Feldzugsplan Österreichs. Da zeigte sich nun aber vollends die nationale Überlegenheit Preußens. Am 24. März that Bismarck den Gegenzug, indem auch er ein Rundschreiben an die deutschen Höfe richtete. Hier wurden zunächst alle österreichischen Rüstungen einzeln aufgezählt, und erklärt, daß Preußen zu Deckungsmaßregeln schreiten müsse; dann folgte die

Anfrage, ob Preußen im Falle eines österreichischen Angriffs auf die Hilfe der Bundesgenossen zählen könne. Endlich aber enthielt das Rundschreiben in folgender Wendung auch die erste Andeutung der großen Bundesreform Bismarcks: „Die abnorme Lage, in welche Preußen durch die feindselige Haltung der andern im Bunde befindlichen Großmacht gebracht ist, drängt uns die Notwendigkeit auf, eine den realen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes in Anregung zu bringen. Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch — das gilt zu unsern, wie zu Deutschlands Gunsten. Wenn der deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt und mit seinen jetzigen politischen und militärischen Einrichtungen den großen europäischen Krisen entgegengehen soll, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksal Polens nicht schützen werde."

Am 27. März beschloß dann weiter ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs auch die in Bismarcks Rundschreiben vom 24. März schon angekündigten preußischen Deckungsmaßregeln: Die Bereitstellung der schlesischen nnd Elbfestungen, den Pferdeankauf für die Hälfte der Feldartillerie und die Verstärkung der preußischen Armee um dieselbe Zahl, welche Österreich über den Friedensstand aufgestellt hatte.

Alle diese Ereignisse erlebten die italienischen Unterhändler noch in Berlin, und da diese Ereignisse Tag für Tag die Wahrscheinlichkeit eines Krieges näher rückten, so schwanden auch die Bedenken gegen einen Vertrag mehr und mehr, der die Entscheidung über Krieg und Frieden Preußen allein übertrug. Am 21. und 23. März machte daher Graf Barral seinem Minister den von Bismarck genehmigten Vermittelungsvorschlag, den preußischen Entwurf anzunehmen, aber seine Geltungsdauer nur auf drei Monate zu beschränken. Würde Preußen bis dahin den Krieg nicht erklärt haben, so hätte Italien wieder völlig freie Hand. Noch immer zweifelnd, erforschte La Marmora die Meinung Napoleons, und dieser antwortete sofort, Italien müsse annehmen, dürfe jedoch nicht

den ersten Angriff auf Österreich unternehmen. Auch versprach er Italien ganz ausdrücklich seinen Schutz für den Fall, daß es von Österreich angegriffen oder im Kriege von Preußen bundesbrüchig verlassen würde. So faßte La Marmora dann endlich den Mut zum Abschluß des Vertrages mit Preußen und erhielt sofort die Genehmigung seines Königs. Am 8. April wurde der denkwürdige Vertrag in Berlin unterzeichnet, aus dem die deutsche und italienische Einheit ersprießen sollte. Die wichtigsten Bestimmungen waren die des Art. 2, welche Italien verpflichteten, „den Krieg an Österreich zu erklären, wenn die Unterhandlungen, welche der König von Preußen mit den anderen deutschen Regierungen in Absicht auf eine den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Reform der Bundesverfassung eröffnet hat, scheitern sollten, und infolge dessen Se. Majestät in die Lage käme, die Waffen zu ergreifen, um seine Vorschläge zur Geltung zu bringen." — Art. 3 lautete: „Von diesem Augenblicke an wird der Krieg von Ihren Majestäten mit allen Kräften geführt werden, welche die Vorsehung zu ihrer Verfügung gestellt hat, und weder Italien noch Preußen werden Frieden und Waffenstillstand ohne gegenseitige Zustimmung schließen." — Art. 4: „Diese Zustimmung kann nicht verweigert werden, wenn Österreich eingewilligt hat, an Italien das lombardisch-venetianische Königreich und an Preußen österreichische Landstriche, die an Bevölkerung diesem Königreich gleichwertig sind, abzutreten." Hierzu wurde mündlich erklärt, daß Preußen statt einer Landerwerbung von Österreich Zugeständnisse in der deutschen Frage anzunehmen beabsichtige. — Art. 5 endlich bestimmte: „Dieser Vertrag erlischt drei Monate nach seiner Unterzeichnung, wenn in diesen drei Monaten der in Art. 2 vorgesehene Fall nicht eingetreten ist, nämlich, daß Preußen nicht den Krieg an Österreich erklärt hat."

Die Größe der diplomatischen Leistung, welche Bismarck mit diesem Vertrage vollbrachte, erhellt am besten aus zwei Thatsachen, an die wir uns erinnern: aus der Meinung des ebenso genialen als beharrlichen Generals Moltke, daß Italien schwerlich jemals einen derartigen Löwenvertrag zu Gunsten Preußens schließen werde,

und ferner aus den absolut entgegengesetzten Instruktionen, welche General Govone nach Berlin mitbrachte. Die weltgeschichtlichen Folgen des Vertrags aber sind schon angedeutet: Hier ward der Grund gelegt zu dem für den europäischen Frieden wichtigsten Ereignis, zur Vollendung der nationalen Hoffnungen Deutschlands und Italiens. „Ich glaube ein guter Schweizer zu sein," sagte im August 1889 der edle Dichter Konrad Ferdinand Meyer zum Verfasser: „aber das erfreulichste Ereignis meiner Tage ist doch, daß ich die Einheit Italiens und Deutschlands erlebt habe!"

Schon während der Verhandlung mit den Italienern hatte Bismarck, wie wir aus seinem Rundschreiben vom 24. März erkannten, den preußischen Antrag auf Bundesreform angekündigt. Aus den Eröffnungen, die im Auftrage Bismarcks am 5. März Graf Goltz dem Kaiser Napoleon in Paris machte, gewinnen wir das Bild der deutschen Einheit, das Bismarck damals vorschwebte. Österreich sollte dem engeren Bunde nicht mehr angehören, Preußen im Norden, Bayern aber im Süden eine leitende Stellung einnehmen. Denn Bayern hielt Bismarck, nach seiner Besprechung mit v. d. Pfordten vor Gastein, für einen keineswegs preußenfeindlichen Staat. Der bayerische Minister hatte auch — wie ganz Deutschland seit 1859 unzähligemal — der Berufung eines deutschen Parlamentes immer eifrig das Wort geredet, er hatte die erste Andeutung des preußischen Gesandten in München, Prinzen Reuß, über Bismarcks Reformvorhaben mit Begeisterung aufgenommen und dann geäußert: „Wie irren sich diejenigen, welche bei Bismarck persönliche Ehrsucht vermuten. Er ist der verkörperte preußische Staatsgedanke, kein grundsätzlicher Gegner Österreichs, im Gegenteil, er möchte mit diesem gehen, aber stets unter der Bedingung, daß es einer berechtigten preußischen Politik nicht immer Hindernisse bereite: dieser Gedanke ist ein durchaus deutscher, und eben deshalb setze ich Vertrauen in den Mann, welcher sein hauptsächlichster Vertreter ist." Als indessen Bismarck seinem Bewunderer in München am 8. März die erste Andeutung über seine Bundesreform durch den Prinzen Reuß machen ließ: die Einberufung eines Deutschen

Parlaments nach Frankfurt, hervorgegangen aus direkten Volkswahlen, da äußerte Pfordten schon lebhafte Bedenken. Er meinte, die Nationalvertretung werde besser aus Abordnungen der Einzellandtage beschickt. Vor allem aber müsse man die neue preußische Bundesverfassung kennen und Österreichs Zustimmung dazu haben.

Die Widerlegung dieser Bedenken fiel Bismarck nicht schwer. Bayerns Rücksicht auf Österreich hoffte er bald durch das Angebot der bayerischen Hegemonie in Süddeutschland zu beseitigen. Aber schon jetzt bemerkte er, daß eine vorherige Verhandlung mit Österreich bei dessen offener Feindseligkeit ganz hoffnungslos sei, man müsse also vielmehr auf einen bestimmten Tag das Parlament einberufen und dadurch die Regierungen zwingen, sich vorher über die Bundesreform grundsätzlich zu einigen, die allerdings erst dem Parlament selbst vorgelegt werden sollte. Abordnungen der Einzellandtage würden nicht das nötige Ansehen haben, denn diese Landtage, auch der preußische, schlössen keineswegs die gesamte staatsmännische Befähigung des deutschen Volkes in sich. „Direkte Wahlen aber und allgemeines Stimmrecht", fuhr Bismarck wörtlich fort, „halte ich für größere Bürgschaften einer konservativen Haltung, als irgend ein künstliches, auf Erzielung gemachter Mehrheiten berechnetes Wahlgesetz. Nach unseren Erfahrungen sind die Massen ehrlicher bei der Erhaltung staatlicher Ordnung beteiligt, als die Führer derjenigen Klassen, welche man durch Einführung irgend eines Zensus in der aktiven Wahlberechtigung bevorzugen möchte."

Wir stehen hier vor der verhängnisvollsten gesetzgeberischen Maßregel, die Bismarck zeit seines amtlichen Wirkens vorgeschlagen und eingeführt hat: dem allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrecht bei den Wahlen zum Reichstage. Wir dürfen annehmen, daß Bismarck nach den 28jährigen Erfahrungen, die seither mit diesem Wahlsystem gemacht worden sind, es selbst als eine höchst bedenkliche Einrichtung betrachtet. Sicherlich würde er heute, wenn er die Macht dazu hätte, und das allgemeine Stimmrecht nur erst wieder beseitigt wäre, dasselbe nicht mehr, wie 1866, für das beste und konservativste Wahlsystem halten und es nicht von neuem ver-

leihen. Freilich hat sich seither auch die Grundstimmung breiter Massen des Volkes, dank der sozialistischen Verseuchung, durchaus verwandelt. Im Jahre 1866 aber rechtfertigte Bismarck die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in einer Note an den Grafen Bernstorff in London vom 19. April noch mit folgenden Gründen: „Ich darf wohl als eine auf langer Erfahrung begründete Überzeugung aussprechen, daß das künstliche System indirekter und Klassenwahlen ein viel gefährlicheres ist, indem es die Berührung der höchsten Gewalt mit den gesunden Elementen, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, verhindert. In einem Lande mit monarchischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgeoisie-Klassen beseitigt, auch zu monarchischen Wahlen führen, ebenso wie in Ländern, wo die Massen revolutionär fühlen, zu anarchischen. In Preußen aber sind neun Zehntel des Volkes dem Könige treu, und durch den künstlichen Mechanismus der Wahl um den Ausdruck ihrer Meinung gebracht. Die Träger der Revolution sind die Wahlmänner-Kollegien, welche der Arbeit der Umsturzpartei ein über das Land verbreitetes und leicht zu handhabendes Netz gewähren — wie es 1789 die Pariser électeurs gezeigt haben. Ich stehe nicht an, indirekte Wahlen für eins der wesentlichsten Hilfsmittel der Revolution zu erklären, und ich glaube, in diesen Dingen praktisch einige Erfahrungen gesammelt zu haben.“ Zu dem Bericht des Grafen Bernstorff vom 26. April, der den Schrecken Lord Clarendons über das Vorhaben der Einführung des allgemeinen Stimmrechts schilderte, machte Bismarck dann folgende Randbemerkung: „In England sind eben nur die höheren Klassen dem Königtum und der Verfassung anhänglich, welche ihre Vorrechte, ihre Herrschaft über das Land darstellen. Die Massen sind roh, unwissend, und ihre Anhänglichkeit an die Krone ist nicht von der Art wie in Preußen.“ Auch in der Denkschrift Preußens vom 9. April, mit welcher Bismarcks Bundesreform dem Bunde unterbreitet wurde, hieß es: „Das allgemeine Stimmrecht muß für den im Auge gehabten Zweck und bei der

Notwendigkeit, die verschiedensten partikularen Verhältnisse einem Maßstab dienstbar zu machen, als das allein Mögliche bezeichnet werden, und nimmt die königliche Regierung um so weniger Anstand, diese Form der Wahl in Vorschlag zu bringen, als sie dieselbe für das konservative Prinzip förderlicher erachtet, wie irgend einen anderen auf künstlichen Kombinationen beruhenden Wahlmodus."

Ganz ähnlich lauten die Gründe, mit denen Bismarck im konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes, am 28. März 1867 die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verteidigte. Doch tritt hier das sozialpolitische Moment noch deutlicher hervor. Bismarck nannte damals das preußische Dreiklassenwahlsystem „beispiellos widersinnig und elend, da es alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts miteinander zu thun haben, und in jeder Gemeinde mit anderem Maße mißt. Hätte der Erfinder dieses Wahlgesetzes sich die praktische Wirkung desselben vergegenwärtigt, er hätte es nie geschaffen. Eine ähnliche Willkür und zugleich eine Härte liegt aber in jedem Zensus, eine Härte, die da am fühlbarsten wird, wo dieser Zensus abreißt, wo die Ausschließung anfängt. Wir können dem Ausgeschlossenen gegenüber doch schwer begründen, daß er deshalb, weil er nicht dieselbe Steuerquote wie sein Nachbar zahlt, gerade Helot und politisch tot in diesem Staatswesen sein soll". Freilich setzt Bismarck in derselben Rede hinzu: „daß im Ganzen jedes Wahlgesetz unter denselben äußeren Umständen und Einflüssen ziemlich gleiche Resultate gibt" und fährt dann fort: „Ich halte die Frage für offen, bis mir Jemand überzeugend darthut, daß ein anderes Wahlgesetz besser ist und freier von Mängeln, als das im Entwurf vorgelegte, und im Besitz besonderer Vorzüge, die dieses nicht hat; die Frage ist diskutierbar, aber ich glaube, wenn wir uns in diese Diskussion vertieften, würden wir die ganzen Bibliotheken, die über diese Frage im Laufe der letzten dreißig Jahre geschrieben worden sind, hier diskutieren und würden uns doch schwer einigen."

In diesen letzten Worten liegt nach unserer Meinung der

Hauptgrund, der Bismarck 1866 zur Einführung des allgemeinen Stimmrechts bewog: er hatte keine Zeit, „die ganzen Bibliotheken" nach einem besseren Wahlgesetze zu durchforschen und über das beste lange zu diskutieren oder diskutieren zu lassen. Sicherlich war das preußische Wahlsystem, und jedes auf indirekte Wahlen gegründete System für das deutsche Reichstagswahlgesetz nicht zu brauchen. In diesem Punkte hatte Bismarck vollständig recht. Nun lenkte sein Bundesreformplan im Ganzen auf das Verfassungswerk der Paulskirche, die Reichsverfassung von 1849, zurück, namentlich in dem Punkte der Berufung eines gesamtdeutschen Parlamentes zur Ausübung der Reichsgesetzgebung. Das war seit 1859 die in ganz Deutschland, bei allen Parteien populärste nationale Forderung, mit deren Verwirklichung Bismarck hoffen durfte, einen gewaltigen Umschwung der öffentlichen Meinung Deutschlands zu Gunsten seiner Politik herbeizuführen. Sehr natürlich war, daß er bei Ausgabe der Losung „Ein deutsches Parlament" auch auf das Reichswahlgesetz von 1849 zurückgriff. Eine Abweichung hiervon hätte 1866 die ganze Parlamentslosung Bismarcks verdächtigt und unpopulär gemacht. Aber vor allen Dingen war keine Zeit zur Ausdenkung eines anderen Wahlsystems. Der Krieg stand vor der Thür. Die Bundesreform mußte schleunigst in den großen Streit des Tages hineingeworfen werden, um entweder als letztes Friedensmittel oder als Kriegsfall zu dienen. Zudem war Bismarck, wie wir sehen werden, gerade damals ernstlich leidend und mußte alle Kraft, die ihm blieb, zur Bewältigung der ungeheuren, immer dringender und verantwortlicher herantretenden Aufgaben entscheidender Tage verwenden. Wenn Bismarck in seinen Noten und Denkschriften von 1866 und in seiner Reichstagsrede vom 28. März 1867 dem allgemeinen Stimmrecht Vorzüge vor allen anderen Systemen nachrühmt, so liegt das in seiner realpolitischen Art der Beweisführung, die das von ihm Empfohlene, oder das für erreichbar Erkannte auch immer in das thunlichst günstige Licht zu rücken bestrebt ist. Daß schon in der Paulskirche, namentlich in den Reihen der liberalen Kaiserpartei, das allgemeine Stimmrecht heftige Anfechtung

erfahren hatte, war Bismarck gewiß nicht unbekannt. Auch sein Ideal war es thatsächlich nicht. Aber wo wäre jetzt die Zeit gewesen, wie damals in Frankfurt, in monatelangen Erörterungen nach dem wirklichen Ideal zu suchen? „Ich habe das allgemeine Wahlrecht (1866) angenommen mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition", sagte er im Reichstag am 16. September 1878. „In den deutschen Rivalitäten mit den Gegnern des Reichs war die Karte einmal ausgespielt, und wir haben sie als auf dem Tische liegende Hinterlassenschaft mit gefunden. Einen so festen Glauben an die bessere Wirkung eines anderen Wahlrechtes hatte ich nicht, daß wir im Kampfe mit unseren Nebenbuhlern dieses populäre und von der früheren Frankfurter Versammlung hinterlassene Mittel hätten ablehnen sollen." Namentlich hatte Bismarck Recht, wenn er damals neun Zehntel des preußischen Volkes — man kann wohl sagen des deutschen Volkes — als monarchisch und staatserhaltend gesinnt ansah. Insbesondere stand die Arbeiterbewegung, welche Ferdinand Lassalle von 1862 ab entfesselt hatte, durchaus auf vaterländischem und gesetzlichem Boden. Der vaterlandslose und revolutionäre Kommunismus des Herrn Liebknecht dagegen war damals noch nicht an die sichtbare Oberfläche getreten. Daß freilich „in Ländern, wo die Massen revolutionär fühlen, das allgemeine Stimmrecht zu anarchischen Wahlen führen wird", hörten wir Bismarck chon am 16. April 1866 aussprechen. Aber diese Gefahr schien damals keinem Volke ferner zu liegen, als dem deutschen.

Die Wichtigkeit dieser Erörterung für die Beurteilung Bismarcks spricht für sich selbst und rechtfertigt daher die kurze Unterbrechung der Darstellung der Ereignisse, zu der wir jetzt zurückkehren. Bismarck meinte also in seiner zuletzt erwähnten Denkschrift nach München vom 24. März Bayerns Bedenken gegen die Bundesreform widerlegt zu haben und ersuchte Pfordten: Bayern möge gemeinsam mit Preußen beim Bunde den Antrag stellen, zu einem bestimmten Tage ein deutsches Parlament aus allgemeinen direkten Volkswahlen einzuberufen. Hier aber erlebte sein Vertrauen zu

Bayern die erste Enttäuschung. Denn Pfordten hielt daran fest, daß auch der neue Bund nur mit beiden Großmächten, nicht mit Preußen allein hergestellt werden dürfe. Am meisten aber widerstrebte dem bayerischen Minister eine Bundesverfassung mit parlamentarischer Grundlage ohne Österreich. Auch der junge König war durch Bismarcks demokratisches Bundesparlament erschreckt. So lehnte denn Bayern die Mitwirkung bei Einbringung der Bundesreform Bismarcks am Bunde ab, versprach aber wohlwollende Aufnahme des Vorschlags und Vermittelung der bestehenden Spannung mit Österreich. Schon am 31. März ließ v. d. Pfordten diese Vermittelung in Wien und Berlin auch eintreten, indem er die Höfe aufforderte, der bayerischen Regierung den Verzicht auf bewaffneten Angriff und die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über Wahrung des Bundesfriedens anzuzeigen. Bismarck dankte für die Vermittelung und für das Versprechen der Unterstützung Pfordtens bei der Beratung der Bundesreform in Frankfurt. Denn zu deren Einbringung beim Bunde auch ohne Bayern war er fest entschlossen. Am 4. April erhielt Savigny vorläufige Weisung. Gleich nach Unterzeichnung des Bündnisvertrages mit Italien am 8. April ging der endgültige Befehl nach Frankfurt. Am 9. April erfuhr die erstaunte Welt, daß der Junker Bismarck, der Verächter und Unterdrücker des preußischen Abgeordnetenhauses, in Deutschland ein Parlament auf breitester demokratischer Grundlage, der des gleichen, allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts, berufen wolle. Denn das hatte am 9. April der preußische Bundestagsgesandte v. Savigny der hohen Bundesversammlung amtlich angezeigt.

Das Erstaunen über diesen kühnen Schritt Bismarcks war in Deutschland und Europa bei Volk und Regierung allgemein, die Entrüstung darüber vorherrschend. Zuerst war der 36er-Ausschuß fertig mit dem Wort: „Einer jeden Regierung, welche, das Recht des eigenen Landes mißachtend, mit Plänen einer Bundesreform hervortritt, fehlt das Vertrauen des deutschen Volkes.“ Eine Versammlung in Hannover erklärte: es sei ein fluchwürdiges Unter-

nehmen, unter dem Vorwande der Bundesreform einen Bruderkrieg zu beginnen. Die augustenburgischen Vereine beschlossen in ihrer Gesamtheit in Neumünster: „Ein Gewährenlassen der verabscheuenswerten Politik des preußischen Kabinetts würde Deutschland unrettbar dem tiefsten Verfall preisgeben" — ein halbes Jahr später hatte diese verabscheuenswerte Politik dieselben Herren in die wohlthätige Zucht preußisch-deutscher Vaterlandsliebe genommen. Die republikanische württembergische Volkspartei wies die Gabe eines deutschen Parlamentes aus den Händen der preußischen Regierung entschieden zurück, gab dagegen wenige Monate später die Losung aus: „Lieber französisch als preußisch" und forderte die schwäbischen Landsleute auf, schlafende preußische Soldaten mit der „nächtlichen Mordaxt" kalt zu machen. Der Münchener Volksbote, das Organ der bayerischen Ultramontanen, sprach von Bismarcks „Schelmenantrag", dessen Niederträchtigkeit in den dunkelsten Farben ausgemalt wurde. Aber gegenüber diesem blöden tobenden Wutgeschrei vom Fels zum Meer gab es auch erfreuliche Kundgebungen durchbrechender Erkenntnis. Die badische zweite Kammer beschloß fast einstimmig die Annahme des preußisches Antrags. Viele Blätter von altbewährter liberaler und nationaler Richtung, die durch Bismarcks Politik in der dänischen Frage nur vom Vertrauen abgekommen waren, wie Biedermanns „Deutsche Allg. Zeitung", schlossen jetzt die Versöhnung mit dem deutschen Staatsmann. Und am runden Tische der „verschworenen Preußenfreunde" bei Kitzing in Leipzig, wo Heinrich v. Treitschke, Gustav Freytag, Karl Mathy, Stephani, Salomon Hirzel und andere treue Vaterlandsfreunde in ihrem Leipziger Dasein sich zu treffen pflegten, rief damals Moritz Busch einem zaudernden Tischgenossen zu: „Wer jetzt nicht mit Bismarck geht, der ist ein gottverdammter Verräter!"

Anders aber dachten die meisten deutschen Regierungen. Selbst das preußenfreundliche Baden witterte verderbliche Pläne Bismarcks hinter dem volksfreundlichen Antrage. In Hannover nannte der Minister den Vorschlag unglückselig, der König ihn schauderhaft. Auch König Ludwig von Bayern war äußerst bedenklich, während Pfordten

noch einmal seine Friedenshoffnungen an dem Vorgang belebte. Als aber Bismarck, in der Meinung, immer noch ein Bündnis mit Bayern schließen zu können, eine Andeutung des bayerischen Oberbefehls über Süddeutschland nach München gelangen ließ, erklärte Prinz Reuß entschieden: im Kriege werde Bayern, schon mit Rücksicht auf die preußenfeindliche Erbitterung seiner Volksmassen, sicher zu Österreich stehen. Auch das Ausland, insbesondere England und Rußland, nahmen schweren Anstoß an Bismarcks Antrag, das allgemeine Stimmrecht in Deutschland einzuführen. Napoleon freilich belobte Bismarck gegen Goltz gerade darum höchlich. Aber das übrige Frankreich machte Preußen allein dafür verantwortlich, daß Preußens Beschwerden über Österreichs Rüstungen einen kolossalen Sturz der österreichischen Börsenpapiere erzeugten. Inmitten aller dieser Ausbrüche der Feindschaft und Unvernunft hielt Bismarck fest und mutig das Haupt empor, entschlossen zum Sieg oder Untergang. Und als Graf Goltz, über die Pariser Stimmung erschrocken, eine Änderung der preußischen Politik anregte, erwiderte Bismarck: „Es ist höchst bedenklich für das Ansehen einer Großmacht, System und Ziele willkürlich zu wechseln, besonders aber Entschließungen, deren Durchführung mit Gefahren verknüpft ist, bei der Annäherung dieser Gefahren wieder aufzugeben. Daß die in Paris lebenden Börsenspekulanten jeden andern, nur nicht ihren eigenen Leichtsinn anklagen, ist natürlich, kann aber die wohlerwogene Politik Sr. Majestät des Königs zur Umkehr nicht veranlassen."

Bayerns Freundschaft erwies sich inzwischen am Bundestage noch wirksam. Denn Pfordtens Einfluß verdankte Preußen hauptsächlich, daß Bismarcks Reformantrag am 21. April von der Mehrheit des Bundestages nicht einfach abgewiesen, sondern einem besonderen Ausschusse übertragen wurde, in dem Preußen freilich kaum eine sichere Stimme hatte. Selbst Österreich hatte dem beigestimmt. Freilich habe zunächst Preußen seine Vorschläge über die künftige deutsche Verfassung vorzulegen, damit man erkenne, ob sie zum Heil oder Unheil führen würden. In demselben Sinne entschied sich am 22. April auch eine Versammlung der leitenden Minister

der Mittelstaaten unter Pfordtens Vorsitz in Augsburg. Sie beschlossen, auf dieser Grundlage fortan gemeinsam vorzugehen. Zum großen Ärger Beusts hatte hier Pfordten eine stärkere Stellung Preußens in Norddeutschland als Naturnotwendigkeit erklärt.

Diesen Begehren gegenüber, und angesichts der stets wachsenden österreichischen Rüstungen, meinte sich nun Bismarck durch übereilte Verfassungsvorschläge keineswegs binden zu sollen. Er erließ daher am 27. April ein Rundschreiben an alle deutschen Höfe, in dem er wiederholte, daß der preußische Antrag nur auf Berufung eines deutschen Parlaments, nicht auf die Vorlegung eines Verfassungsentwurfes gehe, da dieser nach den bisherigen Erfahrungen vor Einberufung des Parlaments doch kein Ergebnis liefern werde. Um indessen den Mittelstaaten auch nicht den Vorwand einer Ablehnung des preußischen Antrags zu lassen, beschied Bismarck in diesen Tagen Herrn v. Savigny nach Berlin, um mit ihm gemeinsam die preußischen Vorschläge einer Bundesreform zu beraten, die Savigny dann vertraulich in Frankfurt mitteilen sollte. Das anfangs Mai gewonnene Ergebnis dieser Beratungen, das der König billigte, ist bezeichnend für Bismarcks Mäßigung. Denn hier war alles so gesetzt und beschränkt, daß sowohl die bisherige Bundesverfassung dabei bestehen konnte, insofern Preußen keine höhere Stelle einnahm, als irgend ein Bundesglied, und daß andererseits das Ausland nicht den geringsten Vorwand zur Einmischung hatte. Da hieß es nämlich: Eine periodisch einzuberufende Nationalversammlung wird zur Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung und zur Ersetzung der bisher in gewissen Fällen erforderten Einstimmigkeit geschaffen. Zur Zuständigkeit dieser neuen Bundesgewalt gehören die in der Wiener Schlußakte bezeichneten gemeinnützigen Anordnungen, ferner die Regelung des Verkehrswesens, Freizügigkeit, allgemeines, deutsches Heimatsrecht, allgemeine Zoll- und Handelsgesetzgebung unter dem Gesichtspunkte einer regelmäßigen gemeinsamen Fortentwickelung, die Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, Ordnung der Konsularvertretung Gesamtdeutschlands, gemeinschaftlicher Schutz der deutschen

Schiffahrt und Seeflagge, Gründung einer deutschen Kriegsflotte und der zur Küstenverteidigung erforderlichen Kriegshäfen, Revision der Bundeskriegsverfassung in der Richtung, daß durch bessere Zusammenfassung der deutschen Wehrkräfte die Gesamtleistung erhöht, die Wirkung gesteigert, die Leistung des Einzelnen erleichtert werde. Bezüglich des zur Beratung der Bundesverfassung zu berufenden Parlamentes soll das aktive Wahlrecht das gleiche, allgemeine und direkte Stimmrecht sein, und ein Abgeordneter auf je 100000 Seelen gewählt werden. Bezüglich des passiven Wahlrechtes erwartet Preußen die Vorschläge des Ausschusses, bezeichnet aber schon jetzt die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes von 1849 für sich als annehmbar. In diesem Sinne wäre sofort ein Wahlgesetz ad hoc zu vereinbaren.

Die Mittelstaaten hatten inzwischen den bayerischen Bundestagsgesandten v. Schrenk zum Berichterstatter des Reform-Ausschusses gewählt und beschlossen, Preußen zur Vorlage seines Reformentwurfes aufzufordern, ehe der Bundestag sich weiter mit der Sache beschäftigen könne. Dieser Weisung gemäß verlas zwar Schrenk in der Bundestagssitzung vom 11. Mai den ihm von den Mittelstaaten zurechtgemachten Vortrag, ersuchte aber dann, Herrn v. Savigny vor der Abstimmung das Wort zu einer bedeutsamen Mitteilung zu gestatten. Nun trug Savigny die Grundzüge der preußischen Bundesreform vor, und der Eindruck ihrer Mäßigung war ein so günstiger, daß die Mehrheit, trotz des heftigen Widerspruches Österreichs und Darmstadts, beschloß, die Abstimmung auszusetzen und über die preußischen Grundzüge erst noch neuere Instruktionen einzuholen. Freilich sollten diese Instruktionen nie erteilt werden — denn die fieberhafte Steigerung der österreichischen Rüstungen machte hinfort jedes Friedenswerk unmöglich. Aber noch aufmerksamer und freudiger als bei der ersten Ankündigung der preußischen Bundesreform am 9. April richteten sich jetzt die Augen aller nationalen und liberalen Deutschen auf Preußen und den festen Mann, der dort das Steuer des Staates lenkte. Denn trotz aller Selbstbeschränkung Preußens in den am 11. Mai kundgegebenen Grundzügen

der Bundesreform, war hier doch die volle Bürgschaft gegeben, daß neben der Einheit auch die Freiheit im neuen Bunde gute Stätte haben werde. In tiefer stiller Arbeit des Gemütes, Herzens und der Gedanken gewannen tausende von Deutschen in jenen bewegten Tagen plötzlich ein anderes Urteil, ein trauliches Verhältnis zu dem so lange Gefürchteten und Gehaßten. Jetzt nannten sie Bismarck den Ihrigen, „unsern Bismarck".

Nur wenige wußten aber, unter welcher persönlichen Aufopferung, unter welchen körperlichen Leiden der politische Reformator Deutschlands damals seine schwere Pflicht that. Am 26. März schrieb Roon an Moritz v. Blankenburg: „Auch hier stehts nicht gut. Unser Freund Otto B., in herkulischer Tag- und Nachtarbeit nervös abgenutzt, in seinem grandiosen Bedürfnis nach Erstattung verbrauchter Kräfte voll rücksichtsloser Ansprüche an seine Verdauungsorgane, hat jetzt mit der Rebellion seines bis dahin treuesten und gehorsamsten Unterthanen, seines Magens, zu kämpfen. Er litt vorgestern an so heftigen Magenkrämpfen und war gestern in Folge dessen so außerordentlich herabgestimmt, so reizbar und verärgert — angeblich um Kleinigkeiten — daß ich auch heute noch nicht ohne Besorgnis bin, da ich weiß, was auf dem Spiele steht, und daß er gerade jetzt aller Kräfte seiner Seele, ungestört von körperlichen Einflüssen, dringend bedarf. Vollständige Geistesfreiheit und ein schlechter Magen und gereizte Nerven sind schwer zu vereinigen. Wärest du jetzt hier, so wäre es mir um Bismarcks und seiner Frau willen sehr lieb." Es war die erste schmerzhafte Ankündigung eines Leidens, das viele Jahre hindurch anhalten sollte — auch ein rheumatisch-nervöses Fußleiden trat hinzu — und das in jenen arbeitvollsten Tagen und Wochen Bismarck sogar öfters zur Bettruhe nötigte. So mußte z. B. am 4. April der König den Vortrag seines Ministers in dessen Wohnung entgegennehmen. Gleichwohl versagte sich Bismarck keinen Tag der ungeheuren Arbeit und Verantwortlichkeit seines Amtes. Der kategorische Imperativ vaterländischer Pflichterfüllung bewältigte in dieser großen Natur Alles, was Menschen schwach und hinfällig macht!

Zweites Kapitel.

Bismarcks Politik bis zum Kriegsausbruche. (April bis Mitte Juni 1866.)

In dem Bündnisvertrage zwischen Preußen und Italien hatten sich die beiden Staaten Verschwiegenheit angelobt und auch die vorausgehenden Verhandlungen waren im strengsten Geheimnis geführt worden. Dennoch aber verriet schon die lange Anwesenheit des Generals Govone in Berlin genug von dessen Vorhaben, und gegen Napoleon hatte La Marmora kein Geheimnis; in Paris aber erfuhren die Österreicher bei Drouyn de l'Huys soviel sie wollten. So waren sie denn über die Berliner Verhandlungen Govones ziemlich gut unterrichtet, und die Gewißheit von dem Zustandekommen eines preußisch-italienischen Bündnisses steigerte in Wien Argwohn und Erbitterung aufs lebhafteste. Doch wollte man nicht als öffentlicher Friedensbrecher erscheinen, im Gegenteil schätzbare Beweise seiner Friedensliebe geben. Deshalb beschloß Graf Mensdorff — während der österreichische Kriegsminister Frank ruhig weiter rüstete — den diplomatischen Notenwechsel mit Berlin wieder aufzunehmen, der seit dem 7. Februar aufgehört hatte. Am 31. März erließ er eine Note nach Berlin, in der es hieß: Preußen habe am 24. März an die deutschen Höfe die Frage gerichtet, ob diese ihm gegen einen österreichischen Angriff beistehen würden. Dem Kaiser liege aber nichts ferner als die Absicht eines Angriffes auf Preußen. Man hoffe daher, das Berliner Kabinet werde den Ver-

dacht eines beabsichtigten Friedensbruches ebenso bestimmt und unzweideutig zurückweisen.

Da die Trommeln immer neuer, gegen die preußischen Grenzen marschierender österreichischer Regimenter zu dieser Friedensschalmei in bezeichnendem Mißklang standen, so war in Berlin das Vertrauen auf diese Beteuerungen nicht groß. Gleichwohl gab Bismarck die gewünschte Erklärung am 4. April in aller Form, indem er die österreichischen Ausdrücke seinerseits wörtlich wiederholte: „den Absichten Seiner Majestät des Königs liegt nichts ferner, als ein Angriffskrieg gegen Österreich.“ Dann fuhr er fort: „Den wohlwollenden Gesinnungen, welche Seine Majestät den Kaiser für den preußischen Staat beseelen, durch Handlungen Ausdruck zu geben, dürfte es der kaiserlichen Regierung nicht an Gelegenheit fehlen.“ Denn, so war vorher gesagt: „wir vermissen noch heute jeden Versuch, den angeblich defensiven Charakter der österreichischen Rüstungen durch Angabe irgend welchen Anzeichens einer Gefahr, gegen welche die Verteidigung sich richten sollte, zu rechtfertigen.“ Preußen habe erst am 28. März einige zur Sicherung seiner Grenzen notwendigen Vorkehrungen getroffen. Hierbei „hat Seine Majestät Akt davon genommen, daß es die kaiserlich österreichische Regierung war, welche aus bisher unaufgeklärten Beweggründen durch militärische Bedrohung der preußischen Grenze einen Zustand der Spannung schuf, von dem bis dahin in der Politik und in dem Verkehrsleben Europas jedes Anzeichen gefehlt hatte, und für welchen die königliche Regierung jede Verantwortung von sich weisen muß. Hatte die kaiserliche Regierung wirklich nicht die Absicht, Preußen anzugreifen, so vermag die königliche Regierung nicht einzusehen, weshalb Österreich jene kriegerischen Maßregeln ergriff.“

In Wien veranlaßte diese vollkommen berechtigte Frage, warum denn Österreich eigentlich rüste, wenn es seine Friedensliebe beteuere, die zornigste Erregung. Im ersten Grimm verfaßte Graf Mensdorff am 7. April die ebenso unbedachte als schwache Entgegnung. Da wurde die Frage aufgeworfen: „ob der Charakter

der Würde, welcher von einer Verhandlung zwischen zwei großen Mächten unzertrennlich sein soll, uns erlaube, die Behauptung nochmals zu widerlegen, daß die angeblichen Rüstungen Österreichs die Ursache der entstandenen Kriegsbesorgnisse seien. Wäre die preußische Note im Rechte, so müßte Europa während der letzten Monate im schweren Traume befangen gewesen sein." Vielmehr trage Preußen allein die Schuld, weil „man (!) dort laut davon sprach, die Annexion der Herzogtümer müsse mit Güte oder Gewalt vollzogen werden," weil die Depesche des Grafen Bismarck vom 26. Januar „in allen preußischen Regierungsorganen als Vorbote des Bruches bezeichnet wurde", weil in Berlin am 28. Februar ein Ministerrat stattfand, weil „Preußens erster Minister" (in dem Scherzgespräch mit der Gräfin Hohenthal!) „die Unvermeidlichkeit eines Krieges betonte und am 16. März die Frage, ob Preußen die Gasteiner Konvention gewaltsam zu lösen beabsichtige, mit einem Nein beantwortete, welches er selbst für wertlos und nichtig erklärte", weil „Preußen mit dem Florentiner Hofe über die Eventualität eines Krieges gegen Österreich unterhandelte — dieses alles müßte eitel Sinnestäuschung gewesen sein!" Hierauf wiederholte Mensdorff die Versicherung, daß in Österreich „noch keine Verfügungen zur Vorbereitung eines großen Krieges getroffen seien". Insbesondere habe „noch keine erhebliche Truppenkonzentration, kein ungewöhnlicher Ankauf von Pferden, keine nennenswerte Einberufung von Urlaubern stattgefunden." Alle Dislokationen seien dem preußischen Gesandten mitgeteilt worden. „Jede Diskussion über die Priorität militärischer Vorkehrungen ist endlich vollkommen überflüssig gemacht worden durch das Wort des Kaisers, daß er keinen Angriff im Sinne habe." Der Kaiser nehme die gleichartige Erklärung des Königs mit Vertrauen an. „Ein Grund zu weiteren Rüstungen liegt somit nicht mehr vor und wir müßten nun der Nachricht entgegensehen, daß die in Preußen am 28. v. M. erlassene Mobilisierungsordre unausgeführt bleiben werde."

Eine wunderbare Illustration zu dem Worte dieser Depesche: „Ein Grund zu weiteren Rüstungen liegt somit nicht mehr vor",

leistete Österreich unmittelbar nach Absendung dieser Depesche. Denn am 8. April allein berief ein großer Kriegsrat in Wien abermals 85000 Mann zur Fahne; am 13. April wurde die Armierung der nördlichen Festungen angeordnet; am 14. zog man alle Urlauber und Reservisten der Feldartillerie ein und befahl den sofortigen Ankauf aller zur Kriegsstärke erforderlichen Pferde, endlich am 15. versandte man an die Truppenteile die Mobilisierungs-, Marsch- und Transportpläne für die Aufstellung einer Nord- und einer Südarmee.

Inzwischen war die österreichische Depesche vom 7. April in Berlin eingetroffen, und Bismarck schrieb über deren Eindruck einstweilen an Werther: „In ihrer groben Fassung, mit ihren Entstellungen und Zweideutigkeiten ist sie, wenn Österreich wirklich den Frieden will, ein plumper Fehler.“ Der russische Botschafter in Wien, Baron Oubril, sagte: sie sei in einem Tone geschrieben, als rede der römische Kaiser zum Markgrafen von Brandenburg, und er riet Mensdorff sogar, wenn auch vergeblich, sie zurückzunehmen. Die Antwort Bismarcks sollte auf Wunsch des Königs so mild und ruhig als möglich gehalten werden. Sie ging am 15. April ab und begann mit dem Satze: „Ich will über die Form, in welcher die Eröffnung (vom 7. April) gehalten ist, mit der kurzen Bemerkung hinweggehen, daß dieselbe schwer einen Schluß auf versöhnliche Absichten des kaiserlichen Kabinetts zuläßt.“ Dann wird die Mensdorffsche Aufzählung der preußischen Missethaten, welche zu Kriegsbesorgnissen geführt hätten, eine „Zusammenstellung von Vermutungen, Auslegungen, Gerüchten und Erzählungen“ genannt, „die keinen anderen Grund haben kann, als das Bedürfnis, die Vorbereitungen Österreichs zu sehr ernsten Zwecken zu motivieren. Ich muß daher lebhaft bedauern, daß die Depesche von den wirklich getroffenen Vorbereitungen nur in Ausdrücken redet, welche elastischer Natur und nicht geeignet sind, uns ein präzises Bild von dem wirklichen Thatbestande zu geben. Was ist denn ‚erheblich‘, was ‚nennenswert‘? Dieser Geheimhaltung gegenüber will ich mich nur auf die in der Depesche selbst ‚in Wahrheit vorgenommenen

Dislokationen' beziehen. Diese zugestandenen Thatsachen kann der kaiserliche Herr Minister nicht, um seinen Ausdruck zu wiederholen, in das Gebiet der ‚Sinnestäuschungen' verweisen. Die partiellen Vorsichtsmaßregeln aber, durch welche wir den österreichischen Vorbereitungen nur gleichzukommen suchen, können nicht aufgehoben werden, solange der Anlaß dazu nicht beseitigt ist. An der kaiserlichen Regierung ist es also, die Initiative zu ergreifen, um ihrerseits den früheren Zustand herzustellen." Die Note betonte zum Schlusse, daß sie auf ausdrücklichen Befehl des Königs erlassen sei.

Trotz aller von Österreich selbst verschuldeten Herbheit des Tones dieser Depesche, machte Bismarck hier doch zweifellos einen Entwaffnungsvorschlag, den Österreich nicht abweisen konnte, wenn es nicht als Friedensbrecher erscheinen wollte. Nur hielt man sich auch hier nur an die „Akten", nicht an die Wirklichkeit. Graf Mensdorff hatte nämlich in seiner Depesche vom 7. April lediglich diejenigen österreichischen „Dislokationen" zugestanden, welche Preußen am 28. März mit gleichwertigen Gegenmaßregeln beantwortet hatte. Wenn Bismarck die Rückkehr zum früheren Zustande forderte, so genügte Österreich — nach Mensdorffs Auffassung — dieser Forderung durch Rücknahme der vor dem 28. März angeordneten Dislokationen. Dann mußte Preußen vollständig auf den tiefsten Friedensstand abrüsten, und alle seither verfügten Maßregeln Österreichs, namentlich die vom 8—15 April, von denen Preußen zur Zeit noch keine Ahnung hatte, blieben bestehen. Um nichts zu versäumen, wurde am 18. April sogar noch die Bespannung des Armeeparkes und die Organisation des Armeefuhrwerkes befohlen, und dann konnte Mensdorff in tiefster Unehrlichkeit am nämlichen 18. April den preußischen Entwaffnungsvorschlag annehmen und versprechen, am 25. April die im März an die Grenze vorgeschobenen Truppen zurückzuziehen, wenn Preußen am 26. April auf den vollen Friedensstand zurückkehre.

Auch in Berlin durfte man selbstverständlich den eigenen Entwaffnungsvorschlag, den Österreich scheinbar angenommen hatte, nicht unerledigt lassen. Aber Bismarck war vorsichtig und traute,

leistete Österreich unmittelbar nach Absendung dieser Depesche. Denn am 8. April allein berief ein großer Kriegsrat in Wien abermals 85000 Mann zur Fahne; am 13. April wurde die Armierung der nördlichen Festungen angeordnet; am 14. zog man alle Urlauber und Reservisten der Feldartillerie ein und befahl den sofortigen Ankauf aller zur Kriegsstärke erforderlichen Pferde, endlich am 15. versandte man an die Truppenteile die Mobilisierungs-, Marsch- und Transportpläne für die Aufstellung einer Nord- und einer Südarmee.

Inzwischen war die österreichische Depesche vom 7. April in Berlin eingetroffen, und Bismarck schrieb über deren Eindruck einstweilen an Werther: „In ihrer groben Fassung, mit ihren Entstellungen und Zweideutigkeiten ist sie, wenn Österreich wirklich den Frieden will, ein plumper Fehler.“ Der russische Botschafter in Wien, Baron Oubril, sagte: sie sei in einem Tone geschrieben, als rede der römische Kaiser zum Markgrafen von Brandenburg, und er riet Mensdorff sogar, wenn auch vergeblich, sie zurückzunehmen. Die Antwort Bismarcks sollte auf Wunsch des Königs so mild und ruhig als möglich gehalten werden. Sie ging am 15. April ab und begann mit dem Satze: „Ich will über die Form, in welcher die Eröffnung (vom 7. April) gehalten ist, mit der kurzen Bemerkung hinweggehen, daß dieselbe schwer einen Schluß auf versöhnliche Absichten des kaiserlichen Kabinetts zuläßt.“ Dann wird die Mensdorffsche Aufzählung der preußischen Missethaten, welche zu Kriegsbesorgnissen geführt hätten, eine „Zusammenstellung von Vermutungen, Auslegungen, Gerüchten und Erzählungen“ genannt, „die keinen anderen Grund haben kann, als das Bedürfnis, die Vorbereitungen Österreichs zu sehr ernsten Zwecken zu motivieren. Ich muß daher lebhaft bedauern, daß die Depesche von den wirklich getroffenen Vorbereitungen nur in Ausdrücken redet, welche elastischer Natur und nicht geeignet sind, uns ein präzises Bild von dem wirklichen Thatbestande zu geben. Was ist denn ‚erheblich‘, was ‚nennenswert‘? Dieser Geheimhaltung gegenüber will ich mich nur auf die in der Depesche selbst ‚in Wahrheit vorgenommenen

Dislokationen' beziehen. Diese zugestandenen Thatsachen kann der kaiserliche Herr Minister nicht, um seinen Ausdruck zu wiederholen, in das Gebiet der ‚Sinnestäuschungen' verweisen. Die partiellen Vorsichtsmaßregeln aber, durch welche wir den österreichischen Vorbereitungen nur gleichzukommen suchen, können nicht aufgehoben werden, solange der Anlaß dazu nicht beseitigt ist. An der kaiserlichen Regierung ist es also, die Initiative zu ergreifen, um ihrerseits den früheren Zustand herzustellen." Die Note betonte zum Schlusse, daß sie auf ausdrücklichen Befehl des Königs erlassen sei.

Trotz aller von Österreich selbst verschuldeten Herbheit des Tones dieser Depesche, machte Bismarck hier doch zweifellos einen Entwaffnungsvorschlag, den Österreich nicht abweisen konnte, wenn es nicht als Friedensbrecher erscheinen wollte. Nur hielt man sich auch hier nur an die „Akten", nicht an die Wirklichkeit. Graf Mensdorff hatte nämlich in seiner Depesche vom 7. April lediglich diejenigen österreichischen „Dislokationen" zugestanden, welche Preußen am 28. März mit gleichwertigen Gegenmaßregeln beantwortet hatte. Wenn Bismarck die Rückkehr zum früheren Zustande forderte, so genügte Österreich — nach Mensdorffs Auffassung — dieser Forderung durch Rücknahme der vor dem 28. März angeordneten Dislokationen. Dann mußte Preußen vollständig auf den tiefsten Friedensstand abrüsten, und alle seither verfügten Maßregeln Österreichs, namentlich die vom 8—15 April, von denen Preußen zur Zeit noch keine Ahnung hatte, blieben bestehen. Um nichts zu versäumen, wurde am 18. April sogar noch die Bespannung des Armeeparkes und die Organisation des Armeefuhrwerkes befohlen, und dann konnte Mensdorff in tiefster Unehrlichkeit am nämlichen 18. April den preußischen Entwaffnungsvorschlag annehmen und versprechen, am 25. April die im März an die Grenze vorgeschobenen Truppen zurückzuziehen, wenn Preußen am 26. April auf den vollen Friedensstand zurückkehre.

Auch in Berlin durfte man selbstverständlich den eigenen Entwaffnungsvorschlag, den Österreich scheinbar angenommen hatte, nicht unerledigt lassen. Aber Bismarck war vorsichtig und traute,

wie er früher einmal von Frankfurt aus geschrieben hatte, dem „Fuchs auch nicht im räudigen Sommerhaar". Er nahm daher in einer Depesche vom 21. April den Vorschlag des Grafen Mensdorff „mit Genugthuung entgegen", erklärte aber gleichzeitig, daß der König „die getroffenen Vorsichtsmaßregeln sobald und in dem Maße einstellen werde, als von der kaiserlichen Regierung die Ursachen, durch welche sie hervorgerufen wurden, beseitigt werden, und die Verminderung der Kriegsbereitschaft der kaiserlich österreichischen Armee thatsächlich vor sich gehen wird. Die königliche Regierung setzt dabei voraus, daß auch die von anderen deutschen Regierungen" (Sachsen, Bayern, Württemberg und Hannover) „begonnenen militärischen Vorbereitungen wieder abgestellt werden." Die Vorbehalte waren also auch hier — wie schon in der Note vom 15. April in dem Verlangen der Rückkehr zum früheren Zustande — viel weiter gegriffen, als Graf Mensdorff nach seinen „Akten" sich träumen ließ. Namentlich forderte Bismarck die Beseitigung aller „Ursachen" der Kriegsbesorgnisse, auch die Entwaffnung der Mittelstaaten, ehe Preußen abrüsten würde. Gleichwohl erachteten sanguinische Menschen, wie v. d. Pfordten, mit diesem Depeschenwechsel jede Kriegsgefahr beseitigt. Bismarck dagegen wartete in zweifelnder Gelassenheit, ob Österreich am 25. April wirklich abrüsten werde.

In der That geschah nichts derart. Denn inzwischen waren in Wien völlig falsche Allarmnachrichten über italienische Rüstungen und Verletzungen des österreichischen Gebietes durch Freischaren Garibaldis eingelaufen. Mit Hilfe des Telegraphen hätte man sich innerhalb weniger Stunden von der Grundlosigkeit dieser Nachrichten Gewißheit verschaffen könnte. Thatsächlich aber war nun einmal — wie der Kapuziner in „Wallensteins Lager" sagt —, „die Kriegsfurie an der Donau los", und so that man denn, was man nicht lassen konnte, trotz aller Friedensheuchelei, die man gegen Berlin zur Schau trug. Am 21. April beschloß ein großer Wiener Kriegsrat die Mobilisierung der Südarmee, sowie der für Tirol, für das Küstenland und Dalmatien bestimmten Truppen, der Grenzregimenter und der vierten Bataillone der Linieninfanterie. Zugleich wurden

bereits die Oberbefehlshaber ernannt, Erzherzog Albrecht für die Südarmee, Feldzeugmeister Benedek für die Nordarmee. Damit war die letzte Friedenslinie bereits überschritten. Aber am 28. und 29. April folgte ein auch gegen Preußen unmittelbar gerichteter, gleich unwiderruflicher Schritt. Denn in diesen Tagen machte Österreich seine letzten Streitkräfte auch für die Nordarmee mobil. Um dem Schaden den Hohn hinzuzufügen, erließ Graf Mensdorff am 26. April eine Depesche an den Berliner Botschafter: es solle bei der getroffenen Abrede bleiben, wenn Preußen auch jetzt, nach der Mobilisierung der Südarmee (von der Nordarmee schwieg er arglistig) die Abrüstung vollziehen würde. Am nämlichen Tage erließ die österreichische Verblendung eine zweite Depesche nach Berlin, welche Preußen noch einmal kleine Vorteile in den Elbherzogtümern anbot, für den Fall der Ablehnung aber damit drohte, diese Frage dem Bunde zur Entscheidung vorzulegen und die schleswig-holsteinischen Landstände einzuberufen. Das war nun unzweifelhaft der Kriegsfall; und um sich gegen Preußen zu entlasten, machte Graf Mensdorff gleichzeitig den Vorschlag in Paris, Venetien abzutreten, sobald Österreich Schlesien erobert haben würde; dagegen sollten Frankreich und Italien während des Krieges neutral bleiben.

Für die Entschließung Italiens aber war die Aufstellung einer österreichischen Südarmee sofort entscheidend. Denn in ungerüstetem Zustande sah es sich von einer erdrückenden Waffenmacht bedroht. Seinen gehorsamen Gewohnheiten entsprechend, fragte La Marmora freilich erst in Paris an, ob er waffnen dürfe, als aber Napoleon auch noch jetzt gelassen Ruhe und kaltes Blut empfahl, da riß selbst dem kühlen Piemontesen die Geduld. Denn das ganze Königreich Italien konnte von Österreich in Trümmer geschlagen sein, ehe ein einziger Franzose zur Stelle war. In verzweifelter Stimmung telegraphierte La Marmora daher am 26. April an Graf Barral: „Sehen Sie, was die preußische Regierung von alledem denkt und was sie zu thun beabsichtigt.“ Sofort antwortete Barral telegraphisch: „Bismarck sagt, er wisse, daß die österreichischen Rüstungen nicht bloß in Venetien, sondern allenthalben beschleunigt würden; Werther

solle in Wien erklären, daß dann auch Preußen nicht abrüsten, und gegenüber einem Angriffe auf Italien nicht gleichgültig bleiben könne, da man Italien zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts notwendig erachte." Damit war der preußische Beistand für den Fall eines österreichischen Angriffs zugesagt, und noch an demselben Abend wurde die Mobilmachung des gesamten italienischen Heeres verfügt, unter dem ungeheuren Jubel des ganzen Volkes.

Ruhiger blieb auch jetzt noch Bismarck. Zunächst sah er noch der österreichischen Antwort auf seine Depesche vom 21. April entgegen. Er begnügte sich, an Werther am 26. April den nach Florenz angekündigten Erlaß zu richten und am 27. April in Dresden und Stuttgart über die dort begonnenen Rüstungen nachdrücklich Beschwerde zu führen und mit Deckungsmaßregeln zu drohen. Zu dieser geduldigen Gelassenheit mochten Bismarck namentlich auch die Stimmungen einflußreicher Kreise gemahnen, die wir u. a. aus Roons Briefwechsel kennen lernen, und von denen wir einige charakteristische Äußerungen hier einschalten. General Manteuffel freilich gehörte jetzt glücklicherweise zu den eifrigsten Kriegsmännern. Am 4. April schon schrieb er an Roon: „Ihnen und Bismarck rufe ich zu: Nur tüchtig losgesteuert! Alles graziöse Intriguieren wird übersteuert!" Am 25. April meldete Roon aber dem Neffen Blanckenburg: „Zu Deiner Beruhigung will ich Dir mitteilen, daß ich seit Montag wieder an des Königs Zuversicht glaube, seitdem ich Veranlassung zu der allerschärfsten und schneidigsten Aussprache gegeben über das, was Wir wollen, und das, was Wir entschieden nicht wollen. Otto (Bismarck) ist darüber fast gesund geworden, hat wenigstens zwei Nächte hintereinander gut und viel geschlafen, und man kann wieder hoffen, daß es bald wieder gut mit ihm gehen werde, namentlich wenn er das nächtliche Arbeiten aufgeben wollte." Bei einer Vergleichung mit der Anfangsstelle dieses Roonschen Briefes ist folgendes Schreiben des Präsidenten Ludwig v. Gerlach, des Führers der Kreuzzeitungspartei, aus eben diesen Tagen an Roon merkwürdig: „Gestern nicht persönlich mich vorstellen zu können, habe ich sehr bedauert. Im Vertrauen auf die Güte und Nachsicht, welche Sie

mir so oft bewiesen, würde ich Sie, bei allem was mir heilig ist, — was Ihnen und mir heilig ist, will ich sagen — beschworen haben, das ganze Gewicht Ihres ehrenhaften Charakters und Ihrer hohen Stellung (!) einzulegen, um diesen ‚unheilvollen‘ Krieg, wie unser Kronprinz ihn vor einigen Tagen genannt hat, von uns abzuwenden. Auch den Sieg vorausgesetzt, steht die Zerrüttung des Vaterlandes, des preußischen und des deutschen, in Aussicht. Die Herrschaft des Auslandes — des Bonaparte und des italienischen Revolutionswesens — und, was das allerschlimmste, die Befleckung des Gewissens des greisen Königs und des gesamten Landes sind Erfolge, die in nächster Nähe drohen. Schon bahnt sich im Innern das Eindringen derjenigen Elemente in die Regierung (?) an, welche Ew. Exzellenz und Graf Bismarck drei Jahre lang, mit Hilfe aller Ihrer treuen Verehrer — zu denen auch ich mich zählen darf — so tapfer und erfolgreich bekämpft haben. Hören Sie ruhig und freundlich die Warnung des 71jährigen Greises an, der auf Erden nichts mehr sucht, und der Ew. Exzellenz von Herzen alles irdische und ewige Heil erbittet.“

Am 28. April überreichte Karolyi dem Grafen Bismarck die beiden österreichischen Depeschen vom 26. Hier lag in der Drohung, die Frage der Herzogtümer an den Bund zu bringen, nicht mehr bloß ein plumper Fehler vor, wie in der Note vom 7., sondern der klare Kriegsfall. Denn nur mit Unterwerfung oder mit Krieg konnte Preußen darauf antworten. Eben darum aber beschloß Bismarck, auf diese Denkschrift vorläufig gar nichts zu entgegnen. Vielmehr begnügte er sich damit, in einem Erlaß an Werther vom 30. April die oben schon nachgewiesene Arglist Österreichs bei dessen Abrüstungsvorschlägen darzuthun. Er bemerkte darüber kühl: „daß wir auf eine Forderung nicht vorbereitet waren“, welche Preußen zumute, „seine seit dem 28. März unverändert gebliebenen, an sich bescheidenen Defensiv-Rüstungen abzustellen, während Österreich zwar seine Garnisonsverstärkungen aus Böhmen zurückzieht, im übrigen aber seine Rüstungen behufs Herstellung einer kriegsbereiten Armee ausdehnt und beschleunigt.“ Preußen habe seinerseits die vollste Rück-

kehr zum Friedensfuß verlangt und angeboten, also auch von Österreich erwartet. Bismarck spricht die Hoffnung aus, daß Österreich, nachdem es sich von der Grundlosigkeit der Angriffsabsichten Italiens überzeugt, noch jetzt vollständig abrüsten und damit Preußen denselben Schritt ermöglichen werde. „So lange dieser Weg nicht eingeschlagen wird, ist es für die Königliche Regierung nicht thunlich, der nächsten Zukunft, in welcher ihr wichtige und folgenschwere Verhandlungen mit der Kaiserlichen Regierung bevorstehen, anders, als unter Festhaltung des Gleichgewichts in der Kriegsbereitschaft beider Mächte entgegen zu gehen. Von Verhandlungen, welche von einer Seite bewaffnet, von der anderen in voller Entwaffnung geführt würden, kann sich die Königliche Regierung einen Erfolg nicht versprechen."

Auf diese Depesche erwiderte Graf Mensdorff am 4. Mai kurz: „daß wir angesichts dieser Erklärung" — d. h. gegenüber der selbstverständlichen Forderung, Österreich müsse ebenso vollständig abrüsten wie Preußen — „die Verhandlung über eine gleichzeitige Zurücknahme der von Preußen gegenüber Österreich und von Österreich gegenüber Preußen angeordneten militärischen Vorbereitungen für erschöpft halten müssen." In der That überließ nun Mensdorff willenlos alle Leitung und Ausführung der österreichischen Staatsangelegenheiten der Kriegspartei, den Generalen, die sich ebenso wie das gesamte österreichische Volk in leidenschaftlichem und feindselig-erbittertem Kriegstaumel befanden. Nicht mehr mit einem Olmütz, nur noch mit einem Jena wollte sich die österreichische Stimmung begnügen, und die Kriegsleitung rüstete so eifrig weiter, daß sie Mitte Juni den Feldzug hoffte beginnen zu können, der Preußen dieses zweite Jena bereiten sollte.

Unter diesen Verhältnissen schritt endlich auch Preußen, das seit dem 28. März nicht einen Mann weiter aufgeboten hatte, zu Rüstungen. Am 3. Mai wurde die Kriegsbereitschaft der gesamten Kavallerie und Artillerie, der Feldarmee und der volle Kriegsstand der fünf preußischen Armeekorps verfügt, die an der österreichischen und sächsischen Grenze standen. Dem sächsischen Grafen Hohenthal, der

die ungenügende sächsische Antwort auf Bismarcks Beschwerde über die sächsischen Rüstungen überbrachte, hatte Bismarck schon am 1. Mai erklärt: Preußen werde nun Truppen an die sächsische Grenze schicken, und „was diese dann später vielleicht dort thun werden, ist Sache für sich".*) Immerhin waren noch vier preußische Armeekorps in vollem Friedensstande. Aber auch ihre Mobilmachung mußte schon in den nächsten Tagen erfolgen. Denn am 4. Mai berichtete der preußische Gesandte, General Röder, aus Kassel, der österreichische Gesandte habe die Zusammenziehung der kurhessischen Truppen bei Hanau beantragt, damit sie sich dort mit der österreichischen Brigade Kalik vereinigen könnten, wenn diese Holstein etwa verlassen müsse. Das gemahnte denn doch zu deutlich an die Tage von Bronzell 1850, und König Wilhelm befahl daher am 5. Mai die Kriegsbereitschaft des rheinischen Armeekorps. Auch aus Hannover, dem Preußen schon beim Beginn der Verwickelung mit Österreich den vollen Landbesitz garantiert hatte, wenn König Georg unbewaffnete Neutralität bewahren würde, kamen jetzt am 5. Mai beunruhigende Nachrichten. Der König hatte die Einberufung der Reservisten befohlen, und außerdem wurde ruchbar, daß ein hannoversches Lager bei Stade beabsichtigt sei, welches die Brigade Kalik gleichfalls aufnehmen würde, daß diese kleine Festung mit allem Kriegsmaterial überfüllt sei, und daß die Ausrüstung einer augustenburgischen Streitschar auf hannoverschem Boden vorbereitet werde. Die preußische Antwort auf diese welfischen Kriegsrüstungen war die am 7. Mai verfügte Mobilmachung des westfälischen Armeekorps.

Das war aber nicht die einzige Gegenmaßregel. Denn am 9. Mai richtete Bismarck auch eine sehr ernste warnende Depesche nach Hannover. Da hieß es: „Es ist unnötig, ein Wort weiter darüber zu verlieren, wie sich die Lage in militärischer Hinsicht gestaltet, wenn wir Hannover unter die Zahl unserer Gegner rechnen müssen. Ich will nur auf die politischen Folgen dieser Lage hinweisen. Se. Majestät hat nie die Absicht gehabt, die Sou-

*) So berichtet wenigstens Friesen, Erinnerungen II, 142.

veränität der deutschen Fürsten anzutasten oder zu gefährden." Das sei namentlich auch in den Grundzügen der preußischen Bundesreform in keiner Weise geschehen. Wenn aber Preußen in seiner jetzigen bedrohten Lage bei denjenigen, die seine natürlichsten Bundesgenossen sein sollten, „einer feindseligen Tendenz begegnet, die unsere Sicherheit gefährdet, so kann es nicht ausbleiben, daß wir jede andere Rücksicht dem Bedürfnis der Selbsterhaltung unterordnen, und selbst die Rücksicht auf einen Sr. Majestät so nahe stehenden Monarchen, wie der König von Hannover, wird dagegen zurücktreten." Wenn die hannoversche Regierung also nicht „eine wirkliche und loyale Neutralität" hält, so müssen wir ihr die ganze Verantwortlichkeit für die unausbleiblichen Folgen zuschreiben." Die Folge dieser kräftigen Note war die am 13. Mai schriftlich abgegebene Erklärung des hannoverschen Ministers Platen, daß Hannover, „wenn das traurige Schicksal eines Krieges zwischen Österreich und Preußen einträte, für diesen Fall, wo die Grundsätze des deutschen Bundesrechtes ihre thatsächliche Geltung nicht mehr finden würden, neutral bleiben will, da Neutralität in einem solchen Falle den Verhältnissen und Interessen des Landes am besten entspricht, während sie andrerseits hofft, daß ihre Neutralität streng geachtet wird."

Die Kriegsbereitschaft des westfälischen Korps wurde aber deshalb von Preußen nicht zurückgenommen. Denn Sachsen rüstete nun mit allen Kräften; am 9. Mai wurde zudem auch die Mobilmachung der bayerischen Armee verfügt, am 11. Mai folgte Württemberg, und am 14. Darmstadt und Nassau diesem Beispiele. So erließ denn Preußen am 8. Mai den Befehl zur Mobilmachung auch des ersten und zweiten Armeekorps (Preußen und Pommern) und am 10. zur Einberufung eines großen Teils der Landwehr. Dank seiner trefflichen Heeresorganisation durfte Preußen hoffen, diese Befehle bis gegen Ende des Monats ausführen zu können, also auch jetzt noch einen Vorsprung vor den Gegnern zu behaupten.

So wandelte sich ganz Deutschland und Österreich in ein dröhnendes Waffenlager, viele Millionen Menschen sahen dem nächsten

Tage mit banger Erwartung entgegen, und in Bismarcks Haupt und Herz zog die erhebende Zuversicht ein, daß er sein Volk führe zu Ruhm und Sieg, zu dem hohen Ziele, das die besten Deutschen seit Jahrhunderten erstrebt hatten, ohne es zu erreichen. In eben diesen Tagen entkeimte aber dem wirren Hirn eines unreifen Menschen der ruchlose Gedanke: „Hinweg mit Bismarck, dann wird der drohende Krieg vermieden!“ Der Mordgeselle stand ja leider mit diesem Wahnwitz nicht allein in jenen erregten Tagen. Er hatte ihn den wilden und maßlosen Ausbrüchen eines fanatischen Preußen- und Bismarckhasses zu danken, in denen die Republikaner von der schwäbischen Volkspartei, die Brüder von der „nächtlichen Mordaxt“, in ihren Versammlungen und Blättchen wahre Orgien zu feiern pflegten. Wenige Wochen später scheute sich der k. k. Advokat Dr. Joseph Hundegger in Murau nicht, hundert Gulden demjenigen zu versprechen, „der sothanen Grafen Bismarck sei es mit ganzem oder durchlöchertem Fell, sei es tot oder lebendig zum Gefangenen macht“. Und ein großes Wiener Blatt, „die Presse“, ließ sich von der Erregung jener Tage hinreißen, diese Gemeinheit des Doktors beider Rechte Namens Hundegger abzudrucken.

Gegen halb sechs Uhr am Nachmittage des 7. Mai hatte Bismarck beim Könige in dessen Palais Vortrag gehalten und ging zu Fuß nach Hause. Er schritt die Lindenpromenade entlang und war etwa bis zur Schadowstraße in die Nähe des Palais der russischen Gesandtschaft gekommen, als er zweimal hinter sich schießen hörte. Er blickte sich um und gewahrte vor sich einen kleinen Menschen von einigen zwanzig Jahren, der nun, zum drittenmal, einen Revolver auf ihn anlegte. Bismarck sprang auf den Verbrecher zu, der noch vor dem Zugriff der wuchtigen Hand zum drittenmal schoß und abermals fehlte. Nun aber faßte ihn Bismarck an der Brust und am rechten Faustgelenk. Doch gelang dem Menschen während des Ringens, den Revolver in die linke Hand zu nehmen und noch zwei Schüsse auf Bismarck abzugeben. In diesem Augenblick eilte der Buchbindermeister Bannewitz hinzu und entwaffnete gemeinsam mit Bismarck den Verbrecher, der dann

einigen Soldaten des gerade am Schauplatz der That vorübermarschierenden ersten Bataillons des zweiten Garderegiments als Gefangener überliefert wurde. Bismarcks Paletot — die Welt fabelte nachher von einem Stahlpanzer — hatte die Kraft der Kugeln geschwächt, so daß eine derselben nur unbedeutende Verletzungen — eine Kontusionierung der Rippe — hervorbrachte. Diese Kugel hatte allerdings alle Kleidungsstücke durchbohrt und war bis auf das seidene Unterhemd gedrungen. Der Paletot war vom Pulver der Schüsse versengt und von den Kugeln durchlöchert.*) Bismarck ging auch nach dem Mordversuch zu Fuß weiter nach Hause und traf die Seinigen friedlich beim Essen. Da die Kunde von dem

*) Die Mordwaffe, mit dem einen in ihr noch steckenden Schuß, wurde Bismarck überlassen, ebenso wie später das Pistol Kullmanns. Sie lagen auf einem Tische seines Arbeitszimmers in der Wilhelmstraße. Der Abg. Unruh-Bomst feuerte auf einem parlamentarischen Abend Bismarcks am 12. Dezember 1874 diese letzte Kugel Cohen-Blinds ahnungslos ab und streifte dabei den Unterleib des riesenhaften Abg. Jordan-Deidesheim. (Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, I, 64). Die Darstellung, welche Poschinger ebenda (I, 66), nach den Berichten von Gästen Bismarcks, über das Cohensche Attentat Bismarck in den Mund legt, ist von den Gästen, denen Poschinger folgt, in wichtigen Einzelheiten offenbar unrichtig wiedergegeben. Danach hätte Bismarck nämlich am 5. Dezember 1874 seinen parlamentarischen Gästen erzählt: „Als Blind seinen Revolver abgeschossen hatte, stürzte er auf mich los." Blind hatte aber den Revolver bis zu seiner Überwältigung noch gar nicht vollständig abgeschossen und gab noch drei Schüsse ab, während Bismarck auf Cohen-Blind, nicht dieser auf jenen, zustürzte. Dagegen kann das Folgende richtig sein, obgleich weder der Staatsanzeiger, noch das Extrablatt der Norddeutschen Allg. Z. vom 7. Mai 1866, denen die Erzählung des Vorgangs im Texte entnommen ist, etwas davon erwähnen: „Ich hatte Mühe, den jungen kräftigen Mann von mir abzuwehren und lange hätte das Ringen mit ihm nicht dauern dürfen, denn ich fühlte mich einer Ohnmacht nahe. In diesem entscheidenden Augenblicke erhob sich ein Gewehrkolben über meinem Haupte. Der Soldat, welcher in der Nähe Posten stand, wollte nämlich intervenieren." Das würde freilich wieder das rühmliche Eingreifen von Bannewitz beeinträchtigen, das geschichtlich feststeht. „Da wurde eine lederbehandschuhte Hand sichtbar, welche den Gewehrkolben faßte, und eine Stentorstimme, die einem Offizier gehörte, schrie ‚Rindvieh!'"

Vorfall mit Windeseile in Berlin sich verbreitete und überall das größte Aufsehen erregte, Bismarck das Ereignis also den Seinigen nicht verschweigen konnte, so sagte er der Gattin beim Nachhausekommen gelassen: „Es ist eben auf mich geschossen worden, aber ich bin unversehrt.“ Der Thäter war der Stiefsohn des badischen Flüchtlings von 1849 Karl Blind, Karl Cohen-Blind, ein verdrehter Schüler der landwirtschaftlichen Anstalt Hohenheim in Württemberg, den die politischen Grundsätze des Stiefvaters, der Volkspartei und des Stuttgarter „Beobachters“ vollends um allen Verstand und sittlichen Halt gebracht hatten. Er war erst 22 Jahre alt. In der folgenden Nacht schnitt er sich im Polizeigewahrsam die Pulsadern auf und starb.

Unmittelbar nach der That erschienen in Bismarcks Wohnung der König, dessen Bruder Prinz Karl, Feldmarschall Wrangel, am Abend auch der Kronprinz, um ihre Glückwünsche auszusprechen. Die Glückwunschadressen aus dem deutschen Lande zählten nahe an 300,000 Unterschriften, außerdem gingen 1400 Depeschen und 700 Briefe ein. Wenn Bismarck wirklich jemals das ehrgeizige Verlangen geäußert hätte, der populärste Mann Deutschlands zu werden, so durfte er dieses Ziel schon jetzt nahezu für erreicht halten. Am 8. Mai fand denn auch noch eine große Ovation vor seiner Dienstwohnung im Auswärtigen Ministerium statt. Das zweite Garderegiment, das den Mörder verhaftet hatte, stellte die Musik, und halb Berlin, das in diesem Augenblicke durchaus nicht fortschrittlich gesinnt war, wirkte dabei mit. Nachdem die Musik „Lobet den Herrn“ und die Preußenhymne gespielt hatte, richtete Bismarck folgende Ansprache an die versammelten Tausende: „Meine Herren und Landsleute! Nehmen Sie meinen Dank für diesen Beweis Ihrer Teilnahme. Seien Sie versichert, daß ich mein Leben für unsern teuern König und für unser Vaterland stets bereit bin zu geben, sei es auf dem Felde, sei es auf dem Straßenpflaster. Ich verlange nichts Besseres und erflehe als eine besondere Gnade von Gott, daß mir ein solcher Tod vergönnt sei. Sie werden dies patriotische Gefühl mit mir teilen, darum ersuche ich

Sie, daß Sie mit mir ausrufen: Se. Majestät, unser teurer Herr und König, er lebe hoch!"

Noch am Tage des Mordversuches selbst richtete Bismarck an den Zaren Alexander ein Schreiben, in welchem er, unter Hinweis auf dieses Attentat, ausführte: des Kaisers Besorgnis, daß Bismarcks Parlamentsantrag die revolutionären Parteien stärken würde, sei doch wohl unbegründet, denn Blinds That beweise, daß jene Parteien sich von Bismarcks Wirksamkeit keine erhebliche Förderung ihrer Bestrebungen versprächen. Unter den Glückwunschschreiben, die bei Bismarck einliefen, erfreute ihn besonders eines, das vom Marquis Wielopolski kam, der, wie wir wissen, während des polnischen Aufstandes von 1863 russisch-polnischer Statthalter in Warschau gewesen war und dort gleichfalls mehrere Mordanfälle glücklich überstanden hatte. Ihm antwortete Bismarck am 14. Mai: „Herr Marquis! Trotz meiner Geschäfte, die mir Tag und Nacht keinen Augenblick Ruhe lassen, kann ich mir nicht versagen, Ihnen persönlich zu danken für die Gratulation und die Wünsche, mit denen Sie so gütig waren, mich zu beehren. Sie kennen aus Erfahrung, wie mein Leben beschaffen ist: seine Gefahren, seinen Undank, seine Entbehrungen, die Unzulänglichkeit der Zeit und Kräfte, wobei man nur den einen Trost hat, seine Pflicht zu thun, dem Berufe zu entsprechen, den Gott uns gegeben hat. Sie haben dies auch kennen gelernt, und ich bin Ihrer Sympathie sicher. Glauben Sie nicht, daß Entmutigung mich so sprechen macht; ich glaube an den Sieg, ohne zu wissen, ob ich ihn sehen werde; aber manchmal überfällt mich eine Erschöpfung." Am 10. Mai dankte Bismarck auch öffentlich im Staatsanzeiger für „alle erhebenden Beweise der Teilnahme und des Wohlwollens", die ihm zugegangen, nachdem er „am 7. d. M. durch die Gnade Gottes in schwerer Lebensgefahr bewahrt geblieben" sei. Dem wackeren Buchbindermeister Bannewitz, der dem Mörder Blind so tapfer zu Leibe gegangen war, machte Bismarck am 15. Mai in des Meisters Verkaufslokal, Friedrichstraße 122 in Berlin, einen persönlichen Besuch und nahm dann in seinem Wagen Herrn Banne-

witz mit nach seiner Wohnung, um ihn seiner Gemahlin vorzustellen.

Inzwischen hatte man auch erfahren, was die Mittelstaaten unter Bundesfrieden und Bundestreue verstanden. Denn je ungestümer sie, die Sachsen voran, rüsteten, um so entrüsteter stellten sie sich darüber, daß das starke Preußen sich gleichfalls waffnete. Gegen Österreichs Rüstungen jedoch hatten dessen mittelstaatliche Freunde gar nichts einzuwenden. Am 5. Mai reichte deshalb Sachsen den wahrhaft naiven Antrag beim Bunde ein: „Die preußische Regierung darum anzugehen, daß sie durch geeignete Erklärung dem Bunde mit Rücksicht auf Art. 11 der Bundesakte volle Beruhigung darüber gewähre," daß sie den Bundesfrieden achten werde. Dieser Antrag kam in der Bundestagssitzung vom 9. Mai zur Verhandlung, und hier ließ Bismarck Herrn v. Savigny erklären, daß die Ehre des Vortrittes in den Rüstungen allein Österreich und Sachsen zukomme, und die preußische Regierung daher „mit Befremden in dem sächsischen Antrage die Verhältnisse umgekehrt sieht, vielmehr ihrerseits von der Bundesversammlung erwarten darf, daß sie Sachsen und Österreich veranlassen werde, ihre eingestandenermaßen Preußen gegenüber getroffenen Rüstungen baldmöglichst einzustellen. Sollte hohe Bundesversammlung dieses zu thun Anstand nehmen, oder dem Bunde selbst in seiner gegenwärtigen Verfassung dies in möglichst kurzer Frist zu bewirken die Kräft abgehen, so würde sich Preußen allerdings gezwungen sehen, das Bedürfnis der eigenen Sicherheit und der Erhaltung seiner europäischen Stellung in erster Linie für sich als maßgebend zu betrachten und sein Verhältnis zu einem Staatenbunde, der im Widerspruch mit seinem obersten Grundgesetze die Sicherheit seiner Mitglieder nicht vermehrt, sondern gefährdet, den gebieterischen Forderungen der Selbsterhaltung unterzuordnen." Gleichwohl wurde der sächsische Antrag mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen. Diese neue Art von Bundestreue setzte am 14. Mai noch ein weiteres Nachspiel in Scene, indem an diesem Tage die Minister von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Darmstadt, Nassau in Bamberg sich trafen und hier beschlossen,

160,000 Mann gegen Preußen aufzustellen; ferner aber die nassauische Truppenmacht, entgegen der Bundeskriegsverfassung, dem achten Bundeskorps (Württemberg, Baden, Darmstadt) zuzuteilen, und zwar unter dem Oberbefehl des österreichischen Generals Prinzen Alexander von Hessen. Das alles diente natürlich nur zur Sicherung des Bundesfriedens und Bundesrechtes! Deshalb wurde auch beschlossen, nachdem Nassau und Darmstadt gleichfalls sich auf Kriegsfuß gestellt haben würden, einen Antrag auf allgemeine Entwaffnung beim Bunde einzubringen.

Auch jetzt noch hielten sich Nationalverein, Sechsunddreißiger-Ausschuß und alle Organisationen der Fortschrittspartei, wie seit drei Jahren, an der Seite der preußenfeindlichen Mittelstaaten. Zahlreiche Versammlungen der Urwähler in allen vier Berliner Wahlbezirken erklärten im Mai: „Jeder Krieg, der Anderes bezweckt als die Verteidigung des Vaterlandes, ist unberechtigt und unsittlich. Ein Krieg Preußens gegen Österreich unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre der Wohlfahrt Deutschlands eben so sehr wie dem Rechte zuwider. Die Einigung des deutschen Vaterlandes ist auf keinem anderen Wege als dem der Freiheit zu erzielen.“ Eine Volksversammlung in Köln protestierte am 13. Mai „angesichts der Möglichkeit, daß infolge des drohenden Bürgerkrieges die deutschen Rheinlande gewaltsam vom Vaterlande losgerissen werden könnten, wiederholt gegen einen deutschen Bruderkrieg, der nur durch einen raschen und gründlichen Wechsel des Regierungssystems in Preußen vermieden werden kann.“ Der in Berlin versammelte Ausschuß des Nationalvereins erließ am 14. Mai eine Ansprache, in der es hieß: „Das Rechtsbewußtsein der Nation protestiert bis zum letzten Augenblicke gegen die Willkür, welche mit dem Schicksale Deutschlands ein unverantwortliches Spiel treibt.“ Am 20. Mai sprach der Abgeordnetentag in Frankfurt das große Wort aus: „Wir verdammen den drohenden Krieg als einen nur dynastischen Zwecken dienenden Kabinettskrieg. Mit ihrem Fluche und der Strafe des Landesverrates wird die Nation diejenigen treffen, welche in Verhandlungen mit auswärtigen Mächten deutsches

Gebiet preisgeben." Wir werden bald erfahren, daß nicht etwa Bismarck, sondern das von diesen Abgeordneten so geliebte Österreich diesen „Fluch" und diese „Strafe der Nation" sich reichlich verdient hatte. Außerdem richteten die Stadtverordneten und Magistrate vieler preußischer Städte, wie Königsberg, Stettin, Cöslin u. s. w. Friedensadressen an den König, in denen mit fortschrittlicher Bescheidenheit ein „gründlicher Wechsel des Systems und der Personen der Regierung" gefordert wurde. Siebenzehn Handelskammern von Rheinland und Westfalen flehten den König um Frieden an. Dieses ganze unpreußische Gebahren überging die Regierung mit verächtlichem Stillschweigen. Nur einen entscheidenden Schritt that sie in diesen Tagen gegen die Anwälte ihrer Feinde. Am 9. Mai genehmigte der König nämlich auf Bismarcks und des Staatsministeriums Antrag die Auflösung des Abgeordnetenhauses, weil „dasselbe unter dem Einflusse anderer Verhältnisse gewählt worden, als diejenigen sind, welche heute bestimmend auf die Wähler wirken müssen", und „um die Stimmung zu kennen und zum Ausdruck gebracht zu sehen, welche das preußische Volk im jetzigen Augenblick und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Dinge beseelt."

Daß diese Stimmung, trotz aller geräuschvollen fortschrittlichen Friedensdemonstrationen, sich von Grund aus zu verändern begann, bewiesen zahlreiche Anzeichen und Kundgebungen. Rudolf von Bennigsen, der nominelle Leiter des Nationalvereins, hatte den agitatorisch demagogischen Talenten des Vereins schon längst unmutig das große Wort und die thatsächliche Leitung überlassen müssen. Jetzt, als der Ausschuß des Vereins in Berlin tagte, hatte Bismarck den Führer der hannover'schen Liberalen freundlich zu einer Aussprache eingeladen, und Bennigsen hatte hier eine so beruhigende Klarheit über Bismarcks Pläne gewonnen, daß er mit dem festen Vorsatz nach Hannover zurückkehrte, sich vom Nationalverein loszusagen. Auf das nachdrücklichste traten Bennigsen, Miquel — der am 1. Juni gleichfalls eine lange Besprechung mit Bismarck hatte — und alle Liberalen Hannovers für die Neutralität ihres engeren

Vaterlandes ein. Nicht minder die große Mehrheit der Bevölkerung Kurhessens, weite Kreise in Thüringen und Sachsen. In Leipzig wurde vou einer großen Bürgerversammlung, später sogar von den städtischen Kollegien, die Neutralität des Landes gefordert Dem Herzen des Königs Wilhelm am wohlthuendsten aber waren die Stimmen aus Preußen selbst, die seiner Politik in heißer Treue und Hingebung sich zuwandten. Dahin gehört eine Kundgebung der Altliberalen in Halle und vor allem eine Adresse der städtischen Körperschaften von Breslau, in der gesagt war: „Können die höchsten Güter Preußens und Deutschlands erhalten werden im Frieden, so begrüßen wir dieselben freudigen Herzens; sollten aber die Gegner Preußens und Deutschlands, wie es im Jahre 1850 geschehen, wieder eine Minderung der Machtstellung Preußens, wiederum eine Demütigung Preußens erstreben, so wird Schlesien lieber alle Lasten und Leiden des Krieges auf sich nehmen — wie die schlesischen Männer unter der Führung von Ew. Majestät hochseligem Vater gethan —, als die Lösung der historischen Aufgabe Preußens, die Einigung Deutschlands, wieder auf Jahrzehnte hinausrücken zu lassen.“ Daran knüpfte sich die Zuversicht, daß es der Weisheit des Königs gelingen werde, den inneren Konflikt zu beseitigen. Der König antwortete dankend am 19. Mai: „Möge Mein Wort der Stadt Breslau als Bürgschaft dienen, daß kein ehrgeiziges Streben, selbst nicht dasjenige, welches im Interesse des großen gemeinsamen Vaterlandes berechtigt genannt werden könnte, sondern nur die Pflicht, Preußen und seine heiligsten Güter zu verteidigen, Mich Mein Volk hat zu den Waffen rufen lassen. Mögen die Einwohner der Stadt überzeugt sein, daß die Verständigung über die zwischen Meiner Regierung und dem Landtage streitigen Fragen das Ziel Meiner Wünsche und Meines eifrigen Strebens ist.“

Seltsamerweise hatte sich zu Anfang Mai plötzlich noch einmal ein Schimmer von Hoffnung gezeigt, den Frieden zu erhalten und die Grundlage einer Verständigung mit Österreich zu gewinnen. Zu dieser Zeit erschien der in Preußen ansässige Bruder des österreichischen Statthalters in Holstein, Baron Anton Gablenz, der

sich früher auch als preußischer Abgeordneter allgemeine Achtung erworben hatte, bei Bismarck, um dem Minister einen Plan der Verständigung mit Österreich vorzulegen. Zuvor war dieser Plan natürlich mit dem Bruder in Holstein, ja selbst mit Mensdorff besprochen worden, der sich gegen Werther nicht ungünstig darüber äußerte. Doch bedeutete er Gablenz, seine Vorschläge zunächst dem preußischen Kabinette zu unterbreiten. Gablenz hatte in der That einen geraden und deshalb gangbaren Weg zur Versöhnung gefunden. Er schlug vor, den Streit um die Herzogtümer dadurch zu erledigen, daß sie unter der Souveränität eines preußischen Prinzen ein unabhängiger Staat würden. Nur würde Preußen den Kieler Hafen erwerben und dafür 5 Millionen Thaler an Österreich zahlen. Ferner solle Österreich 20 Millionen Thaler an Kriegskosten aus den Herzogtümern empfangen, während Preußen auf Geldentschädigung verzichtete. Dem dringenden Geldbedürfnisse des Kaiserhauses mußten diese Vorschläge äußerst willkommen sein, da sie dem österreichischen Staatsschatze plötzlich etwa 50 Millionen Gulden zugeführt hätten. Als ein ebenso ehrlicher Makler hatte Baron Gablenz die Streitfrage über die Bundesreform zu begleichen versucht. Österreich solle in Krieg und Frieden den Oberbefehl über die ganze süddeutsche, Preußen über die ganze norddeutsche Truppenmacht erhalten. In Rendsburg solle preußische, in Rastatt und Hohenzollern österreichische Besatzung liegen.

Viele Gründe wirkten zusammen, um auch Bismarck zu einer freundlichen Aufnahme dieser Vorschläge zu veranlassen. Denn zunächst erschien es fast als ein Wunder, daß Österreich in dem jetzigen Stadium seiner Rüstungen und bei der ungeheuren Erregung seiner Bevölkerung einen solchen Vorschlag überhaupt noch gestattete und durch das dem Baron Anton Gablenz von Wien mitgegebene Einführungsschreiben gewissermaßen befürwortete. Sodann hatte Bismarck jahrelang Österreich etwa dieselben Vorschläge vergeblich gemacht, die jetzt Gablenz vortrug. Konnte ein großer Krieg auf diese Weise vermieden werden, so war es Bismarck zufrieden. Endlich aber hatte sich Preußens Verhältnis zu Frankreich inzwischen

offenbar getrübt, und deshalb erschien jeder weitere Schritt zum Kriege doppelt bedenklich. Schon am 25. April nämlich hatte der Kaiser Napoleon dem Grafen Goltz erklärt, er wünsche einen europäischen Kongreß einzuberufen. Es war die bekannte Lieblingsidee des Kaisers, um sich in den Augen seines eiteln Volkes als Schiedsrichter Europas zu zeigen. Am 2. Mai schon stellte dann Graf Benedetti an Bismarck die amtliche Frage, wie Preußen die Berufung eines Kongresses zur Beseitigung der Kriegsgefahr aufnehmen würde. Mit Rücksicht auf die Gefühle des Kaisers erklärte Bismarck, Preußen werde gern auf den Kongreß eingehen, wenn zuvor ein festes Einvernehmen mit Frankreich erreicht sei. Dieses Einvernehmen war jedoch, vorläufig wenigstens, nicht zu gewinnen, weil Preußen die Zumutungen Frankreichs, das linke Rheinufer abzutreten, schlechterdings nicht befriedigen konnte, Österreich dagegen sich bereit erklärte, dem Kaiser Napoleon Venetien ohne Schwertstreich zu überlassen, wenn es dagegen, ohne eine französische Einmischung befürchten zu müssen, Schlesien erobern dürfe. Napoleon war treulos genug, Italien aufzufordern, sich nach diesem glänzenden Anerbieten von dem preußischen Bündnisse loszusagen. Selbst ein La Marmora aber erklärte das für unmöglich. Er wußte wohl, daß das kriegsbegeisterte italienische Volk Venetien nimmermehr aus den Händen des Kaisers Napoleon, der Rom dem Papste ließ, empfangen wollte, sondern darnach brannte, es im ehrlichen Waffengange von Österreich zu erobern. Ferner aber war der italienische Minister klug genug sich zu sagen, daß durch ein siegreiches Österreich die Einheit und Selbständigkeit seines Vaterlandes auf das schwerste gefährdet werde. Von jenen geheimen Verhandlungen zwischen Wien, Paris und Florenz kannte Bismarck beim Erscheinen des Barons Anton Gablenz in Berlin schon das österreichische Anerbieten Venetiens und wußte, daß Österreich dadurch beim Kaiser Napoleon gegenüber Preußen bedeutend im Vorsprunge sich befand.

So bezeichnete denn Bismarck am 4. Mai die Vorschläge des Barons Gablenz, der am 5. Mai wieder in Wien eintreffen wollte,

in einer Note an Werther als geeignete Einigungsbasis. Am 7. Mai beantwortete er in einem vertraulichen Erlasse an den Wiener Gesandten auch Mensdorffs Depesche vom 26. April. Darin bezeichnete Bismarck zwar jede Anrufung des Bundestages in der Sache der Herzogtümer als bundes- und vertragswidrig, erklärte aber gleichzeitig seine Bereitwilligkeit, aus allen Kräften eine Verständigung mit Österreich hierüber und über die Bundesreform auf direktem Wege zu versuchen. Dieser Erlaß sollte hauptsächlich den Bemühungen des Barons Gablenz den Weg zum Gelingen bahnen. Denn für die Einigung sei es noch nicht zu spät. Freilich wenn Österreich Frankreichs Vergrößerungsgelüsten etwa, wie man höre, durch das Angebot deutschen Landes schmeichle — setzte Bismarck in einem besonderen Schreiben an Werther hinzu — „was man in Wien wohl nur in der Zuversicht wagen würde, daß unsere nationale Gesinnung und die deutsche Gesinnung des Königs uns unmöglich macht, den schmachvollen Wettstreit auf diesem Gebiete aufzunehmen — so würde uns nicht schwer werden, solchem Beginnen gegenüber die fessellose Entwickelung des deutschen Nationalgefühls durch jedes Mittel gegen Österreich aufzurufen."

Nach mehrfachen Beratungen mit den österreichischen Ministern und mit dem Kaiser, welche bestimmt formulierte preußische Vorschläge wünschten, reiste Gablenz am 10. Mai nach Berlin zurück. Hier beriet Bismarck mit ihm in den Tagen vom 13. bis 19. Mai die in Wien erbetenen Einigungsvorschläge. Sie hielten die frühere Grundlage ein und wurden nur im Einzelnen weiter ausgeführt. Zum Herrscher der Herzogtümer wurde der Prinz Albrecht von Preußen vorgeschlagen, und außer dem Kieler Hafen für Preußen auch Düppel und Sonderburg gefordert. Was die Bundesreform betrifft, so wurde der Artikel über die Bundeskriegsverfassung genauer ausgestaltet. Zur Annahme und Durchführung dieser Reform war die alsbaldige Berufung einer Versammlung der deutschen Fürsten, ihrer Minister und der freien Städte nach Weimar vorgesehen. Vor dem Gelingen dieses Werkes sollte jedoch keine Entwaffnung stattfinden. Der König genehmigte Alles und sprach dem

Baron Gablenz in besonderer Audienz lebhaft aus, daß er in diesen Vorschlägen eine ersprießliche Grundlage der Einigung erkenne und auch den Kaiser Franz Joseph hiervon überzeugt sehen möchte. Gablenz möge daher dem Kaiser die Sache dringend ans Herz legen, damit dann die amtliche Verhandlung gleich beginnen könne. Ebenso vorsichtig schrieb Bismarck am 19. Mai, als Gablenz zurückreiste, an Werther: eine amtliche Unterhandlung könne erst beginnen, wenn der König die Überzeugung von der zuverlässigen Gesinnung des Wiener Kabinets gewonnen hätte. Gablenz wurde vom Kaiser am 25. Mai empfangen. Die Audienz dauerte fünfviertel Stunden. Eingehend erläuterte Gablenz alle einzelnen Punkte, beantwortete er alle Fragen des Kaisers. Dieser beklagte, daß die Vorschläge nicht schon vor sechs bis acht Wochen eingebracht seien, wo sie sicher zum Frieden geführt hätten. Bismarck werde wohl tiefere Absichten damit verfolgen, sie erst jetzt vorzulegen, da ihre Annahme nicht mehr möglich sei. Der Kaiser war zu dem Glauben nicht zu bewegen, daß die Vorschläge gar nicht von Bismarck, sondern von Gablenz herrührten. „Sein Mißtrauen gegen Bismarck war größer, als das Vertrauen zu meiner Erfindungskraft", berichtete Gablenz selbst über die Audienz. Indessen versprach der Kaiser dem Vermittler gründliche Erwägung und Antwort.

Wie diese Entscheidung ausfallen würde, hatte Kaiser Franz Joseph freilich schon in dem Worte angedeutet, daß der Vorschlag jetzt zu spät komme. In der That folgte schon am 28. Mai Mensdorffs amtliche Ablehnung: er bedauere aufrichtig, daß die gegenwärtige Spannung keine direkte Unterhandlung gestatte, hoffe aber, daß beide Regierungen noch Anknüpfungspunkte finden würden. Österreich selbst hatte freilich inzwischen alles mögliche gethan, um diese Hoffnung zu vereiteln. Denn als am 19. Mai die Bamberger Bundesgenossen ihren allgemeinen Entwaffnungsantrag beim Bunde einbrachten, beschwerte sich Österreich über das bundeswidrige Verlangen Preußens an Hannover, daß dieses, auch wenn der Bund die Mobilmachung der hannöverschen Truppen beschließen würde, unbewaffnete Neutralität versprechen solle. Zugleich sandte Mens-

dorff vertraute Unterhändler nach Hannover und Kassel, welche die dortigen Höfe zu „fester Bundestreue“ mahnen und ihnen die mächtige Bürgschaft Österreichs gegen jeden preußischen Anschlag versprechen sollten. Der österreichische Unterhändler in Hannover, Prinz Solms, scheute sich nicht, den Preußenhaß des blinden Königs noch durch die Lüge zu reizen: Preußen habe Frankreichs Beistand durch das Versprechen des linken Rheinufers gewonnen.

Bismarck war über diese Umtriebe genau unterrichtet und erließ daher schon am 20. Mai eine zweite kräftige Warnung nach Hannover, in der gesagt war: „Wir können uns gegenüber den Bundesstandpunkt nicht gewahrt finden, wenn Hannover einem, durch eine uns feindliche Mehrheit gegen uns und ohne unsere Zustimmung gefaßten angeblichen Bundesbeschluß auf Mobilmachung auch seinerseits Ausführung gäbe. Wir würden denselben als den Anfang des Krieges der mobilisierenden Bundesglieder gegen uns ansehen und behandeln, und genötigt sein, seine Ausführung faktisch mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften zu verhindern, und damit wäre der Kriegsfall eingetreten.“ In einem zweiten Erlasse vom nämlichen Tage beauftragte Bismarck den Gesandten, die hannoversche Regierung dringend zu warnen, nicht auf eine Niederlage Preußens zu spekulieren, indem Hannover in diesem Falle doch leicht zu Kompensationen benützt werden könne. Der Ausbruch eines Krieges, welches auch der Ausgang desselben sein möge, würde schließlich in nachteiliger Weise auf diejenigen kleineren Staaten zurückwirken, welche zu den Gegnern Preußens gehörten. Als dann aber König Georg, „als Welf, Monarch und Christ“ nicht einzusehen vermochte, warum er allein nicht rüsten solle, schloß Bismarck am 28. Mai die nutzlosen Warnungen mit folgenden Worten an den preußischen Gesandten in Hannover, Prinzen Ysenburg: „Wir waren bereit, Hannovers Selbständigkeit für alle Eventualität sicher zu stellen, und Hannover hat es gleichzeitig in der Hand, den Bruch mit Preußen zu erzwingen. Wir müssen annehmen, daß Hannover dazu entschlossen und im Vertrauen auf den Sieg der österreichischen Waffen bereit ist, die Zahl unserer

Gegner zu vermehren. Wir können darin nichts ändern und müssen die Chancen dieses Wechsels in der Politik Hannovers annehmen. Sie wollen sich in diesem Sinne der dortigen Regierung gegenüber aussprechen." Dieselbe volle Klarheit hatten Bismarcks Erlasse nach Kassel getragen, doch auch der Kurfürst hatte sich entschlossen, „die Zahl der Gegner Preußens zu vermehren." „In diesen Dingen treibt immer einer den andern", hatte ihr Gönner Graf Mensdorff gesagt. Die verblendeten Fürsten trieben in der That einer den andern demselben Ziele zu — der Vernichtung!

Inzwischen hatte auch Napoleons Kongreßgedanke genauere Gestalt gewonnen. Alle streitigen Fragen wollte er vor das Schiedsgericht Europas ziehen: Die venetianische, das Schicksal der Elbherzogtümer, die deutsche Bundesreform; selbst eine europäische Garantie für den weltlichen Besitz des Papstes sollte der Kongreß beschließen. Den letzten Punkt strichen England und Rußland sogleich aus dem Kongreßprogramm. Mit den übrigen erklärten sie sich einverstanden. Auch der deutsche Bund sollte zugezogen werden. Am 24. Mai ging die amtliche Einladung der drei neutralen Mächte nach Berlin, Frankfurt, Wien und Florenz ab und wurde am 28. dort übergeben. Obwohl Bismarck genau wußte, daß Napoleon unter dem Titel der deutschen Bundesreform ganz andere Pläne verfolgte, als Preußen — denn alle französischen Gesandten in Deutschland schürten in preußenfeindlichem Sinne den Widerstand der Mittelstaaten — so nahm er doch schon am 29. Mai die Einladung an; Frankfurt und Florenz folgten am 1. Juni. Eine Annahme, welche durch ihre Bedingungen der Ablehnung gleichbedeutend war, kam dagegen aus Österreich. Denn Österreich wollte auf dem Kongreß nur erscheinen, wenn der Papst mit zugezogen würde — was die Neutralen bereits abgelehnt hatten —, und wenn von keinem Gebietszuwachs für eine der streitenden Mächte die Rede sein dürfe. Damit wäre dem Kongreß jeder Gegenstand der Verhandlung überhaupt entzogen worden. In einem Rundschreiben vom 1. Juni legte Graf Mensdorff mit unvorsichtiger Offenheit weiter auch noch Österreichs geheime Kriegsziele dar, in-

dem er den Boden bezeichnete, auf welchem der Wiener Hof sein Einvernehmen mit Frankreich herzustellen bereit sei; die Erwerbung Schlesiens, die Erhaltung der deutschen Bundesverfassung, die Abtretung Venetiens gegen die Wiederauflösung der italienischen Einheit durch Ausführung der Bestimmungen des Züricher Friedens.

Von diesen Bedingungen war Kaiser Napoleon schon vor deren Kundgebung im Rundschreiben vom 1. Juni am 24. Mai durch den Wiener Botschafter, Duc de Gramont, unterrichtet worden, der zu diesem Zwecke nach Paris reiste, und diese Bedingungen waren ganz nach dem Herzen Napoleons, Gramonts und Drouyns de l'Huys. Denn so erlangte Frankreich die Schutzherrschaft über Deutschland und Italien und das stolze Preußen wurde gedemütigt und geschwächt. Während Napoleon daher am 3. Juni öffentlich erklärte, daß der Kongreß an den von Österreich gestellten Bedingungen gescheitert sei und dem Grafen Goltz sagte: Österreich trage jetzt allein die Verantwortung für den Krieg, und somit sei Frankreichs wohlwollende Neutralität Preußen gesichert, während dessen beriet er insgeheim mit Gramont und Drouyn de l'Huys eifrig die Instruktionen für Gramont, die dieser am 4. Juni in Bezug auf den Abschluß eines geheimen Vertrags mit Österreich nach Wien mitnehmen sollte. Diese französischen Vorschläge gingen kurz dahin: Frankreich bleibt in dem bevorstehenden Kriege neutral und verspricht, Alles zu thun, um Italien zur gleichen Haltung zu bestimmen. Dafür stellt Österreich dem Kaiser Venetien zur Verfügung und genehmigt, wie auch die Kriegsergebnisse sich gestalten, die Weitergabe des Landes an Italien, achtet in Italien auch „den Besitzstand vor dem Kriege." Was das bedeute, erläuterte Gramont in Wien persönlich. Während nämlich Napoleon am 5. Mai dem Minister La Marmora die bedingungslose Überlassung Venetiens verheißen hatte, erklärte jetzt Gramont in Wien, im Namen und Auftrage desselben redlichen Kaisers, Frankreich werde Venetien nur unter folgenden Bedingungen an Italien abtreten: Erhaltung und Unverletzlichkeit der weltlichen Herrschaft des Papstes, Gewährleistung der neuen österreichischen Grenze, Geldentschädigung für das Festungs-

viereck und anteilige Übernahme der österreichischen Staatsschuld, Freiheit für jede Volksbewegung oder Abstimmung, welche die Zerschlagung der italienischen Einheit herbeiführen sollte!

Das war das italienische Programm Napoleons. Ebenso treulos war sein deutsches beschaffen. Denn danach sollte der deutsche Dualismus fortbestehen, weder Österreich noch Preußen eine Oberherrschaft in Deutschland ausüben; Österreich sollte für Venetien die preußische Provinz Schlesien erhalten, dagegen die Rheinlande an Frankreich abtreten und sich verpflichten, ohne Zustimmung Frankreichs keine Gebietsveränderung vorzunehmen, welche das europäische Gleichgewicht stören könnte. Österreich hatte kein Bedenken, am 12. Juni diesen schmachvollen Vertrag zu unterzeichnen, durch den Frankreich die italienische Einheit dem Wiener Kabinet, Österreich dagegen die Rheinlande und Deutschlands Selbständigkeit den Franzosen preisgab! Leider wurde dieser schändliche Landesverrat erst 1869 im Mai und Oktober durch französische Staatsmänner enthüllt.*) Hätte man im Juni 1866 davon Kenntnis gehabt, so dürfte wohl kein Preußenhaß, kein mittelstaatlicher Dünkel und keine fürstliche Verblendung groß genug gewesen sein, um einen einzigen deutschen Mann an Österreichs Seite in den Kampf gegen Preußen zu führen.

Freilich war es Preußen unmöglich — wie Bismarck schon am 7. Mai an Werther geschrieben hatte — mit Österreich „den Wettstreit auf diesem schmachvollen Gebiete aufzunehmen," und deshalb unterließ Napoleon den Versuch, die „Verständigung" mit Preußen zu finden, die Österreich dem Kaiser so leicht machte. Dazu kam, daß man in Paris unbedingt an einen raschen und glänzenden Sieg der österreichischen Waffen glaubte. Auch die Berichte des französischen Militärbevollmächtigten in Berlin, des Grafen Clermont-Tonnerre, gaben dieser Überzeugung Ausdruck. Lag das stolze und allen französischen Lüsternheiten nach deutschem Gebiet unzugängliche Preußen besiegt am Boden, dann konnte der Imperator

*) Sybel a. a. O. IV, 410.

Rache nehmen für diesen Stolz, diese Unnahbarkeit und das Mißtrauen Bismarcks, über welche Graf Benedettis Berichte aus jenen Wochen laut klagen. Das Scheitern des Kongresses z. B. hatte Bismarck unverhohlen mit einem freudig-lauten: „Vive le Roi!“ begrüßt. Dann wollte man Preußen um den Preis deutschen Landes gegen die österreichische Übermacht beispringen. Mit immer ruchloserer Treulosigkeit verfolgte Napoleon diese Politik bis zu den letzten Tagen vor dem Kriegsausbruch. Namentlich war er bestrebt, das von ihm insgeheim an Österreich verratene Italien von Preußen zu trennen, um des letzteren Niederlage um so sicherer herbeizuführen. Zu diesem Zwecke war ihm nicht einmal die Lüge zu schlecht. Dem italienischen Botschafter Nigra spiegelte er nämlich vor: Frankreich habe Österreich seine Neutralität zugesagt gegen die Abtretung Veneziens, und Österreich habe zugesichert, unter allen Umständen den Besitzstand Italiens vor dem Kriege zu achten. Italien behalte alle Freiheit zum Kriege, möge aber ja nicht selbst angreifen, auch den Krieg nicht zu energisch führen. Am 12. Juni, am Tage des Wiener Vertragsschlusses, ließ er ferner durch seinen Minister an La Marmora und durch seinen Vetter, den Prinzen Napoleon, an den König Viktor Emanuel zwei auf einen Bericht Gramonts gestützte Lügentelegramme aufsetzen, in denen den Italienern vorgegaukelt wurde: König Wilhelm habe erklärt, daß er keinen Vertrag mit Italien geschlossen habe, also nicht verpflichtet sei, Italien beizustehen, wenn es von Österreich angegriffen werde. Glücklicherweise zeigte der ehrliche König Viktor Emanuel sein Telegramm dem Grafen Usedom und erhielt sofort Bismarcks Antwort vorgelegt, welche Gramonts Erzählung kurz und bestimmt „eine Lüge“ nannte. Endlich verkündete Napoleon noch in einer Botschaft an Drouyn de L'Huys vom 11. Juni dem gesetzgebenden Körper die amtliche Lüge: Frankreich brauche in dem bevorstehenden Kriege nicht zum Schwert zu greifen, da für die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts und die Erhaltung seiner Schöpfung in Italien Frankreichs moralische Kraft ausreiche, und es außerdem durch „Erklärungen der am Konflikt beteiligten Höfe gesichert“ sei, „daß,

welches auch der Ausgang des Krieges sein möge, keine der uns berührenden Fragen ohne die Zustimmung Frankreichs gelöst wird. Bleiben wir daher in einer aufmerksamen Neutralität, und blicken wir stark durch unsere Uneigennützigkeit, vertrauensvoll auf unser Recht und unsere Kraft." Bismarck sagte nach dem Bekanntwerden dieser Botschaft, offenbar mit starkem ironischem Vorbehalt, zu Benedetti: er habe darin die alten Gesinnungen des Kaisers unverändert wiedergefunden. Im Übrigen aber schwieg er zu allen diesen französischen Unwahrheiten und Umtrieben. Der Geist, der daraus sprach, konnte doch nicht mit Worten verscheucht werden, wohl aber durch Thaten, durch Siege, durch jene gebieterische Achtung, welche die Macht sich erzwingt!

Am 24. Mai schon hatte die Bundesversammlung den Entwaffnungsantrag der Bamberger einstimmig angenommen, auch Hannover seine unbedingte Bundestreue versichert, und darauf hatten Österreich und Preußen erklärt, sie würden in der nächsten Sitzung am 1. Juni die Voraussetzungen bezeichnen, unter denen sie abrüsten würden. In dieser Sitzung fiel nun eigentlich schon die Entscheidung über Krieg und Frieden, und die hier abgegebene Erklärung Österreichs lautete schon wesentlich gröber als die meisten Kriegserklärungen heutiger Kulturvölker. Hier war keine Fälschung der Thatsachen, keine Verdrehung des Rechtes, keine Liebedienerei gegen die Mittelstaaten unterlassen, um der Wiener Politik den kümmerlichen Schein des Rechtes zu verleihen. Der Hof, der eben schon im Stillen die Rheinlande an Frankreich verschenkt hatte und zum Ersatz für Venetien eine preußische Provinz rauben wollte, erhob gegen Preußen den Vorwurf: es sei „selbst nicht vor dem beklagenswerten Entschlusse zurückgeschreckt, sich auf die Hilfe auswärtiger Gegner des Kaiserstaates zu stützen," und habe sich insbesondere „der Allianz des Florentiner Hofes gegen Österreich zu versichern getrachtet, als dieses die unbillige Forderung, Holstein nach den Diktaten der preußischen Annexionspolitik zu verwalten, ablehnte." Der Staat, welcher sich, im Besitze vermeintlicher Übermacht, zu dem Raubsprung auf Schlesien und zu dem gröblichsten Bundesbruch rüstete,

sprach von den Segnungen des „grundsätzlich verbürgten Bundesfriedens und von den verfassungsmäßigen Beschlüssen des Bundes“, im Gegensatz zur „preußischen Politik der Gewalt“, und erklärte die Sicherheit des Bundesfriedens „dadurch bedingt, daß die schleswig-holsteinische Frage, aus welcher der gegenwärtige Konflikt hervorgegangen ist, nicht nach den einseitigen Ansprüchen Preußens, sondern nach Recht und Gesetz des deutschen Bundes und im Einklange mit dem Landesrechte der Herzogtümer ihre Lösung erhalte.“ Deshalb zeigt Österreich an, „daß es in dieser gemeinsamen deutschen Angelegenheit alles Weitere den Entschließungen des Bundes anheimstellt, welchen von Seiten Österreichs die bereitwilligste Anerkennung gesichert ist, und daß dem kaiserlichen Statthalter in Holstein soeben die Vollmacht zur Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung übersendet worden ist.“ Diese letzten Erklärungen Österreichs, welche den Gasteiner Vertrag rücksichtslos brachen und den von Preußen schon früher gestellten Kriegsfall schufen, kamen völlig unerwartet, so daß der preußische Gesandte sich damit begnügen mußte, eine kräftige Verwahrung dagegen einzulegen, und im Übrigen das ganze Truggewebe der österreichischen Erklärung durch die einfache Feststellung der Thatsache zerriß, daß Preußen erst nach Österreich und Sachsen grüstet habe, der Bruch des Bundesfriedens also von jener Seite ausgehe.

Bismarck aber blieb die Antwort auf die überraschende Überweisung der schleswig-holsteinischen Sache an den Bund nicht schuldig. Am 3. Juni ging sein Protest nach Wien ab. Wie aus einer Wetterwolke zuckt aus seiner Feder in diesen gewitterschweren Tagen unaufhörlich Blitz auf Blitz. Da schrieb er am 3. Juni: Die Erklärung Österreichs vom 1. Juni sei „nach Form und Fassung neu in der Geschichte der Verhandlungen am Bunde“, und der Inhalt ihrer Insinuationen sei wahrheitswidrig. In dieser Erklärung erkenne Preußen im Übrigen Österreichs „ausdrückliche Lossagung vom Gasteiner Vertrage, durch welche die in demselben getroffenen Vereinbarungen hinfällig werden. Wir stehen somit wiederum auf dem einfachen Boden des Wiener Vertrages vom 30. Oktober 1864,

und Se. Majestät der König wird den General von Manteuffel mit der Wahrung der Preußen aus diesem Vertrage zustehenden Souveränitätsrechte an Holstein beauftragen." Nach der Lossagung vom Gasteiner Vertrage habe Österreich auch kein Recht, die holsteinischen Stände einseitig einzuberufen. Dazu gehöre Preußens Zustimmung und eine von beiden Souveränen erteilte Vollmacht. Auch behalte sich Preußen alle weiteren Schritte sowohl am Bunde als in den Herzogtümern vor.

Nachdem am 4. Juni die von Bismarck mit „Vive le Roi!" begrüßte Nachricht von der Absage des europäischen Kongresses eingelaufen war, erließ er noch am nämlichen Tage ein Rundschreiben an die preußischen Gesandten bei allen deutschen und fremden Höfen, um vor ganz Deutschland und Europa gegen Österreich die Anklage auf Friedensbruch zu erheben. Österreich habe die versöhnliche preußische Depesche vom 7. Mai nur durch die in der Form beleidigende, im Inhalt wahrheits- und verfassungswidrige Erklärung am Bunde vom 1. Juni beantwortet. „In diesem Verfahren der österreichischen Regierung sind wir nicht im Stande etwas anderes wahrzunehmen, als die Absicht einer direkten Provokation und den Wunsch, mit Gewalt einen Bruch und Krieg herbeizuführen. Alle unsere Erkundigungen stimmen darin überein, daß der Entschluß, gegen Preußen Krieg zu führen, in Wien fest gefaßt ist." Das wird an der Zurückweisung der Gablenzschen Verständigungsvorschläge eingehend dargethan. „Die Verhandlungen, auf Seiten der Vermittler auf die friedlichsten Wünsche gestützt, haben nur erwiesen, daß ein entsprechendes Gefühl in Wien nicht mehr vorhanden ist. Auch Auslassungen einflußreicher österreichischer Staatsmänner und Ratgeber des Kaisers sind dem Könige authentisch mitgeteilt worden, welche keinen Zweifel lassen, daß die kaiserlichen Minister Krieg um jeden Preis wünschen, teils in der Hoffnung auf Erfolg im Felde, teils um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen — ja, selbst mit der ausgesprochenen Absicht, den österreichischen Finanzen durch preußische Kontributionen oder durch einen „ehrenvollen" Bankerott Abhilfe zu verschaffen. Der Krieg ist ein abgemachter

Beschluß in Wien; der einzig nächste Punkt ist der, den günstigen Augenblick zu wählen, ihn zu beginnen."

Schon am folgenden Tage that Bismarck einen weiteren Schritt, um Österreich vor den Augen aller rechtlich Denkenden ins Unrecht zu versetzen. Denn am 5. Juni erschien die amtliche Mitteilung im Staatsanzeiger, daß Österreich „durch seinen Schritt am Bunde vom 1. d. M. nicht nur die Gasteiner Konvention, sondern auch die geheime am 16. Januar 1864 zu Berlin getroffene Vereinbarung gebrochen habe, deren Art. 5 also laute: Für den Fall, daß es zu Feindseligkeiten in Schleswig käme und also die zwischen den deutschen Mächten und Dänemark bestehenden Vertragsverhältnisse hinfällig würden, behalten die Höfe von Preußen und Österreich sich vor, die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur im gegenseitigen Einverständnis festzustellen. Zur Erzielung dieses Einverständnisses werden sie eintretenden Falls die sachgemäßen weiteren Abreden treffen. Sie werden jedenfalls die Frage über die Erbfolge in den Herzogtümern nicht anders, als im gemeinsamen Einverständnisse entscheiden."

Dann gab Savigny in der Bundestagssitzung vom 9. Juni eine von Bismarck verfaßte eingehende Erklärung gegen den österreichischen Schritt vom 1. Juni ab, welche den Beweis führte, daß dieser Schritt „weder mit den zwischen den beiden Mächten bestehenden Verträgen, noch mit der Zuständigkeit des Bundes in Einklang zu bringen" sei. Vergebens suche die preußische Regierung nach Gründen „durch welche dieser Bruch der vertragsmäßigen Verpflichtungen Österreichs gerechtfertigt werden kann. Sie kann nicht annehmen, daß das Motiv hierzu in der Überzeugung der österreichischen Regierung von einem ursprünglichen Recht des deutschen Bundes zur alleinigen Entscheidung dieser Angelegenheit liege". Denn mit Schleswig habe der Bund gar nichts zu schaffen, und Österreich selbst habe in einem mit Preußen am 11. Februar 1864 beim Bundestage abgegebenen Separatvotum gefordert, daß der Bund seine Kompetenz erst noch begründen bezw. beweisen müsse „und seinen eigenen Zweifeln und Bedenken gegen die Ausdehnung der Kompetenz des

Bundes in einer öffentlichen Depesche nach München vom 10. Januar 1864 einen sehr bestimmten Ausdruck gegeben." Seither habe die Sachlage keine wesentliche Veränderung erfahren. Auch Preußen sehe die Angelegenheit der Herzogtümer als eine nationale an und wolle in diesem Sinne die Verbindung Holsteins mit Schleswig ordnen. Es habe deshalb in Wien schon am 7. Mai den Vorschlag gemacht, diese Angelegenheit in Verbindung mit der Bundesreform zu behandeln und sehe grade in dieser Verbindung die Erleichterung friedlicher Lösung. Preußen „erwartet auch jetzt nur den Augenblick, wo es diese Frage mit einer Bundesgewalt verhandeln kann, in welcher die Mitwirkung der nationalen Vertretung dem Einflusse partikularer Interessen das Gegengewicht hält und die Bürgschaft gewährt, daß die von Preußen gebrachten Opfer schließlich dem gesamten Vaterlande und nicht der dynastischen Begehrlichkeit zu gute kommen. Unter den gegenwärtigen Umständen aber und bei der positiven Begrenzung, welcher die Zuständigkeit der Bundesversammlung durch die bestehende Verfassung unterliegt, muß Preußen Einspruch dagegen erheben, daß über eigene, durch blutige Kämpfe und durch internationale Verträge erworbene Rechte ohne seine Zustimmung Verfügung getroffen werde."

Am 10. Juni sandte Bismarck dann allen deutschen Regierungen seinen Entwurf einer künftigen deutschen Bundesverfassung zu. Er enthielt folgende Grundzüge: Ausschluß Österreichs und der Niederlande; Ausübung der gesetzgebenden Gewalt des Bundes durch den Bundestag in Gemeinschaft mit einer in regelmäßigen Zeiträumen zu berufenden Nationalvertretung, wobei zur Gültigkeit der Beschlüsse die Übereinstimmung der Mehrheit des Bundestages mit der Mehrheit der Volksvertretung erforderlich und ausreichend ist. Hinsichtlich des allgemeinen Wahlrechtes und der Grenzen der Bundesgesetzgebung bleibt es bei den in dem früheren preußischen Bundesreformentwurfe gegebenen Grundsätzen. Die Bundesgewalt hat das Recht über Krieg und Frieden, über Bündnisse und Verträge und die diplomatische Vertretung des Bundes; außer im Falle feindlicher Invasion des Bundesgebietes, bedarf es zur Kriegserklärung der

Zustimmung der Souveräne von mindestens zwei Dritteln der Bundesbevölkerung. Es wird eine Bundeskriegsflotte geschaffen unter preußischem Oberbefehl. Die Landarmee wird in zwei Bundesheere geteilt, die Nordarmee und die Südarmee; über jene führt Preußen, über diese Bayern den Oberbefehl. Endlich werden die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Landesteilen des österreichischen Kaiserstaates, nach erfolgter Vereinbarung über dieselben, mit dem zunächst einzuberufenden Parlamente durch besondere Verträge geregelt. In einem diesen Entwurf begleitenden Rundschreiben an die deutschen Höfe vom 10. Juni, erklärte Bismarck: der bisherige (schleppende) Gang der Verhandlungen über den preußischen Bundesreformvorschlag vom 9. April im Neunerausschusse hätte Preußen veranlaßt, sich „unmittelbar an unsere Bundesgenossen zu wenden. Wir legen ihnen nun die Grundzüge einer neuen Bundesverfassung mit der Bitte vor, sie einer sorgfältigen Erwägung zu unterziehen und sich zugleich über die Frage schlüssig machen zu wollen, ob sie eventuell, wenn in der Zwischenzeit bei der drohenden Kriegsgefahr die bisherigen Bundesverhältnisse sich lösen sollten, einem auf der Grundlage dieser Abänderungen des alten Bundesvertrages neu zu errichtenden Bunde beizutreten geneigt sein würden."

Am merkwürdigsten an dieser bedeutsamen Staatsschrift ist wohl das felsenfeste Vertrauen, das Bismarck in sein Reformwerk und namentlich auf die nationale Pflichterfüllung des deutschen Parlaments setzt. Wie die Genehmigung der neuen Bundesverfassung seitens des Fürsten zu beschaffen, wie ihre Stimmen bei einer Kriegserklärung zu bemessen, ihre Pflichten für Heer, Flotte u. s. w. zu verteilen seien, das alles ist in dem Verfassungsentwurfe Bismarcks Gegenstand der Erwägung, sogar breiterer Ausführung. Die nationale Pflichterfüllung des deutschen Parlaments dagegen wird von dessen Zustimmung zur neuen Verfassung an bis zu dessen Genehmigung der künftigen neuen Verträge mit Österreich als selbstverständlich vorausgesetzt. Solches Zutrauen hatte der „Junker" Bismarck zu der Volksvertretung im neuen Bunde, deren Mehrheit zum Zustandekommen jedes Gesetzes gehörte. So wenig verdiente

er den Vorwurf, daß er die Parlamentslosung nur in verzweifelter Verlegenheit oder aus Popularitätshascherei ausgebe. Dem französischen Journalisten Vilbort, dem Bismarck am 4. Juni 1866 die schon viel früher berichteten Enthüllungen machte, daß er bereits in Frankfurt den Plan gefaßt habe, Deutschland von Österreichs Joch zu befreien, sagte er mit jenen „großen, tiefen und sanften Augen, die aber schrecklich werden können, wenn sie in Zornesfeuer aufblitzen": „Niemand ist berechtigt, mir die Beleidigung zuzufügen, ich dächte daran, Deutschland mit meinem Parlamentsprojekte zu mystifizieren." Im Bewußtsein der Größe und Gerechtigkeit seiner Forderungen richtete aber Bismarck seinen neuen deutschen Verfassungsentwurf auch an die deutschen Regierungen mit solchem Vertrauen, daß er diesen schon jetzt die Frage unterbreitete, welche von ihnen auch nach Lösung des bisherigen Bundesverhältnisses die neue Verfassung annehmen würden. Er war demnach der Überzeugung, daß dieser Entwurf den Krieg überdauern werde. Und das war, bei dem Ausschlusse Österreichs aus dem Bunde, den schon der erste Artikel des Entwurfes verfügte, nur möglich, wenn Preußen siegte.

Diese kräftige Überzeugung Bismarcks, zugleich aber auch das bescheidene Bewußtsein, daß er in dem Verfassungsentwurfe nur das Notwendigste, nicht das Ideal nationaler Wünsche aufgestellt habe, tritt klar zu Tage in dem Schreiben vom 9. Juni 1866, mit welchem er dem Herzog Ernst von Sachsen-Coburg den Entwurf überreichte. Der Herzog hatte am 25. Mai eine längere Unterredung mit Bismarck gehabt und ihm dann auch noch am 6. Juni über die Bundesreform — oder wie der Herzog sagte, über „ein Manifest an das deutsche Volk" — geschrieben. Bismarck erwidert nach einer dankenden Einleitung: „Die in dem Entwurfe enthaltenen Vorschläge sind nach keiner Seite hin erschöpfend, sondern das Ergebnis der Rücksicht auf die verschiedenen Einflüsse, mit denen kompromittiert werden mußte: intra muros et extra. Können wir sie aber zur Wirklichkeit bringen, so ist damit immer ein gutes Stück der Aufgabe, das historische Grenznetz, welches Deutschland durchzieht, unschädlich zu machen, erreicht, und es ist

unbillig zu verlangen, daß eine Generation oder sogar ein Mann, sei es auch mein A. Gn. Herr, an einem Tage gut machen soll, was Generationen unserer Vorfahren Jahrhunderte hindurch verpfuscht haben. Erreichen wir jetzt, was in der Anlage feststeht, oder Besseres, so mögen unsere Kinder und Enkel den Block handlicher ausdrechseln und polieren . . . Wir können Österreich den bisherigen Bund gewähren, aber ein besseres Verhältnis gemeinsam mit Österreich auszubilden, halte ich für schwieriger als die Zirkelquadratur, denn die Aufgabe ist nicht einmal annähernd zu lösen. — Daß der vorliegende Entwurf den Beifall der öffentlichen Meinung haben werde, glaube ich nicht; denn für den deutschen Landsmann genügt im allgemeinen die Thatsache, daß jemand eine Meinung ausspreche, um sich der entgegengesetzten mit Leidenschaft hinzugeben;*) ich begnüge mich mit dem Worte: Qui trop embrasse, mal étreint, und mit dem andern, daß Rom nicht an einem Tage gebaut wurde, wenn es auch schon in den ersten Anfängen, durch Raub der Sabinerinnen, ein erhebliches Odium auf sich lud. Ich glaube, daß auch dem germanischen Rom der Zukunft, falls Gott ihm überhaupt eine bescheert, einige Gewaltthat an den Sabinern

*) Ganz ähnlich äußerte sich Bismarck am 4. Juni gegen Vilbort: „Während Frankreich und Italien heute, jedes für sich, einen großen sozialen Körper bilden, den derselbe Geist, dasselbe Gefühl beseelt, ist in Deutschland im Gegenteil der Individualismus vorherrschend. Jedermann lebt hier apart in seinem kleinen Winkel, mit seiner Meinung für sich zwischen Weib und Kindern, stets voll Mißtrauen gegen die Regierung wie gegen seinen Nachbar, alles von seinem persönlichen Standpunkt, niemals aber etwas vom Standpunkt der Masse aus betrachtend. Das Gefühl des Individualismus und das Bedürfnis des Widerspruchs sind bei dem Deutschen in einem unbegreiflichen Grade entwickelt. So wird auch keine Regierung, was sie auch thun möge, in Preußen jemals populär sein. Die große Mehrheit wird stets entgegengesetzter Meinung sein. Dadurch allein, daß sie die Regierung ist, und sich dem Individuum gegenüber als Autorität hinstellt, ist sie dazu verurteilt, von den Exaltierten Verunglimpfung und Insulten zu erfahren. Das ist das gemeinsame Schicksal aller Regierungen gewesen, die seit dem Beginn der Dynastie aufeinander gefolgt sind. Die liberalen Minister haben ebensowenig wie die reaktionären vor unseren Politikern Gnade finden können."

nicht erspart bleiben wird, und möchte sie auf ein Minimum reduzieren, der Zeit das Weitere überlassend."

Während Bismarck das schrieb, nahm ganz Deutschland am nationalen Scheidewege die Richtung, die für die nächste Zukunft der Einzelnen bestimmend war. Die sächsischen Kammern hatten schon am 4. Juni einstimmig den von der Regierung geforderten Kredit zu außerordentlichen militärischen Maßnahmen bewilligt, nachdem Herr v. Beust versichert hatte, daß die Truppen nur zur Verteidigung des Landesgebietes verwendet werden würden. Am 8. Juni war die württembergische Kammer, am 9. die bayerische mit ähnlichen Beschlüssen gefolgt. In Darmstadt und Nassau dagegen versagten die Kammern den Ministern die Geldbewilligung für die Mobilmachung. In Kassel verlangten die Stände mit erdrückender Mehrheit die unbedingte Neutralität der Regierung. In Hannover nahm die zweite Kammer einen eben darauf zielenden Antrag Rudolfs v. Bennigsen an. In Darmstadt, Nassau, Kassel und Hannover trotzte also die Regierung in ihrer preußenfeindlichen Haltung den gegenteiligen Beschlüssen der Kammern. In Sachsen wenigstens der Meinung der Bürgerschaft Leipzigs und Glauchaus. In Weimar erklärte die Mehrheit der Abgeordneten, daß die preußische Bundesreform das Heil des Vaterlandes begründe. In Baden war die Mehrheit der Kammern, im Gegensatz zum leitenden Minister v. Edelsheim und zu weiten Volkskreisen, entschieden dem Kriege feind, in Württemberg und Bayern dagegen zwangen die preußenfeindlichen Massen der Bevölkerung der maßvoller gesinnten Regierung den Bund mit Österreich auf.

Gleichzeitig mit diesen Kundgebungen waren die Ereignisse unaufhaltsam dem Kriegsausbruche zugetrieben. Zunächst in Holstein. Denn hier berief Anfang Juni, entsprechend der von Wien erhaltenen „Spezialvollmacht", der General Gablenz zum 11. Juni die holsteinischen Stände nach Itzehoe ein. Am 6. Juni abends erhielt darauf Gablenz vom General Manteuffel die Anzeige, daß durch den Schritt Österreichs am Bunde vom 1. Juni der Gasteiner Vertrag gebrochen, also der frühere Gemeinbesitz des Wiener Frie-

dens wieder eingetreten sei. Manteuffel werde daher am 7. Juni mit seinen Truppen in Holstein einrücken, aber nur die von den Österreichern nicht belegten Orte besetzen, um den durchaus friedlichen Charakter dieser Maßregel zu bekunden, da er auf königlichen Befehl jeder feindlichen Begegnung nach Möglichkeit vorzubeugen habe. Am Morgen des 7. Juni versammelte Manteuffel die Amtmänner des Herzogtums Schleswig um sich und sprach ihnen die Hoffnung aus, daß es in Holstein nicht zum Blutvergießen kommen werde, und daß er zum gesetzlichen Sinn der Bevölkerung volles Vertrauen habe. Am nämlichen Tage erschien auch eine öffentliche Bekanntmachung gleichen Inhaltes, während die preußischen Truppen unter General Flies überall in Holstein vordrangen und Manteuffel sein Hauptquartier in Rendsburg nahm. Die österreichischen Truppen (Brigade Kalik, 4800 Mann) zogen vom frühesten Morgen an aus ihren Standquartieren Altona zu, wohin Gablenz, unter öffentlichem Protest, den Sitz der Statthalterschaft und Zivilregierung verlegte und sich mittags selbst verfügte. Der „Erbprinz“ von Augustenburg hatte schon am Morgen in höchster Eile Kiel verlassen. Nur wenige Personen gaben ihm das Geleite. Die preußischen Truppen bezogen überall friedlich die holsteinischen Garnisonen. Nunmehr erließ Manteuffel die Aufforderung an Gablenz: Namens ihrer beiden Souveräne eine gemeinsame Regierung für Schleswig-Holstein einzusetzen und die einseitige Berufung der holsteinischen Stände zurückzunehmen. Beide Forderungen wurden abgelehnt. Manteuffel veröffentlichte daher am Sonntag den 10. Juni eine Bekanntmachung, in welcher er, unter Darlegung der Vorgänge, anzeigte, daß er im Auftrage des Königs Holstein besetzt habe, und daß er, bei der Weigerung Österreichs, die Regierung der Herzogtümer gemeinsam mit Preußen zu führen, genötigt sei, diese Regierung allein in die Hand zu nehmen. Daher werde die bisherige holsteinische Landesregierung aufgelöst und auf allerhöchsten Befehl der Baron Karl v. Scheel-Plessen, unter der Autorität der höchsten Militärgewalt, als Oberpräsident beider Herzogtümer und Leiter ihrer gesamten Zivilverwaltung in Kiel

eingesetzt. Der Bevölkerung dankte Manteuffel für ihre friedlich-gesetzliche Haltung und verfügte zur Vermehrung des Landfriedens die Auflösung aller politischen Vereine und die Unterdrückung aller ohne Konzession erscheinenden Zeitungen. Namentlich war auch Itzehoe sofort von den Preußen besetzt worden. Am 10. nachmittags traf Manteuffel selbst dort ein, um jeden Versuch einer Versammlung der holsteinischen Stände am 11. zu hindern. Als sich nun die preußischen Truppen von allen Seiten der Stadt Altona näherten, führte Gablenz in der Nacht des 11. die Truppen der Brigade Kalik über die Elbe nach Harburg und eilte mit ihnen auf hannoverschen, hessischen und bayerischen Bahnen zum österreichischen Hauptheer nach Böhmen. In den Herzogtümern aber blieb alles Volk durchaus ruhig. In Hannover und Kassel hatte man sich vergebens auf die Verstärkung der einheimischen Truppen durch die Brigade Kalik Rechnung gemacht. Es war die erste Enttäuschung, die man am österreichischen Versprechen erlebte; die zweite Erfahrung über den Wert der österreichischen Garantie für den Länderbestand der beiden Staaten sollte noch viel herber ausfallen.

Nun führte Österreich auch am Bunde in kriegseifriger Hast die letzte Entscheidung herbei. Am 11. Juni stellte es nämlich den am 16. März mißlungenen Antrag: Die Mobilmachung des ganzen Bundesheeres, mit Ausnahme der dazu zählenden preußischen Korps, die Bildung der Ersatzkontingente, die Ernennung eines Bundesfeldherrn, der Korpskommandanten und Stäbe zu verfügen. Begründet war dieser Antrag in höchst seltsamer Weise, wie es nach der Ungeheuerlichkeit desselben auch gar nicht anders sein konnte. Preußen habe nämlich durch den Einmarsch in Holstein die Gasteiner Konvention gebrochen, „welche einen provisorischen Zustand vertragsmäßig festgesetzt hatte, den bis zur definitiven Entscheidung des Bundes über Holstein fortdauern zu lassen, Österreich bereit war.“ Manteuffel habe weiter auch die Regierung in Holstein ergriffen und damit den Wiener Frieden verletzt. Zum Schutze vermeintlich gekränkter Rechte habe Preußen den Weg der Selbsthilfe

betreten. Es liege daher der Fall des Art. 19 der Wiener Schlußakte vor, und die Bundesversammlung sei berufen, der unternommenen Selbsthilfe Einhalt zu thun. Dies könne nur durch schleunige Mobilmachung aller nicht preußischen Bundeskorps erreicht werden. Trotz der rechtlichen Ungeheuerlichkeit dieses Antrages und seiner Begründung beschloß die Bundesversammlung noch am 11. Juni, schon innerhalb drei Tagen, am Donnerstag den 14. Juni, ohne vorherige Ausschußberatung, die Abstimmung über den österreichischen Antrag vorzunehmen, und zwar obwohl Mecklenburg gegen diese geschäftsordnungswidrige Übereilung und rechtswidrige Zumutung einen unter allen Umständen beachtlichen Widerspruch erhoben hatte. Aber um das Recht kümmerte sich diese Versammlung überhaupt nicht mehr. Sie rief nach der Gewalt, ohne zu bedenken, daß diese ein zweischneidiges Schwert führe und vielleicht anderswo throne als in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt und an der schönen blauen Donau.

Bismarck hatte diesem Beschlusse seinerseits durchaus keine Schwierigkeiten bereitet, vielmehr Herrn v. Savigny angewiesen, sich gegen den österreichischen Antrag gleichgültig und unthätig zu verhalten. Auch den von Österreich am 12. Juni erklärten Abbruch der diplomatischen Beziehungen nahm Bismarck ohne ein Wort der Entgegnung hin. Aber am 13. erschien in dem halbamtlichen Blatte des Berliner Kabinets, der „Provinzialkorrespondenz“, eine Abweisung der Bundesrechtstheorien des österreichischen Antrags, die an Schärfe und warnender Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: „Das Auftreten Österreichs und das vorläufige Verhalten der Bundesversammlung stehen im Widerspruch mit dem Bundesrechte: letzteres kennt ein Einschreiten, wie es hier unter nichtigen Vorwänden“ — namentlich wegen angeblicher Verletzung der den Bundestag gar nichts angehenden Verträge von Wien und Gastein — „gegen Preußen versucht worden ist, überhaupt nicht. Glaubt der Bund ein Recht zur Herstellung der bundesmäßigen Ordnung in Holstein zu haben, so kann dies nur auf dem Wege der Bundesexekution geschehen, für welche aber ganz bestimmte Formen und

Vorbedingungen festgesetzt sind, ohne deren Beobachtung ein Exekutionsverfahren nicht stattfinden kann. Dagegen zu einer Mobilmachung des Bundesheeres zu schreiten, liegt nicht der mindeste Anlaß und Grund aus dem Bundesrecht vor, da eine Mobilmachung nur zum Zwecke eines Bundeskrieges angeordnet werden darf, ein Bundeskrieg gegen Mitglieder des Bundes aber ausdrücklich untersagt ist. Der Antrag Österreichs ist daher von vornherein eine Verhöhnung des Bundesrechtes. Derselbe hätte von der Bundesversammlung gar nicht in Betracht genommen werden dürfen: er hätte vorweg und ohne jede Beratung abgewiesen werden müssen. Indem die Versammlung den Antrag überhaupt zuließ, beteiligte sie sich bereits an dem Versuch zum Bruch der Bundesverträge. Vollends würde die Annahme des österreichischen Antrags nicht bloß als ein Akt offener Feindseligkeit gegen Preußen, sondern auch als ein entschiedener Bundesbruch aufzufassen und zu behandeln sein. Die Beschlüsse der nächsten Bundestagssitzung dürften daher von der höchsten, möglicherweise verhängnisvollsten Bedeutung werden. Die Staaten, welche einen Beschluß im Sinne Österreichs zu fassen im Begriff stehen, werden sich die Folgen und die Verantwortung desselben klar zu machen haben."

Ganz in Übereinstimmung mit diesen Ausführungen und Warnungen hatte Bismarck schon am 12. Juni alle preußischen Gesandten in Deutschland telegraphisch zu der Erklärung aufgefordert: daß Preußen jede Zustimmung zu dem österreichischen Antrage als Kriegserklärung betrachten müsse. Zugleich sandte er an Savigny die Weisung, am 14. Juni vor der Beratung über den österreichischen Antrag die Erklärung abzugeben „gegen jede geschäftliche Behandlung des Antrages, als nach Form und Inhalt bundeswidrig zu stimmen, und Namens der preußischen Regierung ausdrücklich Protest einzulegen", dann sich der Beratung und Abstimmung über den Antrag zu enthalten. Nach der Annahme des österreichischen Antrages aber sollte Savigny erklären: „Durch die nach dem Bundesrechte unmögliche Kriegserklärung gegen ein Bundesglied, sieht das preußische Kabinet den Bundesbruch als vollzogen, den bisherigen

Bundesvertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr verbindlich an, wird denselben vielmehr als erloschen betrachten und behandeln. Indessen will Se. Majestät der König mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund auferbaut gewesen, als zerstört betrachten. Preußen hält vielmehr an diesen Grundlagen und an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation fest und sieht es als eine unabweisliche Pflicht der deutschen Staaten an, für die letzteren den angemessenen Ausdruck zu finden. Die königliche Regierung legt ihrerseits die Grundzüge einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung hiermit noch vor und erklärt sich bereit, auf den alten, durch eine solche Reform abgeänderten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr dazu die Hand reichen wollen."

Schließlich galt es auch, in Preußen selbst die letzten Beschlüsse für den wahrscheinlichen Fall der Annahme des österreichischen Antrages am Bunde zu fassen. Hierüber beriet am 12. Juni ein Ministerrat unter Vorsitz des Königs an der Hand einer Denkschrift Bismarcks. Darin hieß es: „Die Kriegsfrage ist heute als unwiderruflich entschieden zu betrachten. Die Anträge am Bunde sowie die Erklärungen des Grafen Mensdorff lassen keinen Zweifel mehr zu. Der österreichische Antrag beim Bunde ist eine offene Kriegserklärung. Diesem Versuche einer bundeswidrigen Exekution muß durch eine entsprechende Aktion geantwortet werden. Der angedrohten Bundesexekution muß eine thätige preußische Exekution gegenüber treten und diese muß der Erklärung über den Bundesbruch und die Auflösung des Bundes auf dem Fuße nachfolgen. Für diese preußische Aktion bieten sich zwei Wege dar." Den ersten, der die nicht mehr vorhandene Voraussetzung erwog, die übrigen deutschen Staaten würden neutral bleiben, lassen wir beiseite. „Der andere Weg," fährt die Denkschrift fort, „müßte die Aktion der deutschen Regierungen, auf deren Neutralität nicht gerechnet werden kann, durch ein entschiedenes Eintreten lähmen, ehe sie im Stande sind, dieselbe zu beginnen. Für diesen Fall ist die zerstreute Auf-

stellung der preußischen Truppen in Koblenz und Wetzlar“ (19000 Mann), „an der Weser“ (14000 Mann) „und Elbe“ (bei Hamburg, 14000 Mann) „als ein providentieller Umstand zu betrachten, weil sie stark genug sind, und gerade an den entscheidenden Punkten stehen, um die in Betracht kommenden Staaten sofort mit geschlossenen Massen anzufallen und aufzurollen.

„Sollte die Entscheidung für diesen Weg ausfallen, so ist folgende Entwickelung in das Auge zu fassen. Am Tage nach der Abstimmung in Frankfurt, also am Freitag den 15. Juni, werden die Regierungen von Nassau, Kurhessen, Hannover und Sachsen gleichzeitig durch die diplomatischen Vertreter schriftlich, und eintretenden Falls durch Andringen bei den Souveränen selbst aufzufordern sein: ihre Rüstungen sofort einzustellen und ihre mobilen Truppen zu entlassen, und gleichzeitig den von Preußen vorgelegten Bundesreformvorschlag anzunehmen. Für den Fall der Bejahung würde ihnen der Landbesitz und ihre Souveränität zugesichert, für den Fall der Verneinung oder einer ausweichenden Antwort würde ihnen der Krieg erklärt. Den diplomatischen Agenten würden die betreffenden Noten von hier schon jetzt zugesandt werden. An die Militärbehörden müßte im Voraus die Weisung ergehen, auf telegraphische, von den Gesandten ihnen zukommende Nachricht über den Ausfall der Antwort sogleich einrücken zu können.“ Bismarcks Vorschläge betreffs der Aktion im Herzogtum Nassau wurden einstweilen verschoben. „In Kurhessen würde der königliche Gesandte dem Kurfürsten für den Fall der Bejahung neben der Zusicherung der Integrität seines Landes eine bestimmte Aussicht auf die hessendarmstädtischen Gebiete nördlich des Maines eröffnen, für den Fall der Verneinung dagegen mit Absetzung drohen. Für Hannover würde die Erhaltung der Souveränität und Integrität ebenfalls an die Bedingung der Annahme des Reformprojekts und sofortiger Entlassung der Truppen geknüpft werden, mit der Ablehnung würde das Schicksal des Landes vom Kriegsglück abhängig werden. Nach der Besitznahme würden die hannoverschen Truppen nach Abgabe der Waffen in die Heimat entlassen, die Verwaltung des Landes

von Preußen übernommen. Die Forderung an Sachsen würde nicht minder kategorisch lauten, und auf die Ablehnung derselben die Besetzung des Landes durch die an der Grenze bereit stehende Armee erfolgen. Für die Einschlagung dieses Weges spricht der Umstand, daß nach Allem was hier bekannt ist, sämtliche deutsche Staaten noch nicht gerüstet sind, und es in den nächsten Tagen auch noch nicht sein können." Preußen werde also alle in seinem Rücken befindlichen Gefahren beseitigen können, ehe die großen Operationen nach dem Süden beginnen, wo der Angriff voraussichtlich nur von Österreich, Bayern und allenfalls Württemberg ausgehen werde!

Der König genehmigte diese Vorschläge, deren militärischen Teil Bismarck zuvor mit Roon und Moltke beraten hatte. Nur wollte König Wilhelm durch das Vorgehen gegen die deutschen Widersacher die große Angriffsbewegung gegen Österreich nicht verzögert wissen. Sofort wurden die Instruktionen für die Gesandten in Hannover, Kassel und Dresden und an die betreffenden Generale abgesandt. Wenn die Ablehnung der Höfe noch am Vormittag des 15. Juni erfolgen würde, sollten die Gesandten die Generale so zeitig benachrichtigen, daß diese noch am nämlichen Tage in das Gebiet der Gegner einrücken könnten. In der That vollzogen sich in den nächsten Wochen, von einigen starrköpfigen Eigenmächtigkeiten des Generals Vogel v. Falckenstein abgesehen, alle Ereignisse in Norddeutschland bis zur Mainlinine genau nach dem Kriegsprogramm der Bismarckschen Denkschrift und den Beschlüssen des Ministerrates vom 12. Juni.

Engelszungen hätten indessen nicht ausgereicht, um die bethörten Herren von Hannover und Kurhessen zur Neutralität und zur Annahme der preußischen Bundesreform zu bestimmen, welche in jenen Tagen vor der letzten Entscheidung die preußischen Gesandten und alle einsichtigen Männer des Landes ihnen immer wieder dringend empfahlen. Mit verwerflichster Trugkunst trieb dagegen der badische Minister v. Edelsheim den edeln Freund Preußens, den Großherzog Friedrich, und sein Volk in den Krieg gegen Preußen, durch die Vorspiegelung, der Breisgau werde an Österreich, die badische Pfalz an Bayern verloren gehen, wenn der Fürst für Preußen Partei nehme.

Unter solchen Verhältnissen brach der 14. Juni an, der die letzte Entscheidung am Bundestag bringen sollte. Genau nach Bismarcks Vermutung vollzogen sich auch hier die Ereignisse, die, entgegen den Absichten ihrer Urheber „die deutsche Uhr für ein Jahrhundert auf die richtige Stunde stellten". Österreich nahm natürlich seinen eigenen Antrag einfach an, mit der behaglichen Erklärung, daß die Kriegsbereitschaft seiner drei Bundeskorps bereits vollendet sei. Preußen erhob dann den von Bismarck vorgeschriebenen Protest gegen den bundesverfassungswidrigen österreichischen Antrag. Bayern, Sachsen und Darmstadt traten dem österreichischen Antrage aus dem Gesichtspunkte der Verletzung des Bundesfriedens, nicht aber wegen des Bruches des den Bund nicht berührenden Gasteiner Vertrags bei. Ebenso Hannover, Meiningen, Frankfurt und Kurhessen, während Württemberg und Nassau glatt für den österreichischen Antrag stimmten, nicht minder Reuß ältere Linie und Liechtenstein. Baden beantragte die Verweisung an einen Ausschuß und enthielt sich, gleich Preußen, der Abstimmung. Die übrigen Gesandten stimmten gegen den Antrag. Am Schlusse der Abstimmung konnte der österreichische Präsidialgesandte, Baron Kübeck, verkünden, daß der Antrag in der bayerischen Fassung mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen worden sei. Sofort gab nun Herr v. Savigny die ihm von Bismarck vorgeschriebene weitere Erklärung ab, daß der Bund mit diesem Beschlusse gebrochen und aufgelöst sei, und daß die Freunde der nationalen deutschen Sache eingeladen würden, die preußische Bundesreform, die er vorlegte, anzunehmen. Herr v. Kübeck antwortete hierauf, indem er gegen Preußens Austritt aus dem Bunde grundgesetzliche Verwahrung einlegte und die ganze Verantwortung Preußen zuschob. Ihm schloß sich die vorige Mehrheit an.

Damit endete die letzte Sitzung des Bundestages. Er wurde fortan, wie der Kladderadatsch damals von dem König von Hannover sagte, „nur noch flüchtig gesehen" und starb an ruhmloser Entkräftung im Hotel „zu den drei Mohren" in Augsburg. Er war den Deutschen des Jahres 1866 in noch höherem Grade, als

nach dem Wortlaut der amtlichen Note Bayerns im Jahre 1848, „Anfangs ein Gegenstand des Mißtrauens, dann der kalten Anwiderung geworden.“ Er hatte auch den letzten Faden der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens durchschnitten.

Als Savignys Telegramm über die verhängnisvolle letzte Bundestagssitzung in Berlin eintraf, begab sich Bismarck zum König, um ihm Vortrag zu halten, und dessen Zustimmung zu den letzten entscheidenden Beschlüssen einzuholen. Seit Monaten schon war der Krieg unvermeidlich gewesen und nur der Tag seines Ausbruches noch ungewiß. König Wilhelm wußte das so genau wie sein Minister, wenn auch Beide bis zum letzten Augenblicke jedes nur denkbare Mittel ergriffen, um den Frieden zu erhalten. Trotz dieser seit Monaten immer mehr verstärkten Überzeugung war der König doch tief erschüttert,*) als Bismarck jetzt die amtliche Nachricht brachte: die letzte Friedenshoffnung sei erloschen und er bitte nun um seines Herrn und Königs Befehle für den Krieg. Ehe der König die Entscheidung gab, welche Bismarck am Schlusse seines Vortrages begehrte, erklärte er dem Minister den Wunsch sich auf kurze Zeit in sein Zimmer zurückziehen zu wollen. Als Bismarck allein war, warf er von ungefähr einen Blick in den Spiegel, in welchem ein Teil des Nebengemaches sich abzeichnete, da der König beim Eintritt in dieses Zimmer die Verbindungsthüre nicht völlig geschlossen hatte. Da erblickte Bismarck ein herzbewegendes Bild! Sein König lag auf den Knieen und flehte in heißem Gebet zu dem Herrn aller Heerscharen, zum König aller Könige. Bismarck wandte das Haupt ab und Thränen rollten über dieses eherne Antlitz. Inzwischen trat der König wieder lautlos ein, und dessen milde Stimme sprach jetzt zu Bismarck: „Ich habe die Entscheidung getroffen. Ich genehmige Ihre Vorschläge.“

Damit war von selbst noch eine weitere Entscheidung gefallen. Denn an jenem weltgeschichtlich bedeutenden 15. Juni 1866 erhielt

---

*) Der Verfasser dankt den Bericht über die im Text geschilderte Scene, die auch einige Tage vor dem 14. Juni sich ereignet haben kann, der besten Quelle.

König Wilhelm ein Schreiben des ehemaligen Ministers v. Bethmann-Hollweg, welches zunächst einen Rückblick auf die ganze verfehlte Politik Bismarcks seit 1862 warf und den König dann beschwor, das einzige Mittel zu ergreifen, um „das Vaterland von dem Rande des Abgrundes“ zurückzureißen: die Entlassung Bismarcks. Das Selbstgefühl des Briefschreibers, der seit Jahren „in völliger Zurückgezogenheit von politischer Thätigkeit“ lebte, „aber dem Mittelpunkte der Monarchie und dem Schauplatze des drohenden Krieges nahe genug“ zu sein glaubte, „um dem Gange der Dinge mit sorglicher Teilnahme zu folgen,“ hatte in den Jahren dieser unfreiwilligen Zurückgezogenheit nichts an Stärke verloren. Einige Sätze des Schreibens sind dafür wie für das Maß der Einsicht seines Verfassers bezeichnend. „Gegen den Urheber dieser Politik hege ich keine feindliche Gesinnung“, meint der Schreiber. „Ich erinnere mich gern, daß ich 1848 Hand in Hand mit ihm ging, um den König zu stärken. Im März 1862 riet ich Ew. Majestät, einen Steuermann von konservativen Antecedenzien zu wählen, der Ehrgeiz, Kühnheit und Geschick genug besitze, um das Staatsschiff aus den Klippen, in die es geraten, herauszuführen, und ich würde Herrn v. Bismarck genannt haben, hätte ich geglaubt, daß er mit jenen Eigenschaften die Besonnenheit und Folgerichtigkeit des Denkens und Handelns verbände, deren Mangel der Jugend kaum verziehen wird, bei einem Manne aber für den Staat, den er führt, lebensgefährlich ist.“ Dann, nach Aufzählung all der Fehler, die Bismarck im inneren Konflikt, in der deutschen und in der auswärtigen Politik begangen habe, fährt Bethmann-Hollweg fort: „Viele betrachten diese und ähnliche Maßregeln, die stets, weil in sich widersprechend, in das Gegenteil des Bezweckten umschlugen, als Fehler der Unbesonnenheit. Anderen erscheinen sie als Schritte eines Mannes, der auf Abenteuer ausgeht, alles durcheinander wirft und es darauf ankommen läßt, was ihm zur Beute wird, oder eines Spielers, der nach jedem Verlust höher pointiert und endlich va banque macht. Jede Verständigung ist unmöglich, so lange der Mann an Ew. Majestät Seite steht, Ihr entschiedenes Vertrauen

besitzt, der dieses Ew. Majestät bei allen anderen Mächten geraubt hat. Legen Ew. Majestät die auswärtigen Angelegenheiten in die Hände eines Mannes, der durch und durch Preuße und deshalb unfähig ist, Preußens Ehre etwas zu vergeben, aber im stande, dies Vertrauen wieder zu gewinnen, so halte ich es noch für möglich, daß sie zu einem glücklichen Ziele führen. Aber es ist die elfte Stunde, sind einmal die blutigen Würfel gefallen, so ist es zu spät!" Wer dieser durch und durch preußische und vertrauenswürdige Mann sein könnte, war unschwer zu erraten. Der ehrliche nordamerikanische Präsident Abraham Lincoln sagte einmal: „Wenn Jemand durch einen angeschwollenen Strom reitet, so ist es nicht geraten, das Pferd zu wechseln." Aber noch weit gefährlicher und undenkbarer erschien dem Könige, sich jetzt von Bismarck zu trennen. Das Schreiben Bethmann-Hollwegs machte ihm also etwa den Eindruck, wie der Rat gethan haben würde: König Wilhelm möge sich die rechte Hand abhauen, ehe er zum Schwert griffe, oder sich blenden, ehe er sehen wolle.

Einer der vom König am 14. Juni genehmigten Vorschläge Bismarcks war ein Rundschreiben des letzteren an alle Staaten, welche die Wiener Kongreßakte unterzeichnet hatten. Es ging am 15. Juni ab und begann mit den Worten: „Ew. .. habe ich von einem Ereignisse Mitteilung zu machen, durch welches das bestehende europäische Recht wesentlich alteriert wird." Dann folgt der Bericht über den Bundesbeschluß vom 14. Juni und der Beweis, daß dieser „dem Zwecke und Geiste des Bundes und dem Wortlaute der Bundesakte widerspreche. Der königlichen Regierung liegt nunmehr die Pflicht ob, den Bruch des Bundesvertrages, dessen Bestimmungen jede Haltung verloren haben, zunächst auch vor denjenigen Mächten in förmlicher Weise festzustellen, welche durch Unterzeichnung der Wiener Kongreßakte vom 8. Juni 1815 oder durch Beitritt zu derselben Mitbegründer dieses Vertrages gewesen sind, wenn sie auch keine Garantie für dessen Aufrechterhaltung übernommen haben." Weit lebhafter aber als in dieser kühlen Staatsschrift ließ Bismarck die Stimmung seines Herzens am 15. Juni in der „Provinzial-

korrespondenz" aussprechen: „Der 14. Juni ist in der Geschichte Deutschlands fortan ein Tag von dauernder Bedeutung. Am 14. Juni ist der Bund in seiner bisherigen Gestalt vernichtet worden. Österreich gedachte den Bund gegen Preußen ins Feld zu führen: daran ist er zu Grunde gegangen. Statt des alten machtlosen Bundes soll eine neue Verbindung deutscher Fürsten und Völker auf den Grundlagen wahrer Macht und echter Freiheit errichtet werden. Preußen soll in diesem Bunde die Stellung einnehmen, welche ihm nach seiner wirklichen Bedeutung und nach seinen Leistungen für Deutschland gebührt."

Hier war verheißen: „auf den Grundlagen wahrer Macht und — echter Freiheit" würde der neue Bund errichtet werden. Bismarck wollte an der Seite des Königs, nebst Roon und Moltke nicht eher Berlin verlassen und in den Krieg ziehen, bevor er ein leuchtendes Zeugnis dafür abgelegt hatte, wie ernst er jedes dieser Worte meine. Denn auch er wußte nicht, ob er aus dem Kriege heimkehren würde. Die Schlachten- und Siegesgefahren wollte er mit seinem Könige teilen. Und für den Fall der Niederlage trug er, wie Hannibal, Gift bei sich. Am 19. Juni sandte er seinen Vertrauten, den Bankier Gerson Bleichröder, zu Herrn v. Unruh, einem der Führer der Opposition des Landtags, mit dem er seit 1863 nicht mehr vertraulich gesprochen hatte, dagegen wie wir sahen, im Landtag heftig persönlich zusammengeraten war. Zu Unruhs Erstaunen trug Bleichröder vor, der Ministerpräsident wünsche Unruh zu sprechen. Dieser erklärte sich sofort bereit, da er sich und jeden für verpflichtet halte, einer solchen Aufforderung in einem Augenblicke wie dem jetzigen zu folgen. Darauf wurde die Unterredung für den 20. Juni abends um 9½ Uhr angesetzt. Unruh fand indes den Minister von allerlei hohen Besuchern förmlich belagert. Ohne jede Übertreibung hatte Bismarck Herrn Vilbort bereits am 4. Juni gesagt: „Die Stunde des Diners ist die einzige des Tages und der Nacht, wo ich mir selbst ein wenig angehöre; jetzt muß ich arbeiten, bis die Sonne meine Lampe auslöscht." Unruh fand das bestätigt. Er mußte lange warten. Schließlich sagte ihm Bismarck nach

wiederholten Entschuldigungen: „Hier oben komme ich nicht dazu, mit Ihnen zu sprechen, aber ich werde mich losmachen und mit Ihnen in den Garten gehen." Das geschah. Sie schritten nebeneinander in der hellen Sommernacht.*) Bismarck äußerte, es sei gut, daß sie ganz offen miteinander redeten; es komme jetzt darauf an, ob die Liberalen ihre Interessen höher stellen wollten als den Staat, ob sie diesen lieber untergehen lassen wollten, als ihre Forderungen vertagen. Unruh versicherte: Die ganze liberale Partei, mit Ausnahme weniger unruhiger Köpfe, hege die Überzeugung, wir müßten siegen, wenn wir nicht untergehen wollten; der Staat müsse deshalb alle Kraft zusammenfassen, im Unglücksfall jeden Nerv anspannen, Begeisterung hervorrufen. Eben darum aber gestatte der erste Schritt der Versöhnung im inneren Konflikt keinen Aufschub, derselbe hätte besser vor vier Wochen geschehen sollen als heute, und heute besser als in acht Tagen. Unruh und seine politischen Freunde wüßten sehr gut, daß der Sieg, den sie dem Heere dringend wünschten, vor oder ohne Wiederherstellung der Verfassung, „sie in eine sehr schlimme Lage bringen würde, aber die Niederwerfung Preußens durch Österreich sei ein viel größeres Unglück für Preußen und für ganz Deutschland." Bismarck trat dieser Anschauung bei und meinte: „der König werde sich nach dem Siege wohl bereitwilliger finden lassen; eine demnächstige Ausgleichung des Konflikts sei notwendig." Unruh erwiderte: „er zweifle nicht, daß Bismarck jetzt diese Absicht hege; nicht so sicher sei er, ob dies auch nach dem Siege der Fall sein werde; sehr zweifelhaft aber erscheine es Unruh, ob Bismarck eine solche Absicht dann noch werde durchsetzen können?" Darauf entgegnete Bismarck fest: daß er solchenfalls nicht Minister bleiben würde und deutete an, daß es Herrn v. Unruh dann freistehe, von dieser heutigen Erklärung Gebrauch zu machen.

Mit solchen Gesinnungen zog der Mann auf Leben und Tod

*) Dem Gespräche, das Poschinger in seinem Werke „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" I. S. 271 bis 280, nach Unruhs sofortiger Niederschrift, ausführlich mitteilt, sind nur die wesentlichsten Sätze entnommen.



in das Gewühl der Schlachten, den das halbe Deutschland als unerbittlichen Feind jeder Volksfreiheit verschrie! Einem der Führer unter seinen Gegnern hatte er freiwillig das heldenhafte Gelöbnis gegeben: er werde dem Amte entsagen, wenn ihm nach einem siegreichen Kriege nicht gelinge, den König zu einer versöhnlichen Beilegung des preußischen Verfassungsstreites zu bewegen. Man bedenke, was dieses Gelöbnis besagte: den Verzicht auf ein Amt, das Bismarck schon bisher mit unvergänglichem Ruhme bekleidet hatte; den Verzicht auf dieses Amt in einem Augenblicke, da ein siegreicher Krieg den Träger dieses Amtes zum gefeierten Helden der Nation erheben und ihn mit dem Kraft- und Machtgefühl erfüllen mußte, auch die letzten nationalen Wünsche befriedigend zu erfüllen! Gleichwohl gedachte er freiwillig auf dieses Wirken zu verzichten, wenn der König auf die Versöhnung mit der Volksvertretung nicht eingienge, und ermächtigte den politischen Gegner, dieses schon am 20. Juni 1866 gefaßte Vorhaben dann zu veröffentlichen!

Dieser hochherzigen Gesinnung entsprach der Aufruf, den der König unter Bismarcks Mitwirkung am 18. Juni, dem Tage von Waterloo-Belle-Alliance, nicht mehr bloß an das preußische, sondern „An das deutsche Volk“ erließ: „Nur die Grundlage des Bundes, die lebendige Einheit der deutschen Nation, ist geblieben, und es ist die Pflicht der Regierungen und des Volkes, für diese Einheit einen neuen lebenskräftigen Ausdruck zu finden. Möge das deutsche Volk, im Hinblick auf dieses hohe Ziel, Preußen mit Vertrauen entgegenkommen und die friedliche Entwickelung des gemeinsamen Vaterlandes fördern und sichern helfen!“ Um diesen Aufruf sah der Abg. v. Unruh am 19. und 20. Juni die gaffenden Massen Berlins stehen und erzählte Bismarck, die Meisten hätten geäußert, es stehe „noch nichts“ oder „wieder nichts darin“. So urteilten die kleinen Leute der kleinen alten Zeit. Eine neue größere Zeit und ein neues größeres Geschlecht kam nun herauf!

Drittes Kapitel.
Bismarck im Krieg von 1866.

In seinem milden Sinne hätte König Wilhelm auch jetzt noch gern den ersten Angriff gegen Preußen den österreichischen Truppen und dessen deutschen Verbündeten überlassen. Dagegen erhoben aber Roon und die Generale lauten Widerspruch, da man so den Feinden Zeit zur Vollendung ihrer Rüstungen lassen würde. Bismarck stand in diesen Fragen treu an Roons Seite, dessen Sachverständnis er hoch schätzte. So kam es z. B. in der Militärkonferenz am 19. Juni, der Bismarck beiwohnte, über die Verwendung der in Formation begriffenen vierten Bataillone zu einer lebhaften Erörterung, bei welcher der König Roons Vorschläge ungeduldig zurückwies, so daß dieser, über die ihm widerfahrene Behandlung gekränkt, dem Freunde Bismarck gleich nachher den Entschluß mitteilte, seinen Abschied einzureichen. Bismarck aber antwortete ihm: „Thun Sie nichts Rasches, mein Herzensfreund, in übler Lage! Der König ist im Begriff, Ihnen zu schreiben. Er hat sich wie es scheint geärgert, weil sie boudierten oder so schienen.“ In der That richtete der König an seinen Kriegsminister alsbald einen Brief, der des Schreibers edle Denkweise rühmlich bekundet, da er Roon wegen der „gereizten nervösen Äußerungen“ förmlich um Verzeihung bat. Aus Bismarcks kurzen Briefzeilen an Roon läßt sich schließen, daß jener nicht ohne Einfluß auf diese erfreuliche Beseitigung der Verstimmung zwischen dem König und dem Kriegsminister gewesen ist. Und ebenso eifrig sehen wir andrerseits Roon in Bismarcks Sinne

am Werke der Versöhnung und Begütigung arbeiten, so oft später während des Feldzuges bis zum Friedensschlusse sich Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Könige und Bismark erheben. Die Freundschaft der beiden Minister hat zu Deutschlands Heil die reichsten Früchte getragen.

Der Wunsch des Königs, daß Preußen erst bei offener Feindseligkeit der Gegner diese angreifen möge, wurde in der bereits im Ministerrate vom 12. Juni beschlossenen Form berücksichtigt: Demgemäß ergingen am 15. Juni morgens an Sachsen, Hannover, Kurhessen die bekannten „Sommationen" zur Entwaffnung und Annahme des preußischen Bundesprojektes nebst Ausschreibung der Reichstagswahlen. Hier wurde den genannten Regierungen für den Fall, daß sie bis Mitternacht eine zustimmende Erklärung abgäben, die Unversehrtheit und Souveränität ihrer Gebiete gewährleistet, für den Fall der Ablehnung aber der sofortige Einmarsch preußischer Truppen angekündigt. Bismarck genügte indes dem Wunsche des Königs, welcher vor aller Welt deutlich machen wollte, daß Preußen nur in echter Notwehr zum Schwerte greife, noch in anderer Weise. Er erließ nämlich am 16. Juni ein Rundschreiben an die fremden Mächte, das noch einmal das ganze Unrecht der Feinde Preußens, dagegen Preußens gutes Recht und maßvolle Haltung darlegte. Österreich habe die Bestrebungen der neutralen Mächte, „die Fragen, welche den Frieden Europas bedrohten, gemeinschaftlichen Beratungen zu unterziehen," vereitelt. Es habe den Gasteiner Vertrag gebrochen und den Bund zu einer „mit dem Grundzwecke der Bundesverträge durchaus unvereinbaren Erklärung des Bundeskrieges gegen eines der Bundesglieder" verleitet. Damit sei das bisherige Band, welches die Mitglieder des deutschen Bundes vereinte, zerrissen. Die preußische Regierung habe den norddeutschen bisherigen Bundesgenossen „ein neues Bündnis angetragen, dessen Annahme die Gefahren beseitigen würde, die wir von der geographischen Lage dieser Staaten mitten zwischen Teilen des preußischen Gebietes zu fürchten hatten. Die Regierung des Königs ist sich bewußt, bei Formulierung dieser Forderungen sich in so enge Grenzen geschlossen

zu haben, als die Sorge für ihre eigene Verteidigung ihr gestattete. Wenn so mäßige Vorstellungen nicht angenommen werden, so wird sie sich genötigt sehen, sich auf ihre eigene Macht zu stützen und gegen die Regierungen, die sich als ihre entschiedenen Gegner erkennen lassen, alle Mittel, über die sie zu verfügen hat, zur Anwendung zu bringen. Die Verantwortlichkeit für die daraus entstehenden Folgen wird in vollem Maße auf diejenigen zurückfallen, die durch ihre feindlichen Umtriebe diese Lage geschaffen und im letzten Augenblicke die Hand, die Preußen ihnen geboten, zurückgestoßen haben werden.“ Endlich stimmte Bismarck auch dem Aufruf bei, in welchem der König an demselben 18. Juni, da seine Verkündung „An das deutsche Volk“ erging, auch seinem Preußenvolke darlegte, daß Preußen nur von den Feinden gezwungen zum Kriege schreite. „So sei es denn!“ sagte hier der König am Schlusse. „Nicht Mein ist die Schuld, wenn Mein Volk schweren Kampf kämpfen und vielleicht harte Bedrängnis wird erdulden müssen: aber es ist uns keine Wahl mehr geblieben! Wir müssen fechten um unsere Existenz, wir müssen in einem Kampf um Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe herabstoßen wollen, auf die seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben. Flehen wir den Allmächtigen, den Lenker der Geschicke der Völker, den Lenker der Schlachten an, daß er unsere Waffen segne! Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuen.“

Als ein aus der Seele des Volkes dringendes Echo dieses Aufrufes durfte die begeisterte Huldigung gelten, die die Berliner dem Grafen Bismarck darbrachten, als dieser am Spätabend des 19. Juni von einem noch in der zehnten Abendstunde stattgehabten

Vortrag beim Könige nach seinem Palais in der Wilhelmstraße heimkehrte. Als des Königs Aufruf erschien, war auch die letzte Entscheidung schon gefallen. Die norddeutschen Mittelstaaten hatten die erwähnten Sommationen abgelehnt und sofort hatten am 16. Juni die preußischen Heersäulen die Gebiete Sachsens, Hannovers und Kurhessens überschritten und besetzt. Binnen einer Woche war fast ganz Norddeutschland in der Gewalt der preußischen Waffen, der Kurfürst von Hessen kriegsgefangen nach Stettin abgeführt, die Kapitulation der hannoverschen Armee erzwungen, das treffliche sächsische Heer nach Böhmen abgezogen, Hannover, Kurhessen und Sachsen in preußischer Verwaltung. Hier, wie in Böhmen und Mähren, am Main und Neckar, gegen Österreich und die süddeutschen Heere, zeigte sich die Überlegenheit der preußischen Heeresorganisation, Führung, Bewaffnung und Leistung im glänzendsten Lichte. Es kann an diesem Ort natürlich nicht die ganze Geschichte dieses Krieges, sondern nur Bismarcks Anteil an demselben dargestellt werden. Seinem Feuergeiste erschien selbst die wunderbare Schnelligkeit des preußischen Vorwärtsdringens, das die Wiener Blätter höhnisch „affenähnliche Geschwindigkeit" nannten, manchmal zu langsam. So schrieb er am 17. Juni an Roon: „Ist denn Manteuffel in Harburg durch irgend welchen Militärbefehl festgenagelt? Ich hoffte, er würde fliegen!" Dagegen ließ Bismarck, ganz im Sinne seines Königs, auch nachdem schon der Einmarsch der Preußen begonnen hatte, kein Mittel unversucht, um Kurhessen und Hannover in der allerletzten Stunde noch anderen Sinnes zu machen und zum Anschluß an Preußen zu bewegen. In Kassel wiederholte er seine Vorstellungen mehrmals in den Tagen zwischen dem 15. und 17. Juni. Dem König von Hannover bot er ein letztes Mal die Friedenshand, als sich um dessen Heer bei Langensalza schon der eiserne Ring der preußischen Truppen zusammenschloß. Noch jetzt hätte der König Georg Land und Krone retten können, wenn er Bismarcks bescheidene Forderung*) genehmigt hätte, für die Waffenruhe der Hannoveraner Garantien zu geben und

*) In einem Telegramm vom 22. Juni.

Preußens Bündnis anzunehmen. Der blinde König aber herrschte den preußischen Unterhändler Oberst v. Döring, als dieser auf des Königs Frage, in wessen Auftrag er komme, Bismarcks Namen nannte, mit den Worten an: „Was will der Mensch? Ach, was Bündnis!" u. s. w. Nicht bloß sein Auge, auch sein Geist war verblendet, nicht minder die Einsicht des Kurfürsten. So scheiterten denn all diese noch mitten im Waffengang fortgesetzten friedlichen Verhandlungen. Mit Sachsen sie weiter zu führen, war unmöglich, weil König Johann, seine Prinzen, sein Heer und sein erster Minister v. Beust sich sofort beim Einmarsch der Preußen außer Landes begeben hatten.

Wie wenig feindselig Bismarck auch gegen Österreich gesinnt war, wird noch eingehend dargelegt werden. Hier aber ist schon zu erwähnen, daß der leitende Minister Preußens jener vielberufenen Note des preußischen Gesandten in Florenz, Grafen Usedom, vom 17. Juni völlig fern stand, mit welcher Lamarmora später in seiner bekannten preußen- und bismarckfeindlichen Schrift „Etwas mehr Licht" die sittliche Entrüstung aller Legitimisten und Partikularisten gegen den deutschen Staatsmann zu entfesseln suchte. Usedom hatte am 17. Juni auf eigene Verantwortung und ohne Wissen Bismarcks an den neuen italienischen Ministerpräsidenten Ricasoli zu Händen des Generals Lamarmora, der die Leitung der Operationen des italienischen Heeres übernommen hatte, eine Note gerichtet, in welcher er Vorschläge zu einem kräftigen Zusammenwirken der verbündeten preußischen und italienischen Heere machte. Darnach sollten „gleichzeitig geführte Schläge" die österreichische Waffenmacht brechen, ein „gründlicher Krieg (guerre à fond)" geführt werden. Italien müsse den Feldzug am Po beginnen und an der Donau endigen, Garibaldi nach Ungarn aussenden: „es muß sich mit Preußen an dem Mittelpunkte der kaiserlichen Monarchie selbst begegnen; kurz es muß auf Wien marschieren. Um sich den dauernden Besitz Venetiens zu sichern, muß es zuvor die österreichische Macht ins Herz getroffen haben (l'avoir frappé au cœur)." Als Lamarmora diese Note, mit der Ricasoli vollständig einverstanden war,

nicht aber der zaudernde, unfähige Piemontese, im Juni 1868 widerrechtlich veröffentlichte, ließ Bismarck in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und am 31. Juli im Staatsanzeiger erklären, daß die Note des Grafen Usedom vom 17. Juni 1866 „von der königlichen Regierung weder autorisiert noch genehmigt, sondern erst zehn Tage nach ihrer Übergabe in Berlin bekannt geworden sei. Daraus ergibt sich, daß der Text der Note keine sichere Unterlage für Schlußfolgerungen über die politischen Intentionen der königlichen Regierung zu gewähren vermag." Als die Lamarmorasche Presse aber in dieser Erklärung eine „solenne Genugthuung" für den General erblicken wollte, ließ Bismarck am 11. August 1868 im Staatsanzeiger hinzufügen: der Redaktion des Staatsanzeigers habe selbstverständlich nichts ferner gelegen, als eine Billigung oder Beschönigung des Verfahrens Lamarmoras. „Das Verhalten dieses Staatsmannes begegnet in allen amtlichen und außeramtlichen Kreisen Preußens derselben Verurteilung wie in der öffentlichen Meinung Italiens. Die erwähnte Erklärung (vom 31. Juli) hatte nur den Zweck, die Verantwortlichkeit für den „Text" der Note des Grafen Usedom von der königlichen Regierung abzulehnen, weil einige in diesem Aktenstücke enthaltene Redewendungen nach Form und Inhalt mit den Auffassungen der königlichen Regierung nicht übereinstimmten. Der Feldzugsplan, welchen jene Note empfiehlt, war von dem Augenblicke an, wo der Ausbruch des Krieges wahrscheinlich wurde, bereits Gegenstand der Besprechungen von preußischen und italienischen Militärs gewesen und konnte zur Zeit der Übergabe der Note für keinen der Beteiligten etwas Neues sein." Bismarck verwahrte sich also nicht sowohl gegen den taktisch-strategischen als gegen den politischen Inhalt jener Note. Daß ein Krieg gründlich (à fond) und gegen das Herz des Gegners geführt (frapper au cœur) werden müsse, erschien ihm selbstverständlich; das war „keinem der Beteiligten etwas Neues." Dagegen völlig fremd war ihm der Gedanke, den alle Legitimisten, Chauvinisten und Partikularisten 1868 aus jener Note Usedoms herauslesen wollten: Bismarck habe 1866, mit Hilfe italienisch-

ungarischer Freischaren, gegen Österreich einen Vernichtungskrieg führen wollen.

Auch in Böhmen waren bereits bedeutende Erfolge errungen, ehe der König in Bismarcks Geleit am 23. Juni Berlin verließ. Vor allem war jener wundervolle Aufmarsch der preußischen Armeen durch den mächtigen Grenzwall des Gebirges nach Nordböhmen vollzogen worden, den Max Jähns in seinem Werke „Die Schlacht von Königgrätz" ebenso anschaulich als sachverständig schildert. Am 23. Juni schon waren die Elbarmee unter General Herwarth und die „zweite Armee" unter Prinz Friedrich Karl in Böhmen eingerückt. Am 26. Juni hatte auch die „erste Armee" des Kronprinzen böhmischen Boden betreten. Wie musterhaft dabei die preußischen Soldaten sich verhielten, hat Bismarck selbst mit Wärme anerkannt. Denn am 9. Juli schrieb er an die Gattin: „Unsere Leute sind zum Küssen, jeder so todesmutig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen alle, kein Plündern und Sengen, bezahlen, was sie können und essen verschimmeltes Brot. Es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Mann bei uns sitzen, sonst könnte das alles nicht sein." Und der von Bismarck im preußischen Hauptquartier als Berichterstatter geduldete Franzose Vilbort, ein eifriger Demokrat, schreibt: „Seit der Überschreitung der Grenze bis unter die Mauern von Wien beobachtete ich das edle Betragen der Preußen gegen die von der Kriegsnot betroffene Bevölkerung; kein Raub, keine Gewaltthat; außer den amtlichen Requisitionen nahmen sie kein Stück Brot, kein Glas Wein oder Bier, ohne es bar zu bezahlen; das gute böhmische Volk wollte seinen Augen nicht trauen."

Am 26. Juni war bei Turnau und Podol, am 27. bei Nachod, am 28. bei Trautenau und Skalitz, am 29. bei Jitschin und Schweinschädel ruhmreich gefochten worden. Durch diese Gefechte blieben, noch ehe die österreichischen Streitkräfte nur zu einer Hauptschlacht vereinigt waren, von den acht österreichischen Armeekorps nur zwei unversehrt, vier waren aufs schwerste geschädigt,

zwei erheblich erschüttert, 30000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen eingebüßt. Unter den nord- und süddeutschen Bundesgenossen konnte Österreich einzig und allein auf den Beistand der tapferen Sachsen zählen, die aber gleichfalls schon bedeutende Verluste erlitten hatten. Die norddeutschen Heerkörper waren — wie berichtet — bereits überwältigt, die süddeutschen wurden am Main bei der Verteidigung der eigenen Gebiete festgehalten. Dagegen war auch Preußen in dem Entscheidungskampfe gegen Österreich auf die eigene Kraft vorläufig allein angewiesen, nachdem die klägliche Führung Lamarmoras den Italienern am 27. Juni bei Custozza eine schwere und blutige Niederlage bereitet hatte. Kein Wunder, daß angesichts der bevorstehenden Entscheidung König Wilhelm den Wunsch hegte, seinem Heere nach der böhmischen Wahlstatt zu folgen, um den Oberbefehl in die eigene Hand zu nehmen.

Der Eindruck der ersten böhmischen Siege Preußens war überall ein gleich tiefer, namentlich auch in Berlin. Die Hauptstadt, welche seit Jahren nur die schroffsten Gegner der Regierung in den Landtag gewählt und die erhebenden Proklamationen des Königs vom 18. Juni noch mit den Worten abgefertigt hatte, daß „wieder nichts darin stehe", schien jetzt von Grund aus verwandelt. Als am 29. Juni die Nachricht der ersten von Preußen erstrittenen böhmischen Siege in Berlin eingelaufen war, begrüßte eine ungeheure Volksmenge den Grafen Bismarck bei dessen Austritt aus dem königlichen Palais mit stürmischen Huldigungen und setzte diese vor seiner Wohnung fort. Vom Balkon aus sprach der Gefeierte zu der Menge: „Gott hat uns gestern und vorgestern Siege gegeben. Nächst Gott verdanken wir diese Siege aber unserm Allerhöchsten Kriegsherrn, dem Könige. Er hat von Jugend auf sich bemüht, uns eine tapfere Armee zu schaffen; als er sie hatte, hat es ihm viel Mühe und Kampf gekostet, sie zu erhalten. Jetzt sehen Sie, daß Er Recht gehabt hat. Ohne des Königs Pläne wäre es nicht möglich gewesen, solche Siege zu erstreiten. Darum danken wir Gott, und lassen Sie uns den König, den Schöpfer dieses Kriegsheeres, loben — der Himmel gebe seinen Segen dazu!" Nach

dem stürmisch erwiderten Hoch auf den König und die Armee, das Bismarck nun ausbrachte, setzte er noch hinzu: „M. H., gedenken wir auch in Liebe der Verwundeten und der Zurückgebliebenen, der Witwen und Waisen! Die Not, in welche uns der Feind und sein monatelang vorbereiteter Verrat gebracht hat, machte es notwendig, ein starkes Heer zu entfalten. Mancher Soldat ist Familienvater und kehrt nicht zu den Seinigen zurück. Öffnen wir darum den Verwundeten, den Witwen und Waisen unser Herz und unsere Beutel; Berlin war stets groß in Mildthätigkeit; mag es auch jetzt diese Tugend üben. Darum bitte ich Sie!" Am nämlichen Tage erschien ein Aufruf der Gräfin Bismarck und der Frau v. Savigny: „zur Unterstützung der heldenmütigen Landwehrmänner von den Bataillonen Aschersleben, Torgau, Naumburg, Treuenbrietzen, Potsdam und des Ersatzbataillons Erfurt, welche im Kampfe für König und Vaterland in Langensalza gegen eine mehr als dreifache Übermacht Preußens Ehre und Fahne verteidigten."

Am 30. Juni früh 8 Uhr reiste Bismarck mit dem Könige nach dem böhmischen Kriegsschauplatz ab. Mit ihm auch Roon und Moltke — „alle drei vereint in ersprießlicher Waffenbrüderschaft wirkend", wie Roons Denkwürdigkeiten schön und treffend bemerken. Die Reise ging an diesem Tage über Frankfurt a. O., Görlitz, Zittau bis nach Reichenberg in Böhmen; am folgenden Tage, dem 1. Juli, bis Sichrow, von wo Bismarck an die Gattin schrieb: „Wir sind heut von Reichenberg aufgebrochen, eben hier eingetroffen, noch ungewiß, ob wir hier oder in Turnau bleiben. Die ganze Reise war eine gefährliche. Die Österreicher konnten gestern, wenn sie Kavallerie von Leitmeritz geschickt hätten, den König und uns alle aufheben. Wir begegnen überall Gefangenen, es sollen schon über 15 000 sein. Jitschin ist gestern von uns mit dem Bajonnet genommen, Frankfurter Division, General Tümpling an Hüfte schwer verwundet, nicht tödlich. Hitze furchtbar. Zufuhr von Proviant schwer; unsere Truppen leiden vor Mattigkeit und Hunger. Im Lande bis hier nicht viel Spuren des Krieges, außer zertretenen Kornfeldern. Die Leute fürchten sich nicht vor den Sol-

daten, stehen mit Frau und Kind im Sonntagsstaat vor den Thüren und wundern sich. In Trautenau haben die Einwohner 20 wehrlose Hautboisten von uns ermordet, die nach dem Durchmarsch ihrer Regimenter dort hinter der Front geblieben. Die Thäter in Glogau vor Kriegsgericht. Bei Münchengrätz hat ein Brauereibesitzer 26 unserer Soldaten in den Spirituskeller gelockt, betrunken gemacht, angezündet. Die Brennerei gehörte einem Kloster. Außer dergleichen erfahren wir hier weniger als in Berlin; dies Schloß, beiher sehr stattlich, gehört Fürst Rohan, den ich in Gastein jährlich sehe."

Am 2. Juli ließ Bismarck aus „Jitschin, nicht Gitschin," nachstehende Zeilen an die Gattin folgen: „Eben von Sichrow her angekommen; auf dem Schlachtfelde hierher lag es noch voll von Leichen, Pferden, Waffen. Unsere Siege sind viel größer als wir glaubten; es scheint, daß wir jetzt schon über 15 000 Gefangene haben, und an Toten und Verwundeten wird der österreichische Verlust noch höher, gegen 20 000 Mann, angegeben. Zwei ihrer Korps sind ganz zersprengt, einige Regimenter bis zum letzten Mann vernichtet. Ich habe bisher mehr österreichische Gefangene als preußische Soldaten zu sehen bekommen. Schicke mir durch den Kurier immer Zigarren, zu 1000 Stück jedesmal, wenn es geht, Preis 20 Thlr., für die Lazarette. Alle Verwundeten sprechen mich darum an. Dann laß durch Vereine, oder aus eigenen Mitteln, auf einige Dutzend Kreuzzeitungsexemplare für die Lazarette abonnieren, z. B. für das in Reichenberg, die anderen Ortsnamen suche vom Kriegsministerium zu erfahren. Was macht Clermont-Tonnerre?*) Kommt er nicht? Mir fehlt bisher Postnachricht. Schicke mir doch einen Revolver von grobem Kaliber, Sattelpistol. . . . Grüße herzlich. Schicke mir einen Roman zum Lesen, aber nur einen auf einmal. Gott behüte Dich! Soeben Deinen Brief erhalten, tausend Dank. Ich kann Dir die Abreisstille so nachfühlen.

*) Der französische Militärbevollmächtigte in Berlin, der, wie wir früher sahen, von der Überlegenheit der österreichischen Armee fest überzeugt war. Von seiner Anwesenheit im preußischen Hauptquartier versprach sich Bismarck offenbar gute politische Wirkung.

Hier in dem Treiben kommt man nicht zum Gefühl der Lage, höchstens nachts im Bett.“

Am folgenden Tage, dem 3. Juli, entbrannte um Königgrätz die größte Schlacht des Jahrhunderts, wie Max Jähns sie nennt. Ein Tag höchsten Ruhmes und folgenschwerster Entscheidung war damit für Preußen angebrochen. Die gesamte Menschengeschichte hat den Ereignissen dieses Tages wenig an die Seite zu stellen. Als die Sonne des 3. Juli 1866 hinabgesunken war, hatten fünf preußische Armeekorps acht österreichische in fast vernichtender Weise geschlagen. Die Straße nach Wien lag den Siegern offen. Österreicher und Sachsen hatten an dem einen Tage nahezu 43000 Mann verloren; außerdem 187 Geschütze, 641 sonstige Fahrzeuge, über 6000 Pferde. Unter Hinzurechnung der Verluste, welche die österreichisch-sächsische Heeresmacht während der Kämpfe beim preußischen Aufmarsch erlitten hatte, betrug die Einbuße im Laufe einer einzigen Woche mehr als ein Viertel jener Nordarmee, welche noch acht Tage zuvor in Österreich, Frankreich u. s. w. für unbesiegbar gegolten hatte.

Wohl mag in den bangen Stunden des 3. Juli Bismarck sich erinnert haben, wie einst der Wunsch seiner Jünglingsjahre dahinging, Berufsoffizier zu werden, und daß er, wenn dieser Wunsch in Erfüllung gegangen wäre, heute des beneidenswerten Glücks teilhaftig wäre, in dem heldenmütigen Ringen seiner Preußen selbst seinen Mann zu stellen. Zum Glück für das preußische und deutsche Vaterland war jener Wunsch nicht in Erfüllung gegangen. Aber wenn auch nicht als Berufssoldat, ging er dem Schlachtenfeuer und Schlachtentode hier so unerschrocken entgegen wie die Kämpfer selbst. Nebst Moltke und Roon ritt er am Nachmittag des großen Tages zur Seite seines Königs mitten in das Kampfgewühl hinein. König Wilhelm, von dem Bismarck am 24. September 1867 im norddeutschen Reichstag sagen konnte, er habe „die Gewohnheit, seine Heere in den Krieg zu führen oder zu begleiten, und infolgedessen auch in erhöhtem Maße das Bedürfnis, auf dem Schlachtfelde und im Lazarethe dem Krieger in das brechende Auge sehen zu können, ohne

sich sagen zu müssen: diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können." — König Wilhelm, auch hierin ein echter Hohenzoller, kannte, wie in seinem ganzen Leben, so am allerwenigsten auf dem Schlachtfelde irgend welche Furcht vor Gefahr. Mitten im feindlichen Granatfeuer hielt er bei Langenhof hoch zu Roß gelassen still. Da erwarb Graf Bismarck, so unbekümmert er für die Sicherheit seiner eigenen Person war, sich das Verdienst, des Königs teures Leben aus der dem obersten Kriegsherrn im Schlachtendrange kaum bemerklichen Gefahr durch nachdrückliche Vorstellungen zu retten. Der König selbst schrieb hierüber noch am 3. Juli an die Königin: „So avancierte die Infanterie bis zum Thalrande der Elbe, wo jenseits dieses Flusses noch sehr heftiges Granatfeuer, in das ich auch geriet, aus dem mich Bismarck ernstlich entfernte." Letzterer selbst aber schilderte am 9. Juli der Gattin den Hergang in folgenden Worten: „Der König exponierte sich am 3. allerdings sehr, und es war sehr gut, daß ich mit ihm war, denn alle Mahnungen Anderer fruchteten nicht, und niemand hätte gewagt, so zu reden, wie ich es mir beim letztenmale, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kürassierregiment neben uns sich blutend wälzte, und die Granaten den Herrn in unangenehmster Weise umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glücke nicht. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmiert über seine Truppen und mit Recht, so daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis wir denn richtig wieder ins Feuer hineingeraten waren. Er hat aber soviel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird, und du kannst beruhigt sein: ich glaube auch kaum noch an eine wirkliche Schlacht." Am 11. Juli fügte er noch hinzu: „Was König und Granaten anbelangt, schrieb ich dir schon. Die Generäle hatten alle den Aberglauben, sie als Soldaten dürften dem Könige von Gefahr nicht reden, und schickten mich, der ich auch Major bin, jedesmal an ihn ab."

Wie in Erz gegossen, reden die wenigen Worte zu uns, die in den drangvollen Stunden jener ungeheuren Schlacht den Begründern des deutschen Reiches über die Lippen drangen. Mit frohem Herzen rief Roon am Nachmittage des Schlachttages dem langjährigen Kampfgenossen zu: „Bismarck, diesmal hat uns der brave Musketier noch einmal herausgerissen!" In Bismarcks treuem Gedächtnisse haftete dieses Wort unauslöschlich. Noch fast zwanzig Jahre später, an seinem 70. Geburtstage, als Roon schon längst heimgegangen war, erinnerte Fürst Bismarck die ihn beglückwünschenden Generale der Armee an diesen Zuruf des Freundes, an diesen wichtigsten Wendepunkt ihres Lebens. Denn was wäre aus Beiden geworden, wenn diese Schlacht verloren worden wäre! — Als Moltke seinerseits am Abend beim Ritt über das Schlachtfeld an des Königs Seite alle Zeichen der furchtbaren Niederlage, der jähen, schreckenvollen Flucht des Feindes mit seinem Adlerauge überflog, da sprach er zum Könige: „Ew. Majestät haben nicht bloß die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen." Bismarck aber setzte hinzu: „Die Streitfrage ist also entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Österreich wieder zu gewinnen." — Als der König am Spätabend bei dem Lazaret der Johanniter vorüberkam, sagte er in tiefer Bewegung: „Da ist die Kehrseite des Glücks, doch sie bluten nicht umsonst, sondern zur Verherrlichung des Vaterlandes." Den Grafen Bismarck ernannte der König noch auf dem Schlachtfelde vom Major zum Generalmajor.

Bismarck ritt an diesem Tage — wie er der Gemahlin am 11. nachträglich mitteilt: „den großen Fuchs, 13 Stunden im Sattel ohne Futter. Er hielt sehr gut aus, schrak weder vor Schüssen noch vor Leichen, fraß Ähren und Pflaumblätter mit Vorliebe in den schwierigsten Momenten und ging flott bis ans Ende, wo ich müder schien als das Pferd. Mein erstes Lager für die Nacht war aber auf dem Straßenpflaster von Horic, ohne Stroh, mit Hülfe eines Wagenkissens. Es lag alles voll Verwundeter; der Großherzog von Mecklenburg entdeckte mich und teilte sein Zimmer dann mit mir, R. und 2 Adjutanten, was mir des Regens wegen

sich sagen zu müssen: diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können," — König Wilhelm, auch hierin ein echter Hohenzoller, kannte, wie in seinem ganzen Leben, so am allerwenigsten auf dem Schlachtfelde irgend welche Furcht vor Gefahr. Mitten im feindlichen Granatfeuer hielt er bei Langenhof hoch zu Roß gelassen still. Da erwarb Graf Bismarck, so unbekümmert er für die Sicherheit seiner eigenen Person war, sich das Verdienst, des Königs teures Leben aus der dem obersten Kriegsherrn im Schlachtendrange kaum bemerklichen Gefahr durch nachdrückliche Vorstellungen zu retten. Der König selbst schrieb hierüber noch am 3. Juli an die Königin: „So avancierte die Infanterie bis zum Thalrande der Elbe, wo jenseits dieses Flusses noch sehr heftiges Granatfeuer, in das ich auch geriet, aus dem mich Bismarck ernstlich entfernte." Letzterer selbst aber schilderte am 9. Juli der Gattin den Hergang in folgenden Worten: „Der König exponierte sich am 3. allerdings sehr, und es war sehr gut, daß ich mit ihm war, denn alle Mahnungen Anderer fruchteten nicht, und niemand hätte gewagt, so zu reden, wie ich es mir beim letztenmale, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kürassierregiment neben uns sich blutend wälzte, und die Granaten den Herrn in unangenehmster Weise umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glücke nicht. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmiert über seine Truppen und mit Recht, so daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis wir denn richtig wieder ins Feuer hineingeraten waren. Er hat aber soviel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird, und du kannst beruhigt sein: ich glaube auch kaum noch an eine wirkliche Schlacht." Am 11. Juli fügte er noch hinzu: „Was König und Granaten anbelangt, schrieb ich dir schon. Die Generäle hatten alle den Aberglauben, sie als Soldaten dürften dem Könige von Gefahr nicht reden, und schickten mich, der ich auch Major bin, jedesmal an ihn ab."

Wie in Erz gegossen, reden die wenigen Worte zu uns, die in den drangvollen Stunden jener ungeheuren Schlacht den Begründern des deutschen Reiches über die Lippen drangen. Mit frohem Herzen rief Roon am Nachmittage des Schlachttages dem langjährigen Kampfgenossen zu: „Bismarck, diesmal hat uns der brave Musketier noch einmal herausgerissen!" In Bismarcks treuem Gedächtnisse haftete dieses Wort unauslöschlich. Noch fast zwanzig Jahre später, an seinem 70. Geburtstage, als Roon schon längst heimgegangen war, erinnerte Fürst Bismarck die ihn beglückwünschenden Generale der Armee an diesen Zuruf des Freundes, an diesen wichtigsten Wendepunkt ihres Lebens. Denn was wäre aus Beiden geworden, wenn diese Schlacht verloren worden wäre! — Als Moltke seinerseits am Abend beim Ritt über das Schlachtfeld an des Königs Seite alle Zeichen der furchtbaren Niederlage, der jähen, schreckenvollen Flucht des Feindes mit seinem Adlerauge überflog, da sprach er zum Könige: „Ew. Majestät haben nicht bloß die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen." Bismarck aber setzte hinzu: „Die Streitfrage ist also entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Österreich wieder zu gewinnen." — Als der König am Spätabend bei dem Lazaret der Johanniter vorüberkam, sagte er in tiefer Bewegung: „Da ist die Kehrseite des Glücks, doch sie bluten nicht umsonst, sondern zur Verherrlichung des Vaterlandes." Den Grafen Bismarck ernannte der König noch auf dem Schlachtfelde vom Major zum Generalmajor.

Bismarck ritt an diesem Tage — wie er der Gemahlin am 11. nachträglich mitteilt: „den großen Fuchs, 13 Stunden im Sattel ohne Futter. Er hielt sehr gut aus, schrak weder vor Schüssen noch vor Leichen, fraß Ähren und Pflaumblätter mit Vorliebe in den schwierigsten Momenten und ging flott bis ans Ende, wo ich müder schien als das Pferd. Mein erstes Lager für die Nacht war aber auf dem Straßenpflaster von Horic, ohne Stroh, mit Hülfe eines Wagenkissens. Es lag alles voll Verwundeter; der Großherzog von Mecklenburg entdeckte mich und teilte sein Zimmer dann mit mir, R. und 2 Adjutanten, was mir des Regens wegen

sehr erwünscht kam.“ Die edle große Menschlichkeit solcher Züge in Bismarcks Wesen ist nicht minder bedeutend wie die tiefe politische Weisheit und Voraussicht, die sich in dem Worte offenbart: „Die Streitfrage ist entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Österreich wieder zu gewinnen.“

Der Eindruck der Schlacht und des preußischen Sieges bei Königgrätz war in Österreich, in Deutschland, in der ganzen Kulturwelt so ungeheuer, wie die Schlacht selbst. „Die Österreicher sind in vollem Rückzuge auf Olmütz“, schrieb Roon am 5. Juli aus Horiz an die Gattin, „und dieser ‚Gang nach Olmütz‘ ist wohl demütigender als der unsrige vor 16 Jahren.“ Noch deutlicher aber als dieser Rückzug bekundete die andere Thatsache, die Roon in diesem Briefe meldete, den überwältigenden Eindruck der Schlacht auf die österreichische Kriegsleitung. „Gestern nach Schluß meines Briefes“, so schreibt derselbe, „bekam das Hauptquartier unerwarteten Besuch von — General Gablenz, der als Parlamentär um Waffenstillstand bat für die augenblicklich keines Widerstandes fähige österreichische Armee; natürlich unter unannehmbaren Bedingungen und daher — wie es sich gebührt — abgelehnt.“ Bismarck ging, in voller Übereinstimmung mit dem Könige und der preußischen Heeresleitung, von dem Grundsatze aus: kein Waffenstillstand ohne annehmbare Friedensgrundlage. Dabei blieb es auch, als General Gablenz am 6. Juli wieder im Hauptquartier erschien und diesmal den Waffenstillstand gegen die Übergabe der Festungen Königgrätz und Josephstadt an die Sieger anbot. Am 8. Juli wurde er abermals abgewiesen.

Am tiefsten und erschütterndsten aber war der Eindruck der Entscheidungsschlacht von Königgrätz in Paris, in ganz Frankreich. Am 11. Juni noch hatte der Kaiser in seiner Botschaft dem eiteln Volke vorgegaukelt, das alte Schiedsrichteramt Frankreichs werde von den streitenden Mächten unversehrt anerkannt und geachtet. Dagegen wurde nun hier auf der böhmischen Wahlstatt plötzlich ohne Frankreichs gnädige Erlaubnis die österreichische Waffenmacht, Preußens Nebenbuhler, fast völlig vernichtet und durchaus kampf-

unfähig gemacht. Ja, dieser schreckliche Sieger schien sogar dreist genug, auch die Friedensbedingungen ohne Rücksicht auf das erträumte Amt des Schiedsrichters an der Seine festsetzen zu wollen. Das durfte nimmermehr geschehen! Vier Jahre lang ist fortan der Ruf: „Rache für Sadowa!“ die Losung aller Franzosen, die sich für gute Patrioten halten. Die Szenen aber, die sich vom Morgen des 4. Juli ab im Kaiserschlosse zu Paris abspielen, da Graf Benedetti die Kunde des preußischen Botschafters vom Siege bei Königgrätz aus Berlin bestätigt, sind erfüllt von leidenschaftlich-dramatischem Leben. Im Mittelpunkte der bewegten Handlung steht aber nicht wie im preußischen Feldlager ein greiser Heldenkönig „gleich kühn zum Tode, wie im Leben mild,“ sondern ein kranker Kaiser, dessen Willen und Denken durch die Leidenschaften der Volksmassen, der eigenen Gemahlin und des leitenden Ministers erhitzt und zu jähen Entschlüssen aufgestachelt werden, um schließlich in dem katzenjämmerlichen Gefühl der Impotenz seiner eigenen Kraft und der militärischen Kraft seines Volkes zu erlahmen. Das ist kurz gesagt der Verlauf all der Vorstöße, die Frankreich während der nächsten Wochen unternimmt, um nach seinem eingebildeten Schiedsrichteramt die Ergebnisse des deutsch-österreichisch-italienischen Krieges zu ordnen.

Unmittelbar nach Eingang der Nachrichten vom Siege der Preußen bei Königgrätz eilte der Minister Drouyn de L'Huys zum Kaiser, um diesen zu bestimmen, die Kammern zu berufen, und die Besetzung der Rheinlande mit 80 000 bis 100 000 Franzosen anzudrohen, falls Preußen sich in seinen Forderungen unmäßig zeige. Napoleon schien den erregten Vorstellungen Drouyns willfahren zu wollen, als eine Eröffnung des österreichischen Botschafters Fürsten Metternich diese Entschließung wieder aufhielt. Denn Metternich erklärte im Auftrage seiner Regierung, Österreich nehme jetzt die im geheimen Vertrage vom 12. Juni vorgesehene Abtretung Venetiens an Frankreich an, Kaiser Napoleon aber müsse dagegen Italien zur sofortigen Waffenruhe auffordern. Dadurch sollten die 120 000 Mann Truppen der österreichischen Südarmee für den böhmischen

Kriegsschauplatz verwendbar werden. Über das weitere Ansinnen Metternichs, daß Frankreich das abgetretene Venetien auch mit Truppen besetzen solle, um die Italiener unter allen Umständen am Vordringen zu hindern, behielt sich Napoleon die Entscheidung vor. Aber schon die österreichische Erklärung der Abtretung Venetiens an Napoleon ließ sich nach Ansicht desselben zur Befriedigung der französischen Eitelkeit und Mißgunst trefflich verwerten. Sofort richtete der Kaiser daher an die Könige von Italien und Preußen zwei telegraphische Schreiben. An Viktor Emanuel meldete er die Abtretung Venetiens an Frankreich mit dem Bemerken: Weiteres Blutvergießen erscheine nun unnütz. Italien könne sein Ziel durch Verständigung mit Frankreich erreichen, da er dem König Wilhelm gleichzeitig einen Waffenstillstand vorschlage. An den Preußenkönig aber richtete Napoleon folgendes Telegramm: „Sire, die eben so raschen als glänzenden Erfolge Ew. Majestät haben Ergebnisse herbeigeführt, welche mich nötigen aus meiner Rolle vollständiger Unthätigkeit herauszutreten. Der Kaiser von Österreich kündigt mir an, daß er mir Venetien abtreten und meine Vermittelung annehmen wolle, um dem Kampf ein Ende zu machen, der sich zwischen Österreich, Preußen und Italien erhoben hat. Ich kenne die Hochherzigkeit Ew. Majestät sowie Ihr liebevolles Vertrauen zu mir zu gut, um nicht zu glauben, daß Sie, nach solchem Aufschwung Ihres Waffenruhmes, mit Genugthuung die Schritte begrüßen werden, die ich thun will, um Ihren Staaten wie Europa den Segen des Friedens wiedergeben zu helfen. Wenn Ew. Majestät meinen Vorschlag genehmigt, so wird Sie ohne Zweifel angemessen finden, daß ein für Deutschland und Italien geschlossener Waffenstillstand unmittelbar den Weg der Verhandlungen eröffne. Euer Majestät guter Bruder Napoleon." Als König Wilhelm dieses telegraphische Schreiben des „guten Bruders" empfing, war sein erster Ausruf: „Unglaublich!" Die Entschließungen, die er faßte und die Antwort, die er erteilte, werden wir bald kennen lernen.

Mit diesen telegraphischen Versuchen, die beiden Könige einzuschüchtern, begnügte sich jedoch Kaiser Napoleon noch nicht. Als

besitze er bereits ihre zustimmenden Antworten, veröffentlichte er im Moniteur vom 5. Juli außerdem folgende Note: „Ein wichtiges Ereignis hat sich zugetragen. Nachdem der Kaiser von Österreich in Italien die Ehre seiner Waffen gewahrt hat, schließt er sich den vom Kaiser Napoleon in dem Briefe vom 11. Juni an seinen Minister des Äußern niedergelegten Ideen an, tritt Venetien an den Kaiser der Franzosen ab, und nimmt seine Vermittelung an, um zwischen den streitenden Mächten den Frieden anzubahnen. Der Kaiser Napoleon hat sich beeilt, diesem Anruf zu entsprechen, und hat sich sofort an die Könige von Preußen und von Italien gewendet, um einen Waffenstillstand herbeizuführen." Wie konnte einer der beiden Könige wagen, nach dieser amtlichen Kundgebung des Kaisers, dessen Waffenstillstandsantrag und Vermittelung abzulehnen? So dachte der Kaiser.

In dem Ministerrate, der am 5. Juli, unter Zuziehung der Kaiserin, in St. Cloud stattfand, beharrte Drouyn de L'Huys gleichwohl auf seinem Antrag der sofortigen Einberufung der Kammern, Anleihe einer Milliarde, Aufstellung einer Armee von 100 000 Mann an der Ostgrenze und Androhung der Besetzung des linken Rheinufers, wenn Preußen sich nicht gemäßigt zeige. Die Kaiserin stimmte zu, Rouher schwieg, Napoleon billigte abermals diese Vorschläge, als der Minister Lavalette uneingeladen hinzutrat und, vom Kaiser selbst über den Gegenstand der Verhandlung unterrichtet, sich mit rühmlicher Entschiedenheit gegen Drouyns Anträge erklärte. Denn damit ergreife der Kaiser nicht die Rolle eines Vermittlers, sondern eines Bundesgenossen Österreichs. Er verleugne gleichzeitig seine gesamte italienische Politik und suche den König Viktor Emanuel zum Bruche seiner Ehrenpflicht und eines Bündnisses zu verleiten, dessen Abschluß der Kaiser ihm selbst geraten habe. Wie, wenn der König diese Ratschläge nun vor Europa öffentlich bekannt machen würde? Als Napoleon, nach einer Sonderberatung mit der Kaiserin und Drouyn auf des letzteren Vorschlägen gleichwohl beharrte, da setzte Lavalette mit männlichem Freimut jede Rücksicht für den Kaiser beiseite und offenbarte ihm die bittere, aber unbe-

streitbare Wahrheit, daß Frankreich in dem unheilvollen Kriege gegen Preußen und Italien, welchen das von Drouyn beabsichtigte Vorgehen heraufbeschwöre, höchstens 40 000 Mann zur Verfügung habe, auch diese seien nur ungenügend mit Schießbedarf und einem der preußischen Zündnadel ganz unebenbürtigen Gewehr ausgerüstet. Alles übrige an Mannschaften, Pferden, Geschützen habe Mexiko erschöpft. Zudem hätten die französischen Soldaten, bei aller Tapferkeit, schon jetzt einen niederschmetternden Eindruck von den Wirkungen des Zündnadelgewehrs auf den böhmischen Schlachtfeldern empfangen. Nun bequemte sich der Kaiser selbst zu dem peinlichen Zugeständnis, daß seine Armee zur Zeit einem großen Kriege nicht gewachsen sei. Dadurch noch mehr ermutigt, wandte sich Lavalette an Drouyn mit den vernichtenden Worten: „Und Sie, mein Herr, der Sie immer nur an Österreich gedacht und jede Verständigung mit Preußen geflissentlich abgewiesen haben, Sie wagen heute eine solche Politik anzuraten, ohne sich auch nur Rechenschaft zu geben von den Mitteln, mit denen Sie sie aufrecht erhalten könnten?" Drouyn schwieg, und der Kaiser schloß in unbeschreiblicher Gemütsbewegung ohne eine bestimmte Äußerung die Sitzung. Wenn die Könige zustimmende Antwort gaben, so war ja ohnehin alles gut; lehnten sie ab, so war es immer noch Zeit zu energischen Maßregeln. Einstweilen erfreuten sich des Kaisers schwankende Lebensgeister an dem Jubel und der festlichen Illumination, mit denen Paris die Moniteurnote vom 5. Juli beantwortete.

Hatte aber schon Lavalettes mutige Offenheit dem Kaiser die großen Gefahren unbedächtig gewaltthätigen Vorschreitens in grellem Lichte gezeigt, so nahm jetzt ganz Europa lebhaft Partei gegen die Anmaßung des französischen „Schiedsrichters".

Auch in England und Rußland machte Napoleons einseitiges Vorgehen den übelsten Eindruck. Beide Höfe lehnten jede Aufforderung des Kaisers ab, dessen Einwirkung auf das preußische Hauptquartier zu unterstützen. In England trat zudem eben jetzt ein Toryministerium an die Spitze der Staatsgeschäfte, das Preußen wesentlich günstiger gesinnt war, als das gestürzte „liberale" Kabinet

Gladstone und Genossen. Die öffentliche Meinung Englands wandte sich, wie fast immer, dem Erfolge, also jetzt Preußen, sympathisch zu, und das Cityblatt, „die Times“, gab der bisher in England vorherrschenden Hinneigung zu Österreich die gröbliche Absage: „Eine solche Demütigung, sich unter französischen Schutz zu verkriechen, ist unerhört in der Geschichte eines großen Reiches.“ Aber nicht bloß bei den Neutralen, auch in Deutschland selbst erlebte Napoleon von jenen Schritten, die Paris bejubelte, die denkbar ungünstigste Wirkung. Noch standen die süddeutschen Truppen in Waffen den preußischen gegenüber. Aber ein tiefer Umschwung der Meinungen und Stimmungen vollzog sich schon jetzt, noch vor der Entscheidung der Kämpfe am Main und Neckar, auch in Süddeutschland, als hier alle Welt erkannte, daß nicht Bismarck, wie man allgemein geargwohnt hatte, deutsches Land an Frankreich preisgebe, sondern daß vielmehr Österreich sich schmählich an Frankreich klammere und die französische Einmischung gegen den Siegeslauf der preußischen Heere erbettle! Da erlosch auch in Süddeutschland Liebe und Vertrauen zu Österreich. Ungestüm erhob sich die Forderung baldigen Friedensschlusses mit Preußen, einmütigen Zusammenstehens aller Deutschen gegen die drohende Einmischung Frankreichs. In Preußen vollends beseitigte die Moniteur-Note alle Zwietracht, entflammte sie die einmütige Begeisterung und Erhebung aller Vaterlandsfreunde, des gesamten Volkes in dem zornig-stolzen Rufe: Keinen faulen Frieden, keinen französischen Frieden!

Die schmerzlichste Enttäuschung aber kam dem französischen Kaiser aus Italien. In unbeschreiblicher Entrüstung brauste das italienische Volk auf, von Sizilien bis zur Lombardei, als es die Schmach erfahren, die Napoleon in der Moniteurnote dem König, wie dessen Land und Volk ansann. Neidlos und freudig begeistert hatte man den preußischen Bundesgenossen von einem herrlichen Siege zum größeren schreiten sehen. Eben versprach der kühne General Cialdini, auch Italiens Heer zum Siege zu führen und den unseligen Tag von Custozza wett zu machen. Da kam aus Paris die demütigende Zumutung, Italiens Heer solle die Waffen

ruhen lassen, sein Wort gegen den siegreichen Waffenbruder brechen und den Preis der Kämpfe Italiens, Venetien, aus Österreichs und Frankreichs Hand als Almosen hinnehmen! So kräftig war der allgemeine Schrei der Entrüstung, daß jetzt nicht einmal Lamarmora mehr zu einer Annahme des französischen Vorschlags zu raten wagte. Staat und Dynastie wären verloren, wenn es geschähe, telegraphierte er am 5. Juli an Nigra, während der König dem Kaiser Napoleon vorsichtig einstweilen herzlichen Dank für das warme Interesse zu gunsten Italiens aussprach, aber hinzusetzte: der Vorschlag sei so wichtig, daß er zunächst mit seiner Regierung darüber beraten müsse. Nachdem dann in den nächsten Tagen der Kaiser und sein florentinischer Gesandter vergebens versucht hatten, dem König und seinen Ministern die Lüge glaubhaft zu machen, daß Preußen unter dem Bruche des italienischen Bündnisvertrages, dem Waffenstillstand einseitig bereits zugestimmt habe, erging die Entscheidung Italiens nach dem Worte des Ministers Visconti Venosta: „Niemals werde ich auf eine solche Schweinerei eingehen!“ Österreich selbst müsse Venetien an Italien abtreten und als Pfand dafür sofort die Festungen überliefern. Waffenstillstand könne man nur mit Genehmigung Preußens schließen. Sofort werde daher jetzt General Cialdini das Heer über den Po zu neuem Angriff führen. In der That wurde der Strom am 8. Juli überschritten und in den folgenden Tagen der Vormarsch über Rovigo gegen Padua fortgesetzt, als sei „das wichtige Ereignis“ der Abtretung Venetiens an den Franzosenkaiser, das die Moniteurnote vom 5. Juli der Welt mit Friedensschalmaien verkündete, überhaupt nie geschehen. Jedenfalls kehrten sich Italiens König, Regierung und Heer nicht im mindesten daran, auch nicht an das am 8. Juli an König Viktor Emanuel erlassene telegraphische Verbot: in Venetien, das jetzt französisches Eigentum sei, italienische Truppen einrücken zu lassen. Nicht einmal an die am 9. Juli telegraphierte Drohung, Napoleon werde bei längerer Weigerung Italiens ein Bündnis mit Österreich schließen und eine französische Kriegsflotte nach Venedig senden. Denn Italien war inzwischen von Preußens Festigkeit durch Bismarck selbst genau unterrichtet worden.

Mit welchem Erstaunen König Wilhelm anfangs das Telegramm Napoleons vom 5. Juli empfangen hatte, ist schon kurz berichtet. Gleichwohl war sein nächster Gedanke der, daß die französische Vermittelung doch nicht rundweg abgelehnt werden dürfe. Auch Graf Bismarck war derselben Meinung, so zornig auch sein Blut darüber aufwallte, daß Napoleon all die schönen Versicherungen wohlwollender französischer Neutralität nun bethätige, indem er Preußen bei dessen Siegeslauf in den Weg trat. Aber wie der König überwand auch Bismarck das heftige Aufbrausen des Zornes, wenn ihn die tiefe seelische Erregung dieser Tage auch körperlich krank machte. Ruhig überlegte er die möglichen Folgen einer kurzen Ablehnung des kaiserlichen Verlangens. „Wenn Frankreich auch damals wenig Truppen hatte,“ sagte er am 16. Januar 1874 im Reichstage, „so hätte doch ein gewisser Zusatz französischer Truppen hingereicht, um aus den zahllosen süddeutschen Truppenmassen, die ein sehr gutes aber nicht organisiertes Material darstellten, eine recht tüchtige Armee zu machen, die uns sofort in die Lage gebracht hätte, zunächst Berlin zu decken und all unsere Erfolge in Österreich aufzugeben.“ So einigten sich denn der König und Bismarck sofort über folgende, von dem Minister entworfene Antwort an Napoleon,*) welche noch am 5. Juli telegraphisch abging: „Sire, geleitet von dem Vertrauen, welches Mir die gegenseitige Zuneigung und die Solidarität wichtiger Interessen unserer beiden Länder einflößen, nehme Ich den Mir von Ew. Majestät gemachten Vorschlag an und bin bereit, Mich mit Ihnen über die Mittel zur Wiederherstellung des Friedens zu verständigen. Gestern schon hat Mich der General Gablenz um einen Waffenstillstand ersucht, im Hinblick auf direkte Verhandlungen. Durch ein chiffriertes Telegramm an Meinen Gesandten werde Ich Ew. Majestät die Bedingungen angeben, unter welchen die militärische Lage und Meine Verpflichtungen gegen den König von Italien erlauben würden, einen Waffenstillstand zu schließen.“

*) Übertragung aus dem von Sybel, V, 221/22 mitgeteilten französischen Urtext.

Diese Antwort steht ganz auf der Höhe Bismarckscher Staatskunst. Napoleons Vermittelung wurde freundlich angenommen, damit aber thatsächlich nur zugesagt, mit ihm über „die Mittel zur Wiederherstellung des Friedens" zu verhandeln. Ferner betonte das Telegramm mit Absicht das Erscheinen des Generals Gablenz im preußischen Hauptquartier. Man wollte in Paris damit deutlich machen, daß man auch nach Annahme der französischen Vermittelung die direkten Verhandlungen mit Österreich fortsetzen werde, auch keinen Waffenstillstand ohne eine von Österreich selbst anerkannte Friedensgrundlage und ohne Zustimmung Italiens schließen könne. Um diese Hauptsätze des preußischen Standpunktes dem Kaiser näher zu erläutern, wurde am 7. Juli noch der in den Tuilerien sehr beliebte Prinz Reuß mit einem eigenhändigen Schreiben des Königs nach Paris gesandt. Die preußischen Friedensbedingungen waren hier nur in sehr allgemeinen Umrissen gegeben. Prinz Reuß konnte und sollte dagegen in Paris die Erwartung aussprechen, der Kaiser möge als Friedensvermittler doch auch die Friedensbedingungen entwerfen. Die Absicht, Zeit zu gewinnen, tritt aus der Fassung dieser Eröffnungen Bismarcks gleichfalls deutlich hervor. Wie Italien, unbekümmert um Napoleons Drängen und Drohungen, das Heer Cialdinis ruhig in Venetien vorrücken ließ, so eilten die Truppen Preußens in eiligen Märschen täglich dichter an Wien heran. Unter diesem Drucke mußte Österreich bald zu direkten Friedensunterhandlungen gezwungen werden.

Man kann sich leicht vorstellen, in welche unbeschreibliche Aufregung das Ausbleiben einer entscheidenden Antwort Preußens und der hartnäckige, bis dahin niemals erlebte Ungehorsam Italiens den Kaiser Napoleon versetzten. Trotz seiner pomphaften Moniteurnote vom 5. Juli, überschritten die Truppen Cialdinis den Po und die Grenzen des französischen Venetiens, rückten Moltkes Heersäulen täglich weiter gegen Wien vor, ohne daß Preußen ein amtlich entscheidendes Wort über seine Friedensbedingungen verriet. In der Ungeduld seines Herzens, und erregt durch den beißenden Spott der Pariser Presse und Bevölkerung, übersah der Kaiser ganz, daß

die rascheste Reise von dem preußischen Hauptquartier nach Paris drei ganze Tage wegnahm, daß der telegraphische Verkehr zwischen Paris und dem Hauptquartier durch böhmische „Patrioten“ häufig, ja regelmäßig unterbrochen war. Der Kaiser empfand aufs bitterste die peinliche Lage, die Drouyn ihm bereitet, die er aber auch selbst mitverschuldet hatte: mit jedem Tage, der ohne Abschluß des vom Kaiser vermittelten Waffenstillstandes dahinging, verfiel er immer mehr dem spöttischen Gelächter seines Landes und ganz Europas. Abermals drängten sich in diesen schweren Tagen Drouyn und die Kaiserin mit Erneuerung ihrer kriegerischen Vorschläge vom 5. an den auf Äußerste erregten Monarchen heran, lebhaft unterstützt vom Fürsten Metternich, der jetzt in geradezu drohendem Ton zur Ausführung des geheimen Vertrages vom 12. Juni die Besetzung Venetiens durch französische Truppen forderte. Die Kaiserin und Drouyn malten der erschreckten Einbildung des Kaisers die Folgen seiner Verzögerung entschiedener Maßregeln in den düstersten Farben. Die Revolution, die Entthronung der Dynastie werde unausbleiblich dadurch heraufbeschworen.

Aber auch der preußische Gesandte Graf Goltz entrollte der Kaiserin am 9. Juli in einem vertrauten Gespräche dasselbe Schreckbild mit eindringlicher, lange nachwirkender Beredsamkeit, als eine noch sicherere Folge unbedachter kriegerischer Schritte Frankreichs gegen Italien und Preußen. Er stellte der Kaiserin vor, daß Frankreichs Bündnis mit England sich gelöst habe, Rußland seit den polnischen Wirren Frankreich feindselig gesinnt sei, Österreich ihm die Befreiung Italiens immer nachtragen werde. Einen Krieg gegen Preußen und Italien werde Frankreich also ohne europäischen Beistand führen müssen und dadurch den unversöhnlichen nationalen Grimm zweier großer Völker entfesseln. Zudem konnte Goltz darauf hinweisen, daß Preußen, nach einem Telegramm Bismarcks vom 8. Juli, in seinen Friedensbedingungen nur das Notwendige fordern werde: die Ausführung des preußischen Bundesreformprogrammes, also das Ausscheiden Österreichs aus dem deutschen Bunde, die Suprematie Preußens in Deutschland, die den thatsächlichen Macht-

verhältnissen entspreche, endlich die Freiheit, den Anhängern und Feinden Preußens eine verschiedenartige Behandlung angedeihen zu lassen. Alles das biete keinerlei Ursache zu einem Kriege, bei welchem Frankreich Alles auf Spiel setze.

Als die Kaiserin sichtlich selbst ergriffen, ihrem Gemahl von dem Inhalte dieses Gespräches Kenntnis gab, berührte sie Gedanken, die des Kaisers brütendes Hirn inzwischen selbst erwogen hatte. Drouyn hatte ihm entwickelt, daß die am 4. Juli begonnene neue Politik Frankreichs nur durch einen gefahrvollen Krieg durchzuführen sei. Damit war diese Politik selbst in Napoleons kriegsscheuem Sinn zu einer verhängnisvoll fehlerhaften gestempelt. Zudem wäre er durch einen Krieg gegen Italien, dessen Befreiung er selbst ins Werk gesetzt, und gegen Preußen, dem er selbst die Elbherzogtümer angeboten, mit seiner ganzen Vergangenheit in unversöhnlichen Widerspruch geraten. Weshalb sollte er vollends für das ihm antipathische Österreich auf Leben und Tod kämpfen? Obwohl nun Prinz Reuß, wie wir wissen, nur sehr allgemeine Andeutungen über die preußischen Friedensbedingungen nach Paris brachte, so empfing diesen der Kaiser doch freundlich, als er am 10. Juli in Paris anlangte und dem Kaiser zunächst das königliche Schreiben überreichte, welches die entgegenkommenden Zusicherungen des Telegramms vom 5. Juli wiederholte. Napoleon erkannte das an und frug ungeduldig nach den preußischen Bedingungen eines Waffenstillstandes. Reuß erwiderte auftragsgemäß: der König erwarte seinerseits Vorschläge von dem Vermittler und halte den Stillstand nur möglich mit Zustimmung Italiens und mit einer sicheren Friedensgrundlage. Betreffs der letzteren sei der König zu großer Mäßigung entschlossen und demnach bereit, den Bundesreformplan vom 10. Juni, den der Kaiser am 17. Juni in einem Gespräche mit Goltz gebilligt habe, als Hauptgrundlage der Unterhandlung anzunehmen. Dieser Zustimmung wollte sich aber Napoleon jetzt nicht mehr erinnern. Vielmehr erklärte er: der öffentlichen Meinung Frankreichs erscheine ein Deutschland unzulässig, welches nach Ausschluß Österreichs allein von Preußen beherrscht werde. Denselben Eindruck hatte Goltz von

der Stimmung des Kaiserpaares in den Tagen vom 4. Juli an erhalten und an Bismarck berichtet. Die Annexionen, die Preußen etwa an Hannover und Kurhessen vollziehen würde, erschienen dem französischen Selbstgefühl gleichgültig — nur die Annexion von Sachsen hatte man für anstößig erklärt. Dagegen waren all die Leidenschaften und kriegerischen Anläufe seit dem 4. Juli hauptsächlich durch das Schreckbild erzeugt worden, daß Preußens furchtbare Kriegsmacht fortan die Gebieterin des gesamten deutschen Landes und Volkes sein werde. Dem Kaiser erläuterte Reuß jetzt auf des Ersteren Einwand, das künftige deutsche Parlament werde sich mit auswärtiger Politik nicht zu befassen haben, nur mit inneren Angelegenheiten, und Preußen beanspruche den Heerbefehl nur im deutschen Norden. Darauf widersprach der Kaiser nur noch mit halber Kraft, der Kaiserin aber stand das Schreckbild der deutschen Einheit unter Preußens Leitung nach wie vor in unverminderter Furchtbarkeit vor Augen.

Am Abend des nämlichen 10. Juli, da Prinz Reuß diese Unterredungen mit dem Kaiserpaare führte, traf Napoleon die Entscheidung, zu welcher ihn Drouyn in kriegerischer Richtung, Rouher und Prinz Napoleon im Sinne friedlicher Vermittelung drängten. Der Kaiser erklärte nachdrücklich: das ganze System des 4. Juli habe auf einer Täuschung beruht und müsse eilig verlassen werden. Preußen begehre durch Reuß seine Vorschläge. Man möge hierüber eine Verständigung versuchen. Am folgenden Tage gestand er, fast gebrochen, auch dem Grafen Goltz ein, daß seine Politik seit dem 4. Juli ein großer Fehler gewesen sei, vergrößert noch durch die wider seinen Willen der Sache gegebene Öffentlichkeit. Würden Preußen und Italien auf ihrem Widerstande gegen seine Waffenstillstandsforderung beharren, so sei ihm eine tiefe Demütigung vor Frankreich unausbleiblich. Aus dieser unhaltbaren Lage müsse er in irgend einer Weise herauskommen, da nötig durch eine Politik, welche seinen langjährigen Neigungen und Ansichten widerspreche. Er fragte deshalb nach den preußischen Bedingungen für den Waffenstillstand. Goltz vermochte zwar nur zu wiederholen, daß ein Still=

stand nur bei günstigen Aussichten für den Frieden möglich sei. Aber zugleich konnte Goltz hinzusetzen, Graf Bismarck habe ihm am nämlichen Tage die Absendung eines Feldjägers telegraphisch angezeigt, welcher mit dem preußischen Friedensprogramm am Abend des 12. Juli in Paris eintreffen müsse. Bei der weiteren Besprechung des preußischen Bundesreformentwurfs betonte Napoleon die Notwendigkeit, Süddeutschland unabhängiger zu stellen, als dies im preußischen Reformplan vorgesehen sei. Er fragte, ob nicht ein besonderes süddeutsches Parlament angehe, und als Goltz erwiderte, das sei unmöglich, ließ er dem preußischen Gesandten am nämlichen Abend nochmals durch den Prinzen Napoleon ans Herz legen: Süddeutschland möge zur Beschwichtigung der französischen Gemüter selbstständiger konstituiert werden, als im preußischen Entwurfe. Goltz schloß den Bericht an Bismarck über die Unterredungen dieses Tages mit den mahnenden Worten, die Schwankungen des Kaisers wohl zu berücksichtigen. „Augenblicklich ist er uns gewonnen. Er kann aber in jedem folgenden Augenblick umschlagen, wenn wir ihm seine Stellung zu sehr erschweren. Seine Entschlüsse sind nicht darnach zu berechnen, ob sie verständig sind. Er kann auch, wie am 4. Juli, unverständige Entschließungen fassen. Die öffentliche Meinung ist hier gegen eine Aufsaugung Deutschlands durch Preußen eingenommen. Lieber sähe man hier Annexionen innerhalb gewisser Grenzen. Mir scheint unbedingt nötig, auf dem Ausschluß Österreichs aus dem Bunde zu bestehen; in allem Übrigen können wir höchst versöhnlich sein; es ergibt sich später von selbst."

Schon lange ehe Bismarck diesen Bericht empfing, hatte er genau so gehandelt, wie Goltz vorschlug. Denn er kannte die Stimmungen und Ansichten der Franzosen und namentlich der höchsten französischen Kreise gut genug, um zu wissen, daß vor allem das Schreckbild des einigen deutschen Reiches unter Preußens Führung die Leidenschaften in Frankreich in stürmische Wallung bringe. Trotz der tiefen Erregung, in welche ihn Napoleons Einmischung und die Moniteurnote seit dem 5. Juli versetzten, war er doch, zur Vermeidung eines gleichzeitigen Krieges gegen Österreich und Frankreich,

sofort entschlossen, das französische Selbstgefühl soweit zu schonen, als mit der Ehre Deutschlands und mit dem Interesse Preußens nur irgend verträglich sei. Auch er dachte wie Goltz: „Das Weitere ergibt sich später von selbst.“ Unaufhaltsam mußte der Drang der Deutschen nach Einheit auch das letzte Ziel erreichen. Jetzt aber wäre das nur um den Preis eines höchst gefahrvollen Krieges möglich gewesen. Preußen hatte den Krieg begonnen um die Bundesreform und um die Behauptung der Elbherzogtümer, weitere Annexionen waren damals nicht beabsichtigt. Napoleons Einmischung nötigte Bismarck vorläufig in anderer Weise, durch Verstärkung des preußischen Länderbesitzes, durch Annexionen, dem Könige von Preußen diejenige Machtstellung zu verschaffen, die er im Interesse Gesamtdeutschlands haben mußte. Dagegen wollte Bismarck einstweilen — keineswegs für immer! — auf die Heranziehung Süddeutschlands in den neuen Bund verzichten. Schon die erste Andeutung dieses neuen Friedensprogramms Bismarcks scheint bei einflußreichen Personen, namentlich bei der preußischen Heeresleitung, lebhaften Widerspruch gefunden zu haben. Denn am 9. Juli schrieb Bismarck aus Hohenmauth an die Gemahlin: „Uns geht es gut; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn.“ Bei dem Könige konnte der Minister in diesen Tagen dringendster militärischer Angelegenheiten nicht zu eingehendem politischen Vortrag gelangen. So mußte er auch den dem Grafen Goltz angekündigten Feldjäger mit den preußischen Friedensbedingungen am 9. Juli aus Pardubitz absenden, ohne im einzelnen zuvor des Königs Zustimmung zu den darin erwähnten verschiedenen Möglichkeiten einer Friedensgrundlage zu erhalten. Bismarck stellt an die Spitze dieser Instruktion die Bemerkung: „Die öffentliche Meinung bei uns verlangt die Einverleibung Sachsens, Hannovers und Hessens in Preußen,

und gewiß wäre dies für alle Beteiligten die zweckmäßigste Lösung, wenn sie sich ohne Abtretung anderen preußischen Gebietes erreichen ließe. Meinesteils finde ich den Unterschied zwischen einer uns hinreichend günstigen Bundesreform und dem unmittelbaren Erwerb jener Länder nicht groß genug, um dafür das Schicksal der Monarchie von neuem aufs Spiel zu setzen. Unser politisches Bedürfnis beschränkt sich auf die Verfügung über die Kräfte Norddeutschlands in irgend einer Form." Im Laufe der Denkschrift gebraucht Bismarck zum ersten Male den Ausdruck „Norddeutscher Bund". Dieses Wort, sagt er, spreche er ganz unbedenklich aus, weil er, wenn die für Preußen notwendige Befestigung des Bundes gewonnen werden solle, zur Zeit noch für unmöglich halte, auch Süddeutschland hineinzuziehen. Namentlich sei gerade in diesem Augenblicke — da die preußische Mainarmee gegen die süddeutschen Kontingente vorrückte — unmöglich, die Vertretung Süddeutschland durch Preußen zum Parlament einzuberufen, während dagegen die Bevölkerung der vom Feind nicht besetzten norddeutschen Länder alsbald zum Reichstag wählen solle. Zum Schlusse ersuchte Bismarck den Gesandten, in Paris zunächst zu versuchen: „welcher Eindruck und welche außerdeutschen Kompensationsforderungen bei Frankreich hervorgerufen werden, wenn wir die Annexion von Sachsen, Hannover, Kurhessen und Nassau fordern"; alle vorgetragenen Eventualitäten möge Goltz sondierend durchsprechen. Nördlich von Alsen sei man bereit, die Frage ob deutsch oder dänisch von dem Wunsche der Bevölkerung abhängig zu machen. „Ew. Excellenz wollen dabei, ohne zu drohen, durchblicken lassen, daß wir einen im Verhältnis zu unsern Erfolgen unehrenvollen Frieden nicht anzunehmen fest entschlossen sind." Sollten die mit Österreich direkt eingeleiteten Friedensverhandlungen nicht zum Ziele führen, „Frankreich aber eine drohende Haltung gegen uns annehmen, so würden wir die Entwickelung der letzteren abwarten, dann aber auch auf der vollen Grundlage der Reichsverfassung von 1849 die nationale Erhebung Deutschlands bewirken, und jedes Mittel ohne Rücksicht auf irgend einen Parteistandpunkt zur Kräftigung des Widerstandes der Nation anwenden. Bisher

aber habe ich die Überzeugung, daß wir, wenn es mir gelingt, die diesseitigen Forderungen auf das verständige und für uns ausreichende Maß herabzustimmen, uns mit dem Kaiser Napoleon werden einigen können."

Ganz in diesem Sinne schreibt Roon am 13. Juli an die Gattin: „Bismarck ist über die französische Einmischung nicht beunruhigt. Er hofft auf einen baldigen ehrenvollen Frieden." Schon die nächsten Tage bewiesen in der That, daß Bismarck auch diesmal die französischen Stimmungen, insbesondere die des Kaisers, richtig beurteilt hatte. Denn Napoleon erklärte schon vor Eintreffen des preußischen Feldjägers dem Prinzen Reuß am 12. Juli: Die Hauptsache sei, daß in der neuen deutschen Bundesverfassung Süddeutschland, wenn auch nur scheinbar, vom Norden getrennt bleibe. Das würde ihm möglich machen, Preußens Friedensbedingungen sich anzueignen. Als nun Goltz am 13. Juli mit der inzwischen vom Feldjäger überbrachten Instruktion Bismarcks vom 9. beim Kaiser eintrat, erklärte dieser sogleich, daß er gegen den Norddeutschen Bund nichts einzuwenden habe, ebensowenig gegen die Annexionen in Norddeutschland. Nur wünsche er das Königreich Sachsen mit Süddeutschland verbunden, damit das Gleichgewicht beider Hälften Deutschlands einigermaßen gewahrt werde. Goltz entgegnete, Sachsens Verbindung mit Süddeutschland sei unmöglich, aber auf das Gleichgewicht der Süddeutschen könne in anderer Weise hingewirkt werden. Napoleon erklärte darauf, besonders wichtig erscheine ihm, daß Süddeutschland das Recht einer selbständigen Staatengruppe erhalte, also Bündnisse schließen und Kriege führen dürfe. Goltz erläuterte, diese Absichten des Kaisers stünden mit dem preußischen Programm nicht im Widerspruch. Nur müsse taktvoll jede Fassung vermieden werden, welche als Verzicht auf die deutsche Einheit ausgelegt werden könne, sonst müsse Preußen das Banner der deutschen Reichsverfassung von 1849 aufpflanzen. Mit Kompensationsansprüchen trat Napoleon, trotz der hierauf gerichteten Frage des Gesandten, nicht hervor. Er regte nur an, ob Preußen dem König von Sachsen nicht die Rheinprovinz geben könne, und

ließ auch diesen Vorschlag sofort fallen, als Goltz ihn, bei der Stimmung des Volkes, für unmöglich erklärte. Dann stellte der Kaiser nur noch die Bedingung, daß Österreichs Länderbesitz, bis auf Venetien, ungeschmälert bleiben müsse und äußerte den Wunsch, daß das beiderseitige Einverständnis über die preußischen Friedensbedingungen zu Papier gebracht werden möge. Goltz erbot sich, dies zu versuchen. Bei Ausarbeitung des Entwurfs überging er die preußischen Annexionen ganz, da Napoleon diesen Punkt als einen ihm gleichgültigen bezeichnet hatte, und Goltz seinerseits befürchtete, die Aufzählung aller zur Einverleibung ausersehenen Länder (Sachsen, Hannover, Kurhessen, Nassau, Oberhessen) werde französische Gegenforderungen hervorrufen.

Der Entwurf, den Goltz dem Kaiser am 14. Juli vorlegte, enthielt folgende Sätze: „Österreich erkennt die Auflösung des alten deutschen Bundes an, und widersetzt sich nicht einer neuen Organisation Deutschlands, an der es keinen Teil nimmt. — Preußen bildet eine Union Norddeutschlands, welche alle Staaten nördlich des Main umfaßt; es wird den Befehl über die Truppen derselben erhalten. — Die deutschen Staaten südlich vom Main haben die Freiheit, unter sich eine süddeutsche Union zu schließen, die eine internationale, unabhängige Stellung genießt. Die zwischen der nördlichen und der südlichen Union zu erhaltenden nationalen Bande werden durch freies, gemeinsames Einverständnis geregelt. — Die Elbherzogtümer werden mit Preußen vereinigt, außer den Bezirken Nordschleswigs, deren Einwohner in freier Abstimmung die Rückabtretung an Dänemark wünschen würden. Österreich und dessen Verbündete ersetzen Preußen die Kriegskosten." Napoleon war mit alledem völlig einverstanden und verlangte nur, daß statt der letzten Worte, „die Kriegskosten", gesetzt werde: „einen Teil der Kriegskosten", um das bankerotte Österreich nicht abzuschrecken. Auch fügte er als letzten Artikel noch den Satz hinzu: „Österreichs Integrität, außer Venetien, wird erhalten." Das geschah infolge eines am Vortage eingelaufenen Telegramms des österreichischen Kaisers.

Damit waren die Kriegsanläufe Drouyns vollends beseitigt,

und als eben jetzt Herr v. Beust den Kaiser in einer Audienz um Schutz für das bedrängte Sachsen anflehte und die Aufstellung eines französischen Heeres von 100000 Mann am Rhein als eine im Interesse Frankreichs notwendige Maßregel bezeichnete, da mußte der Mann, der sich seit Jahren Bismarck und Preußen gegenüber als den Vertreter echt deutscher Gesinnung aufgespielt hatte, von dem Kaiser der Franzosen sich sagen lassen: Beust wisse ja gar nicht, ob Napoleon die preußische Politik als eine den französischen Interessen widersprechende ansehe und ihr durch Einschüchterung entgegenzutreten sich bewogen fühle. Vielmehr telegraphierte der Kaiser das mit Goltz gewonnene Einverständnis noch in derselben Stunde an die beiden streitenden Herrscher, mit dem dringlichen Ersuchen, auf Grund dieser Friedensbedingungen den Waffenstillstand abzuschließen.

Da die telegraphische Verbindung zwischen Paris und dem preußischen Hauptquartier inzwischen nicht besser geworden war, so erhielt Bismarck diese französische Depesche erst am 17. Juli, während der Herzog von Gramont in Wien sie bereits am 15. besaß. Ihr Inhalt war so weit entfernt von den Zusagen, die Frankreich in dem geheimen Vertrage vom 12. Juni dem Kaiserstaate gegeben hatte, daß man in Wien das französische Friedensprogramm anfangs mit grimmiger Enttäuschung aufnahm. Um indessen Napoleon nicht zu verletzen, gab man am 16. die aufschiebende Antwort: vor der eigenen Entscheidung müsse man abwarten, ob Preußen diesen Vorschlag annehme. Offenbar hegte dabei Graf Mensdorff den Hintergedanken, falls Preußen ablehne, seinerseits anzunehmen und den von Preußen gekränkten Napoleon dadurch in die kriegerische Stimmung vom 4. Juli wieder zurückzuversetzen. Die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze veränderten indessen bald diese kühl zuwartende Haltung der Hofburg. Das Vorrücken der Italiener unter Cialdini vernichtete die Hoffnung, die 120000 Mann der österreichischen Südarmee nach Wien heranziehen zu können. Nicht ganz die Hälfte, nur 57000 Mann, waren zur Verteidigung der Reichshauptstadt verfügbar. Aber auch den Anmarsch der

österreichischen Nordarmee hatten inzwischen am 15. Juli die preußischen Waffenerfolge in dem Gefechte bei Tobitschau an der March zu einem Umweg von zehn Meilen ostwärts über Preßburg genötigt, so daß nun völlig zweifelhaft wurde, ob Benedeks Armee von 100000 Mann überhaupt noch vor den Preußen zum Schutze Wiens anlangen werde. Dazu kam die entsetzliche Finanznot, das tiefe Friedensbedürfnis, die äußerst geringe Opferwilligkeit des Volkes. Endlich als stärkster Beweggrund die Fürsprache Benedettis, der in entscheidender Stunde eben von Bismarck aus dem preußischen Hauptquartier anlangte. Um die Bedeutung seiner Einwirkung in Wien richtig zu begreifen, müssen wir ihm zunächst auf seiner Reise zu Bismarck folgen.

Schon früher einmal ist gesagt worden, daß Benedetti von der Mehrzahl unserer deutschen Landsleute ungerecht beurteilt wird, nämlich nur nach seinem ihm vom späteren Minister Duc de Gramont ausdrücklich vorgeschriebenen „bruskierenden“ Verhalten gegen König Wilhelm in Ems im Juli 1870. Aber in Wahrheit war er bei weitem einsichtiger und preußenfreundlicher als Gramont und Drouyn. Der letztere hatte Benedetti am 9. Juli 1866 von Berlin nach dem preußischen Hauptquartier aufbrechen lassen, damit der französische Botschafter hier durch einigermaßen drohende Einschüchterung möglichst rasch den Abschluß eines Waffenstillstandes erziele und von dem Übermaß der preußischen Friedensforderungen möglichst viel abhandle. Genauere Instruktionen bezüglich der Friedensbedingungen besaß er jedoch nicht. Schon die lange und beschwerliche Fahrt Benedettis über den böhmischen Kriegsschauplatz machte indes dem scharfen Beobachter die ganze Bedeutung der preußischen Siege und Erfolge klar und zugleich die unvergleichliche Tüchtigkeit der preußischen Soldaten. „Wahrhaftig, das sind keine Milizen“, sagte er später zu Bismarck, „das sind echte Troupiers.“ Diese Eindrücke schon mochten ihm gründliche Zweifel erregen, ob man eine Macht, die nach solchen Erfolgen über solche Truppen gebiete, durch Einschüchterung und Drohung zu einem unliebsamen Waffenstillstand und Frieden zwingen könne. In der Nacht vom 11. zum

12. langte er endlich im preußischen Hauptquartier zu Zwittau an, erfragte Bismarcks Quartier und trat völlig überraschend bei ihm ein. Es war ein ödes verlassenes Haus. Bismarck saß bei spärlichem Licht am Schreibtisch und hatte den von der Gattin nachgesandten Revolver zur Rechten liegen. Er empfing den Botschafter freundlich, lehnte aber entschieden ab, die Waffen gegen Österreich ruhen zu lassen, ehe befriedigende Antwort aus Paris auf die Eröffnungen vom 9. Juli eingetroffen sei. So dauerte das Gespräch der Beiden ergebnislos bis vier Uhr Morgens. Dann lud Bismarck den Botschafter und dessen Sekretär ein, das einfache Quartier zu kurzer Ruhe mit ihm zu teilen. Am folgenden Tage konnte sich Benedetti in einer Audienz beim Könige in Czernahora auch davon überzeugen, daß dieser voll und ganz auf dem Standpunkt sich befand, den Bismarck während der Nacht erörtert hatte, und der genau der Instruktion an Goltz vom 9. entsprach. Auch der König wollte sich jetzt mit einem Nordbund begnügen, verlangte aber dagegen um so bestimmter die Annexion der preußenfeindlichen Staaten, welche den preußischen Länderbesitz bisher getrennt hatten. Benedetti, der von dem am 10. Juli erfolgten Umschwung seines Kaisers und von den Pariser Verhandlungen vom 12. bis 14. Juli noch keine Ahnung hatte, war doch schon von dem Ernst dieser Erklärungen des Königs und Bismarcks so durchdrungen, daß er am 16. Juli aus dem preußischen Hauptquartier Brünn dem Minister Drouyn telegraphierte: er halte jede französische Vermittelung für aussichtslos, „wenn Österreich sich nicht dazu verstehe, den Präliminarien eine Bestimmung hinzuzufügen, durch welche Preußen gewisse Gebietserweiterungen behufs Herstellung des Zusammenhangs seiner Länder gesichert werden.“ Am nämlichen Tage begab er sich auf kaiserlichen Befehl nach Wien, um hier noch entschiedener als der österreichfreundliche Gramont auf raschen Friedensschluß zu bringen. Ein ungeahntes Ereignis vereinigte die ganze Beredsamkeit der beiden französischen Botschafter zu diesem Ziele.

Vom 12. bis 16. Juli hatte nämlich Bismarck täglich lange Erörterungen mit Benedetti gehabt, in denen letzterer immer nur

vom Wohlwollen Frankreichs und Preußens Mäßigung redete, aber durchaus nichts zu antworten wußte, wenn Bismarck nach den französischen Kompensationsforderungen fragte. Wir wissen jetzt, daß Benedetti einfach deshalb schwieg, weil er Napoleons Absichten hierüber gar nicht kannte, ja daß der Kaiser selbst noch keinen bestimmten Plan darüber gefaßt hatte. Bismarck aber wollte an solche Unwissenheit des Botschafters nicht glauben, erblickte darin vielmehr einen Beweis französischer Hinterhaltigkeit. Dazu kam die fortdauernde Störung der telegraphischen Verbindung mit Paris, so daß Bismarck erst bei Benedettis Abreise nach Wien über alle die Bedenken unterrichtet ward, welche Drouyn und Napoleon bis zum 11. Juli, vor dem Eintreffen des preußischen Feldjägers, gegen die preußischen Forderungen erhoben hatten. Alles das bestimmte Bismarck, eine direkte Verständigung mit Österreich zu versuchen. Er ließ deshalb den Bürgermeister Dr. Giskra von Brünn zu sich kommen, der als Abgeordneter in Österreich immer den deutschen Standpunkt vertreten hatte, und erklärte ihm seine Bereitwilligkeit, sofort in Brünn mit Österreich Frieden zu schließen, und zwar unter überaus günstigen Bedingungen, wenn dagegen jede Einmischung und Mitwirkung Frankreichs beim Frieden ausgeschlossen bleibe. In diesem Falle solle Österreichs gesammtes Gebiet, außer Venetien, unversehrt bleiben, keine Kriegsentschädigung gezahlt werden, der Main in Deutschland die Grenze für die preußische Vorherrschaft bilden, die süddeutschen Staaten freie Hand behalten und Österreich überlassen bleiben, sich mit denselben in beliebige Verbindung zu setzen. Giskra möge diese Bedingungen selbst nach Wien überbringen. Da der Brünner Bürgermeister indes gerade jetzt sein Amt keinesfalls verlassen konnte, entsandte er mit Bismarcks Zustimmung den Präsidenten des Handelsgerichtes zu Brünn, Baron Herring, nach Wien. Diese Vorschläge gingen weit hinaus über das, was Frankreich irgend bieten konnte, ja sie erfüllten bereits Bismarcks Wort vom Abend des 3. Juli: „Jetzt gilt es, die alte Freundschaft Österreichs wieder zu gewinnen.“

Herring that sein Bestes, um Bismarcks Vorschlägen in Wien

Annahme zu verschaffen. Sie sprachen auch so sehr für sich selbst, daß sie anfangs hellen Jubel erweckten, auch beim Kaiser. Aber wie bei Anton von Gablenz' letzter Friedensvermittelung vor dem Kriegsausbruch verwischte der argwöhnische Preußenhaß der leitenden Männer gar bald diese glückverheißende Stimmung. Zugleich wurden die französischen Botschafter, wahrscheinlich durch den Grafen Moritz Esterhazy, über Herrings Sendung genau unterrichtet und setzten sofort alle Hebel in Bewegung, um eine direkte Verständigung zwischen den beiden kriegführenden Mächten zu hintertreiben, die für ihren Kaiser ein entsetzlicher Schlag gewesen wäre. Gramont namentlich erkannte mit Ingrimm, wiviel mehr Bismarck dem Brünner Präsidenten zugestanden hatte als dem Kaiser Napoleon. Er folgerte richtig, daß solche Bedingungen einem Gegner, nach solchen Herausforderungen und solchen Niederlagen desselben, nur dann bewilligt werden könnten, wenn der Sieger ihn zum verbündeten Freunde wieder gewinnen wollte. Ein preußisch-österreichisches Bündnis aber mußte Frankreich um jeden Preis vermeiden. Während Gramont also genau erkannte, daß Bismarcks durch Herring vermittelte Vorschläge auf Österreichs Wohlfahrt, Versöhnung und Freundschaft abzielten, scheute er sich nicht, noch viele Jahre später in seinem Buche zu schreiben: wäre Österreich in die Falle gegangen, so hätte Bismarck seinen Zweck erreicht, es gründlich mit Frankreich zu entzweien, es dann eine Weile in täuschender Verhandlung hinzuhalten, und dann, etwa unter dem Vorwand der mangelnden Zustimmung Italiens, zugleich von Nord und Süd den „Stoß ins Herz" des vereinzelten Kaiserstaates zu führen. Mit noch viel lebhafterem Abscheu mag Gramont damals in Wien von dieser verwerflichen Politik gesprochen und als bestes Gegenmittel die Annahme der napoleonischen Vorschläge vom 14. Juli empfohlen haben. Benedetti, der inzwischen von diesen Vorschlägen Kenntnis erlangt und den gemessenen Befehl erhalten hatte, sie in Wien zur Annahme zu bringen, unterstützte Gramont mit der eindringlichen Darstellung seiner tiefen Eindrücke im preußischen Hauptquartier, namentlich der stolzen und siegesgewissen Entschlossenheit

der leitenden Männer Preußens, Alles an Alles zu setzen, wenn Österreich zaudere, billige Zugeständnisse zu machen. Frankreichs wohlwollende Friedensvermittelung sei dann zu Ende und es müsse Österreich seinem Schicksal überlassen. Diese Vorstellungen fanden in der Hofburg willig Gehör. Und während man den Baron Herring, nachdem man ihn dreißig Stunden lang auf Entscheidung hatte warten lassen, schließlich mit der Antwort abfertigte, Bismarck möge einen amtlichen Antrag zur Eröffnung von Friedensverhandlungen nach Wien richten, auf Vermittelung von Privatpersonen könne man sich nicht einlassen, nahm man daselbst schon wenige Stunden später das napoleonische Friedensprogramm vom 14. Juli unbedingt an. Baron Herring fuhr am 19. Juli noch zwei Paar Pferde zu Tode, um Bismarck die in Wien empfangene Antwort rechtzeitig zu überbringen. Aber als er im neuen preußischen Hauptquartier Nikolsburg Bismarck erreichte, empfing dieser ihn mit den Worten: „Sie sind um eine Stunde zu spät gekommen; wir haben die Intervention Frankreichs bereits zugestanden.“ Benedetti hatte den Baron überholt.

Wir müssen nun aber, um jene Antwort Bismarcks zu verstehen, auch berichten, was im preußischen Hauptquartier seit Herrings Abgang von Brünn vorgefallen war. Noch am nämlichen 17. Juli erhielt Bismarck das Telegramm des Grafen Goltz mit der von ihm und dem Kaiser gemeinsam festgestellten Friedensgrundlage vom 14. Alles was darin stand, war nach Wunsch des Ministers und des Königs. Aber nach der Meinung des Königs fehlte darin das Beste: die Annexionen! Wir wissen, aus welchem Grunde Goltz sie in dem Entwurfe weggelassen hatte. Der König aber war darüber äußerst unwillig. Denn nur um den Preis einer bedeutenden Territorialvergrößerung Preußens hatte er Bismarcks Vorschlag zugestimmt, die Gedanken an eine Vorherrschaft über ganz Deutschland zurückzustellen. Bismarck hielt die Vergrößerungsansprüche des Königs für übermäßig, diejenigen seiner militärischen Umgebung für ganz maßlos und mahnte immer, doch Rücksicht auf „die drei Nachbarn in Europa“ zu nehmen. Aber daß Preußen sich,

dem französischen Friedensprogramm gegenüber, das Recht zu ausgiebigen Annexionen wahren müsse, stand auch bei ihm fest. So telegraphierte er denn noch am 17. Juli mit Genehmigung des Königs an Goltz: Als Friedensbasis sei das Telegramm vom 14. nicht ausreichend. Die Annexionen seien eine Notwendigkeit und in dem Programm fehle jede Andeutung davon. Sichere Napoleon für die Annexionen seine Unterstützung bei den Friedensverhandlungen zu, so könne man im Vertrauen darauf das Programm vom 14. dem Waffenstillstand zu Grunde legen und in Florenz dessen Annahme empfehlen, wenn Österreich jenes politische Programm annehme. Von dem Augenblicke an, wo Frankreich sein Einverständnis mit Vorstehendem erkläre, wolle Preußen, wenn Österreich die militärischen Voraussetzungen erfülle, eine Waffenruhe von 5 Tagen eintreten lassen. „Dies militärisch nachteilige Opfer von 5 Tagen bringen wir nur, um Napoleon gefällig zu sein.“ In einer zweiten Depesche an Goltz sprach sich Bismarck noch deutlicher über den Umfang der von Preußen beabsichtigten Annexionen aus: Frankreichs Hauptbedürfnis sei, daß Süddeutschland von der preußischen Vorherrschaft frei bleibe, und dazu sei Preußen bereit. „Die Hauptsache für uns ist im gegenwärtigen Augenblick die Annexion von drei bis vier Millionen norddeutscher Einwohner.“ Besonders anmutig mußte in Napoleons Ohren endlich die letzte dieser Mitteilungen an Goltz klingen: Bismarck sei mit Moltke nach Lage der Dinge in Paris einig darüber, nicht in Wien einzurücken, wenn man auch bis an die Donau vordringen und Wien bedrohen müsse, um Österreichs, durch Frankreich neu gekräftige Kampflust zu brechen. Die Zustimmung des Kaisers Napoleon und seines Ministers zu diesen preußischen Annexionen in Norddeutschland konnte Goltz schon am 19. Juli an Bismarck telegraphieren. Letzterer aber verlangte am 20. Juli in Beantwortung dieser Depesche in einem nochmaligen Telegramm an Goltz nicht bloß die Zustimmung, sondern auch die ausdrückliche Anerkennung und Empfehlung der preußischen Annexionen durch eine Erklärung des Kaisers Napoleon. Diese Erklärung traf denn auch am 23. Juli in Nikolsburg ein. Doch bot schon die fran-

zösische Zustimmung vom 19. Juli genügende Sicherheit, um mit Österreich auf der Grundlage vom 14. die Friedensverhandlungen zu eröffnen und den Waffenstillstand abzuschließen.

Denn schon am 20. Juli hatte Bismarck die amtliche Mitteilung Gramonts erhalten, daß auch Österreich die Vorschläge Napoleons vom 14. annehme. Er hatte deshalb dem Herzog vorgeschlagen, die Waffenruhe am 22. mittags 12 Uhr beginnen zu lassen, und Österreich hatte zugestimmt. Das für Preußen siegreiche Gefecht von Blumenau vor Preßburg mußte deshalb zur Mittagsstunde des 22. Juli abgebrochen werden. Am Nachmittage desselben Tages trafen die österreichischen Unterhändler des Friedens im Schlosse zu Nikolsburg ein, der Berliner Botschafter, Graf Karolyi, mit ihm alte Frankfurter und Wiener Bekannte aus Bismarcks Bundestagszeit, Baron Brenner und General Graf Degenfeld. Die französischen Botschafter dagegen, deren Anwesenheit bei den Konferenzen Kaiser Napoleon noch am 15. Juli dem Grafen Goltz als wünschenswert bezeichnet hatte, blieben den Verhandlungen fern. Denn Drouyn de L'Huys leistete zwar notgedrungen der veränderten Politik Napoleons Folge, innerlich aber grollte er ihr bitter. Deshalb hatte er inzwischen dem Kaiser vorgestellt, Frankreich müsse sich doch die Möglichkeit wahren, gegen die künftigen Folgen der Abmachungen von Nikolsburg vorzugehen. Und eben deshalb hatte der Minister mit Genehmigung des Kaisers am 19. Juli an Benedetti telegraphiert: „Unsere Aufgabe ist lediglich die der freundschaftlichen Vermittelung und beschränkt sich darauf, allen unseren Einfluß anzuwenden, um die beiden kriegführenden Parteien zur Vereinigung zu bringen. Wir sind nicht Schiedsrichter, welche den Parteien eine Lösung auferlegen können, auch nicht Unterhändler, die einen unmittelbaren Anteil an den herbeizuführenden Arrangements haben. Wir haben daher die Präliminarien auch nicht zu unterzeichnen."

Am 23. Juli begannen unter solchen Verhältnissen zu Nikolsburg zwischen Bismarck und den Österreichern die Verhandlungen über die Friedenspräliminarien. Der Italiener Graf Barral, der seit einigen Tagen im preußischen Hauptquartier eingetroffen war,

befand sich ohne Vollmacht und Instruktion zur Teilnahme an den Verhandlungen und blieb ihnen daher fern. Italien war nämlich eben jetzt wieder erfüllt von kriegerischem Eifer und Wagemut, nachdem der dem unfähigen Lamarmora gleichwertige Admiral Persano am 20. bei Lissa von Admiral Tegethoff gründlich geschlagen worden war. Da drängte alles den General Cialdini zu mutigem Vorwärtsschreiten, damit nicht bloß das bereits ganz besetzte Venetien, sondern auch Wälschtirol Italien im Frieden zufalle. Deshalb beeilte man sich in Florenz gar nicht zum Friedensschlusse, während umgekehrt diese italienische Kampfbegierde in Wien die Friedensliebe mächtig förderte. Bismarck seinerseits hatte am Morgen des 23. Juli vor der ersten Sitzung der Friedenskonferenz die Erklärung der französischen Regierung und Napoleons erhalten, daß diese die Annexion von vier Millionen Norddeutschen als billig anerkannten und empfehlen würden. Namentlich war Napoleon damit einverstanden, daß vom Königreich Sachsen der Leipziger und Bautzener Kreis abgetrennt und in Preußen einverleibt würde. Italiens bündnismäßiger Anspruch auf Venetien war durch die Friedensgrundlage vom 14. Juli vollständig gewährleistet. Bismarck sah daher in aller Welt keinen Grund, sich durch die Zurückhaltung der französischen und italienischen Botschafter von den Verhandlungen am raschen Abschluß der Friedenspräliminarien hindern zu lassen. Vielmehr gab es hiefür zwingende Gründe die Fülle; zu der alten Sorge vor der Anmeldung französischer Gegenforderungen, ehe das Friedenswerk abgeschlossen wäre, gesellte sich in den letzten Tagen auch noch eine neue, nämlich die drohende Einmischung Rußlands, von der später noch die Rede sein wird.

So war denn Bismarck schon bei Eröffnung der Nikolsburger Verhandlungen am 23. Juli entschlossen, diese so rasch und glatt als möglich zum Ziel zu führen. „Mit seiner praktischen Auffassung der Dinge und seiner gewohnten Entschlossenheit", berichtet Benedetti am 23. aus Nikolsburg an Drouyn, „hat Graf Bismarck sich gleich in der ersten Unterredung mit den österreichischen Unterhändlern zu versichern gesucht, daß sie alle Bedingungen

in Bezug auf die künftige Organisation Deutschlands annähmen und daß Österreich aufrichtig darauf verzichte, Teil daran zu nehmen. Er hat sodann den Bevollmächtigten erklärt, daß der König als erste Bedingung für den Friedensschluß eine Vergrößerung Preußens im Norden Deutschlands verlange. Ich höre, daß er in dieser Hinsicht sich fest entschlossen gezeigt hat, die Verhandlungen abzubrechen, falls er nicht die Zusicherung der Einwilligung Österreichs erhalte." Diese Darstellung stimmt mit derjenigen überein, die Sybel nach den preußischen Archiven giebt. Gegen die Annexion der Elbherzogtümer, Hannovers, Kurhessens, Nassaus erhoben die Österreicher keine ausdrückliche Einwendung. Dagegen verlangte Graf Karolyi die völlige Unversehrtheit des königlich sächsischen Gebietes. Denn es sei eine Ehrensache Österreichs, diesem einzigen deutschen Staate, der Österreich als tüchtiger und opferwilliger Bundesgenosse zur Seite gestanden sei, die volle Unverletztheit des Gebietes und der Selbständigkeit zu verbürgen. Bismarck wußte, wie scharf dieser Anspruch gegen die beim König und dessen Umgebung vorherrschende Stimmung verstieß. Sachsen, dessen Minister seit Jahren gegen Preußen gehetzt und gewühlt hatte, dürfe nicht besser behandelt werden als Hannover, meinten damals sehr einflußreiche preußische Männer. Der König, über diese Sünden Beusts tief erbittert, forderte mindestens die Abtretung zweier Kreise. Sehr lebhaft wurden die Verhandlungen über die sächsische Frage schon an jenem 23. Juli in der Konferenz geführt und blieben vorläufig ohne Ergebnis. Benedetti aber berichtet schon am nämlichen Tage an Drouyn: „Seinerseits hat Graf Bismarck mir mitgeteilt, daß die österreichischen Unterhändler sich darauf beschränkt haben, für die Erhaltung Sachsens in seinem bisherigen Gebiete einzutreten. Ich glaube, daß man sich über diese Frage einigen wird, indem Preußen sich verbindlich macht, Sachsen in seinen jetzigen Grenzen zu erhalten."

Schnellere Erledigung fand ein zweiter Einwand Karolyis. Dieser erklärte, durch einen Vertrag mit Bayern vom 14. Juli sei Österreich verpflichtet, keinen Frieden ohne dessen Zuziehung ab-

zuschließen. Herr v. d. Pfordten sei soeben in Wien, um daran zu erinnern. Bismarck wollte im klaren preußischen Interesse die Friedensverhandlungen mit den deutschen Staaten durchaus gesondert führen. Um aber Österreich entgegen zu kommen, schlug er zu den Pariser Präliminarien vom 14. Juli einen Zusatzartikel vor, welcher den König von Bayern in den Frieden aufnahm, wenn dieser sich verpflichtete, eine näher zu vereinbarende Anzahl von Millionen Thaler zu den Kriegskosten zu zahlen und außerdem — wie Napoleon angeregt hatte — den Großherzog von Hessen für die etwa an Preußen abzutretenden nordmainischen Gebietsteile zu entschädigen. Dagegen erhob Karolyi keinen Widerspruch. Endlich wurde ein weiterer Artikel verabredet, durch welchen Preußen sich verpflichtete, die Zustimmung Italiens zu Waffenstillstand und Präliminarien zu beschaffen, sobald Venetien ihm durch Napoleon übergeben sein würde. Zuvor schon hatte sich über die Höhe der von Österreich zu bezahlenden Kriegskosten, die Bismarck anfangs auf 35 Millionen Thaler bemessen hatte, ein unerledigter Streit erhoben. Darauf wurde die nächste Sitzung auf den 25. Juli angesetzt, damit man inzwischen alles Weitere formlos besprechen und namentlich die Zustimmung der beiden Herrscher zu dem Verhandelten einholen könne.

Sehr ungenügend fand König Wilhelm in den bisherigen Abmachungen seine Wünsche erfüllt. Schon in dem Telegramm an den Grafen v. d. Goltz vom 20. Juli, in welchem die Zustimmung Napoleons zu den preußischen Annexionen gefordert wurde, hatte Bismarck dem Botschafter „zu dessen ganz intimer persönlicher Direktive“ mitgeteilt, der König habe geäußert: „Er werde lieber abdanken, als ohne bedeutenden Ländererwerb für Preußen zurückkehren“, und habe deshalb sogleich den Kronprinzen nach Nikolsburg gerufen. Diese entsagende Stimmung regte sich im Könige auch jetzt wieder nach dem ersten Tage der Nikolsburger Verhandlungen. Andererseits aber drängten einflußreiche Stimmen den König, er müsse auf den preußischen Forderungen im vollen Umfang bestehen, Alles an Alles setzen. Bismarck hielt den einen dieser extremen Entschlüsse so verderblich wie den andern. Gegen die zu hohe

Spannung der preußischen Forderungen fand er, wie an Roon, so auch an des Kronprinzen maßvoll ausgleichendem Wesen eine wertvolle Stütze. Aber an jenem 24. Juli, da sich die streitenden Herrscher über das Maß ihrer Ansprüche und Zugeständnisse entscheiden sollten, wirkte ein plötzlicher Vorgang mit noch kräftigerer Beredsamkeit für Bismarcks Vorschläge. An diesem Morgen traf nämlich vom Grafen Redern ein Telegramm aus Petersburg ein, das meldete: Kaiser Alexander wünsche lebhaft den Zusammentritt eines europäischen Kongresses, da die in Nikolsburg schwebenden Fragen nicht ohne Zustimmung Europas erledigt werden könnten. Die amtliche Anzeige dieses Verlangens konnte jeden Augenblick vor Abschluß der Präliminarien eintreffen, und dann war der preußische Siegespreis und Preußens Zukunft dem Schiedsgericht des neidischen Europa anheimgegeben. Deshalb rasch und ganz fertig zu machen, beschloß Bismark mit doppelt drangvollem Eifer. Die ganze politische Lage setzte er dem Könige sofort in einer amtlichen Denkschrift auseinander.

„Es scheint mir von der größten Wichtigkeit, daß der gegenwärtige günstige Augenblick nicht versäumt werde," begann er. Durch die vom König ausgesprochene Annahme der französischen Friedensbasis en bloc sei die Gefahr einer kriegerischen Aktion Frankreichs gegen Preußen einstweilen beseitigt. Frankreich habe sich sogar verpflichtet, die preußischen Annexionen geschehen zu lassen und zu empfehlen. „Das Schwanken des Kaisers in den letzten Wochen und der Druck der öffentlichen Meinung in Frankreich lassen aber nur zu sehr befürchten, daß, wenn die augenblicklichen Zugeständnisse nicht in Thatsachen verwandelt werden, ein neuer Umschwung stattfinden könnte. Auf eine Unterstützung weitergehender, oder auch nur dieser preußischer Forderungen seitens der anderen Großmächte läßt sich nicht rechnen." Das wird zunächst an den neuesten Erfahrungen aus Rußland bewiesen und bezüglich Englands gesagt, daß zwar die öffentliche Meinung, nicht aber die Regierung jetzt Preußen zuneige und von letzterer sich nur annehmen lasse, „daß sie vollendete Thatsachen anerkennen wird." — Österreich endlich habe

durch Annahme der französischen Präliminarien, den Austritt aus dem Bund und die Zulassung der Rekonstruktion desselben unter Preußens Führung ohne Österreichs Teilnahme, endlich durch die Anerkennung der von Preußen in Norddeutschland zu bestimmenden Verhältnisse — Alles gewährt, was Preußen von ihm fordern könne. Die Erhaltung Sachsens sei der gemeinsame Wunsch Österreichs und Frankreichs. Wenn Österreich dafür seine übrigen norddeutschen Verbündeten preisgebe, so scheine es klug, jenem Wunsche Rechnung zu tragen, und etwa auf Grund der preußischen Februarbedingungen für Schleswig-Holstein von 1865 „die gesamte Kraft des Landes zu Preußens Verfügung zu stellen."

„Der Ausschluß Österreichs aus dem Bunde, in Verbindung mit der Annexion von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Oberhessen und Nassau, und mit einem solchen Verhältnis Sachsens zu Preußen, darf als ein Ziel angesehen werden, so groß, wie es bei dem Ausbruch des Krieges niemals gesteckt werden konnte. Wenn dieses Ziel durch einen raschen Abschluß von Präliminarien auf dieser Grundlage gesichert werden kann, so würde es nach meinem Dafürhalten ein Fehler sein, durch den Versuch, einige Quadratmeilen mehr von Gebietsabtretung oder wenige Millionen mehr zu Kriegskosten von Österreich zu gewinnen, das ganze Resultat wieder in Frage zu stellen. Das Auftreten der Cholera im Heer und die Seuchengefahr eines Augustfeldzugs im hiesigen Klima fallen auch gegen Fortsetzung der Operationen ins Gewicht." Am Schlusse stellt Bismarck deutlich genug sein Entlassungsgesuch bei einer gegenteiligen Entscheidung des Königs mit den Worten in Aussicht: „Ich habe das Bedürfnis amtlich festzustellen, daß jede Erschwerung des schleunigen Abschlusses mit Österreich behufs Erlangung nebensächlicher Vorteile gegen meinen ehrfurchtsvollen Antrag und Rat erfolgen würde."

Auch diesmal entsprach die Entscheidung des Königs dem großartig einfachen und klaren Wesen dieses Monarchen. Er bezeichnete Bismarcks sachliche Ausführungen als vollständig begründet, erkannte namentlich auch an, daß sein Minister alle preußischen An-

sprüche pflichtmäßig und mit bester Kraft vertrete. Wenn aber trotzdem, meinte er, „vom Besiegten nicht das, was Armee und Land erwarten dürften, zu erlangen sei, ohne das Hauptziel zu gefährden, so müsse der Sieger vor den Thoren Wiens sich eben fügen und der Nachwelt das Urteil überlassen.“ Diese Entscheidung war ein neues kostbares Pfand der unlöslichen Verbindung der beiden großen Männer, die ihre ganze Kraft und all ihre so verschiedenen Gaben einsetzten für die höchsten Ziele des Vaterlandes; ein neuer beredter Beweis dafür, wie der König auch in den für sein Herz und Gemüt schwersten Entscheidungen die Selbstbeherrschung übte, sich dem Ratschlag des großen Leiters seiner auswärtigen Politik zu fügen. Auch diesmal unterstützte übrigens der Kronprinz die Anträge des Ministers. Bismarck selbst erzählte über jene Vorgänge bei einem parlamentarischen Diner am 25. Januar 1873 den Abgeordneten v. Unruh und Miquel: Der König habe an den Rand des Entwurfs zu den Friedenspräliminarien etwa geschrieben: „Ich habe diese wenig ehrenvollen, den erfochtenen Siegen nicht entsprechenden Bedingungen nicht genehmigen wollen. Nachdem ich dieselben aber meinem Sohn und Thronfolger vorgelegt und dieser sich auf die Seite meines Ministerpräsidenten gestellt hat, bleibt mir nichts übrig, als meine Genehmigung zu erteilen.“ Herzog Ernst von Coburg, der in der entscheidenden Stunde jenes 24. Juli im Vorzimmer des Königs an Bismarcks Seite harrte, bis der Kronprinz mit der zustimmenden Erklärung seines Vaters wieder heraustrat, erzählt in seinen Denkwürdigkeiten, der Kronprinz sei wie erschöpft gewesen als er zurückkehrte. So ernst war der Widerstand des königlichen Vaters auch ihm gegenüber geltend gemacht worden.

Dem Verfasser dieses Werkes machte Fürst Bismarck am 31. Oktober 1892 in Varzin über die Geschichte der Nikolsburger Friedensverhandlungen und namentlich über die Gesichtspunkte, welche für die Erhaltung Sachsens bestimmend waren, noch etwa folgende Mitteilungen: König Wilhelm war geneigt, ein Stück von Sachsen zu nehmen, aber auch nur ein Stück von Hannover und Kurhessen,

die für unsere Verbindung mit dem Westen wichtigen Kreise. Entscheidend für eine andere — die geschichtlich jetzt feststehende — Lösung der Angelegenheit war für mich die Frage nach der Bundestreue der Fürsten, um deren Land es sich hier handelte. Diese Bundestreue hätten wir bei den Herren von Hannover und Kurhessen nach 1866 keineswegs mit völliger Sicherheit gefunden. Dagegen war sie sicher zu erwarten von dem ehrwürdigen, aufrichtigen Könige von Sachsen. Zudem hätte, wenn wir Sachsen genommen hätten — außer Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt — von einem norddeutschen „Bunde" eigentlich nicht mehr die Rede sein können. Denn dann hätte ein sehr großes Preußen einer Anzahl Kleinstaaten gegenübergestanden. Auch wäre die französische Kriegslust ebenso wie die Neigung Österreichs, ein zweites Mal das Glück der Waffen gegen uns zu versuchen, bei weitem größer gewesen, wenn wir Sachsen genommen hätten. Ja, Graf Karolyi erklärte mit wackerer Gesinnung geradezu, daß Österreich den Krieg fortsetzen werde, wenn wir nicht Sachsens Selbständigkeit und Integrität zusagten. Österreich erhielt deshalb von uns in den Friedensverhandlungen von Nikolsburg diese Zusage bezüglich Sachsens. Durch das Ungeschick der österreichischen Unterhändler war allerdings die Zusage nicht so scharf formuliert worden, daß es nicht in unserer Hand gelegen hätte — auch dieser Vorschlag tauchte damals auf —, das Unrecht, welches einst der Ernestinischen Sächsischen Linie zur Zeit Karls V. und des Kurfürsten Moritz zugefügt worden, wieder gut zu machen, indem man etwa den Großherzog von Weimar oder den Herzog von Coburg-Gotha auf den sächsischen Königsthron setzte. Aber so zweifelhaft die betreffende Klausel auch lauten mochte, wir hielten uns an eine ehrliche Auslegung gebunden, und dazu verpflichtet, die Klausel so auszuführen, wie Österreich sie zweifellos verstanden hatte, und Preußen und Deutschland hat es nie zu bereuen gehabt!

Die Verständigung über den Abschluß der Präliminarien war nun leicht. In zwei Sitzungen, am 25. und 26. Juli wurde das Friedenswerk vollbracht. Die von Österreich zu zahlenden Kriegskosten wurden auf 20 Millionen Thaler herabgesetzt. Sachsens Un-

versehrtheit und Selbständigkeit wurde zugestanden. Als aber Karolyi nun, wie zuvor Kaiser Napoleon in Paris, begehrte, daß Sachsen nicht dem Nordbund, sondern den süddeutschen Staaten beitreten solle, da war Bismarcks Nachgibigkeit erschöpft. Er warf den Sessel zurück und erklärte hochaufgerichtet: Das bedeute die Erneuerung des Krieges; nimmermehr werde er im Amte bleiben und einen solchen Vertrag zeichnen, auch wenn der König diese Bedingung annehme. Damit war die Sache erledigt. Denn keiner der Österreicher wagte oder wünschte die Erneuerung des Blutvergießens. Es wurde also Einigung dahin erzielt, daß in einem besonderen Vertrage zwischen Preußen und Sachsen des letzteren Anteil an den Kriegskosten und dessen künftige Stellung im Nordbund bestimmt werde. Der auf Bayern bezügliche Artikel wurde wieder gestrichen, da v. d. Pfordten den Österreichern in Nikolsburg jetzt selbst erklärte, er wünsche mit Preußen in Sonderverhandlungen zu treten. Dagegen wurden Bayern und die übrigen süddeutschen Staaten auch in den Waffenstillstand eingeschlossen, dessen Beginn jedoch erst auf den 2. August festgesetzt wurde, da es immer noch an einer Erklärung Italiens fehlte. Endlich gelang es Bismarck auch, die sofortige urkundliche Bestätigung der Nikolsburger Vereinbarungen durch den Zusatzartikel zu sichern, daß die Ratifikation der Präliminarien binnen zwei Tagen stattfinden und unmittelbar nachher die Bevollmächtigten zur Ausarbeitung des eigentlichen Friedensvertrages zusammentreten sollten.

Bismarck wußte genau, warum er sich so beeilte, die schwer errungenen Früchte der Kriegsernte in Sicherheit zu bringen. Denn gewitterschwere Wolken zogen von Rußland und Frankreich heran. Aus Petersburg kam das Kongreßverlangen. Und gerade als Bismarck am 26. Juli morgens den Präliminarvertrag unterzeichnen wollte, fand sich Benedetti bei ihm ein, um eine kleine französische Kompensationsforderung auf dem linken Rheinufer anzumelden! „Machen Sie mir heute keine amtliche Mitteilung dieser Art!“ rief Bismarck, ihm ins Wort fallend, und unterzeichnete den Vertrag, der den Frieden mit Österreich sicherte! Er allein wußte,

wie dringend nötig und eilig die Sicherung dieses Erfolges war. „Niemals war mit schärferem Blicke und festerer Hand die ‚Stirnlocke der Fortuna ergriffen' worden," sagt hier Sybel sehr treffend. Und diese Riesenarbeit hatte Bismarck gethan und vollbracht unter schmerzhaften körperlichen Leiden seit länger als einer Woche, wie wir aus Roons Brief an die Gattin vom 17. Juli ersehen: „Seit gestern Nachmittag hat Bismarck wieder seinen nervösen Rheumatismus im Bein bekommen, was ich, wenn der Zustand andauerte, für ein Unglück von großer Tragweite halten würde. Ich hatte gehofft, er würde sich während des Feldzugs eine andere Lebensweise angewöhnen, die seinen Nerven aufhülfe; aber er ist unverbesserlich, arbeitet die Nächte, weil er die halben Tage verschläft." Vielleicht war auch mehr Zwang als behagliche Wahl an dieser „Lebensweise." Doch für alle Aufopferung konnte sich Bismarck reich belohnt finden durch den glücklichen Abschluß vom 26. Juli. Eine ergreifende Szene ereignete sich alsdann nach dem vollzogenen Austausch der Ratifikationen am 28. Darüber berichtet Roon der Gattin: „Als der König dies vollbracht hatte, sprang der Herr auf, umarmte und küßte, dankend und weinend, mit viel beweglichen Worten zuerst Bismarck, dann mich und Moltke, indem er diesem und mir den (Schwarzen=) Adlerorden, Bismarck das Großkreuz der Hohenzollern verlieh." Bismarck mochte von dem „Ordenswesen" ebenso gering denken, wie sich Roon im weiteren Teile dieses Briefes ausspricht, aber die herzbewegende persönliche Dankesbezeigung dieses Königs in dieser Stunde, gegen den Minister, der den Herrn trotz aller inneren Kämpfe des letzteren zu diesem Ziele geführt hatte, das der Monarch nun selbst als ein hohes und herrliches anerkannte, das war ein auch dem größten Manne unvergeßlicher, unendlich wertvoller Augenblick! Es war der rühmlichste Abschluß für Bismarcks Anteil am Kriege von 1866.

Viertes Kapitel.
Bismarck am Friedenswerke.

Auch die ruhmvollen Thaten der preußischen Mainarmee müssen hier als bekannt vorausgesetzt werden und ungeschrieben bleiben. Am Schlusse dieser Bewegungen hatte der neue Befehlshaber der preußischen Truppen, General Manteuffel, innerhalb drei Tagen die beinahe doppelt überlegene Bundesarmee über den Main getrieben und von ihren Vaterländern abgeschnitten. Als der auch im Süden mit ungeheurem Jubel begrüßte Waffenstillstand von Nikolsburg in Kraft trat, standen preußische Truppen in Bayreuth und Nürnberg, zum Einzuge in München bereit, hielten sie Unterfranken, Darmstadt, Mannheim, Heidelberg, Mergentheim besetzt. Die Armee des verflossenen Bundestages löste sich auf, und jeder Bestandteil desselben zog auf anderer Straße mit reichen Erfahrungen wieder heimwärts.

Für Bismarck brachen nun, nach dem Abschluß des Nikolsburger Vorfriedens, erst recht arbeitsvolle Tage an. Denn „jetzt kommen die Büßenden alle“, schrieb Roon am 28. Juli der Gattin. In der That kamen sie alle, und jeder von ihnen brachte Bismarck Arbeit und Aufregung. Am einfachsten gestaltete sich die Erneuerung des friedlichen Verhältnisses mit Baden, dessen edler Fürst ja nur gezwungen zum Kriege gegen Preußen geschritten war. Schon am 24. Juli bat er den königlichen Schwiegervater um Waffenruhe. Als der Erste rief er seine Truppen vom Bundeskorps in die Heimat zurück. Am 26. entließ er seinen friedhässigen Minister Edelsheim

und berief gute Preußen, wie Karl Mathy, zu seinen höchsten Räten. König Wilhelm und Bismarck kamen ihm natürlich wohlwollend entgegen. Noch früher, am 22. Juli, hatte der alte Herzog Erich Freund von Meiningen seinen reichlich bethätigten Preußenhaß in die Flut der Vergessenheit zu tauchen versucht. Aber in Nikolsburg rann dieses Wässerlein nicht. Als Bismarck mit dem Herzog von Coburg am 29. Juli zu einem Besuche des Kronprinzen von Nikolsburg nach Eisgrub fuhr, bot er dem Herzog ganz ernstlich den Thron und Besitz von Meiningen an, und nur der Einwand des Herzogs, daß nach den sächsischen Hausverträgen „ein Anfall Meiningens an die jüngere coburgische Linie ohne Rücksicht auf Altenburg rechtlich unmöglich wäre, und daß man außerdem die unter schwierigen Verhältnissen absolut korrekte Haltung des Erbprinzen von Meiningen nicht ignorieren dürfe“,*) mag damals den Bestand des Herzogtums Meiningen erhalten haben. Am nämlichen Tage erging wenigstens die Antwort an den vom Mißerfolg belehrten Dynasten: dem norddeutschen Bund könne er sofort beitreten, wenn er zu Gunsten des Erbprinzen abdanke; anderenfalls möge er, wie die süddeutschen Staaten, einen Bevollmächtigten zur Unterhandlung nach Berlin senden. Der König von Hannover, der jetzt in Hietzing bei Wien wohnte, sandte durch seinen Adjutanten ein persönliches Schreiben an König Wilhelm, das indes gar nicht angenommen wurde. Die am 29. in Nikolsburg eintreffenden württembergischen Friedensunterhändler, Prinz Friedrich und Minister v. Varnbüler, trafen gerade während der Abreise des Königs nach Prag ein und konnten daher nicht mehr empfangen werden. Herr v. Dalwigk aus Darmstadt, der am folgenden Tage in Nikolsburg eintraf und wie immer erklärte, daß ihm und seinem Großherzog kein Opfer für Deutschland und demgemäß jetzt für die Zugehörigkeit ganz Hessens zum norddeutschen Bund zu teuer sei, wurde von Bismarck einfach auf Verhandlungen in Berlin verwiesen. In Brünn, wo Bismarck auf seiner Reise zum Könige nach Prag am 2. August

*) Herzog Ernst, Aus meinem Leben, III, 617.

angelangt war, hatte er dann endlich noch eine Unterredung mit dem Senator Müller aus Frankfurt, der über die beiden großen Kriegskontributionen von 6 und von 25 Millionen mit dem Minister verhandelte. Die erste war schon fast ganz bezahlt, die Aufbringung der zweiten aber wurde für unerschwinglich erklärt. Bismarck erwiderte, die zweite Auflage sei erlassen und die erste solle zurückgezahlt werden, wenn Frankfurt freiwillig dem preußischen Staate beitreten würde. Senator Müller konnte darauf nicht eingehen. Bismarck aber schloß nun mit den Worten: „Dann bleibt also die Kontribution in unseren Kassen und Frankfurt eine eroberte Stadt."

War so die Arbeit der Friedensverhandlungen mit Preußens bisherigen deutschen Gegnern auf die Zeit der künftigen Rückkehr Bismarcks nach Berlin verwiesen, so beschäftigten ihn dagegen die Sorgen und Maßregeln für Herstellung des inneren Friedens in Preußen schon während der letzten Wochen seines Aufenthaltes im Felde lebhaft. Am Tage von Königgrätz, am 3. Juli, hatte die preußische Regierung und Politik auch über die unversöhnliche innere Opposition einen entscheidenden Sieg erfochten. Die große Mehrheit der an diesem Tage neugewählten preußischen Abgeordneten war bereit, mit einer Regierung, die sich so glänzend bewährt hatte, Frieden und Versöhnung zu schließen. Fast die Hälfte des Abgeordnetenhauses bestand nun aus überzeugten Anhängern der Regierung. Daß auch Bismarck schon vor dem Beginn des Krieges den lebhaftesten persönlichen Wunsch nach Versöhnung mit der preußischen Volksvertretung empfand und die Wiederherstellung des inneren Friedens als politische Notwendigkeit erkannte, ist schon früher dargelegt worden. Wir sahen ihn in den Krieg ziehen mit dem festen Vorsatz, nicht Minister zu bleiben, wenn der König die friedliche Beilegung des inneren Verfassungsstreites verweigern sollte. Und kaum ein anderer Zug und eine andere Thatsache kann als ruhmvoller für Bismarck bezeichnet werden, als sein unverbrüchliches Beharren bei diesem Vorsatze inmitten der ungeheuren Erfolge des Krieges, welche die Macht und das Ansehen des Königs und der

Regierung so gewaltig erhöhten, daß sie nun jede ihnen beliebige Änderung der Verfassung hätten wagen können. Keine Stunde lang haben diese Erfolge Bismarcks weise Mäßigung und Gerechtigkeit gemindert. Wie er in den Bedingungen, die Preußen den Besiegten zu stellen habe, jede Überspannung bekämpfte und abwies, ja noch mitten im Kugelregen von Königgrätz die Wiedergewinnung der österreichischen Freundschaft als Siegespreis bezeichnete, so stimmte er auch schon von Horschitz aus herzlich dem Vorschlage zu, den v. d. Heydt einreichte: nach dem günstigen Ergebnisse der Landtagswahlen die Beilegung des Verfassungsstreites unverweilt einzuleiten. Die Erfahrungen, die er seither in den Verhandlungen mit Frankreich gemacht, bestärkten ihn noch in der Erkenntnis, wie notwendig ein gutes Verhältnis mit Österreich, mit Preußens bisherigen deutschen Gegnern und vor allem mit der preußischen Volksvertretung sei, um Preußens und Deutschlands Macht gegen künftige Zumutungen und „Kompensationsansprüche" Frankreichs zu einmütiger Abwehr aufrufen zu können.

Nach Roons Denkwürdigkeiten*) ist anzunehmen, daß Bismarck sogar schon, ehe er an der Seite des Königs von Berlin nach dem Kriegsschauplatz abreiste, auch bereits das beste Mittel zur Wiederherstellung des inneren Friedens erwogen und gefunden habe in einem Indemnitätsbegehren der Regierung an den neuen Landtag, also in einer Bitte um nachträgliche Gutheißung der budgetlosen Finanzverwaltung der letzten Jahre. Je lebhafter Bismarck auf diesen mit Unruh erörterten Gegenstand eingegangen war und je entschiedener er sich für Beilegung des preußischen Verfassungsstreites dabei persönlich verbürgt hatte, um so wahrscheinlicher ist, daß Bismarck sofort auch nach den besten Mitteln zur Erreichung des Zieles suchte und als das beste die Nachsuchung der Indemnität erkannte. Ja, wahrscheinlich hat Bismarck vor seiner Abreise von Berlin auch schon den Minister des Innern Grafen Fritz Eulenburg ins Vertrauen gezogen und den Entwurf eines „Passus der Thronrede"

*) II, 310 flg., in diesem Punkte von Sybels Darstellung V, 342 flg. abweichend.

von ihm erbeten, in welchem die Indemnität nachgesucht würde. Denn schon am 28. Juni überreichte Graf Eulenburg dem Ministerpräsidenten einen solchen Entwurf, in welchem der Landtag um „nachträgliche Gutheißung" angegangen werden sollte. In dem nach Horschitz gelangten Entwurfe v. d. Heydts stand dagegen „Indemnität." Im übrigen war offenbar Eulenburgs Arbeit dabei benützt; denn viele Sätze waren wörtlich gleichlautend. V. d. Heydt gab also nicht den ersten Anstoß, sondern reichte ein dem Ministerpräsidenten bereits bekanntes und von diesem selbst angeregtes Konzept zur endgültigen Feststellung ein, nachdem die Landtagswahlen vollzogen waren, und es nun galt, die Thronrede abzufassen, die v. d. Heydt, als ältester Staatsminister, in Abwesenheit des Monarchen selbst hätte sprechen müssen.

Aber auch nach Eingang dieses Entwurfes in Horschitz gab vorläufig nur Bismarck seine Zustimmung. Denn zu einer Vorlage dieser wichtigen Frage an den König mußte er zuvor einen förmlichen Beschluß des preußischen Gesamtministeriums erwünscht halten, dem Roon und er selbst ihre Voten dann im Hauptquartier hinzufügen würden. Dieser Beschluß war nun zu fassen, da eine königliche Verordnung vom 18. Juli den Landtag schon zum 30. einberief. Erst später wurde die Frist bis zum 5. August verlängert. Da sprach sich aber im preußischen Ministerrate am 28. Juli der Justizminister Graf Lippe in lebhafter Entrüstung gegen diesen Schritt aus, unterstützt von dem gleichgesinnten Kultusminister v. Mühler. Gleichzeitig stürmten, sobald die Absicht in einflußreichen konservativen Kreisen ruchbar wurde, tausend Warnungsstimmen hochgeschätzter treuer alter Freunde auf den König und Bismarck ein. Alles das machte tiefen Eindruck auf den König. Dagegen stellte Bismarck dem Herrn vor: „Wie ist es möglich, in dem Antrag auf Indemnität ein reumütiges Sündenbekenntnis zu sehen? Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir Indemnität beantragen, fordern wir den Landtag zu der Erklärung auf, daß wir Recht gethan, indem wir handelten, wie geschehen. Bisher hat das Abgeordnetenhaus uns das bestritten; wenn es uns heute In-

demnität bewilligt, so liegt darin sein Eingeständnis, daß es früher unsere zwingenden Gründe nicht begriffen oder nicht gewürdigt habe, jetzt aber sie anerkenne und deshalb dem Vorgehen des Ministeriums nachträglich Zustimmung erteile." Roon, der dem Freunde unbedingt vertraute, und ihm daher sowohl schon früher bei maßvoller Gestaltung der Friedensbedingungen, als auch jetzt in dieser Roon weniger geläufigen staatsrechtlich-politischen Frage treu zur Seite stand, machte geltend, daß doch unstreitig wenigstens der Buchstabe der Verfassung durch das bisherige Verhalten der Regierung verletzt sei, hielt die Wiederherstellung des inneren Friedens für viel wichtiger als alle Zweckmäßigkeitsbedenken der Konservativen und auch die Würde der Krone vollkommen gewahrt, da nun in glänzender Fülle alle Voraussetzungen vorhanden waren, um das freimütige Wort seiner Denkschrift vom 1. März 1861 anzuwenden: „Nur der Starke und Reiche kann freigebig sein, ohne Schaden zu nehmen."

Nachdem die treuesten Paladine der Krone so sich ausgesprochen, gab der König am 3. August in Prag am Ende langer Beratung seine Zustimmung zu dem von Bismarck selbst verfaßten Satze der Thronrede über die Indemnität, wobei die Randbemerkungen des Königs zu dem Entwurfe berücksichtigt waren. Die Urkunde sandte Bismarck nun nach Berlin mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß der König weitere Verhandlung darüber nicht verstatte. Der Gemahlin aber, die seit dem 22. Juli mit den Kindern bei seiner Schwester in Kröchlendorf weilte, schrieb er am nämlichen Abend: „Soeben komme ich von einer Spazierfahrt mit Sr. Majestät über Hradschin, Belvedere, alle Schönheiten der Prager Landschaft gesehen. In wenig Tagen sind es 19 Jahre, daß wir dies alles zusammen besichtigten. Wie viel Wunderbares mußte geschehen, um mich heut in dieser Art wieder an dieselbe Stelle zu führen. Morgen denken wir in Berlin zu sein. Großer Zwist über die Thronrede. Die Leutchen haben alle nicht genug zu thun, sehen nichts als ihre eigene Nase und üben die Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrase. Mit den Feinden wird man fertig — aber die Freunde!

Sie tragen fast alle Scheuklappen und sehen nur einen Fleck von der Welt."

Aber auch die Sorgen vor europäischen Verwickelungen hielten Bismarck bis zum letzten Tage seines Verweilens auf böhmischem Boden in Atem. Am 27. Juli war nämlich in Nikolsburg die amtliche Anzeige eingelaufen, daß Rußland die Berufung des von Preußen vor dem Kriege genehmigten europäischen Kongresses beantrage und in Paris und London angezeigt habe. Und am folgenden Tage, am 28. Juli, da in Nikolsburg die Ratifikationen ausgetauscht wurden, begehrte Frankreich, nach einem Telegramm des Grafen Goltz, die Überlassung von Landau und Luxemburg! Noch ehe der König von Nikolsburg abreiste, erstattete ihm Bismarck Vortrag über beide Begehren und erhielt sofort des Königs Zustimmung zu entschlossener Abweisung derselben. Nach Frankreich brauchte der Minister nicht zu antworten, ehe ihm Benedettis vertrauliche Eröffnungen vom 26. Juli in amtlicher Form mitgeteilt waren. Nach Petersburg aber telegraphierte er schon am 29.: Vor dem Kriege sei Preußen auf den Kongreßgedanken eingegangen, um Blutvergießen zu vermeiden. Nachdem man aber den Krieg nun mit Einsatz des eigenen Daseins geführt, lasse man sich den Kongreß nur gefallen, wenn dieser zuvor Preußens schwererrungene Vorteile sichere. Die Gerechtigkeit und Freundschaft des Zaren für den König verbürge, daß keine Schritte in dieser Richtung ohne vorherige Verständigung Preußens geschehen würden. Aber am 30. Juli schon erhielt Bismarck aus Petersburg die Depesche, daß Rußland auf dem Kongreß bestehe und sogar Frankreichs Zustimmung bereits erhalten habe. Bismarck folgerte: wenn Rußland und Frankreich darüber einig sind, so ist auch Österreich dafür gewonnen, und dann der endgültige Abschluß des Friedens gefährdet. Deshalb nahm er gegen Ost, West und Österreich die trotzigste Stellung. Am 31. Juli telegraphierte er mit Genehmigung des Königs nach Petersburg: ohne Revolution in Preußen und Deutschland könne Preußen die Früchte seiner Siege und die Gestaltung Deutschlands keinem Kongreß preisgeben. Sollte daher „die Ein-

wirkung des Auslandes schärfere Umrisse annehmen," so werde „die volle nationale Kraft Deutschlands und der angrenzenden Länder zum Widerstand entfesselt werden." Polen und Ungarn waren „angrenzende Länder", und sofort wurde Bismarck jetzt auch für die Bildung einer ungarischen Legion thätig. An Goltz aber telegraphierte er am nämlichen Tage nach Paris: Überraschend sei, daß Frankreich den russischen Antrag ohne Verständigung mit Preußen angenommen habe. Damit sage sich Frankreich von seinen Verpflichtungen los. Preußen sei daher auch nicht mehr an die Mainlinie gebunden und werde einen neuen Vertrag mit Italien zur Erreichung weiterer Ziele schließen. Bismarck hatte hier wieder einmal nach seiner bewährten Erfahrung gehandelt, daß der Hieb die beste Parade sei. Diesmal aber traf auch der Hieb nur auf schlaffe Gegner. Denn England erklärte, daß es den Kongreß ablehne und sich freuen werde, wenn auch Preußen ihn ablehne. Napoleon hatte gleichfalls keine Lust, einen Kongreß zu beschicken, auf dem er nicht mehr, wie bisher, die führende Rolle spielen und am wenigsten eine Vergrößerung Frankreichs erhoffen konnte. Und Rußland nahm schon Bismarcks erste Depesche vom 29. Juli freundlich auf. Der Zar versprach, nur im Einverständnis mit Preußen weiter zu handeln und begehrte einen Vertrauten des Königs, der ihn über dessen Absichten unterrichten könne. Bismarck wählte zu dieser Sendung sofort den General Manteuffel, und nach Zustimmung des Königs wurde der damals in Frankfurt weilende Führer der siegreichen Mainarmee durch eine noch am 3. August von Prag aus an ihn gerichtete Depesche nach Berlin befohlen.

Am Morgen des 4. August verließ das preußische Hauptquartier Prag und Böhmen, um über Görlitz nach Berlin zu reisen. Mit dem Könige traf Bismarck hier nachts 3/411 Uhr ein, unter unendlichem Jubel der ganzen Bevölkerung. Aber selbst diesen Reisetag ließ er nicht unbenützt für die Förderung des deutschen Einheitswerkes. Denn am nämlichen Tage erließ in seinem Auftrag Werther ein Rundschreiben an alle norddeutschen Regierungen, die Preußen am 16. Juni zur Begründung des neuen Bundes

eingeladen hatte. Sie wurden benachrichtigt, daß außer Sachsen-Meiningen und Reuß ä. L. alle Staaten ihre Bereitwilligkeit zum Beitritt erklärt hätten und wurden daher aufgefordert, den beigefügten Entwurf eines Bündnisvertrages baldigst zum Abschluß zu bringen. Dieser Entwurf hielt durchaus die Grundzüge des preußischen Reformplanes vom 10. Juni fest und lud die Regierungen ein, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden, um den dem Reichstag vorzulegenden Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Nicht ein Wort wurde den verbündeten Fürsten und freien Städten nach den ungeheuren Erfolgen dieses Feldzuges an den Versprechen gekürzt, die Preußen ihnen vor dem Kriege gegeben hatte. Nach wie vor beanspruchte dieses im neuen Bunde nur das Bundespräsidium und den Oberbefehl über die Bundestruppen. Die Bundesgesetzgebung sollte jetzt, wie in dem Entwurfe vom 10. Juni dem Bundesrat und Reichstag gemeinsam und nur im Umfang der damals bestimmten Grenzen zustehen, also Heerwesen, Flotte, auswärtige Vertretung, Handels-, Zoll- und Verkehrsangelegenheiten umfassend, während die Rechtspflege und Verwaltung, Kirche und Schule den Einzelstaaten verblieben. Vor allem aber war den im Bundesrat vertretenen Einzelregierungen die vollziehende Gewalt, die eigentliche Bundesregierung vorbehalten und nicht etwa dem König von Preußen übertragen, wie in der Reichsverfassung von 1849, wenn König Wilhelm auch naturgemäß die Leitung der Bundesregierung führen mußte. Jedenfalls aber blieb auch nach diesem Kriege und im Rahmen dieser Verfassung die Souveränität der einzelnen Bundesstaaten daheim wie im Bunde völlig unversehrt.

Am nämlichen 4. August, da dieses weise Rundschreiben Bismarcks an die norddeutschen Staaten erging, stellten drei der hervorragendsten deutschen Vereinigungen für die deutsche Einheitsbewegung ein neues bedeutsames Ziel auf. Durch den Krieg war nämlich auch der 1864 erneuerte Zollverein gesprengt und hinfällig geworden. Seine Wiedererneuerung war so notwendig wie das tägliche Brot und wurde daher auch allerorten als selbstverständlich angesehen. Zugleich aber auch seine Reform, die Beseitigung der

unseligen Einstimmigkeit, welche im alten deutschen Bunde wie im alten Zollverein jeden Fortschritt unmöglich gemacht hatte. Das war auch die Meinung jener sachverständigen Ausschüsse, die sich am 4. August in Braunschweig versammelten, des deutschen Handelstages, des volkswirtschaftlichen Kongresses, des Nationalvereins. Einstimmig traten sie dem Antrag bei, den der bisherige Führer der nassauischen Opposition, Karl Braun-Wiesbaden stellte: Die Verwaltung und Gesetzgebung des Zollvereins einer deutschen Zentralgewalt, dem von allen deutschen Regierungen zu beschickenden Zollbundesrat und einem von ganz Deutschland zu wählenden Zollparlament, zu übertragen. Da war die ärgerliche, von Frankreich geschaffene Mainlinie bereits überbrückt!

Am folgenden Tage aber, am 5. August, schlug die große Stunde, da König Wilhelm im Siegerkranze seinem Volke großherzig die Hand zur Versöhnung reichte und den inneren Frieden besiegelte. Es war ein Sonntag und die Mittagsglocken läuteten, als des Königs majestätisch-ehrwürdige Gestalt an der Spitze der Prinzen seines Hauses in feierlichem Zuge den Weißen Saal betrat, um den Landtag zu eröffnen. Unendlich begeisterter Jubel begrüßte das greise Haupt des Herrschers, der unversehrt aus dem Schlachtendonner Böhmens heimgekehrt war. Mit unbeschreiblicher Spannung folgte die vollzählige Versammlung jedem Worte der Thronrede, welche Bismarck mit ehrfurchtsvoller Verbeugung dem Monarchen überreicht hatte. Daß die preußischen Siege in Böhmen und am Main den alten Streit über den Nutzen des Heeresreform des Königs für immer begraben hatten, darüber waren alle Vernünftigen einig. Aber wie würde der fürstliche Sieger im Vollgefühl seiner Macht nun das Verfassungsrecht des Landes behandeln? Bis zur Stunde redete die Kreuzzeitung und ihr Parteilager noch von der Notwendigkeit budgetloser königlicher Diktatur, und die Fortschrittspartei befürchtete dieselbe Wendung, gegen die ernsthafter Widerstand kaum sich erhoben hätte. Erwärmend und ergreifend wirkten schon die ersten Sätze der Thronrede, in denen der König in seinem und seines Volkes Namen Gott dankte für die gewal-

tigen kriegerischen Erfolge und aussprach: „Viel teueres Blut ist geflossen, viele Tapfere betrauert das Vaterland, die siegesfroh den Heldentod starben, bis unsere Fahnen sich in einer Linie von den Karpathen bis zum Rheine entfalteten. In einträchtigem Zusammenwirken werden Regierung und Volksvertretung die Früchte zur Reife zu bringen haben, die aus der blutigen Saat, soll sie nicht umsonst gestreut sein, erwachsen müssen.“ Mit Befriedigung und Beifall vernahm die Versammlnng weiter des Königs Worte über Preußens glänzende Finanzlage, welche ermöglicht habe, den gewaltigen Krieg ohne außerordentliche Belastung des Volkes zu ruhmvollem Abschluß zu führen. Allen aber stockte der Atem, als der König nun, an die von Bismarck verfaßte Stelle der Thronrede gelangend, die Worte sprach: „Über die Feststellung des Staatshaushaltes hat eine Vereinbarung mit der Landesvertretung in den letzten Jahren nicht herbeigeführt werden können. Die Staatsausgaben, welche in dieser Zeit geleistet worden sind, entbehren daher der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt, wie ich wiederholt anerkenne, nur durch das nach Art. 99 der Verf.Urkunde alljährlich zwischen Meiner Regierung und den beiden Häusern des Landtags zu vereinbarende Gesetz erhält. Wenn meine Regierung gleichwohl den Staatshaushalt ohne diese gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt hat, so ist dies nach gewissenhafter Prüfung in der pflichtmäßigen Überzeugung geschehen, daß die Fortführung einer geregelten Verwaltung, die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen gegen die Gläubiger und die Beamten des Staates, die Erhaltung des Heeres und der Staatsinstitute Existenzfragen des Staates waren, und daß daher jenes Verfahren eine der unabweisbaren Notwendigkeiten wurde, denen sich eine Regierung im Interesse des Landes nicht entziehen kann und darf. Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung insoweit zu erzielen, daß Meine Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig erteilt, und damit der bisherige Konflikt um so sicherer zum Abschluß gebracht

werden wird, als erwartet werden darf, daß die politische Lage des Vaterlandes eine Erweiterung der Grenzen des Staates und die Einrichtung eines einheitlichen Bundesheeres unter Preußens Führung gestatten werde, dessen Lasten von allen Genossen des Bundes gleichmäßig werden getragen werden." Bei diesen Worten brach aus der Versammlung lauter, jubelnder Beifall hervor, und als die Kunde von diesen königlichen Worten in die Welt ging, da war Hunderttausenden deutscher Patrioten die schwerste Sorge von den Herzen genommen. Noch niemals ward in diesem Saale das nach dem Schlusse der Thronrede übliche Hoch auf den König mit so brausender Begeisterung angestimmt als diesmal.

Die tiefe Wirkung dieser Versöhnungsworte auf das Abg.-Haus zeigte sich schon in den nächsten Tagen. Der bisherige Präsident Grabow lehnte selbst die Wiederwahl ab, da sein Name zu sehr an die schlimmsten Tage des Konfliktes erinnerte. An seine Stelle trat auf Unruhs Vorschlag der bei weitem gemäßigtere Forckenbeck. Noch umfaßte die Fraktion der Fortschrittspartei zugleich maßvoll-liberale Männer wie Unruh, Forckenbeck, Twesten und radikale Geister wie Waldeck, Hoverbeck, Johann Jacoby. Aber die Thronrede vom 5. August und ihr Indemnitätsbegehren machte auch der unnatürlichen Erscheinung für immer ein Ende, daß Männer von so verschiedenartiger Anschauung und Natur der Regierung gegenüber sich zu einer geschlossenen Oppositionspartei vereinigten. Die notwendige Scheidung vollzog sich bereits wenige Tage nach dem 5. August, als in der Fortschrittspartei über die vom Abg.Haus als Antwort auf die Thronrede an den König zu richtende Adresse verhandelt wurde. „Waldeck legte da" — wie Unruh berichtet*) — „einen Entwurf vor, der Staunen erregte durch den hochfahrenden, fast verletzenden Ton der darin herrschte und den Mangel jeden Entgegenkommens auf die versöhnliche Thronrede. Es lag doch auf der Hand, daß das Abg.Haus gegenüber der siegenden Regierung und der Stimmung im Lande sich in recht bescheidener Situa-

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier I, 285.

tion befand. Dennoch saß der Adreßentwurf auf dem hohen Konfliktspferde, als ob das Abg.Haus es in der Hand gehabt hätte, die Regierung zum unbedingten Nachgeben auf allen Punkten zu zwingen." Unruh opponierte heftig, es kam aber zu keinem klaren festen Beschluß. Die meisten Mitglieder hatten sich bereits entfernt, als Hoverbeck den Antrag stellte, daß die von der Partei gewählten Glieder der Adreßkommission jedes gegen den Waldeck'schen Entwurf gestellte Amendement bekämpfen müßten. Unruh widersprach lebhaft und bezeichnete namentlich den sonst nie üblichen „Fraktionszwang" in dieser wichtigen Angelegenheit als völlig unzulässig. Als jedoch Schulze-Delitzsch, Johann Jacoby und Waldeck selbst für den Antrag Hoverbeck eintraten, verließ Unruh das Zimmer und erklärte am folgenden Tage seinen Austritt aus der Partei. Ihm folgte sofort Twesten, indem er aussprach: „Das fehle gerade noch, daß man sich von Waldeck, Jacoby und Hoverbeck tyrannisieren lassen solle." Hennig, Stavenhagen, Forckenbeck und viele Andere, etwas später auch Lasker, thaten denselben Schritt. Es war der Anfang zur Gründung der nationalliberalen Partei, der sich dann die meisten Abgeordneten aus den annektierten Ländern anschlossen. In ihr sollte Bismarck für länger als ein Jahrzehnt die sicherste Stütze seiner Politik finden.

Am Morgen desselben 5. August, da das versöhnende Königswort im Weißen Saale die entscheidende Wendung in der inneren Politik ankündigte, war bei Bismarck ein Privatschreiben Benedettis eingelaufen, welches die in Nikolsburg am 26. Juli in Aussicht gestellten Kompensationsforderungen Frankreichs zur Erwägung und Besprechung anmeldete. Diesem Schreiben lag ein von Benedettis Hand geschriebener Entwurf eines geheimen Vertrages bei, welcher in drei Artikeln nicht weniger verlangte als die 1814 von Frankreich abgetrennten Gebietsteile Preußens auf dem linken Rheinufer, ferner die linksrheinischen Gebiete Bayerns und Hessens, einschließlich der Festung Mainz, endlich Luxemburg und Limburg. Man mag sich daher vorstellen, mit welch schweren geheimen Sorgen Bismarck jener großen Stunde im Weißen Saale beiwohnte, die diesen Tag

zum Freudentag für Millionen machte! Daß jenes Ansinnen nicht etwa von Benedetti herrührte, sondern vom Kaiser Napoleon selbst, stand klar und zweifellos in Benedettis Schreiben, in dem es hieß: „Ich empfange aus Vichy den Entwurf zu einer geheimen Konvention, von dem Sie anliegend Abschrift finden.“ In Vichy aber weilte Napoleon vom 28. Juli bis 7. August und Benedetti war genau darüber unterrichtet, daß nicht bloß Drouyn und die Kaiserin, sondern auch der gemäßigtere Rouher, Benedettis Freund, den kranken Kaiser drängten, jetzt, da seine Vermittlerrolle zu Ende sei, für Frankreich „etwas zu essen“ zu verlangen. Die hier geforderte Portion hatte der in argen körperlichen Schmerzen darniederliegende Kaiser seinem Minister am 29. Juli in Vichy zwar selbst als eine übergroße bezeichnet; nur um Ruhe zu haben, hatte Napoleon schließlich stöhnend ausgerufen: „Macht was Ihr wollt!“ Aber Drouyn hatte das als kaiserliche Zustimmung genommen und es am 29. Juli an Benedetti weitergemeldet. Dieser aber ging sofort auf die Gedanken seines Ministers ein und schrieb demselben am 5. August zurück:*) „Die kaiserliche Regierung hält sich nur in den Schranken der Billigkeit, indem sie sich darauf beschränkt, die in ihrer Vorlage aufgezeichneten Garantien zu verlangen. Ich erachte in dieser Angelegenheit Festigkeit als das geeignetste Mittel, und ich werde jede Änderung von irgend welcher Wichtigkeit ablehnen, indem es mir ein Leichtes sein wird, zu beweisen, daß Preußen verkennen würde, was die Gerechtigkeit und die Vorsicht gebieten, und daß es uns zugleich einen Beweis seiner Undankbarkeit geben würde, wenn es uns die Garantien versagte, welche die Ausdehnung seiner Grenzen uns zu verlangen nötigt. Mit Rücksicht auf den Charakter des Ministerpräsidenten (Bismarck) muß jedoch vermieden werden, dem ersten Eindruck beizuwohnen, welchen die Nachricht auf ihn hervorrufen wird, daß wir die Rheinufer und die Festung Mainz wieder verlangen. Deshalb habe ich „die Vorlage“ an Bismarck mit einem Privatschreiben gesandt und werde bemüht sein, ihn

*) Das Schreiben wurde während des Krieges von 1870 in Rouhers Landsitz vorgefunden.



morgen zu sehen, um Sie über die Stimmung, in der ich ihn getroffen, zu benachrichtigen."

Die „Stimmung", welche Benedetti am 6. August vorfand, als er die französische Forderung mit Entschiedenheit und Wärme vertrat, war denn freilich durchaus keine dieser Forderung günstige. Bismarck selbst hat darüber am 2. Mai 1871 im Reichstag berichtet: „Es ist bekannt,*) daß ich noch am 6. August 1866 in dem Fall gewesen bin, den französischen Botschafter bei mir eintreten zu sehen, um mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten, oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. Ich bin natürlich nicht eine Sekunde zweifelhaft gewesen über die Antwort. Ich antwortete ihm: ‚Gut, dann ist Krieg!'" Aber Bismarck gab, wie stets, diese Erklärung ruhig und höflich ab und erläuterte sie mit der Unmöglichkeit, auf die Abtretung deutscher Gebiete einzugehen. „Auf Luxemburg legen wir keinen Wert," fuhr er fort, „aber die ganze Sache macht uns irre an Napoleons Absichten und droht unser Vertrauen auf ihn zu erschüttern. Legt der Kaiser nicht mehr Wert auf die Freundschaft eines in Norddeutschland starken und selbständigen Preußens, als auf solchen Territorialerwerb, so fällt auch jeder Grund hinweg, unser Begehren auf den deutschen Norden zu beschränken, und nicht die deutsche Einheit durch Hereinziehung der Südstaaten zu vollenden." Da Benedetti aber trotzdem „fest und entschieden" auf der Forderung bestand, so schloß diese Unterredung mit dessen Bitte, die „Vorlage" auch dem König unterbreiten und am Abend des 7. August sich dessen Antwort abholen zu dürfen. Bismarck bewilligte das gern, damit sich der Botschafter überzeuge, daß der König nicht anders denke als sein Minister.

In der That beschied der Monarch Herrn Benedetti kurz: bei der Stimmung der Nation könne kein Zoll breit deutschen Lan-

*) Die im Berliner Archiv befindlichen Aktenstücke, welche diese französischen Zumutungen betreffen, wurden am 10. August 1870 im Staatsanzeiger veröffentlicht und am nämlichen Tage bezw. bereits am 29. Juli 1870 den neutralen Mächten in Abschrift und photographischer Nachbildung mitgeteilt.

des abgetreten werden! Daran schloß sich wieder eine mehrstündige Besprechung des Botschafters mit Bismarck, welche dieser mit den Worten schloß: „Sie müssen doch wissen, daß für uns die Abtretung deutscher Erde unmöglich ist. Ließen wir uns dazu herbei, so hätten wir trotz aller Triumphe Bankerott gemacht. Vielleicht könnte man andere Wege finden, Sie zu befriedigen, aber wenn Sie auf diesen Forderungen bestehen, so gebrauchen wir, darüber täuschen Sie sich nicht, alle Mittel: wir rufen nicht bloß die gesamte deutsche Nation auf, sondern wir machen auch sofort Frieden mit Österreich auf jede Bedingung, überlassen ihm ganz Süddeutschland, lassen uns selbst den Bundestag wieder gefallen. Aber dann gehen wir auch vereinigt mit 800000 Mann über den Rhein und nehmen Euch den Elsaß ab; unsere beiden Heere sind mobil, das Eurige ist es nicht, die Folgen denken Sie sich selbst." — „Wie?" rief Benedetti, „Ihr meint, Österreich würde Frieden schließen, wenn wir gegen Euch aufträten?" — „Es ist kein neuer Gedanke, den ich eben ausspreche," versetzte Bismarck. „Unmittelbar vor dem Kriege haben wir darüber verhandelt, und heute, versichere ich Sie, schließt Österreich den Frieden. Also, wenn Sie nach Paris kommen, so verhüten Sie einen Krieg, welcher sehr leicht verhängnisvoll werden könnte." — „Wie gern thäte ich das," entgegnete Benedetti, doch schon etwas beklommener als in seinem „entschiedenen" Schreiben vom 5. August, „aber ich werde nicht umhin können, dem Kaiser aus eigener Überzeugung die Aufrechterhaltung seiner Forderung zu empfehlen, weil ich selbst glaube, daß die Existenz der Dynastie in Gefahr ist, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich nicht durch eine derartige Konzession Deutschlands beruhigt wird." — Darauf that Bismarck die letzte Äußerung, welche der Botschafter nach Paris mitnahm. Sie lautete: „Machen Sie Se. Majestät den Kaiser darauf aufmerksam, daß ein solcher Krieg unter gewissen Eventualitäten ein Krieg mit revolutionären Donnerschlägen (à coups révolutionaires) werden könnte, und daß angesichts revolutionärer Gefahren die deutschen Dynastien doch wohl eine größere Festigkeit bewähren würden, als die des Kaisers Napoleon."

Außer den großen Sorgen, welche dieses Gespräch erzeugte, nahm Benedetti noch eine neue nach Paris mit: die Kunde von der Sendung Manteuffels nach Petersburg. Er meinte nämlich, der General solle dem Zaren die französischen Zumutungen mitteilen, um Rußland gegen Frankreich feindlich zu stimmen. Wie schlecht kannte er Bismarck, wenn er ihm zutraute, der preußische Minister werde einem Unterhändler ein Geheimnis mitgeben, dessen Inhalt diesen und Preußen in Petersburg als hilfeflehende Bittsteller hätte erscheinen lassen können. Andererseits freilich sahen Bismarck und der französische Botschafter der Pariser Entscheidung mit gleich sorgenvoller Spannung entgegen; Bismarck namentlich aus dem Grunde, weil gerade jetzt Italien mit dem Abschluß des Waffenstillstandes Schwierigkeiten machte, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, einen gleichzeitigen Krieg gegen Frankreich und Österreich in nahe Aussicht rückten. Italien weigerte sich nämlich, dem Verlangen Österreichs entsprechend, die von ihm besetzten Gebietsteile Südtirols und Istriens vor Beginn der Waffenruhe zu räumen. Österreich drohte darauf mit unmittelbarem Angriff seiner überlegenen Armee, und Italien rief Preußens vertragsmäßige Hilfe an. Ehe Bismarck sich entschied, forderte er Moltkes Gutachten, ob Preußen Österreich und Frankreich gleichzeitig gewachsen sei. Moltke bejahte, meinte aber den Krieg in Böhmen und am Rhein nur defensiv führen zu können. Das entschied Bismarcks Entschluß auf der Stelle. Denn diese Defensive, sagte er, „kann uns inzwischen andere Einmischung auf den Hals ziehen. In dieser defensiven Manier ist mir das Spiel zu hoch. Wir wollen suchen, Frieden zu machen.“ Sofort erklärte er in Florenz: der Hader über die Demarkationsgrenze beim Waffenstillstand sei kein Gegenstand, über den Preußen den Krieg wieder aufnehmen könne; dagegen gewährleiste es den Itatienern sicher Venetien. Dieser Mahnung folgte man endlich in Florenz, zog die Truppen aus Tirol und Istrien zurück und schloß am 11. August Waffenstillstand.

Die hier bethätigte kluge Mäßigung Bismarcks trug auch für die Pariser Entscheidung ihre Früchte. Denn auch Napoleon

hatte nach Wien und Florenz dringende Mahnungen zum Frieden gerichtet und sprach dem Grafen Goltz seinen Dank für Preußens Beihilfe aus. Aber auch seine innersten Wünsche, ebenso wie die trostlosen Berichte seines Kriegsministers Randon über die mangelnde Schlagfertigkeit der französischen Armee, stimmten ihn durchaus friedfertig. Am 11. August erklärte er dem Grafen Goltz: Der ganze französische Antrag sei ein Mißverständnis. Am 12. schrieb er an Lavalette, den Stellvertreter Drouyns, der bei dieser Wendung seinerseits endlich seine Entlassung eingereicht hatte: „Im Laufe von Besprechungen zwischen Benedetti und Herrn von Bismarck hat Herr Drouyn de l'Huys die Idee gehabt, ein Vertragsprojekt in Betreff von Kompensationsansprüchen, die wir haben könnten, nach Berlin zu schicken. Aus meiner Besprechung mit Benedetti geht hervor, daß wir für einen sehr kleinen Gewinn ganz Deutschland gegen uns haben würden" — so vortrefflich hatten Bismarcks Worte auf den unerschrockenen Franzosen gewirkt. „Das wirkliche Interesse Frankreichs ist nicht, daß wir eine unbedeutende Gebietserweiterung erhalten, sondern daß wir Deutschland helfen, sich auf eine unseren Interessen und den Interessen Europas möglichst entsprechende Weise zu konstituieren." Mit dem kaiserlichen Befehl, die Pariser „Vorlage" vom 29. Juli in Berlin als „nicht geschehen" zu erklären, reiste Benedetti zurück. Mehr hätte Bismarck selbst nicht in Paris erlangen können.

Dieses glänzende Ergebnis gestaltete dann wieder die Petersburger Verhandlungen Manteuffels zu recht erfreulichen. Anfangs freilich hatten hier der Zar und Gortschakoff nur harte Worte über Preußens Sünden gegen die geheiligte Legitimität der Bundesfürsten von Hannover, Kurhessen, Nassau und namentlich von Hessen-Darmstadt, des Zaren Schwager, der Oberhessen abtreten sollte. Vergebens also hatten Bismarck und der König selbst dem Zaren vorgestellt, daß Preußen nur mit Rücksicht auf die russische Verwandtschaft Württemberg unversehrt lasse und dem hessischen Großherzog nur einen Teil seiner Regierungssorgen abnehme. Manteuffel dachte in diesem legitimistischen Punkte im Grunde seines Herzens genau wie

die Russen und war daher kein beredter Gegner ihrer Einwände. Bismarck wußte das wohl und telegraphierte deshalb — obwohl Gortschakoff lebhaft zur „Mäßigung" geraten hatte, „damit sein Wunsch in Erfüllung gehe, Bismarck möge nicht ein Meteor, sondern ein Fixstern werden" — noch vor Kenntnis der Pariser Entscheidung nach Petersburg: wenn Rußlands Duldung der Annexion von Hannover, Kurhessen und Nassau nicht zu erlangen sei, „so schließen wir auch mit Stuttgart und Darmstadt nicht ab. Pression des Auslandes wird uns zur Verkündung der Reichsverfassung von 1849 und zu wirklich revolutionären Maßregeln treiben. Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen, als erleiden." Manteuffel erzielte in Petersburg nach Mitteilung dieser Depesche einen gewissen Erfolg durch die glaubhafte Versicherung, „daß unter Umständen diesem reizbaren und tollkühnen preußischen Minister alles Gefährliche zuzutrauen sei" (Sybel, V, 379). In ganz neuem und strahlendem Lichte erschien dagegen in Petersburg dieser tollkühne Minister, als er am 14. August Manteuffel die gesamte Verhandlung und Erledigung der französischen Zumutungen mitteilte. Diese Energie und dieser Erfolg des Berliner „Meteors" überstiegen doch unleugbar alles, was der Fixstern oder Planet Gortschakoff bis dahin auf seinen Bahnen zu Wege gebracht hatte. Wenn der Zar daher schon vorher, in seiner herzlichen Zuneigung zu König Wilhelm, an diesen geschrieben hatte: auch wenn Alexanders Worte über die konservativen Grundsätze für diesmal nicht Beachtung fänden, so werde sich Rußland doch nie den Gegnern Preußens zugesellen, so wurde jetzt, nach dem glänzenden Ausgang der französischen Verhandlung, die Trefflichkeit eines preußisch-russischen Bündnisses in Petersburg zum Tagesgespräch. Dadurch hoffte man die freie Bewegung auf dem Schwarzen Meere wieder zu gewinnen, die Rußland im Pariser Frieden von 1856 benommen worden war. Bismarck ließ sich indeß an der guten Freundschaft mit Rußland genügen. Die Bündnisfrage überließ er der Zukunft. Aber den Preis der Freundschaft vergalt er dem Zarenreiche 1870/1 im vollen Betrage, indem er die Aufhebung der für Rußland lästigen Be-

stimmungen des Pariser Friedensvertrages durchsetzte. So hatte denn Bismarcks mutige Entschiedenheit die von West und Ost drohenden Gefahren abgelenkt und der preußischen Politik die volle Freiheit gewahrt, auch den Friedensschluß mit den deutschen Gegnern und die künftigen deutschen Verhältnisse nach Preußens und Deutschlands Interessen allein zu ordnen. Bismarck hatte den süddeutschen Staaten schon am 5. August seine Rückkehr nach Berlin angezeigt und sie um Entsendung von Friedensunterhändlern nach Berlin ersucht. Sogleich trafen die süddeutschen auswärtigen Minister hier ein: von Baden Herr v. Freydorf, aus Württemberg Freiherr v. Varnbüler, aus Bayern v. d. Pfordten, aus Darmstadt Dalwigk. Den Versuch Pfordtens, eine gemeinsame Verhandlung Aller mit Preußen zu erlangen, wies Bismarck gleich anfangs zurück. Es blieb bei den Sonderverhandlungen. Nicht minder lehnte er den Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde ab, den alle Minister anboten, da die Annahme dieses Angebotes für Bismarck unmöglich war, solange Frankreich seine Zusagen vom 14. Juli hielt.

Zuerst wurden die Verhandlungen mit Württemberg eröffnet und führten schon im Laufe einer Woche zum Abschluß. Das Land blieb in seinen Grenzen unversehrt. Die Kriegsentschädigung an Preußen wurde in Höhe von 8 Millionen Gulden (rund 13 700 000 Mark) festgesetzt. Dann wurde der Zollvereinsvertrag erneuert, und dabei bestimmt, daß in Zukunft die einfache Mehrheit der Regierungen, unter Zustimmung eines Zollparlamentes, den Zollvereinsvertrag abändern, und jeder Einzelne binnen sechs Monaten kündigen könne. Auf Anregung Württembergs, dem Bayern bis dahin hartnäckig gewisse Anschlüsse an das württembergische Eisenbahnnetz versagt hatte, versprachen sich die beiden vertragschließenden Regierungen weiter, sofort nach Herstellung der friedlichen Ordnung in Deutschland Bevollmächtigte zur Vereinbarung von Grundsätzen zusammentreten zu lassen, welche geeignet seien, „den Personen- und Güterverkehr auf den Eisenbahnen möglichst zu fördern, namentlich die Konkurrenz-Verhältnisse angemessen zu regeln, und den allgemeinen Verkehrsinteressen nachteiligen Bestrebungen

der einzelnen Verwaltungen entgegenzutreten." Der Schlußsatz des Vertrages lautete: „der König von Württemberg erkennt die Bestimmungen des zwischen Preußen und Österreich zu Nikolsburg am 26. Juli 1866 abgeschlossenen Präliminar-Vertrages an und tritt denselben, soweit sie die Zukunft Deutschlands betreffen, auch seinerseits bei." Dieser kurze Satz war aber das Ergebnis wichtiger geheimer Verhandlungen. Nach dem Wortlaut des Nikolsburger Vertrages: „Österreich erklärt sich damit einverstanden, daß die süddeutschen Staaten in einen Verein zusammentreten", nahm Württemberg nämlich mit Anerkennung dieses Vertrages auch die Bestimmung an, welche dieser über den Südbund getroffen hatte. Minister Varnbüler erklärte aber den Beitritt zu dieser Bestimmung nur dann für annehmbar, wenn damit für Württemberg nicht eine Verpflichtung zur Begründung dieser Union erwachse. Bismarck trat dieser Auffassung durchaus bei, da weder der angeführte Wortlaut der Nikolsburger Vereinbarung noch der des französischen Vermittlungsvorschlages vom 14. Juli („die südlich des Main gelegenen deutschen Staaten können nach Belieben unter sich eine Union schließen, seront libre de former entre eux une Union") einen Zwang zur Gründung des Südbundes ausspreche. Württemberg war fest entschlossen, diesem Bund nicht beizutreten, der ihm trotz starker Opfer seiner Souveränität keinerlei sichere Gewähr und Deckung gegen äußere Angriffe geboten hätte. Baden dachte genau so, und es war daher schon jetzt sicher, daß der Südbund nie ins Leben treten würde. Damit wurde aber auch Bismarcks Anerbieten besonders wertvoll, an die Spitze des letzten Friedensartikels die wechselseitige Garantie des Besitzstandes beider Staaten zu setzen. Nur erschien beiden Staatsmännern richtiger und wirkungsvoller, diese Zusage weiter auszugestalten in einem dem Friedensvertrage beigefügten und einstweilen geheimen Schutz- und Trutzbündnis, nach welchem im Kriegsfall die Truppen Württembergs unter den Oberbefehl des Königs von Preußen treten sollten. Beide Verträge wurden am 13. August unterschrieben.

Auf denselben Grundlagen wurde am 17. August der Friede

und das geheime Schutz- und Trutzbündnis mit Baden geschlossen. Die Kriegsentschädigung betrug 6 Millionen Gulden (rund 10 300 000 Mark). Betreffs des Südbundes erklärte Freydorf mit Bismarcks Zustimmung, daß mit Anerkennung des betreffenden Artikels weder ein Zwang zur Bildung eines süddeutschen Bundes noch ein Hindernis gegen die Errichtung irgend welcher staats- und völkerrechtlicher Beziehungen zwischen Baden und Preußen oder dem norddeutschen Bunde gefunden werden könne.

Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen mit Hessen-Darmstadt. Denn von diesem verlangte Bismarck, entsprechend den Weisungen seines Königs, die Abtretung Oberhessens. Dazu war aber der Großherzog durchaus nicht zu bewegen: „Von Landabtretung kann keine Rede sein, ich vertraue auf die roten Hosen," sagte er, und sein gleichgesinnter Minister Dalwigk bot Alles auf, um bei dem französischen Geschäftsträger Lefebvre — der Benedetti während dessen Pariser Reise in Berlin vertrat — den Einmarsch der Franzosen in die Rheinpfalz und Rheinhessen durchzusetzen, um Hessen-Darmstadt vor den Fängen des preußischen Adlers zu schützen. Die beiden hessischen Herren hatten keine Ahnung davon, daß Bismarck in eben diesen Tagen, da sie um französischen Schutz bettelten, die Hand an das deutsche Schwert legte, um den von Napoleon geplanten Raub Rheinhessens und der Pfalz zu hindern! Eine grobe Note Drouyns an Preußen war alles, was bei der Bettelei für die Hessen abfiel. Und diese Einmischung hätte ihnen bei Bismarck wahrscheinlich weit mehr geschadet als genützt, wenn sich in diesem Augenblicke nicht der Zar Alexander für seinen Schwager, den Großherzog, beim König Wilhelm unmittelbar warm verwendet hätte. Dieser Fürsprache gegenüber beschloß der König auf die Einverleibung Oberhessens zu verzichten und sich mit dem Beitritt derselben Provinz zum Norddeutschen Bunde zu begnügen. Dagegen fiel das kleine Homburg an Preußen; auch zog Preußen beim Austausch der oberhessischen Enklaven einigen Gebietsvorteil. Ferner übernahm es als Rechtsnachfolger des Fürsten von Turn und Taxis das gesamte Postwesen des Großherzogtums, sowie den Oberbefehl

über die oberhessischen Truppen. Eines Schutz- und Trutzbündnisses bedurfte es also hier nicht. Die Kriegsentschädigung betrug 3 Millionen Gulden (rund 5 150 000 Mark). Der Friedensvertrag wurde am 3. September unterzeichnet.

Mit besonders bangem Herzen war der leitende Minister Bayerns, Herr v. d. Pfordten, zu den Friedensverhandlungen nach Berlin gezogen. Denn Bismarck, der wie wir wissen vor dem Kriege großes Vertrauen zu diesem Staatsmanne gehabt und ihn noch bis kurz vor Ausbruch der Feindseligkeiten nicht einmal zu den Gegnern Preußens gezählt hatte, war tief entrüstet, ihn nach Königgrätz in geheimen Verhandlungen mit Paris und Wien am Werke zu sehen. Als daher v. d. Pfordten ungeladen und unerwartet im preußischen Hauptquartier zu Nikolsburg erschien, hatte ihm Bismarck barsch zugerufen: „Wissen Sie, daß ich Sie als Kriegsgefangenen verhaften lassen könnte?" Auch die Friedensbedingungen, die Bismarck, nach den Weisungen des Königs, in Berlin anfangs dem bayerischen Unterhändler vorlegte, waren überaus hart: eine sehr hohe Kriegsentschädigung und zugleich die Abtretung der nördlich vom Main gelegenen Hälfte der Provinz Oberfranken mit mehr als 200 000 Einwohnern. Als Pfordten bei diesen ungeheuren Forderungen wehklagend ausrief: das sei finis Bavariae, und fragte, warum Bayern denn soviel schlechter behandelt werden solle, als Baden und Württemberg, da entgegnete Bismarck trocken: „Ihr seid die Einzigen, die keinen hohen Protektor haben, so mögt Ihr für die Anderen mitbezahlen." Aber das war nicht Bismarcks letztes Wort. Während er scheinbar hart mit dem bayerischen Minister redete, bewahrte er, wie wir wissen, einen der köstlichsten Edelsteine der bayerischen Krone, die herrliche Pfalz, vor französischer Raubgier. Ja, im Innersten seines Herzens sträubte er sich überhaupt gegen des Königs Wunsch, bayerisches Gebiet wegzunehmen. Er that dies aus demselben Grunde, aus dem er in Nikolsburg gegen die Verringerung des österreichischen Landbesitzes aufgetreten war, weil er von einer härteren Behandlung die bleibende Erbitterung des überwundenen Gegners befürchtete.

Bisher hatte er jedoch den König dieser Vorstellung zu Gunsten Bayerns unzugänglich gefunden. Jetzt aber stockten die Verhandlungen mit Österreich, die französische Einmischung konnte jeden Augenblick sich erneuern, rascher Abschluß mit Bayern lag daher in Preußens Interesse. So gab der König endlich seine Zustimmung zum Verzicht auf Oberfranken. In der nächsten Besprechung gestand Pfordten die Kriegsentschädigung von 30 Millionen Gulden (51428570 Mark) ohne weiteres zu. Bismarck erörterte dann noch einmal Preußens Berechtigung zu den bisherigen Ansprüchen auf Landabtretung, plötzlich aber wechselte er den Ton und erklärte dem schon verzweifelnden Minister, es gebe noch einen andern Weg zur Versöhnung. Damit legte er ihm — ihm allein unter allen süddeutschen Ministern — Benedettis Anträge vom 5. August und Preußens Antwort vor und fragte ihn, ob Bayern bereit sei, wenn Preußen auf bayerischen Landerwerb verzichte, mit Preußen treu verbunden, der Deutsche mit dem Deutschen, zusammenzustehen gegen jeden auswärtigen Gegner. Pfordten war aufs höchste überrascht, ja tief ergriffen und umarmte Bismarck. „Unter der lebhaftesten Bethätigung seiner inneren Bewegung und mit Feierlichkeit rief er: Hieran sähe er, wie sehr meine deutschen Gesinnungen verleumdet würden, und wie ein deutsches Herz in meinem Busen schlüge, so gut wie in dem seinigen," erzählte Bismarck später am 26. Oktober 1867 in einer Reichstagsrede und fügte unter lebhaftem Beifall hinzu: „Er hat sich darin nicht getäuscht, ich glaube, mein Verhalten hat die Richtigkeit seines Ausspruches bewährt." So trat denn Bayern mit unversehrtem Gebiet im Friedensvertrage vom 22. August dem Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen bei und erwarb dadurch sichere Deckung der Rheinpfalz gegen etwaige neue Raubgelüste Frankreichs. Preußische Gardetruppen waren es, die im Juli 1870 beim Marsch über die Rheinbrücke bei Ludwigshafen den hier in banger Sorge zusammengeströmten Bewohnern der Pfalz den herzbewegenden Freudenruf entlockten: „Jetzt sind wir gerettet!" Auch König Ludwig von Bayern war durch Preußens Milde tief gerührt. Am 30. August schrieb er an König Wilhelm:

Nachdem der Friede geschlossen und eine feste und dauernde Freundschaft zwischen beiden Häusern und Staaten begründet sei, biete er zum symbolischen Ausdruck hierfür dem König an, „die ehrwürdige Burg Ihrer Ahnen zu Nürnberg gemeinschaftlich mit mir zu besitzen. Wenn von den Zinnen dieser gemeinschaftlichen Ahnenburg die Banner von Hohenzollern und Wittelsbach vereinigt wehen, möge darin ein Symbol erkannt werden, daß Preußen und Bayern einträchtig über Deutschlands Zukunft wachen, welche die Vorsehung durch Ew. königliche Majestät in neue Bahnen gelenkt hat.“ Schon an diesem edeln Schreiben des Königs zeigte sich, wie schnell, Dank Bismarcks Mäßigung, die volle Versöhnung bisher feindlicher deutscher Fürsten und Staaten sich vollzog.

Die Friedensverhandlungen mit Österreich in Prag wurden hauptsächlich durch französische Einsprachen aufgehalten. Die erste derselben betraf den Südbund, der nach dem Vermittelungsvorschlag Napoleons vom 14. Juli durch den Satz gesichert werden sollte, daß er „eine internationale unabhängige Existenz genießen werde.“ Bismarck hatte diese Worte gestrichen, um der Vereinigung zwischen Nord- und Südbund nicht etwa das Hindernis fremder Einsprache zu bereiten. Jetzt verlangte aber Frankreich die Wiederherstellung dieses Satzes. Da inzwischen nach den Verhandlungen mit Baden und Württemberg feststand, daß der Südbund überhaupt nur auf dem Papier des Nikolsburger und Prager Vertrages bestehen werde, so war seine Ausstattung mit Rechten und Pflichten völlig gleichgültig und Bismarck bewilligte daher sofort die Aufnahme der gestrichenen Worte in den Friedensvertrag. Dasselbe geschah mit jener Klausel, welche die Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark betraf. Bismarck hätte ihre Beseitigung gern gesehen und Österreich hatte durchaus keine Interesse, sie stehen zu lassen und bot daher Preußen die Streichung selbst an. Als aber Frankreich Einspruch erhob, ließ Bismarck ohne Weiteres auch diese Klausel stehen.

Eine fernere Verzögerung im Abschluß des Prager Friedenswerkes trat ein infolge österreichisch-italienischer Meinungsverschieden-

heiten, und zwar zunächst über die Form der Abtretung Venetiens an Italien. Preußen aber konnte seinerseits, nach dem Bündnisvertrag mit Italien, vor Erledigung dieser Frage, den Frieden mit Österreich nicht schließen. Italien verlangte die direkte Abtretung der Provinz im Friedensvertrage, Abstimmung der Bevölkerung und zugleich die Anerkennung des Königreichs durch Österreich. Es weigerte sich unbedingt, das Land aus Napoleons Hand anzunehmen, was Österreich im Friedensvertrag allein zugestehen wollte. Bismarck fand auch in diesem scheinbar unlöslichen Streite die Formel der Versöhnung. Er schlug den Streitparteien vor, die Abtretung Venetiens im Friedensvertrage einfach nach ihrem geschichtlichen Verlauf zu erwähnen: „Nachdem Kaiser Napoleon amtlich erklärt hat, daß Venetien, so weit es auf ihn ankomme, für Italien erworben sei, tritt der Kaiser von Österreich dieser Erklärung bei und gibt der Vereinigung Venetiens mit dem Königreich Italien seine Zustimmung." Damit waren beide Teile einverstanden. Der Streit über die venetianische Volksabstimmung wurde dadurch umgangen, daß Österreich das Land einem französischen Bevollmächtigten, dieser aber es der städtischen Behörde von Venedig übergeben solle. Eine noch viel ernstere Verwickelung knüpfte sich aber an die zwischen Wien und Florenz höchst bestrittene Frage, welchen Anteil an der österreichischen Staatsschuld Italien zugleich mit Venetien übernehmen müsse. Österreich forderte: einen nach Maßgabe der Bevölkerung entsprechenden Teil der Gesamtschuld des Reiches. Frankreich dagegen, dem sich Bismarck zur Schonung der italienischen Finanzkraft anschloß, erklärte: nach dem Vorgang des Züricher Friedens von 1859 dürfe Italien nur die Übernahme der auf dem abgetretenen Lande selbst haftenden Schulden zugemutet werden. Diesen Vorschlag wies jedoch Graf Mensdorff am 18. August als unannehmbar zurück; mindestens müsse Italien einen verhältnißmäßigen Anteil der österreichischen Staatsschuld übernehmen. Der Unterschied der beiderseitigen Berechnung belief sich auf fast 50 Millionen. Unter solchen Umständen rückten die Friedensverhandlungen keinen Schritt weiter. Dagegen erhielt Bismarck eben jetzt aus Florenz

die peinliche Nachricht, daß Österreich im Gegensatze zu seinem ganzen bisherigen Verhalten, mit Napoleons heimlichem Einverständnisse, eine direkte Friedensverhandlung in Paris, ohne Preußens Mitwirkung beantragt habe. Glücklicherweise war Ricasoli, nnd nicht mehr Lamarmora Minister in Florenz: er witterte in dem Vorschlag eine Schlinge, Italien an Österreich auszuliefern, nachdem dieses den Prager Frieden mit Preußen geschlossen haben würde, und hielt deshalb vorsichtig zurück. Mit noch mehr Grund erblickte dagegen Bismarck in dem Anschlag einen Versuch zur Vereinigung Österreichs und Italiens unter dem Schutze Napoleons und zur Vereinzelung Preußens.

Ein gleichzeitiger, völlig ungeahnter Vorfall ließ ein unheimliches Licht auf diesen Plan fallen. Am 20. August erschien nämlich Benedetti bei Bismarck, um ihm plötzlich neue französische Kompensationsansprüche vorzulegen. Als preußische Gegenleistung für einen offenen Bündnisvertrag mit Frankreich wurden hier nämlich die Grenzen von 1814 für Frankreich gefordert, d. h. Landau, das obere Saargebiet, Luxemburg. Außerdem aber begehrte Frankreich für sich die Erlaubnis, auf Grund eines geheimen Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen, also falls nötig auch mit preußischer Waffenhilfe, Belgien sich anzueignen! Die Zumutung war noch wesentlich unverzagter als diejenige, welche Bismarck am 7. August so kräftig abgewiesen hatte, und sie hatte gewiß nicht ohne Absicht den Zeitpunkt gewählt, da die Prager Verhandlung stockte, und da Österreich den Bundesgenossen Italien von Preußen zu trennen suchte. Was wurde da nicht alles verlangt! Von deutschem Gebiet fast ebensoviel wie am 5. August. Außerdem die Aufgabe des durch europäische Verträge verbürgten preußischen Besatzungsrechtes in Luxemburg: endlich gar, woran Bismarck nie gedacht, die preußische Waffenhilfe für die Annexion Belgiens an Frankreich, d. h. zu einem Kriege mit England! In Paris versprach man sich freilich selbst keinen großen Erfolg von diesen Zumutungen und hatte deshalb dem Grafen Benedetti die geheime Weisung erteilt, nicht so schroff aufzutreten wie am 5. August: er solle auf Landau und

Saarlouis verzichten, wenn sich starker Widerspruch zeige, auch etwa Antwerpen von der Annexion Belgiens ausnehmen.

Bismarck erklärte auf der Stelle, daß von deutscher Landabtretung keine Rede sein könne. Die übrigen Vorschläge aber ererörterte er mit Benedetti am 20. August und den beiden folgenden Tagen so freundlich und eingehend, daß dieser glaubte, mit einiger Geduld und Nachgiebigkeit werde sich der schöne Plan verwirklichen lassen. Bismarck aber dachte ganz anders. In der politischen Notlage des Augenblickes verfolgte er zunächst nur den Zweck, Frankreich von der unmittelbaren Teilnahme am Kriege abzuhalten. Deshalb verhandelte er — wie er später es ausdrückte — mit Benedetti „dilatorisch.“ Aber gleichzeitig traf er mit größter Schnelligkeit und Thatkraft alle Maßregeln, um die kriegerische Spannung selbst zu beseitigen, auf welcher diese unverschämten Forderungen Frankreichs sich aufbauten. Glücklicherweise war eben jetzt am 22. August Frieden und Bündnis mit Bayern geschlossen. Sofort erging daher an die Mainarmee und das zweite Reservekorps Befehl, Süddeutschland zu räumen und in Eilmärschen nach Hof und Eger zu ziehen. Weigerte Österreich nun noch länger den Friedensschluß, so stand die gesamte preußische Armee binnen kürzester Frist vor Wien. Gleichzeitig ließ Bismarck auf telegraphische Weisung den General Manteuffel in Petersburg bei Gortschakoff anfragen, ob Rußland geneigt sei, Österreich durch diplomatischen Druck zu neutraler Unthätigkeit zu nötigen, wenn Preußen in einen Krieg mit Frankreich verwickelt würde. Die Antwort lautete: „Förmliche Verpflichtungen will Gortschakoff nicht übernehmen, aber gegen Frankreich können Sie fest auftreten.“ Damit hatte Bismarck jedenfalls die Gefahr einer kriegerischen Koalition gegen Preußen beseitigt und alles vorbereitet, um Österreich sofort niederzuwerfen, und dann, wenn es not that, auch gegen Frankreich den Krieg keineswegs bloß „in der defensiven Manier“ zu führen.

Gerade in diesem Augenblicke aber veranlaßte das Ungeschick der neuen Ratgeber Napoleons, der Herren Rouher u. a., Österreich wieder zu freundlicherer Hinneigung zu Preußen. Denn statt in

dieser Krisis vor allem ein vollkommenes Einverständnis mit Österreich anzubahnen, bewog die alte Freundschaft zu Italien diese Herren, am 18. August die französische Forderung in noch schrofferer Form nach Wien zu richten: nur die Übernahme der auf Venetien selbst haftenden Schulden dürfe dem Königreich Italien angesonnen werden. Natürlich war man in Wien hierüber lebhaft entrüstet und machte am 19. den Gegenvorschlag: der an dem Besitz Venetiens haftende Teil der österreichischen Staatsschuld solle durch einen französischen und österreichischen Bevollmächtigten nach billigem Ermessen festgestellt werden. Da gelang auch in diesem Streite dem Grafen Bismarck die allseitig befriedigende Fassung, die den Österreichern zugleich von neuem bewies, wieviel günstiger sie mit Preußen direkt als über Paris verhandeln könnten. Bismarck schlug nämlich vor: „Italien übernimmt diejenigen Schulden, welche nach dem Vorgange des Züricher Vertrags als auf Venetien haftend anerkannt werden; es wird darüber der Schiedsspruch einer neutralen Macht entscheiden.“ Bismarck hatte als solche neutrale Mächte „England oder Rußland“ in Klammer gesetzt. Um Frankreich nicht zu verletzen, ließ Mensdorff aber den „österreichischen und französischen Bevollmächtigten“, nach seinem Vorschlage vom 19., doch stehen. Im übrigen aber fand diese Formel in Wien, Florenz und Paris gleichen Beifall.

Damit fiel das letzte Hindernis für den Abschluß der Prager Verhandlungen. Am 23. August wurde der Prager Friede unterzeichnet, welcher der unnatürlichen Stellung, die Österreich bis dahin in Deutschland eingenommen, und damit auch dem Ursprung seiner Gegnerschaft zu Preußen für immer ein Ende machte, und zwar zu Österreichs eigenem Segen. So durfte der österreichische Minister Graf Andrassy zwanzig Jahre später (in der Delegation zu Pest am 24. November 1886) unter allgemeiner Zustimmung aussprechen: „Ich kenne keinen Menschen, der die von uns in Deutschland aufgegebene Stellung zurückwünschen möchte, aus dem einfachen Grunde, weil die Macht der Monarchie trotzdem und gerade deswegen nicht schwächer, sondern unvergleichlich viel stärker geworden ist.“ Aus der so ermöglichten Beschränkung beider Staaten auf

die eigensten nationalen Interessen aber erwuchs andererseits auch in Wien allmählig die klare Erkenntnis, daß Österreich-Ungarn in der ganzen Welt keinen uneigennützigeren Freund und natürlicheren Bundesgenossen habe, als Preußen und Deutschland.

Nun beeilte sich Bismarck, auch die Verhandlungen mit Benedetti zum Abschluß zu bringen. Der Botschafter erhielt am 26. August von Paris die Weisung, jene Änderungsvorschläge anzunehmen, die Bismarck bis zum 22. mit Benedetti besprochen hatte. Infolgedessen entwarf letzterer eigenhändig einen Vertragsentwurf und übergab ihn dem preußischen Minister am 29. mit der Bitte, ihn dem Könige vorzulegen und die Entscheidung dem Botschafter nach Karlsbad zu senden. Dieses Schriftstück, welches immer noch am preußischen Bündnis für die Annexion Luxemburgs und Belgiens festhielt — sogar mit der Zumutung, den Großherzog von Luxemburg durch preußische Gebiete zu entschädigen — war eine furchtbare Waffe in der Hand Bismarcks. Im Juli 1870 schleuderte er sie in die Welt und entlarvte damit die gleißnerische Politik Napoleons. Auf die Antwort Bismarcks aber konnte Graf Benedetti in Karlsbad lange warten. Denn inzwischen waren Ahnungen des belgischen Annexionsplanes Frankreichs nach Belgien, selbst nach England und Petersburg gedrungen, und Napoleon hatte natürlich seine Unschuld heilig beteuert, dagegen den Grafen Bismarck als Urheber dieser schändlichen Pläne verdächtigt. Letzterer hatte also den trefflichsten Vorwand zu sagen, er könne dem französischen Vertragsentwurfe nicht näher treten, da dieser nur den Zweck zu verfolgen scheine, Preußen mit England in Zwiespalt zu bringen. Auch diesmal machte von den Franzosen zuerst Napoleon selbst gute Miene zum verlorenen Spiel. Nach Drouyns endgültigem Rücktritt richtete er nämlich am 16. September an dessen Stellvertreter, den Marquis Lavalette, ein Rundschreiben an die französischen Gesandschaften, welches den Franzosen klar machen sollte, wie glücklich Frankreich über Preußens Erstarkung sich fühlen müsse. Denn „ist das deutsche Nationalgefühl befriedigt, so legt sich seine Unruhe, so erlöschen seine Feindschaften“, hieß es da. „Eine unwiderstehliche Macht drängt die

Völker dazu, sich in großen Zusammenschlüssen zu vereinigen und dabei die kleineren Staaten verschwinden zu lassen. Der Kaiser sieht kein wahres Gleichgewicht als in den befriedigten Wünschen der europäischen Nationen." Die von Preußen errungenen Erfolge aber, sowie dessen Mäßigung setzte das Rundschreiben auf die Rechnung der menschenfreundlichen Vermittlerrolle des Kaisers. Während so Napoleon dem eigenen Volke und Europa „die Schaumwelle der Phrase" ins Auge spritzte, gab er seiner ganz anders gearteten innersten Überzeugung gleichzeitig in einer nur für ihn selbst bestimmten Niederschrift Ausdruck: „Ich sah deutlich, daß der Krieg mit Preußen unvermeidlich war." Bismarck dagegen war völlig anderer Meinung. Als er 26 Jahre später dem Verfasser dieses Werkes die Gründe seiner „dilatorischen Behandlung" der französischen Annexionszumutungen entwickelte, sagte er etwa: „Ich habe immer den Beginn eines Krieges, den wir anders als gezwungen und gedrungen aufnehmen, für eine Ruchlosigkeit gehalten und dieser Empfindung entsprechend gehandelt. Ich habe das bewiesen gegenüber allen französischen Ansinnen von 1866 und 1867 bei der Luxemburger Frage, wo ich, gegen starke Strömungen, den Krieg vermied, in der Meinung, daß beim Tode des Kaisers Napoleon — der damals früher erwartet wurde, als er wirklich eintrat — der Widerstreit aller französischen Parteien an seinem Sarge sich ein mehr oder minder freundliches Rendezvous geben würde und uns dadurch vielleicht überhaupt den Entscheidungskrieg gegen Frankreich ersparen könne."

Endlich ward in diesen Wochen auch der Friede zwischen Österreich und Italien durch Bismarcks kräftiges Einschreiten und die von ihm angerufene Unterstützung der italienischen Bevollmächtigten durch Frankreich zum Abschluß gebracht. Die letzte große Schwierigkeit bei den in Wien geführten Unterhandlungen bildete immer noch Italiens Anteil an der österreichischen Staatsschuld. Bismarck ließ Preußen und Italien nicht eher abrüsten, bis Österreich sich zu einem billigen Maß bequemte und fand dabei Frankreichs eifrige Mitwirkung. Italien übernahm schließlich 35 Millionen der öster-

reichischen Staatsschuld außer der unzweifelhaft venetianischen. Dann wurde der Friede am 3. Oktober abgeschlossen.

So konnte sich denn Bismarck nun ausschließlich den großen Aufgaben der inneren Entwickelung Preußens und Deutschlands zuwenden, die er auch während all dieser zeitraubenden und aufregenden Geschäfte seiner auswärtigen Politik keinen Augenblick hatte ruhen lassen. Am 18. August schon hatten alle norddeutschen Kleinstaaten außer den beiden Mecklenburg den Bundesvertrag mit Preußen abgeschlossen; am 21. folgten auch diese, unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer Stände.

Nun aber nahmen die Verhandlungen des preußischen Landtags Bismarcks Thätigkeit besonders in Anspruch. Schon die Beratungen der Adreßkommission des Abgeordnetenhauses gaben ihm am 17. August Gelegenheit zu einer großen Rede „über die Mittel und Wege, durch welche die in der deutschen Politik zu erstrebenden Ziele sich erreichen lassen". Da führte er aus: „Die königliche Regierung hat sich die Grenze des Möglichen stellen müssen. Wir hätten unverhältnismäßig große Opfer gebracht und die Zukunft kompromittiert, wenn wir über die unserer Politik jetzt gestellte Linie hinausgegangen wären. Die Zusage aber, welche wir in dieser Beziehung gegeben" — natürlich sagte er dabei nicht, daß diese Zusage an Frankreich gegeben worden sei — „müssen wir halten und so vor Allem den Glauben an unser Wort befestigen. Wir glauben aber auch nicht, daß es nützlich gewesen wäre, jetzt weiter zu gehen. Wir haben auch in der preußischen Regierung soviel Ehrgeiz, daß er eher der Mäßigung als des Antriebes bedarf. Nach den Friedenspräliminarien ist die Regelung der nationalen Beziehungen des Süddeutschen Bundes zu dem Norddeutschen nicht ausgeschlossen und die Art derselben wird davon abhängen, ob das Bedürfnis dazu von Süddeutschland lebhafter empfunden wird, als das gegenwärtig der Fall ist. Zunächst kam es uns darauf an, dem neuen Bunde feste Grundlagen zu geben. Die erste dieser Grundlagen suchten wir in einem starken Preußen, sozusagen in einer starken Hausmacht des leitenden Staates." Um der Wiederkehr solcher Dinge vor-

zubeugen, daß befreundete und verwandte Volksstämme, durch ihre Regierungen genötigt, uns im Rücken unserer Heere entgegentreten konnten, gab es nur drei Methoden: zunächst die der vollständigen Einverleibung, und dieser habe Preußen den Vorzug geben müssen. Denn sowohl die zweite Möglichkeit, die Teilung der Hoheitsrechte zwischen Preußen und den überwundenen Gegnern, als die dritte Verfahrungsweise, die Zerreißung der eroberten Gebiete, hätten große Unzuträglichkeiten im Gefolge gehabt, die Bismarck entwickelt, indem er namentlich auf die Erfahrungen hinweist, die Preußen nach der Teilung Sachsens von 1815 an gemacht habe. Zum Schlusse sagte er: „Was unsere Bundesgenossen betrifft, so haben wir deren nur wenige und schwache gehabt, aber es ist nicht bloß eine Pflicht, sondern ebenso gebietet die Klugheit, auch dem Kleinsten unser Wort zu halten. Je rückhaltloser Preußen zeigt, daß es seine Feinde von der Landkarte wegfegen kann, um so pünktlicher muß es seinen Freunden Wort halten. Gerade in Süddeutschland wird dieser Glaube an unsere politische Redlichkeit von großem Gewicht sein." Im Abgeordnetenhause selbst wurde dann die von dem Abgeordneten Stavenhagen verfaßte Adresse, mit welcher die Regierung sich einverstanden erklärt hatte, mit überwältigender Mehrheit angenommen, nur gegen die Stimmen der Polen, der katholischen Fraktion und einiger Demokraten.

Der in der Thronrede angekündigte Entwurf eines Indemnitätsgesetzes war dem Abgeordnetenhause schon am 14. August zugegangen und kam am 1. September, nachdem die Kommission in dem Berichte Twestens den Entwurf mit 25 gegen 8 Stimmen genehmigt hatte, im Plenum des Hauses zur Verhandlung. Die ganze alte Fortschrittspartei erhob sich hier leidenschaftlich gegen die Vorlage, während von Vincke bis Lasker und Löwe die realpolitischen Köpfe des Hauses für dieselbe eintraten. Bismarck erklärte: Wenn man den Frieden wünsche, solle man sich doch der „retrospektiven Kritik" enthalten. Ein Friedensschluß würde auch in den auswärtigen Verhältnissen schwerlich jemals zustande kommen, wenn man verlangte, daß ihm das Bekenntnis des einen der beiden Teile

vorhergehen sollte: ‚Ich sehe jetzt ein, ich habe unrecht gehandelt.‘ Wir wünschen den Frieden, nicht weil wir kampfunfähig sind in diesem inneren Kampf; im Gegenteil, die Flut fließt in diesem Augenblick mehr zu unseren Gunsten als vor Jahren.“ Auch nicht etwa aus Furcht vor einer möglichen künftigen Anklage. „Man hat dem Ministerium viele Vorwürfe gemacht, den der Furchtsamkeit noch nicht! (Heiterkeit). Wir wünschen den Frieden, weil unserer Meinung nach das Vaterland ihn im gegenwärtigen Augenblicke in höherem Grade bedarf, als früher; wir wünschen ihn und suchen ihn namentlich deshalb, weil wir glauben, ihn im gegenwärtigen Moment zu finden; wir glauben ihn zu finden, weil Sie erkannt haben werden, daß die königliche Regierung den Aufgaben, welche auch Sie in Ihrer Mehrzahl erstreben, nicht so fern steht, wie Sie vielleicht vor Jahren gedacht haben, nicht so fern, wie das Schweigen der Regierung über Manches, was verschwiegen werden mußte, Sie zu glauben berechtigen konnte (Beifall). Wir werden dann (nach Erteilung der Indemnität) die Aufgaben, die uns zu lösen bleiben, mit Ihnen in Gemeinschaft lösen, ich schließe von diesen Aufgaben Verbesserungen der inneren Zustände, in Erfüllung der in der Verfassung gegebenen Zusagen, keineswegs aus (lebhafter Beifall von allen Seiten). Aber nur gemeinsam werden wir sie lösen können, indem wir von beiden Seiten demselben Vaterlande mit demselben guten Willen dienen, ohne an der Aufrichtigkeit des Andern zu zweifeln (Beifall).“ Dann führt er in eingehender Begründung den Satz aus: „Unsere Aufgabe ist noch nicht gelöst, sie erfordert die Einigkeit des gesamten Landes der That nach und dem Eindruck nach. Wenn man so oft gesagt hat: ‚Was das Schwert gewonnen, hat die Feder verdorben, so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: Was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet worden! (Lebhafter Beifall).“ Diese Erwartung trog nicht, denn am 3. September wurde die Erteilung der Indemnität mit 230 gegen 75 Stimmen, das ganze Gesetz mit sehr großer Mehrheit angenommen. Das Herrenhaus genehmigte es am 8. September einstimmig.

Am 17. August hatte die Regierung dem Abgeordnetenhause auch das Annexionsgesetz vorgelegt, welches die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt in Preußen verfügte. Schleswig-Holstein konnte damals noch nicht erwähnt werden, weil der Prager Friede noch nicht abgeschlossen war. Auch diese Vorlage verwies das Haus an eine Kommission zur Vorberatung, obwohl an der Annahme kein Zweifel war, da selbst der Führer der demokratischen Opposition sie sofort freudig begrüßte. In der Kommission stellten edle Humanisten die Behauptung auf: der preußische Staat müsse sich nach einem anderen Rechtstitel als dem der Eroberung umsehen. Das sei die nackte Gewalt, ein im Völkerrecht veralteter Standpunkt. Bismarck entgegnete darauf (in der Ausschußsitzung vom 25. August): die Eroberung dieser Länder sei mit nichten nackte Gewalt, denn sie gründe sich auf das Recht der deutschen Nation zu existieren, zu atmen und sich zu einigen, zugleich aber auch auf das Recht und die Pflicht Preußens, dieser deutschen Nation die für ihre Existenz nötige Grundlage zu liefern. Die Kommission trat diesen Ausführungen bei, ebenso der Ansicht Bismarcks, daß in den eroberten deutschen Ländern mit dem Herrscherhause zugleich die Landesverfassung beseitigt sei; denn „Verfassung und Dynastie sind von einander untrennbar, in Hannover die Dynastie viel älter als die Verfassung", sagte Bismarck. Er und die Kommission waren auch darüber einverstanden, daß nur die preußische Verfassung an die Stelle der beseitigten Landesverfassungen treten könne, daß aber auch hierzu ein Übergangs- oder Probejahr gehöre. Die Kommission setzte darauf als den Zeitpunkt für Einführung der preußischen Verfassung in den neuen Landesteilen den 1. Oktober 1867 fest, und Bismarck gab seine Zustimmung. Dabei that er die für ihn bezeichnende Äußerung: „Es solle erhalten bleiben, was Preußen irgend ertragen könne." Endlich ergab sich auch im Hauptpunkt, der staatsrechtlichen Form der Vereinigung der vier eroberten Staaten mit Preußen, vollständige Übereinstimmung der Mehrheit des Ausschusses mit Bismarck. Die Regierung hatte nämlich ursprünglich, mit Rücksicht auf das Übergangsjahr

„der Diktatur", vorerst nur die Personalunion der vier Staaten beabsichtigt. Die Kommission aber ging über diesen Vorschlag hinaus, indem sie die sofortige Realunion dieser Gebiete mit Preußen beantragte. Und Bismarck erkannte das als eine „Verbesserung der Regierungsvorlage" an. Mit diesen Veränderungen wurde das Gesetz am 7. September mit 273 gegen 14 Stimmen vom Abgeordnetenhause angenommen.*) Nach der Abstimmung wurde einer Petition der Stadt Frankfurt, um Erlaß der dieser Stadt auferlegten Kriegskontribution Erwähnung gethan. Bismarck bemerkte darauf: „Ich habe schon vor Wochen, als ich zum erstenmale mit den Vertretern von Frankfurt a. M. in Verhandlungen mich befand, erklärt, daß die preußische Regierung von Unterthanen Kontributionen nicht erhebe."

Am nämlichen Tage (7. September) und unmittelbar nach der Abstimmung über das Annexionsgesetz erhob sich Bismarck, um, unter lebhaftem Beifall des Hauses, auch das Gesetz über die Einverleibung der Herzogtümer Schleswig-Holstein einzubringen. Gleichzeitig wurde angezeigt, daß die Verhandlung über einen Vertrag mit dem Großherzog von Oldenburg eingeleitet sei, in welchem dieser seine Ansprüche an die Elbherzogtümer für immer an Preußen abtreten sollte. Der Vertrag, der eine Million Thaler und eine kleine Erweiterung des Eutiner Gebietes an Oldenburg gewährte, kam auch am 27. Oktober zu Stande und fand die Genehmigung des preußischen Landtags. Selbstverständlich aber regte die am 20. Dezember im Abgeordnetenhause folgende Debatte über die Annexion der Elbherzogtümer alte heftige Leidenschaften auf. Ein so maßvoller Mann wie Twesten machte sich zum Wortführer der Anklagen gegen die Regierung und bewies dadurch aufs neue, welche Fülle von augustenburgischen Legenden in den Jahren von 1864 bis 1866 ausgestreut worden war, um das Vertrauen der Deutschen zur deutschen Politik Bismarcks zu vergiften. Denn der Ministerpräsident wies dem Angreifer sofort nach, daß der Herzog von

*) Das Herrenhaus trat am 11. September mit allen gegen eine Stimme bei.

Augustenburg niemals den preußischen Februarbedingungen von 1865 zugestimmt habe. Er bestritt auch, jemals gesagt zu haben, er zöge „die Personalunion der Einsetzung der Familie Augustenburg vor, denn es ist nie meine Meinung gewesen, und warum sollte ich gerade diesen Leuten in dieser Richtung das Gegenteil meiner Meinung sagen? Ich habe stets an dem Klimax festgehalten, daß die Personalunion (der Herzogtümer) besser war, als das, was existierte, daß ein selbständiger Fürst besser war, als die Personalunion, und daß die Vereinigung mit dem preußischen Staate besser war, als ein selbständiger Fürst (Beifall, Heiterkeit). Welches davon das Erreichbare war, das konnten nur die Ereignisse lehren." Sehr eingehend und mit erstaunlicher Offenheit widerlegt dann Bismarck die Vorwürfe Twestens bezüglich des Art. V des Prager Friedens, der die Wiederabtretung nordschleswigscher Gebiete an Dänemark ermöglichte. „Wären wir," sagte er, „mit Schleswig-Holstein und Dänemark allein auf der Welt, so würde ein solcher Friedensparagraph nicht existieren." Aber Frankreich habe sich eben eingemischt, und man hätte alles an alles setzen müssen, um diese Einmischung zurückzuweisen. Dabei wurde „die unerschütterliche Vertragstreue Italiens" während dieser langen Verhandlungen betont und ausgesprochen: „wir knüpfen an diese Thatsachen gegründete Hoffnungen auf die zukünftigen freundschaftlichen und natürlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien." Lebhafter Beifall begleitete alle diese Ausführungen, und das Gesetz wurde dann mit weit überwiegender Mehrheit angenommen.

Am längsten brauchte die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Wahlgesetzes für den norddeutschen Reichstag, welches die Regierung schon am 13. August vorgelegt hatte. Denn erst am 11. und 12. September konnte darüber die Beratung im Plenum stattfinden. Die Fortschrittspartei äußerte am 11. September durch ihre Redner: der norddeutsche Reichstag habe neben dem preußischen Abgeordnetenhause überhaupt keinen Sinn; Bismarck habe das allgemeine Stimmrecht wohl nur verliehen, um nach dem napoleonischen System das Stimmvieh durch Präfekten und

Geistliche zur Wahlurne treiben zu lassen; der Minister habe die Mainlinie außerdem wohl nur deshalb aufgerichtet, um den Liberalismus der Südstaaten fern zu halten und ein lebenskräftiges gesamtdeutsches Parlament nicht aufkommen zu lassen. Aber auch die Mittelparteien hatten dem Wahlgesetzentwurfe einen schweren grundsätzlichen Vorwurf zu machen. Nach dem Bundesvertrag vom 18. August sollte nämlich der künftige norddeutsche Reichstag die norddeutsche Bundesverfassung nicht bloß beraten, sondern „vereinbaren", d. h. endgültig feststellen. So stand es auch in der preußischen Vorlage des norddeutschen Wahlgesetzes. Im Abgeordnetenhause waren aber von der Fortschrittspartei bis zu den Altliberalen alle darüber einig, daß die preußische Verfassung nur mit Zustimmung beider Häuser des Landtags abgeändert werden könne, der norddeutsche Reichstag also die Bundesverfassung nur „beraten" dürfe, der preußische Landtag sie aber endgültig genehmigen müsse.

Bismarck trat am 12. September zunächst dieser letzten Forderung mit der einfachen Bemerkung entgegen, daß jeder norddeutsche Landtag, auch der kleinste, das Recht der Genehmigung oder Verwerfung der Bundesverfassung für sich beanspruchen könne, wenn der preußische Landtag es für sich beanspruche, womit aber „dem von uns allen doch gewünschten Werke Hemmnisse bereitet werden könnten." Die feudalen Stände in beiden Meklenburg hätten sich schon jetzt durch allerlei Vorbehalte „auf dieses Widerstandsterrain zurückgezogen." Gleichwohl wolle er, um nicht das Mißtrauen des Hauses zu erregen, dem Amendement nicht entgegentreten, daß der preußische Landtag die künftige Bundesverfassung zu genehmigen habe. Denn die Regierung hoffe „die Zögerungen und Schwierigkeiten, die aus dieser Einschränkung der Befugnisse des Reichstags hervorgehen könnten, zu überwinden." Denjenigen aber, „die das jetzt Erreichte oder Erstrebte als zu gering kritisiert", rief Bismarck unter lebhafter Zustimmung der Rechten und der Mittelpartei, zu: „Ja, meine Herren, es ist das günstigste Feld der Opposition gegen die Regierung jederzeit gewesen, stets das als notwendiges Bedürfnis hinzustellen, was für den Augenblick nicht erreichbar war, und

der Regierung die Schuld davon aufzubürden, daß das nicht erreicht wurde. Ich darf Ihnen aber vorhalten, daß wir vielleicht noch Besseres erreicht hätten, wenn Sie die Politik, deren Ergebnisse Sie jetzt tadeln, unterstützt hätten. Daß wir, da uns Ihre Unterstützung fehlte und da wir mit gebundenen Händen in diesen Kampf gingen, dennoch diese Erfolge haben gewinnen können, berechtigt m. E. nicht diejenigen zur Kritik, die uns gehindert haben, mehr zu erreichen." Denjenigen, die der Regierung vorwarfen, sie habe die Siege des Heeres auf dem politischen Gebiete nicht genügend ausgenutzt, entgegnete Bismarck stolz: „Es muß einer späteren Geschichte vorbehalten bleiben, alle die Momente aufzuklären, die dabei mitgewirkt haben, und wenn Sie sie alle kennen, werden Sie der Regierung das Zeugnis nicht versagen, daß die Benutzung der Siege eine ziemlich kühne war. Man kann sehr leicht die Linie überschreiten, bei der eine weitere Ausbeutung des Sieges in blinde Zuversicht ausartet, die alle Errungenschaften aufs Spiel setzt, und je größer diese Errungenschaft schon ist, desto schwieriger entschließt man sich zu einer Ausbeutung des Sieges, die nicht mehr den Charakter des Mutes, sondern der Waghalsigkeit haben würde." Der Abgeordnete Virchow weissagte, die Regierung werde mit ihrer Politik das nationale Ziel nicht erreichen, gelinge das gleichwohl, so werde er sich ihr anschließen. Ihm entgegnete Bismarck, unter großer Heiterkeit des Hauses: „Der bedeutende Wert, den ich dieser Unterstützung beilege, veranlaßt mich, dem Herrn Vorredner selbst eine Betrachtung zu Gemüte zu führen. Seit vier Jahren hat er in Bezug auf die Ergebnisse der Politik der Regierung stets das Gegenteil von dem prophezeit, was eingetroffen ist. Ich glaube daher und hoffe, daß er sich auch diesmal in derselben Weise irren werde und daß er sich daher dreist schon heute der Politik der Regierung anschließen kann." Der Befürchtung endlich, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen dem norddeutschen Reichstag und dem preußischen Landtag das Ansehen des letzteren schädigen und das preußische Verfassungsrecht beeinträchtigten könnten, hielt Bismarck die einfache Thatsache entgegen, „daß dieses Parlament ja in seiner großen

Mehrheit (von etwa 240 Preußen gegen etwa 50 Nichtpreußen) aus preußischen und freigewählten Vertretern des preußischen Volkes bestehen wird, also aus Ihren Landsleuten, vielleicht aus Ihnen selbst. Denn warum sollte die Mehrzahl von Ihnen sich nicht im Reichstage wieder finden, da die Wahlen, wie das Wahlgesetz auch sein mag, im Ganzen stets die Ergebnisse haben, die die Zeitströmung gerade bedingt?“ Nach diesen Reden wurde der entscheidende § 1 des Gesetzes in der von Bismarck genehmigten Fassung angenommen, daß der Landtag das Bundesverfassungswerk zu genehmigen habe. Zu § 17 war der Zusatz beantragt, daß dem Reichstag Redefreiheit gewährleistet sei. Bismarck erklärte, die preußische Regierung werde bei den Bundesregierungen hiefür eintreten und hoffe es zu können, ohne daß das Werk daran scheiterte. Geringere Zuversicht hege er in dieser Beziehung bezüglich des von Schulze-Delitzsch zu § 18 beantragten Zusatzes, daß die Reichstagsabgeordneten Diäten beziehen sollten. Die Entscheidung dieser Frage gehöre auch vor den Reichstag selbst. Ohne weitere Debatte wurde dieser Antrag abgelehnt und das Gesetz im ganzen mit großer Mehrheit angenommen. Bald nachher sprach auch das Herrenhaus seine Genehmigung aus.

Der letzte Gegenstand, über welchen Bismarck während dieser Wochen im Abgeordnetenhause das Wort ergriff, betraf eine Kreditforderung der Regierung von 60 Millionen Thalern zur Deckung der durch den Krieg gegen Österreich und in Deutschland veranlaßten außerordentlichen Ausgaben. Bei dem überaus sparsamen Charakter der preußischen Regierung braucht kaum erwähnt zu werden, daß diese Forderung nur dem wirklichen Bedürfnis entsprach und schon bei der Vorlegung eingehend begründet war. Gleichwohl bemängelte die Fortschrittspartei, welche in der Kommission die Mehrheit hatte, die ganze Forderung und wollte in Gnaden nur 30 Millionen auf ein Jahr bewilligen. Der Berichterstatter war der alte „Konfliktsvater“ Hagen, der auch diesmal dieser Haltung treu blieb. Ganz anders aber war die Stimmung im Hause, das am 24. September die Debatte begann. Hier war der Vorlage die große Mehrheit günstig, so daß Bismarck unter lebhafter Zustimmung am 25. Sep-

tember die Mahnung an das Haus richten konnte: „die Vorlage weniger vom rechnungsmäßigen als vom politischen Standpunkte aufzufassen. Mit dieser Vorlage richtet die Regierung in der Hauptsache die Frage an Sie, ob Sie Vertrauen zu der bisherigen Führung der auswärtigen Politik haben, ob Sie Zeugnis ablegen wollen für den festen Entschluß des preußischen Volkes, die Errungenschaften des letzten Krieges festzuhalten und zu verteidigen, wenn es notwendig sein wird." Am nämlichen Tage noch bewilligte das Abgeordnetenhaus die Kredite mit 230 gegen 83 Stimmen; im Herrenhause erfolgte sie einstimmig. Am 27. September vertagte sich dann das Abgeordnetenhaus auf sechs Wochen (bis 22. November).

Der gewaltige Umschwung der öffentlichen Stimmung, der sich in allen diesen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses kundgab, äußerte sich auch in begeisterten Huldigungen für Bismarck in Berlin selbst. So ward ihm, Roon und Moltke zu Ehren schon am 18. August ein großes Festmahl im Krollschen Etablissement gegeben, wobei Bismarck einen Toast auf die Berliner als Typus des Preußentums ausbrachte. Und abermals jauchzte ganz Berlin dem großen Staatsmann in heller Begeisterung zu, als dieser am 20. September beim feierlichen Einzug der siegreichen Truppen in Berlin als Generalmajor und Chef des 7. schweren Landwehrregimentes neben Roon und Moltke unmittelbar vor dem Könige einherritt. Der Eindruck der erhebenden Feier und der begeisterten Kundgebung aller Klassen der Bevölkerung hatte günstige Wirkung auch auf den Gesundheitszustand Bismarcks, der seit dem 14. September so bedenklich geworden war, daß Bismarcks Beteiligung an den Feierlichkeiten des Einzuges von der Provinzialkorrespondenz noch am 19. September in Zweifel gezogen wurde. Das alte schmerzhafte neuralgische Fußleiden, das seinen Ursprung von jenem Jagdunfall in den schwedischen Wäldern herschrieb und Bismarck dann in Petersburg 1859 wieder befiel, war jetzt zurückgekehrt und durch die großen Anstrengungen der letzten Zeit wesentlich gesteigert worden. Es äußerte sich in heftigen Nervenschmerzen und allge-

meiner Abspannung, zu deren Beseitigung nach Ausspruch der Ärzte eine längere Zeit der Ruhe und Erholung dringend erforderlich war.

In diesem Leiden bereitete aber nicht bloß Berlin dem gefeierten Staatsmanne stärkende und erhebende Huldigungen. Ebensosehr fühlte sich der Leidende erquickt durch einen Brief und ein kleines Packet, welches ein edler und gottbegnadeter deutscher Dichter, ein Märtyrer des deutschen Einheitsdranges, Fritz Reuter, an Bismarck sandte. Das Schreiben lautete: „Es treibt mich, Ew. Excellenz, als dem Manne, der die Träume meiner Jugend und die Hoffnungen des gereiften Alters zur faßbaren und im Sonnenschein glänzenden Wahrheit verwirklicht hat, ich meine die Einheit Deutschlands, meinen tiefgefühlten Dank zu sagen. Nicht Autoren-Eitelkeit, sondern nur der lebhafte Wunsch für so viel schöne Realität, die Ew. Excellenz dem Vaterlande geschenkt haben, auch etwas Reales zu bieten, veranlaßt mich, diesem Danke den Inhalt des beifolgenden Packets beizufügen. Möchten Ew. Excellenz diesen meinen etwas zudringlichen Kindern ein bescheidenes Plätzchen in Ihrer Bibliothek gönnen, und möchten die dummen Jungen im Stande sein, mit ihren tollen Sprüngen Sie auf Augenblicke die schweren Sorgen und harten Mühen Ihres Lebens vergessen zu lassen. Gott segne Sie für Ihr Thun! Sie haben sich mehr Herzen gewonnen, als Sie ahnen, so z. B. auch das Ihres ergebensten Fritz Reuter, Dr." — Bismarck antwortete am 17. September: „Eurer Hochwohlgeboren sage ich herzlichen Dank für die freundliche Sendung, mit welcher Sie Ihre inhaltsvolle Zuschrift begleiteten. Als alte Freunde habe ich die Schar Ihrer Kinder begrüßt und sie alle willkommen geheißen, die in frischen, mir heimatlich-vertrauten Klängen von unseres Volkes Herzschlag Kunde geben. Noch ist, was die Jugend erhoffte, nicht Wirklichkeit geworden; mit der Gegenwart aber versöhnt es, wenn der auserwählte Volksdichter in ihr die Zukunft gesichert vorschaut, der er Freiheit und Leben zu opfern stets bereit war. v. Bismarck."

Trotz des ärztlichen Rates wollte Bismarck nicht eher Urlaub nehmen und Berlin verlassen, als bis auch der letzte Friedensschluß,

der mit Sachsen, geglückt wäre. Mit der Regentin Karoline von Reuß ä. L. und mit dem Herzog Erich Freund von Meiningen hatte Bismarck nämlich kürzeren Prozeß gemacht. Denn als Karoline noch um Mitte August ihren Frieden mit Preußen nicht geschlossen hatte und den Beitritt zum norddeutschen Bund weigerte, ließ Bismarck ihre Reichshauptstadt Greiz mit einer Heeresmacht von zwei Kompanien Infanterie besetzen. Diese Last vermochte selbst die Standhaftigkeit Karolinens nur einen Monat lang zu tragen. Dann trat sie in den norddeutschen Bund und zahlte 100 000 Thaler an die preußische Invalidenkasse. Ebensolange etwa sträubte sich der alte Herr von Meiningen gegen die Zumutung, die ihm Bismarck schon von Nikolsburg aus hatte zukommen lassen: durch Thronentsagung dem Lande bessere Friedensbedingungen zu verschaffen. Auch hier mußte erst militärische Exekution angewendet werden. Der neue Herzog Georg, der sich, wie wir sahen, „sehr korrekt“ gegen Preußen benommen hatte, brauchte nur dem Norddeutschen Bund beizutreten und den Vertrag anzuerkennen, den Preußen wegen Abtretung des Postwesens mit Turn und Taxis geschlossen hatte.

Mit den Sachsen, Freiherrn von Friesen und Graf Hohenthal, konnte und wollte Bismarck die Verhandlungen erst nach Abschluß des Prager Friedens beginnen, um jede Einmischung Österreichs zu deren Gunsten abzuweisen. Als trotzdem Baron Brenner und gleichzeitig etwa Benedetti in Berlin eine solche versuchten, warnte Bismarck sie in scharfem Tone, sich nicht in Dinge zu mischen, die sie nichts angingen. Auch den Sachsen stellte Bismarck vor, daß sie einfach die Stellung anzuerkennen hätten, die Preußen dem Lande im Norddeutschen Bunde anweise. Sachsen müsse seine Kriegsherrlichkeit ganz an Preußen übertragen; die sächsische Truppenmacht bilde also einen Teil der preußischen, habe dem König von Preußen den Fahneneid zu leisten; er ernenne die sächsischen Offiziere und verlege die sächsischen Truppen in preußische oder sächsische Garnisonen. Wir wissen, wie hoch Bismarck den König Johann von Sachsen schätzte und können daher bei ihm auch volles Vertrauen in das Königswort voraussetzen, das Freiherr v. Friesen gleich zu Anfang

der Verhandlungen nach Berlin brachte: „Solange der alte Bund bestand, habe der König seine Pflichten gegen das Bundesrecht nach Wissen und Gewissen erfüllt; nach dessen Zertrümmerung sei er bereit, in dem neuen Bunde mit gleicher Treue seine Bundespflichten zu erfüllen, wenn ihm Preußen eine mit seiner persönlichen und fürstlichen Ehre vereinbare Stellung einräume; andernfalls werde er lieber abdanken.“ Schon mit Rücksicht auf dieses Königswort entsprachen die harten Bedingungen, die Bismarck anfangs den Sachsen stellen mußte, nicht seiner eigenen Überzeugung. Zudem sah er in der Teilung der Militär- und Zivilgewalt, die Preußen von Sachsen forderte, die Quelle unaufhörlicher Verstimmung, während Bismarck die Wiederstellung der alten Freundschaft mit Sachsen noch dringender wünschte als selbst mit Österreich. Aus dieser seiner innersten Überzeugung machte er schon vor Beginn der sächsischen Verhandlungen kein Hehl, indem er am 17. August im Abgeordnetenhause aussprach: „Dieses System hat den Nachteil, daß der Militärherrscher, der fremde, immer nur mit Anforderungen kommt, während alle wohlthätigen Einflüsse der Zivilverwaltung in den Händen des alten Landesherrn bleiben. Ich bedaure, daß wir genötigt sein werden, dieses Experiment in Sachsen zu machen.“ Bismarcks Gesundheitszustand zwang ihn jedoch gebieterisch, vor dem Ende der sächsischen Verhandlungen eine längere Erholungsreise anzutreten. Was dann durch Savigny weiter geschah, war durchaus nicht in seinem Sinne: erst unmögliche Forderungen aller Art, um Sachsen trotz der Nikolsburger Abmachungen zu einer Landabtretung zu nötigen, dann ebenso plötzlich schwächliche Nachgiebigkeit. Denn ohne Minderung seiner Militärhoheit, nur mit dem Opfer von zehn Millionen Thalern Kriegsentschädigung trat Sachsen im Friedensvertrage vom 21. Oktober dem Norddeutschen Bunde bei.

Am 26. September reiste Bismarck zur Heilung seines Nervenleidens von Berlin über Anklam nach Karlsburg, der Besitzung des Grafen Bismarck-Bohlen, wohin ihm die Gemahlin mit den Kindern am 29. folgte. Am 2. Oktober erschien Sanitätsrat Dr. Struck aus Berlin in Karlsburg und empfahl dem leidenden Minister,

längeren Aufenthalt in Putbus auf Rügen zu nehmen. Am 6. Oktober trat Bismarck in Begleitung der Seinen die Reise dorthin über Stralsund an und übernachtete im Hôtel du Nord in Putbus. Der dortige Gesangverein brachte ihm ein Ständchen. In der Nacht aber erkrankte er an heftigem Magenkrampf. Am folgenden Tage bezog er die ihm zur Verfügung gestellte Sommerwohnung des Fürsten zu Putbus und verweilte hier bis zum 1. Dezember. Der Herbst des Jahres 1866 war bekanntlich von seltener Schönheit, Trockenheit und Wärme, und Bismarck kehrte sichtlich gestärkt und gekräftigt am 1. Dezember nach Berlin zurück. Als er nach der langen Abwesenheit am 22. Dezember zum erstenmale wieder im Herrenhause erschien, unterbrach Graf Rittberg die eben begonnene Rede, alle Mitglieder erhoben sich von den Sitzen und der Präsident Graf Stolberg sprach: „Meine Herrn! Wie Sie sehen, haben wir den Vorzug, den verehrten Herrn Ministerpräsidenten nach längerem Unwohlsein in unserem Hause zu sehen. Ich brauche Sie nicht aufzufordern, ihn durch Erheben von den Sitzen zu begrüßen, da wir alle dasselbe Gefühl der Freude teilen, daß dieser preußische Staatsmann mit altem Mute und frischer Kraft seine Dienste unserem königlichen Herrn, den preußischen und deutschen Landen wieder widmen kann.“ Bismarck erwiderte: „Ich sage dem Herrn Präsidenten und dem hohen Hause meinen herzlichsten Dank und hoffe, daß wir wie bisher miteinander dem Könige so treu dienen werden, wie der Herr Präsident dies eben bezeichnet hat. Den Erfolg kann nur Gott geben, er wird dem redlichen Streben nicht fehlen.“

Wenige Monate später tagte in denselben Räumen der konstituierende norddeutsche Reichstag.

Fünftes Kapitel.
Bismarck bei Gründung des Norddeutschen Bundes (1866/67).

Während Bismarcks Erholungsaufenthalt in Putbus hatte sich auch im Abgeordnetenhause ein Vorgang vollzogen, der in noch bedeutsamerer Weise als selbst die zuletzt berichtete Ovation im Herrenhause bekundete, welch begeisterte Anerkennung und Dankbarkeit dem Leiter der preußischen Politik jetzt in demselben Volkshause gezollt wurde, das ihn vier Jahre lang aufs schärfste bekämpft und aufs ungerechteste verkannt hatte.

Die Regierung hatte nämlich am 18. November einen Gesetzentwurf im Abgeordnetenhause eingebracht, der „zur Verleihung an preußische Heerführer, welche zum glücklichen Ausgange des letzten Krieges in hervorragender Weise beigetragen haben, die Summe von anderthalb Millionen bereit stellen und die Verwendung dieser Summe königlicher Bestimmung vorbehalten" wollte. Der Entwurf wurde an eine Kommission gewiesen, welche die entscheidenden Sitzungen geheim führte.*) Die Mehrheit zeigte Geneigtheit zur Bewilligung dieser Dotationen, verlangte aber, trotz der Einwendungen der Regierungskommissare, daß die Namen der zu Dotierenden in dem Gesetze selbst genannt werden müßten; denn die beabsichtigten

*) Die nachstehend berichteten inneren Vorgänge der Kommission sind daher auch erst ganz neuerdings, und zwar teils aus Roons Denkwürdigkeiten II, 324—326, teils aus Unruhs Aufzeichnungen (Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier I, 283) bekannt geworden.

Ehrengaben trügen den Charakter eines Nationaldankes und sollten die Bedeutung einer nationalen Gedenkthat haben. In geheimer Sitzung nannte darauf die Regierung die Namen von Roon, Moltke, Herwarth v. Bittenfeld, Steinmetz, Vogel von Falckenstein. Da erhob sich der Abg. Jung, der 1848 einer der Radikalsten gewesen war. Seit seinem Eintritt in das Abgeordnetenhaus gehörte er zwar nicht mehr der äußersten Linken an. Er war aber doch während der Konfliktszeit oft einer der schärfsten Gegner Bismarcks gewesen. Jetzt erklärte derselbe Mann: unter den durch Ehrengaben auszuzeichnenden Nationalhelden sei an erster Stelle der Ministerpräsident Graf Bismarck zu nennen, in Anerkennung seiner großartigen politischen Leistungen. Soweit also war die dankbare Würdigung dieser Politik und dieser Leistungen schon gedrungen, daß von dieser Seite zuerst die Verleihung einer Nationalbelohnung an den so lange Verkannten angeregt wurde. Als Bismarck zuerst von dem Plan hörte, richtete er an ein ihm befreundetes Mitglied der Kommission einen Brief, in welchem er den Wunsch aussprach, daß seine Freunde ihn zu einer Dotation nicht vorschlagen möchten. Darauf erklärte aber der Abg. Jung, dieser Brief sei lediglich an die bisherigen politischen Freunde Bismarcks gerichtet, binde also in keiner Weise die übrigen Parteien. Er beantrage also förmlich die Aufnahme Bismarcks in die Dotationsliste. Da die Regierungsvertreter nicht widersprachen, so stimmten natürlich nun auch die Konservativen für Jungs Antrag, und Anfang Dezember schlug die Kommission dem Hause vor, das Gesetz in folgender Fassung anzunehmen: „Zur Verleihung von Dotationen an den Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck, in Anerkennung der von ihm so erfolgreich geleiteten äußeren preußischen Politik, und an diejenigen Heerführer, welche in dem letzten Kriege zu dem glücklichen Ausgange desselben in hervorragender Weise beigetragen haben" (Roon, Moltke, Bittenfeld, Steinmetz, Falckenstein) „wird eine Summe von anderthalb Millionen Thaler aus der eingehenden Kriegsentschädigung bereit gestellt. Die Verteilung dieser Summe bleibt königlicher Bestimmung vorbehalten."

Man hätte nun erwarten dürfen, daß dieser Vorschlag von der Kammer einstimmig würde angenommen werden. Da aber geschah das Unglaubliche: die Abgeordneten v. Hoverbeck, Virchow und andere Fortschrittsleute stellten den Antrag, „die Minister Graf Bismarck und von Roon aus der Zahl derer, welchen eine Nationalbelohnung zu teil werden solle, zu streichen." Hoverbeck führte zur Begründung aus: Dotationen dürften nie an Minister im Amte verliehen werden. Diesen Ministern aber wolle er vollends keine Belohnungen bewilligen, weil sie dieselben nicht verdienten. Ihnen sei Indemnität d. h. Straflosigkeit für „ihre früheren Sünden" bewilligt — und zwar, wie der Leser weiß, auch nicht etwa von der Fortschrittspartei —, nun noch eine Nationalbelohnung hinzuzufügen, das sei zuviel u. s. w. Auf diese unwürdigen Bemerkungen antwortete das Haus sofort durch eine That, durch die Annahme des Kommissionsantrages (mit 219 gegen 80 Stimmen). Damit sprach er den zu Nationalhelden gewordenen beiden Ministern den Dank des Volkes feierlich und öffentlich aus. Zur Minderheit gehörten nicht einmal sämtliche Abgeordnete der Fortschrittspartei, wohl aber die Polen und Ultramontanen. Noch vor Weihnachten trat auch das Herrenhaus einmütig und begeistert bei. Am 28. Dezember vollzog der König das Gesetz, und am 12. Februar 1867 empfing Bismarck eine königliche Ordre folgenden Inhaltes:

„Im Rückblick auf den entscheidenden Wendepunkt, an welchen die Geschicke Preußens durch die ruhmwürdigen Kämpfe des vergangenen Jahres gelangt sind, wird es den spätesten Geschlechtern unvergessen sein, daß die Erhebung des Vaterlandes zu neuer Macht und unvergänglichen Ehren, daß die Eröffnung einer Epoche reicher und mit Gottes Hilfe segensreicher Entwickelung wesentlich Ihrem Scharfblicke, Ihrer Energie und Ihrer geschickten Leitung der Ihnen anvertrauten Geschäfte zu danken war. Diesen Ihren Verdiensten von höchster Auszeichnung habe Ich durch Verleihung einer Dotation von vierhunderttausend Thalern eine erneute Anerkennung zu gewähren beschlossen. Der Finanzminister ist angewiesen, diese Summe zu Ihrer Verfügung zu stellen. — Es würde Meinen

Wünschen entsprechen, wenn Sie diese Dotation, deren Verleihung Meinen und des Vaterlandes Dank bethätigen soll, durch fideikommissarische Anordnungen zu einem Grund- oder Kapitalbesitz bestimmten, welcher mit dem Ruhme Ihres Namens auch Ihrer Familie dauernd erhalten bliebe. Ihr dankbarer und treu ergebener König. Wilhelm."

Später wird berichtet werden, wie Bismarck diesen Wünschen des Königs entsprach. Einstweilen fassen wir die Ereignisse ins Auge, welche dem Hauptwerke guten Erfolg versprachen, das Bismarck bei seiner Rückkehr nach Berlin zu vollbringen hatte: der Gründung des norddeutschen Bundes.

Da ist denn vor allem zu erwähnen, daß die süddeutschen Kammern sämtlich die Friedensverträge glatt genehmigten; die bayerischen schon Ende August, die württembergischen am 10. Oktober, die badischen am 23. Oktober. Dabei war besonders bemerkenswert, daß nicht weniger als 42 Mitglieder der zweiten bayerischen Kammer schon damals den sofortigen Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund verlangten, während in Baden sogar der Bericht der Kommissionen beider Kammern dies förmlich beantragte und beide Kammern auch demgemäß beschlossen. Minister Freydorf mahnte nur, „nicht unnötig durch vorzeitiges Drängen Gefahren heraufzubeschwören", wies aber andererseits in kräftigster Form den Gedanken eines Südbundes zurück.

Während Bismarcks Abwesenheit in Putbus hatte sich weiter auch, zunächst in Preußen, die Scheidung der nationalliberal gesinnten Männer von der Fortschrittspartei und die Vereinigung der Ersteren zu einer besonderen Fraktion vollzogen, die schon jetzt mehr als zwanzig Abgeordnete zählte. Sie nannten sich vorerst „neue liberale Partei", und ihre öffentlichen programmartigen Erklärungen betonten in nachdrücklichster Weise, als „die heiligste Pflicht der Volksvertretung, vor aller Welt den Beistand zu bekunden, auf welchen jede Regierung in Preußen rechnen darf, soweit sie die deutsche Einheit zu fördern und die Stärke der gesamtdeutschen Macht zu erhöhen bereit ist. Wir sind fest entschlossen, die Oppo-

sition nicht hinübergreifen zu lassen auf das Gebiet der deutschen Politik. Wer den 14. Juni (Preußens Austritt aus dem Bundestag) und den 3. Juli (den Tag von Königgrätz) verschlafen oder vergessen hat, dem ist nicht zu helfen.“ Bald darauf nannte sich die Partei in ganz Norddeutschland die „nationalliberale“.

Unter so günstigen Anzeichen kehrte Bismarck am 1. Dezember nach Berlin zurück, um hier zunächst den Entwurf der Verfassung für den norddeutschen Bund mit den nach Berlin entbotenen Bevollmächtigten der einzelnen Bundesstaaten festzustellen. Diese Beratungen eröffnete Bismarck am 15. Dezember mit einer Ansprache, in der er ausführte: „Der frühere deutsche Bund erfüllte in zwei Richtungen die Zwecke nicht, für welche er geschlossen war; er gewährte seinen Mitgliedern die versprochene Sicherheit nicht und er befreite die Entwickelung der nationalen Wohlfahrt des deutschen Volkes nicht von den Fesseln, welche die historische Gestaltung der inneren Grenzen Deutschlands ihr anlegte. Soll die neue Verfassung diese Mängel und die Gefahren, welche sie mit sich bringen, vermeiden, so ist es nötig, die verbündeten Staaten durch Herstellung einer einheitlichen Leitung ihres Kriegswesens und ihrer auswärtigen Politik fester zusammenzuschließen und gemeinsame Organe der Gesetzgebung auf dem Gebiete der gemeinsamen Interessen der Nation zu schaffen.“ Diesem allseitig empfundenen Bedürfnisse suche der von ihm überreichte Verfassungsentwurf abzuhelfen. Natürlich lege dieser „den einzelnen Regierungen wesentliche Beschränkungen ihrer partikularen Unabhängigkeit“ auf. Aber dagegen bilde andererseits „die unbeschränkte Selbständigkeit, zu welcher im Laufe der Geschichte Deutschlands die einzelnen Stämme und dynastischen Gebiete ihre Sonderstellung entwickelt haben, den wesentlichen Grund der politischen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurteilt war. Die königliche Regierung hat sich bei dem vorliegenden Entwurfe der Bundesverfassung auf die Berücksichtigung der allgemein anerkannten Bedürfnisse beschränkt, ohne über dieselben hinaus die Bundesgewalt in die Autonomie der einzelnen Regierungen eingreifen zu lassen.“ Sie zweifle daher nicht, „daß der einmütige

Wille der verbündeten Fürsten und freien Städte, getragen von dem Verlangen des deutschen Volkes, seine Sicherheit, seine Wohlfahrt, seine Machtstellung unter den europäischen Nationen durch gemeinsame Einrichtungen dauernd verbürgt zu sehen, alle entgegenstehenden Hindernisse überwinden werde."

Diese Hoffnung trog nicht. Denn am 7. Februar 1867 verständigten sich sämtliche 22 Bevollmächtigten dahin, den von Bismarck am 15. Dezember vorgelegten Verfassungsentwurf mit den inzwischen gemeinsam beschlossenen Abänderungen dem Reichstag vorzulegen. Am 18. Januar 1867 war schon beschlossen worden, die Einberufung des Reichstags der Krone Preußens, „dem Präsidium," zu übertragen. So erließ denn der König alsbald nach dem Abschluß der Vorberatungskonferenzen, am 13. Februar das „Einberufungspatent für den Reichstag des norddeutschen Bundes", wonach der Zusammentritt des Tags zuvor, am 12. Februar, im ganzen Bundesgebiete gewählten Reichstages auf Sonntag den 24. Februar in Berlin bestimmt ward.

Bismarck hatte während der langen Wochen, welche die endgültige Feststellung der Bundesverfassung unter den Regierungsvertretern in Anspruch nahm, auch noch einige bemerkenswerte Verhandlungen im preußischen Landtage mitzumachen. So erklärte er am 18. Dezember 1866 im Abgeordnetenhause, nachdem der Abgeordnete Jung die en bloc-Annahme des von der zweiten Kammer beratenen Budgets beantragt hatte, seine hohe Freude darüber, daß bei Annahme dieses Antrages „zum ersten Male seit fünf Jahren ein gesetzmäßiges Budget, vor Beginn des Jahres, für welches es bestimmt ist, zu stande komme." Trotz aller Abstriche werde die Regierung damit auszukommen suchen, „um ihre Achtung vor den Beschlüssen dieses Hauses zu bethätigen, um den Ernst zu bethätigen, mit dem sie gesonnen ist, das Budgetrecht dieses Hauses anzuerkennen, den Ernst, mit dem sie den Entschluß ausgesprochen hat, mit Ihnen gemeinsam an dem gemeinsamen Werke fortzuarbeiten (Lebhafter Beifall)." Als sich dann im Herrenhause gegen die Beschlüsse der zweiten Kammer zum Etat verfassungsmäßige Bedenken erhoben,

und Kleist Retzow diesen Bedenken in einem Antrag Ausdruck gab, der jene Beschlüsse „mit der Verfassung nicht in Einklang stehend“ erklärte, da ersuchte Bismarck am 21. Dezember dringend um Ablehnung dieses scharfen Zusatzes mit den berühmten Worten: „Im konstitutionellen Leben ist es nicht nützlich, alle Dinge auf die Spitze zu treiben. Das Verfassungsleben kann nicht nach mathematischen, nicht einmal nach juristischen Regeln beurteilt werden. Es ist eben ein beständiger Kompromiß.“ Der Antrag Kleist-Retzows wurde denn auch nur in milderer Fassung angenommen.

Diese Meinungsverschiedenheit Bismarcks mit den alten Freunden — am Anfang dieser Sitzung hatten sie ihn bei seinem ersten Wiedererscheinen von Putbus noch durch einmütiges Erheben von den Sitzen begrüßt — war indessen nur das Vorspiel zu ernsteren Auseinandersetzungen, die im Herrenhause am 15. Januar 1867 stattfanden. Damals stand hier nämlich der Gesetzentwurf zur Beratung, der eine Vermehrung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses aus den neu annektierten Provinzen vorsah und von der zweiten Kammer genehmigt worden war. Das Herrenhaus zeigte sich tief gekränkt darüber, daß nicht auch auf eine Vermehrung seiner Mitglieder aus den neuen Landesteilen Bedacht genommen sei, und Herr von Senfft-Pilsach erhob den Vorwurf gegen Bismarck: dieser habe seine alten treuen Freunde, seine Partei, verlassen und sich dagegen an die Spitze derjenigen Herren gestellt, die jener Partei Opposition gemacht hätten. Dieser Vorwurf ist für deren Urheber wie für den Minister gleich bezeichnend. Denselben Vorwurf etwa hatte, wie wir uns erinnern, schon der selige General v. Gerlach gegen Bismarck in Frankfurt erhoben. Dieser Vorwurf der feudalen Partei gegen Bismarck ist von jetzt ab für ein Jahrzent unausrottbar, was der Minister auch sagen und thun mochte. Damals am 15. Januar, sagte er den Gegnern dasselbe wie später: „Ein großer Staat regiert sich nicht nach Parteiansichten, man muß die Gesamtheit der Parteien, die im Lande vorhanden sind, in Abwägung bringen und aus dem Resultat dieser eine Linie sich ziehen, der eine Regierung als solche folgen kann.“ Wenn er selbst 16

Jahre lang, wie der Vorredner v. Senfft-Pilsach, mit einem Freunde zusammengegangen wäre, würde er nicht so schnell zu einer Verurteilung des Freundes bereit sein, wie jener, wenn der Freund einen anderen Weg ginge „als den, welchen seine alten Parteigenossen vorzeichnen. Die Sachlage ist bei uns nicht so, daß eine königlich preußische Regierung sich lossagt von der Partei, sondern die Partei sagt sich unter Umständen von der Regierung los." In der Hauptsache aber könne die Regierung keine neuen Mitglieder des Herrenhauses zulassen, die nicht das besondere Vertrauen des Königs genössen, die Er selbst berufen würde, „keine Unterthanen, die ihre Stellung in diesem Hause benützen, um sich zu Organen preußenfeindlicher Herrscher aufzuwerfen, keine Mitglieder, die Ihm den Huldigungseid aufkündigen, weil sie mit der auswärtigen Politik Sr. Majestät des Königs unzufrieden sind." Für diesmal schlug die Mahnung durch. Das Gesetz wurde angenommen.

Am 9. Februar wurde der preußische Landtag durch den König geschlossen.

Die ersten Wahlen zum norddeutschen Reichstag hatten sich unter der lebhaftesten Teilnahme der gesamten Bevölkerung, freilich aber auch unter heftiger Erregung der Parteileidenschaften, vollzogen!*) Eines der erfreulichsten Ergebnisse war, daß die partikularistischen und radikalen Gegner des Verfassungsentwurfes in unbedeutender Minderzahl zum Reichstag gewählt wurden, daß also die gewaltige Wandlung der deutschen Zustände durch das Jahr 1866 auch in den weitesten Kreisen der Reichstagswähler volles Verständnis fand. Eine große Zahl von Wahlkreisen, die bis dahin unbestrittenes Besitztum radikaler Oppositionsmänner gewesen, gingen an konservative oder nationalliberale Kandidaten verloren. Nur in Berlin, in den rheinischen, thüringischen und einigen ostpreußischen Kreisen behauptete die Fortschrittspartei ihren Besitzstand. Sie zählte im konstituierenden Reichstag nur 19 Mitglieder, einschließ-

*) Die eingehende Schilderung der damaligen Wahlbewegung und ihrer Stimmungen findet sich bei Blum, „Auf dem Wege zur deutschen Einheit" (Jena, Costenoble, 1892) I, 1 flg.

lich des partikularistisch-demokratischen Zuwachses aus Sachsen in der Stärke von zehn Köpfen. Die ihr am nächsten verwandte „Freie Vereinigung“ hatte es nur auf 12 Mitglieder gebracht. Achtzehn geborene Partikularisten konservativ-ultramontan-welfischer Färbung traten unter der sanften Firma „bundesstaatlich-konstitutionelle Vereinigung“ zusammen. Sie konnte auf die 13 Polen und den einen Dänen in der Verneinung aller deutschen Interessen sicher zählen. Die Konservativen dagegen zählten 60 Sitze und die jüngste deutsche Partei, die nationalliberale, war gar als die stärkste, mit achtzig Mitgliedern, in den ersten norddeutschen Reichstag eingezogen. Die neuen preußischen Provinzen, die Hansestädte, die beiden Mecklenburg, Hessen, Thüringen, Anhalt, Braunschweig, Altenburg u. s. w. hatten ganz vorwiegend im Sinne der neuen nationalen Partei gewählt. So war denn dem großen Werke, das der konstituierende Reichstag zu stande bringen sollte, eine Mehrheit von Haus aus gesichert.

Bismarck selbst hatte mehrfache Anerbieten erhalten, sich zum Reichstagsabgeordneten wählen zu lassen. Sein Amt als Minister stand dieser Wahl nicht entgegen. Das erste aus Gardelegen eintreffende Anerbieten dieser Art hatte er am 10. Januar „mit Rücksicht auf seine Überhäufung mit Geschäften und auf seinen noch immer zu schonenden Gesundheitszustand zu seinem aufrichtigen und lebhaften Bedauern“ abgelehnt und statt seiner den Grafen Schulenburg-Beetzendorf zur Wahl vorgeschlagen. Als er aber in den beiden Jerichowschen Wahlkreisen am 12. Februar mit fast Zweidrittelmehrheit aller abgegebenen Stimmen (10362 von 15641) gewählt und durch eine Deputation um Annahme des Mandates gebeten wurde, nahm er die Wahl an. In Elberfeld kam er an demselben Tage zur engeren Wahl und siegte am 21. Februar mit 10199 von 17181 Stimmen. Dieses Mandat lehnte er jedoch in einem sehr verbindlichen Schreiben an den Oberbürgermeister Lischke in Eberfeld ab, da er jener Deputation aus Jerichow „keine ausweichende Antwort geben, die Annahme der bereits erfolgten Wahl nicht von dem noch ungewissen Ausfalle der engeren Wahl in Elber-

feld-Barmen abhängig machen durfte, ohne die Wähler des Jerichowschen Kreises empfindlich zu verletzen."

Abermals war es nun ein hoher Feiertag deutscher Nation, als am Sonntag den 24. Februar 1867 König Wilhelm den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes mit der von Bismarck redigierten Thronrede eröffnete. „Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem Ich in Ihre Mitte trete," sagte er; „mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. In Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat," gebe der König diesen Hoffnungen Ausdruck im dankbaren Vertrauen auf die göttliche Vorsehung. Die gesamte Geschichte Deutschlands gemahne dazu, „die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen, und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern." Der vorzulegende Verfassungsentwurf mute der Selbständigkeit der Einzelstaaten zu Gunsten der Gesamtheit nur die unentbehrlichen Opfer zu. Als Erbe der preußischen Krone aber fühle sich der König „stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preußens zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der deutschen Macht und Ehre geworden sind." Der Reichstag möge sich hüten, durch erhebliche Änderungen an dem Verfassungsentwurfe das schwer gewonnene Einverständnis der Regierungen von neuem in Frage zu stellen. Der vollendetere Ausbau des Gebäudes könne, wenn es erst einmal errichtet sei, getrost der Zukunft überlassen werden. Dann werde auch den süddeutschen Brüdern offen und entgegenkommend die Hand über den Main hinüber dargereicht werden. Der norddeutsche Bund habe wesentlich einen defensiven Charakter; „nur zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen sich die deutschen Stämme." Am Schlusse erhob der König die eindringliche Mahnung: „Möge durch dieses unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden. Helfen Sie uns die große nationale Arbeit rasch und sicher durchführen."

Mit derselben Mahnung begann Bismarck die erste Rede im

Reichstag, als er am 4. März die Bundesverfassung dem Hause vorlegte. Da der Bundesvertrag vom 18. August für den Fall, daß innerhalb eines Jahres die Verfassung nicht zu stande komme, am 18. August 1867 erlösche, so blieben von dieser Frist nur noch $5\frac{1}{2}$ Monate übrig und bis dahin hätten noch 22 Landtage der Verfassung zuzustimmen. Darin sei „eine neue Aufforderung zur Beschleunigung unserer Arbeiten" enthalten. „Es liegt ohne Zweifel etwas in unserem Nationalcharakter, was der Vereinigung Deutschlands widerstrebt. Es ist, wie mir scheint, ein gewisser Überschuß an dem Gefühle männlicher Selbständigkeit, welche in Deutschland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eigenen Kräfte zu verlassen, als auf die der Gesamtheit. Es ist der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen und des Stammes zu Gunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohlthaten, die wir erstreben, sich schon früher zu sichern. Die Regierungen haben Ihnen, meine Herren, ein gutes Beispiel gegeben. Liefern auch wir den Beweis, daß Deutschland in einer 600jährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt." Das Scheitern der „verfehlten Versuche von Frankfurt und Erfurt" habe in Deutschland 16 Jahre lang „einen Zustand der Unsicherheit und Unzufriedenheit herbeigeführt, der schließlich durch eine Katastrophe wie die des vorigen Jahres nach irgend einer Seite hin, wie es Gott gefiel, seinen Abschluß finden mußte. Das deutsche Volk hat ein Recht, von uns zu erwarten, daß wir der Wiederkehr einer solchen Katastrophe vorbeugen und ich bin überzeugt, daß Ihnen nichts mehr am Herzen liegt, als diese gerechten Erwartungen zu erfüllen."

Die Generaldebatte über den Verfassungsentwurf begann am 9. März und wurde am Montag, den 11. März, fortgesetzt. Bis dahin hatten zwei Neupreußen, Miquel aus Hannover und Karl Braun aus Wiesbaden, weitaus die bedeutendsten Reden für die Verfassung gehalten, Waldeck dagegen sie mit den Gründen eines eifrigen Einheitsstaatlers bekämpft. Der katholische Geistliche Professor Michelis aus Kempen aber hatte sie vom Standpunkt des krassesten

Partikularismus aus für unannehmbar erklärt. „Man sagt, es wird ein Chaos kommen, wenn der Verfassungsentwurf abgelehnt wird," rief er. „Nun, das hat nichts zu sagen." Bismarck werde die Krönung des Werkes wohl auch noch vollbringen, ohne daß die Volksvertretung dazu notwendig ist. „Was nützt es uns, wenn wir die ganze Welt gewönnen, aber Schaden leiden an unserer Verfassung." Ihm hatte schon Braun aufs glücklichste geantwortet. Nach Braun aber erhob sich am 11. März Bismarck, unter der tiefsten Stille des Hauses, um über das Wesen und den Geist dieser Verfassung zu sprechen. „Es sind Einwendungen bisher laut geworden, von zwei Seiten; ich möchte sagen, von der unitarischen und von der partikularistischen Seite. Die Unitarier fordern die Einsetzung eines verantwortlichen Bundesministeriums. Wer soll das ernennen? 22 Regierungen ist diese Aufgabe nicht zuzumuten. Ebenso wenig aber kann man 21 von 22 Regierungen von der Teilnahme ausschließen. Das wäre nur in einem Einheitsstaat mit monarchischer Spitze, d. h. durch Mediatisierung der Bundesfürsten möglich gewesen, also durch Gewalt. Eine solche Gewalt konnten wir am allerwenigsten gegen Bundesgenossen anwenden, die im Augenblicke der Gefahr treu zu uns gestanden haben, ebensowenig gegen die, mit denen wir soeben einen völkerrechtlichen Frieden auf ewig, wie wir hoffen — wie man das Wort auf dieser Erde zu gebrauchen pflegt — besiegelt haben. (Bravo!) Die Basis dieses Verhältnisses soll nicht die Gewalt sein, weder den Fürsten, noch dem Volke gegenüber (Beifall), und dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden, solange man uns die Vertragstreue hält (Sehr gut! Bravo!)"

Schwerer und ernster als diese Einwendungen seien die vom partikularistischen Standpunkt. „Unter Partikularismus denkt man sich sonst eine widerstrebende Dynastie oder Kaste in irgend einem Staate, die sich der Herstellung gemeinsamer Einrichtungen aus Sonderinteressen entgegengestellt. Wir haben es heute mit einer neuen Spezies von Partikularismus zu thun, mit dem parlamentarischen Partikularismus (Heiterkeit). Früher hieß es vom dyna=

stischen Standpunkte aus: „Hie Waiblingen, hie Welf', jetzt heißt es: „Hie Landtag, hie Reichstag!'" Derselbe katholische Geistliche (Prof. Michelis), der die preußische Verfassung „mit dem Heile seiner Seele an dem Leitfaden eines Bibelspruches auf dieselbe Höhe stellte," habe „die Wirkung dieser Worte durch einen scherzhaften Seitenhieb" auf Bismarcks Person abgeschwächt: Dieser würde sich auch zu helfen wissen, wenn hier nichts zu stande käme. „Meine Herren, ob ich mir in diesem Falle zu helfen wüßte, das will ich hier unerörtert lassen; ich würde mir aber nicht helfen. Ich habe meinem Könige und Land niemals den Dienst versagt; in einem solchen Falle aber würde ich ihn versagen und würde denjenigen, die das Chaos herbeigeführt haben, auch überlassen, den Weg aus dem Labyrinthe wieder herauszufinden! (Beifall). Ich habe in der ganzen Versammlung keinen Ausruf des Erstaunens gehört, außer dem, den ich in meinem Innern unterdrückte." Kein deutscher Landtag werde die Verfassung verwerfen, wenn wir uns hier einigen (Beifall). „Ich möchte die Herren, die sich diese Möglichkeit denken, wohl sehen, wie sie etwa einem Invaliden von Königgrätz antworten würden, wenn der nach dem Ergebnisse dieser gewaltigen Anstrengung fragt. Sie würden ihm etwa sagen: Ja freilich, mit der deutschen Einheit ist es wiederum nichts geworden, aber wir haben das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses, des preußischen Landtags gerettet, das Recht, jedes Jahr die Existenz der preußischen Armee in Frage zu stellen (Unruhe links)."

Die Regierungen seien „für keinen Vorschlag, der wirklich mit der Erleichterung des Zustandekommens und der Verbesserung des Werkes ernstlich gemeint ist, unempfänglich (Beifall). Keine Regierung denke auch nur entfernt daran, „sich auf ein wildes Reaktionswesen einzulassen, und an ein nationales Werk mit dieser Heuchelei — ich kann es nicht anders nennen — heranzugehen (Lebhafter Beifall). Wir wollen den Grad von Freiheitsentwickelung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich ist. (Sehr gut! Beifall)." Er halte es aber nicht für klug, wenn man den parlamentarischen Einfluß, den man erstrebe, vorzugsweise an dem

Budget der Armee üben wolle. Wenn die Wehrkraft des Bundes durch ein jährliches Votum über deren Bedürfnisse in Frage gestellt werden sollte, so mache ihm das „den Eindruck eines Deichverbandes, in welchem jedes Jahr nach Kopfzahl, auch der Besitzlosen, darüber abgestimmt wird, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen oder nicht. Aus solchem Deichverbande würde ich einfach ausscheiden, da wäre mir das Wohnen zu unsicher. Jedenfalls brauchen wir in dieser Beziehung“ (bezüglich der Budgetsätze für unser Heer) „ein unantastbares Übergangsstadium, bis wir organisch zu Fleisch und Blut mit einander verwachsen sind (Beifall).“ Bismarck ging dann näher ein auf die Beziehungen zu den süddeutschen Staaten, erklärte die von Miquel und Braun verlangte Reichssteuer für eine „Sache der Zukunft, gegen die bei den verbündeten Regierungen ein grundsätzlicher Widerstand nicht obwalte,“ und schloß mit den berühmten Worten: „Meine Herren, arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland, so zu sagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können (Lebhafter Beifall).“

Das Ungeschick und die Leidenschaft des hannoverschen Exministers v. Münchhausen nötigten Bismarck, an diesem Tage zum Schlusse der Verhandlung noch einmal das Wort zu nehmen und boten ihm damit die sicherlich nicht unwillkommene Gelegenheit, mit den welfischen Legenden und Verleumdungen, unter dem lebhaftesten Beifall des Hauses, gründliche Abrechnung zu halten. Zum erstenmal erfuhr hier die Welt von den geheimen Verhandlungen, in denen Preußen das Welfenhaus vor der unseligen Parteinahme für Österreich gewarnt hatte und von den späteren, die dem Abschlusse der Kapitulation der hannoverschen Armee bei Langensalza vorausgingen. Bismarck wies an der Hand der Thatsachen alle Anschuldigungen Münchhausens als unwürdige Verleumdungen mit Entrüstung zurück, namentlich auch den Vorwurf, daß Preußen während des sog. Übergangsjahrs in Hannover gegen die welfischen Unruhstifter mit absoluter Gesetzlosigkeit regiere, indem es einfach Privatpersonen nach der Festung Minden abführe. Bismarck entgegnete unter großer und anhaltender Heiterkeit des Reichstags:

„In Hannover existiert keine Festung, sonst hätte ich es für korrekter gefunden, sie dahin abzuführen.“ Im übrigen aber wünsche er Hannover, „daß der 1. Oktober“ (und damit die Einführung der preußischen Verfassung) „eher herankomme, als es sonst seine Art ist (Große Heiterkeit). Ich rate auf das dringendste Ihnen und Ihren Freunden ab, daß Sie uns nicht herausfordern! Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind. (Anhaltender Beifall).“

Am folgenden Tage bemängelte der ultramontane Abgeordnete v. Mallinckrodt namentlich den Ausdruck Bismarcks, daß Deutschland eine sechshundertjährige Leidensgeschichte aufzuweisen habe. Bismarck entgegnete, unter beifälliger Zustimmung des Hauses: „Ich habe vom Sturze der Hohenstaufen an gerechnet, und wie ich glaube, richtig. Der Herr Vorredner hat eine kleine Seitenwendung zu Gunsten der Raubritter einfließen lassen. Woher kamen die Raubritter? Von der Zerrüttung des Deutschen Reiches während des Interregnums? Woher kam diese Zerrüttung? Vom Abfall der Welfen und dem Siege der Ultramontanen!“

Am 18. März begann die Spezialdebatte des Verfassungsentwurfs. Der Abg. Kantak legte namens der polnischen Nation Verwahrung ein gegen Einverleibung ehemals polnischer Landesteile der preußischen Monarchie in den Norddeutschen Bund. Dagegen erhob sich Bismarck zu einer bedeutenden Rede. Der polnische Antrag richte sich nicht gegen den norddeutschen Bund, sondern in Wahrheit gegen die Einheit der preußischen Monarchie. Er hätte also nicht jetzt, sondern bei Beratung der preußischen Verfassung gestellt werden sollen. Um aber auch vor den verbündeten Regierungen die Illusion zu zerstreuen, als ob irgend eine erhebliche Zahl von preußischen Wählern polnischer Nationalität mit diesen Zerreißungsplänen der polnischen Fraktion einverstanden sei, stelle er fest, „daß gerade die Bewohner des preußischen Anteils der ehemaligen Republick Polen vor allem und mit Recht dankbar gewesen sind für die Wohlthaten der Zivilisation, die ihnen damit in höherem Grade als früher zugänglich geworden sind (Beifall). Dieser Teil

der ehemaligen Republik Polen erfreut sich eines Grades von Wohlstand, von Rechtssicherheit, Anhänglichkeit der Einwohner an ihre Regierung, wie er in dem ganzen Umfange der Republik Polen, solange es eine polnische Geschichte gibt, nicht vorhanden und nicht erhört worden ist (Wiederholter Beifall)". Die polnischen Unterthanen der Krone Preußen hätten ihre Dankbarkeit dafür und ihre Anhänglichkeit bei jeder Gelegenheit bethätigt, namentlich sei „trotz aller Verführungsmittel, die angewendet wurden bei den ungefähr alle 15 Jahre sich wiederholenden Aufständen zur Auffrischung der Gefühle (große Heiterkeit), nicht gelungen, die preußischen Unterthanen polnischer Zunge in irgend erheblicher Anzahl so zu verführen, daß sie an diesen Bestrebungen einer Minderheit sich beteiligt hätten". Dieselbe Anhänglichkeit hätten die polnischen Soldaten Preußens auch mit ihrem Blute und mit der ihrer Nationalität eigentümlichen Tapferkeit auf den dänischen und böhmischen Schlachtfeldern besiegelt. Selbst die Ergebnisse der Wahlen zum norddeutschen Reichstag seien als „national-polnische" nicht zu verwerten. Denn in den Provinzen Posen und Westpreußen seien nur infolge der ungeheuerlichsten Wühlereien der katholischen Geistlichkeit — welche Bismarck eingehend urkundlich feststellt — von den drei Millionen Unterthanen nur die Stimmen der polnischen und deutschen Katholiken und einiger Fortschrittler für polnische Kandidaten abgegeben worden. Diese verträten also keineswegs „Polen", sondern höchstens „die katholische Kirche" gegen alle Angriffe, an welche übrigens die Regierung gar nicht denke. In einem umfassenden geschichtlichen Rückblick weist Bismarck dann nach, daß Westpreußen und selbst Posen nur infolge polnischer Eroberung und Gewaltthat überhaupt polnische Provinzen geworden seien, und kommt danach zu dem Schlusse: „Der Herr Vorredner hat die Teilung Polens ein Verbrechen genannt. Meine Herren! es war kein größeres als die Teilung Rußlands, die Sie im 14. Jahrhundert vornahmen, als Sie die Gewalt dazu hatten. Greifen Sie in Ihren eigenen Busen und sagen Sie sich, daß Sie das Verbrechen der Eroberung hundertfältig, als Sie mächtig genug dazu waren, begangen haben.

Die Wiederherstellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772 ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil es dazu nicht Polen genug gibt; es gibt sehr viel weniger Polen in der Welt, als man gewöhnlich glaubt (Heiterkeit), nämlich nur 7½ Millionen Polen, mehr gibt es in der ganzen Welt nicht (Heiterkeit), und davon sind 1½ Millionen zerstreut in den weiten westlichen Gouvernements des russischen Reiches, 10 Prozent unter 90 Prozent andere Völker, zum größten Teil russischen Stammes, Ruthenen und Weißrussen; diese sprechen nur russisch, weinen russisch, wenn sie unter polnischer Herrschaft sind (Heiterkeit) — und da wollen 6 Millionen Polen 24 Millionen Nichtpolen beherrschen und drei große Reiche, Preußen, Rußland und Österreich in die Luft sprengen, um diese Herrschaft zu begründen. „Ja, es ist nicht einmal glaublich, daß diese 6 Millionen Polen polnisch beherrscht sein wollen, sie haben zu trübe Erfahrungen gemacht (Heiterkeit). Ich will die russische Herrschaft nicht als eine besonders milde rühmen (Heiterkeit), aber der polnische Bauer hat zu ihr doch mehr Zutrauen, als zu der Herrschaft seines adeligen Landsmannes (Heiterkeit). Verzichten Sie darauf, diesem Phantom nachzujagen, vereinigen Sie sich mit uns in der Teilnahme an den Wohlthaten der Zivilisation, die Ihnen der preußische Staat bietet, an den Wohlthaten, die Ihnen die durch den Norddeutschen Bund vermehrte friedliche Sicherheit gewährt. Der hohen Versammlung aber in ihrer deutschen Mehrzahl möchte ich dieses Beispiel der Polen noch besonders vor Augen halten, um den Beweis zu liefern, wohin ein großer, mächtiger Staat, geleitet von einem tapferen, kriegerischen und gewiß auch einsichtigen Adel gelangen kann, wenn er die Freiheit des Einzelnen höher stellt als die Sicherheit nach außen, ich will nicht sagen, als die Einheit, — wenn die Freiheit des Individuums als eine Wucherpflanze die allgemeinen Interessen erstickt (Ruf: Sehr richtig!). Die energischsten Anstrengungen, die größte Hingebung, die glänzendste Tapferkeit, Alles das reicht nicht hin, die verlorenen Güter zurückzubringen. Es bleibt das Wort des Dichters wahr: ‚Was Du vom Augenblicke ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück!‘“

Den gewaltigen Eindruck dieser Rede deutet der stenographische Bericht wenigstens an in den Worten: „Lebhafter wiederholter Beifall, vereinzeltes Zischen, protestierender Ruf aus dem (damals von den Nationalliberalen besetzten) Zentrum, doch wieder Zischen“. Natürlich sind das aber nur matte Andeutungen der lebendigen Wirklichkeit, jener tiefen Bewegung, die Bismarcks Rede bei Freund und Feind hervorrief. In derselben Sitzung sollte Bismarck auch Gelegenheit haben, den dänischen Protest zurückzuweisen, den der einzige Däne der Versammlung (Kryger-Hadersleben) gegen die Hereinziehung Nordschleswigs in den Norddeutschen Bund erhoben hatte, weil die nördlichen Distrikte von Schleswig nach Art. V des Prager Friedens „anerkannte vertragsmäßige Rechte auf freie Selbstbestimmung hätten, und vor Verwirklichung dieser Rechte die nördliche Grenze des Bundes nicht bestimmbar sei.“ Bismarck bestritt das. Die nördliche Grenze des Bundes in Schleswig werde mit Annahme der Bundesverfassung bis auf weiteres dieselbe, die im Wiener Frieden von Dänemark anerkannt worden sei. Ebenso unrichtig sei die „zweite Behauptung, daß irgend ein Einwohner von Schleswig aus dem Prager Frieden ein Recht auf die Abstimmung ableiten könnte. Nur der Kaiser von Österreich hat das Recht, von uns die Ausführung des Prager Friedens zu fordern, in welchem Maße, das läßt der Inhalt des Vertrages selbst unbestimmt, er überläßt der preußischen Regierung darin eine Latitüde, deren sie sich nach ihrer Auffassung der Billigkeit und der eigenen Interessen bedienen kann. Die Grenze, die wir in dieser Beziehung nicht überschreiten dürfen und wollen, wird gezogen durch das Interesse des preußischen Staates an seiner militärischen Sicherheit; eine Grenze, die uns in Verlegenheit setzen könnte, das mit schwerem Blut gewonnene Düppel nochmals zu nehmen, würden wir unter keinen Umständen anerkennen und zugeben können; dazu sind wir aber auch nicht verpflichtet (Beifall). Es ist im Friedensvertrage nicht gesagt: „Der nördliche Distrikt von Schleswig“; es ist nicht gesagt „ein sprachlich abgegrenzter Distrikt“; es ist der Ausdruck gebraucht „d i e nördlichen Distrikte, also solche Distrikte, deren es

mehrere, vielleicht viele in Schleswig gibt — man kann sich das Maß dieser Distrikte sehr klein, man kann es sich sehr groß denken, und so groß, wie es in Kopenhagen vorschwebt, glaube ich, wird es nicht ausfallen" (Heiterkeit). Jedenfalls aber müßte das Geschick der deutschen Einwohner, die mit diesen Distrikten an Dänemark abgetreten würden, durch einen Staatsvertrag mit Dänemark sicher gestellt werden, „für dessen genaue Innehaltung wir andere Bürgschaften verlangen müßten, als diejenigen, welche früher die Deutschen Schleswigs nur unvollkommen schützten" (Beifall). Außerdem aber würde natürlich Dänemark auch die auf jene „nördlichen Distrikte" fallenden Schulden anteilig übernehmen müssen, die Bismarck auf über 60 Thaler für den Kopf der Bevölkerung beziffert. „Alle diese Verhältnisse werden in Verhandlungen mit Österreich, mit Dänemark geklärt werden müssen, ehe zur Ausführung der Bestimmung geschritten werden kann. Solange kann die Bundesverfassung nicht aufgeschoben werden, können auch die Grenzen des Bundes nicht ungewiß bleiben."

Diese Zurückweisung dänischer Anmaßung fand gleichfalls lebhaften Beifall im ganzen Hause und nicht minder die gleich darauf folgende Abwehr der unsinnigen Vorwürfe, die der Abg. Schraps gegen die „reichs- und volksfeindliche Politik" Bismarcks erhoben hatte, als ob sie „die Luxemburger von uns weggetrieben habe und nun auch Holland dem Feinde in die Arme treibe." Herr Schraps war neben Herrn Bebel damals der einzige Vertreter der „Volkspartei", die sich, nachdem sie bei Herrn Liebknecht die höheren Schulklassen im Kommunismus durchlaufen hatte, später die sozialdemokratische nannte. Auch das vom Abg. Schraps selbst unverstandene Zeug, das er hier vortrug, war eigentlich nur Liebknechtsche Weisheit aus dessen von Preußenhaß triefender „Mitteldeutscher Volkszeitung". Bismarck bezeichnete diese Dinge, wie sie verdienten, als „Gerüchte, die so vollständig aus der Luft gegriffen sind, daß mit keinem Buchstaben je der mindeste Anlaß gegeben ist, der einer solchen Erfindung auch nur die Haaresbreite Raum darböte, auf der eine Lüge Fuß fassen könnte. Unsererseits ist auf die Zugehörig-

keit Luxemburgs und Limburgs zu Deutschland weder verzichtet worden, noch ist sie als ein Rechtsgrundsatz ausgesprochen worden. Wir können den Souveränen, die dem Bunde nicht beitreten wollen," — Luxemburg habe das entschieden ausgesprochen — „keine Gewalt und keinen Zwang anthun."

Mit großer Entschiedenheit erklärte sich Bismarck weiter gegen die hauptsächlich von den Nationalliberalen (Bennigsen u. Gen.) gestellten Anträge auf Einsetzung verantwortlicher Bundesminister neben dem Bundeskanzler. Die Verhandlung über diese Anträge beanspruchte die Sitzungen vom 26. und 27. März. Bismarck machte dagegen geltend: „Es ist Sache des Bundeskanzlers oder des ihm vorgesetzten Ministers des Auswärtigen" — damals machte sich Herr v. Savigny noch Hoffnung, Bundeskanzler zu werden — „sich mit seinen Kollegen, den preußischen Ministern, in derjenigen Fühlung zu erhalten, daß er in erheblichen politischen Fragen weiß, wie weit er im Bundesrat gehen kann, ohne daß er der Unterstützung des preußischen Gesamtministeriums, zu dem er gehört, verlustig gehe. Aber die Institution des Bundeskanzlers kann m. E. nur vom preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ausgehen oder der letztere muß selbst der Bundeskanzler sein. Außerdem würden z. B. mit Einsetzung eines Bundesfinanzministers die Finanzminister der einzelnen Bundesstaaten „mediatisiert und zu Unterbeamten des Ersteren gemacht. Das thun die Regierungen nicht". Der Antrag sei weiter ein Mißtrauensvotum gegen die Einsicht oder Entschiedenheit der preußischen Regierung. „Sie halten uns für schüchterne, verlegene Leute, die ermutigt werden müssen, denen man eine douce violence anthun müsse, damit sie sich entschließen, das zu fordern, was sie im Grunde ihres Herzens eigentlich selbst wünschen. Ich kann Ihnen auf das bestimmteste erklären, daß dem nicht so ist. Wir haben uns die Grenze unserer Ansprüche an die Opfer, die von den übrigen Regierungen zu bringen wären, gestellt, in dem, was uns unentbehrlich schien zur Führung eines nationalen Gemeinwesens. Das glauben wir erreicht zu haben, wir glauben, daß die Mittel dazu ausreichen. Unsere Arbeit ist

keine leichte gewesen, und Sie können leicht ermessen, mit welchem Eindruck wir nach unseren schweren und erschöpfenden Arbeiten hier Amendements hören, die von allem, was wir gethan und geleistet haben, abstrahieren, von dem in der Geschichte unerhörten Fall, daß die Regierungen von 30 Millionen Deutschen sich nicht bloß dem Wortlaute nach, wie bei der alten Bundesakte, sondern auch dem Geiste nach über einen solchen Entwurf geeinigt haben, keine Notiz nehmen. Ich kann die Versicherung im Namen sämtlicher Regierungen wiederholen, daß dieses Amendement für sie vollständig unannehmbar ist, und es das ernsteste Hindernis für das Zustandekommen der Verfassung bilden würde, wenn das Amendement angenommen würde und bliebe."

Am folgenden Tage, dem 27. März, wiederholte Bismarck zur Widerlegung neuerer Redner, welche an dem Antrag Bennigsen festhielten, die Erklärung, er müsse darauf bestehen, daß er entweder selbst der Bundeskanzler sei, oder daß die Instruktion des Bundeskanzlers ausschließlich von ihm abhänge. „Die Austragung des Streites über wichtige Fragen, z. B. über neue Gesetze, muß innerhalb des preußischen Ministeriums, wie es jetzt da ist, und muß außerhalb der Enceinte des Bundesrates stattfinden; denn es ist undenkbar, daß das Verhalten des Bundeskanzlers dauernd und in wichtigen Fragen des Einverständnisses des preußischen Ministeriums entbehren könne." Deshalb müsse auch der Bundeskanzler ganz allein die Verantwortlichkeit tragen und könne sie mit keinem anderen Bundesminister teilen.

Eine für ihn sehr bezeichnende Bemerkung machte Bismarck hier nebenbei gegen Lasker, der den Minister des vollsten Vertrauens zu seiner auswärtigen Politik versichert hatte, dagegen in seinen Händen „die Seite der Freiheit und der Rechte des Volkes nicht gleich gut gewahrt" glaubte. Bismarck erklärte darauf: „Meine Interessen an den auswärtigen Angelegenheiten sind nicht nur stärker, sondern zur Zeit allein maßgebende und fortreißende, so daß ich, soviel ich kann, jedes Hindernis durchbreche, welches mir im Wege steht, um zu dem Ziele zu gelangen, welches, wie ich glaube, zum

Wohle des Vaterlandes erreicht werden muß. Das schließt (aber) nicht aus, daß auch ich die Überzeugung des Herrn Vorredners teile, daß den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates verträglich ist, jederzeit zu erstreben, die Pflicht jeder ehrlichen Regierung ist." Diese denkwürdige Erklärung, die ein „junkerlich" gesinnter Bismarck niemals hätte abgeben können, bildete aber nur eine kurze Abschweifung von dem Hauptgegenstande der Verhandlung. Darüber faßte Bismarck seine Meinung noch einmal kurz in die Sätze zusammen: Die Ministerverantwortlichkeit in den einzelnen Bundesstaaten bleibt unverändert. Jede Regierung ist dafür verantwortlich, wie ihre Stimme im Bundesrat abgegeben wird. Eine Überstimmung Preußens im Bundesrat ist unwahrscheinlich; erfolgt sie trotzdem durch den Reichstag, so ist die durch das Bundespräsidium zu vollziehende Auflösung des Reichstags das verfassungsmäßige Auskunftsmittel. Verantwortliche Bundesministerien neben dem Bundeskanzler werden von den verbündeten Regierungen abgelehnt, da diese Einrichtung mit den prinzipiellen Grundlagen der Bundesverfassung im Widerspruche steht. „Wer trotzdem für diesen Antrag stimmt," schloß Bismarck, „ist vollkommen in seinem Rechte, ich kann das nicht hindern, aber, wir haben den größten Teil des Werkes gethan, wir haben den Block nahe an den Gipfel gehoben, und mit tiefem patriotischen Schmerze werde ich ihn wieder dem Abgrunde zurollen sehen. Aber Deutschland wird sich dann ewig erinnern, wer die Verantwortung für das Mißlingen trägt — wir nicht! Wenn Sie auf kleinliche untergeordnete Änderungen, nachdem sie sich für die Regierungen als unannehmbar erwiesen haben, fest bestehen, selbst auf die Gefahr hin, das ganze Werk zum Scheitern zu bringen, dann wird sich die Nation Ihrer Namen wohl erinnern, meine Herren!" Lebhafter anhaltender Beifall der Rechten folgte diesen Worten. Aber sie waren auch bei den wackeren nationalen Männern, denen sie zunächst galten, den Bennigsen, Miquel, Twesten u. s. w. nicht verloren. Denn bei der Abstimmung wurde Bennigsens Antrag mit 140 gegen 124

Stimmen verworfen und der Artikel 16 der Vorlage, der zur Beratung stand, unverändert angenommen.

Die Gründe, mit welchen Bismarck am nächsten Tage (28. März) das allgemeine Wahlrecht verteidigte, sind schon früher vorgetragen worden. Als ein Überbleibsel der während der Konfliktszeit gesammelten Anschauungen können dagegen die Worte gelten, mit denen er in derselben Rede dafür eintrat, daß Staatsbeamte in den Reichstag nicht gewählt werden dürften, wie der Entwurf vorschlug. Namentlich wandte er sich gegen die Wählbarkeit der Richter, da er sich selbst davon überzeugt habe, daß auf sie „die Beteiligung an den Parteikämpfen einigermaßen mehr zurückwirkt, als mit der Unparteilichkeit der richterlichen Stellung verträglich ist.“ Auf das „Oh! oh!“ der Linken, das bei diesen Worten erscholl, antwortete er mit der Aufzählung seiner Erfahrungen: „daß dieselben Beleidigungen, wenn sie einem ehrbaren Handwerksmeister zugefügt werden, schwere Strafen nach sich ziehen, dem Ministerpräsidenten gegenüber angewendet, durchschnittlich 10 Thaler kosteten. Für 10 Thaler hatte jeder die Freiheit, mir die schmachvollsten Injurien öffentlich zu sagen oder drucken zu lassen, die er wollte (Heiterkeit und Bewegung). Daß da mit einem Maße gemessen wurde, welches von politischer Beeinflußung ganz frei gewesen wäre, den Eindruck habe ich nicht gehabt. Er wurde aber noch dadurch verstärkt, daß ich in einzelnen dieser Urteile die richterliche Begründung las: es lägen doch mildernde Umstände vor, denn dieses Ministerium tauge wirklich nichts (Große andauernde Heiterkeit).“ Gleichwohl ließ sich Bismarck gefallen, daß der Reichstag den Staatsbeamten die Wahlfähigkeit zu Abgeordneten erteilte.

Sehr bemerkenswert sind auch die Gründe, mit denen Bismarck am 29. März den Zusatzantrag Laskers zu dem Artikel 22 des Verfassungsentwurfes bekämpfte. Der Artikel 22 des Entwurfes bestimmte nur: „Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich.“ Lasker beantragte den Zusatz: „Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.“ Bismarck widersprach — wie

er selbst sagte — nicht aus Gründen des öffentlichen Wohls, sondern aus Gründen „der Sittlichkeit. Es gibt viele Dinge, die ein Staat dulden kann; aber etwas anderes ist es, sie gesetzlich zu sanktionieren. Dazu rechne ich auch das Recht, einen anderen Mitbürger zu beleidigen, ohne daß dieser" (bei der Redefreiheit der Abgeordneten) „irgend eine Genugthuung dafür finden könnte. Diesen Schutz ihm zu entziehen, das halte ich — ich wiederhole es — gegen die Sittlichkeit, gegen die Menschenrechte. Diese Beweggründe leiten mich, wenn ich nach wie vor die gesetzliche Sanktion der Veröffentlichung solcher Reden, welche beleidigend für Privatleute sind, bekämpfe." Bismarck war auch in diesem Punkte durchaus nicht unbelehrbar. Denn er nahm die Bundesverfassung auch mit dem vom Reichstage beschlossenen Zusatz Lasker an. Er erkannte sehr wohl, daß die Worte, mit denen er die schrankenlose Veröffentlichung der Reichstagsverhandluugen bekämpfte, sich eigentlich richteten auf eine Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit selbst. Denn die „Sanktion" oder gesetzliche Straflosigkeit öffentlicher Beleidigung begann doch schon hier im Hause mit der vollen Redefreiheit der Abgeordneten. Der Berichterstatter der Presse auf der Tribüne konnte selten ermessen, ob in einem unten im Saale unsträflich gesprochenen Worte die Verletzung eines „Menschenrechtes" begangen sei. Denn wenn Privatpersonen von der Tribüne des Reichstages aus beleidigt wurden, trat selten auch nur ein Ordnungsruf des Präsidenten ein. Alle diese Erwägungen waren Bismarck nicht fremd, auch die nicht, wie schwer es sei, die bis heute noch gesuchte Formel zur Beschränkung und Bestrafung des Mißbrauchs der Redefreiheit zu finden.

Zu persönlicher scharfer Aussprache regte in derselben Sitzung den Grafen Bismarck Laskers Klage an, daß bei dem Minister „unter Umständen der mühsam erzwungene höfliche Ton einem anderen Platz mache." Bismarck gab dem Redner folgendes zur Erwägung: „Wenn man fünf Jahre lang schwer gekämpft hat, um das zu erreichen, was hier vorliegt, wenn man seine Zeit, die beste Zeit seines Lebens, seine Gesundheit dabei geopfert hat, dann

treten Herren, die von allen diesen Kämpfen wenig erfahren haben, von den amtlichen Vorgängen nichts wissen können, in einer Weise auf, die ich nur damit vergleichen kann, daß jemand in meine geschlossenen Fenster einen Stein hineinwirft, ohne zu wissen, wo ich stehe. Dann kommt man sehr leicht, auch ohne gerade künstlich nervös gemacht zu sein, in eine Stimmung, die ich dem Herrn Abgeordneten nicht besser bezeichnen kann, als wenn ich ihm empfehle, in einer der ersten Szenen von Heinrich IV. nachzulesen,*) was Heinrich Percy für einen Eindruck hatte, als der dort besagte Kammerherr kam, ihm die Gefangenen abforderte und ihm, der wund- und kampfesmüde war, eine längere Vorlesung über Schußwaffen und innere Verletzungen hielt. So ungefähr wie Percy ist mir zu Mute, wenn ich über Dinge, für die ich gelitten und gekämpft habe, die ich besser kennen muß, solche Reden höre (Lebhafter Beifall)."

Die Hauptkämpfe des konstituierenden Reichstags von 1867 entspannen sich bekanntlich um zwei Fragen: um die Frage, ob den Reichstagsabgeordneten Diäten zu gewähren seien und um das sogenannte eiserne Militärbudget. In diesen beiden Hauptfragen ist Bismarck äußerlich, d. h. in den öffentlichen Verhandlungen des Reichstags, weniger hervorgetreten. Um so nachdrücklicher und wirkungsvoller war seine vertrauliche persönliche Verhandlung mit den Führern der konservativen, freikonservativen und namentlich der nationalliberalen Partei, um ein annehmbares Kompromiß zu erzielen. Diese Verhandlungen waren von Erfolg gekrönt. In der Diätenfrage ließ sich die Mehrheit schließlich Bismarcks Erklärung (vom 30. März) gefallen, daß die Regierungen zwar jetzt unter keinen Umständen Diäten bewilligen würden, aber darüber auch anders entscheiden könnten, „nachdem man im stande gewesen sein wird, beruhigende Erfahrungen über die Wirkungen eines noch wenig erprobten Wahlgesetzes zu sammeln." Der spätere Verzicht des Reichstags auf Einfügung des Diätenartikels war übrigens gewisser-

*) Heinrich IV von Shakespeare, I. Teil, I. Akt, 3. Scene.

maßen das Kompensationsobjekt für Zugeständnisse der Regierung in Bezug auf die Wahrung des Budgetrechts des Reichstags bei der gesetzlichen Festlegung des Militäretats.

Artikel 60 des Verfassungsentwurfes lautete nämlich nach den Reichstagsbeschlüssen der Vorberatung: „Die Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres wird bis zum 31. Dezember 1871*) auf ein Prozent der Bevölkerung von 1867 normiert, und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt.“ Weiter lautete Artikel 62: „Zur Bestreitung des Aufwandes für das Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind bis zum 31. Dezember 1871 dem Bundesfeldherrn jährlich soviel mal 225 Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres beträgt, zur Verfügung zu stellen.“ Hiezu beantragten die Abgeordneten Herzog v. Ujest und Bennigsen folgende Zusätze: „Nach dem 31. Dezember 1871 müssen diese Beträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Bundeskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die im Artikel 60 einstweilig festgestellte Friedenspräsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert ist. Die Verausgabung dieser Summe für das gesamte Bundesheer und dessen Einrichtungen wird durch das Etatsgesetz festgestellt. Bei Feststellung des Militärausgabeetats wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Bundesheeres zu Grunde gelegt.“ Diese Zusätze wahrten sowohl die Unantastbarkeit der Heeresbedürfnisse während der fünf Übergangsjahre, als auch grundsätzlich das Budgetrecht des Reichstags. Bismarck behielt sich bei der ersten Beratung der Anträge am 16. April vor, die Erklärung der Regierungen darüber einzuholen und abzugeben. Er selbst aber hatte diese Zusätze schon am 15. abends in vertraulichen Verhandlungen mit den Führern der nationalliberalen und freikonservativen Partei genehmigt, wogegen die Nationalliberalen auf den Diätenartikel verzichteten. In der Schlußsitzung vom 17. April konnte Bismarck dann dem Reichstag die

*) Im Regierungsentwurf stand „bis 31. Dezember 1876“, zu vgl. Blum, a. a. O. S. 88 flg.

amtliche Mitteilung machen, daß „die Verfassung des Norddeutschen Bundes so wie sie aus der Beratung des Reichstages hervorgegangen ist, durch die zum Norddeutschen Bunde verbündeten Regierungen angenommen" sei.

Um den Bericht über Bismarcks Anteil an der Durchberatung und Annahme der Bundesverfassung im Reichstage nicht zu unterbrechen, ist bisher die wichtigste auswärtige Frage, die den konstituierenden norddeutschen Reichstag beschäftigte, und die sich zwischen die Verfassungsberatung einschiebt, nicht berührt worden. Sie ist daher jetzt zu behandeln. Nachdem nämlich Frankreich seinen Appetit, bei dem preußischen Machtzuwachs von 1866 auch für sich „etwas zu essen" zu bekommen, in keiner Weise befriedigt sah, richtete es naturgemäß seine begehrlichen Augen auf Luxemburg, das durch Auflösung des deutschen Bundes nach französischer Auffassung alle Verbindung mit Deutschland durchschnitten hatte, und damit gleichsam herrenloses Land geworden war. Eingeleitet wurde die französische Anregung der Vereinigung dieses deutschen Landes mit Frankreich durch eine Depesche des auswärtigen Ministers Marquis de Moustier an den Gesandten im Haag vom 28. Februar, in welcher mit einer verblüffenden Unkenntnis europäischer Verträge kurzweg behauptet wurde, „Preußens Recht, Garnison in Luxemburg zu halten, ist durch den Krieg" — den Preußen gegen Luxemburg und Holland gar nicht geführt hatte — „hinfällig geworden". Die Aufrechterhaltung dieses preußischen Besatzungsrechtes würde auch nur „eine Drohung gegen Frankreich bedeuten, einen durchaus offensiven Charakter" haben. Außerdem hätten Luxemburg und Limburg „nur dem einst herrschenden Systeme des Mißtrauens (gegen Frankreich) ihren Eintritt in den deutschen Bund zu verdanken gehabt", ihre Sympathien gehörten aber, wie eine selbstverständlich vorzunehmende Volksabstimmung beweisen werde, durchaus Frankreich an. So möge denn der König von Holland unbedenklich das Großherzogtum Luxemburg gegen eine (diesem Monarchen jedenfalls höchst willkommene) Geldentschädigung an Frankreich abtreten.

Natürlich blieben diese Umtriebe Bismarck nicht verborgen.

Wir wissen, mit welcher Entschiedenheit er am 18. März im Reichstag die luxemburgischen Anzapfungen des sächsischen Ochlokraten Abg. Schraps zurückwies. Am nämlichen Tage aber erwiderte Bismarck dem Abg. v. Carlowitz, der „von neuem das Schreckbild eines Bündnisses der süddeutschen Staaten mit dem Auslande gegen Preußen aufgestellt" hatte: „daß diejenigen Beziehungen zwischen Norddeutschland und Süddeutschland, die ich mir neulich nur anzudeuten erlaubte, bereits seit dem Friedensschluß vertragsmäßig verbürgt sind. (Hört! hört!)". Ja, „hört! hört!" rief man auch in Frankreich bei dieser viel mehr an die französische Adresse als an Herrn v. Carlowitz gerichteten Enthüllung. Und vollends gingen den Staatsmännern an der Seine die Augen über, als der preußische Staatsanzeiger plötzlich am 19. und 23. März die bis dahin geheim gehaltenen Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten veröffentlichte. Diese urkundlich beglaubigte Thatsache schon machte in Paris gewaltigen Eindruck. Man hatte sich dort die schönsten Hoffnungen auf den „internationalen Charakter" des neuen Rheinbundes im Süden Deutschlands gemacht — und nun erlebte man die schmerzliche Enttäuschung, daß dieser ganze Südbund, wie wir längst wissen, ein Luftgebilde sei, und statt dessen das mächtige Preußen in jedem gesamtdeutschen Kriege auch über die Wehr- und Heereskraft des deutschen Südens zu Schutz und Trutz den Oberbefehl übernehmen werde! Gleichwohl erklärte Holland am 28. März seine Bereitwilligkeit, Luxemburg an Frankreich abzutreten, schloß daran aber „die Bitte, sich mit Preußen zu benehmen".

Das war nun freilich eine böse Bedingung. Graf Benedetti sandte am 31. März allein zwei lange Depeschen an Moustier, welche die ungeheure Aufregung der Deutschen über die französischen Anschläge auf Luxemburg schildern. Bismarck selbst sehe sich von dieser Erregung überflutet (débordé). Morgen werde deshalb eine Interpellation im Reichstag erfolgen. Moustier meinte, er könne Bismarcks mächtiges Wort für die Eindämmung dieser urwüchsigen deutschen Hochflut von Entrüstung gewinnen, indem er am 1. April

an Benedetti das Telegramm richtete: „Der Ministerpräsident hat gewiß das Ansehen und den Mut, um dem deutschen Patriotismus die Grenzen vorzuzeichnen, welche derselbe inne halten muß, um nicht den Patriotismus anderer Völker zu verletzen." Gewiß hatte Bismarck dieses Ansehen und diesen Mut. Aber die „Grenzen", die er dem deutschen Patriotismus setzte, waren durchaus nicht nach französischen Wünschen bemessen.

Am 1. April nämlich — Bismarcks 52. Geburtstag — begründete der Abg. v. Bennigsen die von dem französischen Botschafter mit Recht gefürchtete Interpellation über die Luxemburgische Frage in einer glänzenden vaterländischen Rede, die mit den Worten schloß: „Meine Herrn! Lassen Sie uns also darüber keinen Zweifel, daß, wie unter uns alle Parteien, auch das deutsche Volk einig sein wird, jede kräftige Politik der Regierung auf jede Gefahr hin zu unterstützen diesem und allen etwaigen späteren Versuchen des Auslandes gegenüber." Bismarck erklärte darauf am Schlusse einer bedeutenden Rede, welche über alle ihm und Preußen damals bekannten Verhandlungen vollen Aufschluß gab: „Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde; sie hoffen im stande zu sein, solche Rechte zu wahren und zu schützen." Die Voraussetzung des französischen auswärtigen Ministers, daß Bismarck das Ansehen und den Mut haben werde, dem deutschen Patriotismus die natürliche Grenze zu ziehen, fand in diesen tapferen Worten Bismarcks, so unliebsam sie damals auch in Frankreich aufgenommen sein mögen, doch bedeutsame Bestätigung. Denn früher schon ist das Wort Bismarcks an den Verfasser dieses Werkes berichtet worden, daß einflußreiche Kreise in der Luxemburger Frage schon im April 1867 zu sofortigem Kriege gegen Frankreich drängten, während Bismarck für Erhaltung des Friedens eintrat. Das wird durch Roons Denkwürdigkeiten (II, 328 ff.) bestätigt: „In der Luxemburger Streitfrage stand übrigens Roon mit seiner Ansicht wiederum ganz auf Bismarcks Seite, während die meisten übrigen Militärautoritäten, soweit ihnen die ungenügende Verfassung, in

welcher die französische Armee damals in weit höherem Grade als 1870 [illegible], den hingeworfenen Handschuh schon jetzt aufzuheben". Auch die Gründe, welche für Bismarck — nach seiner früher berichteten Mitteilung an den Verfasser — bestimmend waren, der friedlichen Verständigung mit Frankreich den Vorzug zu geben, erkannte Moltke an und verfocht sie selbst. Namentlich hofften beide Männer, daß die kriegerische Begegnung der zwei waffenmächtigsten Völker Europas ganz vermieden werden könne, wenn Napoleon stürbe oder durch eine Revolution gestürzt würde. So kam denn in der That durch Bismarcks Eingehen auf die vermittelnden Schritte Österreichs, Englands und Rußlands der bekannte friedliche Ausgleich zu stande, der in dem Londoner Vertrag vom 11. Mai 1867 Ausdruck fand. Die Neutralität Luxemburgs wurde von sämtlichen europäischen Großmächten garantiert, wogegen Preußen sein Besatzungsrecht in Luxemburg aufgab und in die Schleifung der dortigen Festung willigte.

Im Reichstage gab die Luxemburgische Frage erneuten Anlaß, das Verhältnis des Norddeutschen Bundes zu den süddeutschen Staaten in Erwägung zu ziehen. Wohl wußte man jetzt, daß deren Waffenmacht bei jedem Angriffs- und Verteidigungskrieg mit dem Norddeutschen Brudervolk in Waffen, unter dem gemeinsamen Oberbefehl des ehrwürdigen königlichen Bundesfeldherrn, unlöslich verbunden sein werde. Aber die Nationalliberalen meinten, die norddeutsche Verfassung solle auch aussprechen, daß jedem süddeutschen Staate jederzeit der Beitritt zum Nordbunde freistehe. Deshalb brachten die Abg. Miquel und Lasker zu Art. 7 des Verfassungsentwurfes den Antrag ein: „Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung." Bismarck erklärte darauf bei Beratung dieses Antrages in der Reichstagssitzung vom 10. April: Die Tendenz des Amendements widerspreche nicht den Wünschen und Bestrebungen der Regierungen, auch nicht dem Art. IV des Prager Friedens.*) „Ich will nur nicht einseitig den Verhand-

*) „Der Kaiser von Österreich erklärt sich damit einverstanden, daß die

lungen der Kontrahenten des Prager Friedens, die zu einer einheitlichen Auslegung erforderlich sind, vorgreifen, auch nicht die Entschließung der süddeutschen Regierungen in einer Weise präjudizieren, zu welcher bisher der Grad ihres amtlichen Entgegenkommens uns nicht auffordert." Jedenfalls fehle aber eine der Voraussetzungen, welche der Art. IV aufstellt, „in der Kette: das ist nämlich das Zustandekommen des Süddeutschen Bundes. Wäre dieser zu stande gekommen, oder hätte er Aussicht dazu, so ist meine Überzeugung, daß, wenn im Norden ein Parlament tagt auf einer nationalen Grundlage, im Süden ein ähnliches, diese beiden Parlamente nicht länger auseinander zu halten sein würden, als etwa die Gewässer des Rothen Meeres, nachdem der Durchmarsch erfolgt war." Das Bundespräsidium würde aber mit Verhandlungen über den Anschluß süddeutscher Staaten an den Nordbund nicht vorgehen, solange dadurch irgend ein Zerwürfnis zwischen den Kontrahenten des Prager Friedens zu befürchten sei. Da der Antrag Miquel-Lasker jedoch „eben die Eigenschaft hat, dem Präsidium und dem Bundesrat die Entschließung über den Zeitpunkt vollkommen freizulassen, und uns in keiner Weise verpflichten würde, der Frage näher zu treten, als bis wir mit allen Elementen, denen wir das Recht mitzureden zuerkennen, darüber einig sind," so würden die Bundesregierungen voraussichtlich dem Amendement zustimmen.

Das geschah denn in der That, und nachdem Bismarck in der letzten Sitzung des Reichstags, am 17. April 1867, die Annahme des vom Reichstage beschlossenen Verfassungswerkes durch die Bundesregierungen verkündet und dem Präsidenten Simson das Protokoll eingehändigt hatte, sprach Präsident Simson die bewegten Worte: „Ich empfange das Protokoll unter dem Ausdruck unserer tiefen Befriedigung, daß Ihre Arbeiten schließlich zu vollem lebenskräftigem Einverständnis mit den verbündeten Regierungen geführt

---

südlich der Mainlinie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird."

welcher die französische Armee (damals in weit höherem Grade als 1870) sich befand, bekannt war, entschieden rieten, den hingeworfenen Handschuh schon jetzt aufzuheben". Auch die Gründe, welche für Bismarck — nach dessen früher berichteter Mitteilung an den Verfasser — bestimmend waren, der friedlichen Verständigung mit Frankreich den Vorzug zu geben, erkannte Roon an und verfocht sie selbst. Namentlich hofften beide Männer, daß die kriegerische Begegnung der zwei waffenmächtigsten Völker Europas ganz vermieden werden könne, wenn Napoleon stürbe oder durch eine Revolution gestürzt würde. So kam denn in der That durch Bismarcks Eingehen auf die vermittelnden Schritte Österreichs, Englands und Rußlands der bekannte friedliche Ausgleich zu stande, der in dem Londoner Vertrag vom 11. Mai 1867 Ausdruck fand. Die Neutralität Luxemburgs wurde von sämtlichen europäischen Großmächten garantiert, wogegen Preußen sein Besatzungsrecht in Luxemburg aufgab und in die Schleifung der dortigen Festung willigte.

Im Reichstage gab die Luxemburgische Frage erneuten Anlaß, das Verhältnis des Norddeutschen Bundes zu den süddeutschen Staaten in Erwägung zu ziehen. Wohl wußte man jetzt, daß deren Waffenmacht bei jedem Angriffs- und Verteidigungskrieg mit dem Norddeutschen Brudervolk in Waffen, unter dem gemeinsamen Oberbefehl des ehrwürdigen königlichen Bundesfeldherrn, unlöslich verbunden sein werde. Aber die Nationalliberalen meinten, die norddeutsche Verfassung solle auch aussprechen, daß jedem süddeutschen Staate jederzeit der Beitritt zum Nordbunde freistehe. Deshalb brachten die Abg. Miquel und Lasker zu Art. 7 des Verfassungsentwurfes den Antrag ein: „Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung." Bismarck erklärte darauf bei Beratung dieses Antrages in der Reichstagssitzung vom 10. April: Die Tendenz des Amendements widerspreche nicht den Wünschen und Bestrebungen der Regierungen, auch nicht dem Art. IV des Prager Friedens.*) „Ich will nur nicht einseitig den Verhand-

*) „Der Kaiser von Österreich erklärt sich damit einverstanden, daß die

lungen der Kontrahenten des Prager Friedens, die zu einer einheitlichen Auslegung erforderlich sind, vorgreifen, auch nicht die Entschließung der süddeutschen Regierungen in einer Weise präjudizieren, zu welcher bisher der Grad ihres amtlichen Entgegenkommens uns nicht auffordert." Jedenfalls fehle aber eine der Voraussetzungen, welche der Art. IV aufstellt, „in der Kette: das ist nämlich das Zustandekommen des Süddeutschen Bundes. Wäre dieser zu stande gekommen, oder hätte er Aussicht dazu, so ist meine Überzeugung, daß, wenn im Norden ein Parlament tagt auf einer nationalen Grundlage, im Süden ein ähnliches, diese beiden Parlamente nicht länger auseinander zu halten sein würden, als etwa die Gewässer des Rothen Meeres, nachdem der Durchmarsch erfolgt war." Das Bundespräsidium würde aber mit Verhandlungen über den Anschluß süddeutscher Staaten an den Nordbund nicht vorgehen, solange dadurch irgend ein Zerwürfnis zwischen den Kontrahenten des Prager Friedens zu befürchten sei. Da der Antrag Miquel-Lasker jedoch „eben die Eigenschaft hat, dem Präsidium und dem Bundesrat die Entschließung über den Zeitpunkt vollkommen freizulassen, und uns in keiner Weise verpflichten würde, der Frage näher zu treten, als bis wir mit allen Elementen, denen wir das Recht mitzureden zuerkennen, darüber einig sind," so würden die Bundesregierungen voraussichtlich dem Amendement zustimmen.

Das geschah denn in der That, und nachdem Bismarck in der letzten Sitzung des Reichstags, am 17. April 1867, die Annahme des vom Reichstage beschlossenen Verfassungswerkes durch die Bundesregierungen verkündet und dem Präsidenten Simson das Protokoll eingehändigt hatte, sprach Präsident Simson die bewegten Worte: „Ich empfange das Protokoll unter dem Ausdruck unserer tiefen Befriedigung, daß Ihre Arbeiten schließlich zu vollem lebenskräftigem Einverständnis mit den verbündeten Regierungen geführt

südlich der Mainlinie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird."

haben, — daß die Verfassung des norddeutschen Bundes fortan Wesen und Wahrheit für unser Volk gewonnen hat — und in der Zuversicht, daß, was mit so entgegenkommendem Willen und solcher Zustimmung vollbracht worden, auch in seiner weiteren Fortentwickelung Heil und Gedeihen verbreiten wird über den heiligen Boden unseres Vaterlandes!" Völlig in demselben Geiste sprach der König am nämlichen Tage im Weißen Saale vom Throne herab: „Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesamtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im stande ist. So darf denn der erste Reichstag des norddeutschen Bundes von seiner Thätigkeit mit dem erhebenden Bewußtsein scheiden, daß der Dank des Vaterlandes ihn begleitet und daß das Werk, welches er aufgerichtet hat, sich unter Gottes Beistand segenbringend entwickeln wird für uns und für künftige Geschlechter."

Auch die in der Thronrede ausgesprochene Hoffnung: „Die Volksvertretungen der einzelnen Staaten werden dem, was Sie in Gemeinschaft mit den Regierungen geschaffen haben, ihre verfassungsmäßige Anerkennung nicht versagen", ging bald in Erfüllung. Am 29. April eröffnete der König den preußischen Landtag, der dieses Verfassungswerk genehmigen sollte. Nach einem ausgezeichneten mündlichen Bericht des Abg. Twesten nahm das Abgeordnetenhaus die Bundesverfassung am 8. Mai in erster Abstimmung an mit 226 gegen 91 Stimmen, am 31. Mai endgültig mit 227 gegen 93 Stimmen. Das Herrenhaus trat nach einer warm befürwortenden Rede des Abg. v. Kleist-Retzow am 1. Juni jenem Beschlusse einstimmig und am 23. Juni bei der Schlußabstimmung abermals einstimmig bei, so daß der König am 24. Juni die Bundesverfassung für Preußen verkünden konnte. In den übrigen Bundesstaaten hatte die Beratung der Einzellandtage das gleiche Ergebnis, wenn auch einzelne Stände, wie z. B. die mecklenburgischen und sächsischen, nur mit Bangen und Beben Ja sagten.

Die Zukunft sollte auch sie bald belehren, wie unbegründet ihre damals an der Schwelle der neuen Zeit geäußerten Besorg-

nisse waren. Denn in dieser Verfassung, dem Meisterwerke der realpolitischen Staatskunst Bismarcks, war in wunderbarem Maße versöhnt und geordnet alles, was seit Jahrhunderten in unserm großen deutschen Volke scheinbar unversöhnlich miteinander gerungen hatte. Die deutsche Zentralgewalt in den Tagen und Werken des Friedens, das Feldherrnamt und der Oberbefehl des starken Schirmherrn Deutschlands über alle deutschen Heere in den Tagen des Krieges, war hier in gleicher Klarheit gesichert und begrenzt, wie die Landeshoheit der einzelnen Bundesfürsten und Freien Städte. Alle Quellen der Zwietracht, welche in den Tagen des alten Reiches, in den traurigen Jahrzehnten des Bundestages, in Deutschland so reichlich flossen, waren für immer verschüttet und abgeleitet, vor allem durch das Ausscheiden Österreichs, durch die naturgemäße Erhöhung der Machtstellung Preußens. Die weise Beschränkung, welche der ruhmreiche Sieger im letzten deutschen Bürgerkriege gezeigt hatte, ließ schon jetzt die tiefen Wunden nicht mehr schmerzen, welche dieser Krieg in Millionen deutscher Herzen zurückgelassen hatte. Die graue Theorie der Kathederweisheit und unbelehrbarer Parteipolitiker mochte über manchen Zweig und manche Frucht an dem von Bismarcks Hand gepflanzten grünen Lebensbaum bedenklich das Haupt schütteln. Aber immer kräftiger und gesunder wuchs dieser Baum in die Höhe, Breite und Tiefe. Auch den edelsten und letzten Verlangen des nationalen Lebens bot diese Verfassung freien Raum: der Beseitigung all der Mißstände, welche sich in den Jahren des unseligen Bundestages unerledigt angesammelt hatten; der engeren Verbindung des Nordens mit den süddeutschen Brüdern, zunächst im deutschen Zollparlament, in der gemeinsamen Verbindung zu Gedeih und Verderb. Nach allen Seiten hin rief die neue Verfassung Volk und Regierungen zur Lösung bedeutender, segensreicher nationaler Aufgaben und weckte damit den edelsten Wettbewerb jenseits der Mainlinie. Eine Zeit rastlosesten und erfreulichsten Schaffens und Vollbringens hebt für Deutschland an, sowie diese tüchtige Verfassungsgrundlage gewonnen ist. Dieser Zeit werden wir nun freudig folgen.

In denselben Wochen, da durch Bismarcks Arbeit und Kunst diese feste Grundlage einer neuen Zeit gelegt wurde, erwarb er auch, dem Wunsche seines Königs entsprechend, aus den Mitteln der hochsinnigen Dotation des Königs und Vaterlandes, ein neues stilles Heim, um es „mit dem Ruhm seines Namens dauernd seiner Familie zu erhalten.“ Am Tage nach dem Schlusse des Reichstags, am 18. April, reiste Bismarck nach Pommern. Hier kaufte er am 23. April vom Grafen Blumenthal die Herrschaft Varzin, einen waldreichen, fast bergigen bedeutenden Besitz südlich von Schlawe und Hammermühle, in dessen weltferner Waldesstille der große Staatsmann fortan allezeit am liebsten Ruhe, Frieden und Erholung suchte.